

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
14

Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965)

Herausgegeben von
Ernst Schulin
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der

Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

herausgegeben von

Horst Fuhrmann

in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser, Christian Meier, Horst Niemeyer,
Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer

Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Ernst Schulin (Freiburg) war – zusammen mit Professor Dr. Johanne Autenrieth (Freiburg) und Professor Dr. Tilemann Grimm (Tübingen) – Stipendiat des Historischen Kollegs im sechsten Kollegjahr (1985/86). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Ernst Schulin aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965)“ vom 10. bis 13. September 1986 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg :

(1945–1965) / hrsg. von Ernst Schulin. Unter Mitarb. von

Elisabeth Müller-Luckner. – München : Oldenbourg, 1989

(Schriften des Historischen Kollegs : Kolloquien ; 14)

ISBN 3-486-54831-X

NE: Schulin, Ernst [Hrsg.]; Historisches Kolleg (München): Schriften
des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1989 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54831-X

Inhalt

Zur Einführung <i>Ernst Schulin</i>	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XI
I. Neuaufbau nach der Katastrophe	
<i>Winfried Schulze</i>	
Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945: Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe	1
<i>Werner Berthold</i>	
Zur Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR. Vorgeschichte, Konfrontationen und Kooperationen	39
<i>Adolf Dieckmann</i>	
Geschichtsinteresse der Öffentlichkeit im Spiegel der Verlagsproduktionen	53
II. Altertum und Mittelalter	
<i>Reinbold Bichler</i>	
Neuorientierung in der Alten Geschichte?	63
<i>Klaus Schreiner</i>	
Wissenschaft von der Geschichte des Mittelalters nach 1945. Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Mittelalterforschung im geteilten Deutschland ..	87
<i>Herwig Wolfram</i>	
Geschichte Österreichs vor seiner Entstehung. Die Auseinandersetzung zwischen Regionalgeschichte und den bayerisch-österreichischen Landesgeschichten	147
III. Die zeitgeschichtliche Forschung	
<i>Horst Möller</i>	
Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der Bundesrepublik Deutschland während der fünfziger und frühen sechziger Jahre: Demokratische Tradition und NS-Ursachenforschung	157
<i>Konrad Kwiet</i>	
Die NS-Zeit in der westdeutschen Forschung 1945–1961	181

<i>Gerhard Lozek</i>	
Die deutsche Geschichte 1917/18 bis 1945 in der Forschung der DDR (1945 bis Ende der sechziger Jahre)	199
IV. Das Problem der deutschen Nationalgeschichte	
<i>Fritz Fellner</i>	
Nationales und europäisch-atlantisches Geschichtsbild in der Bundesrepublik und im Westen in den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges	213
<i>Jaroslav Kudrna</i>	
Zum nationalen und europäisch-atlantischen Geschichtsbild in der deutschen und westlichen bürgerlichen Historiographie	227
<i>Peter Stadler</i>	
Die „Deutsche Frage“ in der deutschschweizerischen Geschichtswissenschaft nach 1945	233
<i>Volker Bergahn</i>	
Deutschlandbilder 1945–1965. Angloamerikanische Historiker und moderne deutsche Geschichte	239
V. Schlußbetrachtungen: Zur Veränderung der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren	
Statements:	
<i>Ernst Schulin</i>	273
<i>Fritz Fellner</i>	276
<i>Jaroslav Kudrna</i>	279
<i>Hermann von der Dunk</i>	283
<i>Reinbold Bichler</i>	285
<i>Wolfgang J. Mommsen</i>	286
Personenregister	297

Zur Einführung

Die Geschichte ihrer eigenen Wissenschaft haben die Historiker bisher nicht oft auf Tagungen behandelt; am ehesten bei Gelegenheit geschichtstheoretischer Diskussionen. Fast nie wurde, wie im vorliegenden Fall, ein zeitlicher Abschnitt aus dem 20. Jahrhundert zum Thema eines Kolloquiums gemacht. Dabei gilt hier das „tua res agitur“ in besonderer, berufsspezifischer Weise. Der beobachtende Historiker steht in diesem Falle dem Täter oder Zeitzeugen besonders nahe und kann sogar mit ihm identisch sein. In vielen Reflexionen zur Traditions- oder Selbstvergewisserung spielt das Thema darum auch eine große Rolle. Auch die Zeitbezogenheit gerade der Geschichtswissenschaft lässt sich im 20. Jahrhundert bei aller wissenschaftlichen Verfeinerung nicht leugnen; uns in Deutschland wurde sie in großem, schmerzlichem Ausmaß vor Augen geführt. Hier liegt aber eben auch ein hemmender Faktor. Während die Vertreter der Zeitgeschichtsforschung Erfahrungen und Bedürfnisse der Gegenwart ohne weiteres als Antriebskräfte anerkennen, neigen die Fachleute früherer Geschichtsbereiche zur möglichst ausschließlichen Betonung der wissenschaftsimmmanenten Entwicklung. Sie stehen also der Untersuchung ihrer Wissenschaft in einem durch politische Veränderungen markierten Zeitabschnitt reserviert gegenüber. Gerade wegen dieser Diskrepanz, meine ich, müssen die verschiedenen Fachvertreter miteinander über das Verhältnis externer und interner Antriebskräfte ins Gespräch kommen. Andernfalls zerfällt die Einheit der Geschichtswissenschaft stärker, als es gerechtfertigt und wünschenswert erscheint.

Die Bedingung, während des Jahresstipendiums des Münchener Historischen Kollegs ein Kolloquium durchzuführen, habe ich deshalb als willkommene Chance angesehen, ein solches historiographiegeschichtliches Gespräch zustandezubringen. Eine wichtige Vorbereitung dafür war das vor dem Kollegjahr von Georg G. Iggers und mir organisierte Kolloquium der Historischen Kommission zu Berlin über „Alte und neue Richtungen der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1933“. Es fand Anfang Oktober 1985 statt, ist aber nicht im Zusammenhang publiziert worden. Bei diesem Thema handelte es sich um einen relativ kurzen Zeitraum, der am Anfang und Ende durch starke politische Veränderungen deutlich abgegrenzt war. Für die Geschichtswissenschaft war die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg insofern problematisch, als sie sich seit der Jahrhundertwende teilweise modernisiert und neuen Fragestellungen geöffnet hatte und nun durch die schwere Niederlage und ihre tiefgreifenden staatlichen, kulturellen und sozialen Folgen herausgefordert und belastet wurde. Neue öffentliche Ansprüche, Ressentiments und historisch-politische Verteidigungsaufgaben beanspruchten die Historiker übermäßig und blockierten die Entwicklung neuer wissenschaftlicher Methoden und Anschaulichkeiten erheblich. Das hat sich um so gravierender ausgewirkt, als die Ansätze einer Überwindung dieser Hemmungen Ende

der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre durch den Nationalsozialismus wieder zerstört wurden.

Das Münchener Kolloquium, teilweise mit denselben Teilnehmern, wurde ähnlich aufgebaut. Es sollte eine kaum längere, fünfzehn bis zwanzig Jahre umfassende Phase besprechen, deren Ende – 1960/65 – vergleichsweise weniger markant ist. In etwa handelt es sich um das Ende der Adenauer-Ära und den Anfang einer politisch-kulturellen Veränderung, aber auch um die Zeit, in der neue historische Beurteilungsmaßstäbe und Methoden zur Wirkung kamen, besonders für die Erfassung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Ansätze, die 1933 zerstört worden waren, konnten jetzt entwickelt werden, teils durch das Vorbild der ausländischen Geschichtswissenschaft und der deutschen Emigranten, teils durch die langsame Vorbereitung in der deutschen Geschichtswissenschaft selber. So sehr dieser Umbruch mit der allgemeinen politisch-kulturellen Veränderung der sechziger Jahre zusammenhängt, so läßt sich doch ernsthaft argumentieren, daß hier die wissenschaftsimplanente Entwicklung im Vordergrund steht. Demgegenüber ist der Anfang der in diesem Kolloquium behandelten Phase, der katastrophale Zusammenbruch Deutschlands, ein tiefer allgemeingeschichtlicher Einschnitt, der die deutsche Geschichtswissenschaft von außen zur Veränderung zwang, weit mehr, als das 1918 der Fall war.

Das Interesse an dieser Phase ist sehr verbreitet, aber während es über die deutsche Geschichtswissenschaft der zwanziger Jahre bereits wohlfundierte Darstellungen in Buchformat gibt, besonders diejenigen von Hans Schleier und Bernd Faulenbach, sind über die Zeit nach 1945 bisher nur zahlreiche Überblicksversuche in Aufsatzform erschienen. Seit Anfang der siebziger Jahre, also seitdem sich die wissenschaftliche Weiterentwicklung durchzusetzen begann, wurde über den Neuanfang und Nichtneuanfang von 1945 reflektiert. Die Ankündigung meines Kolloquiums löste darum auch die unterschiedlichsten Vermutungen über die „Tendenz“ des Unternehmens aus. Manche Kollegen erwarteten eine neue Verurteilung dieser gern als „restaurativ“ bezeichneten Phase, andere hofften auf eine Aufwertung, die endlich den damaligen Neuansätzen Gerechtigkeit verschaffen würde, wieder andere fürchteten eine solche – als „neokonservativ“ verdächtigte – Aufwertung. Mir ging und geht es um die Anregung der noch mangelnden gründlicheren Untersuchungen, also um offene Fragen und um keine bestimmte Tendenz. Die Reaktionen konnte ich aber als Bestätigung für die Nützlichkeit des Kolloquiums auffassen. Der deutsche „Historikerstreit“, wie er nun international genannt wird, brach erst aus, als die Vorbereitungen abgeschlossen waren, gab aber den Diskussionen eine zusätzliche Brisanz; denn die Versuche, ein neues, angeblich positiveres und gegenwartspolitisch günstigeres nationales Geschichtsbild zu verbreiten, stellten ja nicht nur die Maßstäbe und Leistungen der deutschen Geschichtswissenschaft seit den sechziger Jahren in Frage, sondern schon diejenigen seit 1945.

Wie schon bei dem Berliner Kolloquium über die zwanziger Jahre wurde nicht nur der Forschungsbereich der neuzeitlichen Geschichte erörtert, der den externen Einflüssen zwangsläufig am unmittelbarsten ausgesetzt ist, sondern auch Altertum, Mittelalter und Landesgeschichte kamen zur Sprache. Dabei sei betont, daß es sich hier um eine Auswahl handelt und nicht etwa die gesamte deutsche Geschichtswissen-

schaft flächendeckend untersucht werden sollte. Zugunsten dieser früheren Bereiche ist eine spezielle Erörterung der frühneuzeitlichen Geschichtsforschung und sogar derjenigen über das 19. Jahrhundert zurückgestellt worden.

Das geschah auch zugunsten einer anderen, mir viel wichtiger erscheinenden Erweiterung, und zwar derjenigen über die Bundesrepublik hinaus. Angesichts des gemeinsamen Themas der deutschen Geschichte und des gemeinsamen katastrophalen Anfangsjahres 1945 wäre es unsinnig, die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft seither nur als die der Bundesrepublik zu verstehen. Es wäre aber auch unangemessen, sie strikt auf das Nebeneinander zweier kontrastierender Geschichtswissenschaften, derjenigen der Bundesrepublik und der DDR, zu reduzieren. Zu meiner Freude konnten also Referenten und Themen aus der DDR einbezogen werden – was mir 1985 in Berlin noch nicht gelungen war –, aber auch aus Österreich und darüber hinaus aus der ČSSR, aus der Schweiz, aus Holland, Italien und dem angloamerikanischen Bereich. Auch hier konnte es sich nur um eine Auswahl handeln, die aber so zusammengesetzt war, daß in Referaten und Diskussionen viele zugleich wichtige und verschiedene Perspektiven des Themas zur Sprache kamen.

Es kam natürlich nicht nur auf unverbundenes Nebeneinander und auf Vielseitigkeit der Gesichtspunkte an. Für alle Teilnehmer war es eine bemerkenswerte Erfahrung, an sich und den anderen zu erleben, mit wie viel Mut und Formulierungskunst Stellungnahmen auszusprechen waren und auch ausgesprochen wurden – im Beisein von Vertretern anderer historischer Bereiche, von Angehörigen anderer Generationen, des anderen Deutschland und anderer Länder. Oft gelang es, oft aber auch nicht. Die Möglichkeit des gemeinsamen Gesprächs wurde vor allem auf die Probe gestellt, als es nicht mehr um Neuaufbau und Entwicklung geschichtlicher Forschung ging, sondern um das nationale Geschichtsbild und seine sehr unterschiedliche Veränderung unter dem Einfluß westlicher und östlicher Ideologien. Über die Bundesrepublik und den Westen referierte ein österreichischer und ein tschechischer Historiker, über die DDR und den Osten ein budesdeutscher. Hier kam es zur eigentlichen Krise des Kolloquiums, die aber in gemeinsamem Bernühen überwunden wurde. Auf die Einzelheiten kommt es nicht an, aber es verdient festgehalten zu werden, was Gerhard Lozek sagte, als man westlicherseits meinte, die DDR-Historiker sollten „doch nicht so empfindlich“ sein: ein Historiker müsse empfindlich sein; ohne hohe Sensibilität habe er seinen Beruf verfehlt.

Die hier veröffentlichten Kolloquiumsbeiträge werden noch einiges von diesem Versuch eines gemeinsamen Gespräches spüren lassen, einem Versuch, der von den meisten Teilnehmern insgesamt als gelungen und förderlich bezeichnet wurde. Gemeint ist der Band aber nicht als Dokumentation, sondern als erste ausführlichere Behandlung dieses Themas, die zu weiteren Forschungen anregen soll. Die Beiträge sind von den Verfassern zum Druck überarbeitet und z. T. erweitert worden. Einheitlichkeit konnte nicht angestrebt werden. Gründliche Abhandlungen stehen neben kürzeren Beiträgen, die auf einen neuen Aspekt nur aufmerksam machen wollen. Mehr als gewöhnlich sind die Stellungnahmen auch von den unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Standpunkten der Verfasser geprägt. An Überschneidungen fehlt es schon darum nicht, weil sich viele Teilnehmer zu grundsätzlichen Erörterun-

gen gedrängt fühlten. Zwei Vorträge konnten leider nicht druckfertig gemacht werden und fehlen darum: der von Gotthold Rhode über „Marxistisches und nationales Geschichtsbild in der DDR und in Osteuropa“ und der von Bernhard vom Brocke über „Die Erforschung der Wissenschaftsgeschichte 1945–1965“. Ein Schlußvortrag über „Die Veränderung der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren: Abkehr vom ‚Historismus‘, Hinwendung zu Strukturgeschichte und politischer Sozialgeschichte“ mußte schon bei der Tagung ausfallen; er wurde durch improvisierte Statements verschiedener Teilnehmer ersetzt; diese haben ihre Ausführungen auf meinen Wunsch für den Druck schriftlich ausgearbeitet.

Ermöglicht wurde das Kolloquium durch die Großzügigkeit des Stiftungsfonds Deutsche Bank und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, die als Träger der Stiftung Historisches Kolleg die Mittel zur Verfügung stellten. Beiden Institutionen gilt mein besonderer Dank. Sehr herzlich danken möchte ich auch allen Teilnehmern für ihre Mitarbeit. Frau Dr. Müller-Luckner hat mich in ihrer bewährten Art vom Anfang der Tagungsvorbereitung bis zum Ende der Drucklegung bestens unterstützt. Ihr und allen, die vom Historischen Kolleg an der Organisation des Kolloquiums mitgewirkt haben, gilt ebenfalls mein Dank. Zum Schluß denke ich mit besonders tiefer Dankbarkeit an zwei mir freundschaftlich verbundene Kollegen, die das Kolloquium leider nicht mehr erlebt haben: an Werner Conze, der auf meine Bitte sofort bereit gewesen war, ein Referat zu übernehmen, und an Heinrich Lutz, dessen guter Rat mir bei der Vorbereitung sehr geholfen hat.

Freiburg i. Br., September 1988

Ernst Schulin

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Volker R. Berghahn, Coventry/England
Prof. Dr. Werner Berthold, Leipzig
Prof. Dr. Reinhold Bichler, Innsbruck
Prof. Dr. Knut Borchardt, München
Dr. Bernhard vom Brocke, Göttingen
Prof. Dr. Martin Broszat, München
Dr. Rüdiger vom Bruch, München
Dr. Adolf Dieckmann, München
Dr. Gerald Diesener, Leipzig
Prof. Dr. Hermann von der Dunk, Bilthoven/Niederlande
Prof. Dr. Fritz Fellner, Salzburg
Prof. Dr. Fritz Fischer, Hamburg
Prof. Dr. František Graus, Basel
Prof. Dr. Tilemann Grimm, Tübingen (Stipendiat des Historischen Kollegs 1985/86)
Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Erlangen
Prof. Dr. Manfred Hellmann, München
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)
Dr. Wolfgang Krieger, Ebenhausen
Prof. Dr. Jaroslav Kudrna, Brno/ČSSR
Prof. Dr. Konrad Kwiet, Kensington/Australien
Prof. Dr. Gerhard Lozek, Berlin/DDR
Dr. Ralph Marks, München (Historisches Kolleg)
Prof. Dr. Karl-Heinz Metz, Erlangen
Prof. Dr. Horst Möller, Erlangen
Prof. Dr. Wolfgang J. Mommsen, Düsseldorf
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)
Brigitta Oestreich, Kochel am See
Prof. Dr. Ernst Pitz, Berlin
Michael Reinhart, Freiburg
Prof. Dr. Gotthold Rhode, Mainz
Prof. Dr. Pietro Rossi, Turin/Italien
Prof. Dr. Klaus Schreiner, Bielefeld
Prof. Dr. Ernst Schulin, Freiburg (Stipendiat des Historischen Kollegs 1985/86)
Prof. Dr. Winfried Schulze, Bochum
Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich
Prof. Dr. Anneliese Thimme, Gräfelfing
Dr. Helmut Trotnow, Bonn
Dr. Wolfgang Weber, Augsburg
Prof. Dr. Herwig Wolfram, Wien

I. Neuaufbau nach der Katastrophe

Winfried Schulze

Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945:

Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe¹

Historiographiegeschichte ist wie alle Geschichte nicht nur Streben nach reiner Erkenntnis. Historiographiegeschichte ist in hohem Maße auch der Versuch der Selbstvergewisserung aus der Vergangenheit unserer Disziplin heraus, um in der Geschichtsschreibung der Gegenwart das vermeintlich Richtige tun zu können. Wir wollen unsere spezifische Betrachtungsweise von Geschichte legitimieren, als bedeutsam erweisen, als die immer schon richtige Form von Geschichte bestätigen, uns einer starken Tradition versichern oder uns kritisch von einer anderen absetzen. Dies macht die besonderen Schwierigkeiten einer Beschäftigung mit der Geschichte der Geschichtsschreibung aus.

¹ Die Publikation des erweiterten Münchener Vortrags gibt mir Gelegenheit, mich bei einer ganzen Reihe von Kollegen sehr herzlich für klärende Diskussionen und Materialhinweise zu bedanken. Ich nenne meine Bochumer Kollegen Wolfgang Köllmann und Hans Mommsen, dazu Notker Hammerstein (Frankfurt/M.), Ludwig Petry (Mainz), Heinz Gollwitzer (München), Fritz Fischer (Hamburg), Michael Erbe (Berlin), Werner Berthold (Leipzig), Rudolf Vierhaus (der mir freundlicherweise das Archiv des Verbands der Historiker Deutschlands zugänglich machte), Peter Schumann (Göttingen) und Hans-Ulrich Wehler (Bielefeld). Erich Meuthen bin ich für seine Einwilligung zur Benutzung des Archivs der Universität zu Köln zu Dank verpflichtet, Hans Mommsen für seine Bereitwilligkeit, mir den Nachlaß Wilhelm Mommsen zur Verfügung zu stellen, Hans Rosenberg für die Einsichtnahme in seine Akten und die Einwilligung, aus ihn betreffenden Personalakten zitieren zu dürfen. Frau Else Wühr (Grassau) und Frau Dr. Marianne Stadtmüller (München) halfen mir mit Informationen und Material über die Tätigkeit ihrer verstorbenen Gatten. – Schließlich habe ich sehr herzlich meinem Mitarbeiter Thomas Nieding zu danken, der mir bei der Vorbereitung durch seine selbständige Auswertung der Literatur und der Vorlesungs- und Dissertationsverzeichnisse sowie bei vielen Recherchen eine große Hilfe war. Bei der Vorbereitung dieses Aufsatzes erwies es sich sehr bald als unmöglich, die Fülle des inzwischen ermittelten Materials in einem – ohnehin schon sehr umfangreichen – Beitrag für einen Sammelband unterzubringen. Ich werde deshalb 1989 eine selbständige Schrift über die deutsche Geschichtswissenschaft zwischen 1945 und 1958 publizieren.

Ein zentrales Problem stellt dabei zweifellos die Koordination von real sich verändernder historischer Erfahrung einerseits und geschichtlichem Denken andererseits dar. Wie verhält sich Geschichtswissenschaft zu politisch-sozialer Diskontinuität, zu revolutionärer Erfahrung, wie verhält sie sich unter den Bedingungen moderner industrieller Gesellschaften zu wesentlichen Veränderungen politisch-sozialer-technologischer Art? Welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen für staatliche Instanzen, welche Spielräume ergeben sich für das „Subsystem“ Geschichtswissenschaft in demokratisch und nichtdemokratisch verfaßten Gesellschaften? In welchem Ausmaß und wodurch bedingt sind Innovationen möglich? Wie bewältigt Geschichtswissenschaft schließlich militärische Niederlagen oder gar den Verlust nationaler Identität?

Alle diese Fragen treffen zusammen, wenn wir uns mit der deutschen Geschichtswissenschaft nach der militärischen Niederlage des „Dritten Reiches“ beschäftigen und nach dem Neubeginn dieser Geschichtswissenschaft fragen. Man kann bei einem Überblick über den Forschungsstand ganz gewiß nicht davon reden, daß sich das besondere Interesse der Historiker auf diesen Punkt konzentriert habe, wobei dieses Urteil vor allem für die Geschichtswissenschaft der späteren Bundesrepublik Deutschland gilt. Der Neuaufbau einer marxistisch orientierten Geschichtswissenschaft in der DDR hat sowohl dort als auch in der Bundesrepublik relativ starke Aufmerksamkeit gefunden². Nennt man für die bundesrepublikanische Entwicklung die einschlägigen Aufsätze Hans Mommsens, Günter Birtschs, Ernst Schulins, Bernd Faulenbachs, Imanuel Geiss', Peter Schumanns und Dieter Heins, den Vortrag Werner Conzes, die hier relevanten Bemerkungen von Georg Iggers, dann hat man schon die wesentlichen zusammenfassenden Aussagen über die Rekonstruktionsphase genannt, auch wenn sich diese der unmittelbaren Nachkriegszeit oft nur sehr kurz zuwenden³. Dabei betone ich das Wort zusammenfassend, denn natürlich finden wir in vielen Biographien, Nekrologen, Universitäts- und Fakultätsgeschichten eine Fülle einzelner Hinweise auf

² Dies gilt sowohl für die Forschung in der DDR wie in der Bundesrepublik. Ich verweise hier pauschal auf die Arbeiten von *Günther Heydemann*, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Theorie- und Methodenprobleme in der BRD und der DDR (Frankfurt/M. 1980); *Dieter Riesenberger*, Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR (Göttingen 1973); *Andreas Dorpalen*, Geschichtswissenschaft in der DDR, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland (München 1974) 121–137 und *ders.*, German History in Marxist Perspective. The East German Approach (London 1985) bes. 46 ff. – Zuletzt der knappe Forschungsbericht von *Günther Heydemann*, Zwischen Diskussion und Konfrontation – Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1950, in: *Christoph Cobet* (Hrsg.), Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950 (Frankfurt/M. 1986) 12–29 mit weiterer Literatur. Für die DDR vor allem *Werner Berthold*, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution (Berlin 1970).

³ Die einzelnen Titel werden später gesondert genannt. Zu den grundlegenden Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens auf diesem Gebiet gehören auch die Arbeiten von *Wolfgang Weber*, Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft oder Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft (Frankfurt/M., Bern, New York 1984) und *ders.*, Biographisches Lexikon zur Geschichte der Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz (ebd. 1984).

unser Thema. Aus den verfügbaren publizierten Quellen ragen die Briefeditionen von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter ohne Zweifel hervor.

In der bisherigen Forschung ist mit der naheliegenden Vermutung aufgeräumt worden, als sei die Niederlage von 1945 zu einem wirklichen „Nullpunkt“ in der Entwicklung der Geschichtswissenschaft geworden. Hans Mommsen hat ausdrücklich betont, daß das Jahr 1945 für die Geschichtswissenschaft – wie überhaupt für die deutsche Geschichte – „keineswegs eine so tiefgreifende Zäsur, wie das von den Historikern damals empfunden wurde“, darstellte⁴. In sehr viel stärkerem Maße, als dies zunächst angesichts der Nichtexistenz deutscher Staatlichkeit denkbar erschien, habe sich vielmehr eine Rückkehr zu den tradierten methodologischen Konzeptionen und inhaltlichen Grundorientierungen ergeben. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zur Beobachtung Wolfgang J. Mommsens, „daß die Ungeheuerlichkeit der jüngsten Vergangenheit zu einer absolut ehrlichen Überprüfung der Traditionen und Ansichten der deutschen Geschichtswissenschaft zwang“⁵, während Georg Iggers davon spricht, daß der „Übertritt vom Dritten Reich in die Nachkriegszeit für die deutschen Historiker ziemlich glatt und schmerzlos verlief“. Gleichwohl hat aber auch er nach 1945 einen wesentlich tieferen „Bruch mit den politischen und geschichtswissenschaftlichen Traditionen“ festgestellt als etwa nach 1918. Zuletzt hat Dieter Hein eine differenzierte Bewertung von Kontinuitätslinien und Neuansätzen vorgeschlagen und vor allem die nach 1949 begonnene Zeitgeschichts- und Parlamentarismusforschung der Habenseite der Disziplin gutgeschrieben⁶. Deshalb wird dem Problem des „Bruchs von 1945“ noch besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein⁷.

Ernst Schulin hat diese Befunde dahingehend zusammengefaßt, daß er von einem „politisch-moralisch gezähmten Historismus“ als dem Grundton der Geschichtswissenschaft dieser Jahre gesprochen hat, dabei vor allem abhebend auf das allenthalben spürbare neue Gefühl einer moralischen Verantwortlichkeit des Historikers in seiner Zeit. Hans-Günter Zmarzlik hat in seinem selbstkritischen Rückblick auf die Zeit nach der Niederlage ironisierend davon gesprochen, daß seine Generation „aus National-Trompetern zu Moral-Trompetern oder Kultur-Cellisten“ geworden sei⁸. Diese politik- und geistesgeschichtliche Variante des Historismus habe – so die weitere These Schulins – zugleich eine wichtige Funktion insofern erfüllt, „als ohne sie eine Erfassung und wirksame geistige Überwindung von Geschehen und Geschichtsbild der jüngsten deutschen Vergangenheit gar nicht möglich gewesen“ wäre⁹.

⁴ Hans Mommsen, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland (München 1974) 125.

⁵ Wolfgang J. Mommsen, Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 7 (1981) 149–188, hier 151 ff.

⁶ Dieter Hein, Geschichtswissenschaft in den Westzonen und der Bundesrepublik 1945–1950, in: Christoph Cobet (Hrsg.), Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945–1950 (Frankfurt/M. 1986) 30–40.

⁷ Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauf-fassung von Herder bis zur Gegenwart (München 1971) 327.

⁸ Hans-Günter Zmarzlik, Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit? (München 1970) 26.

⁹ Ernst Schulin, Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Ge-schichtswissenschaft und historischem Denken (Göttingen 1979) 140.

I

Wir müssen zunächst fragen: Was ist in den Jahren 1945–1949 überhaupt deutsche Geschichtswissenschaft? Wenn Gerhard Ritter später im Rückblick auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre davon sprach, damals habe es gar keine deutsche Geschichtswissenschaft gegeben, sie sei bis zum Sommer 1949 „nicht wieder aufgelebt“¹⁰, so widersprach dem zumindest schon im Sommersemester 1949 die Lehrveranstaltung des Bonner Historikers Hans Hallmann, der sich „Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945“ als Seminarthema vornahm¹¹. Angesichts alliierter Verbote und Umerziehungsmaßnahmen, dem anfänglichen Verbot des Schulfachs Geschichte, der Außerkraftsetzung des bisherigen Geschichtsbildes auf der Grundlage der Direktive JCS 1067 muß diese Frage an den Anfang gestellt werden. Welche Äußerungen finden sich überhaupt, die wir heute als qualifizierte Aussagen heranziehen können für eine Zeit, in der es manchen Historikern ganz sinnlos erschien, sich noch mit deutscher Geschichte zu beschäftigen, da es doch kein deutsches Volk mehr gebe¹². Reicht die Tatsache aus, daß die Jahresberichte für deutsche Geschichte 1947 von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin weitergeführt wurden, daß die Monumenta Germaniae Historica in der Abgeschiedenheit des fränkischen Pommersfelden ihre Arbeit fortsetzten oder die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ihren Präsidenten wechselte und ihre Mitglieder sich im Herbst 1946 zu einer ersten Sitzung trafen, um von einem Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft zu sprechen?

Das größte Problem besteht ganz sicherlich darin, daß wir aus der Zeit zwischen 1945 und der Neugründung des Historikerverbandes bzw. dem ersten Historikertag in München 1949 keine Äußerungen haben, die man als repräsentativ bezeichnen könnte, auch nicht im übertragenen Sinne, weil das kontrollierende Element einer funktionierenden fachlichen oder öffentlichen Diskussion fehlte. Überspitzt läßt sich sagen, daß man zwischen Mai 1945 und der Wiedereröffnung der Universität Göttingen und den dann schnell folgenden anderen Universitäten nur Individuen ausfindig machen kann, die sich zu historischen Fragen äußern. Wir finden existenziell betroffene Menschen, die in den Wirren des Kriegsendes irgendwo Unterschlupf gefunden haben, die ihre Angehörigen suchen, aller institutionellen Bindungen verlustig gegangen und ohne feste Zukunftserwartungen, die in Gefangenschaft waren oder gerade entlassen wurden, allein dazu verurteilt, mit der Niederlage, ihren Folgen und der Zerschlagung des Nationalstaats fertig zu werden.

Die herausragenden Äußerungen aus dieser Phase sind gewiß die Bücher von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter, die als erste den Versuch einer Bilanzierung des Geschehenen unternahmen. Sowohl die zeitgenössische Reaktion auf diese Bücher als

¹⁰ Gerhard Ritter, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: GWU 1 (1950) 81–96, 129–137, hier 135.

¹¹ Vorlesungsverzeichnis Bonn, SS 1949, S. 75.

¹² Dieses Zitat nach Paul Egon Hübinger, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: GWU 1 (1950) 385–401, hier 388.

auch die Position beider Historiker vor und nach 1945 rechtfertigen die Beschäftigung mit Meineckes „Deutscher Katastrophe“ und Ritters „Geschichte als Bildungsmacht“, beide im Jahre 1946 erschienen. Sie bilden freilich nur einen Ausschnitt der insgesamt reichhaltigen Revisionsliteratur nach 1945¹³. Erinnert sei an Autoren wie Alexander Abusch, Fritz Harzendorf, Fritz Helling, Gustav Büscher, Karl Siegfried Bader, Otto Heinrich von der Gablentz, Alfred von Martin und schließlich auch Karl Jaspers. Hinzuweisen ist aber auch auf die Bücher von Ulrich Noack, Fritz Rörig und Gerd Tellenbach, die ebenfalls unmittelbar nach Kriegsende entstanden und eine Deutung der Situation versuchten¹⁴. Gleichwohl spricht angesichts der Position Meineckes und Ritters innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft und der Reaktion auf diese Bücher viel dafür, hier vor allem ihre Stellungnahmen näher zu untersuchen.

Wenn wir nach weiteren Aussagen für unsere Fragestellung suchen, dann müssen wir weiterhin die neuen Lizenzzeitschriften einbeziehen, die das bemerkenswerteste neue Medium kultureller Öffentlichkeit darstellten. Hier wurden vielfach Fragen der deutschen Traditionen, der Kollektivschuld und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus erörtert, wobei sich jedoch weit häufiger Publizisten und Schriftsteller als Historiker zu Wort meldeten.

Eine dritte wichtige Quellengruppe stellen schließlich die Vorlesungen und Seminare und die reiche Vortragstätigkeit der Universitäten dar, die ja außerordentlich schnell wieder ihren Lehrbetrieb aufnahmen. Vereinzelt sind hier Vorlesungen oder Vorlesungseinleitungen publiziert worden, wie z.B. die erste Vorlesungsstunde des Göttinger Historikers Siegfried A. Kaehler vom Herbst 1946¹⁵. Daneben müssen aber auch die Themen der Vorlesungen, Seminare und Doktorarbeiten untersucht werden, wenn wir verlässliche Auskunft über die Frage nach Stagnation oder Neubeginn erhalten wollen.

Eine vierte Quellengruppe stellt schließlich das Material dar, das im Kontext der Neugründung des Historikerverbandes, des ersten Historikertages in München 1949 und der ersten Teilnahme am Internationalen Historikerkongress in Paris 1950 entstanden ist. Damit können allerdings nur einige exemplarische Materialgruppen aus einem insgesamt reichen Quellenbestand benutzt werden.

II

Friedrich Meineckes Buch „Die deutsche Katastrophe“ ist bislang überwiegend unter dem Gesichtspunkt seiner politischen Grundüberzeugung untersucht worden, und es bestand in der ersten Phase der Diskussion über dieses Buch die Tendenz, diese Schrift eher als autobiographischen Text zu interpretieren denn als wissenschaftliche

¹³ Vgl. dazu etwa Gerhard Hay (Hrsg.), Zur literarischen Situation 1945–1949 (Kronberg 1977).

¹⁴ Ulrich Noack, Deutschlands neue Gestalt (Frankfurt 1947); Fritz Rörig, Geschichte und Gegenwart (Berlin 1946) und Gerd Tellenbach, Die deutsche Not als Schuld und Schicksal (Stuttgart 1947, geschrieben im Sommer 1945).

¹⁵ Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte, in: Die Sammlung 1 (1945/46) 140–153.

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und als Versuch einer Ortsbestimmung der Nation nach der Katastrophe. Eugen Kogon hat sie voller Hoffnung in seiner Rezension in den „Frankfurter Heften“ als „Beginn der Geschichtsrevision“ gewürdigt, ohne freilich Halbwahrheiten und problematische Passagen zu übersehen¹⁶. Die Arbeit, gewiß entstanden unter dem unmittelbaren Erlebnis des Kriegsendes, darf weniger unter dem relativierenden Eindruck der Historismusdiskussion gelesen werden als vielmehr im Zusammenhang der verzweifelten Suche nach den Gründen für die „deutsche Katastrophe“.

Zunächst scheint mir die Zumutung gegenüber sich selbst bemerkenswert, mit der der 84jährige Historiker, der durch ein Augenleiden an umfangreicher Lektüre gehindert war, sich dem Zwang zur Rechenschaft unterwarf. Niemand konnte in der Situation der Evakuierung in einem fränkischen Dorf und seit Mitte August in Göttingen von diesem Mann erwarten, selbstkritisch zur eben zu Ende gegangenen Geschichte des Dritten Reiches Stellung zu nehmen. Und jeder hätte vermutlich einer emotionalen Reaktion persönlicher Verzweiflung Verständnis entgegengebracht. Meinecke jedoch leistete erheblich mehr. Der Mann, der sich, wenn auch als „Vernunftrepublikaner“, loyal zur Weimarer Republik verhalten hatte¹⁷, der sich aus gutem Grunde zum „geistigen und politischen Gegenlager“ Hitlers rechnen durfte, der in seinem Alter noch von Männern des Widerstandes ins Vertrauen gezogen worden war, beließ es nicht bei der naheliegenden Erklärung des „Hitlerismus“ aus dem Zufall, d.h. aus den Imponderabilien der deutschen Innenpolitik der frühen 30er Jahre. Der Nationalsozialismus Hitlers war für Meinecke darüber hinaus „keine bloß aus deutschen Entwicklungskräften abzuleitende Erscheinung“, sondern er hatte „auch bestimmte Analogien und Vorstufen in den autoritären Systemen der Nachbarländer“.

Diese Vergleiche hatten jedoch nicht – wie angesichts aktueller Diskussionen leicht zu vermuten wäre – die Funktion der Entlastung der Deutschen, sondern sie fügten sich in ein Interpretationsmodell der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, das darauf abzielte, die großen Entwicklungslinien herauszuarbeiten und daraus die aktuelle Lage zu erklären. Diese Entwicklungslinien sah Meinecke vor allem in den „beiden Wellen des Zeitalters“, d.h. der sozialistischen und der nationalen Bewegung, deren soziale Ursachen er klar erkannte – so klar, daß er sich entschuldigen zu müssen glaubte, der von ihm bevorzugten geistesgeschichtlichen Methode untreu geworden zu sein. Im Verhältnis beider Bewegungen meinte er den Schlüssel zur Erklärung der jüngsten Vergangenheit zu sehen.

Diese Grundeinsicht machte es ihm auch möglich, zu einer differenzierten Betrachtung des Preußentums vorzustoßen, dessen „zwei Seelen, eine kulturfähige und eine

¹⁶ Frankfurter Hefte 8 (1946) 776 ff. Wolfgang Wippermann hat demgegenüber zu Recht Meineckes Schrift als systematische Analyse des Nationalsozialismus als Teil des europäischen Faschismus gewürdigt und damit die besondere Qualität dieses Versuchs hervorgehoben. Vgl. ders., Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“. Ein Versuch zur deutschen Vergangenheitsbewältigung, in: Michael Erbe (Hrsg.), Friedrich Meinecke heute (Berlin 1981) 101–121.

¹⁷ Vgl. zuletzt dazu Harm Kluiting, „Vernunftrepublikanismus“ und „Vertrauensdiktatur“: Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik, in: HZ 242 (1986) 69–98.

kulturwidrige“, er im Vorgriff auf moderne Interpretationen erkannte, dessen „merkwürdig penetranter Militarismus“ ihm nicht verborgen blieb, dessen „Uniformierung“ und „gedankenlose Unterwürfigkeit“ übersehen zu haben, er sich und seiner Generation vorwarf. Er machte sich die späten Warnungen eines Theodor Fontane vor dem „Borussismus“ zu eigen, der in Verbindung mit dem „Militarismus“ eine „schwere Hypothek“ sah, „die auf dem Werk Bismarcks lag“. Im Kampf von 1866 und im Krieg von 1870/71 wollte er jetzt schon die „Keime des späteren Unheils“ erkennen, zumal die Versuche zur friedlichen Vereinigung von nationalen und sozialen Gedanken – etwa im Werk Friedrich Naumanns – mißlangen. Der Riß wurde vertieft durch das Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Die fatale Wende in der Entwicklung des deutschen Bürgertums sah er in der Vaterlandspartei und in der Dolchstoßlegende. Sie markierten die Unvereinbarkeit der beiden Grundbewegungen des Zeitalters, der Boden für eine Übersteigerung des Machtwillens war mit ihnen gegeben.

Meineckes Abhandlung, obwohl prinzipiell der Chronologie der deutschen und europäischen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts folgend, ist jedoch kein bloßer Abriß der Ereignisse. Immer wieder blendet er in die Analyse des Prozesses systematische Überlegungen über die wirkenden Faktoren der Geschichte ein, wie wir dies bei den beiden „Wellen des Zeitalters“ schon gesehen haben. Zwischen Nachkriegszeit und Drittes Reich schob er eine interessante Betrachtung zur Sozialpsychologie der modernen Welt ein, die er durch die „Verdrängung des homo sapiens durch den homo faber“ charakterisiert sah. Darunter verstand er die mit der Vermehrung technisch-wissenschaftlicher Berufe einhergehende Schwächung der alteuropäischen Vernunft und Vernachlässigung der „irrationalen Seelentriebe“. Dadurch konnte aus dem nüchternen Fachmann der Fanatiker, der Monomane, der moderne Typ des Weltverbeschers entstehen. Rosenberg und Hitler waren für ihn Beispiele dieser Entwicklung.

Man wird zugeben müssen, daß Meineckes idealistisches Vokabular manchmal von der Ernsthaftigkeit und Tiefe der Analyse ablenkt, die hier vorgelegt wurde und die in mancher Hinsicht Einsichten vorwegnimmt, wie sie später in Hans Freyers „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ von 1955 entwickelt wurden. Für unseren Zusammenhang macht dieser Gang der Gedanken aber deutlich, daß hier von Meinecke Analyseverfahren herangezogen und empfohlen wurden, die bislang nicht im Arsenal des tradierten Historismus zu finden waren, die vielmehr aus den Arbeiten der zeitgenössischen Soziologen stammten. Auch hier schlug Meinecke wieder die Brücke zu seinem preußisch-deutschen Hauptstrang, wenn er die Vorformen dieses „modernen technisch utilitaristischen Geistes“ schon im preußischen Militarismus eines Friedrich Wilhelm I. angelegt sah. Er verfolgte diesen Gedanken kritisch weiter bis in die Geschichte der Reichswehr im Weimarer Staat, und in diesen Passagen wird die Analyse oft mit autobiographischen Zeugnissen des Verfassers belegt, wenn Meinecke seine vielfältigen Unterhaltungen etwa mit General Groener nutzte.

Meineckes Analyse erreicht zuweilen eine Eindeutigkeit der Aussage, daß er vor dem Ungeheuerlichen zurückzuschrecken scheint, das er hier aussprechen muß, dem einmal betretenen Pfad der Erkenntnis folgend. Scharf setzt er die „wehrlosen Professoren von 1848“ vom „wehrhaften Junker Otto von Bismarck“ ab. Die „entscheidende Deviation von den westeuropäisch-liberalen Ideen“ war 1848 erfolgt, jetzt konnte man

sich eines spezifisch deutschen Weges zur Einheit rühmen. Freilich gab sich Meinecke keinem Kurzschluß zwischen diesen von ihm erkannten Grundproblemen und dem Sieg des Nationalsozialismus hin. Seine Analyse der Jahre 1930–1933 – häufig belegt mit persönlichen Erinnerungen an Gespräche mit handelnden Zeitgenossen – kreiste um die Begriffe von „Zufall“ und „Allgemeinem“, und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Sieg Hitlers für ihn nicht notwendig war.

Es können hier nicht alle Teile der Schrift in gleicher Breite analysiert werden. Wesentlich erscheint, daß Meinecke alles tat, um nicht neue Rachegefühle gegen die Sieger zu provozieren. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten „trifft uns leider nicht schuldlos“ und auch für die radikale Ausmerzung aller nationalsozialistischen Ideen sah er allen Anlaß auf Seiten der Sieger, wenn er sie auch vor unterschiedsloser Bestrafung warnte. Aus dieser Haltung heraus formulierte er seine zentrale Forderung im letzten Kapitel der Schrift unter dem Titel „Wege der Erneuerung“. „Der radikale Bruch mit unserer militaristischen Vergangenheit, den wir jetzt auf uns nehmen müssen, führt uns aber auch vor die Frage, was aus unseren geschichtlichen Traditionen überhaupt nun werden wird. Unmöglich und selbstmörderisch wäre es, sie in Bausch und Bogen ins Feuer zu werfen und uns als Renegaten zu gebärden. Aber unser herkömmliches Geschichtsbild, mit dem wir groß geworden sind, bedarf jetzt allerdings einer gründlichen Revision, um die Werte und Unwerte unserer Geschichte klar voneinander zu unterscheiden.“

Dies scheint die zentrale Botschaft von Meineckes Analyse zu sein und nicht seine eher am Rande vorgetragene Empfehlung zur Bildung sog. „Goethe-Gemeinden“, die oft mit spöttischem Unterton zitiert worden ist¹⁸. Im übrigen beweisen die unmittelbaren Nachkriegsjahre mit ihrem Rückzug auf die klassische Literatur und die dort vermutete moralische Kompetenz, daß Meinecke hier zumindest in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Grundthema dieser Jahre argumentierte. Doch ist dies wirklich nur ein marginaler Aspekt, der nicht die beachtliche analytische Leistung Meineckes verdecken soll, die auch durch die Rezensionen belegt wird, die diese Schrift erfuhr.

Gerhard Ritters Stellungnahme nach der Niederlage unterschied sich erheblich von der Analyse Meineckes. Dies hing zunächst einmal mit dem ganz offensichtlich unterschiedlichen Informationsstand beider Historiker zusammen. Im Unterschied zu dem auf private Kontakte angewiesenen Meinecke hatte Ritter während des Krieges durch Vermittlung von Adam von Trott zu Solz für das Auswärtige Amt eine Analyse der aliierten Kriegspropaganda gegenüber Deutschland erarbeitet und wußte von daher um die Stereotypen einer zu erwartenden Politik der „Reeducation“. Schon in der von ihm redigierte „Freiburger Denkschrift“ vom Januar 1943 hatte er sich gegen die Theorie eines „Irrweges“ der gesamten neueren deutschen Geschichte verwahrt, und es entsprach dieser Grundauffassung, wenn er jetzt die Gelegenheit nutzte, in seiner 1946 erschienenen Schrift und in vielen anderen Zeitschriftenveröffentlichungen und Vorträgen gegen eine solche Pauschalverdammung der deutschen Geschichte seine Stimme zu erheben. Er konnte dies um so eher tun, als er während der Naziherrschaft

¹⁸ Zuletzt dazu K. Schwab, Zum Goethe-Kult, in: Gerhard Hay (Hrsg.), Zur literarischen Situation 1945–1949 (Kronberg 1977) 240–251.

in klarer Gegnerschaft zum Regime gestanden hatte, das ihn schließlich noch im Frühherbst 1944 in Haft genommen hatte¹⁹, aus der er erst durch das Herannahen der Russen befreit wurde.

Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß Ritters zuweilen verbale und in nationalen Fragen auch inhaltliche Übereinstimmungen mit der nationalsozialistischen Bewegung auch noch nach dem Krieg für mancherlei Irritationen über seine Stellung dem Regime gegenüber gesorgt haben. Dabei steht seine eindeutige Haltung zum Regime selbst und seine innere Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung außer Zweifel. Sie ist der deutliche Beweis dafür, daß Ritter sich in seiner Haltung den Nationalsozialisten gegenüber in dem klassischen Dilemma aller konservativen Kräfte befand, die sich durchaus in der Lage sahen, ein Stück des Weges mit den Nationalsozialisten gemeinsam zu gehen, solange es z. B. um die Revision des Versailler Friedens ging²⁰.

Ritter pflegte in diesen Nachkriegsjahren die von ihm attackierte Neigung zur pauschalen Verurteilung der neueren deutschen Geschichte als „Vansittartismus“ zu bezeichnen. Dahinter verbarg sich eine antideutsche Haltung, die in England entscheidend von dem Ersten Diplomatischen Berater (bis 1941) im Foreign Office Lord Vansittart geprägt worden war und die – in dessen eigenen Worten – keineswegs auf die völlige Vernichtung Deutschlands abzielte, sondern auf „disarmament“ und „reeducation“²¹.

Dieser Versuch der Abwehr einer pauschalen Fehlinterpretation war jedoch keineswegs das alleinige Ziel von Ritters erster Stellungnahme in Buchform, die unter dem Titel „Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung“ erschien²². Daneben ließ Ritter keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es einer „totalen Umstellung unseres deutschen Geschichtsdenkens“ bedurfte. Seine Kritik an „Staatsvergötzung“, Machtpolitik, Alldeutschstum und anderen Übersteigerungen läßt sich bei sorgfältiger Lektüre herausfinden, aber sie prägt nicht den Charakter dieser Schrift. Für den Leser des Jahres 1946 (und der folgenden Jahre, denn es erschienen noch zwei weitere Auflagen sowie Übersetzungen) mußte gerade die Verbindung von der Zurückweisung Vansittart'scher Überlegungen und begrenzter Kritik an einigen Fehlentwicklungen und Übersteigerungen den Eindruck erwecken, daß hier eine in Maßen selbstkritische, aber doch auch selbstbewußte Stellungnahme vorgelegt worden war, die jedenfalls den Eindruck verhinderte, daß sich die Nation in Sack und Asche zu hüllen habe. Keine „Selbstüberhebung“, aber auch keine „würdelose Selbstent-

¹⁹ Vgl. dazu die biographische Skizze von Andreas Dorpalen in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), Deutsche Historiker I (Göttingen 1971) 86–99, hier 92.

²⁰ Ich verweise für die Biographie Ritters zusätzlich auf die neueste Skizze von Klaus Schwabe, Gerhard Ritter – Werk und Person, in: *ders.*, *Rolf Reichardt* (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen (Boppard 1984) hier bes. 56ff. Vgl. jetzt dazu die ergänzende Rezension von Max Müller, Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker, in: *Historisches Jahrbuch* 106 (1986) 119–134, die freilich nicht auf die scharfen Auseinandersetzungen Ritters mit einzelnen katholischen Historikern eingeht.

²¹ Vgl. *Lord Robert Gilbert Vansittart*, *Lessons of my Life* (New York 1943) XX und 20ff. („Vansittartismus“) und *ders.*, *Black Record. Germans Past and Present* (London 1941).

²² Erschienen 1946 in Stuttgart bei Brockhaus, 53 S.

ehrung“ war das Motto der Schrift, vielleicht erklärbar bei einem Manne, der aus konservativen Grundpositionen heraus zum Widerstand gegen das Regime gefunden hatte. Seine Absichten in dieser Neubesinnungsdebatte beschrieb Ritter, noch einmal „nicht ohne Bitterkeit“ rückschauend, im Jahre 1950, als er im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Gründung des „Instituts für Zeitgeschichte“ öffentlich angegriffen wurde: „Seit 5 Jahren kämpfe ich nun allein auf weiter Flur stehend meinen Kampf für eine vernünftige Selbstbesinnung der deutschen Geschichtswissenschaft ohne voreilige Preisgabe großer Traditionen.“²³

Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich den Erfolg eines solchen Programms insgesamt vorsichtiger Revision vorstellen zu können. Das soll nicht heißen, daß es an Ritters Person und Programm nicht Kritik gegeben hätte, gerade aus dem unmittelbar nach Kriegsende starken christlich-abendländischen Denken heraus mochte Ritters Ortsbestimmung in ihrer preußischen Sicht zu wenig radikal erscheinen. Schon vor der Auseinandersetzung um Ritters Rolle bei der Gründung des „Instituts für Zeitgeschichte“ war Ritter 1949 im „Rheinischen Merkur“ angegriffen worden, weil er nicht an dem von der französischen Kultusverwaltung organisierten Treffen französischer und deutscher Historiker in Speyer teilgenommen hatte und deshalb als „Saboteur der internationalen Verständigung“ und „geistiger Nachfahre Treitschkes“ kritisiert worden war²⁴.

Ein anderer Gesichtspunkt soll hier herausgehoben werden, der sowohl bei Meinecke als auch bei Ritter auffällt. In beiden Fällen geht es eigentlich nicht um eine Revisionsdiskussion, die unter methodologischen Gesichtspunkten für uns interessant wäre. Von beiden Historikern wurden vorwiegend Inhalte und forschungsleitende Begriffe, Ideen und Interpretamente kritisiert und in Frage gestellt, nicht aber Forschungsmethoden. Am ehesten kamen diese Fragen noch bei Meinecke ins Blickfeld, wenn er von den sozialen Wandlungen des 19. und 20. Jahrhunderts als der entscheidenden Ursache aller Veränderungen sprach, ja sich sogar entschuldigte, sich damit vielleicht von der ideengeschichtlichen Methode zu entfernen. Bei Ritter aber ist ein Reflektieren methodologischer Probleme nicht zu erkennen, so daß seine behutsame Kritik an bestimmten überzogenen Interpretationen eigentlich methodisch folgenlos bleiben mußte, wie seine späteren Aussagen zu diesem Problem noch deutlicher zeigen werden.

Fragt man nach dem Grund für dieses Defizit, denn angesichts des häufigen Vergleichs mit der politisch-sozialen Entwicklung Westeuropas hätte man solche Gedanken erwarten können, drängt sich die Überlegung geradezu auf, daß es die Dominanz eines bestimmten Geschichtsbildes war, das hier auf methodologischem Gebiet eine Revision verhinderte. Bei beiden Historikern nämlich findet sich eine durchgehende Linie der Interpretation des 20. Jahrhunderts. Dieses Jahrhundert ist für sie durch „Vermassung“ und „Massenmenschentum“ geprägt. Hier droht die eigentliche Gefahr, hier liegt das Potential für soziale Unruhe und politische Verführbarkeit.

²³ Ritter an Percy Ernst Schramm am 10.5.1950, Archiv VHD 2. (Das Archiv des VHD befindet sich im Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen.)

²⁴ So Ritter in einem Rundschreiben an den Vorstand des VHD am 9.5.1949 in Archiv VHD 2.

Ritter hat vor allem in seiner 1948 erschienenen Schrift „Europa und die deutsche Frage“ in der Entstehung eines „entpersönlichten Massenmenschentums vor allem als Folge des Ersten Weltkrieges“ eine wesentliche Voraussetzung der faschistischen Bewegungen gesehen. Bei Meinecke ist die „Vermassung“ geradezu die Signatur des 20. Jahrhunderts. Gegen solche universalen Tendenzen half in der Sprache Ritters nur die Vernunft eines starken Staates, nur er konnte den Ausgleich der widerstrebenden Interessen herbeiführen. Die Folge eines solchen Verständnisses war nicht nur eine begrenzte Wertschätzung der Demokratie, die nur als „elitäre“ Demokratie gedacht werden konnte²⁵, sondern auch das evidente Defizit geeigneter Kategorien zur Analyse von Massenphänomenen, also der Gesellschaft. Es ist durchaus charakteristisch, wenn Ritter in seiner Genealogie des egalitären Massenstaates auf Rousseau und auf die jakobinische Phase der Französischen Revolution zurückgriff, wo die Entartungsmöglichkeiten der Demokratie schlagend unter Beweis gestellt schienen²⁶. Es scheint, daß es die Gesellschaftsferne sowohl Ritters als auch Meineckes war, die den Grund dafür bildete, daß die Kritik der herkömmlichen Geschichtswissenschaft inhaltlich blieb und keine methodischen Folgewirkungen zeitigen konnte. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es die gesellschaftlichen Veränderungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gewesen waren, die an vielen Orten in Europa eine „andere“ Geschichtswissenschaft hervorgerufen hatten²⁷, mag das Manko einer Geschichtsauffassung noch deutlicher werden, die noch nach 1945 dem Phänomen der modernen industriellen Gesellschaft und der ihr adäquaten demokratischen Ordnung hilflos, wenn nicht gar mit Ablehnung gegenüberstand.

III

Wir haben bislang mit Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter zwei Historiker zu Wort kommen lassen, die – wenn auch verschiedenen Generationen angehörend – zu den Älteren gezählt werden mußten. Beide standen gewissermaßen stellvertretend für die Generationen, die für den Verlauf der deutschen Geschichte verantwortlich zu machen waren, wenn auch nur in einem indirekten Sinne. Damit ergibt sich die Frage nach der Reaktion der jungen Generation auf das „Dritte Reich“, die Niederlage und das Vakuum der ersten Nachkriegsjahre. Äußerungen dieser Generation finden sich am ehesten noch in den neugegründeten Zeitschriften jener Jahre, die in vielen Fällen

²⁵ So *Schwabe*, Ritter-Briefe, 101.

²⁶ Vgl. *Gerhard Ritter*, Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur politisch-historischen Selbstbesinnung (München 1958) vor allem 41f. Vgl. auch *ders.*, Europa und die deutsche Frage (München 1948) 193f. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß der englische Historiker Geoffrey Barraclough Ritter in einem Artikel in TLS vom 14. 4. 1950 vorwarf, er wolle die Idee der westeuropäischen Menschenrechte als Ursprung des Totalitarismus diskreditieren „and that the only way to check this western disease is a strong remedial dose of the German Rechtsstaat ... à la Wilhelm I. and Bismarck“.

²⁷ Vgl. *Winfried Schulze*, Soziologie und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in die Probleme der Kooperation beider Wissenschaften (München 1974) 48ff.

jedenfalls die Funktion eines Sprachrohrs der jungen und mittleren Generation übernahmen²⁸. Es sind dies zwar keine Zeitschriften, die wir als historische Zeitschriften im engeren Sinne bezeichnen können, aber es sind Kulturzeitschriften mit einem relativ breiten thematischen Spektrum, die natürlich auch immer wieder zu den drängenden Fragen jener Jahre Stellung nahmen, die uns in diesem Zusammenhang interessieren. Man sprach damals von einer „Flucht in die Zeitschrift“²⁹. Schon die Namen dieser neuen Zeitschriften klingen meist wie eine programmatische Aussage: Aufbau, Aussaat, Die Sammlung, Begegnung, Besinnung, Bogen, Das neue Wort, Einheit, Ende und Anfang, Die Fähre, Frischer Wind, Gegenwart, Geist und Tat, Das goldene Tor, Horizont, Merkur, Neubau, Neues Abendland, Neues Europa, Neue Ordnung, Prisma, Der Ruf, Standpunkt, Umschau, Die Wandlung (als Wiedergründung), Weltstimme, Zeichen der Zeit. Die Literaturgeschichte dieser Jahre hat es sich angewöhnt, von der „Zeitschrifteneuphorie“ der Nachkriegsjahre zu sprechen³⁰.

„Der Ruf“ ist dabei schon relativ oft gewürdigt worden, weil er, aus einer Lagerzeitschrift in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager im Winter 1944/45 entstanden und seit dem 15. August 1946 auf dem deutschen Markt, schon im April 1947 unter Hinweis auf seine „nihilistischen“ Tendenzen wieder verboten wurde. Das Verbot dieser Zeitschrift war insofern von Bedeutung, als dieser Vorgang die Bildung einer Gruppe junger Schriftsteller und Publizisten veranlaßte, die dann unter dem Signum der „Gruppe 47“ zu einem wesentlichen Element der Literatur der Bundesrepublik geworden sind. „Der Ruf“, der sich im Untertitel „Unabhängige Blätter der jungen Generation“ nannte, suchte bewußt nach der Abgrenzung von der älteren Generation, sie war sein Programm: „Das junge Europa formt sein Gesicht“ war der Titel des Leitartikels der ersten Nummer. Charakteristischerweise war es die Frage der „Kollektivschuld“ und einer daraus abzuleitenden „reeducation“, die einen der Hauptstreitpunkte mit den amerikanischen Zensurinstanzen bildete. Angesichts der Verbreitung der Zeitschrift – ca. 100 000 verkauft Exemplare –, ihrer Verankerung in der Bevölkerung und ihres auch politischen Gewichts konnte eine solche Publikation mit ihrer eigentümlichen Verbindung radikaldemokratischen, sozialistischen, nationalen und europäischen Denkens nicht länger geduldet werden.

Die politisch-historische Position dieser Zeitschrift kann trotz der notwendigen Differenzierungen innerhalb des Herausgeber- und Mitarbeiterkreises doch durch ei-

²⁸ Zur Pressepolitik der Alliierten nach 1945 vgl. Harry Pross (Hrsg.), Deutsche Presse seit 1945 (1965) 29 f. (Beitrag von Harold Hurwitz über die „Pressepolitik der Alliierten“).

²⁹ So jedenfalls Hartmann Goertz in einem Artikel der „Neuen Zeitung“ vom 13.1.1947, abgedruckt in: Als der Krieg zu Ende war. Literarisch-politische Publizistik 1945–1950 (Stuttgart 1973) 47. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Existenz von insgesamt 388 Zeitschriften (davon 45 allgemeine Kulturzeitschriften) am 1.4.1947 nur eine „täuschende Fülle“ insofern darstellte, als dies nur ein verschwindender Bruchteil der über 8000 Zeitschriften war, die vor dem Krieg in Deutschland erschienen. Vgl. dazu die Zahlen bei Joachim Besser in: Die Sammlung 2 (1947) 405 ff.

³⁰ Vgl. Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948 (München, Wien 1985) 197 für die wichtigsten Zeitschriftentitel.

nen Artikel charakterisiert werden, den der Mitherausgeber Hans Werner Richter am 15. Januar 1947 veröffentlichte und der mit dem grammatischen Satz begann: „Deutschland ist ein Land der halben und niemals beendeten Revolutionen, der glückten Konterrevolutionen und der versäumten Evolutionen. Das begann mit der Reformation, wurde fortgesetzt 1848, erlebte seine tragische Wiederauferstehung 1918, wurde zur vollendeten Farce 1933 und endete mit einem völligen Schweigen 1945.“³¹ Richters Konzept ging von einer nie geschlossenen Diskrepanz zwischen den großen ökonomischen und sozialen Umschichtungen und der notwendigen Anpassung der „Staatsmaschine“ aus. Auch die Erfahrung der ersten beiden Nachkriegsjahre fiel für Richter unter dieses Verdict. Wieder war die Revolution verpaßt worden, auch die Besatzungsmächte konnten die Revolution nicht frei Haus liefern, die Chance des Neuanfangs wurde nicht genutzt. In diesen Zeilen Richters spiegelte sich schon die Unzufriedenheit mit der kompromißlerischen Reaktion der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, mit den fehlenden radikalen Veränderungen.

Doch „Der Ruf“ vertrat eine Ausnahmeposition und die ohnehin nur für eine kurze Zeit. Die anderen Zeitschriften, die hier mit zu untersuchen wären, verhielten sich in den hier interessierenden Fragen erheblich zurückhaltender, waren auch stärker von Vertretern der älteren Generation dominiert, etwa die von einer Pädagogengruppe unter Herman Nohl herausgegebene „Die Sammlung. Zeitschrift für Kultur und Erziehung“. Dies gilt sogar für die erste nach dem Krieg publizierte Studentenzeitung, die an der Universität Göttingen seit dem 11. Dezember 1945 erscheinen konnte, nachdem zum Wintersemester 1945/46 der Lehrbetrieb wieder aufgenommen worden war.

Die „Göttinger Universitätszeitung“ ist über ihre Aussagen über das Göttinger Geschehen hinaus von besonderem Wert für die allgemeine Diskussion an den Hochschulen der verschiedenen Zonen. Ihre an der universitären Praxis ausgerichtete Berichterstattung zeigt eindrucksvoll, wie die Bewältigung der „großen Fragen“ im Alltag ablief. Zwar erschienen ausführliche Artikel über die Schuldfrage³², den Widerstand gegen Hitler, das Verhältnis zur Politik, angeregt durch Vorträge oder Veröffentlichungen, es gab auch Leserbriefe und Diskussionen, doch erstaunlich schnell gewann die Bewältigung der Realität des Studiums, der Zulassungspraxis, der Wohnungsnot, der wissenschaftlichen Kommunikation, aber auch der Unterhaltung und des Sports wieder die Oberhand. Nachrufe auf verstorbene Historiker wie Hermann Oncken, Karl Brandi, Erich Brandenburg lassen keinen kritischen Gedanken aufkommen, höchstens in den Kurzrezensionen neuer Bücher findet sich ab und an eine eher beswirksame als wirklich kritische Bemerkung.

³¹ Der Ruf Nr. 11 vom 15. Januar 1947, 1. Vgl. jetzt *Jerôme Vaillant*, Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945–1949). Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung (München 1978).

³² Allgemein dazu *Hans Zürrlein*, Die Frage der Kollektivschuld aus dem Blickwinkel deutscher Literaten und Publizisten, in: *Gerhard Hay* (Hrsg.), Zur literarischen Situation 1945–1949 (Kronberg 1977) 15–35. Zu diesem gesamten Komplex jetzt die Analyse von *Barbro Eberan*, Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? ...? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945–1949 (2. erw. Auflage München 1985) mit ausführlichen Übersichten über das einschlägige publizistische Material.

Die Vorträge eines Martin Niemöller wurden zwar von ca. zwei Dritteln aller Göttinger Studenten besucht und erregten auch den Widerspruch einiger reaktionärer Studenten wegen seiner klaren Aussage zur Schuldfrage, doch läßt sich solchen Anregungen keine grundsätzliche Infragestellung der traditionellen Geschichtswissenschaft entnehmen. Es bildete sich sehr schnell ein neuer Konsensus von Wissenschaftlichkeit und unpolitischer Haltung heraus, der vorzüglich in einem Beitrag des Wirtschaftshistorikers Wilhelm Treue zum Ausdruck kam, wenn er gegenüber jenen Kommilitonen Geduld und Toleranz empfahl, die durch Erziehung, Elternhaus und Armee zu Nazis gemacht wurden: „Muß denn jeder Mensch, stets und ständig, mit 25 und mit 60 Jahren, „politisch“ sein, d.h. politisch arbeiten, Stellung nehmen, Partei ergreifen?“³³

Befragt man die in der Göttinger Universitäts-Zeitung veröffentlichten Artikel von Historikern wie Ludwig Dehio, Reinhard Wittram, Siegfried A. Kaehler und Gerhard Ritter auf einen deutlich erkennbaren Neuansatz in der Geschichtswissenschaft hin, wird neben dem behutsamen Eingeständnis partiellen Fehlverhaltens kaum ein Gedanke erkennbar, der über den Rahmen eines „moralisch gezähmten Historismus“ hinausreichen würde.

Bei der nachträglichen Lektüre der „Göttinger Universitäts-Zeitung“, die hier als Indiz für die Reorganisation der deutschen Universitäten und ihres geistigen Lebens herangezogen wurde, wird außerdem deutlich, daß die Wiedereröffnung der Universitäten außerordentlich schnell vor sich ging, sehr bald auch übergreifend organisiert wurde und in erstaunlich weitgehender deutscher Autonomie vollzogen werden konnte. Bereits im September 1945 trafen sich z.B. die Universitätsrektoren der Britischen Zone mit den zuständigen Beamten der Militärregierung zur ersten Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz, um die gemeinsamen Probleme zu besprechen³⁴. Dabei wurde in einer Ansprache von dem Vertreter der Militärregierung betont, daß man von britischer Seite die deutschen Hochschulen keineswegs völlig reformieren wolle. Außerdem gehe man davon aus, daß es zwar eine Verantwortlichkeit aller Deutschen für die jüngste Geschichte, nicht aber eine Kollektivschuld aller Deutschen gebe³⁵. Die Haltung gegenüber den Universitäten unterschied sich erheblich von der Einstellung der Besatzungsmächte gegenüber den Schulen und den Pädagogischen Akademien. Letztere durften erst wieder im Jahre 1946 ihre Arbeit aufnehmen, und in den Schulen machten sich die Überprüfungsmaßnahmen auch zahlenmäßig stark bemerkbar³⁶. Nur beiläufig soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß es unmittelbar nach 1945 praktisch keinen Geschichtsunterricht gab. In der Französischen Zone wurde er

³³ GUZ I, Nr. 3, S. 8.

³⁴ GUZ I, Nr. 7, S. 22. Zur Geschichte der Nordwestdeutschen Rektorenkonferenz, ihrer Gründung und den ersten Entschlüsse vgl. Rolf Neubaus (Hrsg.), Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959 (Wiesbaden 1961) 16 ff. und Jürgen Fischer, Westdeutsche Rektorenkonferenz. Geschichte, Aufgaben, Gliederung (Bad Godesberg 1961) 5 f.

³⁵ GUZ I, Nr. 3, S. 6 f.

³⁶ Vgl. dazu Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955 (Göttingen 1982) 92 ff.

erst 1948 wieder zugelassen, aber nur in den Bereichen bis zum 19. Jahrhundert³⁷. Die Übergangslehrpläne, die in der Rheinprovinz und Westfalen im Herbst und Winter erarbeitet wurden, sahen für die Gymnasien noch keinen Geschichtsunterricht vor, lediglich Kunstgeschichte war für die Oberstufe vorgesehen³⁸. Das Unterrichtsfach Geschichte wurde erst wieder greifbar in den Lehrplänen für die Sonderlehrgänge zur Erlangung der Hochschulreife. Hier war freilich unter Verzicht auf eine zusammenhängende pädagogische Konzeption lediglich die Absicht zu erkennen, diese Schülergeneration in ein vages universalgeschichtlich-europäisches Welt- und Geschichtsbild einzuführen, das jedoch mit dem Jahr 1933 endete. Seit 1946 wurde dann Geschichtsunterricht in Nordrhein-Westfalen in lokaler Differenzierung erteilt, erst in diesem Jahr kam es zur Erarbeitung von Lehrplänen. Diese Entwicklung des schulischen Geschichtsunterrichts ist vor allem im Hinblick auf die weitgehende universitäre Autonomie bemerkenswert.

Es fällt im übrigen auf, daß gegenüber den sehr früh einsetzenden Fakultätentagen der Physiker, Chemiker, Juristen über vergleichbare Aktivitäten der Historiker nicht berichtet wurde. Auch der Historikertag von 1949 fand relativ spät statt, wenn man bedenkt, daß die erste Versammlung der Philosophen bereits 1947 in Garmisch stattgefunden hatte und der erste Nachkriegssoziologentag sogar schon im Jahre 1946³⁹. In den Akten des Historikerverbandes findet sich jedoch kein Hinweis darauf, daß – wie damals vermutet wurde⁴⁰ – die späte Neugründung und der Historikertag erst im Jahre 1949 mit direkten Verboten der Besatzungsmächte zu erklären sind. Wichtiger für die Verzögerung scheint – neben den allgemeinen Zeitumständen, die eine übergreifende Organisation ohne Zweifel erschwerten – die Tatsache gewesen zu sein, daß innerhalb der Historikerschaft selbst offensichtlich widersprüchliche Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit einer Neugründung bestanden, auf die noch eingegangen werden soll.

IV

Ein noch eindeutigeres Bild als dieser durch eine Zeitschrift vermittelte Blick in die Praxis der universitären Reorganisationsphase bietet der Blick auf die Inhalte der akademischen Lehre, jedenfalls soweit sie sich aus den Vorlesungsankündigungen und

³⁷ Vgl. Erich Kosthorst, Von der „Umerziehung“ über den Geschichtsverzicht zur „Tendenzwende“. Selbstverständnis und öffentliche Einschätzung des Geschichtsunterrichts in der Nachkriegszeit, in: Oswald Hauser (Hrsg.), Geschichte und Geschichtsbewußtsein (Göttingen 1981) bes. 128 ff.

³⁸ Nach Peter Hüttenberger, Geschichtsbild und Geschichtsunterricht in der britischen Zone, in: Oswald Hauser (Hrsg.), Geschichte und Geschichtsbewußtsein (Göttingen 1981) 120 ff.

³⁹ Vgl. dazu den Bericht von Heinz Mauz in: Die Umschau. Internationale Revue, 2, Heft 1 (1947) 85.

⁴⁰ In einem Bericht über den ersten Nachkriegshistorikertag 1949 sprach Georg Stadtmüller davon, daß die Militärbehörden dem VHD erst 1949 die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen (nicht gekennzeichneter Ausriß in Archiv VHD 1). Diese Bemerkung kann sich nur auf die Schwierigkeiten beziehen, die speziell Gerhard Ritter mit der französischen Verwaltung hatte, die den seit 1948 in Gründung befindlichen Verband als einen ungenehmigten Verein betrachtete. Die anderen Regierungen machten keine Schwierigkeiten.

den veröffentlichten Doktorarbeiten ermitteln lassen. Die Durchsicht des spärlichen Lehrangebots der Universitäten in den Jahren 1946 bis 1949 läßt im Bereich der Historischen Institute jedoch keinen Schluß darauf zu, daß durch eine entschiedene neue Themensetzung oder durch eine stärkere Einbeziehung sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Fragen eine tiefgreifende Veränderung stattgefunden habe: „Also statt Wiedergeburt: Kontinuität“, so hat Hermann Heimpel die Göttinger Zustände charakterisiert, und er hat damit im wesentlichen den Gesamtrend erfäßt. Zuweilen hat man sogar den Eindruck, als sei überhaupt nichts geschehen, etwa wenn Karl Brandi in Göttingen im Wintersemester 1944/45 „Mittelalter I“ las und seine Arbeit im Wintersemester 1945/46 mit „Mittelalter II“ fortsetzte⁴¹.

Daß sich die Landesgeschichte am ehesten als das Vehikel herausstellte, in dem eine Verbindung von Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte realisiert werden konnte, wird den Kenner nicht überraschen. Der Bonner Landeshistoriker Franz Steinbach zeigte dies z. B. in seinen Lehrveranstaltungen⁴². Gewiß finden sich daneben auch Lehrveranstaltungen, die auf bestimmte politische und theoretische Problemlagen reagieren. In Bonn lasen Holtzmann und Just über „Grundfragen der historischen Erkenntnis“ und historiographische Probleme, Braubach las 1948 selbstverständlich über die Revolution von 1848, Hallmann über das „Preußentum. Darstellung und Kritik“, Paul Egon Hübinger, der sich noch zu Beginn der 50er Jahre intensiv um eine Revision des Geschichtsbildes bemühte⁴³, wandte sich der „Geschichte des Abendlandes“ zu. Im Sommersemester 1949 kündigte Hans Hallmann – wie bereits erwähnt – sogar eine Lehrveranstaltung „Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945“ an, und im gleichen Semester veranstaltete der Mediävist Fritz Kern ein Kolloquium mit dem Titel „Wie studiert man Universalgeschichte?“⁴⁴. In Göttingen fiel Werner Conze mit seiner Vorlesung „Deutsche Sozial- und Verfassungsgeschichte vom Ausgang des Mittelalters“ im Vergleich zu Kaehlers „Die große Politik von 1890–1914“ (SS 1947) auf. Es charakterisiert die Lage dieser Jahre treffend, daß Kaehler, der Ordinarius für Neuere Geschichte, diese intensive Beschäftigung Conzes mit der Sozialgeschichte nicht sonderlich schätzte⁴⁵. In Heidelberg hat die Auswertung des Lehrangebots seit 1946 ein starkes Übergewicht der allgemeinen politischen Geschichte und Geistesge-

⁴¹ Dies berichtet Hermann Heimpel, Neubeginn 1945, in: Der Neubeginn der Georgia Augusta zum Wintersemester 1945–46 (Göttingen 1986) 15–29, hier 23. Das vorige Zitat ebd.

⁴² So z. B. im Sommersemester 1948 mit einer Übung „Probleme der deutschen Verfassungsgeschichte, Sozialgeschichte und Wirtschaftsgeschichte“, die er in diesen Jahren regelmäßig anbot. Die folgenden Angaben nach den Vorlesungsverzeichnissen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

⁴³ Vgl. Paul Egon Hübinger, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: GWU 1 (1950) 385–401.

⁴⁴ Freundliche Mitteilung von Prof. Dr. Karl J. Narr (Münster) nach Ausweis seines Studienbuches.

⁴⁵ Wolfgang Zorn spricht in seinem Nachruf auf Werner Conze in VSWG 73 (1986) 153–157, hier 154 davon, daß Conze und seine Schüler wegen ihrer neuen Gegenstände und Methoden mit Kaehler Schwierigkeiten gehabt hätten. Mein Kollege Wolfgang Köllmann, der in Göttingen einer der ersten einschlägig arbeitenden Doktoranden Conzes war, hat mir diesen Sachverhalt aus eigener Kenntnis heraus bestätigt. Zu Conzes Tätigkeit in Göttingen jetzt auch der in Anm. 122 angeführte Beitrag von Wolfgang Schieder.

schichte ergeben. Auch hier bestätigte sich, daß die deutschen Universitäten nach 1945 „keine Stunde Null, keine Zäsur“ erlebten⁴⁶.

Der Versuch einer Zusammenfassung trifft sicher die wirklichen Verhältnisse, wenn man – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das Lehrangebot überwiegend als thematisch und methodisch traditionell bezeichnet. Dabei bemerkt man jedoch eine relativ starke Verbindung von politischer und Geistesgeschichte, ganz zweifellos ein Versuch der Historiker, der „Dämonie der Macht“ zu begegnen. In dieser Bilanz fallen auf den ersten Blick auch offensichtliche Ausnahmen auf wie der Tübinger Rudolf Stadelmann, der sich der Erforschung der westeuropäischen und deutschen Revolutionen zuwandte. Ein zweiter Blick ergibt jedoch die relativierende Einsicht, daß Stadelmann hiermit Überlegungen aufgriff, die ihn während des „Dritten Reiches“ dazu bewogen hatten, das Jahr 1933 als entscheidende Revolution der deutschen Geschichte zu betrachten⁴⁷. Eine Ausnahmeerscheinung war gewiß der Würzburger Historiker Ulrich Noack, der z. B. ein Privatissimum über „Geschichte und Wahrheit“ veranstaltete, über die Nationalversammlung von 1848 und die Französische Revolution las, Ranke und Droysen verglich, die Revolution und das Kaiserreich untersuchte und sich mit Burckhardt beschäftigte, dessen zivilisationskritische Position ihn ohnehin zu einem der populärsten Geschichtsdenker jener Jahre machte⁴⁸.

Nach diesem Überblick kann es nicht verwundern, wenn sich die Dissertationen der Nachkriegsjahre auch in dem durch die Lehrveranstaltungen gezogenen Rahmen bewegten⁴⁹, sofern es nicht überhaupt Arbeiten waren, die schon vor oder im Krieg begonnen worden waren und dies auch noch in der Begrifflichkeit erkennen ließen.

⁴⁶ Vgl. dazu *Christian Peters*, Lehrangebot und Geschichtsbild. Ein Beitrag zu einer Sozialgeschichte des Faches Geschichte an der Heidelberger Universität, in: *Robert Deutsch u. a. (Hrsg.)*, Eine Studie zum Alltagsleben der Historie. Zeitgeschichte des Fachs Geschichte an der Heidelberger Universität 1945–1978 (Heidelberg 1978) 1–38 und allgemein zur Wiedereröffnung in Heidelberg am 19. Januar 1946 *Frank R. Pfetsch*, Neugründung der Universität nach 1945, in: *Karin Buselmeier-Dietrich, Harth-Christian Jansen (Hrsg.)*, Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg (Heidelberg, Mannheim 1985) 365–380, hier 365.

⁴⁷ Vgl. seine erste Vorlesung im Wintersemester 1945/46 über die Geschichte der Englischen Revolution (als Buch Wiesbaden 1954), die er mit der Frage nach dem Beginn des „Irrwegs“ der deutschen Geschichte und der Forderung nach einer Annäherung von individualisierender und generalisierender Methode eröffnete (ebd. S. 8, 15). Vgl. auch *ders.*, Deutschland und Westeuropa (Schloß Laupheim 1948).

⁴⁸ Vgl. dazu die Fülle der Burckhardt-Titel in der „Bibliographie“ in GWU 1 (1950) bes. 54 und 58. Noack, ein Schüler Meineckes mit weitausgreifenden politischen Zielvorstellungen, trat 1946 auch durch seinen Versuch hervor, auf dem Hohen Meißner in Wiederbelebung der Gedanken von 1913 eine „Freie Deutsche Jugendbewegung“ zu gründen, ein Unternehmen, dem offensichtlich kein großer Erfolg beschieden war. Noack hatte auch einen schriftlichen Plan vorgelegt, eine „Reichshauptstadt Hohenmeißner“ zu errichten. Vgl. GUZ I, Nr. 18, S. 1 und dazu seine Schrift: Deutschlands neue Gestalt in einer suchenden Welt (Frankfurt/M. 1946) 91 ff. mit konkreten Vorschlägen für die Gestaltung dieser neuen Hauptstadt. Vgl. *Heinrich Euler*, Ulrich Noack – Ein Leben aus freier Mitte, in: Ein Leben aus freier Mitte. Festschrift f. U. Noack z. 60. Geburtstag (Göttingen 1961) VII–XXXII.

⁴⁹ Vgl. dazu die Heidelberger Beobachtungen in *Robert Deutsch u. a. (Hrsg.)*, Eine Studie zum Alltagsleben der Historie, 86 ff.

Vor allen Dingen die landesgeschichtliche Forschung profitierte von der offensichtlichen Abwendung von ideologieverdächtigen Themenkomplexen. Der generelle Rekurs der Disziplin auf Ranke und Burckhardt, wie er sich in einer Fülle von Lehrveranstaltungen über diese beiden Historiker dokumentierte, schlug sich auch in der Tat sache nieder, daß von den etwa 40 Dissertationen, die zwischen 1945 und 1951 an den westdeutschen Universitäten über historiographiegeschichtliche Themen verfaßt wurden, sich allein fünf mit Ranke beschäftigten⁵⁰.

V

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Neuorganisation der Historiker im Verhältnis zur allgemeinen Neubegründung des universitären Bildungswesens und der anderen wissenschaftlichen Berufsverbände und Fakultätentage offensichtlich relativ spät erfolgte. Zur Erklärung kann man – obwohl dies naheliegend wäre – kaum auf das schon erwähnte Verbot des Geschichtsunterrichts in den Schulen verweisen oder auf die noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen zur politischen Säuberung der Lehrkörper. In den einzelnen Ländern kam es manchmal zu spektakulären Massenentlassungen, die in ihrer pauschalen Vorgehensweise oft viel böses Blut machten und großes öffentliches Aufsehen erregten. So wurden im Februar 1947 auf Veranlassung der Amerikanischen Militärregierung allein in Erlangen 76 Entlassungen im Bereich des akademischen Personals ausgesprochen⁵¹. In Göttingen waren es im Jahre 1945 zunächst 125 Entlassungen, die ausgesprochen wurden, von denen viele jedoch bald wieder zurückgenommen wurden⁵². In Frankfurt am Main wurde der NS-Rektor Walter Platzhoff vom Dienst suspendiert, ohne wieder eine Lehrtätigkeit aufzunehmen⁵³. In Heidelberg wurde sein Kollege Willy Andreas wenige Tage nach der Wiedereröffnung der Universität von der amerikanischen Besatzungsmacht entlassen, doch kehrte er bald darauf wieder auf seinen Lehrstuhl zurück, um dann emeritiert zu werden⁵⁴. Gleichwohl äußerte sich Walter L. Dorn, ein Berater General Clays, im Mai 1946 außerordentlich kritisch über die Verzögerungstaktik speziell der bayerischen Kultusverwaltung. Er sprach sogar von einer „Ordnungszelle Bayern“ und beklagte die Entscheidung der Amerikanischen Militärverwaltung, in München eine bloße Wiederherstellung der Universität betrieben zu haben⁵⁵. Im November 1946 beschwerte sich das

⁵⁰ Ich verdanke diese Informationen über Dissertationen und Lehrveranstaltungen über Ranke und Burckhardt der noch unpublizierten Dissertation von *Horst Walter Blanke*, Historiographiegeschichte als Historik (Bochum 1986) S. 487 der masch. Fassung.

⁵¹ GUZ II, Nr. 6, S. 18.

⁵² GUZ I, Nr. 5, S. 15. – Vgl. dazu auch den Report Nr. 4237 des Office of Intelligence Research vom 3. Juni 1947 über den Stand der Umerziehungsmaßnahmen in Deutschland, besonders der Universitäten, in: *Alfred Söllner* (Hrsg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 2 (Frankfurt/M. 1986) 177–216, hier 182 ff.

⁵³ Freundliche Mitteilung meines Frankfurter Kollegen Notker Hammerstein, der z.Z. an einer Geschichte der Universität Frankfurt/M. arbeitet.

⁵⁴ Pfetsch, Neugründung, 367.

⁵⁵ Vgl. *Walter Dorn*, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen, hrsg. von *Lutz Niethammer* (Stuttgart 1973) 87.

Bayerische Kultusministerium darüber, daß durch die Entlassung von 33 Professoren durch die amerikanische Militärregierung nicht mehr alle Professuren der Münchener Universität besetzt werden könnten. Diese Professoren waren am 13. November entlassen worden, weil ihnen die „politischen, liberalen und moralischen Qualitäten“ fehlten, „die zur Entwicklung der Demokratie in Deutschland notwendig sind“⁵⁶.

Zusammenfassend wird man sagen können, daß die zu Anfang der fünfziger Jahre in politischer Absicht ermittelten Zahlen über die Verluste der deutschen Hochschulen durch „Vertreibung, Emigration und Entnazifizierung“ (in dieser Zusammenstellung!) für die Geschichtswissenschaft kaum zutreffen. Die damals verwendeten Zahlen gingen auf eine Artikelserie der Zeitschrift „Christ und Welt“ im Jahre 1950 zurück und sprachen davon, daß von den über 900 vor 1945 entlassenen Dozenten etwa 165 wieder auf deutsche Lehrstühle zurückkehrten, während von den nach 1945 aus politischen Gründen entlassenen 4289 Dozenten im Jahre 1950 2773 ihre Stellungen verloren hatten⁵⁷. Für die Geschichtswissenschaft läßt sich dieses Zahlenverhältnis kaum aufrechterhalten. Wie sich das Fach nach 1933 von nationalsozialistischen Personaloc-trois relativ freihalten konnte, so blieb es nach 1945 auch von tiefgreifenden Entnazifizierungskampagnen mit personellen Konsequenzen verschont, wenn man einmal von vorübergehenden Dienstenthebungen absieht. Nach der bislang gründlichsten Untersuchung waren in Deutschland und Österreich von 110 Lehrstuhlinhabern des Fachs Geschichte überhaupt nur 20 von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen⁵⁸. Die Chancen, einen Parteigenossen-Kollegen zu „desinfizieren“ – wie man damals sagte – und damit wieder verwendungsfähig zu machen, waren durchaus gut⁵⁹. Auch auf diesem Felde dürfte deshalb von einem hohen Maß an Kontinuität zu sprechen sein.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde immer wieder die Rückkehr der emigrierten Wissenschaftler nach Deutschland gefordert. Die Kultusministerien hielten es für opportun, ihre Bemühungen in dieser Frage sehr präzise zu veröffentlichen, wie es z. B. das Bayerische Kultusministerium im Hinblick auf seine Bemühungen zur Rückberufung emigrierter Hochschullehrer bzw. deren Einladung zu Gastvorlesungen tat. In der „Göttinger Universitäts-Zeitung“ wurde im Februar 1947 eine detaillierte Liste über das Schicksal der „aus politischen Gründen nach 1933 ausgeschiedenen Professoren“ der Universität Göttingen veröffentlicht⁶⁰. Noch im Jahre 1950 sah sich die

⁵⁶ Vgl. den „Rückblick“ in der Süddeutschen Zeitung vom 17.11.86.

⁵⁷ Vgl. Christ und Welt, 3. Jahrg. 1950, Nr. 6, 7, 9, 10, 11, 34. Christian von Ferber, Die Entwicklung des Lehrkörpers der dt. Universitäten u. Hochschulen 1864–1954 (Göttingen 1956) 143 ff. ermittelte für die Geisteswissenschaften einen Emigrationsverlust von 39 % aller Lehrpersonen. Auch diese Zahl ist nicht ganz genau, da bestimmte Kategorien von Wissenschaftlern nicht erfaßt werden konnten. Von den 795 emigrierten Geisteswissenschaftlern kehrten danach bis 1953 85 nach Westdeutschland zurück.

⁵⁸ Vgl. dazu die Angaben bei Wolfgang Weber, Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zu Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft (Frankfurt/M. 1984) 429 f., Anm. 343. Ich glaube nach eigenen Nachforschungen 26 Historiker ermittelten zu können.

⁵⁹ Dieser Ausdruck wird in einem Brief Friedrich Baethgens in bezug auf Carl Hinrichs verwendet (UA Köln 197/39).

⁶⁰ GUZ II, Nr. 6, S. 16.

Westdeutsche Rektorenkonferenz angesichts „ständiger Pressevorwürfe“ genötigt, unter ihren Mitgliedern die zahlenmäßigen Belege gegen den Verdacht zu sammeln, daß die Universitäten „die Rückberufung nicht mit dem notwendigen Nachdruck betrieben hätten“⁶¹.

Wir wissen, daß es in der Geschichtswissenschaft keinen Rückstrom gab, der eine Neuorientierung hätte bewirken können. Die wenigen Rückkehrer der ersten Nachkriegsjahre – von 134 Historikeremigranten kehrten nur 21 in die beiden deutschen Staaten zurück⁶² – waren Hans Joachim Schoeps (nach Erlangen), Ernst D. Fraenkel (Frankfurt/M.), Walter Mohr (Saarbrücken) und Hans Rothfels (Tübingen). Golo Mann kehrte erst 1958 in die Bundesrepublik zurück, auch Dietrich Gerhard kam erst 1954 zurück, blieb überdies noch in den USA verankert. Andere Emigranten, die der liberalen Schule Meineckes entstammten, blieben – trotz Meineckes Bemühungen z. B. um Hajo Holborn⁶³ – in Amerika und kamen – wie z. B. Hans Rosenberg – nur als Gastprofessoren nach Deutschland zurück, wo sie freilich deutlich machen konnten, welche Umorientierungen in der Geschichtswissenschaft möglich gewesen wären, wenn es zu einer stärkeren Rückkehr emigrierter Wissenschaftler gekommen wäre⁶⁴.

Eine Bilanz der Wirkung der Emigranten muß jedenfalls auch deren Tätigkeit als Gastprofessoren an den bundesrepublikanischen Universitäten berücksichtigen. Geraade das Beispiel Hans Rosenbergs ist geeignet, die Schwierigkeiten sowohl der um Rückberufung bemühten Fakultäten als auch der wenigen potentiellen Remigranten zu verdeutlichen. Er war noch 1932 unter Johannes Ziekursch in Köln habilitiert worden, bevor er 1933 nach dem Entzug der *venia legendi* Deutschland über England in Richtung Vereinigte Staaten verließ, wo er seit 1938 am Brooklyn College lehrte, seit 1944 als amerikanischer Staatsbürger. Schon im März 1946 – „nachdem die Nazi-Herrschaft beseitigt ist“ – hatte Peter Rassow als Dekan der Kölner Philosophischen Fakultät Rosenberg wie alle anderen emigrierten ehemaligen Mitglieder der Fakultät aufgefordert, „in unseren Kreis zurückzukehren und den Platz in unserer Mitte einzunehmen“. Diese allgemein gehaltene und mit keinerlei konkretem Stellenangebot verbundene Aufforderung hatte Rosenberg – innerlich tief bewegt über diese Geste – in

⁶¹ UA Köln 471/44 vom 10.5.1950 mit Hinweis auf den Beschuß der Rektorenkonferenz von Hannover. Die Nordwestdeutsche Rektorenkonferenz hatte schon im September 1946 in Göttingen die Wiederherstellung der Rechte der emigrierten Hochschullehrer, ihre Rückberufung bzw. adäquate Versorgung als „solidarische Ehrenpflicht“ aller Universitäten bezeichnet, vgl. Neuhauß, Dokumente zur Hochschulreform (wie Anm. 34), 16f.

⁶² Diese Angaben nach dem Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und von der Research Foundation for Jewish Immigration (München 1980–1983).

⁶³ Meinecke-Briefe, S. 247, wo Meinecke vom Mangel guter Kräfte spricht. In einem Brief an Rassow vom 19.2.47 spricht Meinecke hinsichtlich des Nachwuchses in Neuerer Geschichte von einem „Trümmerfeld“ (UA Köln 197/39).

⁶⁴ Vgl. die unvollständige Übersicht über die emigrierten deutschen Historiker bei Georg G. Iggers, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland, 97–111. Nach dem Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration emigrierten insgesamt 134 Historiker, von denen nur 21 nach Deutschland zurückkehrten. In den USA blieben 73, in Großbritannien 18, in Israel 8.

höflicher Form und unter Hinweis auf seine jetzige gesicherte Position abgelehnt, ohne sich freilich definitiv über eine mögliche Rückkehr nach Deutschland auszusprechen.

Als in Köln 1947 die Beratungen über die Wiederbesetzung des Lehrstuhls von Johannes Ziekursch begannen, der im Mai 1945 gestorben war, stand deshalb auch von vornherein Hans Rosenberg als Kandidat zur Debatte, zumal ihn Meinecke neben seinem Schüler Johann Albrecht von Rantzaу für die Nachfolge empfahl. Die Fakultät zog weitausgreifende Erkundigungen ein und erhielt schließlich ein gutes Dutzend Namen empfohlen. Die Beratungen der Berufungskommission konzentrierten sich schließlich auf die Namen von Theodor Schieder, Hans Rosenberg, Hans Herzfeld und Carl Hinrichs, in dieser Reihenfolge, wobei die letzteren ex aequo auf Platz 3 der Liste rangierten, die die Fakultät am 26. Juli 1947 dem Kuratorium und dem Ministerium zuleitete. Die Gründe für diese Reihung wurden nachträglich deutlicher, als nämlich der Dekan der Fakultät nach dem Eintreffen eines ausführlichen Schreibens von Rosenberg mit einem neueren Literaturverzeichnis und seinen Plänen für etwaige Lehrveranstaltungen der nächsten fünf Jahre einen „Nachtrag“ zur Berufungsliste vorlegte, der noch einmal – jetzt fundiert durch die neuen Informationen – das Interesse der Fakultät an einer Berufung Rosenbergs unterstrich⁶⁵. „Wären die inzwischen eingegangenen Erkundigungen eher eingetroffen, so hätte die Fakultät ohne Zweifel Herrn Koll. Rosenberg an die erste Stelle gesetzt“, schrieb der Dekan am 22. August an den Oberbürgermeister und Kuratoriumsvorsitzenden Dr. Hermann Pünder. „Sie sieht nur deshalb von einer nachträglichen Änderung der Reihenfolge ab, weil darin eine Unbilligkeit oder Unfreundlichkeit gegen den an erster Stelle genannten Prof. Schieder gesehen werden könnte, der freundlicherweise den Lehrstuhl im nächsten Semester vertretungsweise übernehmen wird, wenn er bis dahin entnazifiziert ist.“ Diese Auffassung trug der Dekan auch in der Kuratoriumssitzung am 12. November vor, wo Bürgermeister Robert Görlinger (SPD) – der ebenfalls in der Emigration gelebt hatte – ein ausdrückliches Interesse an Rosenberg bekundete. Wohl angesichts der Unsicherheit über Rosenbergs Bereitschaft zur Rückkehr beließ es das Kuratorium bei der vorgeschlagenen Reihenfolge, trug aber dem Dekan auf, noch einmal an Rosenberg heranzutreten, um seine Bereitschaft zur Rückkehr zu erkunden.

Rosenberg sah sich in einer schwierigen Lage, als ihm Fritz Schalk als Dekan noch am gleichen Tage in diesem Sinne schrieb und der britische Kontrolloffizier Dr. Beck-

⁶⁵ Gerade im Hinblick auf das oben als relativ unverändert bezeichnete Lehrangebot der Historischen Seminare sind Rosenbergs Pläne von besonderem Interesse. Er übermittelte der Kölner Fakultät zehn thematische Schwerpunkte, die er in Vorlesungen und Seminaren behandeln wollte („was von mir zu erwarten und nicht zu erwarten ist“): Geschichte der Diktaturen von der Renaissance bis zur Gegenwart – Weltgeschichte seit 1914 – Allgemeine Geschichte des Frühkapitalismus (1200–1750) – Allgemeine Geschichte des Hochkapitalismus und der Planwirtschaft – Vergleichende Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Europas und Nordamerikas in der Neuzeit – Deutsche Geschichte von der Reformation bis zur Französischen Revolution – Deutsche Geschichte seit 1815 – Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika – Russische Geschichte – Geschichte der politischen Theorie und Sozialphilosophie vom Mittelalter bis zur Gegenwart.

hoff auf dem Schreiben seine Unterstützung der Anfrage handschriftlich bekundete. Durch seinen ausführlichen Brief über seine neuesten Publikationen und seine etwaigen Lehrpläne für Köln hatte er – wie er jetzt erkannte – in Köln zu große Hoffnungen erweckt. Schon am 15. September äußerte er sich gegenüber dem Kölner Dekan bestürzt, daß dieser von ihm eine konkrete Antwort auf das „Wann“ erwarte, „obwohl das Ob doch noch völlig unentschieden ist“. Er stützte sich jetzt auf die Warnungen guter Freunde vor einer übereilten Rückkehr nach Köln, stellte die Frage nach dem Zustand der Kölner Bibliotheken und betonte seine Verpflichtungen am Brooklyn College. Er verwies auch auf die besondere Rücksicht, die er seiner Frau in der Frage der Rückkehr nach Deutschland schulde, und wollte auch noch „größere Klarheit über das psychische und politische Milieu, insbesondere über das Problem des Antisemitismus“. Diese Antwort belegt exemplarisch die schwierige Lage der Emigranten, wenn sie in dieser relativ frühen Phase vor die notwendigerweise kurzfristige Wahl gestellt wurden, nach Deutschland zurückzukehren⁶⁶. „There are too many uncertainties, complexities and imponderables in the picture,“ schrieb Rosenberg am 27. November nach Köln zurück: „I cannot accept a permanent professorship at Cologne University“⁶⁷. Folglich brauchte das Kuratorium nicht das Verfahren anzuwenden, das man für den Fall einer positiven Antwort Rosenbergs vorgesehen hatte, nämlich beim Kultusministerium erneut zugunsten einer Berufung Rosenbergs zu intervenieren. Jetzt konnte Theodor Schieder, der den Lehrstuhl schon vertrat, den Ruf erhalten und seine erfolgreiche Lehrtätigkeit in Köln beginnen. Im Falle Rosenbergs hatte die betroffene Fakultät alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um einen emigrierten Kollegen nach Deutschland zurückzuholen⁶⁸.

Nach der Darstellung dieses gut dokumentierten Falls, der jedoch kein Einzelfall war, ein abschließendes Urteil über die Intensität der Bemühungen zur Rückberufung emigrierter Historiker zu treffen, erscheint gleichwohl schwierig. Wenn man die inneren Widerstände, die die Emigranten gegenüber Deutschland entwickelt hatten, die Unsicherheit der Verhältnisse in diesen Jahren und schließlich auch die relativ geringe Anzahl rückberufbarer Hochschullehrer dieses Faches in Rechnung stellt, wird man vermutlich zu dem Schluß kommen müssen, daß unter den gegebenen Umständen nicht mehr zu erreichen war. So wird man Meineckes Bedauern unterstreichen müssen, der Hajo Holborn gegenüber auf die Schwierigkeiten der Besetzung der Lehrstühle mit geeigneten Kandidaten verwies⁶⁹. Die Tatsache, daß Veit Valentin, der als

⁶⁶ Auch Golo Mann, der von der Kölner Fakultät angesprochen worden war, wünschte sich damals lediglich eine Tätigkeit als Gastprofessor in Deutschland, um beiden Seiten die Möglichkeit des Kennenlernens zu geben (UA Köln 197/39).

⁶⁷ Die Kopie seines Antwortbriefes, der in den bislang benutzten Kölner Akten nicht enthalten ist, stellte mir Prof. Rosenberg freundlicherweise zur Verfügung, ebenso den Schriftverkehr, den er in den nächsten Jahren vor allem mit der Kölner und der Freien Universität Berlin führte, um dort als Gastprofessor tätig zu sein.

⁶⁸ Die Berufungsangelegenheit, die für die deutsche Nachkriegsgeschichtswissenschaft ohne Zweifel richtungsweisend geworden ist, hier zusammengefaßt auf der Grundlage der Kölner Berufungsakten und des Kuratoriumsprotokolls (UA Köln 197/39 und 471/44).

⁶⁹ Meinecke, Ausgew. Briefwechsel, S. 247 vom 19.3.1946.

einiger Historiker unmittelbar nach Kriegsende bereit war, nach Deutschland zurückzukehren, direkt nach seiner Rückkehr von einer ersten Reise nach Frankfurt starb, beleuchtet noch einmal die schwierige Lage dieser Jahre⁷⁰.

VI

Die bayerische Landeshauptstadt war nach dem Kriege zum Mittelpunkt der Forschungsinstitutionen der deutschen Geschichtswissenschaft geworden. Die 1944 nach Pommersfelden bei Bamberg ausgelagerte Arbeitsstelle der Berliner Zentraldirektion der Monumenta fand in München eine neue Heimstatt, die Historische Kommission hatte sich neu organisiert, und auch die Bemühungen zur Gründung eines „Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus“ konzentrierten sich auf München. So lag es nahe, daß auf einer gemeinsamen Tagung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Zentraldirektion der Monumenta Germaniae Historica am 12. Oktober 1948 ein Gründungsauftrag für einen „Verband der Historiker Deutschlands“ beschlossen wurde, wobei Gerhard Ritter, Hermann Aubin, Hermann Heimpel und Herbert Grundmann den Gründungsausschuß bildeten⁷¹.

Aus dem von Herbert Grundmann geführten Protokoll dieser Sitzung lassen sich leider nicht eindeutig die Gründe einer Verbandsgründung zu diesem Zeitpunkt ermitteln. In jedem Fall waren es Berichte über eine Sitzung des Internationalen Historiker-Verbandes in Paris im April 1948 und über einen Besuch des französischen Historikers Paul Caron in Tübingen, die die versammelten Herren zum Handeln bewogen. Man erkannte, daß die Voraussetzung für eine Wahrnehmung der sich anbahnen- den internationalen Kontakte eine Neugründung des Verbandes war⁷². Der Hinweis von Aubin auf einen eigenständigen Verband der österreichischen Historiker, der seit Anfang 1948 vorbereitet wurde⁷³, führte schließlich zum Gründungsauftrag für einen „Verband der Historiker Deutschlands“⁷⁴. Damit wurden Bedenken zurückgestellt,

⁷⁰ Vgl. *Walter, Emigrierte deutsche Historiker in den Vereinigten Staaten*, 49.

⁷¹ Abdruck des „Aufrufs“ in HZ 169 (1949) 226f. Zur Rolle Ritters bei der Gründung des Verbandes und in den ersten Jahren vgl. jetzt neben der Einleitung von Schwabe zu Ritters Briefen den Artikel von Peter Schumann, der dafür vor allem die auch von mir benutzten Akten des Historikerverbandes herangezogen hat, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Festschrift f. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag (Göttingen 1982) 399–415.

⁷² Über die Vorgänge im Comité International des Sciences Historiques gegenüber der Wiederaufnahme deutscher Historiker jetzt die umfassende Untersuchung von Karl Dietrich Erdmann, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques (Göttingen 1987) bes. 274ff.

⁷³ Vgl. Bericht über die Konstituierende Versammlung des Verbandes österreichischer Geschichtsvereine in Wien vom 21. bis 24. September 1949 (Wien 1950) 3.

⁷⁴ Das knappgehaltene Protokoll dieser Sitzung machte mir freundlicherweise Herr Georg Kalmer aus dem Archiv der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zugänglich, wofür ich ihm sehr herzlich danke. Die Sitzung wurde von Walter Goetz, dem Präsidenten der Historischen Kommission, einberufen und geleitet. Die Versammlung beschloß neben dem Gründungsauftrag einstimmig, daß Friedrich Baethgen und Rudolf Stadelmann als deutsche Delegierte im Internationalen Verband fungieren sollten, und setzte dabei voraus, „daß die deutschen Historiker fortan zu allen Veranstaltungen des Internationalen Historiker-Verbandes gleichberechtigt zugezogen werden“.

die von dem Kölner Historiker Peter Rassow geäußert worden waren. Er hatte in einer Denkschrift die Notwendigkeit eines Verbandes für die deutschen Historiker bestritten. Er empfahl u.a. eine längere Zurückhaltung der deutschen Historiker auf internationaler Ebene, da man mit Ressentiments in den anderen europäischen Ländern zu rechnen habe⁷⁵.

Die Verbandsgründung war – wie schon angedeutet – keinesfalls unproblematisch, denn auf der einen Seite machten die französischen Besetzungsbehörden, die ohnehin ein besonderes Auge auf Ritter geworfen hatten (was bis zu einer Vorzensur seiner Vorlesungsmanuskripte führte)⁷⁶, Schwierigkeiten angesichts der Gründung dieses in ihren Augen ungenehmigten Vereins. In der Zeit zwischen dem Gründungsauftruf und dem ersten Historikertag im September 1949 zeigte sich auch, daß Gerhard Ritter in seiner geplanten Führungsrolle keineswegs umstritten war. Zwischen Heimpel, Aubin, Baethgen und Grundmann ergab sich ein vertraulicher Briefwechsel über die Chancen und Konsequenzen einer eventuellen Wahl Ritters zum Vorsitzenden des Verbandes. Heimpel sah „auch bei anderen Kollegen zwar nicht Opposition, aber eine gewisse Unlust gegenüber seiner (d.h. Ritters) Führung“, vor allem aber, daß „in katholischen Kreisen viel Opposition gegen Ritter ist“. Baethgen bestätigte diese kritischen Überlegungen und schlug seinerseits Herbert Grundmann als Vorsitzenden vor, eine Alternative, die jedoch an dessen Weigerung zu kandidieren scheiterte⁷⁷.

Unmittelbar nach Kriegsende waren sowohl von Meinecke als auch von Ritter eindeutige und durchaus repräsentative Forderungen nach einer „totalen Umstellung unseres deutschen Geschichtsdenkens“ (so Ritter)⁷⁸ gestellt worden. Auch Fritz Hartung ging in einer Rede im Jahre 1946 davon aus, daß die deutsche Geschichtswissenschaft eine Mitverantwortung an der geistigen Vorbereitung des Nationalsozialismus trage. Sie sei verantwortlich dafür, „daß das deutsche Volk aus dem Zusammenbruch von 1918 nichts gelernt“ habe⁷⁹. Noch 1948 erklärte Ritter „die nüchterne, gründliche, nach beiden Seiten vorurteilslose Revision des herkömmlichen Geschichtsbildes zu einer unmittelbaren politischen Pflicht“⁸⁰.

Auch über die bislang genannten Historiker hinaus war das Thema der „Revision des Geschichtsbilds“ ein beherrschendes publizistisches Thema, dessen Ausläufer bis weit in die fünfziger Jahre reichten. Den in der öffentlichen Diskussion erhobenen, re-

⁷⁵ Die Denkschrift vom 5.8.1949 in Archiv VHD 1.

⁷⁶ Ritter-Briefe, Nr. 131, Anm. 3. Ritter sprach im Februar 1947 in einem Brief an Rassow davon, daß er überlege, Freiburg eventuell zu verlassen, wo „dem Wirken eines nationalen deutschen Historikers bestimmte Grenzen gezogen sind“ (UA Köln 183/39).

⁷⁷ Heimpel an Baethgen am 30.7.1949 und dessen Antwort vom 6.8.1949 in Archiv VHD 1.

⁷⁸ Ritter, Geschichte als Bildungsmacht, 37. Vgl. auch seine Beteiligung an den schon erwähnten Richtlinien für einen neuen Geschichtsunterricht.

⁷⁹ Das Zitat aus einer Rede Hartung bei Werner Schochow, Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883–1967), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 32 (1983) 218–250, hier 225. Vgl. auch Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution (Berlin 1970) 218 ff. über Hartungs Mitarbeit an der „Kommission zur demokratischen Erneuerung des Geschichtsunterrichts“.

⁸⁰ Gerhard Ritter, Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens (München 1948) 8.

lativ pauschalen Forderungen nach einer „Revision“ stellten sich freilich schon erstaunlich früh die Historiker verschiedenster Richtungen entgegen, die eher ihre Aufgabe darin erkannten, vor einer neuen politischen Verwendung der Geschichtswissenschaft zu warnen⁸¹. Gerhard Ritter gewöhnte es sich in diesen Jahren an, nur noch von „Notwendigkeit und Gefahren einer Revision des deutschen Geschichtsbildes“ zu sprechen⁸², Otto Vossler gab sich schon 1947 überzeugt davon, „daß die Geschichte, sofern sie Geschichte, also Ausdruck eines echten Glaubens und nicht Publizistik war, weit weniger umzulernen hat, als man jetzt vielfach sagt“⁸³. So wurde die partielle Bereitschaft zur Revision durch den jetzt heftig bemühten Schutzwall der „Objektivität“, die Abwehr neuer politischer Vereinnahmung durch die erzwungene „Demokratie“ und den salvatorischen Hinweis auf die „wahre Geschichte“ eher begrenzt als gefördert. „Revision des Geschichtsbilds“ wurde so zu einer Forderung der moralisch argumentierenden Publizistik, politischer Parteien und einiger „unzufriedener“ Privatdozenten. Als solcher wurde der Meineckeschüler Johann Albrecht von Rantzau bezeichnet, der sich in England kritisch über Ritter geäußert und damit den Angriff Geoffrey Barracloughs auf Ritter vorbereitet hatte. Seine Ranke- und Ritter-kritischen Publikationen des Jahres 1950 blieben jedoch eine Ausnahme im Spektrum der Äußerungen der Historiker dieser Zeit⁸⁴.

Angesichts solch widersprüchlicher Äußerungen zum Problem der „Geschichtsrevision“ ist zu fragen, wie der neugegründete Historikerverband der Aufgabe der „Revision“ gerecht wurde. Man hätte nach allen feierlichen Erklärungen der unmittelbaren Nachkriegszeit ein klares Wort in dieser Richtung erwarten können, eine moralische Selbstverpflichtung zur intensiven Kooperation mit ausländischen Historikern, zu neuem Austausch mit den emigrierten Kollegen und ihren neuen Heimatländern – wenn nicht sogar mehr. Wer unter dieser Erwartungshaltung Ritters Eröffnungsrede des Historikertages liest, wird enttäuscht, gerade wenn man sie an der Selbstkritik der unmittelbaren Nachkriegszeit mißt⁸⁵. Wie wenig Ritter und der Verband insgesamt zur möglichen moralischen Wiedergutmachung beitrugen, läßt sich aus einer Bemerkung des Vorsitzenden des französischen Historikerverbandes Fawtier erschließen, die dieser Ritter gegenüber 1949 in Monte Carlo machte. Ritter berichtete Anfang 1950 seinen Vorstandskollegen, daß Fawtier ihm vorgehalten habe, daß die deutschen Hi-

⁸¹ Vgl. etwa Walter Hofer, Über das Problem einer Revision des deutschen Geschichtsbildes, in: *Europa-Archiv* 4 (1949) 1801–1809.

⁸² So der Titel eines Vortrags, der 1949 in den Mitteilungen der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademie veröffentlicht wurde, hier zitiert nach Wilhelm Schüssler, Um das Geschichtsbild (Gladbeck 1953) 9–35, hier 35.

⁸³ So Vossler in einem Brief an Rassow vom Februar 1947 in UA Köln, 197/39.

⁸⁴ Johann Albrecht von Rantzau, Das deutsche Geschichtsdenken der Gegenwart und die Nachwirkungen Rankes, in: GWU 1 (1950) 514–524 und ders., Individualitätsprinzip, Staatsverherrlichung und deutsche Geschichtsschreibung, in: Die Sammlung 5 (1950) 284–299. v. Rantzau wurde nach einer Tätigkeit als Dozent an der Universität Hamburg 1954 auf einen Lehrstuhl an der TU Berlin berufen.

⁸⁵ Verkürzter Abdruck der Rede in HZ 170 (1950) 1–22. Wichtige Ergänzungen zur Rede bietet Gerhard Ritter, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: GWU 1 (1950) 81–96 und 129–137.

storiker nicht auf die Ermordung Marc Blochs reagiert hätten. Ritter nahm diesen Tadel zum Anlaß, eine Würdigung Blochs durch Walter Kienast in der Historischen Zeitschrift anzuregen⁸⁶, ohne jedoch über weitergehende Konsequenzen nachzudenken, die dem Verband wohl angestanden hätten⁸⁷.

Ritter ging seine Aufgabe in der Form einer „kritischen Besinnung“ auf die Grundlagen der deutschen Geschichtsschreibung an. Der Grundton dieser Überprüfung des Bodens, auf dem man stand, fiel eigentlich nicht ungünstig aus. Rankes Vorliebe für die Außenpolitik habe einen „Reichtum echter und tiefer Einsichten“ erschlossen, aber in der Hand von „Epigonen“ sei eine solche Historie nicht frei von Gefahren gewesen. Die verstehende Wissenschaftlichkeit der Geschichtswissenschaft dürfe nicht ihr Ziel aus den Augen verlieren, für die Öffentlichkeit zu arbeiten. Eine „social science“ im Sinne der amerikanischen Reeducationspolitik aber sei abzulehnen⁸⁸. Auch sah Ritter keinen Anlaß, an der individualisierenden Methode zu rütteln, doch die „überlieferte Scheu vor generalisierender Geschichtsbetrachtung“ dürfe nicht zur „Gedankenlosigkeit“ werden, Typenbildung solle zum „heuristischen Hilfsmittel“ werden. Damit war für Ritter die Frage der methodologischen Revision eigentlich schon abgetan. Der Rest seiner Rede war vor allen Dingen den Forderungen dieser Tage gewidmet, praktischen Fragen also der Archivbenutzung, der Bibliotheken, der Nachwuchsförderung und der Reisemöglichkeiten, der Rückführung der deutschen Archivbestände. Auch die Ausbildung der Historiker wollte Ritter verändert sehen. Mehr staatswissenschaftliche und soziologische Ausbildung erschien ihm wesentlicher als die traditionelle Ausbildung in den philologischen Methoden der Althistoriker und Mediävisten. Spuren dieser Forderung in der universitären Reformdiskussion dieser Jahre oder gar ihre Realisierung lassen sich jedoch nicht feststellen.

Der Tenor dieser Rede war insgesamt defensiv. Ritter verteidigte die deutsche Geschichtswissenschaft gegen Kritiker aus dem Ausland, d.h. die schon erwähnten pauschalen Verurteilungen der deutschen Geschichte. Aus den Reaktionen einzelner Kritiker geht auch hervor, daß Ritter ausdrücklich den englischen Historiker Geoffrey Barraclough angriff, der ihn in einem aufsehenerregenden Artikel kritisiert hatte⁸⁹. Es ist nachträglich von besonderem Interesse, daß der Eindruck der Rede Ritters bei vielen Beobachtern ein durchaus zwiespältiger war. Ernst Deuerlein schrieb in der „Tagespost“, daß dem ganzen Historikertag nur der „halbe Mut zur Wahrheit und zur Behandlung der geschichtlichen Probleme, die nicht nur den deutschen Historikern, sondern dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit auf den Nägeln brennen“, anhaftete⁹⁰. Er sprach von „den zwiespältigen Erklärungen Ritters“, und für den Beobachter

⁸⁶ Sie erschien in der HZ 170 (1950) 223–225.

⁸⁷ Der Brief Ritters vom 2. 2. 1950 in Archiv VHD 2.

⁸⁸ Vgl. dazu Jutta-B. Lange-Quassowski, Neuordnung oder Restauration? Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung – Schulstruktur – Politische Bildung (Opladen 1979) bes. 216 ff.

⁸⁹ Die Erwähnung Barracloughs geht aus einem Ritter gegenüber kritischen Brief Hartungs an Aubin vom 8. 7. 1950 hervor. Unklar bleibt, ob dies in der „Rede“ oder in einer anderen Diskussion des Historikertages geschah.

⁹⁰ Tagespost vom 4. Oktober 1949.

von „Christ und Welt“ ergab sich keine Antwort auf die Frage, ob hier ein neues Geschichtsbild entstehen könne⁹¹. Auch der katholische Historiker und Soziologe Alfred von Martin gewann aus der Münchener Rede den Eindruck einer „Stellungnahme gegen die Revision des deutschen Geschichtsbildes“ und des „Grosspreussentums“, eine Interpretation, gegen die sich Ritter im brieflichen Verkehr mit von Martin heftig verwahrte⁹². Wilhelm Treue schließlich kritisierte das Fehlen einer „grundsätzlichen Äußerung und Stellungnahme“ zu den Umwälzungen der letzten Jahre, bezog sich dabei aber mehr auf den ganzen Historikertag als auf die Rede Ritters⁹³. Alle diese Bemerkungen zeigen, daß die Rede ganz offensichtlich höchst unterschiedlich verstanden wurde und in der Situation des Jahres 1949 von vielen Zeitgenossen als eine zu wenig eindeutige Absage an die Traditionen des Preußentums interpretiert wurde.

Positiv bot Ritter der ratlosen Zunft erneut den Begriff der „Objektivität“ an, einer Objektivität freilich, die für Ritter in höherem Maße gegenständlich war als etwa für Meinecke. Objektivität war für Ritter nicht etwa nur eine regulative Idee im Sinne eines stetigen Wechsels zwischen Wahrheit und Irrtum, sondern Objektivität bedeutete für ihn, wie Klaus Schwabe überzeugend herausgearbeitet hat⁹⁴, die fortwährende Teilhabe an der Schaffung eines Bestands überzeitlicher Wahrheiten: „Ich glaube an die überzeitliche Gültigkeit sittlicher Normen und an die Verpflichtung des Geschichtsschreibers, sie auch in seinem Urteil über geschichtliche Phänomene rücksichtslos zur Geltung zu bringen“, schrieb er schon 1936 an Meinecke und gab sich damit diesem als Anhänger „naturrechtlichen“ Denkens zu erkennen⁹⁵.

Soweit dies heute zu sehen ist, wurde diese Auffassung Ritters damals nicht eigentlich zur Kenntnis genommen. Sie ist aber ein sprechender Hinweis auf die problematische Kategorie der „Objektivität“, die in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten in ständiger funktionaler Verbindung mit dem Namen Ranke eine zentrale Rolle für die Legitimierung der Geschichtswissenschaft gespielt hat, ohne daß man sich der Weiterungen dieses Begriffs klar gewesen ist⁹⁶. Es verwundert auch, wenn in jenen für die Ausübung von Wissenschaft so schwierigen Jahren so schnell von „Objektivität“ gesprochen wurde, die z. B. auch von den materiellen Voraussetzungen von Wissenschaft abhängig ist. Archive und Bibliotheken waren zerstört oder noch ausgelagert, wichtige Bestände gerade der neuesten Geschichte deutschem Zugriff entzogen, jedermann spürte, daß der heraufziehende Konflikt der Großmächte auch auf das wissenschaftliche Tun zurückwirkte. Wie sollte unter diesen Umständen Objektivität überhaupt möglich sein?

Man wird deshalb feststellen können, daß sich die Kategorie der „Objektivität“ den

⁹¹ Christ und Welt vom 29. Sept. 1949.

⁹² So Ritter in seinem Brief an v. Martin vom 22.5.1950.

⁹³ Deutsche Universitäts-Zeitung, 4. Jahrg. Nr. 19 vom 7. Okt. 1949, S. 15.

⁹⁴ Ritter-Briefe, Einleitung, 158f.

⁹⁵ Ritter-Briefe, Nr. 73 als Reaktion auf Meineckes Buch „Die Entstehung des Historismus“.

⁹⁶ Eberhard Kessel griff in seiner Marburger Antrittsvorlesung (gedruckt in: *Universitas* 2 (1947) 915–924) auf die Ranke'sche Objektivität ebenso zurück wie Hans Herzfeld. Vgl. Gerhard A. Ritter, Hans Herzfeld. Werk und Persönlichkeit, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 32 (1983) 13–91, hier 53.

Historikern jener Jahre als willkommener Fluchtraum anbot, der eine Reihe wichtiger Funktionen erfüllen konnte. Innerfachlich schuf er die Möglichkeit, die Entwicklung der jüngsten deutschen Geschichte und die Rolle der Geschichtswissenschaft als Abweichung vom Gebot der Objektivität darzustellen. Damit bot sich auch eine einleuchtende Erklärung für das Verhalten jener „Afterwissenschaftler“ (so Ritter) an, die direkt Positionen des Nationalsozialismus vertreten oder sich diesen verbal angenähert hatten⁹⁷. Gegenüber der Öffentlichkeit ließ sich die Rückkehr zur Ranke'schen Objektivität als Rückkehr zu den geheiligten Grundlagen der Wissenschaft darstellen, und so war zweifellos verlorenes Terrain wiederzugewinnen, auch wenn eine kritische Öffentlichkeit – hier vor allem katholische Positionen – eindeutigere Erklärungen erwartete.

Diese „Objektivität“ war daneben auch ein willkommener Schutz, um etwaige Eingriffe der Besatzungsmächte in das Innenleben der Geschichtswissenschaft abzuwehren. Auf der hier interessierenden akademischen Ebene war dies freilich nur eine geringe Gefahr, denn trotz anfänglicher Bemühungen zur „Säuberung“ und „Demokratisierung“ der Universitäten ließen sich diese Pläne angesichts der dringend benötigten Hochschullehrer nicht verwirklichen⁹⁸. Die Kategorie „Objektivität“ ließ sich aber auch als nützliches Argument in den Auseinandersetzungen einsetzen, die in jenen Jahren um die Einrichtung und Ausrichtung des späteren Instituts für Zeitgeschichte entbrannten. Von den ersten Überlegungen zu einer solchen Institution, die bereits im Herbst 1945 geäußert wurden, bis zu ihrer tatsächlichen Einrichtung im Jahre 1949/50 stand das Institut im Widerstreit „volkspädagogischer“ Absichten einerseits, wie sie vor allem von politischer Seite entwickelt wurden, und wissenschaftlichen Interessen, wie sie vor allem der unter Ritters Führung stehende Historikerverband repräsentierte. „Niemals im Laufe der deutschen Geschichte ist die objektive, unvoreingenommene Erforschung und Darstellung zeitgeschichtlicher Vorgänge so dringend notwendig gewesen wie heute“, schrieb Ritter in seiner Denkschrift vom Oktober 1949⁹⁹. Ritter vertrat sein Konzept eines „wissenschaftlichen“ Instituts zur Erfor-

⁹⁷ Dazu die Einelnachweise in den Standarddarstellungen von *Helmut Heiber*, *Walter Frank* und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland (Stuttgart 1966), *Michael H. Kater*, Das „Ahnenerbe“ der SS 1933–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches (Stuttgart 1974), *Karl Ferdinand Werner*, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft (Stuttgart 1967) und *Volker Loeckmann*, Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Fachs Alte Geschichte (Hamburg 1977) sowie *Klaus Schreiner*, Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtbegreifung, in: *Peter Lundgren* (Hrsg.), Wissenschaft im Dritten Reich (Frankfurt/M. 1985) 163–252.

⁹⁸ Vgl. dazu *Karl-Ernst Bungenstab*, Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–49 (Düsseldorf 1970) bes. 123 f.

⁹⁹ Die Gründungsgeschichte des Instituts ist inzwischen aus den Akten heraus rekonstruiert worden. Vgl. *John Gimbel*, The Origins of the Institut für Zeitgeschichte: Scholarship, Politics and American Occupation, in: American Historical Review 70 (1964/65) 714–731 und *Helmut Auerbach*, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970) 529–554. Das Zitat Ritters aus Ritter-Briefe, Nr. 160, S. 456. – Zum Begriff der Zeitgeschichte vgl. *Hans Rothfels*, Aufgaben der Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953) 1–13. Auch das Archiv des VHD enthält eine Fülle einschlägigen Materials betr. die Gründung des Instituts.

schung des Nationalsozialismus mit aller Konsequenz in Reden, Denkschriften und Briefen. Er geriet dabei in z.T. heftigen Widerspruch vor allem zu Teilen der bayerischen Staatsregierung und des von den Länderregierungen präsentierten Geschäftsführers des Instituts Dr. Gerhard Kroll, eines CSU-Abgeordneten, dessen Name Ritter Anlaß zur Verunglimpfung der Anfangsphase des Instituts als „Krolloper“ gab. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung kam es auch zu erheblichen Angriffen auf die wissenschaftliche Reputation Ritters, als ein von Karl Buchheim erstelltes Gutachten Ritters verbale Anpassung an das Dritte Reich aufgriff und als von Kroll lancierte Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ die Diskussion um die Person Ritters in eine größere Öffentlichkeit trugen¹⁰⁰.

Ordnet man diese von umfangreichen Presseveröffentlichungen begleiteten Kämpfe in unsere Fragestellung ein, ergibt sich jedoch ein nur geringer Ertrag unter dem uns interessierenden Gesichtspunkt der methodologischen Diskussion. Man wird diese Kontroversen eher als einen heute nur mehr schwer nachvollziehbaren Richtungskampf im konservativen Lager verstehen müssen, so sich eine, wie Ritter sie nannte, „katholische Parteiclique“ gegen seine eigene protestantisch-preußische Grundauffassung wandte¹⁰¹. In dieser Auseinandersetzung wurde auch deutlich, daß Ritter dem gerade auf katholischer Seite stark vertretenen Gedanken einer abendländisch-christlichen Erneuerung der Geschichte relativ fern stand¹⁰². Diese wurde vor allem von dem schon erwähnten katholischen Historiker und Soziologen Alfred von Martin vertreten, aber auch – jedoch in abgeschwächter Form – vom Herausgeberkreis des „Historischen Jahrbuchs der Görresgesellschaft“, das nach der Neugründung der Gesellschaft in Heidelberg 1946 seit 1949 wieder erscheinen konnte¹⁰³.

¹⁰⁰ Die Artikel erschienen am 24./25.6.1950 in der „Süddeutschen Zeitung“. Am 16.12.1950 griff ein Artikel von Otto B. Roegle im „Rheinischen Merkur“ die Politik des VHD und Ritters an, so daß Hermann Heimpel dem ihm bekannten Verfasser einen empöerten Brief schrieb, in dem er Ritter vehement verteidigte (Archiv VHD 2-3).

¹⁰¹ Vgl. dazu Ritter an Alfred Vagts in Ritter-Briefe, Nr. 175, ebd. auch S. 476 der Ausdruck „Krolloper“. Ritter ließ selbst keinen Zweifel daran, wo er seine Feinde sah. Er sprach von „gross-deutschen, anti-preussischen Kreisen“, die jetzt auf Schule und Studentenschaft einzuwirken versuchten, das „Neue Abendland“ in Augsburg und „Der Föderalist“ in Konstanz hätten „giftige Pfeile“ auf ihn abgeschossen.

¹⁰² Der protestantisch-katholische Gegensatz spielte auch in der Programmplanung des ersten Historikertags eine gewisse Rolle, wenn im Vorstand die Notwendigkeit betont wurde, in München einen repräsentativen katholischen Historiker in der Mittelaltersektion zu Wort kommen zu lassen. Archiv VHD 1.

¹⁰³ Vgl. dazu das Vorwort von Johannes Spörle in Bd. 62–69, 1942–1949 und Spörles Vortrag („Neurientierung in der historischen Forschung?“) auf der Generalversammlung der Görresgesellschaft in Köln 1949, gedruckt in: Jahresbericht der Görres-Gesellschaft 1949 (Köln 1950) 55–64. Spörle konnte sich „des Eindrucks nicht erwehren, daß etwas in den bisherigen Geschichtsüberlegungen nicht in Ordnung gewesen sein konnte“, warnte aber auch vor einer unreflektierten, jetzt demokratischen Interpretation der deutschen Geschichte, für die er schon Beispiele zitierte. In der Auseinandersetzung um die „Denunziation“ des von Ritter geführten VHD beim Internationalen Historikerverband als „Clique“ distanzierte sich Spörle von dem Vorgehen v. Martins.

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß der katholische Historiker Wilhelm Wühr 1947 in Freising einen „Arbeitskreis christlicher Historiker“ gegründet hatte¹⁰⁴, in dem – um nur einige Beispiele zu nennen – der Mainzer Landeshistoriker Ludwig Petry 1948 über Ranke, Droysen, Burckhardt und Riehl referierte, an dem die Mediävisten Theodor Schieffer und Heinrich Büttner, der Südosteuropahistoriker Georg Stadtmüller, der Wirtschaftshistoriker Wolfgang Zorn, der Archivar und Landeshistoriker Ernst Klebel, der Neuzeithistoriker Heinz Gollwitzer und der Philosoph Karl Holzamer mitarbeiteten. Der Kreis wollte eine „Möglichkeit des rückhaltlosen Gesprächs für Angehörige beider Konfessionen, die das Christentum als Geschichts- und Gegenwartsmacht ernstzunehmen gewillt sind“, bieten¹⁰⁵.

Der frühe Tod Wührs im Juni 1950 im Alter von 45 Jahren beendete zwar nicht unmittelbar die Aktivitäten dieses eher lockeren Kreises, doch scheint dieser nicht sehr weit über den Beginn der fünfziger Jahre hinaus bestanden zu haben, obwohl Wührs Frau und ein kleines Komitee die weitere Koordination der inzwischen entstandenen regionalen Gruppen übernommen hatten¹⁰⁶. Unklarheiten über eine inhaltliche Füllung des Begriffs „christlicher Historiker“, die starke Anbindung des Kreises in Nordrhein-Westfalen an die katholische Kirche, vor allem aber der Ausfall von Wühr selber, der als Motor der ganzen Bewegung gedient hatte, verursachten den Zerfall der Aktivitäten seit 1951/52. Wenn auch außer der Berichterstattung in der Tagesspresse der Kreis offensichtlich keine größere wissenschaftliche Publizität fand, muß der spontane Anklang, den die Aktivität Wührs fand, doch als Indiz eines relativ großen Nachholbedarfs an intellektuellem Austausch und Verarbeitung der eigenen Erfahrungen, als Suche nach neuen Orientierungen, verstanden werden¹⁰⁷. Die bislang eher spärlichen Nachrichten über diesen Arbeitskreis, der offenbar ein Zusammenschluß jener Gruppe von Historikern war, die der Ritterschen Interpretation deutscher Geschichte und seinem eher reduzierten Bedarf an Revision kritisch gegenüberstanden, sind auch ein Symptom für das bislang noch ganz unzureichend erforschte Innerleben der Historikerzunft nach 1945.

¹⁰⁴ Wühr gehörte auch zu den Teilnehmern der deutsch-französischen Historikertagung in Speyer 1949, auf der er beauftragt worden war, die dort entwickelten Vorschläge zur Schulbuchrevision zu verwirklichen. Vgl. den Bericht über die Speyerer Tagung in GWU 1 (1950) 53.

¹⁰⁵ So die Formulierung in einem Rundschreiben nach dem Tode Wührs.

¹⁰⁶ So wurde z. B. im November 1949 in Düsseldorf eine „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Historiker in Nordrhein-Westfalen“ gegründet, die im September 1950 in Bonn eine Tagung über „Moral und Politik in der Geschichte“ veranstaltete und noch bis 1953 tätig war. Ich verdanke Herrn Dr. Robert Frohn (Köln) wichtige Hinweise auf die Aktivitäten der nordrhein-westfälischen Arbeitsgemeinschaft.

¹⁰⁷ Für die Informationen über den Wühr'schen Kreis, wie er in der Korrespondenz oft genannt wurde, bin ich Herrn Kollegen Ludwig Petry (Mainz) sehr dankbar, der mir freundlicherweise Kopien seiner eigenen Unterlagen zur Verfügung stellte. Ausführlicher werde ich auf den Kreis in der in Anm. 1 genannten Buchveröffentlichung eingehen.

VII

Der Blick auf die Geschichtswissenschaft der westlichen Zonen nach 1945 und bis zur Neuorganisation des Historikerverbandes und der parallel erfolgten Neugründung des Geschichtslehrerverbandes¹⁰⁸ hat eine Fülle von Absichtserklärungen und wichtigen moralischen Impulsen ergeben. Doch alle diese Erklärungen verblieben im Rahmen des tradierten methodologischen Konsensus und der „bewährten“ forschungsleitenden Begriffe, wenn sich hier auch manche Differenzierungen erkennen lassen, die in der zeitgenössischen Diskussion nicht beachtet wurden. Zwar finden sich bei Ritter und anderen Hinweise auf das „großartige Werk Max Webers“, doch wird in der Summe der Ausführungen sehr klar, daß damit keineswegs die Empfehlung verbunden war, in Zukunft mit Weberschen Kategorien zu arbeiten. Von daher erklären sich auch die erkennbaren Aversionen gegen alle Formen der Annäherung an „social“ oder „political science“. So könnten wir unseren Blick über diese Periode an diesem Punkt beruhigt abschließen und allfällige Innovationen späteren Entwicklungsphasen zuweisen.

Doch dieses Urteil trafe nicht den wirklichen Stand der Dinge, wie er sich zumindest für die Zeit von 1949 bis 1953 erkennen ließ. Ich greife hier über den zunächst im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehenden Zeitraum bewußt hinaus, weil wesentliche Anregungen zu der nach 1950 einsetzenden Diskussion um Sozial-, Kultur- und Strukturgeschichte schon vorher gegeben worden waren. Die Diskussion um diese Begriffe ist keineswegs eine Folge der Rezeption französischer Ansätze, sondern ist eher als eine Neuformulierung und Weiterführung von Forschungsansätzen zu bezeichnen, die schon während der Weimarer Republik und des „Dritten Reichs“ entwickelt worden waren. Diese These soll im letzten Teil dieses Beitrags belegt werden.

Ansatzpunkt unserer Beobachtungen ist der zweite Nachkriegshistorikertag in Marburg von 1951, auf dem eine Sektion mit dem überraschenden Titel „Soziologie und Historie“ durchgeführt wurde. Die Vorgeschichte dieser Sektion lässt sich nach den verfügbaren Quellen soweit erschließen, daß Gerhard Ritter selbst schon im Juni 1950 einen ungefähren Plan für den nächsten Historikertag entwickelte, der auch eine Sektion für „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ vorsah. Diese kam jedoch trotz deutlicher Kritik am Münchener Historikertag von Werner Conze zunächst nicht zustande. Conze hatte gegenüber Aubin den Wunsch nach mehr Sozialgeschichte ausgesprochen: „Sie müßte weit stärker als bisher das Ganze durchdringen.“¹⁰⁹ Im Oktober des gleichen Jahres lud Ritter dann den Soziologen Hans Freyer ein, auf dem Marburger Historikertag einen Vortrag zu halten: „Es schwebt uns vor, daß hier ein Bericht gegeben werden sollte über die Rolle, die die Soziologie, vor allem in West-Europa und

¹⁰⁸ Der Verband wurde ebenfalls in München neugegründet. Sein erster Vorsitzender, der Detmolder Oberstudiendirektor Dr. Gerhard Bonwetsch, äußerte sich in der Gründungsversammlung eindeutig über den „schulhaften Irrweg, der nicht erst mit Hitler begann“. Das Protokoll der Gründungsversammlung, auf der Karl Bosl zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurde, in Archiv VHD 1.

¹⁰⁹ Conze an Aubin am 19.10.1949 in Archiv VHD 2.

Amerika, in der Geschichtswissenschaft spielt im Gegensatz zu den Traditionen der Ranke-Schule.“ Gleichzeitig nahm er Kontakt mit Theodor Schieder auf, der ein kritisches Korreferat zu Freyer und Siegfried Landshut halten sollte, dem die Präsentation der marxistischen Theorien obliegen sollte. Ihn hatte Ritter erst kurz zuvor bei einer Tagung in Königstein kennengelernt, und er befreite ihn aus der Verlegenheit, keinen Marxisten zu finden¹¹⁰. Wie der Kontakt zwischen Ritter und Freyer hergestellt wurde und wie die Sektion definiert wurde, läßt sich aus dem verfügbaren Quellenmaterial nicht näher erschließen.

Mit dem bis 1938 in Leipzig als Nachfolger von Karl Lamprecht und Walter Goetz tätigen Soziologen und Historiker Hans Freyer, der eben mit einer zweibändigen „Weltgeschichte Europas“¹¹¹ hervorgetreten war, betrat ein bemerkenswerter Mann die Bühne des Marburger Historikertages, dessen Rolle bei der Formulierung einer „deutschen Soziologie“ während des Nationalsozialismus gerade in letzter Zeit intensiv diskutiert worden ist¹¹². Hervorzuheben ist auch, daß für Theodor Schieder dieser kurze Vortrag in einem engen Zusammenhang mit der Arbeit an seinem Artikel über den „Typus in der Geschichtswissenschaft“ stand, der im folgenden Jahr publiziert wurde¹¹³. Da dieser Artikel sowohl für Theodor Schieder als auch für seine Schüler und darüber hinaus einen wesentlichen Teil der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft zum Beginn einer methodologischen Neuorientierung wurde, soll hier noch einmal näher auf diese Sektion, mehr aber noch auf ihren Hintergrund und ihre Begleitumstände, eingegangen werden.

Hans Freyer deutete – in Aufnahme seiner schon 1930 entwickelten Gedanken – die Soziologie als „Produkt des 19. Jahrhunderts, konkreter gesprochen: (als) ein Produkt der bürgerlichen Revolutionen“. Lorenz von Stein, Karl Marx und Wilhelm Heinrich Riehl erkannten um 1848 die neue Bedeutung der „Gesellschaft“, die sich vom Staat abzulösen begann. In Anlehnung an Dilthey sah Freyer über den engeren Entstehungszeitraum der bürgerlich-industriellen Gesellschaft hinaus nun die Möglichkeit, alle historischen „Sachzusammenhänge“ auch systematisch zu erfassen: „Das ganze Material, mit dem es der Historiker zu tun hat, ist sozusagen systematisch quer gestreift.“¹¹⁴ Mit Beispielen unterlegt, plädierte Freyer für eine systematische Anwendung dieser Kategorien, sowohl von der Soziologie als auch von der Historie aus, natürlich verwies er auch auf Max Weber.

¹¹⁰ Der Briefwechsel mit Freyer, Schieder und Landshut ebd., 3 und 4.

¹¹¹ Wiesbaden 1948. Vgl. auch *ders.*, Weltgeschichte, in: Die Sammlung 2 (1947) 143–152.

¹¹² Zu Freyer ist jetzt vor allem heranzuziehen *Elfriede Üner*, Jugendbewegung und Soziologie. Wissenschaftssoziologische Skizzen zu Hans Freyers Werk und Wissenschaft bis 1933, in: *Rainer M. Lepsius* (wie Anm. 128), 131–159 sowie die zu erwartende größere Arbeit der Verf. über Freyer und andere Beiträge dieses Bandes. Vgl. auch *Waldemar Gure*, Das politische Denken Hans Freyers in den Jahren der Zwischenkriegszeit (Phil. Diss. Freiburg 1967) und jetzt *Jerry Z. Müller*, The Other God that failed. Hans Freyer and the deradicalization of german conservatism (Princeton N. J. 1988).

¹¹³ Vgl. Studium Generale 5 (1952) 228–234.

¹¹⁴ Vgl. GWU 3 (1952) 16.

Anders als Freyer ging Schieder von einer langen Tradition der Gegeneinanderentwicklung von Geschichte und Soziologie aus, Droysen und Treitschke wurden als Beleg herangezogen, weil gerade Treitschke in einer speziellen Lehre von der Gesellschaft 1859 ein Sichabfinden mit dem Fehlen eines deutschen Nationalstaats befürchtete. Schieder begrüßte Freyers historisch gegründete Soziologie, wobei er dessen „Sachzusammenhänge“ als Strukturen übersetzte. An Ranke und Burckhardt anknüpfend, sah er die Notwendigkeit, neben der historischen Individualität auch die „Individualität des Menschlichen“ schlechthin – also Strukturen anthropologischer Art – zu erkennen, auch deshalb, um sich in der fragwürdigen Lage der Gegenwart durch den systematischen Vergleich besser informieren zu können. Freyers „Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft“¹¹⁵ und Otto Hintzes Arbeiten seien Beispiele für wichtige, sich ergänzende Überschneidungen beider Disziplinen¹¹⁶.

Marburg war ein wichtiger Versuch, zu einer Klärung und – vor allem auch – Propagierung der neuen Ideen zu gelangen. Schieder und Conze, der schon 1952 seinen Aufsatz über die „Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht“ publizierte und sich darin deutlich positiv zur französischen „Annales“-Schule äußerte¹¹⁷, ergriffen behutsam die Fahne der neuen Richtung, auf der in großen Buchstaben „Typus, Struktur, Sozialgeschichte“ zu lesen stand, und hielten sie im einsetzenden Ge genwind hoch. Dieses Bild soll das Diskussionsklima charakterisieren, das angesichts der sehr kritischen Äußerungen Ritters gegenüber den „Annales“-Historikern und der Kulturgeschichte entstanden war.¹¹⁸

Nach der Diskussion des Marburger Historikertages von 1951 könnte es so aussehen, daß die dort begonnene Soziologie-Diskussion eine Folge der Erfahrungen der deutschen Historiker auf dem Pariser Historikertag von 1950 gewesen wäre, wo sie zweifelsohne mit kontroversen französischen Auffassungen konfrontiert wurden. Die Geschichte präsentierte sich 1950 in Paris nach dem kritischen Urteil Karl Dietrich Erdmanns als „Demographie, Mentalitäts-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Institutionengeschichte. Es schien, daß die politische und die Ereignisgeschichte völlig an den Rand des historischen Interesses gerückt seien.“¹¹⁹ Die Einladung von Jacques Droz auf den Bremer Historikertag 1953, um dort im Rahmen einer Sektion „Methodologie und Geschichtsphilosophie“ in kritischer Absicht über „gegenwärtige Probleme der französischen Forschungen zur Neueren Geschichte“ zu sprechen, ist gewiß

¹¹⁵ Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Grundlegung des Systems der Soziologie (Leipzig, Berlin 1930).

¹¹⁶ Otto Hintze, Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, hrsg. und eingel. von Gerhard Oestreich (Ges. Abhandl. 2, Göttingen 1964).

¹¹⁷ Conze in GWU 3 (1952) 648–657, seine Äußerung zu Braudel ebd., 656.

¹¹⁸ Vgl. Gerhard Ritter, Zur Problematik gegenwärtiger Geschichtsschreibung, in: Lebendige Vergangenheit (München 1958) 89–112.

¹¹⁹ So noch das Urteil Erdmanns in: GWU 30 (1979) 549. Vgl. dazu die Einschätzung Hermann Heimpels, der in seinem kurzen Bericht über die Pariser Tagung die Dominanz der „historischen Anthropologie“ offensichtlich weniger besorgniserregend fand und sich wunderte, daß auf dem Kongreß keine Marxisten auftraten. Der Bericht in: GWU 1 (1950) 556–559.

ein Indiz dafür. Ritter selbst hatte nach der Rückkehr vom Pariser Kongreß seine kritischen Bemerkungen „Zum Begriff der Kulturgeschichte“ verfaßt, in denen er sich besonders mit einem Rapport von Pierre Francastel auseinandersetzte, den er schon auf dem Pariser Kongreß kritisiert hatte¹²⁰. Die Bemühungen der französischen Kollegen, mit Begriffen wie „mode de vie“ und „façon d’agir“ so etwas wie Mentalitätsgeschichte zu konzipieren, erschienen Ritter gänzlich unverständlich.

Auf demselben Historikertag hielt jedoch auch Otto Brunner seinen Vortrag über das „Problem einer europäischen Sozialgeschichte“. Der Vortrag Brunners ersetzte eine für Bremen eigentlich geplante eigene Sektion über „Sozialgeschichte“, die nicht realisiert wurde, weil Ritter ganz offensichtlich mehr an dem Vortrag gelegen war. Ritter schlug in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Vorstands des Verbands der Historiker Deutschlands im November 1952 vor, die eigentlich geplante 5. Sektion für Sozialgeschichte (Vorsitz Conze, Referent Steinbach) abzusagen und dafür einen eigenen Vortrag Otto Brunners anzusetzen. „Bei der Bedeutung Brunners“ sei das gerechtfertigt, und man könne Conze, Steinbach, Erich Keyser und vielleicht Walter Schlesinger über den Vortrag diskutieren lassen. Über die Absage der Sektion war vor allem Hermann Aubin besorgt, ohne damit freilich eine Änderung zu erreichen: „Die Sozialgeschichte hat in Deutschland bisher nie einen Boden gehabt, und eine solche Kundgebung, wie sie die Bildung einer eigenen Sektion ist, schien mir äußerst erwünscht.“ Mit Conze und Steinbach seien auch Forscher benannt worden, „die auf diesem Gebiet etwas Eigenes zu sagen haben“¹²¹.

Mit Otto Brunner und seinem Beitrag zur Neuformulierung eines Programms von Sozialgeschichte oder „Strukturgeschichte“, wie er später – sich Conze anschließend¹²² – formulierte, haben seine bisherigen Interpreten große Schwierigkeiten gehabt. Die überwiegend negativen Charakterisierungen als „Neohistorist“ treffen nicht den Kern seines methodologischen Konzepts¹²³. Das Problem braucht hier nur mehr knapp angedeutet zu werden. Brunners Ausgangspunkt war die Kritik der bisherigen, vorwiegend juristisch bestimmten Erforschung spätmittelalterlich-frühneuzeitlicher Herrschaftsverhältnisse, für ihn eine Konsequenz der liberalen Trennung von Staat und Gesellschaft. Diesem obsoleten Verfahren setzte Brunner sein Konzept einer – wie er 1943 formulierte – „politischen Volksgeschichte“ entgegen: „Nicht politische

¹²⁰ Vgl. *Actes du IX^e Congrès International des Sciences Historiques Paris 1950* (Paris 1951) 164f.

¹²¹ Archiv VHD 2, Rundschreiben Ritter vom 20.11.1952 und Aubin an Ritter am 26.11.1952.

¹²² Conzes Beitrag zur Formulierung der modernen deutschen Sozialgeschichte ist jetzt von Wolfgang Schieder genauer untersucht worden, der dabei auch auf die begriffliche Unterscheidung von Sozial- und Strukturgeschichte hinweist. Vgl. Wolfgang Schieder, Sozialgeschichte zwischen Soziologie und Geschichte. Das wissenschaftliche Lebenswerk Werner Conzes, in: GG 13 (1987) 244–266. Vgl. auch Jürgen Kocka, Werner Conze und die Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: GWU 37 (1986) 595–602 und zuletzt die Würdigung von Reinhard Koselleck, Werner Conze, Tradition und Innovation, in: HZ 245 (1988) 529–543.

¹²³ Vgl. zuletzt die kritische Würdigung Brunners durch Otto Gerhard Oexle, Sozialgeschichte – Begriffsgeschichte – Wissenschaftsgeschichte. Anmerkungen zum Werk Otto Brunners, in: VSWG 71 (1984) 305–341.

Geschichte, nicht Rechtsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte usf., die in einem antipolitischen, liberalen Sinne im Sammelbegriff der Kulturgeschichte äußerlich zusammengefaßt wurden, sondern politische Volksgeschichte heißt das Gebot der Stunde. Volksgeschichte aber kann nicht geschrieben werden ohne Darstellung der inneren Volksordnung, durch die das Volk seine jeweilige geschichtliche Formung erfährt.¹²⁴ Selbst wenn es für den heutigen Leser „peinigend“ ist – wie Oexle formulierte – festzustellen, daß Brunners diesbezügliche Äußerungen seit 1933 auf dem theoretischen Boden der „Volksgemeinschaft“ nationalsozialistischer Prägung entstanden sind, führt doch kein Weg an dieser Tatsache vorbei. Erst durch die vom Nationalsozialismus und seinen ideologischen Vorläufern propagierte Verschmelzung von Staat und Gesellschaft in Form der „Volksgemeinschaft“ konnte Brunner zu der Erkenntnis vorstoßen, daß der Widerspruch zwischen politischer und Sozialgeschichte ein Nachfolgeproblem des liberalen Staatsverständnisses war, und nur deshalb sah er sich in der Lage, es mit dem historischen Schwung von 1933 vom Tisch zu wischen. Im übrigen bediente sich Brunner durchaus Freyer'scher Forderungen nach einer historisch gesättigten BegriffsSprache, der schon 1930 in seinem Buch „Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft“ solche Forderungen – freilich für eine historische Soziologie – aufgestellt hatte.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß Brunner in diesen Jahren neben Freyer auch Wilhelm Dilthey und Theodor Litt, gewiß auch Otto Hintze rezipiert hatte¹²⁵. Von daher war ihm der Doppelcharakter des Gegenstandes Geschichte, seine historische und systematische Analysefähigkeit, fest vertraut und zudem landeshistorisch immer präsent. Damit berühren wir ganz allgemein noch einmal die Bedeutung, die die Landesgeschichte für die Entwicklung eines umfassenden, ja „totalen“ Bildes von Geschichte gehabt hat.

Die Tatsache, daß der Beginn sozialgeschichtlicher Forschungen in der Bundesrepublik Deutschland eng mit den Namen von Hans Freyer, Otto Brunner und Werner Conze verbunden ist, lenkt den Blick auf die relativ enge Verbindung von Soziologie und Geschichtswissenschaft während des Dritten Reiches¹²⁶, wie sie sich in den Namen von Hans Freyer und Gunter Ipsen spiegelt, dessen Schüler Werner Conze war. Werner Conze gehörte zu einer Gruppe deutscher Soziologen, die unter der Leitung Ipsens am Internationalen Soziologenkongress teilnehmen sollten, der für 1939 geplant war, dann aber nicht mehr stattfand¹²⁷. Insofern wird man den Auftritt Freyers

¹²⁴ So Brunner in der 3. Aufl. von *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter* (Brünn, München, Wien 1943) 188.

¹²⁵ Dies wird deutlich aus seinem Beitrag über Sozialgeschichtliche Forschungsaufgaben, erörtert am Beispiel Niederösterreichs, in: *Anzeiger der Phil.-Hist. Klasse der österr. Akademie der Wissenschaften* 1948, Nr. 23, S. 335–362, bes. S. 347 und 351.

¹²⁶ Dazu jetzt die Untersuchung von *Otthein Rammstedt*, *Deutsche Soziologie 1933–45* (Frankfurt/M. 1986) 59, Anm. 13, wo Rammstedt vor allem auf die Soziologisierung der Geschichtswissenschaft hinweist, die in den Projekten des „Ahnenerbes“ und des Reichsinstituts für Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands aufscheint.

¹²⁷ Die Beiträge wurden trotzdem gedruckt in *Dimitrie Gusti* (Hrsg.), *Arbeiten des XIV. Int. Soziologenkongresses* (Bukarest 1940/41). Der Beitrag Conzes über die „ländliche Überbevölkerung in Polen“ erschien in Band B/I. Diese Angaben nach *Rammstedt*, *Deutsche Soziologie*, 22.

auf den Historikertagen von 1951 und 1956, das besondere Eintreten Werner Conzes für die Sozialgeschichte bzw. für das Konzept der Strukturgeschichte, die bedeutende Rolle Otto Brunners bei der Formulierung einer spezifischen Untersuchungsstrategie der vorindustriellen Gesellschaft und begriffsgeschichtlicher Forschungen kaum als eine Neuschöpfung der Nachkriegszeit, als eine „neue deutsche Sozialgeschichte“ bezeichnen können. In den bislang vorgelegten Überblicken über die Genese sozialgeschichtlicher Forschungen sind zwar immer wieder die Namen von Brunner und Conze genannt worden, die sich um die theoretische Klärung und Fundierung der Sozialgeschichte erfolgreich bemühten, doch ist dabei die bemerkenswerte Kontinuität zwischen den methodologischen Konzeptionen und thematischen Schwerpunkten einer Soziologie der „Volksgemeinschaft“ und der Sozialgeschichte der Nachkriegszeit zu wenig beachtet worden¹²⁸. Gerade im Zusammenhang zwischen der intensiven soziologischen „Landvolk“-Forschung während des „Dritten Reiches“ und der intensivierten agrargeschichtlichen Forschung seit 1947/48 läßt sich diese Kontinuität belegen¹²⁹.

VIII

Wir können damit zum Schluß kommen und den Versuch einer Bewertung dieser ersten Nachkriegsjahre unternehmen. Ihre Bedeutung liegt auf den ersten Blick nur in jener moralischen Erhebung, die uns die Zeitschriften und Broschüren über die „Um- und Ab- und Irrwege“ – wie 1950 einmal spöttisch formuliert wurde – heute noch so beeindruckend widerspiegeln. Sie begannen jedoch schon bald „zu verblassen“, und um so wichtiger war, daß mindestens seit der Konstituierung der bundesrepublikanischen Historikerschaft eine neue Sehweise von Gesellschaft sich in der Geschichtswissenschaft anbahnte und die damit verbundenen methodologischen Konsequenzen bewußt wurden. Dabei konnte eine beachtlich lange, aber verschüttete Tradition aktiviert werden. Es hat den Anschein, daß die Erfahrung des Nationalsozialismus nicht nur die wirkliche „soziale Revolution“ für die deutsche Gesellschaft bedeutete, von der Ralf Dahrendorf, David Schoenbaum und andere gesprochen haben¹³⁰, sondern daß diese

¹²⁸ Die verschiedenen Beiträge in *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte* (Köln, Berlin 1968), die sich mit der Genese dieser Sozialgeschichte befassen (die Einleitung Wehlers und die Beiträge von Conze und Hans Mommsen), schenken dieser Kontinuität keine Beachtung, die in diesem Band jedoch durch die Aufnahme des Beitrags von Hans Linde dokumentiert wird, eines Schülers von Hans Freyer, der zuletzt interessante Beobachtungen über die Arbeit des Leipziger Instituts unter Freyers Leitung in den frühen dreißiger Jahren vorgelegt hat. Vgl. *Hans Linde*, Soziologie in Leipzig 1925–1945, in: *Rainer M. Lepsius* (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945* (Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23/1981) 102–130.

¹²⁹ Vgl. etwa *Gunter Ipsen*, *Das Landvolk. Ein soziologischer Versuch* (Hamburg 1933) und *ders.*, Programm einer Soziologie des deutschen Volkstums (Berlin 1933).

¹³⁰ *David Schoenbaum*, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*. Mit einem Nachwort von *Hans Mommsen* (München 1980, zuerst 1966); *Ralf Dahrendorf*, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (München 1974) 431 ff.

Erfahrung auch den Durchbruch einer neuen Auffassung von Gesellschaft bewirkte, die sich fundamental von der Auffassung Ritters und Meineckes unterschied, für die Gesellschaft gleichbedeutend mit „Vermassung“ war. Im weitesten Sinne „völkische“ Fragestellungen der „deutschen Soziologie“ hatten einer neuen Schweise von Gesellschaft den Weg auch in das Fragensystem der Geschichtswissenschaft bereitet. Mit diesem Vergleich, der aber auch durch entsprechende Einsichten über die Entwicklung der „deutschen Soziologie“ gestützt wird¹³¹, kommen wir wieder auf die eingangs gestellte Frage nach den komplexen Bedingungen für die Entwicklung von Geschichtswissenschaft zurück, für die die deutsche Nachkriegsentwicklung ein vorzügliches Beispiel darstellt. Die Geschichtswissenschaft auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland erlebte keinesfalls einen radikalen Umbruch ihrer methodischen Grundorientierungen und Leitthemen, aber sie unterlag den Wirkungen einer gesellschaftlichen Umstrukturierung durch die Herrschaft des Nationalsozialismus und seinen Zusammenbruch, die letztlich tiefer reichten, als es eine vordergründige „Revision“ nach 1945 hätte erreichen können.

¹³¹ Vgl. zuletzt *Carsten Klingemann*, Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument? Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945, in: *Rainer M. Lepsius* (Hrsg.) (wie Anm. 128) 273–307.

Werner Berthold

Zur Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR. Vorgeschichte, Konfrontationen und Kooperationen

Die Geschichte der Geschichtswissenschaft hat sich in der DDR seit Anfang der 60er Jahre als eine geschichtswissenschaftliche Spezialdisziplin in Forschung und Lehre sowie auch institutionell herausgebildet. Mitte/Ende der 70er Jahre gewannen das Projekt und die Konzeption einer Gesamtdarstellung der Geschichte der Geschichtswissenschaft im weitesten Sinne unter den Aspekten einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften zunehmend an Gestalt und Gewicht¹. Als ein vorrangiges Forschungsobjekt nahm und nimmt in diesem Rahmen die Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR in ihrer nationalen und internationalen Einbettung und Ausstrahlung eine wichtige Stellung ein. Für die Bestimmung ihrer verschiedenen Entwicklungsetappen wurden unter Rezeption, Modifikation, Erweiterung und Systematisierung eines wissenschaftstheoretischen und -geschichtlichen Instrumentariums von Begriffen die Kategorien Vorgeschichte im weiteren und engeren Sinne, in internationaler und nationaler Dimension, der unmittelbaren Vorgeschichte, sowie der Grundlegung (1945 bis Ende der 40er Jahre), der Konstituierung (Ende der 40er/Anfang der 50er bis Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre), der Konsolidierung (Anfang der 60er bis Anfang der 70er Jahre) und der allseitigen und vollen Entfaltung (seit Anfang der 70er Jahre) gefunden und angewandt².

¹ *Walter Schmidt*, Forschungen zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR, in: BZG 21 (1979) 342–357; *Hans Schleier*, DDR-Forschungen über die Geschichte der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, in: ebda., 358–371; *Lutz-Dieter Bebrendt*, Zur Erforschung der Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft durch Historiker der DDR, in: ebda., 557–567; *Werner Berthold*, Zum Problem einer Gesamtdarstellung der Geschichte der Geschichtswissenschaft – Diskussionsgrundlage, in: Wissenschaftliche Mitteilungen (Historiker-Gesellschaft der DDR) 1984/I, 18–66; *Jürgen Kuczynski*, Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 1–10 (Berlin 1975–1978); *Wiss. Z. Karl-Marx-Universität Leipzig*, Ges.- u. Sprachwiss. R. 29 (1980) 4; 31 (1982) 6; 33 (1984) 4. (Diese 3 Hefte sind unter den folgenden Titeln Problemen einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften in Verbindung mit der Geschichte anderer Disziplinen gewidmet: „Geschichte der Gesellschaftswissenschaften – Voraussetzungen und Wege.“ (29) – „Zur Geschichte der Philosophie und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen.“ (31) – „575 Jahre Universität Leipzig. Zur Geschichte gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen und Institutionen. Zur Geschichte der Geschichtswissenschaft.“ (33)).

² *Werner Berthold*, Zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft zu einer voll entfalteten wissenschaftlichen Spezialdisziplin, in: BZG 26 (1984) 13–24; *Walter Schmidt*, Zur Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart. Voraussetzungen, Leitlinien, Etappen, Schwerpunkte der institutionellen und der Forschungsentwicklung, historiographiegeschichtlicher Forschungsstand, in: BZG 27 (1985) 614–633.

Aus diesem umfassenden Kontext soll hier nur auf zwei Punkte eingegangen werden. Sie beziehen sich 1. auf Fragen der unmittelbaren Vorgeschichte und 2. auf das Verhältnis zur traditionellen geschichtswissenschaftlichen Fachdisziplin bürgerlicher, primär antimarxistischer Prägung vor allem in den Etappen der Grundlegung und Konstituierung bzw. des „Neuaufbaus“ – und zwar unter den Gesichtspunkten der Konfrontation einerseits und der Kooperation andererseits..

I

Ähnlich wie die Geschichtswissenschaft in der Aufstiegs- und Emanzipationsphase der bürgerlichen Gesellschaft – vor allem in der Renaissance und in der Aufklärung – wurde auch die marxistische Geschichtswissenschaft, die mit der revolutionären Arbeiterbewegung eng verbunden ist, nicht vornehmlich von professionellen und hochspezialisierten Fachhistorikern begründet und entwickelt, sondern von nichtprofessionellen Historikern, die zugleich als politische Akteure und Theoretiker auf anderen Wissensgebieten und auch als Schriftsteller tätig waren. Ihre Basis wurden die revolutionären Arbeiterparteien. Diese benötigten historisches Wissen und eine neue Sicht auf die Geschichte für die geistige Befreiung der Arbeiterklasse und als Grundlage für die Ausarbeitung, Weiterentwicklung und auch Korrektur ihrer Politik. Die Geschichte und ihre Lehren waren dafür Ausgangspunkt und wurden zu einer Art Praxiskriterium. Andererseits gingen – wie seit den Anfängen historischen Denkens – von der Politik entscheidende Impulse für das Geschichtsdenken aus. Das ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb zwischen marxistischer Arbeiterpartei und marxistischer Geschichtswissenschaft enge Beziehungen bestehen. Diese sind jedoch keineswegs statisch. Sie verändern sich vielmehr mit der Entwicklung der Arbeiterpartei und -bewegung und der mit ihnen verbundenen vorprofessionellen und professionellen Geschichtswissenschaft im Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung.

Die nationale und zugleich internationale Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR im engeren Sinne beginnt mit Marx und Engels. Sie setzt sich vor allem mit Franz Mehring fort, der zugleich die historisch-politische Kontinuität von der alten deutschen Sozialdemokratie über die deutschen Linken bis zur Kommunistischen Partei Deutschlands verkörpert und dessen Vermächtnis in der Geschichtswissenschaft der DDR seit Anbeginn wirksam ist³.

Mit der Gründung Kommunistischer Parteien und ihrer Vereinigung in der Kommunistischen Internationale, in deren Rahmen das Studium der Geschichte große Bedeutung gewann, sowie mit der Herausbildung der sowjetischen Geschichtswissenschaft entstand eine Basis für eine relativ einheitliche internationale Entwicklung der

³ Ernst Engelberg, Politik und Geschichtsschreibung. Die historische Stellung und Aufgabe der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: ZfG VI (1958) 476–478; Thomas Höhle, Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus (Berlin 1956); Josef Schleifstein, Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen (Berlin 1959); Hans-Jürgen Friederici, Franz Mehring als Historiker (Lehrmaterialien zur „Geschichte der Geschichtswissenschaft“) (Potsdam 1982).

marxistischen Geschichtswissenschaft – ungeachtet ihrer unterschiedlichen nationalen Reifestadien und Ausprägungen.

Die unmittelbare Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR weist somit eine nationale und zugleich eine internationale Komponente auf, die eng miteinander verflochten sind. Ihr entscheidender Einschnitt findet sich Mitte der dreißiger Jahre. Hier setzte nicht nur für die sowjetische Geschichtswissenschaft, mit der sich die marxistische Geschichtswissenschaft eines Landes im Ergebnis der sozialistischen Kulturrevolution erstmalig als eine wissenschaftliche Spezialdisziplin herausgebildet hatte, sondern für die Entwicklung des internationalen marxistischen Geschichtsdenkens und -bildes eine neue Periode ein⁴. Gesellschaftliche und politische Grundlage dafür waren einerseits der Sieg des Sozialismus in der UdSSR und andererseits die Politik der antifaschistischen Volksfront, die der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 unter Berücksichtigung der neuen politischen Situation formulierte und verkündete. Unter selbstkritischer Auswertung bisheriger Strategie und Taktik und geschichtlicher Erfahrungen⁵ sowie bei Berücksichtigung des Entwicklungsstandes, den die marxistische Geschichtswissenschaft und das marxistische Geschichtsdenken und -bild erreicht hatten, orientierten sich die Kommunistischen Parteien im ideologischen Kampfe gegen den Faschismus, seinen extremen Chauvinismus und Rassismus und für eine antifaschistische Volksfront auf eine verstärkte und intensive Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Nation, die frei von jedem nationalen Nihilismus war⁶.

Ähnlich wie in der sowjetischen Geschichtswissenschaft wurde mit der Überwindung von Einseitigkeiten und Mängeln auf die Notwendigkeit verwiesen, in der nationalen Geschichte alles Positive und besonders die Höhepunkte antifeudaler und nationaler Revolutionen und Befreiungskämpfe zu erforschen und hervorzuheben. In diesen wurde eine Art historisches Modell für die angestrebte antifaschistische Volksfront, für nationale Fronten, für die Einheit des ganzen Volkes im antifaschistischen und antiimperialistischen Kampfe gesehen. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch Antonio Gramsci in seinen Kerkerbriefen⁷. Theoretische Grundlage dafür war ein tieferes Verständnis der Dialektik des Internationalen und des Nationalen, der Welt- und der Nationalgeschichte. Dabei spielten die Auswertung der Arbeit Lenins „Über den Nationalstolz der Großrussen“⁸ und auch die Erfahrungen Georgi Dimitroffs im Leip-

⁴ Očerk istorii istoričeskoy nauki v. CCCP, V, pod redakcijej M. V. Hečkinoj (Moskva 1985); Lutz-Dieter Bebréndt, Werner Berthold, Zur Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft (1917 bis zur Gegenwart) (Lehrmaterialien zur „Geschichte der Geschichtswissenschaft“) (Potsdam 1978); Werner Berthold, Marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft im Kampf gegen den Faschismus und für die antifaschistische Volksfront, in: BZG 27 (1985) 473–486.

⁵ VII. Kongress der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen (Berlin 1975).

⁶ Ebda, bes. 149 ff., 314 f.; Werner Berthold, Zur Bedeutung des Volksfrontgedankens für die Entwicklung der nationalen Geschichtskonzeption und des nationalen Geschichtsbildes auf marxistischer Grundlage. Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale zur nationalen Geschichte: Forschungsprobleme und Lösungswege, in: Studien zur marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie, hrsg. von Günther Großer (Leipzig 1967) 381–397.

⁷ Antonio Gramsci, Quaderni del carcere. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. A cura di Valentino Gerratana, v. III (Torino 1975) 2004.

⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 21 (Berlin 1960) 91–95.

ziger Reichstagsbrandprozeß, in dem er mit der Kommunistischen Internationale zugleich sein bulgarisches Volk und dessen Geschichte eindrucksvoll verteidigte, eine große Rolle. Wenn bei einer Behandlung des Themas „Marxistisches und nationales Geschichtsbild ...“ diese Entwicklung unbeachtet bleibt, ist ein Defizit an historischer Dimension unausbleiblich. Andererseits müssen die Auswirkungen des Personenkultes um Stalin gebührende Beachtung finden.

Die deutschen Kommunisten standen aber wie alle deutschen Antifaschisten bei der Darstellung der Geschichte ihrer Nation zugleich vor der Aufgabe, der Identifizierung von deutsch und hitlerfaschistisch zu begegnen, einerseits der faschistischen Geschichtsideologie, andererseits einem Geschichtsbild entgegenzutreten, das sich weitgehend darauf reduzierte, das faschistische Geschichtsbild lediglich mit einem umgekehrten, nämlich negativen Vorzeichen zu versehen⁹. Diese Tendenz gab es auch unter deutschen Hitiergegnern sowie bei einzelnen Mitgliedern Kommunistischer Parteien. In allen Zentren der antifaschistisch-demokratischen Emigration wurde dagegen vor allem von deutschen Kommunisten angekämpft. Das Herangehen an diese Frage durch politisch und theoretisch führende deutsche Kommunisten faßte um 1942 der kommunistische Intellektuelle Edwin Hoernle in einer Moskauer Arbeitsgruppe zu Fragen der Geschichte in die Worte: „Auch auf historischem Gebiet muß also unser Kampf geführt werden gegen zwei Fronten: gegen alle Versuche, den deutschen Volksmassen das Bewußtsein ihrer eigenen schöpferischen Kräfte zu nehmen, wie auch gegen die chauvinistisch-rassische Verseuchung.“ Dafür galt „eine exakte wissenschaftliche ... Analyse des geschichtlichen Stoffes“ als unbedingt erforderlich.

Im Rahmen einer umfassenden Arbeit zu konzeptionellen Fragen der deutschen Geschichte und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde auch die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft analysiert. Wichtige Vorarbeiten dafür hatten bereits Ende der zwanziger und in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre Karl Schmückle¹⁰ und – in einem weiteren Sinne – Hans Günther¹¹ geleistet.

Was Ende der sechziger Jahre auch Karl Ferdinand Werner und andere nichtmarxistische Historiker über Beziehungen zwischen der traditionellen und professionellen deutschen Geschichtswissenschaft und dem „NS-Geschichtsbild“ feststellten¹², stand

⁹ Siehe dazu und zum Folgenden: *Werner Berthold*, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgesichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes (Berlin 1970) bes. 95 ff. (künftig: *Berthold*, Geschichtsbild).

¹⁰ *Karl Schmückle*, Zur Kritik des deutschen Historismus, in: Unter dem Banner des Marxismus 3 (1929) 281–297 – siehe dazu: *Klaus Kinner*, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD (Berlin 1982) 498 ff. (künftig: *Kinner*, Geschichtswissenschaft); *Hans Schleier*, Karl Schmückles Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen deutschen Historismus, in: Jb. für Geschichte 25 (Berlin 1982) 305–340.

¹¹ *Hans Günther*, Der Herren eigner Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus (Moskau–Leningrad 1935); *ders.*, Der Herren eigner Geist. Ausgewählte Schriften (Berlin und Weimar 1981).

¹² *Karl Ferdinand Werner*, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967); *ders.*, Die deutsche Historiographie unter Hitler, in: Geschichtswissenschaft in Deutschland, hrsg. von *Bernd Faulenbach* (München 1974) 86–96; *Georg G. Iggers*, Die deutschen Historiker in der Emigration, in: ebda., 97 ff.; *ders.*, Deutsche Geschichts-

damals bereits im Blick. Zugleich wurden aber Arbeiten von Historikern wie Max Lehmann, Hans Delbrück und Veit Valentin ausgewertet, und auch mit Eduard Meyer wurde gegen die faschistische Geschichtsideologie argumentiert¹³. Ernst Engelberg bestimmte 1937 in der Schweizer Emigration unter analogen Aspekten die Unterschiede und Gegensätze, aber auch Verflechtungen zwischen liberaler und antiliberaler Geschichtsschreibung¹⁴.

Dies alles ist seit den sechziger Jahren als Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR gründlich erforscht sowie in zwei Monographien, in mehreren Dissertationen (A und B) und zahlreichen Artikeln dargestellt worden¹⁵. Einige Ergebnisse haben unter den nicht- und antimarxistischen Darstellungen über die Geschichtswissenschaft der DDR, die vor allem in der BRD sowie in den USA, in Belgien und anderen kapitalistischen Ländern erschienen sind, in dem Buch von Peter Meyers: *Friedrich II. von Preußen im Geschichtsbild der SBZ/DDR* (1983)¹⁶ eine erkennbare Auswertung gefunden.

In ständigen Diskussionen unter Marxisten und mit nichtkommunistischen Antifaschisten entstanden Darstellungen vor allem der deutschen Geschichte und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie Konzeptionen für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts und für eine neue deutsche Geschichtswissenschaft, an denen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ auch nichtmarxistische Historiker und Pädagogen einen wesentlichen Anteil hatten. Auf der Grundlage und im Rahmen dieser Tätigkeit erfolgte vor allem in der Sowjetunion, wo dafür die günstigste Möglichkeit bestand, die Rezeption wesentlicher Ergebnisse der sowjetischen Geschichtswissenschaft.

Eines der wirkungsstärksten Bücher der damaligen Zeit war in der mexikanischen Emigration entstanden und zuerst auch dort (Ciudad de México 1945) erschienen: das

wissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart (München 1976). – Eine Kritik an Unzulänglichkeiten der Sicht von K. F. Werner, H. Heiber u.a. übt: *Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik ...* (Berlin 1975) bes. 98 ff.

¹³ Berthold, *Geschichtsbild*, 125, 58.

¹⁴ Ernst Engelberg, *Liberale und antilibrale Geschichtsschreibung in Deutschland. Geschichtsschreibung und Politik* (Genf 1937 – Msgr.) – diese Studie ist der Ausgangspunkt für den Beitrag: Einiges über faschistische Geschichtsideologie und -methodik und die Ohnmacht des Späliberalismus, in: *Wissenschaft aus nationaler Verantwortung. Dem Rektor der Karl-Marx-Universität Leipzig Georg Meyer zum 70. Geburtstag* (Leipzig 1963) 111–118.

¹⁵ Berthold, *Geschichtsbild*; Kinner, *Geschichtswissenschaft*; Werner Berthold/Günter Katsch/Klaus Kinner, *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen deutschen Geschichtswissenschaft (1917–1945)* (Lehrmaterialien zur „Geschichte der Geschichtswissenschaft“) (Potsdam 1978); Die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, des marxistisch-leninistischen Geschichtsdenkens und -bildes in der KPD (1917/18–1945/46) im Rahmen des Forschungs- und Lehrgebietes Geschichte der Geschichtswissenschaft – Resultate und Probleme (Leipzig 1979).

¹⁶ Peter Meyers, *Friedrich II. von Preußen im Geschichtsbild der SBZ/DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsunterrichts in der SBZ/DDR. Mit einer Methodik zur Analyse von Schulgeschichtsbüchern* (Braunschweig 1983).

Buch von Alexander Abusch: „Der Irrweg einer Nation“¹⁷, das entgegen Meinungen, die immer wieder vertreten werden, kein Produkt der sogenannten Miserekonzeption war¹⁸. In der damaligen Sowjetischen Besatzungszone wurden viele der erwähnten Arbeiten mit ausgewählten sowjetischen Titeln rasch veröffentlicht, und die weiterentwickelte Konzeption wurde von den neuen antifaschistisch-demokratischen Machtkräften im Zusammenwirken mit zuständigen Vertretern der Sowjetischen Militäradministration schrittweise verwirklicht. Wesentliche Seiten und Schritte waren dabei:

1. Diskussion von Grundfragen der deutschen Geschichte und der aus ihr gezogenen Lehren in der gesamten Bevölkerung. Unter dem Aspekt des ständigen Kampfes zwischen Fortschritt und Reaktion waren dabei die Hauptthemen: Der deutsche Faschismus und der Zweite Weltkrieg; die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; die Novemberrevolution; die Revolution von 1848 sowie das „reaktionäre Preußentum“.
2. Auseinandersetzung mit der faschistischen Geschichtsideologie und ihren Traditionen.
3. Vorbereitung und Beginn des Geschichtsunterrichts und der geschichtswissenschaftlichen Lehre an den Universitäten (im Herbst 1946).
4. Bemühungen um die Mitarbeit der nichtmarxistischen Fachhistoriker, die an den Universitäten verblieben waren.
5. Bestrebungen, die Berufung der wenigen marxistischen Historiker an die Universitäten zu erreichen, die – wie Alfred Meusel und Jürgen Kuczynski – schon vor 1933 wissenschaftlich tätig waren oder – wie Ernst Engelberg und Walter Markov – bis 1933 bzw. 1934 noch promovieren konnten. Das traf auch auf solche nichtmarxistische Außenseiter wie Heinrich Sproemberg zu, der erst nach 1945 eine Professur erhielt.
6. Herausbildung eines fachwissenschaftlichen Nachwuchses auf marxistischer Grundlage, wobei die Mitwirkung nichtmarxistischer Geschichtsprofessoren unerlässlich war.
7. Mit den Werken von Marx, Engels, Lenin und damals auch Stalin, den historischen Arbeiten von Mehring, Kautsky, Bebel und anderen deutschen Marxisten sowie sowjetischen, aus dem Russischen übersetzten Geschichtswerken übten auch Arbeiten von Georg Lukács über die deutsche Literatur- und Ideologiegeschichte¹⁹ einen bedeutenden Einfluß aus. In Analogie zur Linie, die literaturgeschichtlich von Lessing zu Heine führt, wurde das Vermächtnis von Herder, Schlosser und Zimmermann besonders hervorgehoben. In Leipzig hinterließen zudem die öffentlichen Vorträge, die der sowjetische Philosoph G. I. Patent in der stets überfüllten Kongresshalle 1948 über die marxistische Weltanschauung und Geschichtsauffassung in einem vollendeten Deutsch hielt, und die Diskussionen, die er im Anschluß daran mit nicht- und antimarxistischen Professoren darüber führte, wobei er über umfassende philosophiehistorische Kenntnisse verfügen konnte, einen großen und nachhaltigen Eindruck. Analoges ist für die Jahre 1948 und 1949 auch in den anderen Universitätsstädten der späteren DDR zu verzeichnen²⁰. Für einen nicht geringen Teil jener Genera-

¹⁷ Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte* (Berlin 1946).

¹⁸ Berthold, *Geschichtsbild*, 193 ff.

¹⁹ Vor allem sind hier zu nennen: Deutsche Literatur im Zeitalter des Imperialismus (Berlin 1945); Fortschritt und Reaktion in der deutschen Literatur (Berlin 1947); Die Zerstörung der Vernunft (Berlin 1954); Der historische Roman (Berlin 1955).

²⁰ Vera Wrona u.a., *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre* (Berlin 1979) 114f.

tion, die 1945 um die 20 war und für die die Ereignisse, die mit diesem Jahr in Verbindung stehen, das wesentliche Grunderlebnis darstellen, übte diese für die große Mehrheit völlig neue Sicht auf die Geschichte jene starke Wirkung aus, die Paul Lafargue bereits im 19. Jahrhundert empfunden und beschrieben hatte²¹ – eine Wirkung, die keineswegs auf die damalige Sowjetische Besatzungszone und – schon zuvor – auf die Bewegung „Freies Deutschland“ unter deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion beschränkt war; sie fand sich vielmehr mit Modifikationen auch in Kriegsgefangenen-Lagern der westlichen Alliierten sowie in den Westzonen.

Diese knappe Aufzählung kann die vielen Schwierigkeiten und Widersprüche natürlich nicht wiedergeben, die mit der Geburt eines neuen Geschichtsbewußtseins und einer neuen deutschen Geschichtswissenschaft verbunden waren. Mangelnde Erfahrungen und Kenntnisse, auch dogmatische und sektiererische Vorstellungen sowie die vielfältigen Probleme und Widersprüche im „Anderswerden“²² gehörten dazu. Wesentlich waren aber bei den damaligen Geschichtsstudenten und ihren Lehrern sowie schon an den Vorstudienanstalten und Arbeiter- und Bauern-Fakultäten der Enthusiasmus und der feste Wille zu lernen, um mit einer neuen Geschichtswissenschaft dem Aufbau einer neuen Gesellschaft zu dienen, aus der nach ihrer festen Überzeugung die Katastrophen der Weltkriege und der Faschismus nicht mehr hervorgehen konnten. Hermann Kant hat in seinem Buch „Die Aula“²³ davon ein Bild vermittelt, das zugleich die Widersprüche und die unvermeidliche Komik einbezieht, die in Entwicklungen dieser Art stets auch zu finden sind.

II

Die Reaktion der bzw. aus der traditionellen Geschichtswissenschaft auf diesen Neuaufbau soll zunächst unter dem Aspekt der Konfrontation knapp umrissen werden. Wie für die Geschichtswissenschaft der DDR ist auch für die in der BRD die Situation von und nach 1945 ohne die Entwicklung von 1933–45 nicht zu begreifen. Auch nichtmarxistische Historiker haben – wie bereits vermerkt – das Verhältnis der traditionellen Geschichtswissenschaft zum nazistischen Regime und seiner Ideologie charakterisiert. Unter dem Eindruck des Jahres 1945 klagten dann herausragende Historiker wie Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter und Siegfried A. Kaehler übereinstimmend, die deutsche Geschichte sei für sie dunkel, rätselvoll und unerkennbar geworden²⁴. Es ist auch registriert worden, daß sich diese Haltung mit dem Beginn des Kalten Krieges änderte.

²¹ Mohr und General. Erinnerungen an Marx und Engels (Berlin 1982) 296.

²² Johannes R. Becher, Vom Anderswerden (Berlin 1949).

²³ Hermann Kant, Die Aula (Berlin 1965).

²⁴ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen (Wiesbaden 1946); Gerhard Ritter, Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neu-besinnung (Stuttgart 1946) bes. 7, 17f.; Siegfried A. Kaehler, Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte. Eröffnungsstunde der Vorlesung über „Das Zeitalter des Imperialismus“, gehalten am 18.9.1945, in: Die Sammlung 1 (1945/46) 140–153.

Wenn man das Urteil von Konrad Kwiet wohl ganz in seinem Sinne auf das Gebiet der späteren BRD beschränkt, so kann man ihm uneingeschränkt darin zustimmen, daß „der Zusammenbruch des NS-Herrschaftssystems weder einen grundlegenden Personalwechsel noch eine wirkliche Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft bewirkt hat“²⁵. Hans Mommsen und andere nichtmarxistische Historiker gehen noch einen Schritt weiter. So stellte jener fest, daß nach 1945 „die Führung im Fach Geschichte“ an eine „Gruppe von überwiegend konservativ eingestellten Hochschullehrern“²⁶ überging. Wenn er dabei nach Gerhard Ritter und Hans Herzfeld auch Hans Rothfels und Herbert Grundmann nennt, so wären diese wohl von Ritter abzusetzen. Vornehmlich im Hinblick auf letzteren und seine Ambitionen stellte der Göttinger Historiker Peter Schumann aus intimster Quellenkenntnis fest: „es ging nicht um Neu-, sondern um Wiederaufbau“²⁷.

Die Reaktion auf die Entstehung einer neuen deutschen Geschichtswissenschaft war voraussehbar, und P. Schumann hat sie aktenmäßig belegt. War doch schon gegenüber Außenseitern in den eigenen Reihen, wie Karl Lamprecht und Eckart Kehr, eine Methodik entwickelt worden, die von subtilerer Einwirkung bis zur Losung von Georg von Below reichte: „Man muß die Axt gebrauchen!“²⁸ Es war also leicht vorstellbar, wie man gegenüber einer Entwicklung vorgehen würde, die sich in einem beträchtlichen Teil des Bismarckreiches vollzog. Das um so mehr, da sich die traditionelle deutsche Geschichtswissenschaft in völliger internationaler Isolierung befand, wie Robert Deutsch feststellt²⁹. Hinzugefügt sei nur noch das Urteil des österreichischen Historikers Fritz Fellner, wonach seit 1945 im Resultat einer historiographischen „translatio imperii“ „die auf das Bismarck-Reich ausgerichtete Interpretation der Reichsgeschichte von Berlin auf Bonn übertragen worden“ und damit der „so viele Jahre lang erhobene ‚Alleinvertretungsanspruch‘ auch, ja gerade in historischen Belangen“³⁰ verbunden gewesen sei. Fast mit den gleichen Worten äußert sich hinsichtlich der „Alleinvertretung“ P. Schumann³¹.

Es konnte nicht ausbleiben, daß angesichts dieser Herausforderungen der Mechanismus von „challenge and response“ wirksam wurde, zumal der geschichtswissenschaftliche Wiederaufbau einerseits und der um vieles schwierigere Neuaufbau ander-

²⁵ Konrad Kwiet, Die NS-Zeit in der bundesrepublikanischen Forschung 1945–1961 (Thesen – hektographiert).

²⁶ Hans Mommsen, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: B. Faulenbach (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben (München 1974) 113 (im Text irrtümlich: Albert Grundmann).

²⁷ Peter Schumann, Gerhard Ritter und die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, hrsg. von Mitarbeitern und Schülern (Göttingen 1982) 415 (künftig: Schumann, Ritter).

²⁸ Georg von Below, Die neue historische Methode, in: HZ 81, Neue Folge 45 (1898) 195.

²⁹ Robert Deutsch, „La nouvelle histoire“ – Die Geschichte eines Erfolges, in: HZ 233 (1981) 120 ff.

³⁰ Fritz Fellner, Georg E. Schmid, Ende oder Epoche der deutschen Geschichte? Bemerkungen zum Abschlußband des Gebhardtschen Handbuches in: Zeitgeschichte (Wien – Salzburg) 5 (1978) 161.

³¹ Schumann, Ritter, 413.

rerseits in die internationalen und nationalen politischen Entwicklungen eingebunden waren. Ein Kulminationspunkt war Trier 1958³². In dessen Ergebnis sind aber bemerkenswerte Einsichten – so von H. Grundmann und H. Rothfels im Gegensatz zu H. Aubin und G. Ritter – hervorzuheben³³. Ähnliches trifft auf das Auftreten von Erich Rothacker in Stockholm 1960 zu, das ganz offensichtlich vor allem von G. Ritter bewirkt worden war. Das brachten in Stockholm sowie zuvor und danach auch nicht-marxistische Historiker zum Ausdruck. Die Verschärfung der Auseinandersetzungen, die auf diesem Kongreß vornehmlich zwischen Historikern aus der BRD und der DDR zu verzeichnen waren, erklärt sich vor allem aus einem Nachwirken der Situation, die in Trier 1958 von der damaligen Leitung des Historikerverbandes erzeugt worden war, aus dem unveränderten Alleinvertretungsanspruch, der sich trotz besserer Teileinsichten besonders darin äußerte, daß die Aufnahme des Nationalkomitees der Historiker der DDR in das Internationale Historikerkomitee mit allen Kräften von führenden Historikern der BRD vereitelt wurde, sowie aus dem geplanten und erfolgten Auftreten des Philosophen Erich Rothacker, das angesichts seines Bekenntnisses zum „Dritten Reich“, zu Hitler u.a. faschistischen Führern und Ideologen in seiner „Geschichtsphilosophie“³⁴ eine Provokation darstellte. Diese durfte nicht ohne eine Antwort bleiben³⁵. Sie wurde auch von nicht wenigen nichtmarxistischen Historikern positiv aufgenommen. Zu berücksichtigen ist aber gleichfalls, daß die Mehrheit der marxistischen Historiker der DDR noch kaum über die Erfahrungen verfügen konnte, die in Situationen, wie sie in Trier und Stockholm auftraten, erforderlich waren.

Da seit 1945 zumindest bis Stockholm G. Ritter unter den Historikern in den Westzonen und in der BRD eine entscheidende bzw. die entscheidende Rolle spielte, sei angemerkt, daß seine schärfsten Kritiker und Kontrahenten zunächst wohl in der französischen Regierung und Militärregierung sowie unter katholischen Akademikern in Bayern und im „Rheinischen Merkur“, aber keineswegs in der DDR zu registrieren waren. Vielmehr wurde bis zu seinem Auftreten auf dem Bremer Historikertag 1953 und auch danach die sachliche Kritik an seinen Auffassungen mit einer hohen Würdigung seiner Persönlichkeit verbunden, wobei auch nicht vergessen wurde, daß er nach dem 20. Juli 1944 als politischer Freund Carl Goerdelers von der Gestapo verhaftet und des Hochverrats verdächtigt worden war. So charakterisierte ihn Leo Stern u.a. als „großen deutschen bürgerlichen Historiker“³⁶. Auch mit der Verschärfung der Aus-

³² Trier – und wie weiter? Materialien, Betrachtungen und Schlußfolgerungen über die Ereignisse auf dem Trierer Historikertag am 25.9.1958, hrsg. von Ernst Engelberg, Werner Berthold und Rolf Rudolph (Berlin 1959); Werner Berthold, Die Geschichtswissenschaft der DDR, der Historikertag in Trier 1958 und der internationale Historikerkongreß in Stockholm 1960, in: Wissenschaftliche Mitteilungen (Historiker-Gesellschaft der DDR) 1983/III, 48–58.

³³ H. Grundmann an H. Rothfels, 16.3.1959. – H. Rothfels an H. Grundmann, 23.3.1959.

³⁴ Erich Rothacker, Geschichtsphilosophie (München und Berlin 1934) bes. 145–150.

³⁵ Werner Berthold, Über „Die Wirkung der Geschichtsphilosophie ...“ von Erich Rothacker. Eine Betrachtung aus Anlaß des XI. Internationalen Historikerkongresses in Stockholm 1960, in: ZfG VIII (1960) 1289–1309.

³⁶ Leo Stern, Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung (Berlin 1952) 47, siehe auch 46 ff. – ders., Für eine kämpferische Geschichtswissenschaft (Berlin 1954) 43 f. – zur demgegenüber vernichtenden Kritik in der BRD siehe u.a.: Schumann, Ritter, 407 f. sowie Otto Roegele, Gerhard Ritter und die Geschichtsrevision, in: Rheinischer Merkur, 16.12.1950.

einandersetzung nach Inhalt und Form, die in erster Linie aus der politisch-ideologischen Haltung Ritters und der vornehmlich von ihm repräsentierten Richtung in der „Zunft“ sowie aus einer gründlicheren Analyse der Entwicklung und der jeweiligen Funktionen seines umfangreichen historiographischen Schaffens resultierte³⁷ – ein Jahrzehnt später war sie auch in der BRD vor allem im Zusammenhang mit der „Fischer-Kontroverse“ mit einer eher noch zugespitzten Diktion und Terminologie zu verzeichnen –³⁸, wurde die große Leistungskraft des Geschichtsforschers und -schreibers Ritter von marxistischen Historikern der DDR nie in Zweifel gesetzt. Hierin wurde vielmehr selbst in der Auseinandersetzung mit seiner politischen Konzeption und seiner Geschichtsauffassung von ihm auch gemäß der Auffassung Lenins gelernt, nach der bürgerliche Gelehrte auf „dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten ... liefern“. Von der Orientierung, sich diese „Errungenschaften anzueignen und ... zu verarbeiten“³⁹, war die marxistische Geschichtswissenschaft der DDR seit Anbeginn bestimmt.

Zum zweiten Aspekt: der Kooperation. Wesentlicher als diese Konfrontation war aber die Kooperation bzw. zunächst die Hilfe, die der werdenden neuen Geschichtswissenschaft in der DDR von Vertretern der akademischen Disziplin erwiesen wurde. Das war mit neuen Einsichts- und Absichtserklärungen verbunden, die aber hier rasch in die Tat umgesetzt wurden. Obwohl letzteres für Meinecke nicht zutrifft, sind solche Erklärungen anfänglich gerade bei ihm zu registrieren. Am 25.11.65 hat der einstige Mitarbeiter der Sowjetischen Militäradministration Sinovešev im Moskauer Rundfunk über Gespräche berichtet, die er 1945 mit Meinecke führte. Dieser habe dabei den deutschen Militarismus als den Untergang der Nation verurteilt und sei bereit gewesen, alles zu akzeptieren, was zur Vernichtung dieser unheilvollen Kraft getan werde. Er habe die Frage gestellt, was die Kriege den Deutschen gebracht hätten, und zwar nicht nur jener kleinen herrschenden Gruppe, die aus den brandenburgischen, rheinischen und bayrischen Schlössern, aus den Prachtvillen in Dahlem, Charlottenburg und Grunewald über das nationale Schicksal entschieden habe, sondern den Millionen Micheln, Hansen und Arnolden, von denen die Paläste und Straßen, die Werke und Schlösser gebaut, die Äcker gepflügt wurden und die man in die Schützengräben schickte. Ähnliche Aussagen finden sich in seiner Schrift „Die deutsche Katastrophe“⁴⁰ und in seiner Rede „Ranke und Burckhardt“⁴¹.

³⁷ Werner Berthold, „... großhungern und gehorchen“. Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke (Berlin 1960) – was den Inhalt der Kritik anbetrifft, so erfolgte allerdings in einigen Punkten eine Bestätigung und Erweiterung auch durch inzwischen erfolgte Veröffentlichungen: Schumann, Ritter; Gerhard Ritter – Ein politischer Historiker in seinen Briefen, hrsg. von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt unter Mitwirkung von Reinhard Hauf (Boppard am Rhein 1984).

³⁸ Siehe u.a.: Imanuel Geiss, Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft (Frankfurt a.M. 1972) bes. 11, 95, 101, 119, 149 f., 163 ff.

³⁹ W. I. Lenin, Werke, Bd. 14 (Berlin 1962) 347; s.u.a. Ernst Engelberg, Über das Problem des deutschen Militarismus, in: ZfG 4 (1956) 1113 ff.

⁴⁰ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, a.a.O.

⁴¹ Ders., Ranke und Burckhardt (Berlin 1948).

Es gab also unter dem Eindruck des Jahres 1945 kritische und indirekte, aber auch direkte selbstkritische Auffassungen⁴², die jedoch mit dem Kalten Krieg und der Restauration zurücktraten. Auch Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau der neuen Gesellschaft und ihrer Geschichtswissenschaft wirkten sich aus.

Aber die Einsichten und Absichten des Jahres 1945 waren bei einer ganzen Reihe von Fachhistorikern aus traditionellen Richtungen so stark, daß sie für längere Zeit oder für immer in der DDR verblieben und einen unersetzblichen Beitrag für die Herausbildung und Entwicklung ihrer Geschichtswissenschaft leisteten sowie deren Geschichtsbild mit prägten. Unter dem Titel „Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft“ befindet sich ein Band mit Biographien verstorbener Historiker der DDR im Druck, in dem unter anderen Karl Griewank, Fritz Hartung, Otto Hoetzsch, Otto Korfes, Hellmut Kretzschmar, Martin Lintzel, Fritz Rörig, Friedrich Schneider, Heinrich Sproemberg und Eduard Winter gewürdigt werden.

In den Entwicklungswegen so unterschiedlicher Gelehrter wie O. Hoetzsch (1876–1946), H. Sproemberg (1889–1966) und E. Winter (1896–1982), die bereits in Artikeln, in Festschriften, in kommentierten Werkausgaben und – im Falle von O. Hoetzsch – in einer Monographie eine Würdigung durch marxistische Historiker erfahren haben⁴³, werden verschiedene Momente besonders sichtbar, die ihre enge Kooperation mit der werdenden marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR begünstigten und beförderten. Bei dem einst deutsch-nationalen Historiker Otto Hoetzsch war es das Jahrzehntlange Studium der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, der deutsch-russischen und -sowjetischen Beziehungen, die Zusammenarbeit mit dem führenden sowjetischen Historiker M. N. Pokrovskij und seine gründliche Kenntnis der sowjetischen Geschichtswissenschaft. Was mehr oder weniger für nahezu alle Historiker der alten Schulen zutraf, die zur Kooperation mit der werdenden marxistischen Geschichtswissenschaft bereit waren, tritt infolgedessen bei Otto Hoetzsch besonders hervor: der starke Eindruck, den der Sieg der Sowjetunion im Bündnis der Antihitlerkoalition über den faschistischen Staatenblock ausübte.

Bei Sproemberg war es der frühe politische Zusammenstoß mit seinem akademischen Lehrer Dietrich Schäfer sowie die geschichtswissenschaftliche Orientierung auf

⁴² Der Grund für die Selbstkritik Meineckes wurde durch Briefveröffentlichung nach seinem Tode noch sichtbarer: siehe u.a.: Werke (Stuttgart 1957/59) VI, 180, 192, 364 – sowie *Immanuel Geiss, Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, a.a.O. 89–107 (zwischen Meinecke und Ritter wäre aber stärker zu differenzieren).

⁴³ Siehe vor allem: *Gerd Voigt, Otto Hoetzsch 1876–1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers* (Berlin 1978) – *Heinrich Sproemberg, Mittelalter und demokratische Geschichtsschreibung. Ausgewählte Abhandlungen*, hrsg. von *Manfred Unger* (Vorwort von *Gerhard Heitz, Eckhard Müller-Mertens, Bernhard Töpfer, Ernst Werner*) (Berlin 1971); *H. M., Eduard Winter zum Gedenken*, in: *ZfG* 30 (1982) 643f. – neben den hier angeführten Festschriften und Würdigungen zum 70. und 80. Geburtstag seien noch genannt: die Festschrift zum 60. Geburtstag: *Deutsch-slawische Wechselbeziehungen in sieben Jahrhunderten. Gesammelte Aufsätze* (Berlin 1956) sowie: *Bernhard Bolzano, Zur 200. Wiederkehr seines Geburtstages am 5. Oktober 1981. Dem Wirken Eduard Winters gewidmet* (Sitzungsberichte der AdW der DDR, Jg. 1982, Nr. 6/G) (Berlin 1982) und die aufschlußreiche Autobiographie: *Mein Leben im Dienst des Völkerverständnisses. Nach Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Dokumenten und Erinnerungen*, 1, Berlin 1981.

Karl Lamprecht und vor allem auf Henri Pirenne und Marc Bloch, zu denen freundschaftliche Beziehungen entstanden. Indem der Doktorand Sproemberg die extrem annexionistische „Professorendenkschrift“ vom Juli 1915 ablehnte, die Dietrich Schäfer als führender Alddeutscher inspiriert hatte und sich gegen die wilhelminische Kriegspolitik wandte, verlor er jede akademische Perspektive. Bei E. Winter, der in den dreißiger Jahren an der deutschen Universität in Prag eine Professur für katholische Kirchengeschichte innehatte, war es das intensive Studium des universalen Gelehrten Bernhard Bolzano, der eine scharfe aufklärerische Gesellschaftskritik übte, der Bruch mit dem katholischen Klerus unter Pius XII., die Auseinandersetzung mit der Ostpolitik des Vatikans sowie sein Bestreben, den deutsch-slawischen Beziehungen nachzugehen, die er in der Donaumonarchie und in der ČSSR erlebt hatte. Bei Sproemberg und Winter ist zudem das Phänomen zu verzeichnen, daß sie als Nicht-marxisten marxistische Historikerschulen gründeten.

Wenn Peter Schumann feststellt, daß in der BRD „über Jahre ... der Marxismus ... weniger ein theoretisches Problem als eine politische Provokation“⁴⁴ war, so begannen bürgerliche Historiker in der späteren DDR schon nach 1945 mit einem Studium und einer Teilrezeption des Marxismus.

Dabei kam es allerdings auch zu ungewöhnlichen Synthesen. So glaubte Hoetzscht, die Geschichtsauffassung von Ranke mit der von Marx und Pokrovskij verbinden zu können. Dem entspricht es, daß mit Begriffen und Denkmodellen Hegels, Ranks und Kjelléns „die universalgeschichtliche Bedeutung der großen russischen Revolution für die Welt und der Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und ihre heutige Weltstellung“⁴⁵ erfaßt und verdeutlicht werden sollten. Damit wird die Einsicht erneut bestätigt, daß sich Erkenntnisprozesse widersprüchlich vollziehen, daß vornehmlich alte nicht einfach durch neue Vorstellungen ersetzt werden, sondern daß beide trotz ihrer Gegensätzlichkeit sich auch miteinander verbinden können und daß neue gesellschaftliche Erfahrungen zunächst mittels überkommener Vorstellungen verarbeitet werden. Dabei werden diese und die bisherige Begriffswelt aber zugleich verwandelt und ihrer ursprünglichen funktionellen Bestimmung entfremdet.

Widersprüche anderer Art, die sich in der Entwicklung einer Historikerpersönlichkeit wie Fritz Hartung (1883–1967) finden, können mit mancherlei Modifikationen auch bei einigen seiner Kollegen registriert werden, die an Universitäten und Akademien auf dem Territorium der DDR bis zu ihrer Emeritierung und bis zum Versiegen der Arbeitskraft oder für eine längere Zeit tätig waren. Während Hartung 1932 im Unterschied zu Meinecke, aber in Übereinstimmung mit Hermann Oncken die Bewerbung von Eckart Kehr für ein Forschungsstipendium der Rockefellerstiftung scharf abgelehnt hatte⁴⁶, übernahm er mit Oncken 1934 die Begutachtung der Disser-

⁴⁴ Schumann, Ritter, 412 f.

⁴⁵ Otto Hoetzscht, Die Eingliederung der osteuropäischen Geschichte in die Gesamtgeschichte nach Konzeption, Forschung und Lehre, in: pädagogik. beiträge zur erziehungswissenschaft 1 (1946) 34.

⁴⁶ Hans-Ulrich Wehler, Eckart Kehr, in: Deutsche Historiker, I, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler (Göttingen 1971) 107.

tation des marxistischen Doktoranden und aktiven kommunistischen Funktionärs Ernst Engelberg, der 4 Tage nach erfolgter Promotion verhaftet wurde⁴⁷. 1945/46 vollbrachte Hartung bei der Vorbereitung der geschichtswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen an den Universitäten in der späteren DDR in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, die unter der Leitung des Kommunisten Paul Wandel stand, eine bedeutende Arbeit. Ende 1948 legte er zwar das Dekanat der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität nieder und ließ sich emeritieren. Im Unterschied zu Meinecke, der an die neugegründete Universität nach West-Berlin überwechselte, verblieb er jedoch an der späteren Akademie der Wissenschaften der DDR und leistete als eines ihrer führenden Mitglieder in Zusammenarbeit mit marxistischen Historikern bis ins hohe Alter mit der ihm eigenen Präzision und Pünktlichkeit die wertvollste Arbeit⁴⁸. Dem entspricht es durchaus, daß er in einem Brief an G. Ritter vom 14.7.1950 nicht nur die Wissenschaftspolitik, sondern das „ganze Verhalten des Westens gegenüber“ der DDR tadelte⁴⁹.

Eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Geschichtswissenschaft der DDR wird diese Gelehrten mit den marxistischen Historikern wie Ernst Engelberg, Walter Marakov, Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski, Leo Stern u.a. ohne jede Simplifizierung darstellen. Doch hier liegt der Hauptakzent auf einer Kooperation zwischen marxistischen und nichtmarxistischen Historikern, die trotz mancher unterschiedlicher und auch gegensätzlicher Auffassungen möglich wurde. Sie schloß den Meinungsstreit nicht aus, sondern ein, der zudem seit Anbeginn auch unter den marxistischen Historikern geführt wurde und der gemäß der marxistischen Erkenntnistheorie⁵⁰ zu den Entwicklungsgesetzen der marxistischen Geschichtswissenschaft gehört.

⁴⁷ Werner Berthold, Ernst Engelberg, in: *Namhafte Hochschullehrer der Karl-Marx-Universität Leipzig*, 7 (Leipzig 1985) 84.

⁴⁸ Ders., *Geschichtsbild*, 211, 213, 217–219, 221, 223–231, 233–235, 241f., 245, 251.

⁴⁹ Schumann, Ritter, 412.

⁵⁰ Dieter Wittich/Klaus Gößler/Kurt Wagner, *Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie* (Berlin 1980).

Adolf Dieckmann

Geschichtsinteresse der Öffentlichkeit im Spiegel der Verlagsproduktionen

Geschichtswissenschaft hat es mehr als manche andere Wissenschaft mit dem Selbstverständnis der jeweiligen Gegenwart zu tun. Dieses Selbstverständnis hat öffentliche Bedeutung. Es ist politisch wirksam. So liegt, wenn wir die Geschichtswissenschaft betrachten wollen, die Fragestellung nahe, wie das Interesse der Öffentlichkeit an Geschichte nach der historisch-politischen Zäsur von 1945 beschaffen war und wie es sich bis in die 60er Jahre entwickelt hat.

Die Öffentlichkeit ist der Markt der Verlage. Als Wirtschaftsunternehmen sprechen sie mit ihren Produkten Gruppen von Käufern an. Verlage leben davon, daß eine Öffentlichkeit Interesse an ihren Produkten hat. Man sollte also in den Programmen der Verlage Hinweise auf das Interesse finden können, das in der Öffentlichkeit besteht.

Aus dem Charakter der Öffentlichkeit als Markt folgt, daß es nicht eine allgemeine Öffentlichkeit schlechthin, sondern daß es verschiedene Öffentlichkeiten gibt. Die Öffentlichkeit als Markt teilt sich also in Markt-Segmente. Diese verschiedenen Ausformungen werden durch verschiedene Medien angesprochen: einerseits durch den Rundfunk (Fernsehen gab es noch nicht), andererseits durch gedruckte Medien (die man heute auch Print-Medien nennt). In jener Zeit beschränkten sich Verlage auf gedruckte Medien. Es gab die verschiedensten Buchverlage, Zeitschriftenverlage, Zeitungsverlage. Auf die Bedeutung der Zeitungsverlage kann ich hier nur hinweisen; ich kann aber nicht auf sie eingehen und beschränke mich auf Buch- und Zeitschriftenverlage.

Als Wirtschaftsunternehmen sind Verlage hoch spezialisiert. Sie müssen sich mit ihren Produkten, mit ihrer Kalkulation, mit ihrer Werbung genau an diejenige Öffentlichkeit wenden, bei der Kaufinteresse und Kaufmöglichkeiten für den Absatz der Erzeugnisse ausreichen.

Aus der Spezialisierung und der besonderen Eigenart der Verlage folgt, daß die allgemein gestellte Frage nach der Öffentlichkeit vielfältig aufgefächert werden muß. Man kann verschiedene "Öffentlichkeiten" unterscheiden:

1. Die *Öffentlichkeit des Faches*. Die Personen und Institutionen der Geschichtswissenschaft sind selbst ein Markt, den Verlage ansprechen. Hier schreiben Fachleute für Fachleute. Hier sind die Autoren zugleich die Käufer. Mit ihren Werken weisen sich die Fachleute als solche aus. Dazu gehören Dissertationen, Habilitationsschriften, Abhandlungen von Akademien usw. Mit anderen Werken schaffen die Fachleute sich die Hilfsmittel für ihre Arbeit: Editionen, Bibliographien.

Aus der Sicht der Verlage handelt es sich hier um meist subventionierte Werke in begrenzten Auflagen für einen begrenzten Markt. Mit den Subventionen zahlen Instanzen, die mit der Öffentlichkeit in politischer Wechselwirkung stehen, dafür, daß die Kommunikation im Fach und damit die Arbeit der Fachleute ermöglicht werden. Ich nenne nur das Verlagsreferat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. An den Werken, die so für den innerfachlichen Markt subventioniert werden, kann der Sortimentsbuchhandel nur geringes Interesse haben, es sei denn, eine Buchhandlung spezialisiere sich ausdrücklich auf den Service für Institute und Bibliotheken. Ebenso steht es bei den Verlagen. Viele wissenschaftliche Institutionen geben ihre Werke einem Verlag nur in Kommission. Der eigentliche Austausch wird dann zwischen den Institutionen direkt und oft kostenlos abgewickelt. So haben Akademien, so haben auch z.B. die Monumenta Referenten, die Veröffentlichungen herstellen lassen.

Veröffentlichungen, für die jenseits der Öffentlichkeit des Faches kaum Interesse besteht, bezeichnet man auch als „Graue Literatur“. Die Grenzen dieser „Grauen Literatur“ sind fließend; es gibt keine exakte Definition dafür. Auf jeden Fall aber ist das Fach nur lebensfähig, wenn durch diese „Graue Literatur“ die Kommunikation innerhalb des Faches ermöglicht wird – wenn es Spezialisten gibt, die sich damit befassen.

Sehr verständlich ist, daß die wissenschaftlichen Autoren versuchen, eine andere, weitere Öffentlichkeit anzusprechen. Niemand wünscht, daß sein Werk „Graue Literatur“ wird. Deshalb gibt der wissenschaftliche Autor demjenigen unter den konkurrierenden Verlagen den Zuschlag für sein Werk, bei dem er sich gut betreut fühlt, der sein Werk in ansehnlicher Form herausbringt und der damit eine möglichst große Öffentlichkeit anspricht. Aus dieser Haltung heraus meinen die meisten Autoren, daß die Verlage zu hohe Preise verlangen.

2. Eine weitere Öffentlichkeit soll angesprochen werden. Was ist damit gemeint?

Eine erste Erweiterung der fachlichen Öffentlichkeit sind die Studenten: Je brauchbarer ein Buch für sie ist, desto eher hat es Aussicht, weitere Auflagen zu erreichen. Bücher mit Lehrbuchcharakter, die weithin eingeführt werden, können wirtschaftliche Erfolge bringen.

Ein anderer Markt ist der der Geschichtslehrer und der Schüler. Stehen die Geschichtslehrer gewissermaßen auf der Grenze zwischen der fachlichen und der weiteren Öffentlichkeit, so haben Schulbücher ihre ganz speziellen, eigenen Gesetze. Gerade an dieser Stelle gab es nach 1945 rigorose politische Eingriffe. Darauf werde ich später noch kommen.

Je mehr die Öffentlichkeit ausgebreitet ist, nach der der Verleger sucht, desto schwerer ist sie zu definieren. In dieser weiteren Öffentlichkeit wird es schwierig, den Markt zu analysieren. Man sucht hier nach dem sogenannten „interessierten Laien“, den es früher in Gestalt des sogenannten „Bildungsbürgers“ gab. Um ihn zu finden, muß man ihn auf eine Weise ansprechen, die sein Interesse erweckt. Warum interessieren sich solche Laien, also Menschen, die nicht zum Fach gehören, für Geschichte? Was interessiert sie an der Geschichte? Gab es nach 1945 ein besonderes Interesse?

Geschichte hat im weitesten Sinne eine politische Bedeutung. Indem sie dem Verständnis der eigenen Gegenwart dient, dient sie der Rechtfertigung, der Anklage, der Entschuldigung, der Legitimation. Diese Funktionen im Interesse der Öffentlichkeit

an Geschichte nach 1945 anhand der Verlagsprogramme festzustellen, wäre die eigentlich relevante Aufgabe dieses Referates.

Für Geschichte gibt es schließlich auch ein Interesse, das ich als „antiquarisch“ bezeichnen möchte. Auf den ersten Blick scheint es politisch wenig oder gar nicht bedeutend zu sein. Vielleicht ist es demjenigen eines Reisenden zu vergleichen. Man liest Geschichtsbeschreibungen wie spannende Reisebeschreibungen: „Mit dem Fahrrad in die Römerzeit“; „Götter, Gräber und Gelehrte“. Man interessiert sich für menschliche Schicksale: Biographien. Man möchte sich als gebildet zeigen: So tapetisiert man das Wohnzimmer mit der „Propyläen“-Weltgeschichte. Dies ist der Markt für die verschiedensten Arten von Sachbüchern. Der Wunsch, sich zu bilden und sich als gebildet auszuweisen, ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die großen Versandbuchhandlungen und in anderer Weise auch für die Buchgemeinschaften. (Dieses Gebiet liegt wiederum jenseits dieses Referats.)

Das öffentliche Geschichtsinteresse, dem man für unser Thema eine gesellschaftlich-politische Relevanz zusprechen kann, ist dasjenige der weiteren Öffentlichkeit. Man könnte es etwa mit folgenden Fragen ansprechen:

Welche Veröffentlichungen reichen über die Grenzen des Faches hinaus in eine weitere Öffentlichkeit?

Welche Veröffentlichungen erreichen politisch interessierte Kreise? Welche Veröffentlichungen erreichen die Schichten der ehemaligen Bildungsbürger? Von welchen Werken fühlt sich der „interessierte Laie“ angesprochen?

An welchen Veröffentlichungen haben die Institutionen der politischen Öffentlichkeit bzw. des Staates besonderes Interesse?

Und hier liegt nun die zentrale Frage unseres Themas: Wie kann man diese Interessen und ihre Spiegelung in den Verlagsproduktionen feststellen?

Wir sind bei der Frage nach den *Quellen*. Welche Quellen müssen aufgearbeitet werden, und wie ist das möglich?

1. Verlagskataloge: Wenn überhaupt, so sind sie in den Archiven von Verlagen zu finden, aber an die kommt man kaum heran. Welcher in der Arbeit stehende Verlagslektor kann sich schon die Zeit nehmen, alte Kataloge herauszusuchen? Die üblichen Prospekte können aus Raum- und Zeitgründen nicht archiviert werden. Anlässlich von Jubiläen gibt es hier und da Gesamtverzeichnisse, die von großem Wert sind, aber für unser Thema ebenfalls kaum weiterführen.

2. Wichtig für die Verbreitung von Werken sind die Auflagenzahlen. Sie sind aber kaum zu bekommen.

In Bibliographien findet sich bestenfalls die Zählung der Auflagen. Über die Anzahl der jeweils hergestellten und verkauften Exemplare ist damit aber nichts ausgesagt. Sie kann nur in alten Herstellungsakten festgestellt werden, die aber sind kaum zu erhalten. Schließlich kommen noch Honorar-Abrechnungen in Frage, die wiederum kaum zu erreichen sind.

3. Am ehesten kann man Rezensionen heranziehen. Sie sagen zwar nichts über den Verkauf eines Buches, aber sie sind ein wichtiger Indikator für das Interesse, das die Rezensenten in der Öffentlichkeit vermuten. Für das Echo in der weiteren Öffentlichkeit müßte man also die Feuilleton- und Wissenschafts-Sparten der überregionalen

Zeitungen durcharbeiten; man müßte die entsprechenden Publikumszeitschriften untersuchen. Auch die Fachzeitschriften spielen eine Rolle.

Dieses Quellenmaterial, bei dem man in die Medien der weiteren Öffentlichkeit hineingreift, ist sehr umfangreich. Da es keinerlei Vorarbeiten gibt, könnten daran mehrere Doktoranden arbeiten.

4. In der Bibliothek des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels konnte ich einige Bibliographien jener Jahre und einige Statistiken zusammentragen, und schließlich kann ich einige persönliche Erfahrungen beisteuern. Zum Teil stammen sie zwar aus späteren Jahren, aber sie werfen vielleicht ein Licht auf den fraglichen Zeitraum.

Zunächst ein Griff in die Statistik:

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels bringt jährlich eine Übersicht heraus: „Buch und Buchhandel in Zahlen“¹. Unter der Rubrik „Geschichte, Kulturge- schichte, Volkskunde“ erscheinen folgende Zahlen:

1951:	568 Titel
1952:	615 Titel
1959:	775 Titel und 117 Neuauflagen
1963:	1354 Titel und 213 Neuauflagen

Von der gesamten Buchproduktion jener Jahre umfaßt die Rubrik, in der die Ge- schichtswissenschaft vorkommt, folgende Anteile:

1951:	4 %
1959:	5,4 %
1963:	6,1 % (Schulbücher nicht mitgerechnet)

Ich habe diese Zahlen sehr verkürzt, weil sie nur in größerem Zusammenhang, vielleicht im Vergleich zur Gegenwart, aussagefähig werden könnten. Des weiteren fand ich eine Bibliographie des Börsenvereins bzw. der Deutschen Bibliothek, Frankfurt, aus dem Jahre 1950: „Deutsche Zeitschriften 1945–1949“². Was enthält sie zur Ge- schichtswissenschaft?

Hier gibt es fast nur Fachzeitschriften, aber es gibt auch solche, die eine gewisse Öf- fentlichkeits-Wirksamkeit anzustreben scheinen. Der Krieg war zu Ende, und in den nächsten Jahren begannen die alten Zeitschriften langsam wieder zu erscheinen:

Die Historische Zeitschrift erscheint mit Band 169 wieder im Jahr 1949.

Das Historische Jahrbuch der Görres-Gesellschaft erscheint wieder 1949.

¹ Buch und Buchhandel in Zahlen, hrsg. vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Frankfurt a. M., ab 1951 jährlich).

² Deutsche Zeitschriften 1945–1949. Im Auftrag des Börsenvereins deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände ausgewählt und herausgegeben von der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main (Frankfurt/M., Buchhändler-Vereinigung 1950). Interessant sind auch: Geschichte und Zeitgeschichte. Eine Ausstellung von 500 Büchern, Zeitschriften und Karten aus der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. XI. Internationaler Kongreß für Geschichtswissenschaft in Stockholm 21.–28. August 1960, hrsg. vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. (Frankfurt/M. 1960). – Weltausstellung Brüssel 1958. Bibliothek eines geistig interessierten Deutschen, hrsg. vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. (Frankfurt/M. 1958), Redaktion: Prof. Dr. Hanns W. Eppelsheimer.

„Der Islam“ erscheint mit Band 27 schon wieder 1946. Die Zeitschrift der „Deutschen Morgenländischen Gesellschaft“: Band 99: 1949.

Die Orientalistik ist hier besonders stark vertreten.

An den neuen Zeitschriften, die damals begründet wurden, meist aber nach einiger Zeit wieder aufgegeben werden mußten, kann man die Bemühung um einen politisch-kulturellen Neubeginn vermuten³:

Föderalistische Hefte, Historisch-Politische Zeitschrift, herausgegeben von Walter Ferber. 1. Jahrgang 1948. Konstanz, Merk.

Kulturarbeit: Monatsschrift für Kultur und Heimatpflege. Herausgegeben von Friedrich Ahlers-Hestermann, Karl Bauer, Otto Benecke. 1. Jahrgang 1949. Stuttgart, Kohlhammer.

Im Bereich der Altertumskunde und der Historischen Hilfswissenschaften waren 15 alte Zeitschriften bald wieder da. Die Titel reichen von „Gnomon“ bis „Hamburg“ und

Westfalen. Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde, herausgegeben vom Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalen. Herausgegeben von Anton Eitel und Alois Fuchs. Münster, Regensberg. Band 97: 1947.

Im Bereich der Landesgeschichte und der regionalen Geschichtsvereine erscheinen die alten Zeitschriften also bald wieder, ebenso im Bereich der Heimat- und Volkskunde. An diesen Zeitschriften zeigt sich ein ganz bestimmtes Geschichtsinteresse. Man sollte es einmal inhaltlich untersuchen, besonders hinsichtlich der Frage von Kontinuität und Neubeginn.

Eine genaue Prüfung ergibt: Dieses Zeitschriften-Verzeichnis enthält nur Zeitschriften, die sich auf ein eng begrenztes Fach-Interesse beziehen. Diese fachlich interessierten Gruppen haben die Katastrophe überdauert. Für die Frage nach den Interessen einer weiteren Öffentlichkeit gibt dieses Verzeichnis nichts her. Doch für die Seite der Verlage kann man etwas daran erkennen: Verlage müssen wirtschaftlich denken und Risiken tragen. Eine Zeitschrift wie etwa

Germania. Anzeiger der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts. Berlin, de Gruyter,

birgt kein besonderes Risiko. Der Verlag kann daran allerdings auch kaum verdienen.

Heft 1/2 des 27. Jahrgangs erschien 1943. Mit Heft 3/4 desselben Jahrgangs wurde die Zeitschrift 1949 fortgesetzt.

Ich möchte hier auf einen wichtigen Gesichtspunkt in der Verlagsarbeit hinweisen: Die Römisch-Germanische Kommission des Deutschen Archäologischen Institutes ist ein vornehmer Partner, und ihre Werke erscheinen nur in angesehenen Verlagen. So ist es auch hier. Die Pflege des Ansehens ist für die Verlage eine zentrale Aufgabe. Die Bedeutung dieses Begriffes kann kaum hoch genug veranschlagt werden. Wissen-

³ Im Jahrbuch der Historischen Forschung 1984 ist unter Nr. 9240 eine Habilitationsschrift zu diesem Thema angekündigt: Ingrid Laurien, Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949 (Göttingen, Historisches Seminar).

schaftliche Institutionen geben ihre Veröffentlichungen denjenigen Verlagen, die ihrer Meinung nach Ansehen haben und bei denen sie sich gut betreut fühlen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Pflege von Beziehungen eine der wichtigsten Aufgaben von Verlagen. Sie liegt meistens in den Händen der Lektoren oder wie immer die Angehörigen dieses Berufsfeldes sich nennen. Zu Prominenten, Institutsdirektoren, Präsidenten u.a.m. behalten sich die Verleger meist persönlich die Beziehung vor. In der Sache aber kommt es auf die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter an, der die Vorgänge im einzelnen kennt. Oft fallen Entscheidungen de facto auf der Ebene der Mitarbeiter und der Lektoren; de jure werden sie dann vom Präsidenten und vom Verleger vollzogen.

Solche Lektoren sind quasi Kollegen der Autoren, mit denen sie zusammenarbeiten. Sie müssen die „Sprache der Wissenschaft“ sprechen können. Sie müssen kaufmännisch, wirtschaftlich denken und arbeiten können. Ihre wichtigste Aufgabe ist, zwischen diesen beiden Welten zu vermitteln.

Wir kommen damit zu der Frage nach dem persönlichen Element in unserem Thema. Es ist wie in der Geschichtswissenschaft: Was bedeutet die geschichtliche Persönlichkeit, was bedeutet die gesellschaftliche Struktur – und wie verhalten sich die beiden Bereiche zueinander? Diese Diskussion könnte man auch bei unserem Thema wieder aufnehmen, wobei die gesellschaftliche Struktur als der Urgrund dessen betrachtet werden könnte, was sich dann als Interesse der Öffentlichkeit äußert.

Wenn ein Verlag Bücher oder eine Zeitschrift plant, nimmt er Bezug auf einen Markt, auf eine Öffentlichkeit, deren Interessen, Bedürfnisse er kennen – oder hervorrufen – muß. Er antwortet sozusagen auf eine Manifestation von gesellschaftlicher Struktur. Er kann dies aber nur, wenn von ihm eine Initiative ausgeht, und diese kommt meistens von einer oder mehreren Personen. Der Verleger, der Lektor (was beides auch Frauen sein können) ergreifen eine persönliche Initiative zu Geschäften, mit denen der Verlag auf gesellschaftliche Strukturen angewiesen ist, auf ein Interesse der Öffentlichkeit. Dieses zu kennen oder durch Marktforschung zu erkunden ist die Voraussetzung des Verlagsgeschäftes. Es kann schon da sein, große Verlage, besonders von Zeitungen, können es aber auch durch ihre Öffentlichkeitsarbeit hervorrufen oder schaffen. Auf jeden Fall: Wenn die Initiative und das Interesse sich begegnen, gibt es gute – wenn sie aneinander vorbeigehen, gibt es schlechte Geschäfte.

Zu diesem Bereich will ich einige persönliche Erfahrungen und Erinnerungen beisteuern.

„Was, du kennst Fratzscher nicht?“ – Ich werde diese Frage meines verstorbenen Freundes Leuschner⁴ nie vergessen. Dr. Arnold Fratzscher war *der* Lektor des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht. Für Historiker verkörperte er diesen Verlag überhaupt. Vor und während des Krieges war er Lektor bei Koehler & Amelang, Leipzig, gewesen. Nun hielt, schuf und förderte er die Beziehungen und die Stellung des geisteswissenschaftlichen Lektorates und Programms von Vandenhoeck & Ruprecht. Er ist der Begründer der Kleinen Vandenhoeck-Reihe, die mit Carl-Friedrich von Weizsäckers

⁴ Dr. Joachim Leuschner, Professor in Hannover, gest. 1978.

„Geschichte der Natur“ einen erfolgreichen Start hatte. Die Veröffentlichungen, die in dieser Reihe in den fraglichen Jahren erschienen sind, wären es wert, für unser Thema untersucht zu werden.

Ich selbst war von 1957 an „Erster Lektor“ im Franz Steiner Verlag, damals Wiesbaden. (Einen zweiten Lektor hatte Steiner nicht.) Ich war ein blutiger Anfänger; meine Verlagserfahrungen und -ausbildung bestanden nur in fünf Jahren Tätigkeit als Lexikonredakteur. So war mir noch nicht klar, was es bedeutet, daß jeder Verlag eine bestimmte, spezielle Struktur hat, so daß außerhalb davon seine Chancen im Markt rasche abnehmen. Dazu ein Beispiel:

Steiner hatte sich weitgehend zu dem Verleger der deutschen Forschungsgemeinschaft gemacht; und als Schatzmeister der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft druckte und vertrieb er deren Publikationen einschließlich der Zeitschrift. Mit den Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz, führte er der von ihm nach Übersiedlung aus der „Ostzone“ gegründeten Druckerei wertvolle Aufträge zu. Meine Aufgabe war, Veröffentlichungen mit Druckkostenzuschüssen in den Verlag hineinzubringen. Ich knüpfte, hielt und betreute die Beziehungen zu Instituten und Autoren.

Ich wünschte mir, daß der Verlag nicht nur druckte, sondern auch verkauft – daß er zu einem Verlag im eigentlichen Sinne entwickelt werden sollte. Bei einem Vortrag lernte ich Matthias Gelzer kennen, der als Emeritus in Frankfurt lebte. Ich regte an, seine Caesar-Biographie, die in mehreren Auflagen ohne wissenschaftliche Anmerkungen vorlag, neu bearbeitet mit wissenschaftlichen Anmerkungen für ein weiteres Publikum herauszubringen⁵. Ich erträumte mir, daß ein sehr günstiger Ladenpreis sich positiv auf den Verkauf auswirken würde. Daß der Verlag kaum fähig war, mit seiner Werbung die für diesen Plan erforderliche weitere Öffentlichkeit anzusprechen – daß außerdem ein Titel kein Programm macht, sondern wie die berühmte Schwalbe wirkt, die noch keinen Sommer bringt – alles das konnte ich noch nicht recht ermessen. Nicht lange dauerte es, bis Dr. Fratzscher mich fragte, wie ich denn nur diesen günstigen Preis für den „Caesar“ hätte kalkulieren können. Kollegen von Gelzer hatten ihn neidvoll darauf angesprochen. Ich hatte also auch noch das Preisgefüge verdorben. Für Steiner freilich bedeutete der Vorstoß mit Gelzers Werk einen Gewinn an Ansehen und Publizität.

In Mainz kam ich mit dem Kirchenhistoriker Martin Schmidt in Verbindung, der an dem historischen Atlas der Kirchengeschichte mitwirkte. Ich versuchte, den Franz Steiner Verlag für dieses Werk ins Spiel zu bringen, und anscheinend teilte Professor Schmidt seinen Mitherausgebern mit, daß dieser Atlas bei Steiner erscheinen solle. Jedenfalls bekam ich kurz darauf einen ärgerlichen Anruf meines Doktorvaters, Professor Heimpel, der mir klarmachte, daß ich in einem fremden Teich gefischt hätte und daß der von ihm in der Historischen Kommission mitbetreute Atlas in einem „richtigen“ Verlag, nämlich bei Vandenhoeck & Ruprecht, erscheinen werde: „Steiner ist doch kein richtiger Verlag!“

⁵ Matthias Gelzer, Caesar. Der Politiker und Staatsmann (Wiesbaden 1960).

Immerhin erschienen in diesem Verlag – und erscheinen bis heute – die „Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz“. Die beiden damaligen Direktoren dieses Institutes, Martin Göhring und Joseph Lortz, gehörten zu meinen wichtigsten Gesprächspartnern. Göhring arbeitete an dem Manuskript einer deutschen Geschichte von 1890 bis 1945, das für eine weitere Öffentlichkeit bestimmt war. Für mich stand fest, daß dieses Buch zu Steiner gehörte, wo Göhring auch die Reihe herausgab. Der stärkste Mitbewerber um das Manuskript war der Göttinger Verlag Musterschmidt. In langen Gesprächen mit Professor Göhring, an denen die mir gutbekannten Stipendiaten und sein Assistent – das war Ernst Schulin – teilnahmen, gelang es mir, das Manuskript zu Steiner zu ziehen, wo es unter dem Titel „Bismarcks Erben“ erschien⁶, der im Kreise der Stipendiaten intensiv diskutiert worden war. Das Buch machte seinen Weg und erreichte im Franz Steiner Verlag zwei Auflagen.

Der Sohn des Verlegers, Dr. Claus Steiner, unterstützte meine Bemühungen, den Verlag zu einem „richtigen Verlag“ zu entwickeln. Auf seine Anregung hin versuchte ich es auch mit Übersetzungen. So kam ich an das Buch „The Destruction of the European Jews“ von Raoul Hilberg. Es war mir sofort klar, daß es sich um ein sehr wichtiges Werk handelte. Aber hier reichte nun die persönliche Initiative nicht aus. Erfahrungen hätten hinzukommen müssen, ich hätte wissen müssen, an wen ich mich mit diesem Plan wenden konnte. Wahrscheinlich hätten die entsprechenden öffentlichen Gelder beschafft werden können. Solche Verbindungen aber hatte ich nicht, und die Deutsche Forschungsgemeinschaft gibt für Übersetzungen keine Beihilfen. Der Plan blieb stecken, und dieses wichtige Buch ist erst 1982 im Verlag Olle & Wolter, Berlin, in deutscher Sprache erschienen. Ob das Geschichtsinteresse der Öffentlichkeit in dieser Richtung aber seitdem größer geworden ist, möchte ich bezweifeln.

Im Jahre 1963 übertrug mir Ernst Klett die Leitung seiner Redaktion für Geschichte, zu der dann auch Erdkunde und Politische Bildung gehörten. Klett plante eine „Encyclopaedia Medii Aevi“; mit der Reihe „Industrielle Welt“, herausgegeben von Werner Conze, hatte er einen guten Ansatz für ein geschichtswissenschaftliches Programm. Zu meinen Aufgaben gehörte die Betreuung der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“.

Die Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer hatte vor dem Krieg den Titel „Vergangenheit und Gegenwart“ gehabt. Auf dem ersten Historikerkongreß nach dem Zweiten Weltkrieg in München wurde am 15. September 1949 der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands unter dem Vorsitz von Gerhard Bonwetsch wieder begründet. Dr. Bonwetsch stand aus früheren Jahren mit dem für Geschichtsbücher zuständigen Redaktionsleiter des Verlages Teubner, Leipzig, in Verbindung: Dr. Gerhard Aengeneyndt. Dieser war nach dem Krieg mit anderen Redaktionsleitern nach Westdeutschland gegangen. Er fand zunächst eine Arbeitsmöglichkeit bei dem damals noch kleinen Verlag Burda in Offenburg, welcher dort den „Lehrmittel-Verlag“ begründete. Der Geschichtsunterricht war dasjenige Fach, welches in allen Besatzungszonen und besonders in der französischen Zone mit großem Mißtrauen betrachtet und erst nach einiger Zeit wieder zugelassen wurde. Diese Probleme haben mögli-

⁶ Martin Göhring, Bismarcks Erben. 1890–1945 (Wiesbaden 1959).

cherweise dazu beigetragen, daß Dr. Aengeneyndt sich bemühte, zu Klett nach Stuttgart in die amerikanische Zone zu kommen, wo sich bereits zwei Kollegen von ihm befanden.

Noch im Lehrmittelverlag in Offenburg erschien 1950 der erste Jahrgang der neuen Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Während ihres dritten Jahrgangs ging sie an den Ernst Klett Verlag über.

Diese wichtige Zeitschrift wurde begründet und herausgegeben von Dr. Felix Messerschmid und dem Privatdozenten Karl Dietrich Erdmann. Durch diese Zeitschrift wurden und werden vorwiegend die Geschichtslehrer angesprochen. Ihre regelmäßigen Literaturberichte, die von Anfang an von ausgewiesenen Historikern betreut wurden, geben einen ständigen guten Überblick über die Forschung.

Percy E. Schramm betreute den Bericht über das Mittelalter; Hermann Heimpel den Bericht über Renaissance und Reformation; Erdmann selbst schrieb über die neueste Geschichte, Herbert Franke über Ostasien, Peter Rassow über Geschichtsphilosophie, Theodor Schieder über „Politische Ideengeschichte“; und der spätere Göttinger Oberstudiendirektor Hermann Körner bearbeitete den Bericht über Lehr- und Lernmittel. Damals standen sich, wie man sieht, Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht sehr nahe⁷. Damit gab es im Ernst Klett Verlag sehr gute Ansätze, für die Öffentlichkeit des Faches und darüber hinaus für die etwas weitere Öffentlichkeit der Geschichtslehrer ein Verlagsprogramm aufzubauen. Die Eigengesetzlichkeit des Verlages, der sich in Nachfolge des Verlages Teubner zu einem führenden Schulbuchverlag entwickelte, brachte es aber mit sich, daß meine Tätigkeit sich auf die Produktion von Schulbüchern konzentrierte. Meine erste Aufgabe war, eine Neubearbeitung des bis dahin erfolgreichsten und langlebigsten geschichtlichen Unterrichtswerkes herauszubringen, das es je in einem deutschen Schulbuchverlag gegeben hat:

Unter der Herausgeberschaft des Frankfurter Oberstudiendirektors Dr. Hermann Pinnow erschien das „Geschichtliche Unterrichtswerk für die Mittelklassen“. Pinnow, der noch bis in die 70er Jahre hochbetagt in Frankfurt lebte, erzählte mir, daß er etwa 1926 mit dem Entwurf eines Schulbuches für Geschichte zu dem Verlag Diesterweg gegangen sei. Da er dort längere Zeit vergeblich auf Antwort wartete, wendete er sich inzwischen an Teubner in Leipzig. Dort griff Dr. Aengeneyndt Pinnows Idee mit Verve auf, und so erschien dieses Unterrichtswerk, von dessen vier Bänden jeder von einem oder zwei Autoren bearbeitet wurde, Ende der 20er Jahre. Bei der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden in die verschiedenen Bände, die nicht sofort umgearbeitet werden konnten, „Ergänzungsbogen“ eingelegt, in denen diejenigen Interpretationen nachgeliefert wurden, die der Nationalsozialismus verlangte.

Nachdem die Besatzungsmächte den Geschichtsunterricht nach und nach wieder zugelassen hatten, konnte Dr. Aengeneyndt von Stuttgart aus dieses Werk wieder in

⁷ Vgl. dazu u.a.: Erich Weniger, Neue Wege im Geschichtsunterricht. Mit Beiträgen von Hermann Heimpel und Hermann Körner (Frankfurt/M. 1949) 106 Seiten. – Karl Friedrich Müller, Historische Bibliographie 1945–1949, in: GWU 1 (1950) 54 ff., 124 ff. Hier sind auch die Verlage genannt, deren Namen leider für gewöhnlich nicht aufgeführt werden.

Gang setzen. Es wurde zum Teil von denselben Autoren wie vor dem Krieg bearbeitet. Für das Mittelalter war Dr. Karl Krüger, Detmold, zuständig; die Neuzeit bearbeitete Oberstudiendirektor Dr. Fritz Textor, Ennepetal. Bis Ende der 60er Jahre wurde dieses Werk mit größtem Erfolg in der Bundesrepublik verkauft.

Abgesehen von geringfügigen Akzentverschiebungen hatte sich an diesem Werk zwischen 1930 und 1960 anscheinend nichts Grundsätzliches geändert. Die Geschichte wurde freilich auf die Gegenwart hin sozusagen immer länger. Dafür mußten andere Teile entsprechend gekürzt werden. Die Lehrpläne gaben im wesentlichen nur an, welche Zeiträume in welchen Klassenstufen zu behandeln waren. Da nur wenig inhaltliche Akzente gesetzt wurden, war es durchaus möglich, mit einem Unterrichtswerk die Schulen in vielen Bundesländern anzusprechen⁸.

Dieses „Geschichtliche Unterrichtswerk für die Mittelklassen“ und natürlich auch die in Konkurrenz dazu stehenden gleichzeitigen Geschichtsbücher verdienten sehr wohl eine genauere Untersuchung unter den Gesichtspunkten unseres Themas. Welche Äußerungen der Öffentlichkeit schlugen sich so in den Lehrplänen nieder, daß die Geschichtsbücher für die Mittelstufe der Gymnasien und auch für die Realschulen bis in die Mitte der 60er Jahre im Grunde nicht geändert zu werden brauchten? Mir scheint, daß der Erfolg des Werkes darin begründet war, daß die Autoren es verstanden, sozusagen eine Mitte-Rechts-Position weiter zu vertreten, die bereits in der Weimarer Zeit bei den Gymnasiallehrern weit verbreitet gewesen ist. Es wundert mich nicht, daß es schwer war, mit solchen Büchern bei Schülern das Interesse an Geschichte zu wecken. Das Thema der Geschichtsdidaktik allerdings überschreitet das gegenwärtige Referat. Interessant ist vielleicht nur, daß der Versuch, Werner Conze als Autor für den vierten Band heranzuziehen, am Widerstand der Autoren scheiterte.

Erst am Ende des hier zu betrachtenden Zeitraumes änderten sich die politischen Verhältnisse und die gesellschaftlichen Strukturen, auf denen die Lehrpläne beruhten. Ich lernte das Interesse der Öffentlichkeit an Geschichte, wie es mir in den Lehrplänen entgegenkam, als ein nach den verschiedensten Seiten hin manipuliertes kennen. Aber auch die Frage nach der politischen Einflußnahme auf den Geschichtsunterricht war nicht neu. In einem Aufsatz von Erich Weniger im zweiten Jahrgang von GWU, 1951, über Didaktik und Methodik des Geschichtsunterrichts wird dieser Einfluß bereits deutlich vorausgesetzt. Ein Problem ist daraus aber erst durch die politische Polarisierung der letzten zwanzig Jahre geworden.

⁸ Material über Schul-Geschichtsbücher ist in jeder Hinsicht am besten zu bekommen im Georg-Eckert-Institut, Braunschweig – Bericht darüber im Jahrbuch der Historischen Forschung, 1984. Auch das Institut für Bildungsmedien, Zeppelinallee 33, 6000 Frankfurt 90, stellt auf Wunsch bibliographische Hinweise zur Verfügung.

II. Altertum und Mittelalter

Reinhold Bichler

Neuorientierung in der Alten Geschichte?

1. Ein Rückblick vom ‚Zusammenbruch‘ auf den ‚Umbruch‘ und auf dessen Konsequenzen für die deutsche Althistorie

Das Jahr 1945 setzte sich im Bewußtsein vieler Angehöriger des ehemaligen Großdeutschen Reichs als Ära des ‚Zusammenbruchs‘ fest. Da klingen Neubeginn und Wiederaufbau schon an. Und leicht gerät die Erinnerung an damals erlittene Entbehrungen zum Garanten jenes mythischen Bildes von der Wiedergeburt einer reinen kulturell-geistigen Identität aus Asche und Ruinen. Doch wie steht es bei genauerem Hinsehen um Traditionsbuch und Neubeginn des geisteswissenschaftlichen Betriebs jener Zeit, die dem Zusammenbruch folgte? Wie steht es speziell um das damalige Selbstverständnis unserer Disziplin? War es nicht vielmehr von Tradition und Kontinuität bestimmt?

Wollen wir diese Frage mit geschärften Sinnen ergründen, so muß zunächst auch des ‚Umbruchs‘, muß des machtvollen Einsetzens jener Ära gedacht werden, die 1945 zusammenbrach. „Säuberungen“, die ihre Opfer in Emigration oder in Konzentrationslager trieben, hatten den Lehrkörper der dem Deutschen Reich zugehörigen Universitäten beträchtlich verändert. Fünf von 23 Ordinarien für Alte Geschichte im nachmaligen Altreich, drei weitere in Österreich und der Tschechei, dazu eine Reihe von Dozenten, Extraordinarien und natürlich Studenten wurden Opfer des rassistisch-politischen Sauberkeitswahns (Tabelle 1).

Mit diesen Männern verband sich in allererster Linie ein großes Stück jener Tradition exakter historischer Dokumentation, die sich in präziser Quellenkritik, im Spezialistentum auf dem Felde von Epigraphik, Numismatik und Papyrologie, in prosopographischer Analyse und im Sichten von Realien des Rechts- und Verwaltungsliebens manifestiert¹. Das Aufrücken des arischen Nachwuchses brachte hier kaum den ge-

¹ Über Werk und Person der betroffenen Gelehrten orientieren vor allem *Karl Christ*, Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft (München 1982) 164ff. (im folgenden zitiert: *Christ*, Geschichtswissenschaft) und *Volker Losemann*, Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945 (Hamburg 1977 = Historische Perspektiven 7) 30ff. (im folgenden zitiert: *Losemann*, Nationalsozialismus).

Tabelle 1 Opfer der NS-,Säuberungen¹

Kiel	
Hamburg	
Göttingen	
Münster	F. Münzer 1935
Köln	J. Hasebroek 1938
Bonn	
Marburg	
Gießen	F. Heichelheim 1933
Frankfurt	
Würzburg	
Erlangen	
München	
Heidelberg	E. Taeubler 1933
Tübingen	
Freiburg	
Berlin	aP A. Rosenberg / aP E. Stein / PD E. Bickermann 1933 stud. H. G. Pflaum
Greifswald	
Rostock	
Halle	R. Laqueur 1936 PD C. E. Bosch
Leipzig	
Jena	
Breslau	
Königsberg	
Wien	aP E. Groag
Graz	F. Schehl 1938/9
Innsbruck	
Prag	V. Ehrenberg / A. Stein 1939

wünschten Effekt hochschulpolitischen Wandels hin zu neuen – spezifisch nazistischen – Inhalten. Vielmehr galten für das fachliche Selbstverständnis der allermeisten Forscher, also nicht nur jener, die sich angesichts der nationalsozialistischen Aufbruchsstimmung bewußt zurückhielten, weiterhin das Spezialistentum und der fachliche Standard, wie sie die großen Forschungsschulen des 19. Jahrhunderts entfaltet hatten, als vorbildlich.

Gleichwohl zogen die Säuberungsaktionen nachhaltig wirksame thematische Veränderungen für den althistorischen Forschungsbetrieb nach sich. Im wachsenden Dilemma, gegenüber der antisemitischen Propaganda eine jüdisch-deutsche Doppelidentität verteidigen zu müssen, hatte sich gerade jüdischen Forschern eine Thematik angeboten, die sie die eigene Situation kritisch reflektieren ließ: die Lage des antiken Judentums zwischen Assimilation an die hellenistisch-kaiserzeitliche Kultur und Selbstfindung im Rekurs auf jüdische Orthodoxie². Es ist ebenso auffällig wie bedauerlich, daß die Geschichte des antiken Judentums – sie war im übrigen kein Monopol

² Einschlägige Arbeiten schufen vor allem Elias Bickermann und Eugen Taeubler. Aber auch Richard Laqueur ist hier unbedingt zu nennen. Vgl. zu ihnen *Christ* und *Losemann loc. cit.*

jüdischer Gelehrter! – innerhalb der deutschen Althistorie mit der NS-Ära fast völlig aus ihr verschwand und in der Folge zur Domäne von Judaistik und der Wissenschaft vom Alten und Neuen Testament geriet.

Eine Zäsur brachte die besagte Säuberungswelle auch auf einem anderen Terrain: Entwicklungsstand und gesamtgeschichtliche Relevanz der antiken Wirtschaft zu erforschen, zählte nicht gerade zu den Vorzugsthemen der neben der Grundlagenforschung so stark auf Staatswesen und Geistesleben konzentrierten geschichtswissenschaftlichen Tradition. Mit Fritz Heichelheim und Johannes Hasebroek verloren nun just zwei Persönlichkeiten ihren Lehrstuhl, die sich gerade auf diesem so gemiedenen Felde mit recht konträren, in ihrer Radikalität stimulierenden Werken einen Namen gemacht hatten. Daß ihr Einfluß auch nach 1945 ziemlich gering blieb, sollte zu denken geben.

Auch an Breite und Vielfalt ihres aktuellen politischen Spektrums und ihrer historischen Kategorien erlitt die deutsche Althistorie durch die NS-Säuberungen schmerzliche Einbußen. Couragierte auch unter widrigsten Umständen verfochtene jüdische Selbstbehauptung wie bei Eugen Taeubler, Engagement für den Sozialismus wie bei Arthur Rosenberg (der von 1924 bis 1927 sogar als kommunistischer Abgeordneter im Deutschen Reichstag wirkte), glühender Pazifismus wie bei Ernst Stein, ... solche Phänomene zählten gewiß nicht zum Standardbild des deutschen Althistorikers, in das sich der überzeugte Deutschnationale Richard Laqueur und der liberale Großbürger Victor Ehrenberg, beide genauso zur Emigration gezwungen wie die zuvor genannten Gelehrten, viel besser gefügt hatten. – Diese Verengung des weltanschaulichen Meinungspotentials innerhalb der deutschen Althistorie wirkte sich noch tief in die Nachkriegszeit hinein aus. Ihr haben wir uns nun endgültig zuzuwenden, wobei sich die Frage stellt, ob der ‚Zusammenbruch‘ für die Geschichte unserer Disziplin überhaupt jene tiefe Zäsur darstellt, die wir vielleicht erwarten.

2. Die Auswirkung des ‚Zusammenbruchs‘ und die Neuformation der deutschen Althistorie nach 1945, vor allem in der Bundesrepublik, dargestellt unter prosopographischem Aspekt

Zunächst soll uns der Eindruck leiten, den eine Analyse der Personalsituation auf den althistorischen Lehrstühlen der Jahre nach 1945 vermitteln kann. Er ist aufschlußreich genug (vgl. Tabelle 2).

Der Raum, in dem sich deutsche Altertumswissenschaft breitmacht hatte, verengte sich drastisch. Allein schon durch die Kriegsfolgen bedingt, wurden die traditionellen Lehrstühle in Breslau und Königsberg wie an der Deutschen Universität in Prag obsolet. Alfred Heuß und Kurt Stade waren in den erstgenannten Fällen die Betroffenen. In Prag hatte sich die Spur von Willy Hüttl schon vor 1945 verloren³. Die

³ Losemann, Nationalsozialismus, 210, zitiert als letzte Quelle das Prager Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1942/43, S. 43.

Tabelle 2: Lehrstuhlverlust und Traditionsbuch nach 1945

Kiel	1941–1946 Vakanz nach P. L. Strack (gefallen); Nachfolge H. Nesselhauf
Hamburg	Konstanz durch H. Rudolph
Göttingen	Konstanz durch U. Kahrstedt
Münster	Konstanz durch H. E. Stier
Köln	Konstanz durch L. Wickert
Bonn	Konstanz durch F. Oertel
Marburg	Entnazifizierungsprobleme 1945/49 für F. Taeger, Ordinarius 1935–1960
Gießen	F. Hampl 1942–1945 (nur nominell); Vakanz 1945–1962; Neubesetzung: W. Hoffmann
Frankfurt	Konstanz durch M. Gelzer
Würzburg	Konstanz durch W. Ensslin
Erlangen	Konstanz durch J. Straub
München	Lehrstuhlverlust für H. Berve; Vakanz 1946–1948; Nachfolge: A. Schenk v. Stauffenberg
Heidelberg	Konstanz durch H. Schaefer
Tübingen	Vakanz 1944–1946 durch Berufung v. J. Vogt nach Freiburg; Besetzung durch J. Vogt 1940–1944 und 1946–1962
Freiburg	1944/46 J. Vogt; Vakanz bis 1948; Nachfolge H. Nesselhauf
Berlin	Lehrstuhlverlust für W. Weber (1932–1945) Neubesetzung FU Berlin: F. Altheim 1950–1965 Neubesetzung Humboldt-Universität: E. Hohl 1949–1953
Greifswald	Lehrstuhlverlust für H. Volkmann (1937–1941/5) – Emigration 1949
Rostock	Kontinuität durch E. Hohl 1919–1949; Vakanz durch dessen Ruf nach Berlin
Halle	Kontinuität durch F. Altheim 1938–1950; 1950 Emigration nach West-Berlin; kommissarische Leitung durch W. Peek 1951–1958
Leipzig	Vakanz nach H. Berve (1927–1943); Nachfolge W. Schubart 1946–1952 Kontinuität durch a.P. O. Th. Schulz (1921–1953); Emigration PD Thierfelder 1958
Jena	Lehrstuhlverlust für H. Bengtson (1942–1945); Nachfolge V. Burr 1946/47 – Emigration 1947 nach Tübingen
Breslau	Lehrstuhlverlust für A. Heuß (1941–1945)
Königsberg	Lehrstuhlverlust für K. Stade (1941–1945)
Posen	Lehrstuhlverlust für F. Vittinghoff (1942–1945)
Straßburg	Lehrstuhlverlust; A. Schenk v. Stauffenberg 1942–1944; Vakanz 1944/45
Prag	Lehrstuhlverlust (2 Lehrkanzeln); W. Hüttl a.P. 1941/43
Wien	Kontinuität durch J. Keil 1935–1950; Nachfolge F. Schachermeyr Lehrstuhlverlust für R. Egger (1929–1945); Nachfolge A. Betz ab 1948 (bzw. 46)
Graz	Lehrstuhlverlust für F. Schachermeyr (1940–1945); Nachfolge E. Swoboda ab 1946 Lehrstuhlverlust für B. Saria (1942–1945/6); Lehrkanzel II kassiert
Innsbruck	Lehrstuhlverlust für F. Miltner (1933–1945); Nachfolge F. Hampl ab 1947

neuerrichtete Professur in Posen, die 1943 mit Friedrich Vittinghoff besetzt wurde, blieb Episode. Und die nach dem Frankreichfeldzug 1941 wieder etablierte deutsche Straßburger Lehrkanzel war schon vakant, seitdem der Ordinarius, Alexander Schenk Graf von Stauffenberg, der Bruder des Widerstandshelden vom 20. Juli, seinen Leidensweg durch Gefängnisse und Konzentrationslager gehen mußte⁴. Daß in all den

⁴ Paul L. Strack, der zunächst den Ruf auf die Straßburger Lehrkanzel erhalten hatte, war bereits am 4.8.1941 gefallen. Vgl. den Nachruf von Fritz Taeger, in: Gnomon 18 (1942) 58f. 1942 übernahm Schenk v. Stauffenberg diese Stelle. Zu dessen Schicksal vgl. u.a. Siegfried Lauffer, in: Gnomon 36 (1964) 845–847.

genannten Universitätsorten die deutsche althistorische Tradition abriß, braucht nicht betont zu werden.

Komplizierter nimmt sich die Situation auf dem Gebiete der SBZ respektive der nachmaligen DDR aus. Hier brachen 1945 nicht alle Fäden der Kontinuität. Zwar verloren Hans Volkmann in Greifswald und Hermann Bengtson in Jena ihre Position, die schon durch die Kriegszeit in Mitleidenschaft gezogen gewesen war. Auch blieb die anschließende Wahrnehmung des Jenaer Lehrstuhls durch Viktor Burr ein kurzes, nur von 1946 bis 1947 währendes Nachspiel⁵. Hingegen bürgte in Rostock Ernst Hohl die erste Nachkriegszeit hindurch für Kontinuität in Lehre und Forschung⁶. Er folgte aber bereits 1950 dem Ruf auf die neueröffnete Humboldt-Universität im Osten Berlins und wirkte dort auch bis zu seiner Emeritierung i.J. 1953. Franz Altheim lehrte in Halle nach der Neueröffnung der Universität i.J. 1946 zunächst weiter, verließ aber die Stadt dann, um sich im Westen Berlins der Freien Universität zuzuwenden, wo er bis 1965 das althistorische Ordinariat bekleidete. Mit Werner Peek, der seit 1951 den gräzistischen Lehrstuhl in Halle innehatte, leitete freilich weiterhin ein Repräsentant der alten Ära wenigstens kommissarisch die Abteilung für Alte Geschichte in Halle, und zwar bis 1958. Ähnlich stand auch in Ostberlin im Bereich der Akademie die althistorische Forschung unter der Leitung von Philologen ‚bürgerlicher‘ Provenienz, während die althistorische Universitätstradition in Ostberlin nach Hohls Emeritierung für längere Zeit an Bedeutung einbüßte⁷. In Leipzig schließlich, wo Helmut Berves Lehrstuhl seit 1943, seit Berves Abgang nach München, leerstand, wahrt der altgediente außerordentliche Professor Otto Theodor Schulz bis zu seiner Emeritierung i.J. 1953 die Lehrkontinuität. Auch der Papyrologe Wilhelm Schubart, der nach der Wiedereröffnung der Universität bis zur Emeritierung 1952 das Ordinariat für Alte Geschichte ausfüllte, setzte jene Tradition sachlich-gediegener Arbeit fort, die

⁵ Bei Albrecht Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der SBZ seit 1945 (Bonn 1961) 135–137 (tabellarische Übersicht) figuriert die Tätigkeit Burrs in Jena nicht. Vgl. hingegen Wolfgang Weber, Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970 (Frankfurt/M.–Bern–New York 1984 = Europäische Hochschulschriften R 3, Bd. 216) Tabelle S. 572 (zitiert im folgenden: Weber, Priester der Klio). Zu Burrs Werdegang generell siehe den Nachruf von Hans Herter, in: *Gnomon* 48 (1976) 317–320.

⁶ Eine Lehrtätigkeit auf der Professur zu Jena durch Ernst Hohl figuriert bei Weber, Priester der Klio, 557 für 1947–1949; dementsprechend läßt Weber Hohls Rostocker Lehrtätigkeit 1947 enden. Vgl. auch Wolfgang Weber, Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber für Geschichte von den Anfängen des Faches bis 1970 (Frankfurt/M.–Bern–New York 1984) 255 (zitiert im folgenden: Weber, Lexikon). Vgl. dagegen die Tabelle bei Timm, Geschichte in der SBZ, 137, der seine Rostocker Jahre bis 1949 ansetzt. Dem entspricht die Personalnachricht im *Gnomon* 21 (1949) 186; vgl. auch den Nachruf bei Matthias Gelzer, in: *Gnomon* 29 (1957) 398–400. Eine analoge Information danke ich dem Rostocker Altphilologen Werner Krenkel.

⁷ Vgl. dazu Alexander Demandt, Alte Geschichte an der Berliner Universität 1810–1960, in: Berlin und die Antike, hrsg. v. W. Arenhövel – C. Schreiber (Berlin 1979) 69–97, 93 f.

auch im offiziellen Gedenken der DDR-Kollegen als wertvolle Tradition humanistischer bürgerlicher Wissenschaft geschätzt wurde⁸.

Der tiefe Riß im Bilde der deutschen Althistorie, wie überhaupt der deutschen Geisteswissenschaft, der den Spuren des Eisernen Vorhangs folgte, ließ sich also von den Zeitgenossen der ersten Nachkriegsjahre bei weitem noch nicht so klar wahrnehmen, wie es uns die Retrospektive suggeriert. Vielmehr ließ sich eine Zeitlang durchaus noch die Hoffnung nähren, es käme nicht zur fundamentalen Abspaltung zweier deutscher Wissenschaftsauffassungen und im weiteren zweier Grundformationen des historischen und geschichtswissenschaftlichen Bewußtseins. Doch die weltpolitische Entwicklung signalisierte bald die künftigen Tendenzen zur Separation. Gegen die Mitte der 50er Jahre konstatieren wir dann in der DDR die entscheidende Zäsur der universitären Lehr- und Forschungsusancen. Sozialistisch geschulter Nachwuchs formierte nun zunehmend den Grundstock für eine Generationsablösung. Mit ihr setzte ein Abkoppelungsprozeß vom historisch-politischen Bewußtsein der jungen Bundesrepublik ein, der zugleich in einer mehrfach erfolgten Umstrukturierung des Universitäts- und Forschungsbetriebs seine Verankerung fand⁹. Daß seit dieser Zeit die großen politischen Klimaschwankungen von Eiszeit und Tauwetter, von Kaltem Krieg, friedlicher Koexistenz und Entspannung auch das Kooperationsverhältnis innerhalb der deutschsprachigen Forschung in Ost und West nachdrücklich bestimmen, mußte ja nicht nur die Althistorie erfahren.

Fortan bildete das Verhältnis zur DDR ein nicht zu vernachlässigendes Stück Identität im Bewußtsein der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft, deren führende Vertreter sich nach wie vor aus der alten Garde rekrutierten. Die ersten zwei Nachkriegsdezennien hindurch prägten vor 1945 habilitierte und zumeist auf Lehrkanzeln tätige Forscher die Lehre und den Wissenschaftsbetrieb. Zu ihnen stieß das Gros der aus dem Osten vertriebenen oder geflüchteten Kollegen, die nach nicht gerade fetten Jahren in Schul- und Bibliotheksdienst als Honorar- und außerplanmäßige Professoren sukzessive wieder in den Ordinarienstand, nun der Bundesrepublik, integriert wurden. Von einem Generationswechsel kann erst ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre gesprochen werden.

⁸ Vgl. zu den Verhältnissen in Halle Heinz Schulz-Falkenthal, Zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte an der Universität Halle, in: WZ Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 10 (1961) 915–926; zu den Verhältnissen in Leipzig Gerhard Schrot, Forschung und Lehre zur Alten Geschichte an der Universität Leipzig, in: WZ Karl-Marx-Universität Leipzig 8 (1958/9) 323–337. – Werner Mägdefrau, Zum Kampf um eine neue Geschichtswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: WZ Friedrich-Schiller-Universität Jena 1 (1966) 63–77, gibt in unserem Zusammenhang nichts her.

⁹ Vgl. zur weiteren Entwicklung der DDR-Althistorie besonders Christ, Geschichtswissenschaft, 311–330, der hier mehr gibt als nur einen forschungsgeschichtlichen Abriß, die Römische Geschichte in der DDR betreffend. – Eine Auflistung von Althistorikern, die aus der SBZ bzw. DDR emigrierten, bietet Christ, Geschichte des Altertums, Wissenschaftsgeschichte und Ideologiekritik, in: Christ, Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte III: Wissenschaftsgeschichte (Darmstadt 1983) 228–243, insb. 241.

An dieser bereits durch die betreffenden Personen garantierten Kontinuität althistorischer Forschung und Lehre hatten auch die in ihren Standards ohnehin so fragwürdigen Entnazifizierungsverfahren nichts geändert, betrafen sie doch nur sehr wenige Gelehrte längerfristig¹⁰.

Der Berliner Ordinarius Wilhelm Weber, ein engagierter Verfechter des Nationalsozialismus, dessen begeisternde Wertschätzung charismatischer Führungspersönlichkeiten in der Geschichte ihn selbst wie nicht wenige seiner so zahlreichen Hörer auf den Kurs des Führers eingeschworen hatte, durfte seine Professur nach 1945 nicht mehr ausüben. Vergeblich hoffte er bis zu seinem Tode i.J. 1948 auf neue Berufungschancen¹¹. Für längere Jahre verlor auch Helmut Berve, zuletzt in München als Nachfolger seines Lehrers Walter Otto wirksam, seine Lehrposition. 1954 führte ihn aber dann der Ruf nach Erlangen zu einer zweiten Blütephase seiner Lehr- und Forschungstätigkeit. Mit Weber zählte er zu den prominenten Althistorikern im nationalsozialistischen Deutschland und ließ es nicht an Bekenntniswillen fehlen¹². Er kam auch gerade mit seinem Sparta-Bild den Erwartungen des totalitären Staates ganz besonders entgegen¹³, während er dem Regime hochschulpolitisch keineswegs fügsam genug diente¹⁴. Auch der Weber-Schüler Fritz Taeger in Marburg hatte einige Jahre

¹⁰ Im Blick auf die personelle Situation nach 1945 bietet demgegenüber Österreich den Anschein einer besonders nachhaltigen ‚Entnazifizierung‘. Jedenfalls verloren vier der fünf Inhaber einschlägiger Ordinariate ihre Stelle. Und nur Fritz Schachermeyr, in seinen Schriften wohl bei weitem der radikalste Verfechter nationalsozialistischer Rassenlehre unter den Althistorikern des Großdeutschen Reichs, gewann nach immerhin fast sieben Jahren, die er rückschauend als Gnadenjahre der Armut und der Isolation pries, wieder einen Lehrstuhl, u.z. durch die Nachfolge Josef Keils in Wien. Vgl. dazu *Fritz Schachermeyr, Ein Leben zwischen Wissenschaft und Kunst*, hrsg. v. G. Dobesch – H. Schachermeyr (Wien–Köln–Graz 1984) 169 ff., insb. 172 und 177 ff. – Rudolf Egger in Wien und Franz Miltner in Innsbruck mussten hingegen auf ihre Ordinariate für immer verzichten, konnten sich aber als Ausgräber im Dienste des ÖAI in Österreich und in Ephesos bleibende Meriten schaffen. Balduin Saria schließlich, der von 1942 weg das Grazer Ordinariat für Römische Altertumskunde und Epigraphik bekleidet hatte und 1946 in den Ruhestand versetzt wurde, forschte und publizierte noch geraume Zeit, indes das Ordinariat aufgelassen wurde. – Weder R. Egger, der von 1942–1945 den Wiener Lehrstuhl für Römische Geschichte und Altertumskunde bekleidete, noch B. Saria finden bei *Losemann*, Nationalsozialismus, Erwähnung, was bedauerlich bleibt. Vgl. indes *Weber*, Lexikon, 120f. und 494f.; *Ingomar Weiler*, Der Werdegang des Instituts für Geschichte des Altertums und Altertumskunde an der Karl-Franzens-Universität in Graz, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 58 (1967) 13–21; *G. Dobesch*, Alte Geschichte an der Universität Wien seit 1876, in: Hundert Jahre Institut für Alte Geschichte, Archäologie und Epigraphik der Universität Wien 1876–1976 (Wien 1977 im Selbstverlag des Instituts) 14–23; *Christoph Ulf*, Franz Miltner, in: 100 Jahre Alte Geschichte in Innsbruck. Franz Hampl zum 75. Geburtstag, hrsg. v. R. Bichler (Innsbruck 1985 = Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 13) 47–59.

¹¹ Vgl. dazu *Christ*, Geschichtswissenschaft, 225.

¹² Vgl. besonders *Volker Losemann*, Programme deutscher Althistoriker in der Machtergreifungsphase, in: *Quaderni di storia* 11 (1980) 35–105, insb. 63 ff.

¹³ Diesen Aspekt erörtert *Karl Christ*, Spartaforschung und Spartabild. Eine Einleitung (1983), in: *Sparta*, hrsg. v. K. Christ (Darmstadt 1986 = Wege der Forschung 622) 1–72, insb. 46 ff.

¹⁴ Das stellt *Alfred Heuß* in seinem Nachruf auf den Lehrer für die Historische Zeitschrift heraus: HZ 230 (1980) 779–787.

mit Anfechtungen seiner Position zu kämpfen¹⁵. Daß gerade die – einander übrigens nicht sehr verbundenen – Schulen Webers und Berves zu den Eckpfeilern der Kontinuität der deutschen Althistorie in der Nachkriegs- und Aufbauära zählen, stellt einen signifikanten Aspekt unserer prosopographischen Analyse dar. Zudem wurde Berve das Glück einer zweiten Schulbildung in den 50er Jahren zuteil, was diesen Effekt noch verstärkte (Tabelle 4).

Kontinuität dominiert überhaupt das Bild, das die Besetzung althistorischer Lehrstühle in der nachmaligen Bundesrepublik bietet. Mit Hans Rudolph in Hamburg, Ulrich Kahrstedt in Göttingen, Hans Erich Stier in Münster, Lothar Wickert in Köln, Friedrich Oertel in Bonn, Fritz Taeger in Marburg, Matthias Gelzer in Frankfurt, Wilhelm Ensslin in Würzburg, Johannes Straub in Erlangen und Hans Schaefer in Heidelberg tritt diese nur in einzelnen Fällen durch Phasen der ‚Entnazifizierung‘ gestörte Kontinuität sehr eindrucksvoll vor Augen, betrifft sie doch immerhin 11 von 15 Lehrstühlen, Berlin nicht eingerechnet (vgl. Tabelle 3).

Machen wir im Blick auf die Bruchlinien in der Lehrtradition eine Gegenprobe, so bestätigt sich der gewonnene Eindruck. Sehr kurz blieb die Vakanz des Tübinger Ordinariats. Joseph Vogt, der 1944 dem Ruf nach Freiburg gefolgt war, kehrte bereits 1946 an seine Stammuniversität zurück und wirkte dort über seine Emeritierung i.J. 1962 hinaus noch lange Zeit mit großer Nachhaltigkeit. In Freiburg kam – nach einer Phase der Supplierung durch K. F. Stroheker – 1948 mit Herbert Nesselhauf ein Gelehrter zum Zug, der in der NS-Ära als weltanschaulich zu distanziert keine Chance auf eine Professur hatte¹⁶. Hans Ulrich Instinsky, für den Analoges gilt¹⁷, war im selben Jahr Ordinarius in Mainz geworden. Doch zurück zu Nesselhauf. Er hatte bereits 1946 den Kieler Lehrstuhl bekommen, der seit dem Tode von Paul L. Strack i.J. 1941 verwaist war, so daß auch an Deutschlands nördlichster Universität wieder an die althistorische Tradition der Vorkriegsära angeschlossen werden konnte. 1949 folgte Alfred Heuß, der damit den Verlust von Breslau wettmachen konnte. In München schließlich konnte Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg 1948 auf Berves Lehrstuhl eine neue Ära einleiten, während Berve erst im Jahre 1954 mit Erlangen entschädigt wurde. So blieb auf längere Frist gesehen nur eine tiefere Zäsur im althistorischen Universitätsleben der Bundesrepublik bestehen: In Gießen wurde die ehrwürdige geisteswissenschaftliche Tradition rüde gekappt. Erst 1962 konnte mit Wilhelm Hoffmann ein Berve-Schüler der alten Garde die wiedererrichtete Professur übernehmen. Sein seinerzeitiger Kollege als Berveschüler, Franz Hampl, der – kriegsbedingt nur nominell – zuletzt von 1941–1945 den Gießener Lehrstuhl innehatte, war bereits 1946 nach

¹⁵ Sein Lehrstuhl wurde von seinen Gegnern bereits Alfred Heuß zugedacht. Doch dieser lehnte den Ruf in kollegialer Solidarität ab. Erst mit einer förmlichen Neuberufung Taegers im Jahre 1949 (!) wurde der Fall ‚bereinigt‘. Dies schildert *Karl Christ*, Fritz Taeger 1894–1960 (1977), in: *Christ*, Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte III: Wissenschaftsgeschichte (Darmstadt 1983) 128–136.

¹⁶ Vgl. *Losemann*, Nationalsozialismus, 82 ff.; *Christ*, Geschichtswissenschaft, 257 f.

¹⁷ Vgl. *Losemann*, Nationalsozialismus, 85; *Christ*, Geschichtswissenschaft, 256 f.

Tabelle 3 Kontinuität in der Bundesrepublik

Stichjahr 1945			Stichjahr 1955
Berlin (FU)			F. Altheim
Kiel			
Hamburg	H. Rudolph	1939–1974	H. Rudolph
Göttingen	U. Kahrstedt	1921–1952	A. Heuß (seit 1955)
Münster	H. E. Stier	1935–1970	H. E. Stier
Köln	L. Wickert	1939–1966	L. Wickert
Bonn	F. Oertel	1929–1952	J. Straub (seit 1953)
Marburg	F. Taeger	1935–1960	F. Taeger
Gießen			—
Frankfurt	M. Gelzer	1919–1955	M. Gelzer (H. Strasburger)
Würzburg	W. Ensslin	1943–1952	H. Bengtson (seit 1952)
Erlangen	J. Straub	1944–1948	H. Berle (seit 1954)
München			A. Schenk v. Stauffenberg (seit 48)
Heidelberg	H. Schaefer	1941–1961	H. Schaefer
Tübingen			J. Vogt (1940–44 und seit 46)
Freiburg			H. Nesselhauf (seit 1948)
Status weiterer vor 1945 habilitierter Althistoriker zum Stichjahr 1955			
a) in der Bundesrepublik			
V. Burr	Hon. Prof.	Bonn	(1968 o.P. Graz)
W. Hoffmann	apl. Prof.	Hamburg	(1962 o.P. Gießen)
H. U. Instinsky	o. Prof.	Mainz	(ab 1948)
E. Kirsten	apl. Prof.	Bonn	(1965 o.P. Bonn, 1970 Wien)
K. Stade	Gastprof.	Münster	(1959 o.P. Münster)
K.-F. Stroheker	apl. Prof.	Tübingen	(1961 o.P. Tübingen)
H. Volkmann	Hon. Prof.	Köln	(1955 o.P. Köln)
b) in Österreich			
F. Hampl	o. Prof.	Innsbruck	(ab 1947; o. Prof. Mainz 1946/47)
F. Schachermeyr	o. Prof.	Wien	(ab 1952)
A. Betz	o. Prof.	Wien	(ab 1948; tit. a.o. 1946)
E. Swoboda	o. Prof.	Graz	(ab 1951; a.o. 1946)

Mainz berufen worden¹⁸. Schon 1947 folgte der Ruf nach Innsbruck, der Stadt von Hampls künftigem jahrzehntelangem Wirken.

So zeichnet sich immer deutlicher das sehr bedeutsame Faktum ab, daß bis tief in die 60er Jahre die althistorische Lehre von jenen Persönlichkeiten dominiert wurde, die sich bereits vor 1945 habilitiert hatten und vielfach bereits damals auf Lehrstühlen gewirkt hatten. Noch schärfere Konturen gewinnt das Bild, wenn die Integration jener Gelehrten in den Universitätsbetrieb der Bundesrepublik mit ins Kalkül kommt, die von den Lehrstuhlverlusten im Gebiete jenseits des Eisernen Vorhangs betroffen wa-

¹⁸ Allgemein zu Hampl: *Ingomar Weiler*, Franz Hampl, in: 100 Jahre Alte Geschichte in Innsbruck (wie Anm. 10) 61–74; speziell zu Gießen: *Hans Georg Gundel*, Die Geschichtswissenschaft an der Universität Gießen im 20. Jahrhundert, in: Ludwig-U.-Universität – Justus-Liebig-Hochschule 1607–1957. Festschrift zur 350-Jahrfeier (Gießen 1975) 222–252, insb. 242.

Tabelle 4 Generationsablösung und Schulbildung BRD 1950–1970

	1950	1965	1970
Aachen TH	–	–	<u>H. D. Meyer</u>
Berlin FU	F. Altheim	F. Altheim	<u>J. Deininger*</u>
Berlin TU	–	–	• <u>K. E. Petzold</u> (1970 Tübingen)
Bochum	–	<u>F. Kiechle*</u>	<u>F. Kiechle*</u> – <u>G. Alföldy*</u>
Bonn	F. Oertel	<u>J. Straub* – H. H. Schmitt</u>	<u>J. Straub* – H. H. Schmitt</u>
Erlangen	J. Straub*	<u>F. Vittinghoff</u>	<u>R. F. Werner</u>
Frankfurt	M. Gelzer	<u>F. G. Maier* – K. Kraft</u>	<u>J. Bleicken* – K. Kraft*</u>
Freiburg	H. Nesselhauf	• <u>H. Nesselhauf – H. Strasburger*</u>	<u>W. Schmitthenner* – H. Strasburger*</u>
Gießen	–	<u>W. Hoffmann*</u>	<u>H.-G. Gundel*</u>
Göttingen	U. Kahrstedt	• <u>A. Heuß (ab 65)*</u>	<u>A. Heuß*</u>
Hamburg	H. Rudolph*	<u>H. Rudolph* – J. Bleicken*</u>	<u>H. Rudolph* – P. Herrmann*</u>
Heidelberg	H. Schaefer*	<u>F. Gschnitzer* – Ch. Habicht (ab 65)*</u>	<u>F. Gschnitzer* – Ch. Habicht*</u>
Kiel	A. Heuß*	• <u>A. Heuß (bis 65)*</u>	<u>H. Brauner*</u>
Köln	L. Wickert	<u>L. Wickert – H. Volkmann</u>	<u>Ch. Meier* – F. Vittinghoff</u>
Konstanz	–	• <u>H. Nesselhauf (ab 65)</u>	<u>H. Nesselhauf</u>
Mainz	–	<u>H. U. Instinsky</u>	<u>H. U. Instinsky</u>
Mannheim	–	–	<u>H. Chantraine</u>
Marburg	F. Taeger*	<u>K. Christ (ab 65)*</u>	<u>K. Christ* – D. Kienast*</u>
München	A. Schenk v. Stauffenberg*	<u>S. Lauffer</u>	<u>H. Bengtson – S. Lauffer</u>
Münster	H. E. Stier	<u>H. E. Stier – K. Stade</u>	<u>H. E. Stier – R. Altheim-Stiehl</u>
Regensburg	–	–	<u>A. Lippold*</u>
Saarbrücken	–	<u>W. Schmitthenner*</u>	<u>P. R. Franke*</u>
Tübingen	J. Vogt*	<u>H. Bengtson – K.-F. Strohacker*</u>	• <u>K. E. Petzold – K.-F. Strohacker*</u>
Würzburg	W. Enßlin	<u>D. Timpe</u>	<u>D. Timpe</u>

* Schüler bzw. Enkelschüler von W. Weber (via Dissertation und/oder Habilitation)

+ Schüler bzw. Enkelschüler von H. Berne (via Dissertation und/oder Habilitation)

Name Habilitation und Professur nach 1945

• Name Doppelnennung

ren. Sie hatten unterschiedlich lange Zeiten der Überbrückung im Schuldienst wie auch im Bibliotheksdienst und dann als Honorar- und Gastprofessoren oder als außerordentliche Professoren zu bewältigen, fanden aber alle auf neue Lehrstühle!

Mit Hermann Bengtson, Alfred Heuß, Friedrich Vittinghoff und Hans Volkmann greifen wir dabei Namen, die aus dem althistorischen Betrieb der bundesrepublikanischen Wiederaufbauzeit kaum wegzudenken sind und die eine Reihe von Universitäten durchliefen, ehe sie in Göttingen, Köln und München ihre endgültigen Wirkungsstätten erreichten. Aus dem Kreis der vor 1945 habilitierten Althistoriker fanden Viktor Burr, Wilhelm Hoffmann, Ernst Kirsten, Kurt Stade und Karl Friedrich Stroheker wohl erst in relativ späten Phasen ihrer wissenschaftlichen Laufbahn den Weg auf Ordinariate in der Bundesrepublik (und Österreich)¹⁹. Doch ihre Namen runden das Bild ab: Die ein bis zwei Jahrzehnte vor 1945 Habilitierten bestimmen die althistorische Tradition der Bundesrepublik in den ersten zwei Nachkriegsdezennien und verkörpern bereits rein personell ein imponierendes Ausmaß an Kontinuität (vgl. Tabelle 3).

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit, das durch die Ost-Emigranten dichte Angebot an universitären Lehrkräften und die selektive Wirksamkeit der Habilitationsnorm²⁰ verstärkten den soeben beschriebenen Effekt noch drastisch: Der Zuzug – habilitierter – Nachwuchskräfte blieb im ersten Nachkriegsdezzennium, auch wenn wir Österreich und die deutschsprachige Schweiz mit in Betracht ziehen, äußerst gering, wurde dann in der Zeit von 1955 bis 1960 um ein Mehrfaches stärker und begann seit den 60er Jahren in ein galoppierendes Tempo überzugehen²¹.

¹⁹ Über die auch nach 1945 noch weiter bestehenden personellen Verflechtungen zwischen Deutschland, respektive der Bundesrepublik – für die DDR gilt ja Analoges nicht – und Österreich, soweit sie Ordinarien der Alten Geschichte betreffen, orientiert ein kurzer Exkurs im Anhang. Auch die in dieser Studie leider recht vernachlässigten Beziehungen zur deutschsprachigen Schweiz werden dort thematisiert.

²⁰ Die Habilitationsnorm stellt einen wesentlichen Beitrag zu jener engen Lehrer-Schüler-Bindung dar, die das deutsche Universitätswesen bis hinein in die späten 60er Jahre prägte. Vielleicht wirkt die These überzogen, die Wolfgang Weber über die Auswirkungen dieser Lehrer-Schüler-Bindung in unserem Fachbereich aufstellte, aber sie sollte nicht ungehört verhallen: „Es darf also als hinreichend gesichert gelten: die traditionelle deutsche Auffassung von Geschichtswissenschaft, die üblicherweise mit dem Begriff Historismus umschrieben wird, hat sich unter den deutschen Historikern nicht oder zumindest nicht ausschließlich kraft ihrer überlegenen wissenschaftlichen Qualitäten und schon gar nicht aufgrund ihrer angeblichen politischen Funktion durchgesetzt, sondern vornehmlich deshalb, weil ihre Begründer es verstanden, eine treue Gefolgschaft heranzuziehen und fortlaufend mit den wichtigsten Positionen des Faches zu trauen, so daß Außenseiter von vornherein ausgeschlossen wurden oder isoliert blieben“; *Weber, Priester der Klio*, 355.

²¹ Zur Verdeutlichung nur ein paar Feststellungen! Nach meinen Unterlagen – Personalnachrichten im *Gnomon* und bei *Weber, Lexikon* – habilitierten sich im Bereich der Bundesrepublik im ersten Nachkriegsjahrzehnt, d.h. von 1945–1955, lediglich sechs Forscher für Alte Geschichte: H. Strasburger (1909–1985) – Heidelberg 1946; S. Lauffer (1911–1986), Dr. habil. 1945 – München 1949; F. C. Dörner (Jg. 1911) – Münster 1949; G. Walser (Jg. 1917) – Freiburg i.B. 1952; K. Kraft (1920–1970) – München 1955; R. Altheim-Stiehl (Jg. 1926) – Berlin 1955. – Für den gleichen Zeitraum konnte ich in der DDR zwei Habilitationen eruieren: H. J. Diesner – Greifswald 1953; H. Thierfelder – Leipzig 1954; Thierfelder wurde 1961 in Münster für Althistorische Hilfswissenschaften umhabilitiert. Dazu kommen im weiteren Umfeld der Alten Ge-

Die drastische Lehrstuhlvermehrung ermöglichte diesen letztgenannten Effekt, in dessen Folge sich eine tiefgreifende Generationsablösung vollzog; ob als Antwort auf die Hochschulkrise der späten 60er Jahre oder als ihr Begleitphänomen, bleibe dahingestellt. Jedenfalls stellt sich der Lehrkörper im Ordinarienrang, der im Stichjahr 1955 noch zu 100% von vor 1945 habilitierten Kräften der alten Garde beschickt war, bereits 10 Jahre später als deutlich im Wandel begriffen und im Stichjahr 1970 als akademisch, aber noch nicht unbedingt physisch weitgehend verjüngt dar: das soll heißen, daß die Generation derer, denen erst die Nachkriegsjahre Gelegenheit zur wissenschaftlichen Laufbahn geboten hatten, am Zenit ihrer Karriere stand, während die totale personelle Verjüngung des althistorischen Lehrkörpers einer noch späteren Phase angehört. Damit bahnte sich der unvermeidliche Generationswechsel auf den althistorischen Lehrstühlen genau in jener Phase der bundesrepublikanischen Geschichte an, in der die revolutionär anmutende 68er Bewegung die öffentliche Diskussion des gesellschaftlich-kulturellen Klimas prägte²².

3. Zum Geschichtsbild der Alten Garde unseres Fachs in der Zeit des Wiederaufbaus

Unsere prosopographische Umschau gestattet zwar keine definitive Aussage über die Position der althistorischen Ordinarien im politisch-weltanschaulichen Bewußtseinsspektrum der jungen Bundesrepublik. Doch sie stützt einen Eindruck, den

schichte noch W. Schwabacher und R. Göbl, die sich 1953 in Stockholm bzw. 1955 in Wien auf dem Gebiete der Numismatik habilitierten.

Im nächsten Jahrzehnt, d.h. von 1956–1965, stieg die Anzahl der Habilitierten in der Bundesrepublik um 150% auf 15 Personen. Die Betreffenden sind: Ch. Habicht (Jg. 1926) – Hamburg 1957; F. G. Maier (Jg. 1926) – Tübingen 1957; H. Braunert (1922–1976) – Bonn 1959; K. Christ (Jg. 1923) – Marburg 1959; W. Schmitthüner (Jg. 1916) – Heidelberg 1959; A. Lippold (Jg. 1926) – Bonn 1960; H. D. Meyer (Jg. 1929) – Köln 1960; R. F. Werner (Jg. 1924) – München 1960; P. R. Franke (Jg. 1926) – Erlangen 1961; F. Kiechle (Jg. 1931) – Erlangen 1962; Ch. Meier (Jg. 1929) – Frankfurt 1963; D. Kienast (Jg. 1925) – Frankfurt 1963; H. H. Schmitt (Jg. 1930) – Würzburg 1963; D. Timpe (Jg. 1931) – Freiburg i. B. 1963; H. Chantraine (Jg. 1929) – Mainz 1965. Dazu käme noch M. Radnoti-Alföldi (Jg. 1926), die sich 1961 in München für Numismatik habilitierte. – Für den gleichen Zeitraum konnte ich für die DDR die Habilitation von D. Lotze – Jena 1962 – eruieren. In Österreich, u.z. in Innsbruck, wurden 1956 K. Völk und 1957 F. Gschmitzner habilitiert. Dazu käme im thematischen Umfeld noch H. Vettters in Wien, der sich dort 1965 für Römische Geschichte mit bes. Berücksichtigung der Altertumskunde habilitierte.

Verfolgt man die Verhältnisse weiter, so finden sich allein in den nächsten fünf Jahren in der Bundesrepublik fast gleichviel neu habilitierte Althistoriker wie zuvor in einem Jahrzehnt.

²² Auch hier lohnt sich ein Seitenblick auf Österreich. Zeitlich verzögert und wesentlich abgeschwächt erreichte der rebellische Elan aus deutschen Landen Österreichs Universitätslandschaft. Dazu fügt sich recht stimmig der Umstand, daß zum Stichjahr 1970 unter den Althistorikern noch auf der ganzen Linie die ‚Alte Garde‘ dominierte: A. Betz und E. Kirsten in Wien, V. Burr in Graz und F. Hampl in Innsbruck sind alle vor 1945 habilitiert worden, K. Völk in Salzburg, Jahrgang 1922, im Jahre 1956. Erst Mitte der 70er Jahre begann die allmähliche Ablöse dieser Professoren generation, was auch im allgemeinen cum grano salis für Österreichs Universitäten gilt. Sie fiel mit der damals erst voll einsetzenden Universitätsreform zusammen, die dem Schritt von der Elite- zur Massenuniversität Rechnung tragen sollte.

die Beschäftigung mit Person und Werk der Angesprochenen nahelegt: den Eindruck eines ziemlich geschlossenen politischen Grundkonsenses, der diese Gelehrten ungeteilt ihrer persönlich differenzierten Auffassungen verband. Gegenüber jedem dogmatischen Sozialismus, besonders aber dem in der DDR gelehrt Materialismus in entschlossenster Opposition stehend, waren sie nicht ungern bereit, den nach und nach vernehmlicheren Ruf nach sozioökonomischen Kategorien als Basiselementen eines modernen Geschichtsbildes a limine als subversive Demagogie abzulehnen. Vielmehr legten sie größten Wert auf die Wahrung jener Traditionen, denen sich die Geschichte als Geschichte des Geistes und der führenden Staaten darbot, gestaltet von (mehr oder minder) freien Individuen in planendem Handeln. Von diesen historischen Grundüberzeugungen erfüllt, empfanden sie sich auch als Sachwalter herkömmlich-ehrwürdiger Ordnung des Universitätsbetriebs und gerieten so in erbitterte, oft freilich nur mehr mit resignativer Geste vorgetragene Gegnerschaft zum Wirken, sollte heißen: zum Wüten systemverändernder Kräfte der späten 60er Jahre²³.

Im kulturrevolutionären Ambiente jener inzwischen längst zum Mythos hochstilisierten oder dämonisierten Ära erlebten sich die Repräsentanten der alten Tradition plötzlich als Zerrbilder einer Ordinarienherrlichkeit attackiert und mißverstanden. Fast folgerichtig mußte sich ihnen da im Rückblick die entbehungsreiche, aber innerlich befriedigende Zeit des Wiederaufbaus als ein Goldenes Zeitalter präsentieren. Nicht von ungefähr nannte Hermann Strasburger – beileibe kein verkappter Nazi, konnte er doch wegen jüdischer Vorfahren erst nach 1945 eine akademische Laufbahn beginnen²⁴! – im Nachruf auf seinen Lehrer Matthias Gelzer die Zeit vor dessen Emeritierung i.J. 1955 „jenes rühmliche, unvergessliche Jahrzehnt des geistigen Neubeginnens“²⁵. Und wenn wir schon bei Frankfurt verweilen: Als Konrad Kraft, vor 1945 Offizier und dank seiner „restlosen Immunität der Wirkung der Tyrannie gegenüber“ nicht mit dem NS-Regime zu identifizieren, verstarb, würdigte ihn sein Lehrer Andreas Alföldy ob seines heroischen Widerstands gegen jenen „Angriff auf die moralischen und kulturellen Grundlagen unseres Lebens“, getragen von „von Machtgier ergrieffenen Utopisten, der Masse der Konjunkturritter und der entfesselten Unreife“, hinter deren „veränderter Frisur“ Kraft die alte Gefahr wohl erkannt habe²⁶. Diese Gleichsetzung von Nazi-Barbarei und der 68er Revolte dürfte so manchem damaligen Betrachter in unserer Disziplin aus dem Herzen gesprochen sein²⁷.

²³ Es ist nicht uninteressant zu sehen, wie Vertreter der etablierten Tradition das Wüten jener „Systemveränderer“ erlebten und beurteilten: Vgl. Deutsche Universitäten 1969. Berichte und Analysen, hrsg. v. Ernst Nolte (Marburg 1969, 1970 im Selbstverlag).

²⁴ Vgl. zu Schicksal und politischer Einstellung des national-liberal zu nennenden Hauses Strasburger in der „Umbruchszeit“ Walter Schmittbenners Biographische Vorbemerkung, in: *Hermann Strasburger*, Studien zur Alten Geschichte I (Hildesheim–New York 1982) XVII–XXXIV, bes. XXV ff.

²⁵ Hermann Strasburger, Nachruf auf Matthias Gelzer, in: *Gnomon* 47 (1975) 817–824, bes. 821.

²⁶ Andreas Alföldy, Nachruf auf Konrad Kraft, in: *Gnomon* 43 (1971) 318–320, bes. 319.

²⁷ Recht aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die besorgten Stimmen in so manchem Nachruf, wenn es um die Hochschule der späten 60er Jahre geht. Vgl. etwa daraufhin Horst Braunert, Nachruf auf Friedrich Oertel, in: *Gnomon* 48 (1976) 97–100, insb. 100; Dieter Timpe, Nachruf auf Horst Braunert, in: *Gnomon* 49 (1977) 634–637, insb. 637.

Sich selbst hatten die Repräsentanten dieser mitunter als Gruppe von Mandarinen²⁸ apostrophierten Elite keineswegs als weltanschaulich homogene, ja geschlossene Zunft erlebt. Waren sie doch allein schon durch die unterschiedlichen Schicksalswege gespalten, die sie im Übergang vom Dritten Reich zur Aufbauära der Bundesrepublik gegangen waren. Einige von ihnen hatten sich in der NS-Zeit als überzeugte Christ-konservative in die innere Emigration zurückgezogen, hatten mit Behinderungen in ihrer Laufbahn und mit drohender Kaltstellung kämpfen müssen, wozu noch jene kamen, denen Krieg und Intoleranz des Regimes überhaupt die Möglichkeit zu Studium bzw. akademischer Betätigung genommen hatten. Hingegen hatten nicht wenige ihrer Kollegen, vormals am rechten Rand bürgerlicher Liberalität stehend, die gegen das Weimarer System gerichtete Politik des neuen Regimes durchaus begrüßt, miterfaßt von jener Aufbruchsstimmung, die den „Bau eines neuen deutschen Staates“²⁹ verhieß. Sie sahen sich mit der Neige des Krieges einer immer stärker werdenden Erosion ihrer politischen Grundwerte ausgesetzt, wollten sie nicht innerlich mit dem Regime und das hieß für sie: mit jenen Strömungen, die sie eine Zeitlang für gut vaterländisch gehalten hatten, brechen. Und schließlich brachte das 45er Jahr die endgültige Desorientierung auch derjenigen, die sich ganz unverhüllt zu prononzierten Verfechtern des Nationalsozialismus erklärt und ihn propagandistisch gefördert hatten.

Doch bei aller Divergenz ihrer weltanschaulichen Herkunft und Formung bieten diese Repräsentanten der Alten Garde unseres Fachs doch dem jüngeren, aus größerer Distanz urteilenden Betrachter ein Bild ziemlicher Geschlossenheit ihres Wirkens. Das fängt schon damit an, daß es ihnen, den etablierten Ordinarien, vorbehalten blieb,

²⁸ Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933 (Stuttgart 1983; engl. 1969), bezog sich mit diesem griffigen Ausdruck zwar auf die deutsche Gelehrtenherrlichkeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, deren peinliche Verstrickung in die nationale und später dann nationalsozialistische Machtpolitik er sehr eindringlich darstellte (bes. aufschlußreich die Schlußbetrachtung 385 ff. mit durchaus vorsichtig abwägendem Urteil). Doch wurde, nicht zuletzt unter dem Einfluß von Jürgen Habermas, der Ausdruck zum Symbol für die Kräfte, die der großen 68er Bewegung entgegenzuwirken trachteten und alte Hochschulstrukturen zäh verteidigten. Vgl. dazu auch das Nachwort Dietrich Goldschmidts bei Ringer, Die Gelehrten, 451 ff. Habermas griff den Ausdruck „Mandarinenbewußtsein“ zur Kennzeichnung jener Historikerelite wieder auf, die durch „erwiesene Ohnmacht gegen oder gar Komplizenschaft mit dem Naziregime“ sich und die von ihr vertretene reichsnationale Historie bloßgestellt hatte, deren Renaissance seines Erachtens zu befürchten ist. Und zwar tat Habermas dies just in dem Artikel, der zum Ausgangspunkt des aktuellen ‚Historiker-Streits‘ geriet; Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, in: Die Zeit 29 vom 11. Juli 1986, 40.

²⁹ Höchst aufschlußreich für die Ideen, die damals national gesinnte Historiker der jüngeren Generation erfüllten, sind die von Fritz Taeger rückblickend 1946 formulierten Gedanken in seinem Lebenslauf, aus dem Karl Christ die elementare Passage zitiert; Christ, Geschichtswissenschaft, 225. Die Gemeinsamkeit der Anschauungen in der durchaus der sozialen und weltanschaulichen Herkunft nach heterogenen Schule Wilhelm Webers, von der unten noch zu sprechen sein wird, kommt hier sehr prägnant zum Ausdruck. Die gesamte Passage bei Christ, Geschichtswissenschaft, 210–244, die der Weber-Schule gewidmet ist, mag zwar manchem etwas zu milde gehalten sein, bietet aber sehr reichen Aufschluß über die Denkweise der Betroffenen. Vgl. auch das Urteil über Taeger und Ehrenberg bei Beat Näf, Von Perikles zu Hitler? Die athenische Demokratie und die deutsche Althistorie bis 1945 (Bern – Frankfurt a.M. – New York 1986) 210 ff. und 231 ff.

sich zu Grundfragen der Geschichte und ihres Berufs zu äußern, nicht jedoch den jüngeren Kräften, die noch an ihrer Laufbahn arbeiteten. Den Ort solch Räsonierens über treibende Faktoren im historischen Prozeß, über seinen möglichen Sinn und über die letzlichen Aufgaben des Historikers bilden ihre Darstellungen und Untersuchungen selbst, nicht etwa eigens dafür gestaltete theoretische Abhandlungen. So muß aus diesen ihren Statements im Fachschrifttum ein Bild der Grundkräfte der Geschichte, so wie sie sich ihnen darboten, gewonnen werden. Das sei nun wenigstens als eine Skizze versucht!

Begreiflicherweise lag die Hoffnung darnieder, quasi-religiöse Sehnsüchte durch Hingabe an das Telos der Geschichte stillen zu können. Die auf Deutschlands Größe als letzliche Rechtfertigung des unsittlichen Regimes wenigstens eine geraume Zeitlang gehofft hatten, denen stellte sich die Suche nach dem Sinn des Lebens in der Geschichte als Akt heroischer Selbstbehauptung dar: So rief Taeger in der neugefaßten Einleitung zu seinem mehrfach wiederaufgelegten „Altertum“ in pathetischen Worten Daimon, Tyche und Ananke als die düsteren Mächte an, die über dem historischen Prozeß walten, in dem es „Tod und Teufel zum Trotz ... den Sinn des Lebens“ zu verteidigen gelte³⁰.

Auch dem christgläubigen Betrachter vermochten sich zwar noch Fragmente der Weltgeschichte als Mahnmal zu ehrfürchtiger Besinnung auf die Kräfte des Gebets³¹ oder als Schauplatz transzenter Machterweisung³² darzubieten. Entsprechende Stimmen ließen sich da und dort bis tief in die 60er Jahre vernehmen. Doch als zuverlässliche Erforscherin eines göttlichen Weltplans sah sich die Historie gewiß nicht mehr in Anspruch genommen.

Da ließ sie sich schon leichter dazu benutzen, politische Orientierungshilfe zu geben. Die traditionell antimarxistische Einstellung nicht nur der Alten Geschichte erhielt in der Ära des Kalten Kriegs neuen Auftrieb. Selbst das Kokettieren mit marxistischen Gedanken und Formeln war verpönt. Ja, nicht selten artikulierte sich eine demonstrative Abwehrhaltung gegen die feindlichen Mächte des Ostens, in der antike und moderne Bezüge auf recht merkwürdige Weise ineinander verfloßen. Ich gebe nur drei drastische Beispiele. Die ersten beiden davon betreffen gleich die Zeit um 1948, in der sich das weltpolitische Klima dramatisch in Richtung Kälte und Eiszeit entwickelte. Ulrich Kahrstedt verlieh erneut seiner schon lange gehegten Überzeugung Ausdruck, daß hinter all den Revolten in der griechisch-römischen Welt, die sich gegen drückende soziale Verhältnisse und sie verschärfende fremde Herrschaft

³⁰ Vgl. Fritz Taeger, *Das Altertum* (Stuttgart 1953) 1 ff., bes. 2 f. und 4 f. – Die Einleitungsbe trachtung zur 6. Auflage ist leicht variiert. Das oben angeführte Zitat fehlt; vgl. I (1958) 1–8.

³¹ Hans Ulrich Instinsky etwa mahnte in einer kleinen kirchengeschichtlichen Monographie Macht und Funktion des christlichen Gebets „im säkularisierten Staat von heute“ ein; *Hans Ulrich Instinsky*, *Die alte Kirche und das Heil des Staates*, (München 1963) 64.

³² So bekannte sich etwa Hans Erich Stier zur Auffassung, daß das Wirken Jesu nicht mit historischen Kategorien, sondern „nur vom ‚Transzendenten‘ her“ aufgefaßt werden könne; *Hans Erich Stier*, *Die Erfüllung der Zeiten im Lichte moderner Geschichtsforschung* (1969), in: *Stier, Kleine Schriften* (Meisenheim am Glan 1979) 366–382, insb. 381.

gerichtet hatten, eine ‚Rote Internationale der Antike‘ zu suchen sei³³. Den Prozeß, in dessen Verlauf das ‚Nomadentum des Ostens‘ die hellenistische Kultur, das Erbe von Alexanders grandiosem Siegeszug in eben diesem Osten, vernichtete und unter sich begrub, gestaltete Franz Altheim in seiner ‚Weltgeschichte Asiens‘ zu einem Schauspiel, das der Gegenwart zur Mahnung dienen sollte³⁴. Auf die Abgrenzung gegen den Osten folgte dann die Westintegration. So schilderte etwa Hans Erich Stier in den 50er Jahren bewegt, wie einst Hellas auf Roms großzügige Schutzmacht verwiesen war und diese Situation zu spät begriff, um daran die Empfehlung zu schließen, die Heimat und das westliche Europa mögen sich der atlantischen Schutzmacht USA beruhigt anvertrauen³⁵.

Zur Abgrenzung gegen den Osten gehörte das Credo an die persönliche Freiheit als Chance zu besseren Lebensverhältnissen und als Triebfeder der Geschichte. Das fügte sich durchaus in die traditionelle Vorliebe für die großen Akteure auf der (alt)historischen Bühne. Mochten auch nur wenige so weit gehen wie Fritz Schachermeyr, der Alexander regelrecht zu seinem Heros erkör, den er lieben und – als Gewalttäigen – auch fürchten durfte³⁶, die Überzeugung, daß das Handeln der Mächtigen die Geschichte bestimmt, herrschte in unserem Fach fast ungebrochen. Auch wo sich grundsätzliche Kritik gegen idealisierende Heldenverehrung und Beschönigung richtete, blieb diese Kritik doch gleichermaßen auf das verantwortliche oder eben unverantwortliche Handeln des einzelnen und auf seine niedrigen, nicht idealen Beweggründe konzentriert. Wobei noch hinzuzufügen ist, daß diese reservierte Haltung gegenüber dem Heroenbild großer Eroberer und ein gebrochenes Verhältnis zu konsequenter Machtpolitik sich recht gut in die Stimmungslage der 50er Jahre fügten und vor allem bei den Forschern zu finden sind, die noch nicht zur Führungsgarnitur der vergangenen Ära gehört hatten³⁷.

³³ Vgl. Ulrich Kahrstedt, Geschichte des griechisch-römischen Altertums (München 1948) 261 ff., über die gegen den ‚kapitalistischen Westen‘ gerichtete „Erhebung des Proletariats und der Farbigen“. „Die rote Flut brandete gegen die Städte“, heißt es da etwa über den Aristonikos-Aufstand in Pergamon; ebd. 261.

³⁴ Vgl. vor allem die Einleitungsparte bei Franz Altheim, Weltgeschichte Asiens im griechischen Zeitalter II (Halle a.d. Saale 1948) 2–9. Altheim betont eingangs ausdrücklich die Aktualität des dargestellten welthistorischen Geschehens.

³⁵ Hans Erich Stier, Roms Aufstieg zur Weltmacht und die griechische Welt (Köln-Opladen 1957); vgl. insb. 148 und vgl. auch die treffende Kritik bei Christ, Geschichtswissenschaft, 291. Stiers Schrift ist eine große Apologie für Roms expansive Politik.

³⁶ „Nicht durch panegyrisches Beschönigen und durch Verschweigen düsterer Züge soll das erstreute Ziel erreicht werden, sondern dadurch, daß wir den Herrscher ganz schonungslos zeichnen. Denn der Gewaltige hat es nicht nötig, von uns Menschlein auf den Konventionstypus des strahlenden Helden zurecht retuschiert zu werden“, schrieb Schachermeyr seinem Alexander ins Geleitwort. Ans Ende schloß er dann doch noch die sinnende Feststellung: „So wollen wir aus Alexanders Idee die allumfassende Freundschaft und Liebe bewahren, zugleich aber vom Schicksal erhoffen, daß es der Welt einen neuen Titanen triumphierender Gewalttat gütig erspare“; Fritz Schachermeyr, Alexander der Große. Ingenium und Macht (Graz-Salzburg-Wien 1949) 8 und 496.

³⁷ Sehr aufschlußreich sind etwa im Vergleich mit Schachermeyrs pathetischer Hingabe an den großen Makedonen die kritische Reserve, die der vormalige Berve-Schüler Franz Hampl gegenüber Alexanders vorgeblichen großen Ideen und weltbewegenden Plänen hegte, und die distan-

War auch der Kult des Führers längst obsolet geworden, so machten doch noch immer Männer Geschichte. Ich verweise zur Verdeutlichung etwa auf zwei typische Standardwerke der 50er bzw. der 60er Jahre, auf Fritz Taegers umfassende Analyse des Charismas göttlich verehrter Herrscher und Helmut Berves Dokumentation der griechischen Tyrannis, das jeweilige Hauptwerk aus der Nachkriegssära dieser Gelehrten³⁸. Beidemal treten Persönlichkeiten, politische Verhältnisse und herrschende Ideen in den Vordergrund – selbstredend bei traditioneller quellenkritischer Absicherung. Doch die Entlehnung von Kategorien der systematisierenden Gesellschaftswissenschaften oder gar der Rekurs auf sozioökonomische Theorien standen, wie sehr sie sich auch aus späterer Rückschau für solche Themen anzubieten scheinen, noch nicht zur Debatte.

Diese Feststellung gilt weithin für das Schrifttum unserer Epoche. Neue Wege eröffneten sich am ehesten dort, wo – wie etwa bei den Berve-Schülern Alfred Heuß und Hans Schaefer oder im Ambiente von Matthias Gelzer in Frankfurt – aus Vertrautheit mit rechts- und staatswissenschaftlichen Fragen die politische Geschichte mit Terminen traktiert wurde, die ein Hauch von Soziologie und Politikwissenschaft zierte. Doch dauerte es geraume Zeit, bis sich kleinere Gruppen von Althistorikern der Schülergeneration ab Mitte der 60er Jahre dazu entschlossen, das neuentdeckte Arsenal strukturgeschichtlicher Begrifflichkeit in ihre Dienste zu nehmen³⁹.

Volk und Volkstum genossen hingegen nach wie vor in zahlreichen Darstellungen hohe Bedeutung als die neben dem Begriff des Staates wichtigsten über dem Individuum rangierenden historischen Größen. Was wäre beispielsweise Helmut Berves ‚Griechische Geschichte‘, die in den 50er Jahren eine vielbeachtete Neuauflage erfuhr, ohne die glänzend stilisierten Partien, die dorisches und ionisches ‚Wesen‘ in Kontrast

zierte Art, in der sein Kollege Alfred Heuß die ideologische Indienstnahme Alexanders, die schon bei den Alten anfing, darstellte; Franz Hampl, Alexanders des Grossen Hypomnemata und letzte Pläne (1953), in: Alexander the Great: The Main Problems (Cambridge 1966) 307–321; ders., Alexander der Große und die Beurteilung geschichtlicher Persönlichkeiten in der modernen Historiographie, in: La Nouvelle Clio 6 (1954) 91–136; Alfred Heuß, Alexander der Große und die politische Ideologie des Altertums (1954), in: Ideologie und Herrschaft in der Antike, hrsg. v. H. Kloft (Darmstadt 1979) 123–188. – Auch die Diskussion um Caesars Größe wurde nun nachdrücklich durch rigiden Zweifel an jener Art historischer Größe bereichert, die sich dem Tode Ungezählter dankt. Vor allem Hermann Strasburgers muß hier gedacht werden, der sich mit seiner Skepsis gegenüber dem traditionellen Bild des großen Feldherrn und Staatsmannes einen beachtlichen Namen machte: „Ausdrücklich wird der Anspruch erhoben, daß alles, was ein Mann an Leid anrichtet, deutlich zu benennen und zu verurteilen ist“; mit diesen Worten brachte Christian Meier Strasburgers Position auf den entscheidenden Punkt; vgl. Christian Meier, Gedächtnisrede auf Hermann Strasburger, in: Chiron 16 (1986) 171–197, bes. 180.

³⁸ Fritz Taeger, Charisma. Studien zur Geschichte des antiken Herrscherkults, 2 Bde. (Stuttgart 1957, 1960) – Helmut Berve, Die Tyrannis bei den Griechen, 2 Bde. (München 1967).

³⁹ Doch sollte, um keine falschen Vorstellungen zu schaffen, hinzugefügt werden, daß auch für das Gros dieser strukturgeschichtlichen Ansätzen verpflichteten Forscher jene „gesunde Reserve gegen Ansätze, die für ferne Zeiten Fragestellungen und Kategorien verschiedener Gebiete, etwa von Soziologie, Politik, Philosophie, Recht und Anthropologie, zur Synthese bringen wollen“, gilt, welche Christian Meier bei einer Würdigung von Jochen Bleicken konstatierte; vgl. Christian Meier, Im Schatten Mommsens. Jochen Bleicken wird sechzig, in: FAZ vom 3.9.1986, 25.

zueinander setzen und ganz Hellas, das „unverlierbar ... in sich den Willen zur Gestalt (trug) und vermittelte“, wiederum in Gegensatz zu den „stummen, aber beharrlichen Mächten des unteränigen Orients“ stellen⁴⁰? Es ist klar, daß eine solche Vorliebe für die Kategorie des Volkstums leicht in der Doktrin von volksprägender Erbmasse und von guten und bösen Nationalcharakteren münden kann. Doch im allgemeinen setzte der nach wie vor so beliebte Rekurs auf Art und Wesen der Völker in viel stärkerem Maß das alte Erbe der romantisch-organischen Geschichtsauffassung fort als seine rassistisch-nationalistische Depravierung⁴¹. Freilich läßt sich die Erinnerung an das Pandämonium rassistischer Lehren bei Lektüre mancher Werke der 50er und 60er Jahre kaum unterdrücken, wie unter Umständen selbst der Blick in ein nüchtern-antiquarisch angelegtes Standardwerk zu lehren vermag. Stehen da doch etwa in einem maßgeblichen ‚Handbuch‘ „die eigenartigen Sitten des jüdischen Volkes ... zu der aufgeschlossenen Art des Griechentums in schneidendem Gegensatz“ oder gilt die blutige Vesper von Ephesos als „Pogrom, wie es nur im Hirne eines asiatischen Barbaren erdacht werden konnte“⁴²!

Mit Wohl und Wehe der Völker und ihrer Kultur verbanden sich auch vertraute Bilder organischen Wachsens, Blühens, Alterns und Vergehens zu Elementen einer Geschichtsphilosophie, aus der ein gebrochenes Erbe Hegels wie Humboldts durchschimmert, versetzt mit Spengler’schem Pathos; einer Geschichtsphilosophie, die sich an Toynbees Kulturmorphologie neu belebte. Die vor allem mit den Namen von Alfred Heuß und Joseph Vogt verbundenen Vorstöße zu größerer universalhistorischer Zusammenschau und zu weltgeschichtlicher Standortbestimmung der Antike mußten ihr geschichtsphilosophisches Substrat aus eben diesem Vorstellungsgefüge beziehen⁴³. In der Rückschau erweist sich dieses Substrat freilich als allzu brüchig für die imponierende Last an Fachwissen und gediegener Darstellungskunst, die es schließlich hätte tragen müssen.

⁴⁰ Vgl. Helmut Berve, Die Spätzeit des Griechentums (Freiburg i. B. 1960 = Griechische Geschichte III) 14 und 98 = Griechische Geschichte II (Freiburg i. B. ²1952) 179 und 270.

⁴¹ Eine sehr aufschlußreiche Studie über die notorische Tendenz, Art und Wesen der Völker als konstituierende Elemente althistorischer Betrachtung anzusehen, bietet Ingomar Weiler, Von ‚Wesen‘, ‚Geist‘ und ‚Eigenart‘ der Völker der Alten Welt. Eine Anthologie altertumswissenschaftlicher Typisierungskunst, in: Kritische und vergleichende Studien zur Alten Geschichte und Universalgeschichte (Innsbruck 1974) 243–291.

⁴² Hermann Bengtson, Griechische Geschichte. Von den Anfängen bis in die Römische Kaiserzeit (München 1950 = Handbuch der Altertumswissenschaft) 465 und 480 = ²1977, 493 und 508.

⁴³ Vgl. vor allem Alfred Heuß, Einleitung, in: Propyläen Weltgeschichte I (Berlin–Frankfurt–Wien 1961) 13–32; II (1962) 13–38; dazu die Rezension von Franz Hampl, in: Gnomon 36 (1964) 529–536; Joseph Vogt, Geschichte des Altertums und Universalgeschichte, in: Orbis, Ausgewählte Schriften zur Geschichte des Altertums (Freiburg i. B. 1960) 362–379; dazu Karl Christ, Joseph Vogt und die Geschichte des Altertums. Eine Würdigung, in: Saeculum 21 (1970) 106–150, bes. 135 ff.

4. Die deutsche Althistorie in der Ära der Wirtschaftswunderjahre: Neue Sachlichkeit und theoretische Abstinenz

Mit dem soeben angesprochenen Mißverhältnis zwischen der Gravität des Fachwissens und den brüchigen Konstruktionen zu seiner philosophisch-weltgeschichtlichen Fundierung kommen wir zu einem Punkt in unserer historischen Rückschau, an dem sich uns der Blick auf einen beherrschenden Charakterzug der Althistorie am Zenit des Wiederaufbaus erschließt. Dem ohnehin nur zögernd-tastenden Bemühen um neue, taugliche geschichtsphilosophische Perspektiven, um die sich auch nur wenige unserer Disziplin verdient gemacht hatten, standen breite Kreise der Mitforscher, besonders die nachrückende Generation, skeptisch gegenüber. Aus nicht wenigen um historische Platzzweisung bemühten grundsätzlichen Statements im Œuvre der Protagonisten unserer Disziplin sprach zu deutlich eine pathetisch verhüllte Gestrigkeit. Das verstärkte die Reserve gegenüber dem Gestus der großen Schau. Vielmehr schien der Rekurs artikulierter Wissenschaftlichkeit auf ein sicher-sachliches Terrain das Gebot der Stunde zu sein.

Wenn von grundlegender Neuorientierung der westdeutschen Althistorie der 50er und frühen 60er Jahre die Rede sein kann, dann in bezug auf den Elan, mit dem sich nun im Rückzug aufs Faktische neue Aufgaben und Projekte erschlossen. Epigraphik und Numismatik, begrenzt auch die Papyrologie, stiegen rapide im Kurs. Antiquarische Exaktheit galt als Selbstwert, penible Dokumentation als vorrangiges Ziel. Es ist fast angebracht, von einer Epoche der Neuen Sachlichkeit zu sprechen, an der nun auch nicht wenige Vertreter der Alten Garde unseres Fachs lebhaften Anteil nahmen, wenn nicht immer selbst darin federführend, dann doch diese sachlich-neutralistische Forschungswelle stimulierend.

Ich darf etwa ein Forschungsfeld herausgreifen, das besonders starke Beackerung erfuhr, das der Prinzipatszeit und Spätantike, und der fruchtbaren Arbeiten gedenken, die im Umkreis von Joseph Vogt, von Johannes Straub, von Friedrich Vittinghoff gediehen, um nur einige der renommierten Namen zu nennen. Man müßte an die zahlreichen numismatisch-realienkundlichen Studien erinnern, die Konrad Kraft in Frankfurt anregte, an die Berve-Schule der Nachkriegszeit mit ihrer so bezeichnend sachlich-spezialisierten Zuwendung zur heiklen Sparta-Thematik, an die freilich erst nach Mitte der 60er Jahre stärker hervortretende Schule Bengtsons mit ihren zahlreichen Beiträgen zur politischen Geschichte der hellenistischen und frühkaiserzeitlichen Welt und an etliches mehr. Es müßte von neuen Institutionen der Forschung die Rede sein, von neuen Publikationsorganen, neuen, sehr langfristig angelegten Projekten. Kurz: es war wieder eine Zeit des Blühens und Gedeihens⁴⁴.

⁴⁴ Statt mich um viele Einzelnachweise zu bemühen, kann ich dankenswerterweise auf die sehr kompetenten Darlegungen bei *Karl Christ*, Geschichtswissenschaft, verweisen. Vgl. besonders 264 ff. zu neuen Kommissions- und Gemeinschaftsprojekten der Alten Geschichte und 294 ff. zur überaus dichten und fruchtbaren Forschungstätigkeit betreffend die Prinzipatszeit und die Spätantike. Es darf hinzugefügt werden, daß sich gerade auf diesem Terrain auch die strukturgeschichtlichen Forschungsansätze stärker durchsetzen konnten, nicht zuletzt deswegen, weil sich hier bereits seit dem 19. Jahrhundert einschlägige Traditionen ausgebildet hatten. – Was die oben

Durch Spezialisierung, gediegene Sachbezogenheit und Zurückhaltung in weltanschaulichem Deklarationsdrang⁴⁵ gewann die westdeutsche Althistorie in vielen Sparten die erwünschte internationale Geltung wieder, doch sie zahlte für ihr neues Selbstgefühl einen nicht unerheblichen Preis: Denn Spezialisierung führt, so sehr sie auch dem allgemein fortschreitenden Arbeitsteilungsprozeß entspricht, doch leicht zu Verarmung, zur Ausgrenzung des Nicht-Beherrschten. Und, was noch gravierender ist: sie fördert den trügerischen Verzicht auf philosophisch-theoretische Selbstbetrachtung und Kritik!

Wissenschaftlichkeit ohne explizite philosophische Perspektiven, ohne methodologische Reflexion, ohne wissenschaftsgeschichtliche Selbstbesinnung und ohne Empfindsamkeit für die Frage ihrer gesellschaftlichen Relevanz bleibt auf Dauer ein prekäres Unternehmen. Das gilt gerade für eine Zeit, die auf dem Rücken ungeahnter ökonomischer Prosperität, bei höchster sozialer Mobilität und angesichts eines grenzenlos wirkenden Horizonts an beruflichen Möglichkeiten nun Fortschritt, soziale Programmatik, Bruch aller Tabus des Bestehenden und neue Rechte der Jugend auf ihre Fahnen schrieb. Wie aber sollte sachlich-traditionelle Geisteswissenschaft nun angesichts dieser neuen Aufbruchsstimmung in den späten 60er Jahren bestehen?

Die Diskrepanz zwischen entwickeltem Spezialistentum und theoretischer Abstinentz hatte unserem Fach nicht eben gut getan. Ich beginne mit den quasi-materiellen Folgen des Hochgefühls der Wirtschaftswunderära, in dem sich fachlicher Standard und Spezialisierung fast wie Synonyme darboten. Der Kanon althistorischer Lehre und Forschung wurde enger: Weite Bereiche der Manifestation historisch-kulturellen Lebens – Religion, Recht, Kunst – wurden zunehmend an Nachbarfächer delegiert. Neue Spezialdisziplinen wie Mykenologie oder Etruskologie bildeten sich, gediehen aber stärker im außerdeutschen Raum. Der Alte Orient, Ägypten und Israel eingeschlossen, war schon längst vom Gros der praktizierenden Althistoriker als ihrer Kompetenz nicht unterworfen abgeschoben worden. Diejenigen Forscher, die sich Verdienste erwarben, indem sie aus interdisziplinärem Interesse und universalhistorischem Elan solche Grenzen ignorierten – in Österreich und der Schweiz war dies auf fallenderweise häufiger der Fall⁴⁶ –, diese Forscher mußten mit dem Verdacht des Dilettantismus rechnen.

angesprochenen zeittypischen Tendenzen in der Sparta-Forschung nach 1945 und deren wichtigste Vertreter betrifft, so ist jetzt vor allem auf die Studie von *Karl Christ*, *Spartaforschung und Spartabild*. Eine Einleitung (1983), in: *Sparta* (Darmstadt 1986 = Wege der Forschung 622) 1–72, hinzuweisen; bes. 59 ff. – Zu den großen Impulsen für die Numismatik der 50er und 60er Jahre vgl. *Christ*, *Geschichtswissenschaft*, 270 f.

⁴⁵ Den allgemeinen Hintergrund dieser Epoche neutralistischer Sachlichkeit umriß Wolfgang Mommsen folgendermaßen: „Von heute her gesehen, erweisen sich die politischen und geistigen Verhältnisse der 50er und 60er Jahre als bedingt durch eine besondere weltanschauliche Konstitution, deren hervorstechendstes Merkmal ein Prozeß zunehmender Entpolitisierung und Entideologisierung war, bei absoluter Vorherrschaft rein technologischer und materieller Ideale“; *Wolfgang J. Mommsen*, *Die Geschichtswissenschaft in der modernen Industriegesellschaft*, in: *B. Faulenbach* (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland* (München 1974) 147–168, bes. 155.

⁴⁶ Ich darf dabei auf so unterschiedliche Charaktere hinweisen wie Fritz Schachermeyr und Franz Hampl in Österreich oder Franz Georg Maier in Zürich, wobei letzterer freilich einer jüngeren

Große historische Perspektiven hatten sichtlich an Bedeutung verloren, je mehr die Prosperität der Wirtschaftswunderjahre ihre Faszination ausügte. Vereinzelte Appelle zu universalgeschichtlicher Zusammenschau, Auseinandersetzungen mit Toynbee⁴⁷, Klage über den Verlust eines verbindlichen Geschichtsbilds⁴⁸, solche für die 50er Jahre nicht unwesentlichen Erscheinungen wurden zusehends seltener. Auch wissenschaftsgeschichtliche Besinnung und Selbstdarstellung – inzwischen ja zu hoher Beliebtheit und zu großem Standard gediehen⁴⁹ – richteten sich damals nur vereinzelt auf die großen Ahnenfiguren des vorigen Jahrhunderts⁵⁰ und wurden noch kaum kontinuierlich und systematisch betrieben. Das Bedürfnis, durch die kritische Beschäftigung mit der Vergangenheit des eigenen Fachs größere Sicherheit über die Bewertung des aktuellen Tuns und Lassens zu gewinnen, war noch ziemlich unentwickelt!

Was gar die Frage nach Sinn und Zweck der Alten Geschichte anlangt, so schien sie sich wohl von selbst aus der Fortsetzung der bewährten und imponierenden Fachtradition zu beantworten, ja vielmehr: sie stellte sich dem althistorischen Bewußtsein gar nicht. Und fast unglaublich mutet schließlich aus heutiger Sicht die vormalige Abstinenz in wissenschaftstheoretischen Fragen an. Griffen im Zuge des legendären Methodenstreits der Gründerzeit noch Althistoriker von höchstem Rang – Eduard Meyer etwa, Karl Julius Beloch, Robert v. Pöhlmann⁵¹ … – zur Feder, um prinzipielle Positionen zu markieren, um ganz davon zu schweigen, daß Johann Gustav Droysen, Jacob Burckhardt, Max Weber auch Männer der Alten Geschichte waren, so zeigte sich die nach 1945 tätige Althistorikergeneration diesem Erbe kaum verbunden. ‚Historik‘ als Basis unserer wissenschaftlichen Reflexion, der Status der Geschichte gegenüber den generalisierenden Sozialwissenschaften, aber auch die grundsätzlichen Möglichkeiten für die Integration der Alten Geschichte in einem weltgeschichtlichen Konnex, alle diese Themen wurden erst seit Mitte der 60er Jahre innerhalb unserer Disziplin aktualisiert und auch dann nur in kleinen Gruppen etwas intensiver diskutiert.

Generation zuzurechnen ist. Interessen für universalhistorische Fragen, methodische Grundfragen und archäologisch-altorientalische wie frühgriechische Forschung stellen das verbindende Element unter den Genannten her.

⁴⁷ Vgl. vor allem Joseph Vogt, Die antike Kultur in Toynbees Geschichtslehre (1951), in: *Vogt, Orbis* (Freiburg–Basel–Wien 1960) 340–361; Franz Hampl, Grundsätzliches zum Werke A. J. Toynbees, in: *HZ* 173 (1952) 449–466.

⁴⁸ Alfred Heuß, Verlust der Geschichte (Göttingen 1959) traktierte ein wieder aktuelles Thema: Nur der Wiedergewinn eines einheitlichen Selbstbewußtseins könne ein einheitliches Erinnerungsbild schaffen. Eine ‚objektivierende‘ Historie sei dazu nicht in der Lage: vgl. insb. 61 ff.

⁴⁹ Ich hebe nur die einschlägigen Arbeiten von Karl Christ hervor, ohne die Studien wie die hier vorgelegte vor viel schwierigeren Voraussetzungen stünden.

⁵⁰ Vgl. vor allem Alfred Heuß, Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert (Kiel 1956); Lothar Wickert, Theodor Mommsen, 3 Bde. (Frankfurt a. M. 1959, 1964, 1969); Karl Christ, Jacob Burckhardt und die Römische Geschichte, in: *Saeculum* 14 (1963) 82–122 = Christ, Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte III (1983) 74–114.

⁵¹ Vgl. etwa Eduard Meyer, Geschichte des Altertums I, 1: Einleitung. Elemente der Anthropologie (Stuttgart 1953; entspricht 1907) 184–252; Die Geschichte und die Geschichtswissenschaft; Karl Julius Beloch, Die Persönlichkeit in der Geschichte, in: *Beloch, Griechische Geschichte* I, 1 (Straßburg 1912) 1–16; Robert v. Pöhlmann, Zur Methodik der Geschichte des Altertums, in: *Pöhlmann, Aus Altertum und Gegenwart* (München 1911) 52–76.

Lange hatte das Verdikt über den Historischen Materialismus die Auseinandersetzung mit sozioökonomischer Theorie und Begrifflichkeit diskreditiert, lange war der in den 50er Jahren noch öfters artikulierte Kampf gegen den Positivismus als den Todfeind der metaphysischen Kontemplation⁵² dem Blick auf die strukturgeschichtliche Forschung, sei es des anglo-französischen Raums, sei es auch der in Deutschland entwickelten Tradition, im Wege gestanden.

Während etwa die erste explizite Auseinandersetzung mit marxistischer Althistorie – eine Studie Friedrich Vittinghoffs von 1960⁵³ – noch durch ihre strikte Reserviertheit bestimmt war, erschien 1966 erstmals die Übersetzung einer sowjetischen Arbeit in der bedeutenden, bis dahin betont antiquarisch-geistesgeschichtlich orientierten, von Joseph Vogt initiierten Reihe der Mainzer Forschungen zur antiken Sklaverei⁵⁴. Die Zeichen der Entspannung galten nun auch unserem Fach. 1965 schrieb Alfred Heuß über Max Webers Bedeutung für die Alte Geschichte⁵⁵ – auch dies ein kleines Zeichen der Neuorientierung in unserer Disziplin am Vorabend der nicht nur das Hochschulleben verändernden 68er Revolte. Nicht von ungefähr gehört in diese Zeit auch ein erster der inzwischen bereits so vertrauten Essays über Sinn und Ziel der Alten Geschichte, ein 1966 gehaltener Vortrag Christian Meiers⁵⁶, der auch hier die Neuen Zeiten vorwegnahm.

Ferner entstanden nun wieder methodologische Studien aus der Feder von Althistorikern. Ich darf dabei auch meines Lehrers Franz Hampl gedenken: 1967 referierte er, aus der Schule Berves stammend und bis heute alles andere als ein Modernist linker Provenienz, in Alpbach über ‚Information und Kommunikation aus der Sicht des Historikers‘.⁵⁷ Die Alte Geschichte sah sich den Anforderungen einer neuen Zeit gegenüber und reagierte; vorwiegend in vehementerer Abwehr des Rufs nach Systemver-

⁵² Die strikten Vorbehalte gegen den Positivismus hatten durchaus ihre Tradition: „Tausende von seinen Studenten wußten ihm Dank, daß er mit seiner starken Schauenskraft und Deutungsgewalt die Gefahren des Positivismus zu überwinden unternahm“, rühmte Josef Vogt an seinem Lehrer Wilhelm Weber; vgl. seinen Nachruf, in: *Gnomon* 21 (1949) 176–179, bes. 178. – Für die doppelte Frontstellung gegen Positivismus und Marxismus vgl. etwa *Fritz Taeger*, *Altägyptum*, II, 2.

⁵³ *Friedrich Vittinghoff*, Die Theorie des historischen Materialismus über den antiken ‚Sklavenhalterstaat‘, in: *Saeculum* 11 (1960) 89–131.

⁵⁴ *Jakob A. Lancman*, Die Sklaverei im mykenischen und homerischen Griechenland (Wiesbaden 1966). – Eine engagierte Verteidigung des wissenschaftlichen Verdiensts der von Vogt initiierten Forschungsreihe gegen Angriffe in ideologiekritischer Absicht trägt Karl Christ vor: Geschichte des Altertums, Wissenschaftsgeschichte und Ideologiekritik, in: *Christ*, Römische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte III (Darmstadt 1983) 228–243, bes. 237 ff.

⁵⁵ *Alfred Heuß*, Max Webers Bedeutung für die Geschichte des griechisch-römischen Altertums, in: *HZ* 201 (1965) 529–556.

⁵⁶ *Christian Meier*, Was soll uns heute noch die Alte Geschichte (Vortrag 1966), in: *Meier*, Entstehung des Begriffs ‚Demokratie‘. Vier Prolegomena zu einer historischen Theorie (Frankfurt a. M. 1970) 151–181.

⁵⁷ *Franz Hampl*, Information und Kommunikation in der Sicht eines Historikers (1967), in: *Hampl*, Geschichte als kritische Wissenschaft I, hrsg. v. J. Weiler (Darmstadt 1975) 33–72. – Des weiteren ist etwa das methodologische Interesse F. G. Maiers hier anzuführen; vgl. für den gegenständlichen Zeitraum *Franz Georg Maier*, Der Gesetzesbegriff in den historischen Wissenschaften, in: *Studium Generale* 19 (1966) 657–667.

änderung und Traditionskritik, teils aber auch in methodologischer Besinnung und Überprüfung der eigenen Standards und Prinzipien und – vereinzelt wenigstens – im deklarierten Bemühen um neue Kategorien und Perspektiven. Doch was aus dieser partiellen Neuorientierung der Alten Geschichte zu Ende der 60er Jahre wurde und was sich davon bis in die gegenwärtigen Wendezeiten bewahrte, das gehört in ein anderes Kapitel⁵⁸.

Exkurs zu den personellen Querverbindungen zwischen Deutschland bzw. der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz im Rahmen des Berichtszeitraums

1) Deutsch-Österreichischer Austausch

Der Oberösterreicher Fritz Schachermeyr, Jahrgang 1895, promovierte und habilitierte sich auch in Innsbruck, wo mit Carl-Friedrich Lehmann-Haupt seit 1918 ein gebürtiger Hamburger als Ordinarius tätig war. 1931 eröffnete sich Schachermeyr mit dem Ruf nach Jena eine Karriere, die ihn weiter nach Heidelberg (1936–1940) und dann zurück in die ‚Ostrmark‘ trug, nämlich nach Graz, wo der außerordentliche Professor Franz Schehl als ‚Halbjude‘ seinen Posten nach dem Anschluß verloren hatte. Nach dem ‚Zusammenbruch‘ suspendiert, konnte Schachermeyr erst 1952 wieder Rang und Würde eines Ordinarius erlangen, durch Nachfolge Josef Keils auf dem Lehrstuhl für Griechische Geschichte und Altertumskunde in Wien. Josef Keil wirkte bereits vor seiner Wiener Tätigkeit als Ordinarius, und zwar in Greifswald von 1927–1935. Schachermeyrs Nachfolger wiederum wurde dann im Jahre 1970 ein Deutscher: Ernst Kirsten, Jahrgang 1911, ein gebürtiger Sachse, war einst Dissertant Berves in Leipzig. Zu seinen Habilitationsbetreuern zählte auch Schachermeyr in Heidelberg anno 1940. Kirsten war vor seinem Ruf nach Wien als Ordinarius ad personam für Historische Geographie in Bonn tätig gewesen. Auch sein Nachfolger Peter Siewert, der 1982 dem Ruf nach Wien folgte, ist Deutscher; geboren im Saarland 1940 und bei Berve-Schüler Peter Robert Franke in Saarbrücken habilitiert.

Auch auf dem Grazer Lehrstuhl waren Deutsche tätig, so schon seinerzeit Friedrich Oertel von 1922–1929 und Wilhelm Ensslin von 1930–1936. In der Ära der Zweiten Republik ist dann Viktor Burr zu nennen, ein gebürtiger Schwabe, Jahrgang 1906, der von 1968–1974 als Nachfolger von Erich Swoboda waltete. Die Jahre zuvor hatte der in Südtirol geborene Altösterreicher Franz Hampl, Jahrgang 1910, die nach Swobodas Tod im Jahre 1964 verwaiste Lehrkanzel suppliert. Hampl, der seit 1947 für über drei Jahrzehnte auf der Innsbrucker Lehrkanzel wirkte, ist ein Schüler aus Berves Leipziger Zeit und hatte bereits 1941 und 1946 Rufe nach Gießen und Mainz erhalten, von denen er jedoch – kriegsbedingt – nur den letzteren realisieren konnte. Bei Hampl habilitierte sich der 1929 geborene Innsbrucker Fritz Gschnitzer, der durch seine Berufung nach Heidelberg im Jahre 1962 die Nachfolge des tragisch verunglückten Berve-Schülers Hans Schaefer antreten konnte.

⁵⁸ Vgl. dazu die Bemerkungen oben S. 75 u. 81

2) Deutsch-Schweizer Austausch

Lange Jahrzehnte der Kontinuität prägten das Wirken des 1898 geborenen Hanseaten Ernst Meyer in Zürich von 1927 bis 1967. Sein Nachfolger Franz Georg Maier, 1926 in Stuttgart geboren, repräsentiert als Vogt-Schüler gleichfalls ein Stück deutscher Forschungstradition in der Schweiz. Maier war bereits zuvor, von 1963 bis 1966 in Frankfurt und von 1966 bis 1972 in Konstanz, als Lehrstuhlinhaber tätig.

In Bern dokumentiert der 1917 geborene Zürcher Gerold Walser, der sich bei Herbert Nesselhauf in Freiburg i.B. habilitiert hatte, allein schon als Mitherausgeber der ‚Historia‘ die enge Forschungsgemeinschaft mit der Bundesrepublik. Walser wirkte von 1952 weg in Bern, die ersten Jahre als Extraordinarius, seit 1955 als Ordinarius. – Dort hatte zuvor – von 1948 bis 1952 – ein ungarischer Emigrant des Jahrgangs 1895, Andreas Alföldi, Gelegenheit, die deutsche Forschungstradition fortzusetzen. Alföldi wirkte anschließend von 1952 bis 1956 in Basel, ehe er dem Ruf in die USA, und zwar nach Princeton, Folge leistete.

Ein Gelehrtenleben lang wirkte der im Kanton Basel 1886 geborene Schweizer Matthias Gelzer als Ordinarius in Deutschland, zunächst in Greifswald und Straßburg, dann von 1919 bis 1955 in Frankfurt a.M. Dort in Frankfurt hatte sich 1962 der aus Pommern gebürtige Schüler Schaefers, Christian Meier, Jahrgang 1929, habilitiert. Zweimal, 1966 bis 1968 und 1973 bis 1976, folgte er dann einem Ruf nach Basel, der ersten seiner zahlreichen Wirkungsstätten als Ordinarius. Und auch mit seinem Nachfolger Jürgen v. Ungern-Sternberg, Jahrgang 1940, der ihm 1978 folgte, wurde ein Bundesdeutscher berufen.

Klaus Schreiner

Wissenschaft von der Geschichte des Mittelalters nach 1945

Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Mittelalterforschung im geteilten Deutschland*

Ausnahmesituationen gebieten Nachdenken über Bedingungen und Ursachen des Wandels. Wille zum Neubeginn weckt das Bedürfnis, den neuen Formen politischer Willensbildung einen legitimierenden Rückhalt in der eigenen Geschichte zu geben.

Zu fragen, wie Historiker auf das Katastrophenjahr 1945, den demokratischen Neubeginn und wirtschaftlich-sozialen Wiederaufbau in den beiden Jahrzehnten danach reagierten, beruht auf der Annahme, daß politische Zäsuren auch die Rekonstruktion und Deutung geschichtlicher Tatsachen und Vorgänge betreffen. Zeichnen sich in dieser Phase politisch-sozialer Neugestaltung wissenschaftsinterne Ansätze und Entwicklungen ab, die auf eine veränderte wissenschaftliche Behandlung der sogenannten mittleren Zeit schließen lassen? Ist es überhaupt legitim, den Gang der historischen Wissenschaft mit dem Wandel ihrer politischen und gesellschaftlichen Umwelt in Verbindung zu bringen?

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit folgt fachwissenschaftlichen Regeln; sie dient zugleich dem Verlangen nach Orientierung in einer Welt, deren Lebensbedingungen durch fortwirkende Vergangenheit geprägt sind. Methodische Autonomie und zeitgebundenes Interesse begründen ein komplexes Beziehungsgefüge, innerhalb dessen Wissenschaft von der Geschichte stattfindet. Ändern sich politische Ziele, Werte und Strukturen, ändern sich gemeinhin auch Erkenntnisinteressen und Wertmaßstäbe der Historiker. Selbst die Gründung geschichtswissenschaftlicher Institutionen oder die Wahl historischer Forschungsgegenstände kann durch politische Interessen beeinflußt und durch politische Zeitströmungen gelenkt sein.

Im Frühjahr 1819 gründete der Reichsfreiherr Karl vom Stein die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“, um mit ihrer Hilfe eine „Gesamtausgabe der Quel-

* Überarbeitete und erweiterte Fassung meines in München gehaltenen Vortrages. Vollständigkeit wurde nicht erstrebt. Es sollten Akzente gesetzt und allgemeinere Tendenzen kenntlich gemacht werden. – Für kritische Lektüre des Manuskriptes schulde ich wieder einmal meinem Bielefelder Kollegen Heinrich Rüthing herzlichen Dank. Für Mithilfe beim Lesen der Korrekturfahnen habe ich Frau Beate Hentschel und Herrn Andreas Kolle zu danken.

lenschriftsteller deutscher Geschichten des Mittelalters“ herauszubringen. Er tat dies in der Absicht, „den Geschmack an deutscher Geschichte zu beleben, ihr gründliches Studium zu erleichtern und hierdurch zur Erhaltung der Liebe zum gemeinsamen Vaterland und des Gedächtnisses unserer großen Vorfahren beizutragen“. Die Erforschung mittelalterlicher Überlieferungen sollte Erinnerungen an die einstige Einheit des Reiches wecken, um das, was war, zu einer verpflichtenden und gestaltenden Kraft der Gegenwart zu machen. Noch immer tragen die Quelleneditionen der „Monumenta Germaniae Historica“ den Leitspruch von deren Gründer. Das 1819 gewählte und bis heute beibehaltene Motto lautet: „Sanctus amor patriae dat animum“ – „Heilige Vaterlandsliebe gibt Mut“. Im Jahre 1819, als in Karlsbad Beschlüsse gegen „nationale Demagogen“ gefasst wurden, war das „kein staatlich erwünschter Patriotismus, sondern ein mutiges Bekenntnis zu dem, was trotz politischer Zergliederung allen Deutschen gemeinsam war und bleiben sollte“¹.

Im ersten Band des „Deutschen Archivs“, der nach 1945 erschien, veröffentlichte der damalige Präsident Walther Holtzmann einen Nachruf auf Paul Fridolin Kehr, den vor 1945 letzten gewählten Präsidenten der Zentraldirektion der Monumenta, einen Mann, der, wie Holtzmann schreibt, die „Verkörperung alter und bester Tradition deutscher Wissenschaft“ darstellte. In diesem Nachruf wird beiläufig folgende Episode erwähnt: „Als Kaiser Wilhelm II. 1905 [richtig 1904] Unteritalien bereiste, wurde Kehr als Fachmann zur Begleitung befohlen.“²

Die Begegnung erwies sich, was Holtzmann nicht wissen konnte, weil er keinen Zugang zu den Akten hatte, als Geburtsstunde eines wissenschaftlichen Projekts. An Bord der in Bari angelegten „Hohenzollern“ traf Kehr den Kaiser am 23. April 1904 zum Tee, am Tag danach zur Abend- und Frühstückstafel. „Beide Male“, berichtet Kehr, habe ihn Seine Majestät „längerer Unterhaltungen über die Hohenstaufen und die süditalienischen Monamente Friedrichs II. gewürdigt … Als seine Majestät dann von den Urkunden Friedrichs II. sprach, die Er in den sizilianischen Archiven gesehen [habe], sprach ich von den archivalischen Aufgaben unseres Instituts [des Königlich Preußischen Historischen Instituts in Rom], der Sammlung der Documente der staufischen Kaiser in Italien und der Akten ihrer italienischen Verwaltung. Der Kaiser zeigte für diese Dinge das allerlebhafteste Interesse und entließ mich schließlich mit dem Befehl, meine Gedanken über die Aufgaben der deutschen Forschung in Italien, sowohl nach der kunsthistorischen wie nach der historischen Seite, in einer kurzen Denkschrift zusammenzufassen und an Allerhöchster Stelle vorzulegen.“³

Kehr tat dies. In einer Denkschrift an den „Allerdurchlauchtigsten, großmächtigsten Kaiser und König“ vom 3. Juli 1904 führte er aus: Die Zahl der kaiserlichen Diplome und Reskripte in den Archiven und Bibliotheken Italiens sei Legion. „Sie alle in einer kritischen Ausgabe zu sammeln, ist nicht nur eine nationale Ehre und Sache,

¹ Herbert Grundmann, *Monumenta Germaniae Historica 1815–1969* (München 1969) 1.

² Walther Holtzmann, Paul Fridolin Kehr, in: DA 8 (1950/51) 26, 38.

³ Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Hist. Abt. II, 2. 2.1, Nr. 19893; 19894: „Königliches Geheimes Civil-Cabinet, Akten betr. Maßregeln zur Hebung der vaterländischen Geschichtsschreibung und des Historischen Instituts in Rom“.

die wir dem Andenken des staufischen Hauses schulden, sondern zugleich der einzige Weg, zu einer genaueren und sicheren Kenntnis der Regierung und Verwaltung Friedrichs II., seiner Vorgänger und Nachfolger zu gelangen.“ Die Sammlung und Edition der Stauferurkunden Italiens sei zwar „von Anfang an als ein Teil der *Monumenta Germaniae historica* von G. H. Pertz geplant“ worden, „aber das langsame Voranschreiten dieses Unternehmens läßt auch heute noch nicht entfernt den Zeitpunkt voraussehen, an dem es einmal an der Zeit Friedrichs II. angelangt sein werde“. Dem fügte Kehr, die Langsamkeit deutscher Editionspraxis zutiefst bedauernd, erklärend hinzu: „So konnte es geschehen, daß dieser der deutschen Wissenschaft zukommenden Aufgabe sich unterdessen die französische Wissenschaft bemächtigt hat.“ Um so dringlicher erweise sich die Edition der Urkunden Friedrichs II. als „nationale Aufgabe“. Kehr drängte: „Es ist die höchste Zeit, daß die deutsche Wissenschaft sich endlich ihrer Pflicht erinnere“ und nicht tatenlos zuschauet, wie die Franzosen, von denen sie sich „völlig in den Hintergrund“ habe drängen lassen, noch weitere Gebiete der staufischen Geschichte in Beschlag nehme.

Der alldeutsche Geheime Rat und Professor Dietrich Schäfer, der um ein Gutachten gebeten wurde, lehnte ab. „Dieser Staufer“, meinte er im Blick auf Friedrich II., „sei mehr sizilischer als deutscher König gewesen“. Das Herz von Dietrich Schäfer schlug für Friedrich Barbarossa, den er als „Inbegriff deutscher Kaiserherrlichkeit“ rühmte, als „Idealbild des deutschen Mannes“⁴, als „glänzenden Vertreter seines Volkes“, als den „letzten großen Vertreter des deutschen Machtgedankens“⁵. Mit dem staufischen Monarchen in Sizilien verbanden ihn keine patriotischen Gefühle. Wilhelm II. ignorierte das Votum des deutschnationalen Schäfer und stimmte dem Unternehmen als einer Maßnahme zur „Hebung der vaterländischen Geschichte“ uneingeschränkt zu. Seine Begeisterung für die großen Schwabenkaiser war größer als die Abneigung, die Schäfer dem staufischen Friedrich aus Sizilien entgegenbrachte.

Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wissenschaft sind evident. Die Frage zu beantworten, ob das Editionsprojekt die imperialistisch geprägte Reichsideologie Wilhelms II. stützte oder einen Beitrag zur besseren Erkenntnis der historischen Wahrheit darstellte, wirft wissenschaftsgeschichtliche und wissenschaftstheoretische Grundsatzprobleme auf. Verallgemeinerungsfähige Schlüsse lassen sich aus dem Fallbeispiel älteren Datums nicht ziehen. Wie historische Wissenschaft unter dem Einfluß zeitgebundener Interessen ihren Gegenwartauftrag wahrnimmt und zugleich ihre Eigenlogik behauptet, aufweicht oder preisgibt, ist von Fall zu Fall zu prüfen⁶.

⁴ Dietrich Schäfer, Deutsche Geschichte, Bd. 1: Mittelalter (Jena 1910) 271.

⁵ Ebd., 298f.

⁶ Klaus Schreiner, Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Wissenschaft im Dritten Reich, hrsg. von Peter Lundgreen (Frankfurt a. M. 1985) 163–252.

1. Geschichtswissenschaftlicher Neubeginn als Wiederherstellung von Kontinuität: Methodische Strenge und unparteiliche Objektivität als Garanten historischer Wahrheit

Auf Zusammenbruch und Neubeginn reagierten Historiker mit Bekenntnissen zu wissenschaftlicher Solidität und methodischer Strenge. Wiederherstellung des Vergangenen im Geiste unbestechlicher Objektivität sollte fürderhin davor bewahren, Wissenschaft von der Geschichte politischen Gegenwartsinteressen auszuliefern. Aus geschichtlichen Erfahrungen lernen, war für Mediävisten der Nachkriegszeit gleichbedeutend mit der Verpflichtung, ethische und wissenschaftsinterne Widerstände zu benennen, die geschichtswissenschaftliche Arbeit vor inhumaner Ideologisierung bewahrt. Sie dachten über inhaltliche Wert- und Grundsatzfragen nach, nicht über neue Problemstellungen, neue methodische Zugriffe, neue Gegenstandsbereiche. Wissenschaftliche Selbstbesinnung wurzelte im Gegenworts- und Geschichtsverständnis einer Generation, die sich Rechenschaft zu geben suchte, welche Wert- und Wissenschaftstraditionen im Dritten Reich Schaden genommen hatten, mißbraucht und pervertiert worden waren. Nicht neue Entwürfe waren gefragt, sondern bewährte Traditionen, an die angeknüpft werden konnte. Mittelalterforschung, die tat, was eigentlich und schon immer ihre Aufgabe war, verpflichtete zur Edition urkundlicher und erzählender Quellen, zur gesicherten Feststellung von Tatsachen und Vorgängen, zur Rekonstruktion von Welt- und Geschichtsbildern, zu spezialisierter Einzelforschung, nicht zu literarisch anspruchsvollen Gesamtdarstellungen in politisch-pädagogischer Absicht. Wissenschaftlicher Neubeginn im Jahre 1945 war deshalb „nicht der Augenblick einer verändernden Reform“⁷, nicht die Stunde methodischer Innovation; es kam darauf an, jenen vermeintlich oder tatsächlich unzerstörten wissenschaftlichen Geist von neuem zu beleben, der ehedem den Ruhm deutscher Wissenschaft begründet und den Zutaten inhumanen Machtdenkens widerstanden hatte.

Anfangen bedeutete anknüpfen – auch auf dem Feld der Institutionen. Zur geschichtlich verankerten Idee der deutschen Universität zählte die „akademische Tradition der Selbstergänzung“⁸, der Gedanke korporativer Autonomie, deren die Universität bedurfte, wenn sie ihre „hohe, erste Aufgabe“ darin erkannte, „in Lehre und Forschung die Ergebnisse der Wissenschaft rein zu erhalten, weiterzugeben und durch eigene Arbeit zu vermehren“⁹. Eine neue, der Idee freiheitlicher Selbstbestimmung verpflichtete Universitätsverfassung sollte institutionelle Rahmenbedingungen schaffen, die dem „allein der Wahrheit verbundenen Geist der freien Forschung und Lehre“ ungestörtes Gedeihen gewährleisteten¹⁰. Der Göttinger Theologe Otto Weber brachte in einer Senatssitzung am 28. April 1945 zum Ausdruck, was die Verantwortlichen in Universität und Gesellschaft damals empfanden und anstrebten: „Die Universität muß

⁷ Hermann Heimpel, Neubeginn 1945, in: Neue Sammlung 26 (1986) 164.

⁸ So der Göttinger Jurist Rudolf Smend. Vgl. Wiebke Fesefeldt, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948 (Göttingen 1962) 142.

⁹ Ebd., 156.

¹⁰ Ebd., 155.

und will zu ihrer Neugestaltung den Weg wieder aufnehmen, den sie seit 1933 auf weiten Gebieten verlassen hat. Sie wird dann auch imstande sein, ihre traditionelle Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen der Welt wieder zu gewinnen. Sie wird alle ihre wissenschaftlichen Kräfte in den Dienst des Geistes und der Zusammenarbeit stellen. Ihrer Tradition entsprechend wird sie eine Stätte nüchterner wissenschaftlicher Arbeit sein und ihre Studenten in diesem Sinne erziehen.“¹¹

Neuanfang meinte Besinnung auf Werte und Einstellungen, die in der Vergangenheit die großen Leistungen deutscher Gelehrten Schulen ermöglicht und begründet hatten. Der Heidelberger Mediävist Fritz Ernst schrieb rückblickend auf „Die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945/46“: „An der Universität versuchten wir, auf die bleibenden Grundlagen des Geistes hinzuweisen, auf das, was der Universität ihren Sinn und ihre Funktion gab.“¹² Als erster Prorektor der Universität Heidelberg hatte Fritz Ernst für ein neues „Ethos der Wahrhaftigkeit im Geistigen“ plädiert¹³, für tolerante, unbefangene „Bemühungen um den Geist und um die Wahrheit“¹⁴.

Die Erneuerung der Universität wurde als Teil einer anstehenden geistig-sittlichen Gesamterneuerung des deutschen Volkes begriffen. Fritz Ernst argumentierte im Sinne Karl Jaspers', der sich nach Kriegsende wiederholt öffentlich zu Wort meldete, um darzutun, wie der „Neue Geist der Universität“ beschaffen sein sollte. Die programmatischen Entwürfe von Jaspers beruhten auf Gedanken und Grundsätzen, welche dieser bereits in seiner 1923 erschienenen Schrift über „Die Idee der Universität“ geäußert hatte¹⁵. In seinen Angaben „Zum Fragebogen der Besatzungsbehörde“ schrieb

¹¹ Ebd., 157. – Nicht zu vergessen ist auch dies: Das Nachdenken über Aufgaben der Wissenschaft vollzog sich unter Bedingungen, die durch Sorge ums nackte Überleben, durch Hunger, Raum- und Wohnungsnot geprägt waren. Friedrich Hermann Rein, von 1946 bis 1948 Rektor der Universität Göttingen, berichtete davon als mithandelnder und mitbetroffener Zeitgenosse: „Die Sorgen des Alltags erschweren den Universitätsbetrieb und die Forschungstätigkeit sehr. Das erste Recht aller geistigen Arbeiter, das Recht auf Alleinsein, bleibt durch die beängstigende Raumnot in vielen Fällen unerfüllt. Der Mangel an Glühlampen und Heizmaterial und die häufigen Stromabschaltungen machen die Arbeit oft zur Qual.“ (Die Georgia-Augusta nach dem Kriege, in: *Universitas* 3 (1948) 230.) Hermann Ballnow schrieb 1950, auf die Anfänge des Göttinger Universitätsbetriebs zurückblickend: „Die gesamte Vorlesungs- und Übungstätigkeit spiegelte sich daher zunächst in den zum Bersten überfüllten Hörsälen einiger Institute und Kliniken ab, die zum Teil nur dürtig geheizt und beleuchtet werden konnten“ (Bericht der Universität Göttingen, in: *Studium Generale* 3 (1950) 157). „Um den wirtschaftlichen Lebenskampf der Studenten in jeder Weise zu erleichtern, wurde schon im Sommer 1945 das Akademische Hilfswerk als Stiftung öffentlichen Rechtes begründet“ (ebd., 161). Hermann Heimpel berichtet vom guten Geist der Frau Ehrengard Schramm, „die Bollnow und mich im Spätsommer 1946 mit harter Fürsorglichkeit zum Ährenlesen und Kartoffelnachroden auf Äcker bei Hedemünden“ schleppte (Heimpel, Neubeginn (wie Anm. 7) 166).

¹² Fritz Ernst, Die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, in: *ders.*, Gesammelte Schriften, hrsg. von Gunther G. Wolf, 398.

¹³ Ders., Vom Studieren, ebd., 369.

¹⁴ Ebd., 372.

¹⁵ Vgl. dazu Joachim-Felix Leonhard, Neubeginn und Weggang Karl Jaspers in Heidelberg von 1945–1948, in: Karl Jaspers in seiner Heidelberger Zeit, hrsg. von Joachim-Felix Leonhard (Heidelberger Bibliotheksschriften 8, Heidelberg 1983) 142.

Jaspers im Juli 1945: „Der Sinn der Hochschule ist die Sorge für Wahrheit in allem, was methodisch wissbar ist.“ Die studierende Jugend solle „durch Teilnahme an der Wissenschaft zur unbedingten Wahrhaftigkeit erzogen und dadurch in ihrer Humanität, ihrem Sinn für Recht und Gerechtigkeit gestärkt werden“. Auch auf dem Feld des Politischen, das „an der Hochschule besonders in der Geschichte und Jurisprudenz, in den Staatswissenschaften und der Sociologie Gegenstand der Forschung“ sei, solle „die Jugend den Raum höchster Klarheit und Wahrheit finden“. Jaspers bemerkte jedoch einschränkend: „Aber die Hochschule soll nirgends selber politisch werden, nicht selber Entscheidungen fällen, nicht politische Erklärungen, Anerkennungen, Postulate abgeben.“ Politisch wirken solle die Universität als „ein gleichsam staatsfreier, übernationaler Raum … in dem allein um Wahrheit, Menschlichkeit, Erziehung und Bildung geistig gerungen wird“. Nur indirekt sei durch politische Bildung am politischen Aufbau mitzuwirken. Denn: „Wo aus der geistigen Erfassung Propaganda wird, da ist die Wissenschaft verlassen. Die unheilvolle, ebenso unwahre wie freche These des Nationalsozialismus, das gesamte wissenschaftliche Leben sei politisch auszurichten, ist zu bekämpfen.“ Der Universität obliege die Vermittlung elementarer Kenntnisse und Geschicklichkeiten; insbesondere komme es an „auf ein wahres Geschichtsbild (das in Deutschland neu geschaffen werden muß), auf die Begründung des Ethos, auf Bibel und antike Welt, auf eine Anschauung des gegenwärtigen Weltzustandes, damit der Deutsche versteht, warum und wie er sich in die entstehende Weltordnung einfügen muß, die den Erdball umfassen soll“¹⁶. Als Jaspers dies sagte und schrieb, dachte er an die gegenwärtige und künftige Neugestaltung einer Universität, „die sich nicht ohne eigenes Zutun den Ruf der radikalsten Universität im Nationalsozialismus erworben hatte“¹⁷.

Was im Rückblick auf die Geschichte des eigenen Fachs verwundert, ist nicht zuletzt dies: Deutschlands Historiker brauchten viel, sehr viel Zeit, ehe sie begannen, sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und die sachliche Unangemessenheit jener Geschichtsbilder bloßzulegen, die zwischen Machtergreifung und Kapitulation angefertigt und propagiert worden waren, um den faschistischen Unrechtsstaat als historisch notwendiges und deshalb geschichtlich legitimes Gebilde annehmbar zu machen. Erst im Jahre 1967 veröffentlichte ein Unbetroffener, der damals in Heidelberg lehrende Mediävist Karl Ferdinand Werner, einen knappen scharfsinnigen Traktat über „Das NS-Geschichtsbild und die Geschichtswissenschaft“. Die Grundlinien, die Werner über die Verführbarkeit und Verweigerung deutscher Historiker herausarbeitete, sind kaum zu widerlegen. Wenn zu Anfang der fünfziger Jahre von der Notwendigkeit eines neuen Mittelalterbildes gesprochen wurde, geschah das auf Grund zwischenzeitlich erzielter Erkenntnisfortschritte und allgemeiner Relevanzgründe, nicht deshalb, um Vorstellungen vom Mittelalter, mit denen das Dritte Reich seinen historischen Legitimationsbedarf gedeckt hatte, als zeitbedingte ideologische Konstrukte zu demaskieren. „Das Mittelalter“, versicherte Theodor Mayer im Jahre 1952, „ist die Zeit, in der die Fundamente für die rechtlichen und sozialen Verhält-

¹⁶ Ebd., 140f.

¹⁷ Ebd., 125.

nisse in Deutschland, für die politischen Zustände der Gegenwart in Europa gelegt worden sind, in der auch die religiösen und geistigen Probleme in einer Weise durchgedacht und entschieden worden sind, die auch für die Gegenwart immer wieder gilt.“¹⁸ Von politischem Mißbrauch der mittelalterlichen Geschichte während des Dritten Reiches war mit keiner Silbe die Rede. Das Verlangen nach einer neuen Wissenschaft war groß. Die Pflicht, sich und anderen über politische Anpassungsleistungen während des Dritten Reichs Rechenschaft zu geben, wurde lange verdrängt.

Zusammenbruch und Wiederaufbau wurden gemeinhin als wissenschaftsethische Herausforderungen erfahren, nicht als Anstoß, sich über theoretische Grundlagen und methodische Zugriffe der eigenen Arbeit Gedanken zu machen oder nach neuen Gegenstandsbereichen Ausschau zu halten. „Alles ist neu zu sagen“, beteuerte Fritz Ernst in einer Rede vor Studenten im Jahr 1946. „Keine Lehre kann einfach wiederholen, keine Theologie, keine Philosophie, kein Humanismus, sie waren alle, so wie sie waren, nicht stark genug gegen die Flut.“¹⁹ Neuheit begriff Ernst als humane, tatkräftige Lebenspraxis, als „Forderung, den Dingen auf den Grund zu gehen“, als „schöpferische Unruhe“, die es verbiete, „beim Halbwissen, beim Unklaren stehen zu bleiben“, als „Haltung des forschend Lernens“, als „echte geistige Arbeit“, die, „weil sie unabhängig macht und frei“, Lohn und Ehre in sich selbst trägt²⁰. Ein neues Ethos sollte auch eine neue Wissenschaft hervorbringen. „Die Idee der Universität“, schrieb der Freiburger Mediävist Gerd Tellenbach in einem 1946 in der „Sammlung“ veröffentlichten Aufsatz „Zur Selbstorientierung der deutschen Universität“, „scheint uns höchst lebendige Antriebe bieten zu können“, wenn Professoren und Studenten kompromißlos „zu dieser Idee stehen.“²¹

Der Glaube an die Kraft unparteilicher Wissenschaft war ungebrochen. Ein Objektivitätsideal, das sich dem methodisch Wißbaren verpflichtet wußte, erfüllte die Funk-

¹⁸ Theodor Mayer, Der Wandel unseres Bildes vom Mittelalter. Stand und Aufgaben der mittelalterlichen Geschichtsforschung, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 94 (1958) 2.

¹⁹ Ernst, Vom Studieren (wie Anm. 13), XXX. – Ähnlich Fritz Rörig, Stand und Aufgaben der Hansischen Geschichtsforschung, in: Hansische Geschichtsblätter 69 (1950) 1: „Am Ende einer Weltkatastrophe ohnegleichen, an der unser Volk handelnd und leidend mehr als ein anderes beteiligt war, ist Selbstbesinnung auch im Bereich der Wirksamkeit unseres Vereins [Hansischer Geschichtsverein] geboten. Wir würden uns einem gefährlichen Irrtum hingeben, wenn wir glauben wollten, in unserer wissenschaftlichen Arbeit einfach dort wieder anknüpfen zu können, wo das Begonnene stockte.“ Rörig vermerkt ebd. Anm. 1. ausdrücklich, diesen Satz im Frühjahr 1947 niedergeschrieben zu haben. – Rörigs nachdenklich gestimmte Sätze beinhalten m. E. auch selbstkritische Distanz zu eigenen Arbeiten. Noch in den späten dreißiger und beginnenden vierziger Jahren hatte er nicht gezögert, am Beispiel der Hanse das Wesen wahren Führertums, die „Bindung der Wirtschaft ans Blut“ und die überlegene „deutsche Führung in der Ostkolonisation“ kenntlich zu machen (vgl. Klaus Schreiner, Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historischen Bewußtsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in: Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150–1650, Katalog zur Landesausstellung Niedersachsen Bd. 4 (Braunschweig 1985) 533).

²⁰ Ernst, Vom Studieren (wie Anm. 13), 370.

²¹ Von neuem abgedruckt, in: Der sibyllinische Preis. Schriften und Reden zur Hochschulpolitik 1946–1963, hrsg. von Reinhard Mielitz (Freiburg i. Br. 1963) 18 f.

tion eines rettenden Fluchtpunktes, in dem alle Erwägungen über zeitgemäße historische Wissenschaft kulminierten²².

²² Dabei ließ sich nicht ausschließen, daß die Pflicht, über politische Verstrickungen Rechenschaft zu geben, durch Bekenntnisse zu wissenschaftlicher Objektivität ersetzt wurde. Der wissenschaftliche Werdegang Hermann Aubins ist für diesen Sachverhalt ein beweiskräftiges Beispiel. In einer Ansprache mit dem Thema „Otto der Große und die Erneuerung des abendländischen Kaisertums im Jahre 962“, die Aubin am 2. Februar 1962 vor der Ranke-Gesellschaft in Mainz hielt, wollte er „das Phänomen der Erneuerung des abendländischen Kaisertums durch Otto den Großen und ihre geschichtliche Bedeutung zur Gänze aus ihrer Zeit zu verstehen suchen“. Geschichtswissenschaft, die ihre Pflicht, „einen objektiven Standpunkt zu gewinnen“, nicht ernst nehme und „wissenschaftliche Erkenntnisse mit den Interessen der eigenen Zeit“ vermänge, gerate auf Irrwege. (*Hermann Aubin, Otto der Große und die Erneuerung des abendländischen Kaisertums im Jahre 962* (Historisch-politische Hefte der Ranke-Gesellschaft 9, Göttingen 1962) 2f.). Bis in den Anfang der vierziger Jahre hat Aubin nicht gezögert, die gewalttätige Reichsbildung des Führers als Sinn und Erfüllung deutscher Geschichte zu deuten. In einer 1938 veröffentlichten Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen schrieb Aubin im Blick auf die „Heimholung“ Österreichs und des Sudetenlandes, die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Unterwerfung Polens: „Was wir indes selbst noch vor einem Jahr nur in unseren Gedanken als Einheit aufzurichten und in unserem Inneren zu empfinden vermochten, das größere Deutschland, sehen wir heute dankbaren Herzens unter Adolf Hitlers Führung als staatliche Wirklichkeit vor uns“ (Von Raum und Grenzen des deutschen Volkes. Studien zur Volksgeschichte (Breslau 1938) S. III). Mit nationaler Euphorie, welche die Leiden der Besiegten verdrängte, und ganz im Sinne nationalsozialistischer Tagespolitik schloß auch Aubins „Geschichtlicher Aufriss des Ostraums“ (1940). Es heißt da: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat sich diesmal zugunsten der Deutschen des geschlossenen Volksbodens siegreich durchgesetzt, weil wieder ein einiges deutsches Volk unter einheitlicher Führung dem Osten entgegentreten ist. Es hat damit einen großen Teil des einstmais schon von ihm besessenen Ostraumes wieder mit seinem Staat zu vereinigen vermocht und es hat noch darüber hinaus seine schützende und ordnende Hand über einen weiteren Teil des Ostraumes ausgestreckt. Wir sehen darin das Zeichen dafür, daß es bereit ist, eine Verantwortung für die Gestaltung dieses Ostraums zu übernehmen, in den seine Vorfäter so unendlich viel an Blut, Geist und Arbeit gesenkt haben, und der als die offene Seite seines eigenen Lebensraums nicht ohne die Teilnahme der Deutschen geordnet werden kann.“ (Geschichtlicher Aufriss des Ostraums (Berlin 1940) 44.) Bei einem am 30. Juli 1940 gehaltenen Vortrag über „Die volkspolitische Bedeutung in Gewerbe und Industrie in Ostdeutschland“, der 1941 gedruckt wurde, brachte Aubin die Ostpolitik Karls des Großen mit Hitlers kriegerischer Raumbeschaffung im Osten in einen Zusammenhang. „Wie einst Karl d.Gr.“, schrieb Aubin, „unseren seit Jahrhunderten nach Süden und Westen schauenden Ahnen das Antlitz herumgekehrt und die Ziele gewiesen hat, die seiner auch im Osten harrten, so hat zum zweiten Male Adolf Hitler den Deutschen die Sicherung dieser Front zu einer unabdingbaren Pflicht gemacht.“ Aubins Nutzanwendung für den einzelnen Volksgenossen lautete: Der Rückblick auf die Geschichte des ursprünglich deutschen Ostens könne niemanden, der sich für das deutsche „Schicksal mitverantwortlich fühlt, im Zweifel lassen, daß es eine Lebensfrage unseres Volkes ist, seine Ostlandschaften genügend mit Menschen zu füllen und diese Menschen durch einen gerechten Ausgleich der Daseinsbedingungen daselbst seßhaft zu erhalten“. Denn: „Täuschen wir uns nicht, das Schicksal des deutschen Volkes wird davon abhängen, ob es seine Ostfront zu verteidigen weiß, nicht nur mit den Waffen, sondern vor allem auch in dem lautlosen Ringen der Volkstümer, das mit den Worten Geburtenzahl, Landflucht und Unterwanderung oder Schollenverbundenheit überschrieben ist“ (Die volkspolitische Bedeutung von Gewerbe und Industrie in Ostdeutschland (Breslau 1941) 43 f.). – In den „Erinnerungen an Hermann Aubin (1885–1969). Beiträge zum Persönlichkeitsbild des Hochschullehrers und ersten Präsidenten des J. G. Herder-Forschungsrates anlässlich seines 100. Geburtstages am 23. Dezember 1985“, hrsg. vom Johann-

„Wille zur Objektivität“, schrieb Herbert Grundmann, als er rückblickende „Betrachtungen über eine deutsch-englische Historikertagung“ in Oxford im Jahre 1950 anstelle, sei die „vornehmste, dringlichste Aufgabe der Geschichtswissenschaft“²³. Politische und politisierende Historiker, „die eher wußten, was sie wollten, als daß sie wollten“, waren ihm suspekt²⁴. Nur solche Wissenschaft, die „ganz einfach die Wahrheit über die Geschichte erforschen will“, könne ins Leben eingreifen. Wissenschaft von der Geschichte vermittele nicht nur Fertigkeiten und Kenntnisse, sie erziehe auch dazu, „gelten zu lassen, was als wirklich bezeugt ist, auch wenn man es anders wünscht und nicht gern wahrhaben möchte“. Wissenschaft von der Geschichte, die ihren eigenen Prinzipien treu bleibe, verpflichte zu Toleranz gegenüber fremden, unbequemen Tatsachen und Einstellungen, erziehe „zu einer geistigen Haltung und menschlichen Gesinnung, die zwar keiner einzelnen Partei vorbehalten ist, nur mit allem Dogmatismus, Radikalismus und Fanatismus sich nicht verträgt, aber die Voraussetzung ist für das anständige, menschliche Zusammenleben Aller – das Ziel jeder guten Politik“²⁵.

Neubeginn bedeutete unter den Bedingungen der Nachkriegszeit Rückkehr zu intellektueller Rechtschaffenheit, nicht Aufbruch zu neuen methodischen und theoretischen

Gottfried-Herder-Forschungsrat e.V., Marburg/Lahn 1987, bleiben Konzessionen, die Hermann Aubin an den Zeitgeist der nationalsozialistischen Ära machte, ausgespart. Keiner der sich erinnernden Redner hat den Versuch unternommen, an Hand von Aubins Veröffentlichungen im Dritten Reich Rechenschaft zu geben, in welcher Weise der Gefeierte zeitübliche Ideologien zur Grundlage und zum Maßstab seiner historischen Deutungen und Urteile machte. Heinrich Apelt beschreibt in seinen „Persönlichen Erinnerungen an Hermann Aubin“ dessen politische Einstellung nach dem ersten Weltkrieg und in der Zeit des Nationalsozialismus folgendermaßen: „Aubin war ein deutschnational gesinnter Liberaler, der die Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain als eine Schmach empfand. Auf der anderen Seite lag ihm jede Art von Antisemitismus in der Theorie und in der Praxis gänzlich fern. Vollkommen fremd war ihm von Anfang an und blieb ihm stets die Mentalität des Nationalsozialismus. (Sperung vom Verf.) Er machte aus seiner Abneigung gegen die Partei und ihre Gliederungen kein Hehl und grüßte auch im Dritten Reich grundsätzlich mit ‚Grüß Gott‘. Er verachtete vor allem die kleinen Funktionäre, über deren unbeholfene Mittelmäßigkeit und Unbildung er köstliche Anekdoten zu erzählen verstand, die ihn selber am meisten erheiterten. Aber er hielt es für seine vaterländische Pflicht, im Zweiten Weltkrieg auszuhalten, und so tief er Hitler verabscheute, äußerte er sich doch zurückhaltend über die Berechtigung des Attentats vom 20. Juli. Die Idee des Volkstums war ihm als Sudetendeutschen gewissermaßen in die Wiege gelegt. Er wünschte das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, verwarf aber rückhaltlos die brutale Expansionspolitik, die es anderen Nationen zu rauben trachtete. Man machte ihm im Dritten Reich keine Schwierigkeiten, aber eine Berufung an eine andere Universität, die angesichts der Bedeutung des hervorragenden Gelehrten ungemein nahegelegen wäre, blieb ihm ebenso versagt wie der Zugang zu akademischen Würden und Ämtern.“ (S. 35 f.) – Das alles darf, soweit es den Privatbereich Aubins berührt, Glaubwürdigkeit beanspruchen. Aubins veröffentlichte historisch-politische Urteile sahen nachweislich anders aus. Der Widerspruch zwischen öffentlicher und privater Existenz im Leben des Hermann Aubin ist offenkundig.

²³ Herbert Grundmann, Geschichte, Politik und Erziehung. Betrachtung über eine deutsch-englische Historikertagung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1 (1950) 115.

²⁴ Ebd., 114.

²⁵ Ebd., 115 f. – Vgl. dazu Max Weber, Wissenschaft als Beruf (Berlin 1975) 26: „Wenn jemand ein brauchbarer Lehrer ist, dann ist es seine erste Aufgabe, seine Schüler unbequeme Tatsachen anzuerkennen zu lehren.“

schen Ufern. Wer sich von Berufs wegen mit der Wiederherstellung des Vergangenen beschäftigte, sollte sich „der immer gleichen Grundlagen“ seiner Wissenschaft bewußt bleiben: „des Strebens nach methodischer Sauberkeit und reiner Erkenntnis“²⁶. Wissenschaftliche Sachtreue und intellektuelle Rechtschaffenheit hieß das Gebot der Stunde. Das Ideal der reinen Objektivität sollte das Zeitalter der Ideologien beenden. Wer damals für unparteiliche Wissenschaft eintrat, rechnete nicht mit der Möglichkeit, daß sich auch Leitbilder wie Objektivität und Überparteilichkeit zur Rechtfertigung und Durchsetzung politischer Interessen mißbrauchen lassen. Bekenntnisse zur Objektivität schützen, wie die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft zeigt, nicht gegen politische Willfähigkeit.

Der politische und wissenschaftliche Erfahrungshorizont des Jahres 1945 schließt es allerdings aus, die mit Nachdruck immer wieder erhobene Forderung nach Objektivität kurzerhand unter Ideologieverdacht zu stellen. Beachtet man die zeitgeschichtlichen Umstände derartiger Objektivitätsforderungen, kommt das Verlangen nach Objektivität, nach methodischer Sauberkeit und reiner, apolitischer Erkenntnis dem Bekenntnis zu einer Wissenschaftstradition gleich, die in den zwölf Jahren zuvor als Relikt eines liberalen, volksfeindlichen Objektivismus gebrandmarkt worden war.

Politische Zeitstimmungen spiegeln sich in dem „Entwurf einer Deutschen Geschichte“, den Hermann Heimpel 1953 in einer Göttinger Rektoratsrede vortrug und anschließend in gekürzter Fassung in der „Sammlung“ veröffentlichte. Heimpel hielt es für eine „vaterländische Aufgabe“, eine „Deutsche Geschichte“ zu schreiben, „zugleich tiefgreifend und leicht fasslich, aus der Erschütterung neu gedacht und doch plastisch, ein Buch, das dem Deutschen, der sich in die Geschichte verflochten weiß, ein unklares Bild klärt und somit dem deutschen Volk ein richtiges und ruhiges geschichtliches Bewußtsein bilden hilft, Wallungen und Reaktionen in Einsichten und Aktionen, Vorurteile in Urteile verwandelt“. Ein „richtiges und ruhiges geschichtliches Bewußtsein“ betrachtete Heimpel als notwendigen Bestandteil „eines richtigen und ruhigen, von Ressentiments freien nationalen Selbstbewußtseins“²⁷. Heimpel mahnte an, was für Historiker der DDR selbstverständliche Pflicht war. In der Geschichtswissenschaft der DDR wurde nämlich zu Anfang der fünfziger Jahre die selbstkritische Beschäftigung mit dem „Irrweg der Nation“ abgelöst durch eine bewußte Zuwendung zu Themen, die „echten Patriotismus“ hervorrufen sollten. Heimpels Feststellung, daß sich die Geschichtswissenschaft im westlichen Teil Deutschlands „gleichzeitig durch weltgeschichtliche Extensität und durch landesgeschichtliche Intensität“ auszeichne, Fragen nationaler Art hingegen ausspare, wertete Leo Stern als „das klare Eingeständnis der Krise der bürgerlichen Geschichtsschreibung der Gegenwart“. Bürgerliche Geschichtsschreiber, beteuerte Stern, seien „einfach nicht mehr imstande“, „die großen Fragen der Nation zu stellen und zu lösen“. Mit

²⁶ Rörig, Stand und Aufgaben (wie Anm. 19), 13.

²⁷ Hermann Heimpel, Entwurf einer Deutschen Geschichte. Eine Rektoratsrede [vom 9. Mai 1953], in: ders., Der Mensch in seiner Gegenwart (Göttingen 1954) 165.

beachtlicher „Meisterschaft im Handwerklichen“ verbinde sich bei ihnen „offenkundige Unfähigkeit, in den Kategorien der Nation zu denken“²⁸.

In der Historikerzunft des westlichen Deutschlands fand sich niemand, der Heimpels Entwurf aufgriff und verwirklichte. Erinnerungen an die politische Instrumentalisierung der Geschichte in der Zeit der Hitler-Diktatur schreckten ab und machten skeptisch gegen eine Geschichtsschreibung im Interesse nationaler Selbstvergewissereung. Verfassungsrechtlich garantierter Wissenschaftsfreiheit dispensierte von der Pflicht, für die Selbstfindung der Nation tätig zu werden. „Beides, die historische Überlegenheit der westlichen Mächte und Ideen sowie das deutsche Trauma, trugen“, wie Werner Conze bemerkte, „ihren Teil dazu bei, daß – in scharfem Gegensatz zum anderen Teil Deutschlands – die Geschichtswissenschaft der Gefahr des nationalen Identitätsverlustes wenig entgegenzusetzen versuchte.“²⁹

Skepsis gegen die Rekonstruktion identitätsstiftender Geschichtsauffassungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die geschichtswissenschaftliche Lehr- und Forschungstätigkeit, die in Hörsälen und Seminaren stattfand, als sich die Tore von Deutschlands Universitäten von neuem öffneten, durch ein hohes Maß an Kontinuität bestimmt war. Die „personelle Kontinuität“ blieb weitestgehend gewahrt. Keinem der politisch belasteten und deshalb zeitweilig entlassenen Mediävisten blieb auf Dauer die Rückkehr auf seinen Lehrstuhl verwehrt. Lehre und Forschung konnten dort fortgesetzt werden, „wo sie 1944, oder im uneingeschränkt freien Sinne, 1933 abgebrochen worden waren“. In der Tat: „Vieles ging altgewohnt weiter, als ob nichts Einschneidendes geschehen gewesen wäre.“³⁰

„Der Doyen der Göttinger Historiker, Karl Brandi, hatte im Wintersemester 1944/45 ‚Mittelalter I‘ gelesen“; für das Wintersemester 1945/46, das in Göttingen am 17. September begann, „kündigte er ‚Mittelalter II‘ an: Geschichte der deutschen Kaiserzeit“, um, wie Siegfried Kaehler nicht ohne Ironie bemerkte, „das farbenprächtige Bild deutscher Kaiserzeit vor einer großen und empfänglichen Zuhörerschaft“ von

²⁸ Leo Stern, Zur geistigen Situation der bürgerlichen Geschichtswissenschaft der Gegenwart, in: ZfG 1 (1953) 845 (bei dem Aufsatz handelt es sich um eine bei der Inaugurationsfeier am 28. November 1953 in der Aula der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gehaltene Rektoratsrede). – Vgl. dazu auch Engelbergs Forderung, daß es Sache der Geschichtswissenschaft sei, „echten deutschen Patriotismus“ zu entwickeln (s.u.S. 104, Anm. 50).

²⁹ Werner Conze, Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse, in: HZ 225 (1977) 14. – Vgl. z.B. Rörig, Stand und Aufgaben (wie Anm. 19), 12: „Gegenwartsbezogenheit hansischer Geschichte besteht für uns nicht darin, daß wir sie für eine politische Gegenwartsforderung als geschichtliche Legitimation verwerten wollen, sondern daß wir aus ihrem menschlich-politischen Verhalten zunächst einmal in unserer Aufgeschlossenheit lernen.“

³⁰ Conze, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 29), 11f. – Vgl. auch Karl Jordan, Aspekte der Mittelalterforschung in Deutschland in den letzten fünfzig Jahren, in: Ausgewählte Aufsätze zur Geschichte des Mittelalters (Kieler Historische Studien 29, Stuttgart 1980) 339: „In jüngster Zeit hat man der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 wiederholt den Vorwurf gemacht, sie sei rein restaurativ gewesen und habe nach dem Ende des Dritten Reiches dort wieder angefangen, wo sie 1933 aufgehört habe. Erst die moderne Soziologie habe ihr die erforderlichen neuen Denkanstöße gegeben. Dieser m.E. auch sonst nicht gerechtfertigte Vorwurf trifft für die deutsche Mediävistik schon deshalb nicht zu, weil für sie, wie ich zu zeigen versuchte, das Jahr 1933 keine Zäsur bildete, sondern ihre Arbeit in der Folgezeit kontinuierlich weiterging.“

neuem entstehen zu lassen³¹. Zwischen Mittelalter I und Mittelalter II lag die „größte Wende der europäischen Geschichte“³².

Die Zeit, die zu erforschen Sache der Mediävisten war, lag vor dem Absturz in die Barbarei. Sie mußten nicht Rechenschaft geben, weshalb eine junge, ungefestigte Demokratie dem Ansturm totalitärer Kräfte nicht standgehalten hatte. Das deutsche Mittelalter war „bei der Suche nach den Ursachen der Katastrophe kaum gefragt“³³. Nur mit Hilfe abstruser Konstruktionen ließ sich die mittlere Zeit in die unmittelbare Vorgeschichte des faschistischen Gewalt- und Unrechtsstaates einbeziehen. Korrumptiert waren einige historische Phänomene, die parteihörige Mediävisten zu Versatzstücken der nationalsozialistischen Ideologie gemacht hatten. Der mittelalterliche Reichsgedanke, der in den Jahren zuvor für die Legitimation großdeutscher Raumpolitik herhalten mußte, war angesichts der Niederlage und Teilung Deutschlands obsolet geworden. Heinrich Fichtenau veröffentlichte 1949 ein Buch über „Das karolingische Imperium. Soziale und geistige Problematik eines Großreiches“, in dem er – zeitgenössische Erfahrungen nicht aussparend – unverhohlene Skepsis gegen alle Formen großräumiger Herrschaftsbildung zum Ausdruck brachte³⁴. Heinz Löwe brachte „Grenzen des Kaisergedankens“ zu Bewußtsein³⁵. Das Zeugnis der Quellen entlarnte

³¹ Heimpel, Neubeginn (wie Anm. 7), 165 und Anm. 22.

³² Ebd., 165. – Die von Brandi praktizierte Kontinuität war nicht unsymptomatisch, aber keinesfalls die Regel. Der Freiburger Mediävist Gerd Tellenbach hielt am Spätnachmittag des 9. März 1945 seine „letzte Vorlesung, über den heiligen Franciscus in Kunst und Legende“, nachdem er „noch den Sonnengesang vorgetragen hatte“. Weil „Luftalarm gegeben wurde“, berichtet Tellenbach, „sprach ich im Keller der Wohnung unseres Althistorikers Joseph Vogt“ (Gerd Tellenbach, Aus erinnerter Zeitgeschichte (Freiburg i. Br. 1981) 98). Bereits 1945 verfaßte er „eine Schrift, trotz der ungünstigen Alltagsbedingungen, trotz der vielen Änderungen des Aufenthaltsortes, oft auf den Knien schreibend, ‚Die deutsche Not als Schuld und Schicksal‘“ (ebd., 113f.). Im Wintersemester 1946/47 und im Sommersemester 1947 hielt er „eine je einstündige zusammenhängende Vorlesung über das geschichtliche Bewußtsein von der Goethezeit bis zur Gegenwart“ (119).

³³ Horst Fuhrmann, Das Interesse am Mittelalter in heutiger Zeit. Beobachtungen und Vermutungen, in: Einladung ins Mittelalter (München 1987) 265.

³⁴ Friedrich Heer suchte in seinem „cum ira et studio“ geschriebenen Buch über den „Aufgang Europas. Eine Studie zu den Zusammenhängen zwischen politischer Religiosität, Frömmigkeitsstil und dem Werden Europas im 12. Jahrhundert“ (Wien, Zürich 1949) in dem „Raum- und Kraftfeld des Alten Reiches“ den „Ansatzpunkt der tragischen Konfusion der deutschen Geschichte“ ausfindig und kenntlich zu machen. Seine These lautete: „Der Totalstaatsversuch Hitlers läßt sich nur von reichischen Bezügen her verstehen – aus der Perversion, gewiß, aber auch aus der echten Nachfolge des alten Sacrum Imperium. Die Glaubenskräfte, die ihm zuflossen, fließen aus sicherlich getrübten, aber alten Quellen“ (ebd., 659). – Zu Heers Deutung des Mittelalters vgl. Anton Mayer-Pfannholz, Friedrich Heer und die Krise des Mittelalters, in: Hochland 25 (1952/53) 455 bis 464; Hermann Heimpel, Entromantisierung der Geschichte, in: Deutsche Universitätszeitung Jg. 8, H. 5 (1953) 18.

³⁵ Heinz Löwe, Von den Grenzen des Kaisergedankens in der Karolingerzeit, in: DA 14 (1958) 345–374; ders.: Kaisertum und Abendland in ottonischer und frühsalischer Zeit, in: HZ 96 (1963) 529–562. Vgl. dazu auch Klaus Schreiner, Friedrich Barbarossa – Herr der Welt, Zeuge der Wahrheit, die Verkörperung nationaler Macht und Herlichkeit, in: Die Zeit der Staufer. Geschichte – Kunst – Kultur, hrsg. von Reiner Hausherr, Christian Väterlein, Bd. 5 (Stuttgart 1979) 559f.

den angeblichen Weltherrschaftsanspruch des mittelalterlichen Kaisertums als politisch aufgeladene Ideologie. „Aus der Ostkolonisation“, einem beliebten Gegenstand nationalsozialistischer Geschichtsideologie, „wurde die Flüchtlingsfrage, deren Bewältigung die Menschen mehr beschäftigte, als das Räsonieren über eine angeblich unverlierbare historische Leistung“³⁶.

Nicht zuletzt war es das liberal-demokratische Gedankengut der westlichen Welt, das die Wiederherstellung einer freien, von expliziten politischen Vorgaben entlasteten Praxis geschichtswissenschaftlicher Forschung förderte. Das Freiheitsideal westlicher Prägung, an dem sich der staatliche und gesellschaftliche Wiederaufbau nach 1945 orientierte, gebot Freiheit des Lehrens und Forschens. Politische Auflagen waren mit dem Ideal westlicher Demokratie nicht zu vereinbaren. Demokratische Rahmenbedingungen ermöglichten die keinesfalls selbstverständliche Tatsache, daß ein Traditionssprung in der Geschichtswissenschaft nicht stattfand. Objektivität, das Kenn- und Ehrenzeichen freier Wissenschaft, stiftete Zusammenhang mit den besten deutschen Wissenschaftstraditionen, die, hält man sich an das wissenschaftliche Selbstverständnis der Zeitgenossen, nur zwischen 1933 und 1945 eine zeitweilige Trübung erfahren hatten. Es gab in der westlichen Republik weder 1945 noch in den Jahren danach politische, parteiliche oder parlamentarische Beschlüsse über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft“, kein staatliches Organ, das Vorgaben und Vorschriften machte, keinen Verband, der Forschungspläne dekretierte. Der einzelne war auf sich selber, seine Erfahrungen, sein Gewissen und sein Verantwortungsgefühl zurückgeworfen. Die vom Parlamentarischen Rat geschaffene Verfassung der Bundesrepublik garantierte die „Freiheit der Wissenschaft, der Forschung und Lehre“; sie verpflichtete zur „Treue zur Verfassung“, um einen Freiheitsgebrauch, der die Existenzbedingungen der Demokratie und damit die Freiheit aller aufs Spiel setzt, zu verhindern.

Der kontinuierliche Fortgang der Mittelalterforschung ist allenthalben mit Händen zu greifen. Alte, bewährte Forschungsinstitute wurden wiederaufgebaut; neue, welche bestehende Forschungsmöglichkeiten ausweiteten, kamen hinzu. Als Innovationsschub wirkten sie nicht. Nach einem Asyl von fünf Jahren im fränkischen Pommersfelden nahmen die ursprünglich in Berlin beheimateten „Monumenta Germaniae Hi-

³⁶ Fuhrmann, Interesse am Mittelalter (wie Anm. 33). – Das schloß nicht aus, daß schon bald nach 1945 eine intensive Beschäftigung mit der Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete einsetzte; siehe dazu das Literaturverzeichnis in dem jüngst erschienenen Buch von Charles Higonet über „Die deutsche Ostbesiedlung im Mittelalter“ (Berlin 1986). Verf. spricht ebd., S. 18 von einer in der Bundesrepublik nach 1945 gepflegten „Ostforschung“, die „weiterhin sehr röhlig ist“. Zu erinnern bleibt an die seit Anfang der fünfziger Jahre erscheinenden „Quellen und Darstellungen zur schlesischen Geschichte“, die von der „Historischen Kommission für Schlesien“ herausgegeben werden, sowie an das Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität, das im Auftrag der „Stiftung Kulturerbe Schlesien“ seit 1955 erscheint. Nicht zu vergessen sind auch eine Reihe respektabler Urkundeneditionen: das Schlesische Urkundenbuch, das Preußische Urkundenbuch, das Pommersche Urkundenbuch, die Urkunden und Regesten zur Geschichte des Templerordens im Bereich der Bistümer Cammin und Brandenburg und der Kirchenprovinz Gnesen.

storia“ im September 1949 in München ihre Arbeit wieder auf. Sie taten das als gesamtdeutsches Unternehmen, dem eine Aufteilung der Wissenschaft nach Maßgabe der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und politischen Blöcken noch fremd war. Zu Anfang der 50er Jahre entstand der „Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte“, dessen „Vorträge und Forschungen“ zu einem wichtigen und gewichtigen Organ der deutschen Verfassungsgeschichte wurden. Nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten wurde 1953 das Deutsche Historische Institut in Rom von neuem eröffnet. Das 1955 gegründete Max-Planck-Institut für Geschichte widmete sich der Erforschung der mittelalterlichen Königspfalzen, um Klarheit darüber zu erlangen, was diese Zentren königlicher Herrschaft und Wirtschaft eigentlich waren. Aus der Hinterlassenschaft seines Vorfäters, des Historischen Instituts bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin, hatte das Max-Planck-Institut die Germania Sacra übernommen, ein für die mittelalterliche Kirchengeschichte grundlegendes Forschungsvorhaben.

Die alten Zeitschriften erschienen wieder, ohne daß sich deren Herausgeber über neue Konzepte Gedanken machten. Grundsätzliche Stellungnahmen brachten die „Hansischen Geschichtsblätter“ und das „Archiv für Kulturgeschichte“. Fritz Rörig plädierte als Vorsitzender des Hansischen Geschichtsvereins für eine neue Geschichtswissenschaft im Geist der Wahrhaftigkeit und Objektivität, für die behutsame Pflege eines „in sich selbst objektiv wertvollen Abschnitts der deutsch-europäischen Geschichte . . . aus einer sich wandelnden und erneuernden Geisteshaltung“ heraus, um den „inneren Gehalt der hansischen Geschichte fruchtbar machen“ zu können „für die allmähliche Überwindung unserer großen deutschen Not“³⁷. Die Herausgeber des „Archivs für Kulturgeschichte“, Walter Goetz, Herbert Grundmann und Fritz Wagner, gaben Rechenschaft darüber, weshalb sie den Begriff „Kulturgeschichte“ dem Begriff „Geistesgeschichte“ vorziehen. Der Begriff „Kulturgeschichte“, argumentierten sie, sei „noch immer besser geeignet, das Ganze des geschichtlichen Lebens zu umgreifen“, indem der Begriff „Geistesgeschichte“ in seiner vieldeutigen Unbestimmtheit oft missbraucht wurde und „fast schon zum Schlagwort“ deformiert sei. Der Begriff „Geistesgeschichte“, führten sie aus, könne nämlich zu der einseitigen Auffassung verführen, „als ließe sich die Geschichte des Geistes getrennt von der Betrachtung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen Kräfte und Bewegungen verstehen; er wäre damit nur die Kehrseite, nicht die Überwindung einer ‚materialistischen‘ Geschichtsauffassung“³⁸. Das war ein zaghafter Versuch, Lamprechts Begriff der Kulturgeschichte,

³⁷ Rörig, Stand und Aufgaben (wie Anm. 19), 13.

³⁸ Archiv für Kulturgeschichte 33 (1951), Vorwort 1f. – Was Goetz unter ‚Kulturgeschichte‘ verstand und wie er sie betreiben wollte, blieb nicht folgenlos. Hans Baron widmete sein 1955 erschienenes Buch „The Crisis of the Early Italian Renaissance“ (1955) seinem Lehrer Walther Goetz, der ihn lehrte, „daß die Historie das Studium sowohl der Politik als auch der Kultur umfassen sollte“. Baron ging von zwei Grundannahmen aus. „Erstens: die Renaissance war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des Denkens; die Wandlungen im Bereich der Kunst lassen sich in einen Zusammenhang mit neuen Ideen und neuen Idealen bringen. Zweitens: die Ursache für kulturelle Wandlungsprozesse muß man in der Gesellschaft als ganzer suchen“. (zit. nach Peter Burke, Die Renaissance in Italien. Sozialgeschichte einer Kultur zwischen Tradition und Erfindung (Berlin 1984) 24.)

demzufolge Wechselwirkungen zwischen ideellen und materiellen Faktoren historische Prozesse konstituieren, für den Neubeginn fruchtbar zu machen.

Die „Hansischen Geschichtsblätter“ und das „Archiv für Kulturgeschichte“ blieben Ausnahmen. Verzicht auf Erwägungen grundsätzlicher Art kennzeichnet gemeinhin das Wiedererscheinen mediävistischer Zeitschriften. Das „Deutsche Archiv“ stellte 1944 mit Band 7 sein Erscheinen ein; als Band 8 erschien 1950 der erste Nachkriegsband. Wäre dem Band 8 nicht ein Vorwort über die mühselige Neuorganisation der „Monumenta“ vorausgeschickt und stünde in diesem nicht, daß „von einer Wiederwahl des früheren Präsidenten des ehemaligen Reichsinstituts, Prof. Theodor Mayer, mit Rücksicht auf seine politische Belastung abgesehen werden“ mußte³⁹, an der thematischen Gestaltung der beiden Bände und an der Auswahl der Autoren könnte man nicht ablesen, daß sich in der Zwischenzeit die politische Umwelt von Grund auf geändert hatte.

Kontinuität dokumentiert sich in zahlreichen Monographien, die während des Dritten Reiches veröffentlicht worden waren und nach 1945 unverändert nachgedruckt wurden. Ein ganzes Bündel von Arbeiten müßte da genannt werden: „Die Entstehung des Deutschen Reiches“ von Gerd Tellenbach⁴⁰, der „Staat des hohen Mittelalters“ von Heinrich Mitteis, die „Fürstenspiegel“ von Wilhelm Berges, die „Entstehung der Landesherrschaft“ von Walter Schlesinger, „Land und Herrschaft“ von Otto Brunner, wenn auch nicht ganz unverändert, aber immerhin. In unverändert altem Wortlaut wurden von neuem gedruckt Carl Erdmanns „Entstehung des Kreuzzugsgedankens“ sowie die „Gesammelten Aufsätze“ von Hans-Walter Klewitz. Die Entwürfe des ideenreichen Hans-Walter Klewitz, der nicht mehr aus dem Krieg zurückkehrte, sind von anderen nach 1945 aufgegriffen und verwirklicht worden.

Das mehrbändige Werk von Percy Ernst Schramm über „Herrschartszeichen und Staatssymbolik“, das seit Anfang der 50er Jahre erschien, verkörperte nicht ein neues Paradigma geschichtswissenschaftlicher Forschung, sondern setzte fort und brachte zum Abschluß, was Schramm in seinem bereits 1928 veröffentlichten Werk „Die deutschen Kaiser und Könige in Bildern ihrer Zeit“ begonnen hatte. Auch die von Gerd Tellenbach zu Anfang der 50er Jahre in Gang gebrachte „Erforschung mittelal-

³⁹ Friedrich Baethgen, Bericht für die Jahre 1943–1948, in: DA 8 (1950/51) 6. – Ebd., 3, findet sich auch ein Hinweis auf das „sogenannte Führerprinzip, das der Organisation des 1935 begründeten Reichsinstituts zugrunde gelegt war“, und das „nach der Auffassung des weitaus überwiegenden Teils der maßgebenden Fachgelehrten auf dem wissenschaftlich-organisatorischen Gebiet nicht weniger versagt“ hatte „als auf dem politischen“.

⁴⁰ Zur Entstehungsgeschichte des Buches vgl. Tellenbach, Erinnerte Zeitgeschichte (wie Anm. 32), 116: „Das Buch von 1940 hatte ich 1943 für eine dritte Auflage leicht überarbeitet. Während der Drucklegung war der Satz dreimal von Bränden zerstört worden. Nach dem Untergang des dritten Reiches beschloß ich in begreiflicher Absicht, es ohne die geringste Änderung zu veröffentlichen. Doch fügte ich ein Nachwort mit dem Datum Ostern 1946 hinzu. Darin ist die Rede von der gewaltamen Losreißung, ja Vernichtung des deutschen Ostens, der in jahrhundertelanger, überwiegend friedlicher Kulturleistung dem alten Reich zugewachsen sei. Wieder wird gesagt, die Deutschen seien ohnmächtig in der Hand ihrer Überwinder. Es komme alles darauf an, ob sie den Willen hätten, ein Volk zu bleiben, wie sie es zu Beginn ihrer Geschichte geworden seien.“

terlicher Personen“, ein Unternehmen, dessen Anstöße bei der Rekonstruktion adliger Verwandschaftsverbände, klösterlicher Gemeinschaften und sozialer Gruppen bis zur Gegenwart nachwirken, ging auf Vorarbeiten und Überlegungen der 40er Jahre zurück⁴¹.

Was systemunabhängige Beharrungskraft im Umgang mit der Geschichte des Mittelalters sein kann, beweisen die Arbeiten von Herbert Grundmann, der in der Weimarer Republik promoviert wurde, 1935 seine Habilitationsschrift aus dem Jahre 1933 veröffentlichte und nach 1945 produktiv erforschte, was ihn schon immer interessierte: Joachim von Fiore, Bildung und Sprache, religiöse Bewegungen und Formen religiöser Vergemeinschaftung. Von den „Religiösen Bewegungen“ aus dem Jahre 1935 erschien 1960 ein „unveränderter Nachdruck“, von den „Studien über Joachim von Fiore“ von 1926 ein solcher 1966. Mit dem Bekenntnis zur Kontinuität der eigenen Arbeit verband sich bewußte Abkehr von einem Geschichtsbegriff, der das einfache „Tatsachengerüst“ der Staatengeschichte zum vornehmsten Ziel historischer Arbeit machte.

Als Herbert Grundmann im Jahre 1951 über „Neue Aufgaben der Monumenta Germaniae Historica“ Rechenschaft gab, rechtfertigte er die „Aufnahme von Dichtungen und Briefen, Streitschriften und politischen Traktaten des Mittelalters in die Monumenta“ mit dem Argument, daß „sie uns als besonders wertvolle Zeugnisse für das geistige Leben, das politische Wollen und Denken des Mittelalters selbst“ gelten⁴². Als historisch bedeutsam erschienen derartige Texte nicht zuletzt deshalb, weil deren Verfasser nach dem „Sinn der Geschichte und des menschlichen Daseins“ fragten. In der Gemeinsamkeit des Fragens erblickte Grundmann eine Brücke zwischen Gegenwart und Vergangenheit, eine Verbindung, die seiner Auffassung nach auch die neuen, geistesgeschichtlichen Monumenta-Pläne rechtfertigte. Editions- und erinnerungswürdig waren diese Schriften seiner Ansicht nach nicht wegen ihres gesellschaftsgeschichtlichen Nutzwertes, sondern als literarische Denkmale für ein „waches Geschichtsbewußtsein überhaupt“⁴³. Auf der „Sorge um den rechten Text“, der auch „die Sorge um das rechte Verständnis der kritisch aufgearbeiteten Überlieferung“ einschließt⁴⁴, beruhen bis heute Leistung, Legitimation und Ausstrahlung der Monumenta.

2. Neubeginn in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik: Von der bürgerlichen zur marxistischen Mediävistik

Wandel von Grund auf prägte den Aufbau der Mediävistik in der Deutschen Demokratischen Republik. Mit der Veränderung staatlicher Rahmenbedingungen, die eine neue Geschichtswissenschaft, ein neues Geschichtsbild und eine Neuorganisation

⁴¹ Gerd Tellenbach, Zur Bedeutung der Personenforschung für die Erkenntnis des früheren Mittelalters (Freiburger Universitätsreden 25, Freiburg i. Br. 1957) 9 ff.

⁴² Herbert Grundmann, Neue Aufgaben der Monumenta Germaniae Historica, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 2 (1951) 544.

⁴³ Ebd., 547.

⁴⁴ Horst Fuhrmann, Die Sorge um den rechten Text, in: DA 25 (1969) 15.

der wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbedingungen erforderlich machten, war zugleich ein Wechsel der Generationen verbunden. „Während sich die in der Deutschen Demokratischen Republik damals tätigen bürgerlichen Mediävisten“, schrieb Leo Stern rückblickend auf die beginnenden 50er Jahre, „von der Mitarbeit an einem ‚Lehrbuch der deutschen Geschichte‘ ausschlossen, hatte sich unter meiner Leitung ein Kreis von jungen marxistischen Mediävisten erst herauszubilden begonnen.“ Dem fügte Stern hinzu: „Die noch junge marxistische Mediävistik der Deutschen Demokratischen Republik“ übernahm Aufgaben, denen sich bürgerlich denkende Mediävisten verweigerten⁴⁵. Als Heinrich Sproemberg im Jahre 1956 in seiner Festrede aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des traditionsreichen Instituts für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig die Leistungen des Instituts und seiner Mitarbeiter würdigte, hieß es von manchem, dessen Name im Text der Rede gesperrt gedruckt war, in einer kleingedruckten Anmerkung: „Lehrt heute an der Freien Universität in Berlin“ oder „Lehrt heute in Freiburg“⁴⁶.

Was Mediävisten in der DDR tun sollten, war vordefiniert durch den „Gegenstand der marxistischen Geschichtswissenschaft“, der folgende Bereiche und Problemfelder umfaßt: „die sozialökonomischen Entwicklungsgesetze, die Entstehung und Entwicklung der Klassen, die feindlichen oder nichtfeindlichen Beziehungen der Klassen untereinander und zum jeweiligen Staat sowie die im realen gesellschaftlichen Prozeß entstehenden und auf ihn rückwirkenden Ideologien“⁴⁷.

Die „junge marxistische Mediävistik“, die sich im Zuge verstärkter parteipolitischer Gleichschaltung seit Anfang der 50er Jahre herauszubilden begann, folgte im Sinne der staatstragenden Partei den geschichtstheoretischen Vorgaben des Marxismus-Leninismus. Mit dem Bekenntnis zu Marx und Engels verband sich die Überzeugung, daß es allein „auf dem Boden des Materialismus“ möglich sei, „den gesetzmäßigen Zusammenhang in der gesellschaftlichen Struktur und Entwicklung“ aufzuzeigen⁴⁸. Schwerpunkte ihrer Arbeit bildeten sozialökonomische Probleme und ideologische Fragen bei der Herausbildung und Festigung der Feudalordnung und des Feudalstaates. Indem sich Mediävisten der DDR dieser Fragen annahmen, erfüllten sie einen Auftrag der Partei und einen Dienst an der sozialistischen Nation.

⁴⁵ So im Vorwort zur ersten Auflage von „Deutschland in der Feudalepoche von der Wende des 5./6. Jahrhunderts bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts“, hrsg. von Leo Stern, Hans-Joachim Bartmuß (Berlin 1973) 9.

⁴⁶ Heinrich Sproemberg, Zum 50. Jahrestag der Gründung der Abteilung Landesgeschichte, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig 6 (1956/57) 201 und Anm. 1 und 3.

⁴⁷ Ernst Engelberg, Politik und Geschichtsschreibung. Die historische Stellung und Aufgabe der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: ZfG 8 (1969) 475f.

⁴⁸ Ebd., 474. – Vgl. ebd., 475: Nur „wir Marxisten“, versicherte Ernst Engelberg in einem Vortrag bei der Gründungskonferenz der „Deutschen Historiker-Gesellschaft“ am 18./19. März 1958 in Leipzig, sind in der Lage, „Wissenschaft im Sinne des Wissens von den gesetzmäßigen Zusammenhängen“ zu betreiben, indem die bürgerliche Geschichtsliteratur, unbeschadet ihres formalen Glanzes und ihrer handwerklichen Gediegenheit, „im Hinblick auf den historischen und gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang der dargestellten historischen Fakten“ als unwissenschaftlich zu gelten habe.

Auf seiner siebten Tagung im Oktober 1951, auf der das Zentralkomitee der SED über „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei“ Entschlüsse faßte, beschloß es auch „einen wesentlichen Ausbau der institutionellen Grundlagen für die Erforschung der deutschen Geschichte und der Propagierung des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse“⁴⁹. Die „Partei der Arbeiterklasse“ verlange, wie Ernst Engelberg in Erwägungen „über Partei und Geschichtswissenschaft“, die er Walter Ulbricht zum 70. Geburtstag widmete, ausführte, „von uns Historikern der DDR“, „eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung auszuarbeiten“, um gegenüber „der volksfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus“ gewappnet zu sein, „gegenüber seinen antinationalen kosmopolitischen Lehren [gemeint war der ideologische Wechselbalg der Europa- und Atlantikidee] ... die nationale Würde des deutschen Volkes zu wahren“ und für den Kampf um Deutschlands Einheit einen „echten deutschen Patriotismus“ zu entwickeln⁵⁰.

Wie die Mitarbeit der Mediävisten an einer „Neuformung des deformierten deutschen Geschichtsbildes“ konkret aussehen sollte, erläuterte Leo Stern in einem Vortrag auf dem ersten Kongress der Archivare der DDR in Weimar am 28. Mai 1952. Die „Gegenwartaufgaben der deutschen Geschichtsforschung“ beschrieb er metaphorisch als Form der Schuttbeseitigung, an der sich auch die Mittelalterforschung beteiligen sollte. Um „den reaktionären ideologischen Schutt wegzuräumen“, sei es Sache der Mediävisten, „die bis ins Hochmittelalter zurückreichenden Freiheits- und Kampftraditionen des deutschen Volkes klar herauszustellen, die in den bäuerlich-plebejischen Bauernerhebungen des 15. und 16. Jahrhunderts, namentlich im großen deutschen Bauernkrieg von 1525, ihren Höhepunkt fanden“. Mediävisten waren auch dann gefragt, wenn es galt, „das große deutsche Kulturerbe in Kunst und Wissenschaft, die schöpferische Kraft und das Genie des deutschen Volkes, die Ideen des Fortschritts, der Demokratie, der Freiheit, des Humanismus, der Gegenwart nahezubringen und mit den fortschrittlichen Zielsetzungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kunst, Kultur und Wissenschaft organisch zu verbinden“⁵¹.

Offiziellen, für alle Historiker verbindlichen Charakter nahmen Sterns Imperative in einem Beschuß des Zentralkomitees der SED an, das sich im Sommer mit der „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ befaßte. Über Funktionen und Ziele einer friedliebenden, antiimperialistischen und antimilitaristischen Geschichtswissenschaft hieß es in dieser Grundsatzzerklärung: „Die fortschrittliche deutsche Geschichtswissenschaft ist eine scharfe ideologische Waffe bei der Erfüllung der vom IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellten Aufgaben bei der Erziehung der Ar-

⁴⁹ Ernst Engelberg, Über Partei und Geschichtswissenschaft. Zum 70. Geburtstag von Walter Ulbricht, in: *ZfG* 11 (1963) 657.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Leo Stern, Gegenwartaufgaben der deutschen Geschichtsforschung, in: Archiv und Geschichtsforschung. Hrsg. von der Hauptabteilung Archivwesen im Ministerium des Innern der Regierung der DDR (Berlin 1953) 50f.

beiterklasse und aller Werktägigen im Geiste des Patriotismus und des proletarischen Internationalismus, im Kampf gegen die verderbliche Ideologie der imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland.“⁵² Erforscht, gelehrt und dargestellt werden sollte „vor allem das Wirken und die Kämpfe der Massen des deutschen Volkes von den Anfängen der deutschen Geschichte bis zur Gegenwart“, um auf diese Weise „unser Volk mit Stolz auf seine großen geschichtlichen Leistungen zu erfüllen und es zur Lösung seiner patriotischen Aufgaben zu rüsten“⁵³. Eine Wissenschaft, die vornehmlich an der aktiven Rolle der Volksmassen interessiert war, brach mit dem Grundsatz von der gleichrangigen Dignität des historischen Gegenstandes. Sie wählte und fällte aus. Kirche begegnet in einer so verstandenen und praktizierten Mediävistik nur noch als ideologisches Rückgrat des Feudalismus. Kanonistik und kirchliche Verfassungs- und Institutionengeschichte blieben aus Forschungsplänen ausgespart; Urkundenforschung und Handschriftenkunde blieben auf der Strecke. Das spannende Geschäft der Überlieferungsgeschichte fand nicht mehr statt. Quelleneditionen wurden zu einem politischen Wertproblem. Die Editionswürdigkeit eines Textes bestimmte sich nach dem Prinzip marxistischer Parteilichkeit.

Eine Mediävistik, welche die „Rolle der Volksmassen der geschichtlichen Entwicklung“ untersuchen sollte, war gehalten, insbesondere „die Freiheitskämpfe der Germanen gegen die römischen Sklavenhalter“ sowie „die Klassenkämpfe der deutschen Bauern in der Periode der Herausbildung und Festigung des Feudalismus“ zu erforschen⁵⁴. An die Stelle selbstquälerischer Reflexionen über die Ursachen der deutschen Katastrophe sollte die Erforschung nationaler Traditionen treten, die selbstbewußt und staatstreu machen. In einer bilanzierenden Abwägung über Erfolge und Mängel der Geschichtswissenschaft der DDR wurde diese Neuorientierung als bedeutsamer Fortschritt herausgestellt. „In der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“, hieß es, „wurde in den letzten Jahren die Darstellung der deutschen Geschichte als einer einzigen Misere, die den antinationalen, kosmopolitischen Versklavungsplänen der angloamerikanischen und deutschen Imperialisten Vorschub leistete, weitgehend überwunden. Die Historiker wandten sich der Erforschung der großen nationalen Traditionen unseres Volkes zu – besonders in der Zeit der Reformation und des Bauernkrieges, der Zeit des nationalen Befreiungskampfes des deutschen Volkes gegen die napoleonische Fremdherrschaft und der Revolution 1848/49.“⁵⁵ Als Mangelerscheinung wurde folgendes Phänomen verbucht: „Es wurde kein beharrlicher Kampf geführt, um die feindlichen Einflüsse, die die reaktionären Kräfte in der westdeutschen Geschichtsschreibung auf die parteilosen Historiker in der DDR auszuüben versuchten, zu zerschlagen und die überwiegende Mehrzahl der parteilosen Historiker im Kampf um die Sicherung des Friedens und die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands zu unseren festen Verbündeten zu machen.“⁵⁶

⁵² Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 3 (1955) 507.

⁵³ Ebd., 514.

⁵⁴ Ebd., 514.

⁵⁵ Ebd., 508.

⁵⁶ Ebd., 513.

Gefordert wurde eine zentral gelenkte „Koordinierung und Planung der geschichtswissenschaftlichen Arbeit, besonders der Forschungstätigkeit“⁵⁷. Die Sektion Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften sollte in Zusammenarbeit mit allen Geschichtswissenschaftlern und Archivaren „einen langfristigen Forschungsplan der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ ausarbeiten, um genau festzulegen, welche „wissenschaftlichen Werke, Monographien, Aktenpublikationen usw.“ von Historikern in der DDR ausgearbeitet werden sollen; desgleichen sollten „Empfehlungen für die Themen der Dissertations- und Habilitationsarbeiten gegeben“ werden⁵⁸. „Kampf gegen die reaktionäre bürgerliche Geschichtsschreibung in Westdeutschland“ galt als unabdingbare Voraussetzung „für die nationale Einigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage“⁵⁹.

Historiker, die sich mit alter, mittlerer und neuer Geschichte befaßten, erfüllten beim Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens eine Funktion. Der gesellschaftliche Nutzwert wissenschaftlich betriebener Geschichte mußte nicht wortreich herbeigeredet werden. Wissenschaft von der Geschichte, die zu der von Staat und Partei geforderten politischen Selbstbehauptung und ideologischen Abgrenzung beitrug, brauchte ihre gesellschaftliche Relevanz nicht zu beweisen. Sie verstand sich von selbst.

Die „Geschichte der neuesten und allerneuesten Zeit“ zu erforschen, befand Ernst Engelberg, gebiete „politische Notwendigkeit“, die jedoch „nicht dazu verleiten“ sollte, „daß wir die Geschichte des Altertums und des Mittelalters zu ignorieren beginnen“. Die Erforschung vormoderner Geschichtsepochen legitimiere sich gleichermaßen aus historischen und aktuellen Gründen. Auch die „Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus“ hätten sich für die antike und mittelalterliche Welt interessiert. Dem, was Marx im ersten Band seines Kapitals über „Ware und Geld“ schreibe, liege „ein sehr konkretes Studium der antiken Produktions- und Austauschweise zugrunde“. Das dreibändige Gesamtwerk enthalte „ganze Partien über den europäischen Feudalismus“; „Engels hätte den Anti-Dühring nicht ohne Kenntnisse der Antike und des Mittelalters schreiben können“. Ernst Engelberg umschrieb die Aufgaben einer zeitgemäßen Erforschung des Altertums und des Mittelalters so: „Die Vertiefung und lebendige Verbreitung des historischen Materialismus, aber auch unseres revolutionären Humanismus, der von dem Fortschritt in der menschlichen Geschichte besetzt ist; die Verstärkung unserer atheistischen Propaganda – sie erfordern weiterhin die marxistische Erforschung und Darstellung der Geschichte des Altertums und des Mittelalters.“ Um eine solche Aufgabe richtig und massenwirksam erfüllen zu können, müßten sich Althistoriker und Mediävisten jedoch Klarheit darüber verschaffen, „daß ihr Forschen und Gestalten nur dann lebendig und selbst wieder geschichtsmächtig ist, wenn sie – auch wieder getreu dem Vorbild von Marx und Engels – die Zeitgeschichte beherrschen“⁶⁰.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd., 513; 521.

⁵⁹ Ebd., 526.

⁶⁰ Engelberg, Politik und Geschichtsschreibung (wie Anm. 47), 495.

Auf einer Tagung in Wernigerode (Harz) konstituierte sich im Januar 1960 die „Sektion Mediävistik der Deutschen Historiker-Gesellschaft“, „um die Mediävisten organisatorisch zusammenzufassen und auf dieser Grundlage alle Kräfte auf bestimmte Schwerpunkte der mittelalterlichen Geschichte zu lenken und diese in kollektiver Arbeit zu lösen“⁶¹. Die Gründungskonferenz befaßte sich mit zwei Themen: zum einen mit „Problemen städtischer Volksbewegungen im 14. Jahrhundert“, zum anderen mit „Problemen der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts“. „In beiden Themenkreisen“, hieß es in einem Tagungsbericht, „stand die Rolle der Volksmassen, darunter besonders der plebejischen Schichten, im Mittelpunkt des Interesses, wobei im wesentlichen die marxistische Geschichtsauffassung vertreten und durchgesetzt wurde.“⁶² Als Aufgabe für die Zukunft wurde formuliert: „Vor allem sind das Studium und die Anwendung des historischen Materialismus zu verstärken, die marxistische Forschung der sozialistischen Staaten besser auszuwerten und Formen zu finden, in denen die kollektive Arbeit vor sich gehen kann.“⁶³

Persönliche Wissenschaftsinteressen zu verfolgen, blieb – zumindest der offiziellen Theorie nach – Historikern der DDR verwehrt. „Alles, was der Historiker schreibt und sagt“, konstatierte Ernst Engelberg, „ist letztlich deshalb geschrieben oder gesagt, damit es unsere Staatsbürger in dieser oder jener Form erreicht und ihnen bei der Lösung ihrer gegenwärtigen Aufgaben hilft.“⁶⁴ Eine „patriotische Erziehung der Werktätigen“ versprach man sich insbesondere von der Regionalgeschichte, welche „die Heimatgeschichte, Stadtgeschichte, die Geschichte administrativer Gebietseinheiten (Bezirke, Kreise) und der örtlichen Arbeiterbewegung sowie die Betriebsgeschichte“ umfaßte⁶⁵. Bereits in den Beschlüssen des Zentralkomitees der SED vom Jahre 1955 hieß es: „Um die Liebe zur Heimat zu stärken und die Werktätigen an die Fragen der Geschichte heranzuführen, muß der Erforschung und Popularisierung der geschichtlichen Entwicklung in den einzelnen Städten und Kreisen der Republik große Aufmerksamkeit geschenkt werden.“⁶⁶ Zur methodischen und inhaltlichen Weiterentwicklung dieses Aufgaben- und Forschungsbereichs gab der VIII. Parteitag der SED vom Jahre 1971 „starke Impulse“⁶⁷. Das „sozialistische Heimatgefühl“ sollte durch die Popularisierung von Forschungsergebnissen mit erzieherischem Wert sowie durch „kooperative Erforschung der Regionalgeschichte durch Laien und Fachkräfte“ gefördert und gesteigert werden. Regionalgeschichte sollte jedoch nicht allein „Liebe zur

⁶¹ Adolf Laube, Gründungskonferenz der Sektion Mediävestik der Deutschen Historiker-Gesellschaft, in: ZfG 8 (1960) 964f.

⁶² Ebd., 974.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ernst Engelberg, Die Aufgaben der Historiker der DDR von 1964 bis 1970, in: ZfG 12 (1964) 391.

⁶⁵ Verbesserung der Forschung und Lehre (wie Anm. 52), 525; Peter Sonnet, Heimat und Sozialismus. Zur Regionalgeschichtsschreibung in der DDR, in: HZ 235 (1982) 122.

⁶⁶ Verbesserung der Forschung und Lehre (wie Anm. 52), 525.

⁶⁷ Sonnet, Heimat und Sozialismus (wie Anm. 65), 122.

sozialistischen Heimat“ wecken und zur „Erziehung der Werktägigen im Geiste des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus“ beitragen, sondern auch – wie die allgemeine Geschichtswissenschaft – „die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Historiographie“ pflegen⁶⁸.

Sich mit Erträgen westdeutscher Mittelalterforschung auseinanderzusetzen, war nicht Sache kritischer Kommunikation in einer gemeinsamen, grenzüberschreitenden „scientific community“, sondern Bestandteil marxistischer Wissenschaftsprogrammatik. Als Maßstab der Kritik diente die „ökonomische Gesellschaftsformation antagonistischen Charakters“. Die „ökonomische Gesellschaftsformation“, der wichtigste Maßstab bei der Beurteilung der Arbeiten von ‚bürgerlichen‘ Mediävisten, gab Auskunft über Triebkräfte geschichtlicher Bewegungen, gliederte die Zeit in genau abgegrenzte Epochen und vermittelte den dialektischen Zusammenhang zwischen Struktur und Entwicklung.

Kritik, soweit sie die Geschichte des Mittelalters betraf, konkretisierte sich in Rezensionen der im westlichen Teil Deutschlands erschienenen mediävistischen Literatur, in kritischen Beiträgen zu kontroversen Sachthemen sowie in kritischen Stellungnahmen zum Gesamtœuvre westdeutscher Mediävisten. Den „grundsätzlichen Konzeptionen und speziellen Anschauungen des Münchener Historikers Karl Bosl“ wurden nicht weniger als zwei eigene Aufsätze gewidmet⁶⁹. Bosl, der strukturorientierte Sozialgeschichte treibe, weil er um die „Unzulänglichkeit des traditionellen bürgerlichen deutschen Historismus“ wisse, wird als „Ideologe der konservativen Sammlungsbewegung in Westdeutschland“ eingestuft, der „geschichtsbewußtseinsbildend im Sinne der herrschenden Klasse der BRD“ wirke⁷⁰. Bosl könne „als einer derjenigen Vertreter der Rechtskräfte in der BRD gelten, die in der Methode am variabelsten, in der Zielsetzung am konsequentesten sind“⁷¹. Mit „seiner These ‚Freiheit und sozialer Aufstieg durch Dienst für die Herrschaft‘“ wolle Bosl „das traditionelle bürgerliche Geschichtsbild bei allen zum Teil beträchtlichen Modifikationen nicht etwa überwinden und seine Schranken durchbrechen“; er suche es vielmehr „durch Anleihen vor allem bei der Sozialgeschichte zu ‚verbessern‘“⁷². In einer Rezension der 1964 erschienenen „Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa“ Karl Bosls wurde wohlwollend vermerkt, daß sich zwar der Verfasser für die soziale Lage mittelalterlicher Unterschichten interessiere, in ihnen aber nur das zumeist „schweigende und willenlose Substrat und Werkzeug einer monopolistisch aktiven und geschichtsbildenden herrschenden Eliteschicht“ sehe⁷³. Bosls „Ruf nach neuer Elitebildung“, der „den

⁶⁸ Ebd., 122 f.; 126; 128.

⁶⁹ Martin Erbstößer und Klaus-Peter Matschke, Von Bayern nach Europa. Geschichtsbildung und politischer Standort des Historikers Karl Bosl, in: *Jahrbuch für Geschichte* 9 (1973) 767–513; Siegfried Epperlein, Das europäische Mittelalter in der Sicht Karl Bosls, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* IV (1975) 161–171.

⁷⁰ Erbstößer-Matschke, Von Bayern nach Europa (wie Anm. 69), 469; 512; 499.

⁷¹ Ebd., 513.

⁷² Epperlein, Europäisches Mittelalter in der Sicht Karl Bosls (wie Anm. 69), 170.

⁷³ Waltraut Bleiber, in: *ZfG* 15 (1967) 141 (Zitat aus Bosls Frühformen; 197).

heutigen politisch-ideologischen Bedürfnissen des modernen Kapitalismus“ entspreche, zeige jedoch, „daß im Geschichtsbild Bosls kein Raum ist für die entscheidende Rolle, die der arbeitende Mensch, der Produzent der materiellen Güter, der Bauer und Handwerker des Mittelalters im geschichtlichen Prozeß spielten“⁷⁴.

Kritisch beleuchtet und in ihrer ideologischen Befangenheit entlarvt wurde die im westlichen Teil Deutschlands gepflegte mediävistische Stadtgeschichtsforschung am Beispiel der „Kontinuitätstheorie“ und der „Strukturforschung“⁷⁵. Den Autoren, die in Band 4 der vom Konstanzer Arbeitskreis 1958 herausgegebenen „Vorträge und Forschungen“ ihre „Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens“ vorlegten, wurde vorgehalten, daß sie „den revolutionären Charakter des Werdens der feudalen Stadt und der mittelalterlichen Kommunebildung“ übersehen und überhaupt die „Rolle der Volksmassen“ negieren⁷⁶. In der Stadtgeschichte bundesrepublikanischer Prägung mündete die „Kontinuitätstheorie“ zwangsläufig „in eine äußerst reaktionäre ideologische Strömung“ ein⁷⁷. Die angeblich wirklichkeitsblinden bürgerlichen Autoren werden folgendermaßen belehrt: „Der Verfall der antiken Stadt war eine notwendige Voraussetzung für die Bildung der Stadt des Feudalismus. Die feudale Stadt entstand erst im Ergebnis der Entwicklung neuer Produktivkräfte, die vom Lande ausgeht. Ihre volle Entfaltung findet die mittelalterliche Stadt in allen westeuropäischen Ländern in der Kommune, deren Lebenskraft in starkem Maße von der ökonomischen Bedeutung der betreffenden Stadt bestimmt wird. . . . Die Herausbildung des Feudalismus und die Errichtung der Kommunen ist daher stets das Ergebnis eines harten Klassenkampfes. In diesen revolutionären Auseinandersetzungen verhelfen die Volksmassen den fortschrittlichen Produktivkräften zum Sieg.“⁷⁸

Der mediävistischen Stadtgeschichtsforschung in der Bundesrepublik wurden eklatante Theoriefehlzeiten angelastet. Bürgerliche Stadthistoriker, die „Strukturgeschichte als Gegenkonzeption zur marxistischen Geschichtswissenschaft“ betreiben⁷⁹, würden die Produktionsverhältnisse „als die entscheidenden Strukturelemente“ negieren⁸⁰ und „die Kategorie ‚Struktur‘ von der ihr übergeordneten ökonomischen Gesellschaftsformation“ isolieren⁸¹. Mit Hilfe wertfreier Begriffe wie „sozialer Wandel“ und „soziale Mobilität“ würde man die innerhalb des mittelalterlichen Stadtbürgertums bestehenden „sozial-ökonomischen und politischen Gegensätze als Ursachen innerstädtischer Auseinandersetzungen“ herunterspielen⁸². Das abschließende Fazit lautete: „In

⁷⁴ Ebd., 141.

⁷⁵ Erika Engelmann, Zur ‚Kontinuitätstheorie‘ in der westdeutschen stadtgeschichtlichen Forschung. Betrachtungen aus Anlaß der Veröffentlichung der ‚Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens‘, in: ZfG 3 (1961) 628–644; Brigitte Berthold, Zur Rolle der Strukturforschung in der mediävistischen Stadtgeschichtsschreibung der BRD, in: ZfG 25 (1977) 156–172.

⁷⁶ Engelmann, ‚Kontinuitätstheorie‘ (wie Anm. 75), 633.

⁷⁷ Ebd., 643.

⁷⁸ Ebd., 643 f.

⁷⁹ Berthold, Strukturforschung (wie Anm. 75), 157.

⁸⁰ Ebd., 160.

⁸¹ Ebd., 159.

⁸² Ingrid Hagemann, Die mittelalterliche deutsche Ostexpansion und die Adenauersche Außenpolitik, in: ZfG 6 (1958) 800.

der gegenwärtigen sozialgeschichtlich orientierten Stadtgeschichtsschreibung der BRD ist die Tendenz offensichtlich, Strukturforschungen über die mittelalterliche Stadt und ihr Bürgertum zur Rechtfertigung des imperialistischen Staats und seiner Klassengesellschaft zu nutzen.⁸³

Kritik erschöpfte sich vielfach in platter ideologischer Entlarvung. Walter Schlesinger wurde unterstellt, daß er mit seinem 1957 in der „Historischen Zeitschrift“ veröffentlichten Aufsatz über „Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung“ den Versuch unternahme, „die historische Begründung für die heutige Linie der Adenauerschen Außenpolitik zu liefern“⁸⁴. Indem Schlesinger auf den grundsätzlich „friedlichen Charakter“ der Ostbewegung abhebe, verfälsche er Geschichte, verfechte er Interessen der in der BRD „offen auftretenden Revanchisten“⁸⁵ und mache „sich zum Sprecher des revanchelüsternen westdeutschen Monopolkapi-
tals“⁸⁶. Was Schlesinger absichtlich nicht sehen wolle, sei der „Klassencharakter der Christianisierung“, „die Zusammenhänge zwischen Mission und Ausbreitung des Feudalismus, die Gleichartigkeit der sozial-ökonomischen Wurzeln von Ostexpansion und Kreuzzug sowie die Verbindung zwischen feudaler Expansion und ideologischer Drapierung ihres Ziels durch Rezeption der Kreuzzugsidее“⁸⁷. Die Sprache des Kalten Krieges ist unüberhörbar.

An den von Erich Maschke angeregten Forschungen zur sozialen Gliederung der mittelalterlichen Stadt wurde bemängelt, daß sie innerstädtische Kämpfe und Konflikte durch den Begriff „sozialen Wandel“ entschärfen. Dieser Begriffsgebrauch habe zur Folge, daß die „zahlreichen Ergebnisse subtiler Einzelforschungen . . . ihres Wertes beraubt und einer Geschichtsauffassung nutzbar gemacht“ werden, „nach der nur quantitative Veränderungen, Evolutionen den geschichtlichen Lauf – und zwar bis heute – bestimmen und von der revolutionären Veränderungen und Klassenkampf und damit entscheidende Kategorien des historischen Materialismus abgelehnt werden“⁸⁸.

Rezensionen, die im Geist der reinen Lehre verfaßt wurden, hielten sich an ein vorgegebenes Muster. Der folgende Vergleich mag zeigen, daß von Marx inspirierte Wissenschaft nicht *a priori* gehalten ist, Kritik durch geschichtstheoretische Gemeinplätze zu ersetzen.

Der sowjetische Mediävist Aaron J. Gurjewitsch schrieb unlängst über Arno Borsts „Lebensformen im Mittelalter“, daß „dieses Buch heute genauso wichtig und zeitgemäß ist, wie bei seinem Erscheinen“. Seinen Rang und seine Aktualität verdanke das Buch nicht zuletzt der Tatsache, daß es „sowohl die konstanten Wesenszüge der mittelalterlichen Zivilisation wie auch die ihr eigene Dynamik“ aufzeige. Mit einem de-

⁸³ Ebd., 170.

⁸⁴ Ebd., 169.

⁸⁵ Manfred Unger, Bernhard von Clairvaux und der Slawenkreuzzug 1147. Bemerkungen zu einem Aufsatz von W. Schlesinger, in: ZfG 7 (1959) 85.

⁸⁶ Ebd., 815.

⁸⁷ Ebd., 805.

⁸⁸ Johannes Schildbauer, Die plebeijischen Schichten der mittelalterlichen deutschen Stadt in der Historiographie der DDR und der BRD, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 26, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe Nr. 2 (1977) 123.

tailliert ausgearbeiteten Fragenkatalog führe der Verfasser einen Dialog mit Menschen der Vergangenheit, um deren kulturelle und soziale Verhaltensformen, ihre Bewußtseinsinhalte und Glaubensvorstellungen, ihr „Erleben der Zeit“ in Erfahrung zu bringen. Auf diese Weise sei es dem Verfasser gelungen, ein fesselndes Buch zu schreiben, das immer noch „nicht veraltet“ sei, weil es im Spiegel des Mittelalters Grundfragen menschlichen Zusammenlebens zur Sprache bringe⁸⁹. Ernst Werner, der das Buch in der „Zeitschrift für Geschichte“ rezensierte, hielt dessen Verfasser vor, daß er den Feudalismus enthistorisiere. Borst klammere „den Entwicklungsgedanken weitgehend aus“, eliminiere „Klassen und Klassenkampf“ und entleere so „das Mittelalter seiner Dynamik und Dialektik, die er durch statische Momentaufnahmen“ ersetze. „Strukturen sucht er nicht in einer historisch determinierten Klassengesellschaft, sondern in klassenindifferenten Lebenskreisen, die allgemein menschliche Verhaltensweisen reproduzieren und so zeitlose Exempla liefern.“ Das vom Rezessenten gesetzte Klassenziel wurde von Borst nicht erreicht, weil er es versäumt hatte, die „Geschichte als komplizierteste Bewegungsform der Materie“ darzustellen und so die „Wissenschaftlichkeit der Disziplin Historiographie in Frage“ stellte⁹⁰.

Was westdeutsche Mediävisten von den Forschungen ihrer ostdeutschen Kollegen hielten, fand in Rezensionen ihren Niederschlag, nicht in methodologischen Grundsatzdebatten, nicht in Diskursen über Objektivität und gesellschaftlich bedingten Standortbindungen in der Geschichtswissenschaft. Bei der Beurteilung der in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen mediävistischen Literatur wurde gemeinhin unterschieden „zwischen dem unvermeidbaren ideologischen Beiwerk“, das den Arbeiten marxistischer Mediävisten zwangsläufig anhaftete, und quellenmäßig begründeten Tatsachen, die „insbesondere auf dem Gebiet der Verfassungs- und Sozialgeschichte . . . unsere Kenntnis des Mittelalters wesentlich gefördert haben“⁹¹. Kriterium der Kritik war die vollständige Erfassung der Quellen und deren unbefangene, undogmatische Auslegung mit dem Ziel eines vollen Verstehens der Tatsachen.

Percy Ernst Schramm hat in seinen für die Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ verfaßten Literaturberichten die in der Deutschen Demokratischen Republik erschienene Literatur zur Geschichte des Mittelalters regelmäßig vorgestellt. Einen 1953 erschienenen Band über „Archivarbeit und Geschichtsforschung“ wertete er als Beleg und Gewähr dafür, „daß die alte Archivtradition, auf die wir ja stolz sein dürfen, drüber nicht abgerissen ist“. Mit Respekt erwähnte er, daß in „den Ostarchiven . . . seit der Katastrophe von den Sachkundigen eine Riesenarbeit geleistet wor-

⁸⁹ Aaron J. Gurjewitsch, Stimmen der Vergangenheit. Arno Borsts historische Anthropologie des Mittelalters, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8. Juli 1987, Nr. 154, S. 29f.

⁹⁰ Ernst Werner, in: ZfG 21 (1973) 1002f. – Der Ironie entbeht nicht folgende Bemerkung: „Von marxistischer Seite liegt neuerdings eine Untersuchung über die Kategorien der mittelalterlichen Kultur vor, die von der feudalen Klassenstruktur ausgehend, Inhalt und Form des Begegnungssystems analysiert und es auf die gesellschaftlichen Träger zurückführt: A. Ja. Gursevič, Kategorii srednovekovoj kultury (Moskva 1972) Einleitung 5–25.“

⁹¹ Karl Jordan, Aspekte der Mittelalterforschung in Deutschland in den letzten fünfzig Jahren, in: ders., Ausgewählte Aufsätze zur Geschichte des Mittelalters (Kieler Historische Studien 29, Stuttgart 1980) 343.

den“ sei. Es sei jedoch nicht zu verwundern, daß eine gleichsam offiziöse Publikation auch Aufsätze bringe, die „sich mehr oder minder stark der in der Ostzone üblichen Sprechweise anpassen oder ganz durch deren Denkweise bestimmt sind“. Was er damit meinte, erläuterte er an dem gedruckten Vortrag Leo Sterns, des damaligen Prorektors von Halle, über „Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung“. Schramm bemerkte kritisch: „Seine [Sterns] Deutung der deutschen Geschichte ist natürlich ganz einseitig, sie beruht jedoch auf Sachkenntnis, wenn auch nur auf Sekundärliteratur beruhender.“ Der Verfasser bewege sich auf einer Diskussionsebene, auf der man ihm begegnen und auf der man mit ihm sprechen könne. Dem fügte Schramm einschränkend hinzu: „Allerdings ist die Aussicht, daß wir ihn bekehren, wohl nicht größer als die, daß er uns überzeugt.“⁹² Schramm wollte sagen: Über nachprüfbare Tatsachen läßt sich streiten; die Hoffnung, politische Überzeugungen, soziale Einstellungen und theoretische Prämissen revidieren oder gar widerlegen zu können, ist müßig. Über das 1959 erschienene Buch von Johannes Schildhauer, das „Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts“ behandelte, schrieb er: Das Buch zeige „wieder einmal, wie nützlich es ist, wenn man bis in die Geschichte der einzelnen Familien hinabsteigt; denn nur so lassen sich soziale Verschiebungen, das Absinken und das Aufsteigen neuer Geschlechter erfassen“. Auf die „Naivität“, mit der Schildhauer „seine Ergebnisse gegenüber einer bürgerlich-befangenen Geschichtsauffassung anpreist“, wollte Schramm nicht eigens eingehen. „Denn das sind sozusagen nur Gipsornamente, die auf einen solide errichteten Baukörper aufgeklebt sind.“⁹³

Zu den zu Anfang der 60er Jahre erschienenen Büchern von Martin Erbstößer und Ernst Werner über „Ideologische Probleme des mittelalterlichen Plebejertums. Die freigeistige Häresie und ihre sozialen Wurzeln“ (1960), von Siegfried Epperlein über „Bauernbedrückung und Bauernwiderstand im hohen Mittelalter“ (1960) sowie zu dem Sammelband über „Städtische Volksbewegungen im 14. Jahrhundert“ (1960) bemerkte Schramm zusammenfassend: „Bei allen drei Publikationen beschleicht einen das Gefühl der Stickluft. Wieviel fleißige Arbeit ist darauf verwendet, um Thesen zu erhärten, die von vornherein feststehen! Wieviel Gedankenarbeit ist darauf verwendet, wieviel ‚bürgerliche‘ Literatur ist gewälzt worden, um ‚Beweise‘ zu finden! Wie anders würde sich dieses Bemühen, eine neue Geschichtsauffassung zu erhärten, ausnehmen, wenn nicht immer von vornherein feststünde, was zu beweisen ist! Da werden Windmühlen konstruiert, die angeblich von den ‚bürgerlichen‘ Historikern erbaut worden sind, und sie werden dann bekämpft mit einer Bravour, die der des Don Quichote nicht nachsteht. Aber die ‚Front‘, die da prätensioniert wird, ist ja nur eine Scheinfront. Wir ‚Bürgerlichen‘ behaupten nämlich gar nicht, daß der geistige ‚Oberbau‘ vom wirtschaftlichen ‚Unterbau‘ unabhängig ist. Wir lassen uns nur nicht mittels noch so vieler Belege aufbinden, daß das immer und in allen Fällen der Fall gewesen ist, sondern halten die Möglichkeit offen, daß hier der religiöse Impuls, daß dort ein neuer Gedanke eine so beschwingende Kraft besaßen, daß die sozialen Verhältnisse trotz des

⁹² Percy Ernst Schramm, Literaturbericht Mittelalter, in: GWU 4 (1954) 574.

⁹³ Ders., Literaturbericht Mittelalter, in: GWU 12 (1961) 130f.

ihnen innwohnenden Schwergewichts in Bewegung gerieten.“ Schramm bekundete Bereitschaft und Offenheit, die in der Deutschen Demokratischen Republik geleistete mediävistische Arbeit als produktive Herausforderung zu betrachten. Deshalb, schrieb er, nehmen wir „die Bücher aus der Ostzone zur Kenntnis, obwohl sie – soweit sie ‚rechtgläubig‘ sind – alle von vornherein stigmatisiert sind als voreingenommen, d. h. als langweilig. Denn wir wollen nicht einschlafen, wollen uns sichern gegen die Gefahr, die Geschichte zu verharmlosen, womöglich zu romantisieren. Deshalb ist es uns recht, wenn alles in Frage gestellt wird, was wir für fest begründet erachten; wir wollen es daraufhin neu überprüfen und – falls erforderlich – modifizieren, unsere Erkenntnisse noch besser begründen.“⁹⁴

Den Versuch von Hans-Joachim Bartmuss, „Die Geburt des ersten deutschen Staates“ auf einen Klassenantagonismus zwischen weltlichen und geistlichen Feudalherren zurückzuführen, bezeichnete Schramm als „Klitterung zugunsten eines von außen dem Geschichtsablauf übergestülpten Modells“⁹⁵. Ein neues Argument habe der Autor nicht vorzubringen. Vom Marxismus würden „ständig Impulse“ ausgehen, „die unserer Geschichtsschreibung gut bekommen“. Was jedoch das Buch von Bartmuss unlesbar und unergiebig mache, sei der „pflichtgetreu befolgte Denkstil, der keinem Lüftchen ausgesetzt wird und jeder Diskussion ausweicht“⁹⁶. In einer Anmerkung heißt es: „Die Bibliographie setzt einen sorgfältig geführten Zettelkasten voraus: ein Orts- und Personenregister fehlt. Das Papier ist schlecht, der Einband folgt alter Schablone, der Schutzumschlag ist hinterwäldlerisch, der Preis also viel zu hoch angesetzt.“⁹⁷ Zu der von Ernst Werner 1956 erschienenen Arbeit über die „Pauperes Christi“ bemerkte Schramm: „Natürlich fehlen Berufungen auf Marx und Engels nicht: sie werden angeführt wie Bibelstellen in einem historisch-theologischen Traktat des 17. Jahrhunderts.“ Als „Positivum“ hob Schramm hervor: Der Verfasser verzichte auf grobianistische verletzende Kritik, welche gemeinhin marxistisch „rechtgläubige“ Publikationen für uns unleidlich mache. Ansonsten wurde das Buch mit dem höchsten Prädikat ausgezeichnet, das Percy Ernst Schramm zu vergeben hatte: „Es ist nicht langweilig.“⁹⁸

⁹⁴ Ebd., 13 (1962) 669.

⁹⁵ Ebd., 20 (1969) 630.

⁹⁶ Ebd., 631.

⁹⁷ Ebd., 630, Anm. 20.

⁹⁸ Ebd., 10 (1959) 245. – Erheblich weniger Sympathie hatte Schramm Ernst Werners Leipziger Dissertation über die „Gesellschaftlichen Grundlagen der Klosterreform, Berlin 1953“ entgegengebracht. Er meinte: „Bei dem Rahmen, in den Werner seine These eingefügt hat, beschränke ich mich auf die Wiedergabe. Den Schlüssel für seine Auffassung gibt das bereits auf Seite 4 zitierte ominöse Wort von Karl Marx, Religion sei das ‚Opium des Volkes‘. Wenn man dieses zur Maxime erhebt, um die Geschichte zu verstehen, kommt man – das ist das Lehrreiche an der besprochenen Arbeit – zwangsläufig zu den oben wiedergegebenen Verzerrungen, kommt man dazu, selbst wenn man die ganze Literatur zu Rate zieht, die auch wir benutzen. Es hat also gar keinen Sinn, gegen Werners Deutung der Reform zu polemisieren, das Bild der Katharer zurückzurücken, die Funktion des Ostens auf ihr richtiges Maß zurückzuschrauben usw. Die Auseinandersetzung müßte vielmehr damit beginnen, zu klären, ob Religion Opium ist oder wirklich ‚Religion‘. Hier sei dazu nur gesagt, daß der Verf. über sie spricht wie der Blinde von der Farbe, der Taube von der Musik; und was die cluniazensische Reform betrifft, so gilt, daß die Feststel-

Das Buch von Eckhardt Müller-Mertens über „Das Zeitalter der Ottonen, Berlin 1955“, beurteilte Schramm so: Die Tatsache, daß der Verfasser in den Anfangskapiteln nicht die einschlägigen verfassungsgeschichtlichen Arbeiten von Mitteis und Schlesinger benutzt, sondern Marx, Engels und Lenin zitiert, „wäre noch kein Grund, das Buch schlecht zu machen; vielmehr könnte es zur Präzisierung unserer Auffassung nützlich sein, daß einmal der bisher maßgebenden Darstellung, Robert Holtzmanns Geschichte der Sächsischen Kaiserzeit (1941), eine neue auf Grund der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung gegenübergestellt würde, die deutlich mache, was diese den uns vertrauten Zeugnissen abzugegnen vermag. Nur müßte sie Niveau haben und der Verfasser etwas vom Forschen verstehen. Davon kann jedoch in diesem Fall gar nicht die Rede sein. Es handelt sich vielmehr um eine Kompilation aus der gängigen Literatur, die weder Vertrautheit mit den entscheidenden Problemen noch eigene Gedanken erkennen läßt. . . . Der Text muß aufgeweckte Leser abstößen, da er ohne Sinn für geschichtliche Auseinandersetzungen geschrieben ist und daher in lange überholter Weise die Tatsachen aufeinander folgen läßt. Von Zeit zu Zeit wird man dann durch Vokabeln aus dem Parteivokabular aufgeschreckt – man fühlt sich an einen Koch erinnert, der nachträglich über einen bereits abgestandenen Braten eine scharfe Sauce gießt, um sie mundgerecht zu machen.“⁹⁹

Zu den Arbeiten von Theodora Büttner, Ernst Werner und Martin Erbstößer über „Circumcellionen und Adamiten“ sowie über „Die freigeistige Häresie und ihre sozialen Wurzeln“, zwei Bücher, die sich als Beiträge „zur Erforschung der objektiven Gesetze der Feudalgesellschaft“ verstehen, schrieb Herbert Grundmann in einer Besprechung des Deutschen Archivs (1961): „Weder das Beginentum noch gar die Ketzerei des ‚freien Geistes‘ ist so simpel aus ‚sozialökonomischen Ursachen‘ zu erklären. Aber Engels hat einmal zwischen ‚bürgerlich gemäßigter und plebejisch-revolutionärer‘ Ketzerei unterschieden; also muß man es ihm wohl nachtun und darf es nicht besser wissen. Selbst aus diesen Büchern ist aber manches zu lernen, um es besser zu wissen.“¹⁰⁰ Ungeteiltes Lob zollte Grundmann der Arbeit von Bernhard Töpfer über „Das kommende Reich des Friedens. Zur Entwicklung chiliastischer Zukunftshoffnungen im Hochmittelalter“. Die marxistische Fragestellung habe ihn „nirgends zu doktrinär vorgefaßten Antworten verleitet, sondern sehr kritisch und genau alle Zeugnisse (bis ins 14. Jahrhundert) über Zukunftserwartungen und -verheißenungen darauf prüfen lassen, ‚in welchen Kreisen und gesellschaftlichen Schichten derartige Gedankengänge wurzelten und welchen sozialen Gehalt sie hatten‘“. Der Verfasser lese „keineswegs sozialrevolutionäre Motive in seine Texte hinein, wo sie sich nicht wirklich finden“¹⁰¹. Die Auffassung des Joachim von Fiore über den dritten Status der Geschichte sei „noch kaum je so sorgfältig erwogen worden wie hier – gerade weil der Verfasser nicht bei ihm fand, was sein Thema ihn suchen ließ“. Was das Buch auszeichne, anregend

lungen des Paters Cassius Hallinger sich nicht überspringen lassen, so weit die Reform auch an eine bestimmte soziale Umwelt gebunden gewesen sein mag“ (ebd. 5 (1954) 753 f.).

⁹⁹ Ebd., 6 (1955) 766.

¹⁰⁰ Herbert Grundmann, in: DA 17 (1961) 320 f.

¹⁰¹ Ders., in: HZ 203 (1966) 391 f.

und lesbar mache, sei die „methodische Beharrlichkeit der Fragestellung“, „ein geduldiges, deutlich fragendes, nichts präjudizierendes Verhör aller Zeugen, auch wenn sie nicht das aussagen, was der vom eigenen Standort Rückblickende gesucht oder gewünscht hätte“¹⁰².

Zu Anfang der siebziger Jahre gingen westdeutsche Mediävisten dazu über, von ihren ostdeutschen Kollegen das einzufordern, was diese eigentlich und schon immer gewollt hatten, nämlich Geschichte des Mittelalters mit dem theoretischen Instrumentarium des Marxismus neu zu schreiben und zu deuten. Nicht „die Sachirrtümer sind das eigentlich Enttäuschende an dem Buch“, schrieb Peter Classen über Ernst Werners 1973 erschienenes Buch „Zwischen Canossa und Worms“. „Man hätte sich eine marxistische Interpretation des Zeitalters gewünscht – aber es fehlt dazu an den wesentlichen sozialgeschichtlichen Fragen. Von der Adelskirche und der Stellung des Adels zur Reform hört man fast nichts; nichts vom Latein als Standessprache des Klerus, die wirtschaftliche Basis der aufsteigenden Städte bleibt unklar . . . Eine marxistische Deutung des Investiturstreites, die die ‚bürgerliche Wissenschaft‘ zur Auseinandersetzung herausfordern könnte, steht noch aus.“¹⁰³

Synthesen, die unter gesamtgesellschaftlichem Aspekt eine Epoche erfassen und zur Darstellung bringen, waren und sind nicht die Stärken marxistischer Mediävistik. Das soll nicht bedeuten, daß ihr respektabel, in West und Ost gleichermaßen anerkannte Erfolge versagt blieben – im Gegenteil¹⁰⁴: „Sie hat sie jedoch in Bereichen erzielt, in denen sie sich in die großen Forschungstrends einreihte, nicht auf der Grundlage theoretisch-abstrakter Erwägungen und Versuche.“¹⁰⁵

¹⁰² Ebd., 393 f. – In einer Anzeige des Buches im „Deutschen Archiv“ hatte Grundmann ein Jahr zuvor geschrieben: Da der Verfasser die bisherige Forschung „genau kennt, durch neue kluge Beobachtungen ergänzt und manchmal berichtigt, ist von ihm viel zu lernen, auch wenn man sich seine marxistischen Prämissen nicht zu eigen macht, von denen er sein sachkundiges, kritisches Urteil nie doktrinär präjudizieren läßt“ (21 (1965) 636). – Den überlieferten Quellenbestand unbefangen, d.h. nach den Regeln historisch-philologischer Hermeneutik, zum Sprechen zu bringen, betrachtete Grundmann als Inbegriff historischer Arbeit. Quellenexegese, die an politisch vorgegebene theoretische Prämissen gebunden ist und diese nicht selber kritisieren kann, erschien ihm suspekt. In einem Bericht über „Den 23. Deutschen Historikertag in Ulm“ 1956 bemerkte Herbert Grundmann kritisch: „Dazu aber sollten Historikertage nicht wieder (wie 1937) mißbraucht werden, um vorher formierte und instruierte Schlachtreihen ins Feld zu führen. Zum mindesten müßte jeder zu hören und zu verstehen bereit sein – wir auch! –, was der andere sagt und meint, ehe er ihm entgegnet; sonst sind Diskussionen sinnlos und entarten zu Suggestionsversuchen . . . Aus unbefangen kritischer Prüfung aller Überlieferung begründete Antworten auf unsere Fragen zu suchen statt bloßer Bestätigung für vorgefaßte, als ausgemacht geltende ‚Theorien‘, das bleibt für uns die Aufgabe der Geschichtswissenschaft und auch der Sinn von Historikertagen“ (HZ 183 (1957) 742 f.).

¹⁰³ Peter Classen, in: HZ 220 (1975) 691 f.

¹⁰⁴ Man braucht nur an die älteren und neueren Arbeiten von Epperlein, Erbstösser, Schildhauer und Werner erinnern, vor allem aber an die Monographien von Eckhard Müller-Mertens und Bernhard Töpfer über Probleme mittelalterlicher Verfassungs- und Sozialgeschichte. Übersichten über Publikationen und Forschungsvorhaben der Mediävistik in der DDR geben folgende Berichte: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte (ZfG, Sonderh. 8, Berlin 1960); Historische Forschungen in der DDR 1960–1970 (Berlin 1970).

¹⁰⁵ František Graus, Verfassungsgeschichte des Mittelalters, in: HZ 243 (1986) 575.

3. Alte und neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte in der Mediävistik der Bundesrepublik

Bauformen politisch-sozialer Lebensordnungen nachzuzeichnen, nach materiellen Grundlagen menschlichen Lebens zu fragen oder sich über Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft Gedanken zu machen, ist von Mediävisten nie als Verstoß gegen die Zunftlehre empfunden worden; Wirtschaft und Gesellschaft gehören zu ihrem Begriff von Geschichte. Es gibt das vierbändige „Deutsche Wirtschaftsleben im Mittelalter“ von Karl Lamprecht und die „Wirtschaftsgeschichte“ seines Nachfolgers Kötzschke; es gibt die zweibändige Arbeit von Alfons Dopsch über die „wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Caesar bis auf Karl d. Gr.“; es gibt die „Deutsche Verfassungsgeschichte“ von Georg Waitz, die, an ihren Wirkungen gemessen, den Rang eines Klassikers besitzt. Die älteren Jahrgänge landeskundlicher Zeitschriften sind heute noch eine Fundgrube für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des späten Mittelalters. Vieles wäre zu nennen – nicht zuletzt die großen Aktenpublikationen, welche die Handlungstätigkeit hansischer und oberdeutscher Kaufleute dokumentieren. Neuere Darstellungen über mittelalterliches Alltagsleben ziehen immer noch von den Quellen, die Kulturhistoriker des 19. Jahrhunderts über die Sachkultur der mittelalterlichen Welt gesichtet und zusammengetragen haben.

Mediävisten, die traditionelle Forschungsthemen ihrer Zunft aufgriffen und weiterführten, vertieften sich nicht allein in Reichsidee und Romgedanke; sie besaßen einen geschärften Blick für reale Grundlagen und Interessen kaiserlicher Italienpolitik. Sie wußten, daß den deutschen Herrschern in Italien nicht nur der Glanz der Kaiserkrone winkte; in Italien konnten Kaiser und Könige ökonomisch nutzbare Herrschaftsrechte beanspruchen, deren Erträge für ihre Herrschaftsbehauptung in Deutschland unabdingbar waren. In jenem Sozial-, Wirtschafts- und Herrschaftsgebilde, das man gemeinhin „Grundherrschaft“ zu nennen pflegt¹⁰⁶, verschränkten sich wirtschaftliche, politische und soziale Strukturelemente zu einem durch soziale Ungleichheit geprägten Handlungssystem. Die vom Staat losgelöste Wirtschafts- und Erwerbsgesellschaft ist eine moderne Erscheinung. In den kleinen und großen Ordnungen, die im Mittelalter menschliches Zusammenleben regelten, in Familie und Haus, in Nachbarschaft und Dorf, in Stadt und Territorium überlagerten und durchdrangen sich politische, ökonomische und soziale Gegebenheiten. Standeszugehörigkeit, Abstammung und Familie bestimmten den Rechts- und Sozialstatus des einzelnen, entschieden über dessen Lebenschancen, öffneten oder versperrten den Zugang zur Ausübung von Herrschaft über andere. Ökonomische Beziehungen waren eingebunden in eine als legitim anerkannte Herrschaftsordnung. Gefährdet war deren Bestand dann, wenn sie ihre Schutzfunktionen nicht mehr erfüllte, wenn bei der Bemessung der Abgaben und Leistungen der Grad des sittlich und ökonomisch Zumutbaren überschritten wurde

¹⁰⁶ Klaus Schreiner, ‚Grundherrschaft‘. Entstehungs- und Bedeutungswandel eines geschichtswissenschaftlichen Ordnungs- und Erklärungsbegriffs, in: Die Grundherrschaft im späten Mittelalter, Bd. 1, hrsg. von Hans Patze (Vorträge und Forschungen 27, Sigmaringen 1983) 11–74.

oder die jeweils herrschaftslegitimierenden Wertvorstellungen ihre Geltungskraft einbüßten.

Die politisch-soziale Verfaßtheit des Gegenstandsbereiches selbst hatte dazu geführt, daß, wie Georg Iggers meinte, in der Praxis geschichtswissenschaftlicher Forschung „Mediävisten über ein klareres Wissen um die wirtschaftlichen Faktoren und sozialen Strukturen“ verfügten „als die modernen politischen Historiker“, deren Blick auf den zentralisierten, bürokratischen Staat fixiert blieb¹⁰⁷. Der „sozialgeschichtliche Aspekt“, befand Gerhard Oestreich in seinen Erwägungen über die Lage der deutschen Geschichtswissenschaft an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, trat „überhaupt zunächst stärker in der Alten und Mittelalterlichen Geschichte hervor“¹⁰⁸. „Die Fortschritte der Sozialgeschichte in Deutschland“, bemerkte er im Blick auf die von Karl Lamprecht ausgegangenen Forschungsanstöße, „vollzogen sich ruhig und still auf dem Gebiete der Landesgeschichte.“¹⁰⁹

Nach materiellen Lebensumständen, Wirtschafts- und Sozialformen zu fragen, hatte in der deutschen Mediävistik Tradition. Für Mediävisten bestand deshalb kein Anlaß, über die Dichotomie zwischen Ereignis- und Strukturgeschichte aufgeregte Debatten zu führen. Die verstärkte Zuwendung zu Fragen der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seit Anfang der 50er Jahre provozierte keine Grundsatzdiskussion über den der Geschichtswissenschaft angemessenen Gegenstand; sie vollzog sich lautlos und selbstverständlich – ein Vorgang, dem gleichermaßen positive und negative Züge anhafteten. Er hatte langfristig zur Folge, daß sich Mediävisten von den Grundsatzdebatten der sechziger und siebziger Jahre nahezu geschlossen fernhielten.

Die Hanse, betonte Fritz Rörig bereits 1946, sei nur „aus der Ganzheit ihrer Lebensvorgänge“ zu verstehen, zu denen neben der Rechtsordnung auch „der wirtschaftliche Sektor“ gehöre¹¹⁰. Als die Zentraldirektion der Monumenta auf ihrer Jahrestagung im Oktober 1948 die ihr oktroyierte Bezeichnung „Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde“ durch den Namen „Deutsches Institut für Erforschung des Mittelalters“ ersetzte, sollte der neue Name auch zum Ausdruck bringen, „daß künftig die Publikationen, vor allem auf geistesgeschichtlichem wie auf sozial- und wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet, in noch stärkerem Maße als bisher über die Grenzen des engeren deutschen Quellenbereichs hinausgreifen werden“¹¹¹. Sache der Mediävisten sei es, schrieb Karl Siegfried Bader 1950, „die sozial bedeutsamen konkreten Tätigkeiten, Zustände und Veränderungen in der Menschenwelt in ihrem ursächlichen Zusammenhang“ zu erforschen¹¹². „Unsere Welt ist eine Welt der konsequenten so-

¹⁰⁷ Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart (München 1971) 308.

¹⁰⁸ Gerhard Oestreich, Die Fachhistorie und die Anfänge der sozialgeschichtlichen Forschung in Deutschland, in: HZ 208 (1969) 343.

¹⁰⁹ Ebd., 363.

¹¹⁰ Rörig, Stand und Aufgaben (wie Anm. 19), 8.

¹¹¹ Friedrich Baethgen, Bericht für die Jahre 1943–48, in: DA 8 (1950/51) 7f.

¹¹² Karl Siegfried Bader, Grundfragen der kirchlichen Landesgeschichte, in: Freiburger Diözesan-Archiv 69 (1950) 38. Von neuem abgedruckt in: Karl Siegfried Bader, Ausgewählte Schriften zur Rechts- und Landesgeschichte Bd. 3: Schriften zur Landesgeschichte, hrsg. von Helmut Maurer (Sigmaringen 1983) 28.

zialen Revolution“, sagte Hermann Heimpel in einem Mitte der fünfziger Jahre wiederholt gehaltenen Vortrag über „Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft“. Und er fuhr fort: „So ist gefordert der Entschluß zur Sozialgeschichte.“¹¹³ Das Verlangen nach mehr Sozialgeschichte wurzelte in unterschiedlichen Motiven: Es suchte zeitgenössischen Erfahrungen Rechnung zu tragen – dem Wissen um die Macht ungewollter und unkontrollierbarer Umstände, der Einsicht, daß aus der Verflechtung persönlicher und kollektiver Handlungen Prozesse entstehen können, deren Folgen von keinem Menschen geplant oder gewollt wurden¹¹⁴; es bedeutete eine Neubelebung älterer Forschungstraditionen; es reagierte auf Herausforderungen, die vom Geschichtsbegriff und den wissenschaftlichen Publikationen marxistischer Mediävisten ausgingen.

Was Sozialgeschichte im Grunde sei, was sie aufdecken könne und darstellen solle, erläuterte Otto Brunner in einem auf der 22sten Versammlung deutscher Historiker in Bremen im September 1953 gehaltenen Vortrag über „Das Problem einer europäischen Sozialgeschichte“¹¹⁵. „Ich verstehe unter Sozialgeschichte“, sagte Brunner programmatisch, „nicht ein bestimmtes Sondergebiet, das Gegenstand eines ‚Faches‘ sein kann, sondern eine Betrachtungsweise, einen Aspekt, der Menschen und menschliche Gruppen in ihrem Zusammenleben, in ihrer Vergesellschaftung sieht.“¹¹⁶ Eine solche Form historischer Betrachtung, „bei der der innere Bau, die Struktur der menschlichen Verbände im Vordergrund steht“, wollte er abgegrenzt wissen von einer politischen Betrachtung der Dinge, die „das politische Handeln, die Selbstbehauptung zum Gegenstand hat“. Die Eigenständigkeit beider Vorgehens- und Betrachtungsweisen bedeutete nach Ansicht Brunners zugleich gegenseitige Abhängigkeit: „Keine der beiden Betrachtungsweisen kann ohne die andere auskommen. So wenig man das Handeln der Verbände ohne Kenntnis ihres inneren Baues zu verstehen vermag, so wenig können die relativ dauerhaften Strukturen unabhängig vom politischen Geschehen begriffen werden.“¹¹⁷ Komme es darauf an, „menschliche Gruppen in ihrem Vergesellschaftetsein ins Auge“ zu fassen, „dann müssen zur Darstellung ihrer inneren Struktur alle in Betracht kommenden Faktoren, auch die geistesgeschichtlichen“ herangezogen werden¹¹⁸; „Geistesgeschichte“ könne nicht für sich selbst betrieben werden, sondern sei „in die beiden anderen Sehweisen einzubauen“¹¹⁹.

¹¹³ Hermann Heimpel, Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft, in: Kapitulation vor der Geschichte? (Göttingen 1960) 63.

¹¹⁴ Vgl. Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Bd. 2 (Frankfurt a. M. 1976) 314, der von der „Eigengesetzlichkeit der gesellschaftlichen Verflechtungerscheinungen“ spricht, von „Wandlungen und Gestaltungen“, die aus der „fundamentalen Verflechtung der einzelnen menschlichen Pläne und Handlungen“ hervorgehen, aber „kein einzelner Mensch geplant oder geschaffen hat“.

¹¹⁵ Otto Brunner, Das Problem einer europäischen Sozialgeschichte, in: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte (Göttingen 1968) 80–102.

¹¹⁶ Ebd., 80.

¹¹⁷ Ebd., 82.

¹¹⁸ Ebd., 101.

¹¹⁹ Ebd., 82.

So verstandene Sozialgeschichte könne „die in ihr auftretenden sachlichen Probleme stets nur in enger Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie bewältigen“. Zum Gebrauch soziologischer Begriffe bemerkte Brunner jedoch einschränkend: Die Sozialgeschichte müsse „ihre Begrifflichkeit am Urmaterial, an den Quellen selbst erarbeiten“. Der Grenzen eines solchen Postulats war sich Brunner durchaus bewußt. Wie „in jeder historischen Arbeit, die nicht bloße Materialsammlung sein will“, zeit- und situationsgebundene Gesichtspunkte stecken, sei auch sach- und quellengemäße Begriffsbildung „ohne Bezug auf die Gegenwart, eine von den Sozialwissenschaften in unserem Bereich wissenschaftlich erfaßte Gegenwart, nicht durchführbar“¹²⁰.

Brunner plädierte für eine durch Quellen- und Gegenwartsbezug geprägte Begriffsprache, die Gewähr gibt, daß Historiker den Gegenstand historischer Erkenntnis nicht den Vorurteilen ihrer eigenen Zeit unterwerfen, sondern in seinem Anderssein erkennbar machen. Er setzte sich für eine Zusammenarbeit zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften ein, um ein Konzept von Strukturgeschichte realisierbar zu machen, welches die herkömmliche Verfassungsgeschichte ablösen sollte. Er suchte einsichtig zu machen, daß politisches Handeln unverständlich bleibt, wenn die sozialen Strukturen und geistigen Haltungen politisch handelnder Verbände außer Betracht bleiben. Geistesgeschichte schien ihm nur als Sozialgeschichte von Ideen, Haltungen und Einstellungen legitim zu sein. Die Bedeutung dieser Grundsätze für eine neue Konzeption der Geschichtswissenschaft zu Anfang der 50er Jahre sind nicht zu unterschätzen. Wie ist Brunners Plädoyer für eine sozialgeschichtliche Neuorientierung der Geschichtswissenschaft, das dann in sein Konzept einer Strukturgeschichte Eingang fand, von damals lehrenden und forschenden Mediavisten aufgegriffen und verwirklicht worden?

Auf traditionelle Vorbehalte stieß die Forderung nach einer Verknüpfung von Geistes- und Sozialgeschichte. Das Bemühen, geistig-religiöse Antriebe von gesellschaftlichen Voraussetzungen freizuhalten, ließ die soziale Bedingtheit und gesellschaftliche Bedeutung religiöser Gemeinschaftsbildung nur unzureichend zu Gesicht kommen. Herbert Grundmann ließ allein deren religiöse Antriebe und Zielsetzungen gelten – ein Urteil, das zweifelsohne vor dem wissenschaftstheoretischen Kurzschluß bewahrte, wonach Frömmigkeit, Religion und Wissen nur als Ausdruck von Interessenlagen bestimmter Gruppen, Schichten oder Klassen zu verstehen seien. Der Wille zum Primat des Geistigen schuf einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen materialistischer und idealistischer Geschichtsauffassung. Notwendig war das nicht¹²¹. Max Weber, von dem

¹²⁰ Ebd., 102. – Vgl. auch *ders.*, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter (Darmstadt 1965) 163: „Nichts aber wäre falscher als zu glauben, daß historische Arbeit die modernen Begriffe entbehren könnte. Nur müssen sie selbst in ihrer geschichtlichen Bedingtheit erkannt werden.“

¹²¹ Zu den rühmlichen Ausnahmen von der Regel zählen die im Jahre 1965 unter dem Titel „Volk, Herrscher und Heiliger im Reich der Merowinger“ erschienenen Studien von František Graus zur merowingischen Hagiographie, die sowohl in ihren literarischen Eigentümlichkeiten als auch in ihrer sozialen Funktion untersucht wird. Die Untersuchung konzentriert sich „auf die Einstellung der Hagiographien zum Volk und zu den Herrschern“ (11). Daß es möglich ist, Hei-

man hätte lernen können, wie sich in historischen Prozessen Ideen und Interessen gegenseitig durchdringen, zählte noch nicht zu den Gewährsmännern, bei denen sich Mediävisten Rat und Hilfe holten. Max Weber hätte dafür bürgen können, daß Religion, ungeachtet ihrer sozialen Funktion und gesellschaftlichen Verfaßtheit, einen sinnstiftenden Bedeutungsüberschuß enthält, der sich sozial-ökonomischer Verrechnung entzieht.

Die Ursache nach dem Ursprung der mittelalterlichen Universität suchte und fand Grundmann „im spontanen Wissen- und Erkennenwollen um der Wahrheit willen, auch auf die Gefahr hin, daß sie unbeliebt ist und zu Konflikten führt“¹²². Den Sozialbezug dieser These hat dann später Peter Classen in einem Aufsatz über „Die hohen Schulen und die Gesellschaft im 12. Jahrhundert“ nachgeliefert¹²³. Indem Grundmann auf der Eigenständigkeit und geschichtsbildenden Kraft geistiger Antriebe beharrte, wollte er „in seiner alten Universität Leipzig“, wo er 1956 den Vortrag hielt, „wie danach im Westen Deutschlands davor warnen, daß staatliche Eingriffe und utilitaristische Erwägungen die Universität ihrem Auftrag wieder einmal entfremden könnten“¹²⁴. Im Medium der Geschichte verdeutlichte Grundmann unverzichtbare Voraussetzungen und Prinzipien geistiger Arbeit: Die Unbefangenheit wissenschaftlichen Fragens, die Freiheit des Urteils und nicht zuletzt ein freiheitlich verfaßtes Gemeinwesen, das es den Historikern selbst überläßt, was sie denken und sagen wollen.

In den ersten Nachkriegsjahren tat sich Herbert Grundmann ausnehmend schwer, geistige und religiöse Sozialgebilde – die Universität, religiöse Bewegungen und häreti-

ligenleben nach den Regeln exakter Philologie zu untersuchen, sozialgeschichtlich zu deuten und in geschichtlichen Zusammenhängen zu verorten, war damals neu. Das Buch erschloß nicht nur Einsichten in eine Epoche, „in der sich zuerst das europäische Mittelalter zu kristallisieren begann“ (10); es bedeutete auch einen Zugewinn an neuen Fragestellungen und Methoden.

¹²² Herbert Grundmann, *Vom Ursprung der Universität im Mittelalter* (Darmstadt 1964) 59.

¹²³ Peter Classen, *Die hohen Schulen und die Gesellschaft im 12. Jahrhundert*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 48 (1966) 155–180.

¹²⁴ Arno Borst, Herbert Grundmann (1902–1970), in: *Herbert Grundmann, Ausgewählte Aufsätze, Teil 1: Religiöse Bewegungen* (Schriften der Monumenta Germaniae Historica 25, 1, Stuttgart 1976) 12. – Widerspruch von östlicher Seite blieb nicht aus. Grundmanns Leipziger Vortrag „Vom Ursprung der Universitäten im Mittelalter“ wurde 1957 in den „Berichten über die Verhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig“ (phil.-hist. Klasse Bd. 103, 2) gedruckt. Als die Abhandlung in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ angezeigt wurde, bemängelte der Rezensent, daß Grundmann „eine Einwirkung der feudalen Klassenunterschiede auf die Universität“ leugne sowie auf „Zeugnisse der Kreise der feudalen Gesellschaft, die materiell und ideologisch Träger der Bildungsstätten waren“, nicht eingehe. Nicht zuletzt deshalb hatte Grundmann die freiheitlichen Antriebe des mittelalterlichen Universitätswesens ins Zentrum seiner historischen Erwägungen gerückt, um aus Tatbeständen der Vergangenheit Maßstäbe für die Gegenwart zu machen. Dem Rezensenten war das nicht entgangen. „Zu augenscheinlich“, schrieb er, um die angeblich ideologische Befangenheit Grundmanns zu entlarven, „schimmern hinter der mediävistischen Verbrämung die Apologie des dürftigen Mantels der Freiheit an den ‚abendländischen‘ Universitäten im imperialistischen Westeuropa und der Seitenhieb auf die Hochschulen in den sozialistischen Staaten hindurch.“ Auf diese Weise belege Grundmann nur, was man eh schon gewußt und nie bezweifelt habe: „Die politische Dienstleistung der bundesrepublikanischen Historiographie im Sinne der ihren Staat beherrschenden Bourgeoisie!“ (Stiegfried Hoyer, in: *ZfG* 6 (1958) 1175–1177).

sche Gemeinschaften – in ihren gesellschaftlichen Bedingungs- und Wirkungszusammenhängen wahrzunehmen und zu deuten. Wie er die mittelalterliche Universität ausschließlich auf geistige Antriebe zurückführte und ihr soziales Bedingungsgeflecht aussparte, so lehnte er es vehement ab, die Bildung häretischer Gruppen und Gegenkirchen auf soziale Spannungen oder wirtschaftliche Interessenlagen zurückzuführen. Dennoch: Grundmann war ein zu sensibler, kritisch prüfender und bedachtsam abwägender Mediävist, als daß er nicht noch dazulernen könnten. In seinem Essay „Über die Welt des Mittelalters“, den er 1965 für den Schlußband der Propyläen-Weltgeschichte schrieb und der gleichsam eine Summe seines gelehrten Lebenswerkes darstellt, sprach er sowohl im Blick auf die religiösen Bewegungen als auch auf die städtischen Universitäten des Mittelalters vom „Ineinandergreifen geistig-religiöser und sozialer Wandlungen“¹²⁵.

Was Brunners Konzept einer Strukturgeschichte anbetrifft, so bestand unter Verfassungshistorikern Einvernehmen darüber, schon immer – wenngleich mit Hilfe anderer begrifflicher Werkzeuge – die nunmehr geforderte strukturgeschichtliche Vorgehens- und Betrachtungsweise gepflegt zu haben. Gleichwohl stießen Begriff und Konzept der neuen Strukturgeschichte auf Vorbehalte. Das Wort „Verfassungsgeschichte“, meinte Walter Schlesinger, sei „ein gutes und traditionsreiches Wort, das uns nicht verlorengehen sollte“; er könnte nicht finden, „daß es besser sei“, „Verfassungsgeschichte“ durch das heute beliebte Wort „Strukturgeschichte“ zu ersetzen¹²⁶. Dem wurde zu Recht entgegengehalten, daß der Begriff „Strukturgeschichte“ als eine allgemeine, „übergreifende Kategorie“ zu historischer Analyse und historischer Hypothesenbildung anleite, „das Wort ‚Verfassungsgeschichte‘“ hingegen, nicht weniger als „das Wort ‚Sozialgeschichte‘“, mit einer Schicht historisch gewordener Bedeutungen belastet“ sei. Otto Brunner, von dem dieser Einwand stammt, verwies „auf die neuere Entgegenstellung von ‚Verfassung‘ und ‚Verwaltung‘ oder auf den engeren Verfassungsbegriff im Sinne von Konstitution, wie er seit dem 19. Jahrhundert gebraucht wird“¹²⁷. Der Begriff Verfassung, in seinem Entstehungskontext betrachtet, beinhaltet das Vorhandensein einer geschriebenen Verfassungsurkunde, die einen zwischen Volk und Monarch vereinbarten Vertrag verbrieft, gewaltenteilige Ausübung politischer Herrschaft regelt, persönliche Grund- und Freiheitsrechte garantiert sowie die Sicherheits- und Erwerbsinteressen der bürgerlichen Wirtschaftsgesellschaft rechtlich absichert.

Dessenungeachtet rechnete Schlesinger das traditionsreiche Wort „Verfassungsgeschichte“ nicht zu jenen anachronistischen Begriffen, die unsachgemäße Fragestellungen provozieren oder verhindern, daß Zustände und Institutionen der Vergangenheit

¹²⁵ Herbert Grundmann, Über die Welt des Mittelalters, in: Propyläen-Weltgeschichte. Summa historica (Berlin-Frankfurt-Wien 1965) 436.

¹²⁶ Walter Schlesinger, Theodor Mayer und der Konstanzer Arbeitskreis. Theodor Mayer zum 80. Geburtstag (Konstanz 1963) 26.

¹²⁷ Otto Brunner, Zum Begriff des Bürgertums, in: Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa. Reichenau-Vorträge 1963–1964 (Vorträge und Forschungen 11, Konstanz-Stuttgart 1966) 15f.

in ihrer zeittypischen Eigenart zur Sprache kommen. Um den Begriff „Verfassung“ auf die rechtlich-politische Andersartigkeit der mittelalterlichen Welt anwendbar zu machen, hat ihn Schlesinger im Laufe seiner Arbeit erheblich erweitert. In der Verfassungsgeschichte, so kann man in seiner 1941 erschienenen „Entstehung der Landesherrschaft“ nachlesen, handelt es sich „um die Frage nach dem Gesamtzusammenhang der politischen Ordnung des Volkes im historischen Ablauf“, um „das Nebeneinander, Übereinander und Gegeneinander von Herrschaftskreisen verschiedenen Umfangs und verschiedener Bedeutung“¹²⁸. Dem fügte er, der Ausweitung des Politischen im zeitgenössischen Kontext Rechnung tragend, erläuternd hinzu: „Der Begriff des Politischen kann dabei gar nicht weit genug gefaßt werden, wie uns die Gegenwart lehrt, in der Bereiche, die endgültig dem ‚Privatrecht‘ unterworfen schienen, ihren ursprünglich politischen Charakter enthüllen.“¹²⁹ Die „Verfassungsgeschichte“, wiederholte Schlesinger in einem 1953 erschienenen Aufsatz über „Verfassungsgeschichte und Landesgeschichte“, hat es mit „politischen Ordnungen“ zu tun¹³⁰, die – wie Haus, Sitte, Stamm, Gefolgschaft, Bund, Stadt, Territorien und Reich – gleichermaßen herrschaftlich und genossenschaftlich gestaltet sind, „weithin am Boden haften“¹³¹ und sich zugleich als Verbände von Personen konstituieren. Im Mittelpunkt des Interesses standen „geschichtlich gewordene Ordnungen politischer Art“, deren Mannigfaltigkeit Schlesinger nicht zuletzt in der „natürlich und geschichtlich bedingten Differenziertheit des deutschen Volksbodens“ begründet sah. Diese Ordnungen „in ihrem Wesen und in ihren Wandlungen zu erkennen und zu beschreiben, betrachtete Schlesinger als Aufgabe verfassungsgeschichtlicher Forschung“¹³².

Ein „ungewöhnlich weit gefaßter Begriff der Verfassungsgeschichte“, der, genau besehen, ein ausnehmend weit gefaßter Begriff des Politischen war, wollte und sollte Fragen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den herkömmlichen Aufgaben- und Forschungskanon der Verfassungsgeschichte einbeziehen. Der „verfassungsgeschichtliche Gesichtspunkt“, sagte Walter Schlesinger 1963 in einem Vortrag aus Anlaß des 80. Geburtstages von Theodor Mayer, schließe „den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Gesichtspunkt“ mit ein. „Die Verfassung, in der eine wie immer geartete Gruppe von Menschen ist, spiegelt das ganze geschichtliche Leben, zumal in den Wandlungen, denen solche Verfassung ausgesetzt ist und die in jedem Falle umfassender Ausdruck des geschichtlichen Prozesses selbst sind. Geistige und religiöse Bewegungen wirken nicht minder auf sie ein als Änderungen in der Produktionsweise und in der sozialen Schichtung oder die Haupt- und Staatsaktionen der politischen Geschichte.“

¹²⁸ Walter Schlesinger, Die Entstehung der Landesherrschaft. Untersuchungen vorwiegend nach mitteldeutschen Quellen (Nachdruck der ersten Aufl., Dresden 1941, Sächsische Forschungen zur Geschichte I, Darmstadt 1973) 124.

¹²⁹ Ebd., 124, Anm. 459.

¹³⁰ Walter Schlesinger, Verfassungsgeschichte und Landesgeschichte, in: Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Bd. 2: Städte und Territorien (Göttingen 1963) 24. Vgl. auch ebd., 9: „Deutsche Verfassungsgeschichte ist die Geschichte der politischen Ordnungen des deutschen Volkes.“

¹³¹ Ebd., 19.

¹³² Ebd., 24 f.

Gegenstand verfassungsgeschichtlicher Betrachtung sind nicht etwa nur die Institutionen, sondern zugleich die Menschen, die sie geschaffen haben. Es ist deshalb töricht, einen Gegensatz etwa zur sogenannten Geistesgeschichte zu konstruieren, denn ohne sie kann die Verfassungsgeschichte ebenso wenig wie ohne die Rechtsgeschichte bestehen.“ Schlesingers Verfassungsbegriff suchte, statische Verfaßtheit und dynamische Veränderung miteinander zu verknüpfen. Die gedanklichen Voraussetzungen und methodischen Konsequenzen einer solchen Verbindung wurden von Schlesinger nicht näher erläutert. Sein Verfassungsbegriff zielte „nicht minder auf das kleine Leben im engen Kreise als auf die umfassenden Ordnungen, welche die Großen stifteten, von denen allein die Blätter der Geschichte zu berichten scheinen“. Verfassungsgeschichte „zielt also auf das Ganze, auf die Verfassungswirklichkeit“¹³³. Das Bemühen um Erkenntnis politisch geprägter geschichtlicher Totalität ist evident. Die Eigendynamik und verfassungsbildende Kraft sozialökonomischer Vorgänge und Interessen blieb aus dieser Sicht der Dinge ausgespart. Das Soziale bildete einen Annex des Politisch-Staatlichen.

Walter Schlesinger, ein eigenwilliger, ideenreicher und scharfsinniger Verfassungshistoriker¹³⁴, dem „unbedingtes Streben nach wissenschaftlicher Objektivität“ eignete¹³⁵, hielt an der einmal von ihm gewählten Begrifflichkeit fest, desgleichen an dem Vorverständnis über Entstehung, Bedeutung und Zusammenhang geschichtsbestimmender Ordnungen und Verbände, das dieser Begrifflichkeit inhärent war. „Theorie der Geschichte um der Theorie willen hat er nicht geschätzts, und noch weniger hat er durch die Adaption des soziologischen und politologischen Vokabulars ein theoretisches Abstraktionsniveau vorgetäuscht, das er gar nicht angestrebt hat.“¹³⁶ Deshalb kann Schlesinger auch nicht der Vorwurf gemacht werden, er habe aus dem Wort „Struktur“, einem zur „Mode und Krankheit“¹³⁷ gewordenen „Allerweltsbegriff“¹³⁸, eine Erkennungsmerke für geschichtswissenschaftliche Modernität gemacht.

Der „Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte“ beschäftigte sich auf seiner Herbst- und Frühjahrstagung der Jahre 1963 und 1964 mit der „gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa“. Der 1966 erschienene Sammelband, der diese Vorträge der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, ist ein Musterbeispiel für Unsicherheiten in der Handhabung des neuen Struktur-Begriffs. „Verfassungsgeschichtliche Betrachtungsweise“ und „gesellschaftliche Fragestell-

¹³³ Schlesinger, Theodor Mayer (wie Anm. 126), 26 f.

¹³⁴ Graus, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 105), 568 f.

¹³⁵ Hans K. Schulze, Walter Schlesinger 28.4.1908 bis 10.6.1984, in: Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984) 243.

¹³⁶ Ebd., 239 f.

¹³⁷ Friedrich H. Tenbruck, Geschichte und Gesellschaft (Berlin 1986) 200. Tenbruck betont jedoch gleichzeitig: „Was für Unstimmigkeiten, Mißbräuche und Gefahren sich auch mit dem Begriff [Struktur] verbinden, er bezeichnet einen Zusammenhang von grundlegenden Einsichten in die menschliche und gesellschaftliche Wirklichkeit. Das neuerrungene Niveau des Wirklichkeitsverständnisses, das mit diesem Begriff in die Soziologie und in das menschliche Bewußtsein getreten ist, läßt sich nicht wieder vergessen“ (ebd., 201).

¹³⁸ Graus, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 105), 575.

lung“ wurden gegeneinander abgegrenzt. Die „verfassungsgeschichtlich bestimmte Fragestellung“ sollte innerhalb der europäischen Städte insbesondere die „verfassungs-tragenden Schichten“ und „die verfassungsgeschichtlich primär relevanten Bevölke- rungsgruppen“ herausstellen¹³⁹. Der Begriff Sozialstruktur diente als Synonym für soziale Schichtung; diese wiederum wurde weitestgehend gleichgesetzt mit der in Steuerlisten feststellbaren ungleichen Verteilung von Gütern. Daß sich Gesellschaften nach verschiedenartigen sozialen Kriterien und Schichtungsschemata gliedern lassen, kam nicht in den Blick; unerörtert blieben die dem Strukturbegriff zugeordneten Annahmen über Beziehungen, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen gesell-schaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren, deren Gleichgewicht oder Konfliktträgtheit soziale Systeme festigen oder verändern. Zur Anwendung kam ein pragmatisch-positivistisch verkürzter Strukturbegriff, mit dessen Hilfe einzelne Strukturelemente in ihrer statischen Verfaßtheit, nicht aber in ihrer geschichtlichen Bewegtheit und gesamtgesellschaftlichen Verflechtung rekonstruiert wurden. Die bei-den Bände, die der Konstanzer Arbeitskreis über die „Anfänge des europäischen Städ-tewesens“ und zur „Gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Eu-ropa“ herausbrachte, enthalten eine Fülle sachdienlicher Daten zur sozialen Gliede- rung der Bevölkerung, zur Siedlungs- und Rechtsgeschichte mittelalterlicher Städte. Zu sagen, daß in den beiden Büchern paradigmatisch städtische Sozialstrukturen im Zusammenhang ihrer Elemente untersucht und dargestellt werden, könnte zur Bil-dung von Urteilen Anlaß geben, die den sozialstrukturellen Erkenntniswert der beiden Publika-tionen überschätzen. Was den forschungspraktischen Gebrauch des Begriffes „Struktur“ erheblich erschwerte, war nicht zuletzt dessen formaler Werkzeugcharak-ter¹⁴⁰. Inhaltliche Unbestimmtheit machte ihn anfällig für jargonhafte Verwendung.

Im Zentrum dessen, was der Konstanzer Arbeitskreis unternahm und eigentlich wollte, um ein neues Bild vom Mittelalter und seiner Verfassungswirklichkeit zu erar-beiten, standen nicht Wechselbeziehungen zwischen Verfassungsordnung und Gesell-schaft; gefragt wurde nach der Tatsächlichkeit rechtlich-politischer Verfaßtheiten und deren Trägern, insbesondere nach der Bodengebundenheit von Recht und Verfassung – ein Erkenntnisinteresse, das die historisch gewachsene Landschaft zu einem ergiebi-gen Arbeitsfeld verfassungsgeschichtlicher Forschung machte. Ein Verfassungsbegriff, der das Frage- und Erkenntnisinteresse nicht allein auf normative Regeln, Satzungen und Institutionen menschlicher Vergemeinschaftung lenkte, sondern dazu anleitete, konkrete Verfassungswirklichkeit in ihrer geschichtlich und natürlich bedingten Viel-falt zu rekonstruieren, bestimmte die Forschungsthematik des Konstanzer Arbeits- kreises. „Die Formen mittelalterlicher Daseinsordnung im engen Kreise des täglichen Lebens und in den weiten Bereichen europäischer Verflechtung wurden zum Gegen- stand der Untersuchung gemacht, Dorf und Stadt, Stamm und Territorialstaat, Adel und Freiheit, Lehenwesen und Königtum, Kaisertum und Papsttum.“¹⁴¹ In diesen Be-

¹³⁹ So Theodor Mayer in der Einleitung zu dem Band „Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa“ (wie Anm. 127), 7.

¹⁴⁰ Vgl. dazu Jürgen Koika, Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme (Göttingen 1977) 79.

¹⁴¹ Schlesinger, Theodor Mayer (wie Anm. 126), 26.

reichen liegen denn auch unbestreitbare Erkenntnisfortschritte, die der Konstanzer Arbeitskreis erzielte.

Mit verschiedenen Themenkreisen verbanden sich Einsichten und Überzeugungen, die den Charakter herrschender Lehren annahmen. Königtum wurde „als Kristallisationskern des werdenden Staates und als Repräsentant des staatlichen Lebens eines Volkes“ behandelt¹⁴²; Freiheit wurde als „Faktor des deutschen Staatsaufbaus“¹⁴³ gesehen, insbesondere in ihrer Funktion für „die standesrechtliche Schichtung und den sozialen Aufbau“ der den Staat bildenden Bevölkerung¹⁴⁴. Die Freiheitsvorstellung, die dem Begriff „Königsfreiheit“ zugrunde lag, meinte Freiheit nicht als Vermögen persönlicher Selbstbestimmung, sondern als Zugeständnis des Staates, als Mittel der Staatsbildung, das auf Seiten der Freiheitsempfänger die Bereitschaft voraussetzte, das eigene Wollen den Erfordernissen des politischen Systems unterzuordnen. „Königsfreiheit“, die als verliehene Freiheit in enger „Verbindung mit dem Staat“ blieb, war deshalb gleichbedeutend mit „der freien Untertänigkeit unter die staatliche Hoheit“¹⁴⁵. In seinem Verständnis dessen, was Freiheit im frühen Mittelalter war und bedeutete, bewies Theodor Mayer ein hohes Maß an Konstanz. Bereits in einem 1943 veröffentlichten Aufsatz hatte er geschrieben: „Königsdienst, Kriegsdienst und Rodung standen ursprünglich in engster Verbindung, sie sind eine Quelle für die Freiheit geworden. Das war aber eine Freiheit, die im Staat und durch ihn erreicht wurde und nicht in ihm mitgebracht worden ist.“¹⁴⁶ In einer zusammenfassenden Bestandsaufnahme aus dem Jahre 1959 heißt es mit geringfügigen Abweichungen und Ergänzungen: „Wenn irgendwelche Gotteshausleute unter die Reichsvogtei kamen, wurden sie reichsunmittelbar, betrachteten nur noch den König als ihren Herrn und galten deshalb als ‚frei‘. Das war die ‚Freiheit‘ des Staatsuntertanen, die vom Staat herkam, nicht aber die Freiheit, wie sie aus Tacitus und aus den Volksrechten herausgelesen wurde; diese Freiheit bestand auch, sie wurde aber nicht vom Staat gewährt, sondern in ihm mit eingebracht. Bei der vom Staat gewährten Freiheit ist immer zu fragen: Frei von? Bei der eingebrachten Freiheit gilt die Frage: ‚Frei, d. h. berechtigt wozu?‘, wobei an staatspolitische Rechte der Altfreien zu denken ist.“¹⁴⁷ Kam es darauf an, „Fundamente für ein neues Gesamtbild vom frühmittelalterlichen Staat“ zu legen¹⁴⁸, lag es nahe, an Freiheit nur in staatlichen Zusammenhängen zu denken.

¹⁴² Theodor Mayer, Vorwort zu: Das Königtum. Seine geistigen und rechtlichen Grundlagen, hrsg. von Theodor Mayer (Vorträge und Forschungen 3) 7.

¹⁴³ Ders., Die Königsfreien und der Staat des frühen Mittelalters, in: Das Problem der Freiheit in der Deutschen und Schweizerischen Geschichte, hrsg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte (Vorträge und Forschungen 2, Sigmaringen 1955) 56.

¹⁴⁴ Ders., Vorwort, ebd., 7.

¹⁴⁵ Ebd., 16.

¹⁴⁶ Ders., Königtum und Gemeinfreiheit im frühen Mittelalter, in: DA 6 (1943) 359. Vgl. auch ders., Die Schweizer Eidgenossenschaft und das deutsche Reich im Mittelalter, in: DA 7 (1944) 274f. Theodor Mayer bezeichnet auch in diesem Zusammenhang die „‚Freiheit‘ der Königsleute und Rodungssiedler“ als einen „staatspolitischen Faktor“; „Freiheit“ benennt er als „ein Mittel der staatlichen Politik“, weswegen Freiheit „damit eine positive Bedeutung für die Staatsbildung“ erhielt.

¹⁴⁷ Ders., Ein Rückblick, in: Mittelalterliche Studien (Lindau und Konstanz 1959) 473.

¹⁴⁸ Ders., Königsfreie (wie Anm. 143), 17.

Auf Verfassungs- und Staatsbildung ausgerichtete Forschungsinteressen führten zur Bildung der beiden Begriffe „aristokratischer Personenverbandsstaat“ und „institutioneller Flächenstaat“¹⁴⁹, die Tendenzen und Stufen von Staatlichkeit zum Ausdruck bringen sollten. Theodor Mayer, der die beiden Begriffe in die Mediävistik einführt, hat seine Begriffsschöpfungen nicht so präzisiert, daß sie im Sinne Max Webers als Idealtypen gelten können¹⁵⁰.

„Königsfreiheit“, „Germanische Treue“ und „Geblütsheiligkeit“ entwickelten sich zu verfassungsgeschichtlichen Leitbegriffen von kanonischer Geltung. Traditionüberhänge und zeitgebundene Interessen, welche in diese eingingen, waren nicht Gegenstand der Reflexion. Daß germanische Treue, die als formalisierte gegenseitige Rechtsbindung definiert wurde, auch etwas mit unreflektierter Annahme einer germanischen Kontinuität zu tun hat, zeigte František Graus in zwei Aufsätzen aus den Jahren 1959 und 1966 über „Herrschaft und Treue“¹⁵¹. In einem Referat auf dem Ulmer Historikertag des Jahres 1956 über „Freiheit als religiöses, politisches und persönliches Postulat“¹⁵² wandte sich Grundmann gegen die zunehmende Kanonisierung einer flächen-deckenden Wortverbindung, die mittelalterliche Freiheit vornehmlich als „ein Mittel der staatlichen Politik“ sah. Grundmann klagte ein, was der von liberalen Ideen geprägten Rechts- und Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts noch durchaus ge-

¹⁴⁹ Ders., Die Ausbildung der Grundlagen des modernen Staates im hohen Mittelalter, in: HZ 159 (1939) 457–487; Königsfrei (wie Anm. 143), 14f. – Wie die beiden von Theodor Mayer entwickelten Staatstypen in den Dienst der zeitgenössischen Tagespolitik gestellt werden konnten, bewies deren Erfinder in einem auf dem Internationalen Historikerkongreß 1938 gehaltenen Vortrag, der ein Jahr später in der ‚Historischen Zeitschrift‘ veröffentlicht wurde. Es heißt da: „Der institutionelle Flächenstaat bedeutete in der technischen Staatsentwicklung einen gewaltigen Fortschritt, aber er erlag der Gefahr der Entwicklung als Selbstzweck im fürstlichen Herrschafts- und Machtstaat und damit der Trennung der Einheit von Volk und Staat. Nur wenige Fürsten besaßen die richtige Erkenntnis ihrer Aufgaben und Funktionen im Rahmen des Gesamtvolkes. Noch rund sieben Jahrhunderte hat es gedauert, bis in unseren Tagen jene höhere Synthese zwischen dem Volksstaat als dem Personenverbandsstaat und dem institutionellen Flächenstaat herbeigeführt worden ist, durch die das Volk wieder unmittelbarer, verantwortlicher Träger des Staates, Subjekt des Staates und nicht mehr Objekt der Herrschaft geworden ist, bis die alten germanischen Grundlagen des Staates, die lange von der Technik der Staatsverwaltung überwuchert worden waren, wieder zu eigenem Leben durchdrangen und die Herrschaft im Staate an sie überging“ (HZ 159 (1939) 487).

¹⁵⁰ Mayer selbst sprach von „Grundtypen der staatlichen Verfassung“, mit der sich jedoch „nicht alle Staatsformen erfassen und kennzeichnen“ lassen. Dem fügte Mayer begründend hinzu: Bei den beiden aus der hochmittelalterlichen Verfassungsgeschichte „handelt es sich um Idealtypen, die nie ganz rein vorkommen, sondern sich gegenseitig durchdringen“; ders., Ein Rückblick (wie Anm. 147), 471.

¹⁵¹ František Graus, Über die sogenannte germanische Treue, in: Historica I (1959) 71–121; Herrschaft und Treue. Betrachtungen zur Lehre von der germanischen Kontinuität I, 12 (1966) 5–44. – Vgl. dazu Walter Schlesinger, Randbemerkungen zu drei Aufsätzen über Sitte, Gefolgschaft und Treue, in: Alteuropa und die moderne Gesellschaft. Festschrift für Otto Brunner (Göttingen 1963) 11–59; von neuem abgedruckt in: Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, 1 (wie Anm. 130), 286–334; Walter Kienast, Germanische Treue und ‚Königsheil‘, in: HZ 227 (1978) 320 ff.

¹⁵² Herbert Grundmann, Freiheit als religiöses, politisches und persönliches Postulat im Mittelalter, in: HZ 183 (1957) 23–53.

läufig war, die Tatsache nämlich, daß Freiheit bereits im Mittelalter war, „was sie heute ist: nicht nur geschützte Abhängigkeit von den öffentlichen Ordnungen, sondern wenigstens daneben Forderung nach Ermöglichung selbständigen, vielgestaltigen, offenen Lebens“¹⁵³.

Kritiker, die an der Existenz eines freien Bauerntums festhielten und es ablehnten, alle in frühmittelalterlichen Quellen auftauchenden *liberi* und *ingenui* als Rodungs- und Königsfreie zu bezeichnen¹⁵⁴, argumentierten in der Tradition der liberalen Rechtsschule des 19. Jahrhunderts. Die Verfechter der Königsfreiheit, die auf den generellen königlich-staatlichen Ursprung frühmittelalterlicher Freiheit abhoben, dachten in Kategorien, die an die konservative Staatslehre der deutschen Romantik erinnern. Freiheit war für Adam Müller, wie er in seinen „Elementen der Staatskunst“ (1808/09) schrieb, kein vorstaatliches Grundrecht des einzelnen, sondern „eine Eigenschaft“, die dem einzelnen „von den vielfältigen Bestandteilen des Staates“ zukam¹⁵⁵. Damit soll nicht behauptet sein, daß es im frühen Mittelalter keine Freien gab, die dem König zins- und heerfahrtspflichtig waren. Zur Diskussion steht hier nur die Frage, ob und inwieweit obrigkeitstaatliche Grundorientierungen den Blick auf historische Tatsachen und deren urkundliche Überlieferung verengten – „die Existenz eines freien Bauerntums im frühen Mittelalter“¹⁵⁶, dem ursprünglich freies Eigen und ein freier, königsunabhängiger Rechtsstand eigneten.

Begriff und Sache der Königsfreiheit sind in der Zwischenzeit durch differenziertere Einsichten und Auffassungen abgelöst worden. Die Behauptung, wonach alle „liberi und ingenui der fränkischen Zeit“ nur auf Königsland angesiedelte „Königsfreie“ waren und es deshalb folgerichtig auch keine freibäuerliche Bevölkerung gegeben hat, die im frühen Mittelalter – sei es mit Gewalt, sei es aus eigenem Entschluß – in die Grundherrschaften von Königtum, Kirche und Adel eingegliedert werden konnte, „dürfte in ihren wesentlichen Punkten inzwischen widerlegt sein“¹⁵⁷. Das revidierte

¹⁵³ Borst, Grundmann (wie Anm. 124), 12.

¹⁵⁴ Eckhard Müller-Mertens, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien (Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte 10, Berlin 1963); Hans K. Schulze, Rodungsfreiheit und Königsfreiheit. Zu Genesis und Kritik neuerer verfassungsgeschichtlicher Theorien, in: HZ 219 (1974) 529–550; Johannes Schmitt, Untersuchungen zu den Liberi Homines der Karolingerzeit (Europäische Hochschulschriften III, 83, Frankfurt a. M., Bern 1977); Hans K. Schulze, Reichsaristokratie, Stammesadel und Fränkische Freiheit. Neuere Forschungen zur frühmittelalterlichen Sozialgeschichte 227 (1978) 362–369; Klaus Arnold, Freiheit im Mittelalter, in: Hjb 104 (1984) 10f.

¹⁵⁵ Zitiert nach Günter Birtsch, Aspekte des Freiheitsbegriffs in der deutschen Romantik, in: Romantik in Deutschland, hrsg. von Richard Brinkmann (Stuttgart 1978) 54. – Als Karl Basl im Jahre 1973 „Reflexionen über die Aktualität der Geschichtswissenschaft“ (in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 36 (1973) 3–15) zu Papier brachte, kommentierte er den Vortrag Herbert Grundmanns, den dieser 17 Jahre zuvor in Ulm gehalten hatte, so: Der „konservative Geisteshistoriker alten Stils Herbert Grundmann hielt eine Brandrede gegen die, die es sich einfallen ließen, den Inhalt der ‚Freiheit‘ als Produkt des jeweiligen Gesellschaftsprozesses und Kulturniveaus zu analysieren; für ihn war Freiheit ein durch die Jahrtausende gleichbleibendes, abstraktes menschliches Grundanliegen“ (ebd., 10). – Kurz ist bisweilen auch das Gedächtnis von Historikern. Ob sie auch immer gelesen haben, worüber sie schreiben?

¹⁵⁶ Hans K. Schulze, Grundstrukturen der Verfassung im Mittelalter, Bd. 2 (Stuttgart 1986) 72.

¹⁵⁷ Ders., Grundstrukturen der Verfassung im Mittelalter, Bd. 1 (Stuttgart 1985) 111.

Bild der frühmittelalterlichen Sozialverfassung setzt eine relativ breite Schicht von freien Leuten voraus, „die zwar einem Rechtsstand angehörten, deren wirtschaftlich-sozialer Status aber sehr unterschiedlich war“¹⁵⁸. Freie, die einen einheitlichen Rechtsstand bildeten, jedoch unterschiedlichen wirtschaftlich-sozialen Schichten angehörten, begegnen in den Quellen „als Grundherren, als freie Bauern, als Vasallen, als Hintersassen der königlichen, kirchlichen und weltlichen Grundherrschaften und sogar als Angehörige der Landlosen und in entwurzelten Unterschichten“¹⁵⁹.

Unreflektierter Traditionssüberhang spiegelt sich im Gebrauch des Begriffes „Geblütsheiligkeit“. Gegen das Verführerische dieses Begriffs, der wie ein Zauberschlüssel alle Tore zur Erkenntnis mythisch-sakraler Legitimation adliger und königlicher Herrschaft aufzuschließen scheint, ist kaum noch anzukommen. Alles, was mit „divinus animus“, mit „virtus heroica“, „felicitas“ oder „fortuna et mores“ zu tun hat, wird kurzerhand als lateinisches Äquivalent für das germanische Geblüt in Anspruch genommen. Eine „salus“ oder „sanctitas sanguinis“ hat es meines Wissens in der religiösen und sozialen Vorstellungswelt mittelalterlicher Chronisten und Theologen nicht gegeben; wohl aber gab es seit Anfang der 30er Jahre unseres Jahrhunderts Erwägungen über die enge Verknüpfung von Führungskraft und Geblüt. Abkehr vom Rankeschen Objektivitätsideal und Hinwendung zu den rassischen Grundlagen der Geschichte kennzeichnen jenen politisch-ideologischen Zusammenhang, in dem der Begriff „Geblütsheiligkeit“ als historische Deutungs- und Erklärungskategorie zum ersten Mal auftaucht¹⁶⁰. Zur suspekten Herkunft kommt mangelnde Erklärungskraft.

¹⁵⁸ Ebd., 113.

¹⁵⁹ Ebd., 136.

¹⁶⁰ Schreiner, Führertum, Rasse, Reich (wie Anm. 6), 181. – Das „Heil“ des zur Führung und zum geschichtlichen Handeln Berufenen war ein Bestandteil des von den Wortführern des Nationalsozialismus entworfenen Geschichtsbildes; es zählte zu den Grundwerten des völkisch-nordischen Rassetums. Führerheil und Volksheil bedingten sich wechselseitig. „Die Berufung, die Macht, das Heil und Glück des Führers ist die Berufung, die Macht, das Heil und Glück seines Volkes“ (Ernst Kriek, Weltanschauliche Entscheidung (Wien u. Leipzig 1939) 23). Der „Held, der zu seinem Heil und Glück vom Blute der Ahnen und der Enkel berufen war“, bildete die „Aufgipfelung germanischen Menschentums“ (*ders.*, Volk unter dem Schicksal. Rede zur Reichsgründungsfeier, gehalten in der Aula der Neuen Universität Heidelberg (Heidelberg 1939) 9). Wahre Gemeinschaft im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie lebt „aus dem Heil der begnadeten Glieder, die zu ihren Führern, Heilträgern, Schicksalträgern berufen worden sind“ (*ders.*, Heil und Kraft. Ein Buch germanischer Weltweisheit (Leipzig 1943) 49). „Gefolgsherr kann je nur ein Mann höheren Heils, höherer Gnade, höheren Friedens, höheren Rates, höherer Weisheit und Kraft sein“ (ebd., 13). Die „Heilkraft der Könige“ galt als Beweis dafür, daß sich „germanische Art und germanisches Wirken“ gegen die Last christlicher „Fremdüberlagerung“ durchsetzte (*ders.*, Volkscharakter und Sendungsbewußtsein. Politische Ethik des Reichs (Leipzig 1943) 12). Aktualisiert wurde das altgermanische Königsheil im Heil des revolutionär denkenden und handelnden Führers. „Der Führer trägt in seinem ‚Königsglück‘ die Substanz des Ganzen, daraus ihm und seiner Gemeinschaft das Schicksal, die Wirkkraft – selbst als Heilkraft –, der Segen oder das Verhängnis kommt. Das Glück und Gedeihen der Gemeinschaft hängt am Heil des Führers. Dafür ist er auch mit der Verantwortung für Gedeihen und Glück der Gemeinschaft behaftet“ (ebd., 30). Der Führer galt als der „heldische Mensch“ schlechthin, der „aus dem Heil seiner Berufung“ Geschichte bewegt und gestaltet (ebd., 36). Aus „dem rassischen Lebensuntergrund“ erfolgte „die Wiedergeburt des Charakters mit dem Heil- und Kraftglauben heldischen Menschen“

Der gängige Erklärungsbegriff „Geblütsheil“ vereinfacht vielschichtige Strömungen und Traditionen; er setzt eine Vorstellung von Kontinuität voraus, derzufolge eine Herrschafts- und Legitimitätsauffassung über Jahrhunderte hinweg geradlinig, gleichsam teleologisch wirkte, ohne sich selbst qualitativ zu verändern. Mediävisten, die Königen und Adligen gleichbleibend wirkende Heils- und Heiligkeitskräfte zuschreiben, rechnen nicht mit der Möglichkeit, daß „charismatische Herrschaft“ nur „*in statu nascendi in idealtypischer Reinheit bestand*“. Nimmt jedoch charismatische Herrschaft den „Charakter einer Dauerbeziehung“ an, muß sich ihr Charakter wesentlich ändern: „sie wird traditionalisiert oder rationalisiert (legalisiert) oder: beides in verschiedenen Hinsichten“¹⁶¹.

Karl Bosl veröffentlichte 1964 unter dem Titel „Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa“ gesammelte Aufsätze. Die Aufsatzsammlung trug den Untertitel „Ausgewählte Beiträge zu einer Strukturanalyse der mittelalterlichen Welt“. Den gesuchten gemeinsamen Nenner für die thematische Vielfalt der als Buch veröffentlichten Aufsätze suchte und fand der Verfasser in „Ansatzpunkten deutscher Gesellschaftsgeschichte bis heute“¹⁶²; aufgeworfen wurden von ihm „Probleme der Gegenwart aus der Tiefe des historischen Raums“¹⁶³. Bosl verstand sich als vergleichender historischer Strukturanalytiker, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die herkömmliche Verfassungsgeschichte einzubinden in eine allgemeine „Gesellschaftsgeschichte“, in „den Gesamtbereich des gesellschaftlichen Seins menschlicher Existenz“, in „eine totale und universale Geschichte unter gesellschaftlich-anthropologischem Aspekt“¹⁶⁴. Deshalb konnte er nicht ohne kritischen Unterton feststellen, daß der Konstanzer Arbeitskreis nur mit einem Tagungsthema und entsprechend auch nur mit einem Band seiner fortlaufend erscheinenden „Vorträge und Forschungen“, der „glücklicherweise der Stadt“ galt, in „den Raum gesellschaftlicher Strukturanalyse“ vorgedrungen sei.

tums“ (ebd., 37). Heil, das „aus rassischer Art“ bestimmt ist, „erfüllt sich als Gnade und Segen in Beruf und Sendung“ (ebd., 47). Anteil am Heil haben alle „zur Führungsschicht in der Volksgemeinschaft berufenen‘, Berufe‘, die als Träger und Wirker höheren Heils eine Sendung an der Volksgemeinschaft und durch diese an Völkern und Menschheit zu üben haben“: „politische Führer, Kinder, Erzieher, Ärzte, Rechtswahrer, sind allemal Träger und Walter desselben Heils“ (ebd., 150). – Arnold Angenendt, Kaiserherrschaft und Königstaufe. Kaiser, Könige und Päpste als geistliche Patrone in der abendländischen Missionsgeschichte (Arbeiten zur Frühmittelalt erforschung 15, Berlin–New York 1984) 62, spricht sachlich angemessener von „Erbsegen“. Wichtig und weiterführend ist auch sein Hinweis auf die alttestamentliche Wurzel dieses Gedankens. „Für die Vorstellung des Erbsegens und der sakralen Herrschaftsbegründung fand das Frühmittelalter eine autoritative Bestätigung im Alten Testamente ... Die ganze Patriarchengeschichte ist geprägt von solchen Vorstellungen, und entsprechende Stellen, die den Nachkommen oder dem ‘Samen’ eines Geschlechtes den Segen verheißen, wurden im Frühmittelalter gerne aufgegriffen“ (ebd.). – Ebd., 24, Anm. 2 auch kritische Stimmen zum Begriff „Geblütsheiligkeit“.

¹⁶¹ Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., besorgt von Johannes Winkelmann (Tübingen 1972) 143.

¹⁶² Karl Bosl, Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa. Ausgewählte Beiträge zu einer Strukturanalyse der mittelalterlichen Welt (München 1964) 16.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ Bosl, Reflexionen über die Aktualität der Geschichtswissenschaft (wie Anm. 155), 9.

Gegenstand der von Bosl konzipierten Gesellschaftsgeschichte war „das ganze Mensch-Sein, total und universal“¹⁶⁵. „Zu sehen, wie Herrschaft und Staat in den Strom des geschichtlichen, des gesellschaftlichen Lebens eingebettet sind, wie sie sich gegenseitig formen und beeinflussen, das stellt sich heute als Aufgabe einer modernen Verfassungs- und Gesellschaftsgeschichte“ dar.¹⁶⁶ Deshalb befaßte sich Bosl nicht nur mit der Organisation von Reichs-, Königs- und Herzogsgut, mit Vasallität und Lehnswesen, mit Ständetum und Territorialstaat, sondern vornehmlich mit Bedingungen, Formen und Erscheinungsweisen sozialer Mobilität, mit „Macht und Arbeit“ als gesellschaftsformenden Kräften, mit Problemen gesellschaftlicher Differenzierung im Frühen Mittelalter, mit „Zusammenhängen zwischen Religion, Kult, Herrschaft und Gesellschaft“, mit schichtspezifischen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, den „kollektiven Mentalitäten“, wie er sie in Anlehnung an den Sprach- und Begriffsgebrauch französischer Kollegen nannte.

Von Bosls Arbeiten und Vorträgen sind in den 60er und 70er Jahren Anstöße ausgegangen, die weithin wirkten – über Fächer- und Ländergrenzen hinweg, über Ozeane und Kontinente. Was Eindruck machte und Publikum schuf, war die engagierte Zuwendung zu sozialgeschichtlichen Fragen des Mittelalters, die allenthalben interessierten, aber von niemandem sonst so farben- und perspektivenreich, so eingängig und gegenwartsnah geschildert wurden wie von Karl Bosl, dem Münchener Mediavisten. Die Anstrengung des Begriffs war Bosls Stärke nicht, auch nicht die zeitraubende Suche und philologisch exakte Erschließung von Primärquellen. In Bosls Arbeiten zur Sozialgeschichte des Mittelalters steckt enorme Arbeitsenergie; seine vielen, fast zu vielen Bücher und Aufsätze bekunden elementares Verlangen nach Mitteilung und wissenschaftlicher Kommunikation; sie sind nicht langsam gereifte Früchte bohrender Quellenexegesen, keine hinreißenden Exempel sprachlicher Darstellungskraft, keine Texte, in denen das Feuer kritischer Selbstprüfung die Schlacken ausgesondert hat, damit das kostbare Metall um so klarer zum Vorschein kommt. Bosls Schriften folgen Inspirationen des Tages, sie zeigen Perspektiven auf und machen Deutungsangebote, die zum Weiterdenken, zur Überprüfung und zum Widerspruch anregen.

Reden und Schreiben bereiteten Bosl keine Qual. Was er in Hörsälen, auf Tagungen und bei Festversammlungen vortrug, bewies Leidenschaft und entbehrte nicht des rhetorischen Glanzes. Er schrieb gern, viel und – weil die Last vielfältiger Pflichten Zeit knapp werden ließ – hastig und sprunghaft¹⁶⁷. Er las, rezipierte und verarbeitete

¹⁶⁵ Ebd., 13.

¹⁶⁶ Karl Bosl, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter, in: Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte, 9. Aufl., hrsg. von Herbert Grundmann, Bd. 1 (Stuttgart 1970) 699.

¹⁶⁷ Rezensenten von Bosls Büchern haben die Folgen dieser Arbeits- und Schreibweise immer wieder moniert. Hierfür zwei Beispiele (an Stelle zahlreicher anderer): Stefan Weinfurter, Bemerkungen und Corrigenda zu Karl Bosls ‚Regularikaniker und Seelsorge‘, in: Archiv für Kulturgeschichte 62–63 (1980/81) 381–395, bemerkt noch in einer zehnseitigen Liste von „Ungenauigkeiten und Irrtümern“ (385–395) abschließend: „Damit möchte ich die Liste der dringendsten Korrekturhinweise beenden. Auf die Fülle weiterer Druckfehler, Namensverschreibungen und Fehler in den Fußnoten lohnt es sich nicht im einzelnen einzugehen“ (395). – Hagen Keller, Befprechung von „Karl Bosl, Gesellschaftsgeschichte Italiens im Mittelalter, Stuttgart 1982“, in: Hi-

eine Unmenge von Sekundärliteratur. Geduld, die Fragen und Antworten reifen lässt, zählte nicht zu seinen Tugenden. Beim Studium seiner Schriften überkommt einen vielfach der Eindruck, schnell improvisierte Skizzen, Entwürfe und erste Fassungen zu lesen, die noch der sachlichen und stilistischen Bearbeitung bedurft hätten. In seinen Spätwerken ging verloren, was die frühen Schriften gegen vorschnelles Altern schützt: das hartnäckige Befragen der Quellen.

Dessenungeachtet kommt Karl Bosl das unbestreitbare Verdienst zu, sich mit großer Unbefangenheit den Fragestellungen, Begriffen und Theorien der Soziologie (selbst der Psychoanalyse) geöffnet zu haben. Das versteht sich nicht von selbst. Die in den Jahren 1950/51 in den „Schriften der Monumenta Germaniae Historica“ veröffentlichten Studien über „Die Reichsministerialität der Salier und Staufer“, die „Ein Beitrag zur Geschichte des hochmittelalterlichen deutschen Volkes, Staates und Reiches“ darstellen sollten, stehen noch ganz im Bann der herkömmlichen Verfassungsgeschichte. Bosl wollte in dem zweibändigen ‚opus magnum‘ zeigen, in welcher Weise „das Emporkommen einer neuen wirkenden Kraft aus den Tiefen der Volkssubstanz“ zur „Sozialentwicklung des Kontinents“¹⁶⁸, zur „gesamtabendländischen Sozialgeschichte“ beitrug¹⁶⁹.

Im Zentrum der Arbeit steht nicht die soziale Formierung einer gesellschaftlichen Führungsschicht; den Autor interessieren die Reichsministerialen vornehmlich als „Werkzeuge“ eines „auf flächenhafter Grundlage aufgebauten Königsstaates“¹⁷⁰, als „die starken Bannerträger des staufisch-deutschen Staats- und Reichsgedankens“¹⁷¹; erläutert wird die Rolle der Ministerialität bei der königlichen Politik intensiver Raumerfassung. Eine neue Konzeption von Sozialgeschichte ist in Bosls frühen Arbeiten nicht auszumachen. Der Akzent liegt auf der Untersuchung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen, in denen sich Aufstieg und politische Funktion einer staatlichen Amtsträgerschicht widerspiegeln¹⁷².

storisch-politisches Buch 31 (1983) 216: „Wer den knappen Überblick sucht, wird in B.s Darstellung überschüttet mit Einzelheiten und Beispielen (Urkundenparaphrasen in einem Gemisch aus deutschen, lateinischen und italienischen Begriffen), die nicht erläutert und nicht in einen Argumentationszusammenhang eingeordnet sind. Der ‚Fachmann‘ kann sich mit Hilfe des Buches keine präzise Information verschaffen. Die Quellen- und Literaturgrundlage der wortreich-pauschalen Darstellung bleibt undurchsichtig. Zwar ist alles irgendwo zitiert; aber in einzelnen Abschnitten werden z. B. Arbeiten fast paraphrasiert, die in diesem Zusammenhang nicht aufgeführt sind. Vor allem chronologische, aber auch sachliche Bezüge bleiben unklar; Orts- und Verfassernamen sind z. T. entstellt, Jahreszahlen häufig verschrieben.“

¹⁶⁸ Karl Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer. Ein Beitrag zur Geschichte des hochmittelalterlichen deutschen Volkes, Staates und Reiches, Bd. 1–2 (Schriften der Monumenta Germaniae Historica 10, Stuttgart 1950/51) hier: Bd. 1, Vorwort.

¹⁶⁹ Ebd., Bd. 2, 632.

¹⁷⁰ Ebd., Bd. 2, 621.

¹⁷¹ Ebd., Bd. 2, 632.

¹⁷² Bosl versteht seine breit angelegte Arbeit über die salisch-staufische Reichsministerialität als Versuch, „mit Hilfe der besitzgeschichtlich-genealogischen Methode die Funktion der Königsministerialität im Gefüge des deutschen Königsstaates und die Dynamik ihrer inneren Entwicklung als Ausfluß ihres staatspolitischen Einsatzes und der allgemeinen politischen Entwicklung überhaupt herauszuarbeiten“, um auf diese Weise „das Werden und die Wandlungen deutscher

In den ausgehenden 60er und beginnenden 70er Jahren versuchte sich Bosl in gesellschaftsgeschichtlichen Überblicksdarstellungen, die sowohl der relativen Eigenständigkeit als auch der gegenseitigen Verflechtung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat Rechnung tragen sollten. Bosl betonte mit Nachdruck „die kollektive Gebundenheit, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingtheit aller historischen Wirklichkeit und ihrer Wandlungen“¹⁷³. Um die „jeweils wirklichen Zusammenhänge zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat“ kenntlich zu machen¹⁷⁴, hat Bosl in seinen Schriften eine Unsumme empirischer Daten und Sachverhalte zusammengetragen. Die Verkettung der verschiedenen Wirklichkeitsbereiche zu einem theoretisch einleuchtenden und empirisch abgesicherten Gesamtzusammenhang blieb mehr Anspruch als eingelöstes Programm. In Bosls strukturanalytischen und gesellschaftsgeschichtlichen Darstellungen steckt viel additive Kompilation und assoziative Verknüpfung, manche vorschnelle Verallgemeinerung, die das Zeugnis der Quellen nicht auf ihrer Seite hat, viel sprachliche Redundanz, die nicht neugierig, sondern müde macht.

Neue Begriffe und Theorien für eine genaue Erfassung und Durchdringung des Vergangenen und dessen Fortwirken bis zur Gegenwart wurden von Bosl nachhaltig gefordert, kaum jedoch in ihrer praktischen Verwendbarkeit für die Forschung erprobt. In den Walter Schlesinger dedizierten „Reflexionen über die Aktualität der Geschichtswissenschaft“ (1973) bezeichnet es Bosl als „unabweisbare und gebieterische Forderung unserer Zeit, die Ergebnisse des hegelianischen Idealismus und seiner Geistlehre zu harmonisieren mit den Erkenntnissen, die Marx zur historischen Theorie beigesteuert hatte“. Mit dieser Aufgabe verband er die Hoffnung, daß sich „die Gesellschaft als oberstes Ordnungsprinzip gegen das monopolistische hegelianische Staatsdenken durchsetzen wird“, um „eine universalistisch verstandene Verfassungsgeschichte“ abzulösen „zugunsten einer totalen und universalen Geschichte unter gesellschaftlich-anthropologischem Aspekt“¹⁷⁵. Im „Zeitalter der Außenlenkung der Menschen“ gegen „den totalen Einbruch eines neuen Menschen-, Welt- und Geschichtsverständnisses, eines neuen Denkens und Erfahrens der Um- und Außenwelt“ helfe „keine Ranke-Renaissance“; notwendig sei „eine Max-Weber-Rezeption“, welche „der historischen Aussage eine neue Funktion in unserer Gesellschaft gibt und das Publikum wieder zuführt, das trotz allem sich zurückbesinnt und dankbar horcht, wenn ihm nicht Lehren der Geschichte, sondern die Weisheit vorgetragen wird, die aus dem Studium des geschichtlichen Menschseins jedem zuwächst“¹⁷⁶.

Königsherrschaft und Staatspolitik durch zweieinhalb Jahrhunderte salisch-staufischer Staatsführung und -planung von einer besonderen Seite unseres volklich-staatlichen Lebens her“ beleuchten zu können (Bd. 1, S. 16).

¹⁷³ *Bosl*, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft (wie Anm. 166), 694 f.

¹⁷⁴ Ebd., 695.

¹⁷⁵ *Bosl*, Reflexionen über die Aktualität der Geschichtswissenschaft (wie Anm. 155), 9.

¹⁷⁶ *Karl Bosl*, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter. Eine deutsche Gesellschaftsgeschichte des Mittelalters, Bd. 1 (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 4, 1, Stuttgart 1972) 3. (Das Zitat ist korrekt wiedergegeben.)

Eine Max-Weber Rezeption, die diesen Namen verdient, fand in der deutschen Mediävistik bis zur Gegenwart nicht statt. Die Tatsache, daß sich in der Mittelalterforschung – nicht zuletzt unter dem Einfluß von Max Weber – der Begriff „Herrschaft“ einbürgerte, dem meines Erachtens zu Unrecht angelastet wird, daß er einseitig auf die Erfassung gesellschaftlicher Harmonie angelegt sei, Konfliktverhältnisse, Macht und Gewalt jedoch ausblende, besagt da nicht viel. Bislang gibt es keinen ernsthaften Versuch, aus Webers Herrschafts- und Legitimitätstypen begriffliche Werkzeuge bei der Analyse geistlicher und weltlicher Herrschaftsverhältnisse im Mittelalter zu machen. Die in Webers „Typen der Stadt“ steckenden Theorieansätze und Erklärungsentwürfe sind keinesfalls ausgeschöpft¹⁷⁷. Dasselbe gilt von seinen Schriften und Reflexionen zur Religionssoziologie, die mannigfache begriffliche und theoretische Anknüpfungspunkte bieten, um Wirkungszusammenhänge zwischen sozialer Zugehörigkeit, Glaube und Frömmigkeit zu untersuchen.

Gelegentliche Zitationen sind noch kein Beweis für produktive Aneignung und Umsetzung. Was die Erkenntnis der mittelalterlichen Welt fördert, sind Versuche, die in der sozialwissenschaftlichen Begriffssprache enthaltenen theoretischen Vorgaben für die Erklärung sozialer Tatbestände und gesellschaftlicher Wirkungszusammenhänge fruchtbar zu machen. Im Kreis der deutschen Mediävisten kann Bosl „tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, Max Weber so häufig wie kaum ein anderer zu zitieren. Aber leider geht in Bosls Form der Rezeption von der außerordentlichen begrifflichen Klarheit Webers viel verloren, was besonders bei der Verwendung von ‚Idealtypus‘ und ‚Realtypus‘ auffällt.“¹⁷⁸ Bosls Beitrag zur „Max-Weber-Gedächtnisschrift der Universität München“ (1966)¹⁷⁹ befaßt sich mit dem Verhältnis zwischen Soziologie und Geschichte, nicht mit dem, was gesellschaftsgeschichtlich interessierte Mediävisten aus den Schriften Max Webers lernen können. Bosl war der Auffassung, „daß Webers ‚Idealtypen‘ als Symbole und Zeichen konkreter Intelligenzen empirisch, daß sie geeignet und fähig sind, die ganze Vergangenheit zu vergegenwärtigen und zwar durch die persönliche Rationalisierung und Rationalität des Forschers“¹⁸⁰. Bosl selbst macht jedoch keine erkennbaren Anstrengungen, seine Gesellschaftstypen, wie zum Beispiel „archaische“, „feudale“ oder „postfeudale Gesellschaft“, oder jene, die mittlere Zeit gliedernden Epochen, wie die „archaische Phase“ (300–1070), die „aufgeklärte Aufbruchsphase“ (1070–1300) und „kritische Reformphase“ (1300–1500), mit Hilfe einer begrifflich-systematischen Typologie schärfer zu erfassen und miteinander vergleichbar zu machen. Sich von Max Weber inspirieren und in Pflicht nehmen lassen, hätte gleichfalls bedeutet, syn- und diachrone Wechselwirkungen zwischen Herr-

¹⁷⁷ Vgl. Klaus Schreiner, Die mittelalterliche Stadt in Webers Analyse und Deutung des okzidentalen Rationalismus. Typus, Legitimation, Kulturbedeutung, in: Max Weber, der Historiker, hrsg. von Jürgen Kocka (Kritische Studien 73, Göttingen 1986) 119–150.

¹⁷⁸ Franz Irsigler, Besprechung von „Karl Bosl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter. Eine deutsche Gesellschaftsgeschichte des Mittelalters“, in: ZfHF 5 (1978) 215.

¹⁷⁹ Karl Bosl, Der soziologische Aspekt in der Geschichte, in: Max-Weber-Gedächtnisschrift der Universität München (München 1966) 41–56.

¹⁸⁰ Grundlagen (wie Anm. 176), Bd. 1, 7.

schaft, Wirtschaft und Kultur zum gegenstandsstrukturierenden Konzept mittelalterlicher Gesellschaftsgeschichte zu machen. Ich kann nicht finden, daß in Bosls „Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter“ das dialektische Wechselverhältnis zwischen diesen drei Potenzen, ein für Webers Geschichts- und Gesellschaftsverständnis grundlegender Sachverhalt, die Richtung des Fragens, die analytische Durchdringung und sprachliche Gestaltung des Gegenstandes bestimmt.

Thematisch und methodisch weiterführende Impulse verdankt die mittelalterliche Sozialgeschichte dem Heidelberger Mediävisten Erich Maschke. Maschke verstand sich weder als „Avantgardist deutscher und europäischer Gesellschaftsgeschichte“¹⁸¹, noch hatte er den Ehrgeiz, Menschsein in seiner gesellschaftlichen Totalität zu ergrün- den. In der Wahl seiner Forschungsgegenstände spiegeln sich persönliche Schicksale. Im Jahre 1953 war Erich Maschke aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Die weitere Beschäftigung mit dem Deutschen Orden erinnerte an seine Lehr- und Forschungstätigkeit in Königsberg und Jena. Hinter seinen Arbeiten über das „Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges“ verbarg sich Solidarität mit langjährigen Leidensgenossen; der Aufbau einer neuen Lebens- und Forschungsexistenz in Speyer und Heidelberg ließ Arbeiten zur Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Speyers im besonderen und der mittelalterlichen Stadt im allgemeinen entstehen. Maschke fühlte sich nicht einer Schultradition verpflichtet, die nahelegte und gebot, eine mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Daten angereicherte Verfassungsgeschichte weiterzuführen. Unbelastet durch schul- und forschungsinterne Vorgaben und Traditionen widmete er sich einem neuen Arbeitsfeld: der Sozialgeschichte der mittelalterlichen Stadt. Maschkes quellennahe und theorieorientierte Untersuchungen förderten grundlegende Einsichten in die Sozialverfas- sungs der mittelalterlichen Stadt zutage.

In seinem 1959 erschienenen großen Aufsatz über „Verfassung und soziale Kräfte in der deutschen Stadt des späten Mittelalters“¹⁸² brachte Maschke Verfassungsbildung und Sozialentwicklung in einen empirisch nachprüfbaren Zusammenhang. Die Überschrift der breit angelegten Studie, die auf die Wechselwirkung zwischen Verfas- sung und sozialen Kräften abhob, verstand Maschke nicht als schöne, modernistische Etikette; er meinte, was er sagte und löste es auch ein. Sozialentwicklung war für ihn nicht gleichbedeutend mit harmonisch verlaufender Evolution; indem er den Erschei- nungs- und Verlaufsformen spätmittelalterlicher Bürgerkämpfe nachging und deren verfassungsrechtliche Konsequenzen bedachte, machte er den sozialen Konflikt zu ei- ner Schubkraft politisch-sozialen Wandels. Verfassung verstand er als Ausdruck einer gesellschaftlichen Ordnung, die im Widerstreit konkurrierender Kräfte Erschütterun- gen ausgesetzt ist, in Zeiten der Krise von neuem gefunden, vereinbart und beeidigt werden muß.

¹⁸¹ Wie das Karl Bosl von sich sagte, vgl. „Reflexionen über die Aktualität der Geschichtswissen- schaft“ (wie Anm. 155), 5.

¹⁸² Erich Maschke, Verfassung und soziale Kräfte in der deutschen Stadt des späten Mittelalters, vornehmlich in Oberdeutschland, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 46 (1959) 289–349; 433–476.

Die von Maschke angeregten und selbst verfaßten Aufsätze über städtische Unter- und Mittelschichten öffneten neue Einblicke in die soziale Lebenswelt mittelalterlicher Stadtbürger. Die bewußte Überschreitung der von Verfassungshistorikern gezogenen Grenzlinie sozialgeschichtlicher Betrachtung begründete er so: Für eine geschichtliche Betrachtungsweise, die sich vornehmlich für die „Träger der Verfassung“ und deren Gestalter interessiert, „sind die gesellschaftlichen Schichten, die niemals oder nur selten aufgrund bestimmter Situationen handelnd in den Ablauf der Geschichte eingriffen, ohne Bedeutung“. Geschichtswissenschaft, lautete Maschkes methodischer Grundsatz, sei erst dann „in vollem Sinne Humanwissenschaft“, wenn sie „auch die unteren Gruppen der menschlichen Gesellschaft in ihrem Sein und ihrem Leiden einbezieht“. Hinzu komme ein sozialstruktureller Gesichtspunkt. Gelte es, „Geschichte als die Geschichte von Strukturen zu erfassen“, würde die „Bevölkerungsstruktur der mittelalterlichen Stadt“ nur unzureichend und unvollständig in den Blick kommen, „wollte man sich etwa auf Patriziat und Zünfte beschränken“¹⁸³. Dies vor allem deshalb, weil die städtischen Unterschichten sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht von solcher Bedeutung waren, „daß die ganze Wirklichkeit der Stadt und ihrer Einwohnerschaft ohne die genaue Kenntnis der unteren Gruppen und Schichten nicht erfaßt werden kann. Nur unter ihrer Einbeziehung kann die Struktur der städtischen Gesellschaft vollständig analysiert werden.“¹⁸⁴ Maschkes Studien über „Soziale Gruppen in der deutschen Stadt des späten Mittelalters“¹⁸⁵ wurden geschrieben auf dem Hintergrund einer verstärkten Diskussion über Schwierigkeiten und Grenzen sozialer Schichtbildung. Aus dem Ungenügen an abstrahierender Stratifikation bedingte sich sein zunehmendes Interesse an konkreten Formen sozialer Vereinigung¹⁸⁶, die sich an Hand der Quellen als real existierende Kommunikationsgruppen wiederherstellen lassen¹⁸⁷. Sein letztes, vor seinem Tod erschienenes Werk handelte von der „Familie in der deutschen Stadt des Mittelalters“.

¹⁸³ Ders., Die Unterschichten der mittelalterlichen Städte Deutschlands, in: *Gesellschaftliche Unterschichten in den südwestdeutschen Städten*, hrsg. von Erich Maschke, Jürgen Sydow (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg B, 41, Stuttgart 1967) 3.

¹⁸⁴ Ders., Zur Einführung, ebd., VII.

¹⁸⁵ Ders., Soziale Gruppen in der deutschen Stadt des späten Mittelalters, in: *Über Bürger, Stadt und städtische Literatur im Spätmittelalter*, hrsg. von Josef Fleckenstein und Karl Stackmann (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, phil.-hist. Klasse 3, Folge Nr. 121, Göttingen 1980) 127–145.

¹⁸⁶ Die letzte Arbeit, die Maschke publizierte, befaßte sich mit der Familie. Vgl. ders., Die Familie in der deutschen Stadt des Mittelalters (Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1980, 4, Heidelberg 1980).

¹⁸⁷ Mit Klimawchsel und Interessenverlagerung in der Zunft der Mediävisten hatte es zu tun, daß das brillant geschriebene und von Gelehrsamkeit überbordende opus magnum eines ihrer Fachkollegen, das im Jahre 1962 zum Abschluß kam und bis dahin nicht weniger als sechs stattliche Bände erreicht hatte, kaum zur Kenntnis genommen wurde und schließlich dem Vergessen anheimfiel. Von seinem Autor war es – wie er schreibt – als „engagiertes Buch“ verfaßt worden und sollte eine „Brücke zwischen Menschen“ bilden. Die Rede ist von Arno Borst, der die langen Schatten des Turmbaus von Babel untersuchte, die Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte einer biblischen Erzählung über Entstehung, Vielfalt und Funktion der Sprachen und Völker (Der

4. Abschließende Erwägungen: Wissenschaftlicher Begriffs- und politischer Systemwandel

Was Kontinuität und Diskontinuität geschichtswissenschaftlicher Forschung im Wandel politischer Systeme bedeutet, sei abschließend am Beispiel Otto Brunners und seines Buches „Land und Herrschaft“ verdeutlicht, das seit seinem Erscheinen im Jahr 1939 bis zur Gegenwart als bahnbrechende Leistung gerühmt wird. Woran liegt es, daß Brunners Arbeit über Grundfragen der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte zwischen 1939 und 1965 nicht weniger als fünf Auflagen erlebte und – wie selbst heute noch mit Bewunderung gesagt wird – einen revolutionären Wandel in der Sicht und Beurteilung der mittelalterlichen Welt bewirkte? Wieso konnte Brunner im Vorwort der letzten Auflage guten Gewissens schreiben: „In seinem Grundcharakter ist das Buch unverändert geblieben.“¹⁸⁸ Falls dem so ist, muß auch Wissenschaft von der Geschichte fähig sein, Einsichten zu erarbeiten und Aussagen zu machen, die politischen Systemwandel überdauern.¹⁸⁹

Brunners Buch legt die These zugrunde, daß die um 1800 ausgebildeten historisch-politischen Begriffe eine Trennung von Staat und Gesellschaft voraussetzen und des-

Turmbau von Babel. Geschichte der Meinungen über Ursprung und Vielfalt der Sprachen und Völker, Bd. 1; 2,1; 2,2; 3,1; 3,2; 4 (Stuttgart 1957–1963)). In dieser Summe des Wissens, die über einen biblischen Vorgang und dessen weitreichende Wirkungen aufklärt, ging es nicht um Gott-unmittelbarkeit des Mittelalters; gefragt wurde nach dessen Platz in der universalen Menschheitsgeschichte, nach der Gegenwärtigkeit eines für das Selbstverständnis des Mittelalters grundlegenden Ereignisses im Bewußtsein der Nachfahren. „Für den Leser freilich“, schrieb der Autor, „bleibt das Buch eine Zumutung“ – eine Zumutung vor allem deshalb, weil er, könnte er die „Gedanken und Geschicke“ der vor ihm lebenden und sprechenden Menschen wirklich umfassen, „die Wahrheit über den Menschen“ erfahren würde (3,1, S. VI). – Der Autor schrieb dazu rückblickend: „Aus der euphorischen Stimmung der fünfziger Jahre erwuchs die Habilitationschrift („Der Turmbau von Babel, Geschichte der Meinungen über Ursprung und Vielfalt der Sprachen und Völker“, 1957–63). Den Anstoß zu dem sechsbandigen Monstrum gaben Einladungen ins Ausland, etwa nach Spanien, wo man uns freundlich empfing und mißverständ; nur in der Muttersprache schienen sich Geist und Geschichte eines Menschen, gar eines Volkes zu äußern. Anstelle des Turmbaus zum Himmel wollte ich eine Brücke zwischen Menschen bauen; die ganze Weltgeschichte sollte Zeugnis geben von den wechselnden Vorurteilen, die den Einklang in der Vielfalt der Sprachen und Völker übertönten. Im Grund hieß Verständigung nicht, daß die Menschen fremde Wörter nachsagten, sondern daß sie zu ihren Worten standen.“ Zu den beruflichen Konsequenzen des „opus magnum“ bemerkte der Verfasser: „Während die Freunde einer nach dem anderen wegeberufen wurden, blieb ich als Privatdozent fünf Jahre lang in meinem Turmbau sitzen“ (Arno Borst: Barbaren, Ketzer und Artisten (München 1988) 610).

¹⁸⁸ Otto Brunner, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter (Darmstadt 1965) VII.

¹⁸⁹ Zur Diskussion über wissenschaftsgeschichtliche Voraussetzungen und zeitgebundene Einflüsse in Brunners Arbeiten zur mittelalterlichen Verfassungs- und Sozialgeschichte vgl. Otto Gerhard Oexle, Sozialgeschichte – Begriffsgeschichte – Wissenschaftsgeschichte. Anmerkungen zum Werk Otto Brunners, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 71 (1984) 305–341; Robert Jütte, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Der Beitrag Otto Brunners zur Geschichtsschreibung, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 13 (1984) 237–262; Klaus Schreiner, Führertum, Rasse, Reich (wie Anm. 6), 208–211.

halb nicht geeignet sind, die Andersartigkeit der mittelalterlichen Sozial- und Verfassungsordnung angemessen zu erfassen.

Mit Hilfe einer quellengemäßen Begriffssprache wollte Brunner die gegenstandsverfälschende Begrifflichkeit liberaler Rechts- und Verfassungshistoriker des 19. Jahrhunderts vermeiden.

Brunner war sich bewußt, daß das Problem angemessener historischer Begriffsbildung nicht durch naturwüchsigen Begriffshistorismus gelöst werden konnte. Historische Erkenntnis erschöpfte sich für ihn nicht in der Pflicht, Quellenwörter nachzubuchstabieren, um in naiver Quellengläubigkeit eine größtmögliche Nähe zum geschichtlichen Gegenstand zu erreichen. Der Historiker, „der das Gesamtgefüge der Verfassung zu erkennen sucht, um daraus den Ablauf des politischen Handelns zu verstehen“, kann „die begriffliche Arbeit des Juristen“ nicht entbehren¹⁹⁰.

Die vermeintliche oder tatsächliche Quellennähe der von Brunner benutzten Begriffssprache hatte unstreitig auch damit zu tun, daß Brunner in der Verfassungslehre seiner Zeit Begriffe vorfand, die, wie er glaubte, seinem Bemühen um Sach- und Quellennähe entgegenkamen. Verfassung, die von Carl Schmitt als „konkreter Gesamtzustand politischer Einheit und sozialer Ordnung“ definiert wurde¹⁹¹, schien dem Mittelalter in erheblich höherem Maße gerecht zu werden, als die Geschiedenheit von Staat und Gesellschaft, von „res publica“ und „societas civilis“, die den liberalen Verfassungsstaat und die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts charakterisierte. Pate stand bei Brunners Begriffsbildung „der gegenüber keinem Sachgebiet desinteressierte, potentiell jedes Gebiet ergreifende totale Staat der Identität von Staat und Gesellschaft“, der „alle für das liberale 19. Jahrhundert typischen Unterscheidungen und Entpolitisierungen“ aufhebt¹⁹². Das aus Schmitts Verfassungslehre „entnommene Modell für die Erfassung älterer Zustände“¹⁹³ schien Brunner vorzüglich geeignet zu sein, den juristisch verengten Verfassungsbegriff, der die politischen Ordnungen des mittelalterlichen Volkes in ein wirklichkeitsfremdes Korsett gezwängt hatte, zu überwinden. Brunner bestätigte auch Schmitts These, wonach terminologische Fragen „zu hochpolitischen Angelegenheiten“ werden können¹⁹⁴. Brunners Polemik gegen liberale Begrifflichkeit verband sich mit Vorbehalten gegen Grundprinzipien freiheitlichen Verfassungslabens.

Dies festzustellen, genügt jedoch nicht, um im einzelnen genau auszumachen, wie sich Brunners Konzessionen an den politischen Zeitgeist auf seine historische Arbeit

¹⁹⁰ Brunner, Land und Herrschaft (wie Anm. 120), 125.

¹⁹¹ So Brunner in seinem 1939 erschienenen Aufsatz „Moderner Verfassungsbegriff und mittelalterliche Verfassungsgeschichte“, in: Mitteilungen des Österreichischen Instituts für Geschichtsforschung, Erg.Bd. 14 (1939) 513–528, hier: XXX. Vgl. auch die überarbeitete Fassung des Aufsatzes in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, hrsg. von Hellmut Kämpf (Wege der Forschung 2, Darmstadt 1956) 6; vgl. auch ders.: Land und Herrschaft (wie Anm. 120), 111.

¹⁹² Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen (Berlin 1932); zitiert wird hier nach folgender Ausgabe: Der Begriff des Politischen (Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1979) 24.

¹⁹³ Brunner, Verfassungsbegriff (wie Anm. 191 (überarbeitete) Fassung von 1956), 19.

¹⁹⁴ Schmitt, Begriff des Politischen (wie Anm. 192), 31.

tatsächlich auswirkten. Das Gemeinte möchte ich an drei Beispielen kenntlich machen: am Stellenwert, den Brunner der Fehde in der mittelalterlichen Rechts- und Verfassungsordnung zumaß, sowie an den Begriffen „Herrschaft“ und „historische Totalität“.

In der Neuauflage des „Begriffs des Politischen“ aus dem Jahre 1963 versicherte Carl Schmitt, daß Otto Brunner „in seinem bahnbrechenden Werk ‚Land und Herrschaft‘ (1. Aufl. 1939) eine wichtige historische Verifizierung meines Kriteriums des Politischen erbracht hat“¹⁹⁵. Das Wesen des Politischen definierte Carl Schmitt als „die reale Möglichkeit, im gegebenen Fall kraft eigener Entscheidung den Feind zu bestimmen und ihn zu bekämpfen“¹⁹⁶. Eine solche Definition macht verständlich, weshalb das Buch „Land und Herrschaft“ mit der Fehde beginnt.

Brunner definierte Fehde als legitime „Rechtsform aller mittelalterlichen Politik so weit sie im Innern wie nach außen zu Waffengewalt greift“¹⁹⁷. Fehde bildete nach Ansicht Brunners „ein zentrales Bauprinzip alles älteren politischen Lebens“¹⁹⁸. Fehde sei „als wesentliches Element jeder mittelalterlichen Verfassung zu betrachten“¹⁹⁹. Erst „von der Fehde her“ könne „der innere Zusammenhang von Politik und Staat, von Macht und Recht im Mittelalter begriffen werden“²⁰⁰. In der politischen Theorie des Mittelalters ist eine solche Auffassung nicht unterzubringen. Mittelalterliche Sozialtheoretiker erkannten das Wesen des Politischen nicht in der Bestimmung von Freund-Feind-Verhältnissen, nicht im konfliktträchtigen Gegeneinander von Individuen, Gruppen und Ständen, sondern im Ringen um einträchtigen, freundschaftlichen Konsens (concordia), von dem die Dauerhaftigkeit aller Gruppen und Gesellschaften abhing²⁰¹. Spätmittelalterliche Staatstheoretiker betrachten die Fehde nicht „als ein vom Staat zugelassenes Rechtsinstitut“²⁰²; sie verurteilten sie als illegitime „privata rixa“, die den öffentlichen Frieden, für den der König verantwortlich war, störte²⁰³.

¹⁹⁵ Ebd., 14 (Vorwort von 1963).

¹⁹⁶ Ebd., 45. Vgl. auch ebd., 26: „Die spezifisch-politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“ S. 50: Das Wesen der politischen Existenz eines Volkes liege in der Fähigkeit begründet, „die Unterscheidung von Freund und Feind“ selber zu bestimmen.

¹⁹⁷ Brunner, Verfassungsbegriff (wie Anm. 191), 17.

¹⁹⁸ Ders., Land und Herrschaft (wie Anm. 120), 27.

¹⁹⁹ Ebd., 106.

²⁰⁰ Ebd., 108.

²⁰¹ Klaus Schreiner, Rechtgläubigkeit als ‚Band der Gesellschaft‘ und ‚Grundlage des Staates‘. Zur eidlichen Verpflichtung von Staats- und Kirchendienern auf die ‚formula Concordiae‘ und das ‚Konkordienbuch‘, in: Bekenntnis und Einheit der Kirche. Studien zum Konkordienbuch, hrsg. von Martin Brecht und Reinhard Schwarz (Stuttgart 1980) 352–355.

²⁰² Brunner, Land und Herrschaft (wie Anm. 120), 110.

²⁰³ Zur Kritik am Stellenwert der Fehde in Brunners mittelalterlicher Verfassungskonzeption vgl. bereits Karl Siegfried Bader, Herrschaft und Staat im deutschen Mittelalter, in: Historisches Jahrbuch 62–69 (1942–49) 628: „Man kann wohl die Fehde zum Ausgangspunkt einer tatsächlichen Betrachtung mittelalterlicher Verfassung zu stände machen; sie zur Mutter der Verfassung zu machen, heißt aber doch lucus a non lucendo zu erklären!“ Vgl. auch ders., Das Wertproblem in der Rechtsgeschichte. Zum Standort einer historischen Disziplin in den modernen Geisteswissen-

Um auf den zweiten Punkt zu kommen: Es mag zutreffen, daß dem Herrschaftsbegriff Brunners eine stillschweigende Unterschätzung von Macht und Zwang als Mittel gesellschaftlicher Integration zugrunde liegt; es mag sein, daß in Brunners Herrschafts- und Treuebegriff interessegeleitete Annahmen über konsensstiftende Werte und Ziele sozialen Handelns eingingen, was zur Folge hatte, daß Gegensätze und Konflikte zwischen Gruppen als Faktoren sozialen Wandels vorschnell ausgeblendet wurden. Es mag sein, daß sich Otto Brunner durch den „ewigen Zusammenhang von Schutz und Gehorsam“, in dem Carl Schmitt das Wesen von Herrschaft erblickte²⁰⁴, bei der Auswahl seiner Quellen und deren Interpretation hat inspirieren lassen. Das festzustellen, entbindet nicht von der Pflicht, im einzelnen nachzuprüfen, ob und inwieweit durch die Verwendung derartiger Begriffe das Verständnis vergangener Ereignisse, Tatsachen, Strukturen und Prozesse gefördert, erschwert oder verhindert wurde.

Unter wissenschaftsgeschichtlichem Aspekt ist daran zu erinnern, daß die Verwendung des Begriffs Herrschaft eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition hatte. Otto von Gierke, der den Gang der deutschen Verfassungsentwicklung aus dem Mit- und Gegeneinander von Herrschaft und Genossenschaft verständlich zu machen suchte, hat in seinem vierbändigen Genossenschaftsrecht einen Fundus an Einsichten und Begriffsbildungen hinterlassen, der bis zur Gegenwart von Mediävisten ausgeschöpft wird. Der Begriff Herrschaft war zudem im Kontext der mittleren und ausgehenden dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts, in dem Brunner sein Buch schrieb, ein politisch unbelasteter Begriff²⁰⁵. Er zählte nicht zur Herrschaftssprache des Dritten Reiches, welches „Führer“ und „Führung“ zu Kernbegriffen seiner Ideologie und Staatsordnung gemacht hatte. Führung verlangte blinde Hingabe. Herrschaft bedurfte der Zustimmung und Loyalität der Beherrschten; das sozialstrukturelle Korrelat von Herrschaft bildete die Genossenschaft der zur Mitentscheidung Berechtigten. Führung gebot Treue und Gefolgschaft; Führung vertrug sich nicht mit Genossenschaft und Gegenseitigkeit, die Widerspruch und Widerstand einschlossen.

Einschränkend zu bemerken ist dies: Brunner selbst hat von dieser Möglichkeit apolitischer Begriffsverwendung nur halbherzigen Gebrauch gemacht. Den Begriff Herrschaft benutzte er als analytische Kategorie bei der Untersuchung verfassungsge-

senschaften, in: *ders.*, Ausgewählte Schriften zur Rechts- und Landesgeschichte, Bd. 1: Schriften zur Rechtsgeschichte, hrsg. von *Claudius Schott* (Sigmaringen 1984) 67 (Erstdruck in Festschrift für Johannes Spörle, 1965, S. 654): Otto Brunner „wird von uns [Rechtshistorikern] aber nicht erwarten dürfen, daß wir, um unseren jungen Juristen die Anfänge der Rechtsordnung klarzumachen, nun alles Gegenwärtige auf den Kopf stellen, um – nach den Worten der Genesis: „Und die Erde war wüst und leer und es war finster auf der Tiefe“ – die Geschichte von Recht und Staat mit der Schilderung der Fehdeformen zu beginnen“. Zur Kritik an Brunners Verständnis von Fehde vgl. außerdem *Joachim Gernhuber*, Die Landfriedensbewegung in Deutschland bis zum Mainzer Reichsfrieden von 1235 (Bonner rechtswissenschaftliche Abhandlungen 44, Bonn 1952) 28f. und Anm. 9; *Hans Patze*, Grundherrschaft und Fehde, in: Die Grundherrschaft im späten Mittelalter, Bd. 1 (Sigmaringen 1983) 279f.

²⁰⁴ Schmitt, Begriff des Politischen (wie Anm. 192), 53.

²⁰⁵ Dietrich Hilger, Artikel ‚Herrschaft‘, in: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck, Bd. 3 (Stuttgart 1982) 98; Schreiner, Führertum, Rasse, Reich (wie Anm. 6), 177.

schichtlich relevanter Quellen; in der Gesamtdeutung der von ihm untersuchten Probleme wird Herrschaft ersetzt durch „Führung“, der nicht Genossenschaft entspricht, sondern Volksgemeinschaft. Er wollte auf diese Weise zum Ausdruck bringen, daß „die politischen Grundbegriffe des Dritten Reiches, Führung und Volksgemeinschaft ... letztlich nur aus germanischen Grundlagen zu verstehen“ seien²⁰⁶. Brunners Buch, das grundlegende Einsichten in die politisch-soziale Verfaßtheit spätmittelalterlicher Verbände enthält, konnte bis 1945 auch als Beitrag zur geschichtlichen Grundlegung des damaligen Führerstaates gelesen werden. Der Widerspruch zwischen quellengemäßer Feststellung und zeitgebundener Deutung geschichtlicher Tatsachen wirft Fragen auf. Kompromittieren politisch-opportunistische Aktualisierungen mittelalterlicher Herrschafts- und Sozialordnungen auch die Begriffe selbst, mit deren Hilfe sozial-strukturelle Tatbestände der mittelalterlichen Welt erfaßt, beschrieben und erklärt wurden? Eine Antwort soll im dritten Gedankengang gesucht und gegeben werden.

Brunner polemisierte gegen jedwedes Trennungsdenken, gegen die Auflösung der Geschichtswissenschaft in zusammenhanglose Teilgebiete, gegen die begriffliche Isolierung dessen, was historisch-konkret zusammengehört. Sein Interesse galt der „Einheit und Ganzheit der Lebensordnung des deutschen Volkes“, der historischen „Totalität“. Deshalb hielt er es für unverzichtbar, „die konkreten Gebilde dieser vergangenen Welt in ihren verschiedenen Funktionen als Ganzes zu erfassen“; die „Auseinanderlegung“ von Recht, Staat und Wirtschaft „in autonome Kultursphären“ sei nämlich das „Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses, der, wenn er seine Voraussetzungen auch im Mittelalter hat, doch erst in den neueren Jahrhunderten durchgedrungen ist“²⁰⁷.

Zum Verständnis von Brunners Erkenntnisinteresse ist zum einen an fachinterne Wissenschaftstraditionen zu erinnern, zum anderen an zeitgenössische Theorien und Begriffe. Totalität entsprach den Zielen landesgeschichtlicher Forschung, geschichtlich vorgegebene, begrenzte und überschaubare Fallbeispiele ganzheitlich zu untersuchen, konkret: zwischen Siedlung, Verfassung, Recht, Bevölkerung, materieller Produktion und Sprache Zusammenhänge wechselseitiger Bedingtheit und Beeinflussung auszumachen. Ob und inwieweit das immer gelungen ist, steht auf einem anderen Blatt. Ganzheitliche Betrachtung blieb im Bereich der Landeskunde methodisches Postulat, wenngleich es in der Praxis der Forschung viel historischen Detailhandel gab.

²⁰⁶ Otto Brunner, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Süddeutschlands im Mittelalter (Brünn 1943) 526. Gegen die Versuchung, für Rechts- und Verfassungstatsachen des Mittelalters nach strukturellen Entsprechungen in der Gegenwart zu suchen, waren auch andere Rechts- und Verfassungshistoriker nicht gefeit. Heinrich Mitteiß schrieb in der Einleitung zu seinem im Herbst 1933 erschienenen Buch „Lehnrecht und Staatsgewalt. Untersuchungen zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte“ (Weimar): „Wo das Recht hineingerissen wird in den Wirbel politischer Entscheidungen, da reicht auch im Mittelalter die Idee von dem stillen Wirken geheimnisvoller Kräfte nicht aus; da tritt an Stelle des anonymen Volksgeistes die große politische Führerpersönlichkeit, die sich aus dem Recht das Instrument der Machtbehauptung, die Waffe ihres Gestaltungswillens schmiedet“ (13).

²⁰⁷ Brunner, Land und Herrschaft (wie Anm. 188), 117.

Nicht zu übersehen ist auch dies: Brunners Versuche, die enge Verwobenheit von Politischem und Sozialem in einer noch wenig ausdifferenzierten Gesellschaft auf den Begriff zu bringen, haben Tradition. Juristen des ausgehenden 18. Jahrhunderts sprachen von der alten „*societas civilis cum imperio*“, die der absolutistische Staat in eine „*societas civilis sine imperio*“ umgeformt habe. Karl Marx setzte den Herrschaftsständen Alteuropas die Sozialstände des liberalen Verfassungsstaates entgegen²⁰⁸; an der Umwandlung öffentlich-politischer Religiosität in private Religion erläuterte er die Verselbständigung von Staat und Gesellschaft im beginnenden 19. Jahrhundert; er sprach vom „politischen Charakter“ der „mittelalterlichen Feudalgesellschaft“²⁰⁹, um Unterschiede zwischen mittelalterlicher und moderner Gesellschaft kenntlich zu machen. Immer ging es darum, Ungeschiedenes begrifflich zu erfassen, Undifferenziertes in seiner gegenseitigen Verwobenheit zusammenzudenken. Otto von Gierke sprach vom unentzweiten Recht, das die altständische Gesellschaft nicht in getrennte Bereiche öffentlicher und privater Ordnung aufspaltete, sondern als Gefüge von Herrschaftskreisen und genossenschaftlich verfaßten Korporationen konstituierte. Erst im frühmodernen „Obrigkeitsstaat“, der „die Summe aller öffentlichen Gewalt“ beanspruchte und „das Herrenrecht in einen einzigen Begriff“ zusammenfaßte, entstand nach Ansicht Gierkes „der Unterschied des öffentlichen und privaten Rechts“²¹⁰.

Wesentlich für den Geschichts- und Gesellschaftsbegriff Karl Lamprechts war die enge Verflechtung von Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung. Die „Teilentwicklungen“ der materiellen Kultur, schrieb er im Schlußkapitel seines „Deutschen Wirtschaftslebens im Mittelalter“ (1885), unterliegen „in Wirtschaft, Recht und Verfassung ... einer gegenseitigen beständigen und kaum übersehbaren Einwirkung, in welche zudem der in ewiger Umbildung begriffene Charakter der sozialen Schichtung unablässig eingreift“²¹¹.

Als Brunner „Land und Herrschaft“ schrieb, war Totalität ein ambivalenter Begriff. Im politischen Kontext der dreißiger Jahre stand er für politisch-soziale Ganzheitskonzepte und bündelte als solcher Forderungen, welche die in liberalen Grundauffassungen wurzelnde Trennung zwischen Staat und Gesellschaft zu überwinden und aufzuheben trachteten. Totalität als politischer Handlungsbegriff war mit einer antiliberalen Hypothek belastet. In wissenschaftsgeschichtlicher Hinsicht konnte Polemik gegen Trennungsdenken als Wiederaufnahme einer Tradition des ausgehenden 19. Jahr-

²⁰⁸ Karl Marx, Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie, in: Die Frühschriften, hrsg. von Siegfried Landshut (Stuttgart 1964) 96.

²⁰⁹ Ders., Zur Judenfrage, in: Frühschriften (wie Anm. 208), 196: „Welches war der Charakter der alten Gesellschaft? Ein Wort charakterisiert sie. Die Feudalität. Die alte bürgerliche Gesellschaft hatte unmittelbar einen politischen Charakter, d.h. die Elemente des bürgerlichen Lebens, wie z.B. der Besitz oder die Familie oder die Art und Weise der Arbeit, waren in der Form der Grundherrlichkeit, des Standes und der Korporation zu Elementen des Staatslebens erhoben.“

²¹⁰ Otto von Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. 1 (Graz 1954, photomech. Nachdruck der Ausgabe von 1868) 642.

²¹¹ Zitiert nach Luise Schorn-Schütte, Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 22, Göttingen 1984) 116.

hunderts begriffen werden, einer Zeit, in welcher innerhalb der Geschichtswissenschaft ein Teil der jüngeren Generation an die Totalität der historischen Erscheinungen erinnerte, um eine ausschließlich politisch ausgerichtete Geschichtsschreibung durch eine Darstellung der sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Verhältnisse abzurunden, und deshalb, wie Gerhard Oestreich darlegte, „auf die Überwindung der Trennung von Staat und Gesellschaft“ drängte, welche „die Historie zu einer Einengung auf den Staat geführt hatte“²¹².

Das Dilemma bleibt. Der Begriff Totalität, der in den dreißiger Jahren auf politischer Ebene einen Gegenbegriff zum liberalen Rechts- und Verfassungsstaat darstellte, konnte und sollte auf dem Feld historischer Wissenschaft als Ordnungs- und Erklärungsbegriff sachgemäße Erkenntnisse ermöglichen – und er tat es auch. Brunners Buch beweist es. Zu fragen bleibt jedoch, ob der politische Sündenfall die begriffliche Unschuld nicht ein für allemal zunichte gemacht hat?

Es kommt darauf an, politisch belastete Begriffe zu vermeiden und durch solche mit einem hohen formalen Werkzeugcharakter zu ersetzen. Brunner tat das selbst, indem er „Volksgeschichte“, die er ursprünglich als „Gebot der Stunde“ bezeichnet hatte, durch „Strukturgeschichte“ ersetzte²¹³.

Die Tatsache, daß Brunner „Volksgeschichte“ durch „Strukturgeschichte“ ersetzte, könnte von neuem Anlaß sein, sich über die Beliebigkeit und Manipulierbarkeit historischer Begriffe Gedanken zu machen. Um Brunner gerecht zu werden, ist allerdings hinzuzufügen, daß er bereits in der ersten Auflage seines Buches vom Jahre 1939 von einer „Struktur der politischen Gebilde“ gesprochen hatte. Der Strukturbegriff war ihm nicht fremd. Seine Polemik gegen sachlich unangemessenes Trennungsdenken ist allein noch kein ausreichender Grund, das Bemühen um ganzheitliche Erfassung a priori politisch zu diskreditieren. Geschichte, die als Geschichte sozialer Differenzierung begriffen und betrieben wird, kann schlechterdings nicht darauf verzichten, ausdifferenzierte und weniger ausdifferenzierte Gesellschaftsformationen durch begrifflich benennbare Unterscheidungsmerkmale voneinander abzuheben.

Mit Hilfe des Strukturbegriffs wollte Brunner eine Aufsplinterung der Geschichte in unverbundene Teilbereiche und Teildisziplinen verhindern. Seine diesbezügliche Maxime für die Praxis geschichtswissenschaftlicher Forschung lautete: „Nicht politische Geschichte als bloße Machtgeschichte, nicht Rechtsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte usf., die als Kulturgeschichte äußerlich zusammengefaßt werden, sondern auf das Verständnis des politischen Handelns ausgerichtete ‚Strukturgeschichte‘ muß erstrebt werden.“²¹⁴ Eine auf die Rekonstruktion von Strukturen bedachte Mittelalterforschung schien zu gewährleisten, daß durch die Einsicht in die Bauprinzipien der politischen Verbände des Mittelalters „zugleich die mittelalterliche Politik verstanden werden kann“²¹⁵.

²¹² Oestreich, *Fachhistorie* (wie Anm. 108), 342.

²¹³ Vgl. Schreiner, *Führertum, Rasse, Reich* (wie Anm. 6), 209 und 249, Anm. 172.

²¹⁴ Brunner, *Land und Herrschaft* (wie Anm. 188), 164.

²¹⁵ Ebd., 163.

Der von Werner Conze 1957 geprägte Begriff „Strukturgeschichte“ schien Brunner deshalb „der brauchbarste“ zu sein, „da er am wenigsten Mißverständnissen ausgesetzt ist“. Mißverständnisse seien jedoch „bei Termini wie Geschichte der Volksordnung, Sozialgeschichte, Geschichte der Verfassung“, die auch von ihm bislang verwendet worden seien, „unvermeidlich“²¹⁶. Gegen die ursprünglich am modernen Gesellschaftsbegriff entwickelte „Sozialgeschichte“ sprach die Tatsache, daß sie „mit modernen Bedeutungsschichten belastet“ ist, im Widerspruch zur politisch-sozialen Verfaßtheit mittelalterlicher Lebensordnungen das „„Soziale“ vom „Politischen“ trennt und vor allem eine vom Staat abgehobene Wirtschaftsgesellschaft voraussetzt, die „ein Produkt der neueren europäischen Sozialgeschichte“ darstellt²¹⁷. Verfassungsgeschichte erinnere an den Verfassungsbegriff des 19. Jahrhunderts, an die ‚Konstitution‘, die „ausschließlich die Rechtsstellung des Herrschers und die Einschränkung dieser Rechtsstellung durch die Stände“ festschreibe²¹⁸.

In der rechts- und verfassungsgeschichtlichen Literatur des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts mangelt es in der Tat nicht an Belegen, die diesen Vorbehalt bestätigen. Georg Waitz (1813–1886), Verfasser einer achtbändigen „Deutschen Verfassungsgeschichte“ und liberaler Abgeordneter in der Paulskirche, erblickte, wie er in seinen 1862 erschienenen „Grundzügen der Politik“ schrieb, das „Wesen verfassungsmäßiger Ordnung“ darin, daß „das Volk gewisse einzelne Rechte durch seine Vertretung neben dem König geltend zu machen, auch gegen denselben zu schützen habe“²¹⁹. Anders und allgemeiner gesagt: „Zusammenwirken des Königs und des Volks, das ist das Wesen verfassungsmäßiger Ordnung.“²²⁰

Das sich wandelnde Kräfte- und Spannungsverhältnis zwischen der „Macht des Herrschers“ und der „Theilnahme des Volkes“ bei der Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten bildete für Waitz auch ein leitendes Erkenntnisinteresse und Strukturiierungsprinzip bei der Darstellung der „Grundlagen staatlicher Ordnung“ in der mittelalterlichen Welt²²¹. „Bei der Würdigung staatlicher Verhältnisse“, schrieb Waitz programmatisch, „wird immer eine der wichtigsten Fragen sein, wie sich die herrschenden Gewalten zu den Beherrschten verhalten ... und wie umgekehrt das Volk die alten Freiheitsrechte, soweit es sie bewahrt, ausübt und sich bei dem öffentlichen Leben überhaupt betheiligt.“²²² Probleme sozialer Ungleichheit waren für Waitz nur insoweit von Interesse, als „das Volk in allen seinen Bestandtheilen und seiner manigfachen Gliederung“ für „die Verfassung des Staates und das politische Leben in Betracht kommt“²²³.

²¹⁶ Ebd., 164 Anm. 1.

²¹⁷ Ders., Problem einer europäischen Sozialgeschichte (wie Anm. 115), 82 f.

²¹⁸ Ders., Land und Herrschaft (wie Anm. 188), 128.

²¹⁹ Georg Waitz, Grundzüge der Politik nebst einzelnen Ausführungen (Kiel 1862) 140.

²²⁰ Ebd., 141.

²²¹ Ders., Deutsche Verfassungsgeschichte. Die Verfassung des deutschen Volkes in ältester Zeit, Bd. 1 (Graz 1953, photomechan. Nachdruck der 3. Aufl., Berlin 1880) 369 f.

²²² Ders., Deutsche Verfassungsgeschichte. Die Verfassung des Fränkischen Reichs, Bd. 2, 2 (Graz 1953, photomechan. Nachdruck der 3. Aufl. Berlin 1882) 246.

²²³ Ebd., Bd. 2, 1, S. 381 f.

Den bis in die dritte Auflage von 1943 beibehaltenen und danach eliminierten Begriff „Volksgeschichte“ deutete Brunner im nachhinein als Variante jener „history of people“, die englische Autoren als „Geschichte eines Volks unter Weglassung der Politik“ betrieben²²⁴. Dem fügte Brunner hinzu: „Von Volksgeschichte, Geschichte der Volksordnung hat man auch bei uns gesprochen und damit wohl auf dasselbe gezielt, was hier unter Sozialgeschichte verstanden wird, die Geschichte des inneren Gefüges menschlicher Gruppen.“²²⁵

In der rückblickenden Interpretation Brunners bleiben Zeitbezüge des „Volks“-Begriffs auf der Strecke. „Volk“ und „Bevölkerung“ (im Sinne von people) waren bis 1945 keine austauschbaren Begriffe²²⁶. Volk als Synonym für organische Ganzheit und politische Einheit erinnert, im zeitgeschichtlichen Kontext der späten dreißiger und beginnenden vierziger Jahre betrachtet, an die „substantielle Gleichartigkeit des ganzen Volkes“²²⁷, die Carl Schmitt als Grundlage jener „totalen Ordnung“ benannte, welche die Trennung von Staat und Gesellschaft gegenstandslos macht²²⁸. Ernst R. Huber sprach von der „Totalität des politischen Volkes“, die „keine private staatsfreie Sphäre mehr bestehen“ lässt²²⁹.

Gleichwohl: Ob Otto Brunner ein Jung-, Alt- oder Neokonservativer war, ob Neohistorist oder Abendländer, ob Neokarolinger oder Imperialist – all dies ist er schon genannt worden –, darüber lässt sich lange streiten. Ideologiekritik verweist auf politische Prämissen historischer Arbeit. Wohlklingende Etikettierungen sind aber keine Lösung wissenschaftstheoretischer Grundsatzfragen. Dies in Erinnerung zu bringen, hat nichts mit Schönfärberei zu tun, die darauf angelegt ist, Brunners Zugeständnisse an den bis 1945 herrschenden Zeitgeist zu verkleinern, einzuebnen und geräuschlos aus der Welt zu schaffen. Auf der Suche nach Antworten, wie historische Erkenntnis möglich sei, was ihre Angemessenheit und ihre Wahrheit ausmache, reicht es m. E. nicht aus, die von Brunner als unzulässig erklärte Trennung von Staat und Gesellschaft oder seine Darlegungen, wonach wirtschaftliche Produktionsverhältnisse eine unmittelbar politische Form besitzen, letztlich als „konformistische Abziehbilder“ einer nach Ständen gestuften Volksgemeinschaft zu interpretieren. Ideologiekritik entbindet nicht von der

²²⁴ Brunner, Problem einer europäischen Sozialgeschichte (wie Anm. 115), 80: Brunner verwies auf E. Lipson, *The Growth of English Society. A Short Economic History* (London 1949) und G.M. Trevelyn, *English Society* (London 1946).

²²⁵ Brunner, Problem einer europäischen Sozialgeschichte (wie Anm. 115), 80.

²²⁶ Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang ein Satz von Bertolt Brecht aus einem 1935 verfaßten Traktat über „Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit“: „Wer in unserer Zeit statt Volk Bevölkerung und statt Boden Landbesitz sagt, unterstützt schon viele Lügen nicht. Er nimmt den Wörtern ihre faule Mystik“ (*ders.*, Über Politik und Kunst (Frankfurt a. M. 1977) 43).

²²⁷ Carl Schmitt, Legalität und Legitimität (München–Leipzig 1932) 31. – Vgl. dazu Ilse Staff, Zum Begriff der Politischen Theologie bei Carl Schmitt, in: Christentum und modernes Recht, hrsg. von Gerhard Dilcher und Ilse Staff (Frankfurt a. M. 1984) 185.

²²⁸ Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung (Beiträge zum öffentlichen Recht der Gegenwart 1, Tübingen 1931) 77–79.

²²⁹ Ernst Rudolf Huber, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches (Hamburg 1939) 361. – Vgl. auch Schreiner, Führertum, Rasse, Reich (wie Anm. 6), 181.

Pflicht, den Differenzierungsgrad traditionaler Gesellschaften auf den Begriff zu bringen.

Einerseits kann man zu Recht fragen, ob es unter den Bedingungen einer inhumamen Diktatur ausreicht, methodisch sauber Tatsachen, Zustände und Vorgänge zu rekonstruieren, seine historischen Urteile hingegen an der herrschenden Ideologie auszurichten. Eine Antwort sollte nicht schwerfallen: Methodische Strenge allein tut es nicht. Andererseits reicht der Hinweis auf den Gebrauch zeitgenössischer Begriffe allein noch nicht aus, über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit historischer Tatsachen und Zusammenhänge zu entscheiden, wenngleich vielfach angenommen wird, daß sich wissenschaftsmethodischer Traditionalismus und politische Anpassungsbereitschaft gegenseitig bedingen und stützen²³⁰. Der Mangel an plausiblen Problemlösun-

²³⁰ Verallgemeinern läßt sich diese These nicht. Es gibt Gegenbeispiele – auch im Dritten Reich. Walter Schlesinger, ein ausnehmend methodenstrenger Historiker, der in der Geschichte nicht den Weltgeist suchte, sondern auf die urkundlich verbürgte Sicherheit des Faktischen bedacht war, ist bereits als Student im Jahr 1929 der NSDAP beigetreten. Nach dem Tode Rudolf Kötzschkes geriet Schlesinger, der eine Laufbahn als Hochschullehrer anstrebte, „rasch in Konflikt mit dem Nachfolger seines Lehrers, dem Österreicher Adolf Helbrok, der das traditionsreiche, noch unter Mitwirkung von Karl Lamprecht begründete Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde in den Dienst der nationalsozialistischen Weltanschauung stellen wollte“. Schlesinger lehnte es ab, unter nationalsozialistischen und rassenkundlichen Vorzeichen „die von Helbrok eingeschlagene Richtung einer ‚Volksforschung‘“ mitzumachen. Wissenschaftliche Rechtschaffenheit galt ihm mehr als berufliche Karriere. Seit 1940 war er Soldat. „Kritische Äußerungen über die deutsche Kriegsführung und ihre Ziele in einem von der Zensur abgefangenen Feldpostbrief brachten ihm ein Kriegsgerichtsverfahren ein. In einer Strafkompanie erlitt er eine schwere Verwundung. Nach der Entlassung aus der Wehrmacht konnte er im Wintersemester 1944/45 die Lehrtätigkeit an der im Bombenkrieg zerstörten Universität Leipzig aufnehmen. Er bemühte sich um den Wiederaufbau des zerstörten Instituts, bis er im November 1945 wegen seiner ... Parteizugehörigkeit entlassen wurde“ (*Schulze*, Walter Schlesinger (wie Anm. 135), 228). Zum Lebensgang und wissenschaftlichen Lebenswerk Schlesingers vgl. neuerdings auch *Hans Patze*, Erinnerungen an Walter Schlesinger, in: Ausgewählte Aufsätze von Walter Schlesinger 1965–1979 (Vorträge u. Forschungen 34, Sigmaringen 1987) IX–XXVIII. – Der Tübinger Mediävist Heinrich Dannenbauer war gleichfalls vor der Machtergreifung der Partei beigetreten. Die Pflege nationaler Gesinnung hatte im evangelischen Pfarrhaus Oberfrankens, aus dem er kam, Tradition. Eine Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit nach der Eröffnung der Universität Tübingen im Herbst 1945 blieb ihm zunächst verwehrt. Unter Deutschlands Mediävisten war Heinrich Dannenbauer der einzige, der mit bemerkenswerter Zivilcourage öffentlich den wissenschaftlichen und wissenschaftsorganisatorischen Zumutungen der Partei widersprochen hatte (vgl. *Schreiner*, Führertum, Rasse, Reich (wie Anm. 6), 186–190). – Gegen die Koinzidenz von objektivistischem Wissenschaftsideal im Sinne des Historismus und politischer Anpassung spricht auch die Biographie Herbert Grundmanns (1902–1970). Unter denen, die im März 1933 das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ unterzeichneten, befindet sich auch der Name „Dr. Herbert Grundmann“. „Weder er noch seine Lehrer waren Parteigenossen, und obwohl er sich politisch nicht engagierte, wirkte sein gelehrter Standpunkt auch politisch. Er wagte es, die ideologisch-ausschweifende Eckhart-Interpretation des mächtigen Erich Seeburg anhand des Eckharttextes zu kritisieren und erhielt die massive Erwiderung: ‚Sind eigentlich derartige Erzeugnisse einer nun einmal wirklich der Substanz nach reaktionären Wissenschaft, die sich mit dem Vorbringen von Ladenhütern erschöpft, noch immer Empfehlungen für Berufungen oder Beförderungen (NS-Monatshefte Jg. 8, H. 87, 1937, S. 395 ...)‘“ (*Borst*, Grundmann (wie Anm. 124), 7).

gen lässt abschließend nur die Möglichkeit offen, an geschichtstheoretische Selbstverständlichkeiten zu erinnern. Die Wiederherstellung einer geschichtlichen Tatsache, die als wissenschaftlich gesichert gelten kann, ist ein komplexer Vorgang, an dem verschiedene Faktoren beteiligt sind: persönliche Vorlieben, Erfahrungen und Interessen, zeit- und standortgebundene Vorverständnisse, bewährte Methoden und sachlich angemessene Erklärungsbegriffe, die Zugehörigkeit zu einer Kommunikationsgemeinschaft, deren Mitglieder von Berufs wegen kritische Diskurse pflegen, gedankliche Freiräume politischer Systeme und nicht zuletzt ideologieresistente Widerständigkeiten des historischen Gegenstandes selbst.

Eine Metatheorie über den Parteien, die mit sibyllinischer Weisheit den Streit der Interpreten schlichtet, ist noch nicht gefunden und wird sich nach Lage der Dinge auch nicht finden lassen. Machbar und möglich erscheinen quellengestützte und methodisch überprüfbare Annäherungsversuche an den historischen Gegenstand. Mit einem solchen Untersangen verbindet sich zugleich die Aufgabe, innerhalb des herme-neutischen Zirkels das methodisch-theoretische Handwerkszeug so zu verbessern, daß begründeter gesagt werden kann, was innerhalb tolerabler Spielräume richtig, halbwahr oder falsch ist.

Herwig Wolfram

Geschichte Österreichs vor seiner Entstehung

Die Auseinandersetzung zwischen Regionalgeschichte und den bayerisch-österreichischen Landesgeschichten

In der Aussendung vom 3. April 1986 stand zu lesen, ich werde über die „Wege der Landesgeschichte, insbesondere der bayerischen“ referieren. Selbstverständlich habe ich mich gegen diese Vorgabe heftig zur Wehr gesetzt: Einmal bin ich nicht lebensmüde, als Österreicher darüber in der bayerischen Metropole, noch dazu „in Zeiten wie diesen“, zu reden. Zum andern bin ich kein Landeshistoriker und habe auch nicht die Absicht, einer zu werden. Wer aber dies werden möchte, muß sich im bayerisch-österreichischen Raum sofort entscheiden, welche von vielen Landesgeschichten er wählt. Es gibt zwar eine Kommission für bayerische Landesgeschichte der Münchener Akademie der Wissenschaften, und eine umfangreiche Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte erscheint seit 1928 in beneidenswerter Umfänglichkeit, Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit. Bekannt ist das vierbändige, tatsächlich sechsbändige „Handbuch der bayerischen Geschichte“, das derzeit im deutschsprachigen Raum wohl nur in der monumentalen Geschichte Thüringens ein Gegenstück besitzt. Während aber Thüringen ein Land war und in unserer Vorstellung immer noch eines ist, versteht sich das deutsche Bundesland Bayern als Staat. Und so setzt die bayerische Landesgeschichte in Wirklichkeit die Tradition der „Allgemeinen Staatengeschichte“ fort, die um die Jahrhundertwende Karl Lamprecht in drei Abteilungen herausgegeben hat. Das für Österreich wichtigste Werk dieses Unternehmens war Max Vancsa, Geschichte Nieder- und Oberösterreichs (Gotha 1905), das in der III. Abteilung: Deutsche Landesgeschichten, herausgegeben von Armin Tille, erschien. Die von Walter Schlesinger und Hans Patze entworfene und verfaßte „Geschichte Thüringens“ will hingegen Landesgeschichtsschreibung sein, war doch Patze fünfzehn Jahre Herausgeber der Blätter für deutsche Landesgeschichte¹. Hingegen deckt die Geschichte Bayerns die der einstigen wie der derzeitigen bayerischen Länder – sprich: Regierungsbezirke – zu, wogegen sich diese allerdings seit Jahrzehnten kräftig zur Wehr setzen. Dies beweisen etwa das seit 1935 erscheinende „Jahrbuch für fränkische Landesforschung“ (Universität Erlan-

¹ Hans Patze, Nachwort des Herausgebers, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 121 (1985) 797 f. Aus seiner Sicht ist es verständlich, daß Patze dem „heute in Mode gekommenen Begriff „Regionalgeschichte““ nicht viel abgewinnen kann.

gen) sowie die jüngeren, markig-militant klingenden „Ostbairischen Grenzmarken“ seit 1957. Kräftig röhrt sich auch Schwaben, und zwar sowohl mit Hilfe der Augsburger Universität wie einzelner Archive, wie etwa die Aktivitäten des Stadtarchivs von Memmingen zeigen.

Die wissenschaftsorganisatorische Situation östlich von Inn und Salzburg unterscheidet sich in einem Punkt grundlegend von der Bayerns: Eine Kommission für österreichische Landesgeschichte samt entsprechenden Publikationsorganen würde theoretisch mißverständlich wirken, ist aber – zumindest derzeit – tatsächlich undenkbar. Die einzelnen Bundesländer haben an Archiven und Universitäten – die Archive sind nicht bloß des Alphabets wegen zuerst genannt² – erfolgreiche und traditionsreiche Forschungsstellen zur Landesgeschichte. Es gibt umfangreiche Darstellungen der einzelnen Kronländer, aber auch bereits eine erfreulich große Zahl moderner Landesgeschichten. Manche von ihnen sind einbändige Überblicksdarstellungen³, manche mehrbändig, gleichsam als Gegenstück zur bayerischen Landesgeschichte entworfen⁴. Wie für dieses Werk wurden mehrere Verfasser gewonnen, um jeweils ihre Fachgebiete zu behandeln; doch stammt die eindrucksvolle fünfbändige „Geschichte Vorarlbergs“ von einem einzigen Autor⁵. Den größten Erfolg verzeichneten bisher die Salzburger und die Tiroler Geschichte, obwohl von der Salzburger nur der mittelalterliche Teil vorliegt. Die Organisation der „Geschichte des Landes Tirol“ läßt mit gutem Grund vermuten, daß sie am schnellsten ihr gestecktes Ziel erreichen wird, nämlich gleich dem bayerischen Handbuch die Darstellung von den Anfängen bis 1970. Aber eine gesamtösterreichische Geschichte, die an Umfang und Wissenschaftlichkeit der bayerischen vergleichbar wäre, gibt es derzeit nicht; sie wird auch nirgends ernstlich geplant. Außerdem müßte man sich heute fragen, ob die „bayerische Lösung“ auf österreichische Verhältnisse übertragbar ist und, wenn ja, ob sie moderne Ansprüche noch erfüllt.

Am 4. Februar 1959 wurde von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften die Kommission für die Geschichte Österreichs eingesetzt⁶. Alphons Lhotsky, der Begründer der Kommission, wurde 1967 ihr erster Autor. In diesem Jahr, wenige Monate vor seinem allzu frühen Tod, veröffentlichte er den ersten Teil eines geplanten zweiten Bandes einer „Geschichte Österreichs“ und behandelte darin die rund sieben Jahrzehnte zwischen 1281 und 1358⁷. Dieser Teilband bildet zugleich die erste und auf lange Zeit hin einzige Veröffentlichung der genannten Kommission, deren Aufgabe es ist, „die unvollendete Geschichte Österreichs, die Alfons Huber 1895/96 in

² Alphons Lhotsky, Österreichische Historiographie (Wien 1962) 219 f.

³ Karl Gutkäs, Geschichte des Landes Niederösterreich (St. Pölten 1983).

⁴ Geschichte Salzburgs. Stadt und Land, hrg. Heinz Dopsch und Hans Spatzenegger, Bd. 1, 1., 2. und 3. (Salzburg 1981/84). Bd. 1,1 erschien 1983 in 2. Auflage. Geschichte des Landes Tirol, Bd. 1–3 (Bozen, Wien, 1985–1987). Der 4. Band erscheint demnächst.

⁵ Benedikt Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, Bd. 1–5 (Wien 1971/87).

⁶ Siehe etwa Almanach der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 135 (1985) 200.

⁷ Alphons Lhotsky, Geschichte Österreichs seit der Mitte des 13. Jahrhunderts. 1281–1358 (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1, Wien 1967).

fünf Bänden bis zum Westfälischen Frieden herausbrachte und die Oswald Redlich in zwei Bänden 1921/38 bis Maria Theresia 1740 fortsetzte, möglichst bis in die Gegenwart herauf zu führen. Dabei sollten auch die ersten fünf Bände Hubers redigiert werden. Der von Lhotsky herausgebrachte Teilband war als Muster und Beispiel gedacht.⁸ Lhotskys Werk umfaßte 403 Seiten, so daß Hermann Wiesflecker mit Recht bemerkte: „Wenn man für das Gesamtwerk diese Art Mikroskopie beibehält, die den zweiten Huber-Band auf drei ebenso große Teilbände vergrößert, so würden aus den sieben vorhandenen Huber-Redlich-Bänden zwangsläufig achtzehn bis zwanzig neue Bände nötig werden; damit wäre aber erst das Jahr 1740 erreicht.“⁹

Niemand wird sich der Eigenart und vor allem Unnachahmlichkeit der Persönlichkeit Lhotskys verschließen. Sein Werk war von jeher nicht bloß von tiefster Wissenschaftlichkeit, sondern auch derartig „subjektiv“ geprägt – gerne gebrauchte er den Ausspruch: „Subjektiv kann nur ein Subjekt sein“ –, daß der von ihm geplante „Musterband“ alles andere denn als solcher gelten konnte. So bemerkte schon Hans Wagner mit Recht in seiner Rezension: „Nach dem Tode Lhotskys ist ohnehin niemand mehr imstande, das Werk in seinem Sinn fortzusetzen, da es ganz auf seine so einzigartige und eigenwillige Forscherpersönlichkeit abgestimmt ist. Wir müssen uns also mit dem Bruchstück abfinden und froh sein, wenigstens dieses zu besitzen.“¹⁰ Zugleich reagierte der Rezensent mit dieser Bemerkung auch auf die – wohl als Polemik überschätzte – Feststellung Wiesfleckers: „Was allen österreichischen Gesamtstaatsgeschichten bisher fehlte, fehlt auch diesem Werk: Eine stärkere Berücksichtigung der Geschichte der einzelnen Länder. Das Herzogtum Österreich im engeren Sinn tritt gewiß stark genug hervor; bei der Hauptstadt Wien geht es mitunter bis zur Straßen- und Häusergenauigkeit. Die übrigen österreichischen Länder, auch jene, die während der behandelten Zeiten zur Herrschaft Österreichs gehörten, sind nur als Objekte der Dynastie und kaum als selbständige politische Lebewesen behandelt.“ Ebenso erfaßte Wiesflecker, daß Lhotskys Werk „weit mehr als Huber dynastisch aufgebaut war, was heute vielleicht nicht mehr ganz zu überzeugen vermag“¹¹. Dieser Widerspruch wirkt um so auffälliger, als Lhotskys Gesamtkonzept „ganz auf den gegenwärtigen Staat eingestellt (war). War es Hubers Darstellungsstil gewesen, die österreichisch-ungarische Monarchie zu erklären und alle geschichtliche Entwicklung, einer geopolitischen Prädestination folgend, darauf auszurichten, so wollte Lhotsky sein Werk auf die junge Republik abstimmen; vor allem insoweit, als er sein Werk auf den Territorienkomplex beschränkte, „der sich im Laufe des Mittelalters durch spontane Konvergenz der Landschaften in weitgehender Identität mit der politischen Gestaltungskraft dreier Dynastien (Habsburg, Wittelsbach, Luxemburg) zu einer lebenskräftigen Einheit entwickelte, die über zahllose Krisen hinweg ihre Daseinsberechtigung bewiesen hat“, eben

⁸ Hermann Wiesflecker, in: *Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark* 60 (1969) 315. Zu Pittioni siehe unten Anm. 14.

⁹ Ebendort 317.

¹⁰ Hans Wagner, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 22 (1969) 399.

¹¹ Wiesflecker, in: *Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark* 60 (1969) 316.

auf die Republik Österreich der Gegenwart, die nichts anderes als das nur wenig modifizierte Haus Österreich der Zeiten Kaiser Friedrichs III. darstellt.“¹²

Die Problematik einer österreichischen Geschichte, die das Spätwerk Lhotskys aufbrechen ließ, war selbstverständlich schon Alfons Huber vertraut. Er verstand „Österreich als einen künstlichen Bau“, dessen Gestaltung innig mit der Geschichte der Dynastie verbunden war. Huber stellt die Überlegung an, ob man eine Geschichte Österreichs nicht erst im Jahre 1526 beginnen lassen soll, da durch die Vereinigung Böhmens und Ungarns mit den deutsch-österreichischen Ländern die österreichische Monarchie entstand. Er verwirft jedoch diesen Gedanken und stellte fest, daß „der Geschichtsschreiber sein Werk nicht erst mit diesem Jahr beginnen dürfe. Wer die Entwicklung Österreichs seit 1526 verstehen will, der muß tiefer eindringen, muß zu ergründen suchen, wie die Einzelstaaten, welche damals zu einer losen Einheit verbunden wurden, entstanden und fortgebildet worden sind. Daher beginnt die Geschichte Österreichs im zehnten Jahrhundert, wo sowohl in Ungarn und Böhmen geordnete einheitliche Reiche entstanden sind, als auch die bayerische Ostmark oder Österreich gegründet worden ist, an welche sich nach und nach im Laufe mehrerer Jahrhunderte die übrigen südostdeutschen Länder angeschlossen haben.“ Darüber hinaus hielt es Huber für notwendig, „der Geschichte Österreichs wenigstens in großen Zügen eine Vorgeschichte vorauszuschicken, die von den ältesten Zeiten bis ins zehnte Jahrhundert reicht“¹³. Die fünf Bände Hubers umfassen fast 3000 Seiten. Der erste Band, der 618 Seiten zählt, behandelt auf 129 Seiten diese „Vorgeschichte“.

Bis heute konnte die Kommission für die Geschichte Österreichs weder Hubers noch Lhotskys Erbe aufarbeiten. Es besteht – nach der letzten Planungsrevision von 1980 – die Absicht, eine elfbändige Geschichte Österreichs von den Anfängen bis zur Gegenwart herauszubringen. Während der danach erschienene erste Band, der die Urgeschichte behandelt, einen einzigen Autor besitzt¹⁴, soll der dem Zeitraum von 910 bis 1246 gewidmete vierte Band von nicht weniger als 17 Autoren verfaßt werden. Bis heute konnte diese Buchbinder-Synthese nicht erscheinen, obwohl zahlreiche Beiträge bereits seit mehreren Jahren fertig sind. Die Konsequenz aus dieser Misere müßte eine radikale Neuplanung sein; denn daß wir heute eine moderne „Geschichte Österreichs“ dringender denn je brauchen, steht außer Zweifel.

Das Kolloquium fand zum Thema „Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem 2. Weltkrieg (1945–1965)“ statt. Der vorliegende Beitrag fällt diesbezüglich sowohl sachlich wie zeitlich aus dem Rahmen. Das Jahr 1945 bedeutete freilich insofern eine Zäsur, als es nun wieder eine Österreichische Geschichte gab, für die es moderner Darstellungen bedurfte oder, genauer, bedurfte hätte¹⁵. Hingegen wurde die landesge-

¹² Ebendorf 316 sowie Lhotsky, Geschichte Österreichs, 5f.

¹³ Alfons Huber, Geschichte Österreichs, Bd. 1 (Gotha 1885) VI f.

¹⁴ Richard Pittioni, Geschichte Österreichs, Bd. 1, 1 und 2 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1980).

¹⁵ Symptomatisch dafür steht Hugo Hansch, Die Geschichte Österreichs, Bd. 1 (Innsbruck 1937) sowie Bd. 1 (Graz 1947) und Bd. 2 (Graz 1950) sowie Bd. 2 (Graz 1953). Der erste Band erlebte 1959 noch eine 4. Auflage, der zweite Band 1962 eine 3. Auflage.

schichtliche Forschung ohne Unterbrechung fortgesetzt. Mit Ausnahme Vorarlbergs und des Burgenlandes hatten die österreichischen Bundesländer als Reichsgaue des Großdeutschen Reiches fortbestanden, wenn auch die nationalsozialistischen Machthaber überall – abgesehen von Salzburg – größere oder kleinere Grenzkorrekturen vorgenommen hatten. Die restaurativen Strömungen nach 1945 kamen der Landesgeschichte entgegen, wobei die bereits vor dem Krieg entwickelten methodischen und thematischen Ansätze aktuell blieben, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil sie von denselben Personen vertreten wurden. Aller Orten war man der Meinung, daß „unsere Wissenschaft die Geschichte des Volkes pflegt“¹⁶, welches das Land ist. Diese Auffassung stützte sich besonders auf Otto Brunners „Land und Herrschaft“, auf ein Buch, das in erster Auflage bereits 1939 erschienen war. Der Autor wendet sich darin gegen die herkömmliche etatistische Betrachtungsweise des Landes, wie sie die josefinische Tradition in Österreich und die von Montgelas in Bayern vertritt und vertrat. Brunner betont das Personalprinzip, er spricht vom *populus*, von den politisch handlungsberechtigten Menschen, die viel eher das Land, die *patria*, machen als von ihm gemacht werden. In seinem System löste der Begriff „Herrschaft“ den des Staates ab. Es mag uns Heutigen nur scheinbar paradox erscheinen, daß Brunner seine Vorstellungen mit der nationalistischen Führerideologie verbinden konnte¹⁷.

Nach 1945 besann man sich jedoch nicht nur auf das Land, sondern auch auf die Familie, die in vielen Fällen soeben das physische Überleben ermöglicht hatte. Kein Wunder, daß es zu einer Spätblüte der Besitzgeschichtlich-genealogischen Methode unter den Landeshistorikern kam. Die darauf eingeschworenen Schulen diesseits wie jenseits des Inns sind stark hilfswissenschaftlich orientiert; sie stützen sich auf urkundliche Quellen, angefangen von den agilolfingerzeitlichen und karolingerzeitlichen *Cartae* und Traditionsbüchern bis herauf zu den Privatkunden des Spätmittelalters. Viele dieser Arbeiten werden grundlegende Kenntnisse über die Internationalität oder, besser, Interregionalität der Führungsschichten des Frankenreichs und mittelalterlichen Imperiums verdankt. Auch bilden die landesgeschichtlichen Forschungen die Voraussetzung für Besitz- und Siedlungsgeschichte, Institutionen- und Verfassungsgeschichte. Allerdings stellen derartige Veröffentlichungen mitunter eine mühsame Lektüre dar. So etwa: Ein Rupert erscheint mit einem Ratpert 838 in Chieming und mit ihm ein Trudpert 829 in Pfaffing. Beide Male wird an das Kloster Chiemsee geschenkt. Also sind die drei Brüder und stehen Chiemsee nahe. Und so erscheint in jeder Zeile irgendjemand mit irgendjemandem „vergesellschaftet“, wie der Fachausdruck heißt, bis ein ganzes Geisterheer von Verwandten erscheint. Nun darf man sich doch fragen, was Verwandtschaft im historischen Sinne bedeutet. Verwandte verhalten sich zueinander wie andere Menschen auch; die Auseinandersetzung der beiden Vetter ersten Grades, Karls des Großen und Tassilos III., wurde bis zum bitteren Ende ausgetragen; zwischen dem Frankenkönig und seinem jüngeren Bruder Karlmann II.

¹⁶ Franz Schnabel, Zum Geleit, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 88 (1951) 3.

¹⁷ Siehe die ausführliche Behandlung Otto Brunners durch Klaus Schreiner in diesem Band. František Graus, Verfassungsgeschichte des Mittelalters, in: HZ 243 (1986) bes. 543f., 547 mit Anm. 50, sowie 567f.

kam es nur deswegen nicht zum offenen Konflikt, weil letzterer rechtzeitig starb. Nicht erst heute geschehen die meisten Blutverbrechen innerhalb der Familie. Die mit Alliteration, Namensrhythmus und Namensvariation arbeitende Forschungsrichtung – Idealtypus: Heribrand, Hildebrand, Hadubrand: Großvater, Vater, Sohn – gerät auch leicht in Gefahr, in Beziehungswahn zu verfallen und Helena in jedem Weibe zu sehen. In manchen Darstellungen entstehen Karrieren von beträchtlicher Intensität und Widerstandskraft, die selbst durch eine kleine Hinrichtung des Betreffenden nicht unterbrochen, geschweige denn beendet werden¹⁸. Auch müssen aus manchen genealogischen Forschungen interessante Konsequenzen gezogen werden, etwa von der Art, daß der Großvater Theoderichs des Großen schon mit zehn Jahren gestorben ist¹⁹. Wenn nicht der Eindruck trügt, so ist die personengeschichtliche Forschung derzeit entweder in einer radikalen Umgestaltung – siehe Karl Schmid und sein Kreis in Freiburg – oder im Rückgang begriffen.

Fällt das Jahr 1945 als Zäsur, so bildet eher schon das Jahr 1965 eine solche, wenn man bedenkt, daß jeweils der erste Band des bayerischen Handbuchs wie der Geschichte Thüringens 1967 beziehungsweise 1968 erschienen. Die Salzburger Geschichte hat man 1969 begonnen, wenn auch der Mittelalter-Band – tatsächlich ein dreibändiges Werk – erst 1981/83 herauskam. Die erste Auflage von Erich Zöllners „Geschichte Österreichs“ von 1961 verkörpert als einbändiges Lehrbuch ein Genus der Geschichtsdarstellung, das hier außer Betracht bleiben muß, fällt aber auch in diese Zeit.

Im Jahre 1977 veröffentlichte Michel Rouche seine Thèse d'état „L'Aquitaine des Wisigoths aux Arabes. 418–781. Naissance d'une région“. Dieses Buch behandelt die Geschichte eines Gebiets von ungefähr 177 000 km² in der Zeit von 418 bis 781. „Die Einheit dieser Länder (de ces pays) ist weder durch eine Gleichförmigkeit der Bevölkerung noch durch natürliche Gegebenheiten, sondern durch die Geschichte bedingt.“²⁰ Rouche findet eine auffallende „originalité de la civilisation romaine d'Aquitaine“ und spricht von einem „phénomène aquitain“²¹. Selbstverständlich erhielt Michel Rouche schlechte Kritik von den „Franken“ aller Länder und Sprachen. Sicher hat Michel Rouche des Guten zuviel getan und den fränkischen Einfluß bei der Entstehung der mittelalterlichen *nationes et patriae* unterschätzt. Aber 1985 konnte Rouche in Rouen den Fortbestand einer anderen Patria darstellen, nämlich Neustriens, bis diese Einheit durch die Feudalisierung des Landes aufgelöst wurde²².

¹⁸ Siehe etwa J. R. Martindale, *The Prosopography of the Later Roman Empire*, Bd. 2 (Cambridge 1980) 886 s. v. Pitzias, dessen Karriere hier bis 523/26 dauert, obwohl er 514 auf Befehl Theoderichs des Großen hingerichtet wurde: Vgl. Herwig Wolfram, *Geschichte der Goten* (München 1980) bes. 364f. mit Anm. 15.

¹⁹ Es würde zu weit führen, im einzelnen die Versuche anzuführen, mit der Amaler-Genealogie auf einen grünen Zweig zu kommen. Setzt man aber, wie es öfters geschieht, den Vinitharius der Jordanes-Überlieferung mit dem Videricus der Ammianus Marcellinus-Tradition gleich, dann folgt daraus der im Text gebotene Schluß.

²⁰ Michel Rouche, *L'Aquitaine des Wisigoths aux Arabes. 418–781 Naissance d'une région* (Paris 1977) 12.

²¹ Ebendorf 461.

²² Michel Rouche, *Atlas historique. La Neustrie* (éditée par Patrique Perin et Laure-Charlotte Fefier, Rouen 1985) 431 ff.

Wie dem auch sei, die Erforschung und Darstellung einer Region birgt die enorme Möglichkeit, die etatistisch-retrospektive Betrachtungsweise zu überwinden und so die Geschichte eines Raums vor seiner modern-staatlichen Erfassung zu schreiben. Für einen Historiker, der den Übergang von der Spätantike ins Frühmittelalter untersucht und dabei auf die Bedeutung der Patriae stößt, besitzt der regionale Ansatz den Wert und die Bedeutung, die Reinhard Wenskus 1961 mit seinem Buch „Stammesbildung und Verfassung“ für die Geschichte der frühmittelalterlichen Gentes hatte. Freilich gibt es keine lineare Kausalität. Etwa das Fürsterzbistum Salzburg, das politische Territorium und das heutige Bundesland folgen nicht zwangsläufig aus der Geschichte des Stadtbezirks von Iuvavum und seines keltischen Vorläufers, ja nicht einmal aus dem Salzburggau der Zeit Ruperts bis Virgil. Es hätte immer auch ganz anders kommen können. Aber entscheidend blieb das Ja, das in einem bestimmten Raum zu den überkommenen Patriae gesprochen wurde. Ihre Geschichte kann nur von überregionalen Ansätzen her erforscht werden. Eine bloß landesgeschichtliche oder staatengeschichtliche Betrachtungsweise wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Erst das Zusammenwirken von regionalen wie überregionalen Fragestellungen erlaubt es, mit den Nachbarn über die gemeinsamen Ursprünge ins Gespräch zu kommen. Und dann kann man sich etwa mit den Kollegen in Laibach-Ljubljana darüber verständigen, daß die slawischen Karantanen noch keine Slowenen waren und daß ihr Oberhaupt nicht ein fränkischer Herzog-*heritogo*, sondern ein slawischer Fürst-*knez* war²³. Dann müßte es aber auch kein Problem sein, in einem Berliner „Museum der deutschen Geschichte“ den gesamten deutschsprachigen Raum wie seine Nachbarräume entsprechend darzustellen, ohne ein „besonderes Verhältnis“ zu den Österreichern herzustellen, die Deutschschweizer aber auszulassen. Eine Vorgangsweise, die um so weniger berechtigt ist, als die Schweizer Souveränität völkerrechtlich auch erst 1648 anerkannt wurde.

Wenn man aber die Geschichte der heutigen europäischen Staaten und Nationen auf wenige Generationen beschränkt, dann überläßt man die „Vor-Geschichte“ den Ideologen der harmlosen wie sicher auch der weniger harmlosen Art. Vielmehr soll die Historie dazu beitragen, daß wir in Europa – unbeschadet der staatlichen Zugehörigkeit – im Umgang mit der Vergangenheit falsche Kategorien vermeiden und die Geschichte unverkürzt annehmen. Und dazu gehört etwa auch, daß man in Österreich die Geschichte derjenigen politischen Einheit, die jeweils in der Vergangenheit Österreich hieß, nicht zum Nachteil der Geschichte der anderen Bundesländer dominieren läßt. Dazu besteht um so weniger Anlaß, als die Vorläufer mancher Bundesländer im Frühmittelalter längst schon größere Bedeutung und eine stärkere eigenständige politische Tradition besaßen als das – erst im Laufe des Hochmittelalters auf drei Fünftel Niederösterreichs angewachsene – Ostarrichi. Mutatis mutandis gilt das gleiche für das Verhältnis von Altbayern gegenüber den schwäbischen und fränkischen Regierungsbezirken.

Daß sich wertvolle Traditionen und deren Träger trotz aller Zerstörungen und notwendigen Veränderungen halten konnten, weil es Menschen gab, die dies so wollten

²³ Herwig Wolfram, *Conversio Bagoariorum et Carantanorum* (Wien 1979) 75 ff., 81 ff. und 97 ff.

und in verfaßten Ordnungen verankerten, vermittelt Auskunft über das Woher und Wohin und damit Hoffnung für die Zukunft. Die kulturgeschichtlichen Ausstellungen der letzten Jahre dürften ihren großen Zuspruch gerade diesem Verlangen der Besucher verdanken. Seien dies nun die Staufer, die Wittelsbacher, die Preußen, die Habsburger und Babenberger, die Kuenringer, Erzherzog Johann, Rupert oder Virgil oder das Land Steiermark gewesen, die Menschen suchten das Werden ihrer Heimat, ihres Landes, die Wurzeln ihrer Identität; sie suchten: *roots*, ja vielleicht sogar die Antwort auf die Frage Walther von der Vogelweide: *wie man zer welte sollte leben*²⁴. Und gerade dabei hat der Historiker die Chance, sein Publikum vor Verfälschungen zu warnen. So wird auf der Suche nach den „Wurzeln“, wie etwa die gegenwärtige Begeisterung für die keltische Herkunft nicht nur auf den britischen Inseln und in der Bretagne lehrt, die Besonderheit der antiken und frühmittelalterlichen Stammesbildungen übersehen und kurzschnellig durch moderne und modernste Bezüge anachronistisch entwertet. Allerdings, der Mensch hat Geschichte und kann sich daher seine Vorfahren auswählen, wenn er will, sie sogar selber machen. Und das gilt heute allerorten, besonders auch in Bayern und in Österreich, für die Kelten. „Von deren Nachkommen in der Bretagne, Wales und Irland droht eben weder Anschluß noch Krieg; die Keltentheorie paßt demnach besonders gut zur österreichischen Neutralität“, wie dies Erich Zöllner 1976 formulierte²⁵.

Das Programm einer Regionalgeschichte will die herkömmliche Landesgeschichte nicht bekämpfen oder gar herabsetzen. Der regionalgeschichtliche Ansatz versteht sich vielmehr als Synthese und Vermittlung neuartiger Betrachtungsweisen und Fragestellungen, die unter den verschiedensten Gesichtspunkten an die Geschichte einer Region herangetragen werden. Selbstverständlich müssen Regionalgeschichten auch spätere Epochen als die der Vor-Geschichte und Entstehung behandeln. In Europa kann sich die Regionalgeschichte grundsätzlich in zwei Bereichen entwickeln: a) für einen Teil eines heutigen Staates; b) mehrere Staaten umfassend oder zumindest über die heutigen Staatsgrenzen hinausgreifend. Dabei muß jeder revisionistische Unterton vermieden werden. Die Gleichberechtigung der verschiedenen Identitäten und ihrer Vergangenheit ist aufs genaueste zu wahren. Kann doch die Regionalgeschichte Zeit und Raum entsprechend den historischen Gegebenheiten aufarbeiten und muß keine politischen Systeme, Länder und Staaten der Gegenwart rechtfertigen. In den herkömmlichen Landesgeschichten besteht immer noch die Gefahr, daß die Kategorien der Zeit und damit des Werdens und Vergehens verkümmern. Wenn man auch heute nichts dagegen hat, einmal geworden zu sein, der Gedanke, einmal vergehen zu müssen, stößt weder in der breiten Öffentlichkeit noch bei den Politikern auf viel Verständnis. Wie es eine teleoskopische Betrachtungsweise in den *Origines gentium* gibt,

²⁴ Walther von der Vogelweide L. 8, 10.

²⁵ Erich Zöllner, Zusammenfassung, in: Vorträge und Forschungen 25 (Sigmaringen 1979) 257. Im Spätherbst 1986 gab es große Aufregung in Irland über die Gen-Untersuchungen von Professor Woodman, der als Archäologe behauptete, der irische „gene-pool“ sei vorkeltisch geprägt. Die Mitteilung darüber und die entsprechenden Presse-Berichte verdankt der Autor Herrn Dr. Harald Krahwinkel, derzeit Dublin.

so verkürzt der moderne Landeshistoriker, der nicht selten von der Gegenwart ausgeht, mitunter die chronologische Dimension. Die Geschichte ereignet sich aber in Raum und Zeit, und eine zeitlich begrenzte Regionalgeschichte kann die Synchronie schon vom Ansatz her nicht zugunsten einer an sich wichtigen Diachronie verkümmern lassen. Um dieses Programm zu erfüllen, bedarf es jedoch zweierlei: Erstens müssen kreative Autoren den Mut haben, eine bestimmte Epoche eines gegebenen Raums von verschiedenen Aspekten her zu gestalten. Eine enzyklopädische Aufsplitterung nach Sachgebieten mit anschließender Buchbinder-Synthese wird das gesteckte Ziel nicht erreichen, daß ein historischer Autor mit einem historisch interessierten Leser ein motiviertes und motivierendes Gespräch führt. Nicht unmöglich, daß man – um pro domo zu sprechen – sich heute nur des Gründungsauftrags des Instituts für österreichische Geschichtsforschung besinnen müßte, ohne ein Jota an Wissenschaftlichkeit aufzugeben²⁶. Zweitens aber bedarf es des mutigen Verlegers, der die entsprechenden Autoren sucht, findet und mit ihnen arbeitet, aber auch ihre Bücher gewinnorientiert veröffentlicht und nicht hoch subventioniert verheimlicht.

Man fragt den Historiker gerne nach den Lehren der Geschichte und ist nicht immer mit dessen Antwort zufrieden. Manche stört seine „knochenerweichende Objektivität“, manche sein anscheinend oder scheinbar mangelndes moralisches Engagement. Nun ist sich aber der Historiker bewußt, daß er aus der menschlichen Verpflichtung des Wertens und Bewertens nicht entlassen ist und zugleich Teil der Geschichte bleibt, nicht aus ihr heraustreten kann, um sich ein übermenschliches Richtertum über die Vergangenheit anzumaßen. Bei der Lektüre von Helmut Andics „Das österreichische Jahrhundert“ kann man den Unterschied zwischen dem historischen Ansatz und dem des Journalisten feststellen. Dem letzteren geht es um die Nachricht und ihre moralisierende Verwertbarkeit. Der Historiker bemüht sich hingegen um das Verständnis eines möglichst umfassenden geschichtlichen Ganzen. Er wird darum nicht das Gute schlecht und das Schlechte gut machen; er wird Verbrechen Verbrechen nennen, auch wenn dessen Dimensionen – wie im Falle des Holocaust – seine Vorstellungsgabe und sein Fassungsvermögen übersteigen. Er wird, um bei Andics zu bleiben, die vertane Chance des österreichischen 19. Jahrhunderts beklagen dürfen, aber auch die darin angelegten Neuansätze und die Vielfalt der gleichzeitigen Erscheinungsformen nicht übersehen. Die Antwort des Historikers kann daher keine Rechtfertigung des Bestehenden, sondern bloß die Analyse des Gewordenen sein. Das Wort des Babenbergers Otto von Freising: *nemo autem a nobis sententias aut moralitates expectet*, übersetzte Alphons Lhotsky einmal in unübertrefflicher Weise mit dem Satz: „Erwarten Sie von mir weder staatsrechtliche Aphorismen noch patriotische Sitten-sprüche.“²⁷ Aber auf die Frage, woher wir Europäer kommen, kann eine Regionalgeschichte diejenige Antwort geben, die für eine ferne Zeit innerhalb eines uns nahen Raums die richtige scheint.

²⁶ Alphons Lhotsky, Geschichte des Instituts für österreichische Geschichtsforschung. 1854–1954. (Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 17, Erg.Bd., 1954) 4 ff., 11 ff. und 25 ff.

²⁷ Alphons Lhotsky, Der österreichische Staatsgedanke, in: Aufsätze und Vorträge, Bd. 1 (Wien 1970) 366, nach Otto von Freising, Historia de duabus civitatibus II prologus.

III. Die zeitgeschichtliche Forschung

Horst Möller

Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen
Perspektive der Bundesrepublik Deutschland
während der fünfziger und frühen sechziger Jahre:
Demokratische Tradition und NS-Ursachenforschung*

I

Bonn ist nicht Weimar – auf diese prägnante Formel brachte der Schweizer Publizist Fritz René Allemann 1956 das politische Selbstverständnis der frühen Bundesrepublik. Bonn sollte von Beginn an nicht Weimar werden, könnte man hinzufügen: Diesem Thema widmete sich Friedrich Karl Fromme in seiner 1960 veröffentlichten Studie *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz*, die die verfassungspolitischen Konsequenzen analysierte, die der Parlamentarische Rat 1948/1949 aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie und der Begründung der NS-Diktatur gezogen hatte.

Schon einmal hatten deutsche Verfassungsväter versucht, ein Staatsgrundgesetz aufgrund verfassungsrechtlicher Vorbilder optimal zu gestalten. Doch argumentierte man in der Weimarer Nationalversammlung mit den Konstitutionen anderer Staaten und den aus ihnen mehr oder weniger zutreffend abgeleiteten Modellen eines „echten“ oder „unechten Parlamentarismus“. Diesen Fiktionen des 1918 publizierten Buches von Robert Redslob folgten die Ideengeber der Weimarer Verfassung, allen voran Hugo Preuß und Max Weber. Im Bonner Museum Koenig aber zog man 1948/1949 Folgerungen aus der eigenen Geschichte: der noch allen Beteiligten lebhaft gegenwärtigen Erfahrung mit Demokratie und Diktatur.

* Hier ist keine systematische Literaturübersicht beabsichtigt, sondern eine Skizze der Forschungsschwerpunkte unter Berücksichtigung des Wechselverhältnisses wissenschaftlicher und politischer Fragestellungen. Die im Text mit Titel und Erscheinungsjahr genannten Werke werden in den Anm. nicht mehr eigens aufgeführt. Stark erweiterte und bis in die 1980er Jahre fortgeführte Fassung in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament 31. Mai 1987.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland stellt also zweifelsfrei den Versuch dar, aus der Geschichte zu lernen, und der Versuch gelang. Dieser Lernprozeß ging vom Konnex zwischen der Weimarer Demokratie und der NS-Diktatur aus und mußte von ihm ausgehen, da das Scheitern der Demokratie untrennbar mit Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus verbunden war. Die Geschichte der Weimarer Republik wurde ebenso wie die der NS-Diktatur in einen größeren historischen und systematischen Rahmen eingeordnet; so verschiedene Deutungsversuche wie Friedrich Meineckes *Deutsche Katastrophe* und Alexander Abuschs *Irrweg einer Nation* von 1946 demonstrierten ebenso wie Gerhard Ritters *Europa und die deutsche Frage* von 1948 das Bemühen um tiefere historische Fundierung der Interpretation – Jahre bevor eine wissenschaftliche Weimar-Forschung überhaupt in Gang kommen konnte.

Die frühen Auseinandersetzungen mit der NS-Diktatur resultierten zunächst und primär aus moralischer Kritik und weniger aus wissenschaftlichem Interesse. In der unmittelbar nach 1945 beginnenden Diskussion über die Kontinuität der deutschen Geschichte und die historischen Wurzeln der NS-Diktatur ging es immer auch um Rettung oder schmerzhafte Korrektur der jeweiligen Geschichtsbilder der Interpreten; moralische Empörung und ihre Instrumentalisierung für politische Pädagogik führten schnell zur Frage nach den näheren und weiteren Ursachen für die 1933 kulminierende Entwicklung. Durch die Gründung der Bundesrepublik stimuliert, verdichtete sich das Lehrstück totalitärer Herrschaft zur Trias: Scheitern der Weimarer Demokratie, NS-Diktatur, Neuaufbau der Demokratie in Westdeutschland.

Die Ausdehnung der sowjetischen Herrschaft über ganz Ostmitteleuropa, die im Frühjahr 1948 erfolgende Etablierung einer Marionettenregierung in der Tschechoslowakei – die viele zeitgenössische Beobachter an Hitlers ungefähr zehn Jahre zurückliegenden analogen Coup erinnerte –, die 1946 herbeigeführte Zwangvereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone, schließlich die Berlin-Blockade von 1948/1949 bekräftigten diese antidiktatorische Prämisse und erweiterten sie zum antitotalitären Grundkonsens der demokratischen politischen und gesellschaftlichen Kräfte, in dem sich beispielsweise die Vorsitzenden beider großen Parteien, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, einig waren: Das dominierende politische Selbstverständnis der Bundesrepublik basierte bis weit in die sechziger Jahre hinein auf der doppelten Frontstellung zur nationalsozialistischen Diktatur der jüngsten Vergangenheit und der unmittelbar gegenwärtigen kommunistisch-sowjetischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands, die deutsche Frage wurde auf diese Weise zu einer Funktion gegensätzlicher Herrschaftssysteme.

Dieser Antikommunismus beschränkte sich keineswegs auf die CDU/CSU, sondern herrschte ebenso in SPD und FDP.

Die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Weimarer Demokratie implizierte immer die Frage nach der Verallgemeinerungsfähigkeit des Weimarer Beispiels und der Nutzanwendung für die Stabilisierung der bundesrepublikanischen Demokratie.

II

Der unverkennbare Paradigmenwechsel, der sich in der Erforschung der Weimarer Republik im Lauf der sechziger Jahre ergab, änderte nichts an der konstitutiven Fragestellung: Zwar trat die bis dahin dominante Analyse der Auflösung 1930–1933 zeitweise zugunsten der eingehenderen Untersuchung der revolutionären Übergangsphase von der Monarchie zur Demokratie 1918/1919 zurück, doch besaß auch sie seit Mitte der 1960er Jahre einen unverkennbaren Aktualitätsbezug auf die innenpolitische Konstellation der Bundesrepublik und entsprang wissenschaftlich dem gleichen Motiv: War die Auflösung der Demokratie durch Strukturdefekte des Weimarer Staates wenn schon nicht verursacht, doch zumindest außerordentlich begünstigt worden, dann mußten diese Konstruktionsmängel bereits in dieser Entstehung 1918/1919 begründet liegen und analysiert werden. Auch der Beginn der Republik stand zwangsläufig unter der Perspektive ihres Scheiterns.

Die Konzentration der Forschung auf die Anfangs- bzw. die Schlußjahre implizierte die gleiche Konsequenz. Die mittleren Jahre der Weimarer Republik blieben ebenso ein Stiefkind der Forschung wie die doch zweifelsfrei vorhandenen Leistungen des Weimarer Staates und die politischen und gesellschaftlichen Fortschritte, die er im Vergleich zur abgelösten Monarchie wilhelminischer Prägung erzielte. Das Wissen der Nachlebenden um den schnellen Untergang dieses unter den denkbar ungünstigsten Umständen unternommenen Versuchs zur Gründung der ersten demokratischen Republik in Deutschland prägte und prägt bis heute die Bewertung. Das Experiment scheiterte: Von diesem Ergebnis kann keine geschichtswissenschaftliche Deutung abscheiden – und das macht notwendig ihre Problematik aus. Auch die Beurteilung der Politik Friedrich Eberts und der Mehrheitssozialdemokratie von 1918/1919 oder der Deflationspolitik Reichskanzler Heinrich Brünings seit 1930 – um nur diese beiden Beispiele zu nennen – geht meist stärker von der Erfahrung der Jahre 1933 bis 1945 aus als vom zeitgenössischen Kontext. Die funktionale Geschichtsbetrachtung dominiert hier eindeutig gegenüber der historistischen, um Verstehen bemühten.

Ein instruktives Beispiel für die Konzentrierung des Forschungsinteresses auf die Anfangs- und Schlußphase der Weimarer Republik bietet die Parteigeschichte, die vor allem dank der 1951 in Bonn gegründeten ‚Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien‘ zu einem der zentralen Forschungsfelder der Weimar-Historiographie wurde. Die dort in den fünfziger und sechziger Jahren veröffentlichten parteigeschichtlichen Untersuchungen, allen voran Rudolf Morseys grundlegendes Werk *Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (1966), behandeln in der Regel die ersten Jahre der *Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems*, wie Gerhard A. Ritter diese Phase genannt hat¹. Und auch die Untersuchungen von Werner Liebe über die DNVP (1956), Wolfgang Hartenstein über die DVP (1962), Lothar Albertin über DDP und DVP (1972) bis hin zu Susanne Millers zweibändiger

¹ In: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (Köln 1972) 244–275.

Geschichte der SPD 1914–1920 (1974/1978) konzentrieren sich auf die ersten Jahre oder die unmittelbare Vorgeschichte der Revolution.

Der bis heute unentbehrliche Sammelband, den Erich Matthias und Rudolf Morsey 1960 unter dem Titel *Das Ende der Parteien 1933* herausgaben, bezog für die einzelnen Parteien die Endphase der Weimarer Republik in unterschiedlichem Maße ein und setzte gewissermaßen den Kontrapunkt – Gründungs- und Auflösungsgeschichte der Parteien sind bis heute im allgemeinen ungleich besser erforscht als die mittleren Jahre, wenngleich in Einzelbereichen jüngst Abhilfe geschaffen wurde².

Doch blieben und bleiben die Forschungslücken insgesamt trotz zahlreicher wichtiger Arbeiten, in denen beispielsweise die KPD sowie einige kleinere Parteien für den gesamten Zeitraum dargestellt worden sind, noch groß³. Der Aufstieg des Nationalsozialismus wurde von jeher nicht ausschließlich unter parteigeschichtlichen Leitfragen untersucht, sondern konzentrierte sich seit Konrad Heidens schon 1932 publizierter *Geschichte des Nationalsozialismus* immer auch auf die Ideologiegeschichte im weiteren Sinn, in die das antidemokratische Umfeld mit einbezogen wurde, zum Beispiel durch so unterschiedliche Darstellungen wie Otto-Ernst Schüddekopfs *Linke Leute von rechts* (1960), Kurt Sontheimers *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik* (1962), oder Armin Mohlers zuerst 1950 publiziertes und 1972 bibliographisch umfassend erweitertes Buch *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932*. Eine erste Gesamtdarstellung legte bereits 1957 in den USA Klemens von Klemperer vor, 1962 erschien sie auch in deutscher Übersetzung: *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. Seit Mitte der 1960er Jahre erlahmte das Interesse an dieser politischen Gruppierung etwas und auch gegenwärtig scheint es beispielsweise in Frankreich größer zu sein als in der Bundesrepublik⁴.

Einen Höhe- und Wendepunkt der ersten Phase ideologiegeschichtlicher Erforschung der Zeit nach 1918 bildet zweifellos Ernst Noltes großes Werk *Der Faschismus in seiner Epoche* (1963), das stärker als alle anderen bis dahin veröffentlichten Werke einer typologisch-komparatistischen Methode folgte, zugleich aber den Faschismusbegriff historisierte, indem es die faschistischen Bewegungen als Antwort auf die bolschewistische Revolution von 1917 begriff.

² Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Berlin–Bonn 1984); ders., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (Bonn–Berlin 1985). – Herbert Hömig, Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik (Mainz 1979); Rudolf Morsey (Bearb.), Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933 (Mainz 1969); ders./Karsten Ruppert (Bearb.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion ... der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925 (Mainz 1981).

³ Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik (Frankfurt/M. 1969); Hermann Weber, Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik (Frankfurt/M. 1969). Weitere Lit. zu den Parteien: Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie (München 1987) 248–250.

⁴ Stellvertretend: Louis Dupeux, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933 (München 1985, zuerst frz. 1976); Gilbert Merlio, Oswald Spengler. Témoin de son temps, 2 Bde. (Stuttgart 1982).

Eine modernen Ansprüchen genügende Geschichte des gesamten Parteiensystems und der Weimarer Parteien steht wohl noch für längere Zeit aus⁵.

III

Die Parteigeschichte war im übrigen der Bereich der Weimar-Forschung, in der ein bis heute lesenswerter Vorläufer existiert: Sigmund Neumanns 1932 veröffentlichte schmale, aber empirisch und konzeptionell sehr gehaltvolle Studie *Die politischen Parteien in Deutschland*, die Karl Dietrich Bracher 1965 neu herausgab. Neumann, der seinerseits den auf frühere Epochen konzentrierten Werken von Robert Michels und Ludwig Bergsträsser folgte und dem die zeitgenössische wahlsoziologische Pionierstudie von Johannes Schaufl über das Zentrum vorausging⁶, entwarf eine Typologie der Parteien, die er in späteren Werken während der Emigration weiterentwickelte und die besonders in seiner Unterscheidung von „Repräsentationsparteien“ und „absolutistischen Integrationsparteien“, fruchtbar wurde: Mit dem letztgenannten Begriff interpretierte er die radikalen Neugründungen KPD und NSDAP und lieferte einen Schlüssel zum Verständnis für das Versagen des Weimarer Parteiensystems: Die traditionellen Integrationsparteien klassenspezifischer Provenienz – wie die SPD – und konfessioneller Provenienz – wie die Zentrumspartei – konnten mit einer dynamischen Integrationspartei, einer „Bewegung“ – wie der NSDAP – in Vermittlung und Integration antagonistischer ökonomischer, gesellschaftlicher und ideeller Interessen ebensowenig konkurrieren wie die liberalen Honoratioren- oder Repräsentationsparteien, ganz zu schweigen von den zahlreichen kleinen Interessenparteien.

Die Dominanz der Parteigeschichte war nicht zufällig, hatte man doch bald die von Gustav Radbruch bereits 1930 konstatierte „Parteienprüderie“ als einen der Weimarer Strukturfehler erkannt⁷. Sie führte 1919 zu einer Verfassung, die die Existenz der Parteien zwar voraussetzte, sie aber nur einmal und bekanntlich negativ abgrenzend erwähnte. So wie die Verfassungsväter 1949 im Artikel 21 des Grundgesetzes der Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung ausdrücklich verfassungsrechtlichen Rang gaben, so entwickelte sich seit den fünfziger Jahren eine fundierte historische und politikwissenschaftliche Partei- und Verbändeforschung, die ihrerseits von der gegenwartsbezogenen Erkenntnis profitierte, daß sich die in einer Demokratie wesensnotwendige politische und gesellschaftliche Pluralität der Interessen und Kräfte

⁵ Gesamtgeschichten des deutschen Parteiwesens, in denen auch die Weimarer Republik (meist knapp) behandelt wird: *Ludwig Bergsträsser*, Geschichte der Politischen Parteien in Deutschland, völlig überarb. u. hrsg. von Wilhelm Mommsen (München–Wien ¹1965); *Walter Törmin*, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848 (Stuttgart usw. ³1968); *Heino Kaack*, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems (Opladen 1971); *Wolfgang Treue*, Die deutschen Parteien vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Frankfurt/M. usw. 1975).

⁶ *Johannes Schaufl*, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, hrsg. u. eingel. von Rudolf Morsey (Mainz 1975).

⁷ *Gustav Radbruch*, in: *Gerhard Anschütz/Richard Thoma*, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1 (Tübingen 1930) 293.

organisatorisch konkretisiert, ohne daß dies die politische Entscheidungskompetenz von Parlament und Regierung paralysieren müsse oder dürfe.

Neumanns strukturelle Typologie und Ortung der extremistischen Parteien korrespondierte durchaus dem antitotalitären Selbstverständnis der Bundesrepublik, stimmulierte aber zugleich die Frage nach den Gründen für das Versagen der demokratischen Weimarer Parteien. Damit weitete sich nicht nur die historische Parteforschung auf die Zeit vor 1918 aus – erinnert sei beispielsweise an Thomas Nipperdeys 1961 erschienene *Organisation der deutschen Parteien vor 1918* –, sondern stellte auch die Ursachenforschung vor eine neue Aufgabe. Nicht zufällig befaßte sich denn auch die erste, 1952 von der erwähnten Bonner Kommission veröffentlichte Monographie der späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Helga Timm mit dem für Jahrzehnte wichtigen Thema *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930*.

Die mangelnde Integrationskraft der demokratischen Weimarer Parteien wurde damit ebenso exemplarisch konkretisiert wie einige Jahre später die Frage, inwiefern das 1919 entgegen den Mahnungen Friedrich Naumanns eingeführte Verhältniswahlssystem eine Zersplitterung des Parteiwesens bewirkt und seit 1930 die Wahlerfolge der NSDAP begünstigt oder sogar ermöglicht habe. Auch in bezug auf diese Frage existierte eine schon während der Weimarer Republik begründete Tradition der Kritik, deren Protagonist vor allem der spätere Zentrumsabgeordnete Johannes Schauff gewesen ist: Er hatte bereits 1929 ein Sammelwerk mit dem Titel *Neues Wahlrecht. Beiträge zur Wahlreform* herausgegeben, zu deren Verfassern u. a. er selbst, Karin Schauff und der Sozialdemokrat Carlo Mierendorff zählten. Die in diesem Werk enthaltene Propagierung des Mehrheitswahlrechts nahm Ferdinand A. Hermens nach einer noch 1933 in Deutschland herausgebrachten Vorstudie im amerikanischen Exil wieder auf, als er 1941 sein dann auch 1951 in deutscher Sprache erschienenes Werk *Demokratie oder Anarchie? Untersuchung über die Verhältniswahl* veröffentlichte. Als während der Großen Koalition erneut über die Einführung des Mehrheitswahlrechts bei Bundestagswahlen diskutiert wurde, erschien 1968 eine weitere deutsche Auflage. Die etwas überspitzte These lautete: In Deutschland sei nicht die Demokratie gescheitert, sondern ihre durch die Verhältniswahl geschwächte Variante. Auch in dieser Frage hatte sich 1948/1949 der Parlamentarische Rat von den Weimarer Erfahrungen leiten lassen und ein gemischtes Wahlsystem eingeführt, das im Wahlgesetz durch die sog. Fünfprozentklausel ergänzt wurde.

In welchem Ausmaß auch Kräfte außerhalb des Parteiensystems, insbesondere Reichspräsident Hindenburg und seine politischen Berater, seit 1929 destabilisierend auf dieses letzte parlamentarische Kabinett der Weimarer Republik gewirkt haben, bildete eine weitere zentrale Frage der Weimar-Forschung, die in Brachers *Auflösung der Weimarer Republik* beantwortet wurde und die ihrerseits bereits 1949 zu verfassungspolitischen Konsequenzen geführt hatte, indem die Volkswahl des Staatsoberhaupts beseitigt und seine Kompetenzen erheblich vermindert wurden. In der Interpretation des Reichspräsidenten von Hindenburg stehen sich, von Detailfragen bzw. seinen Anfangsjahren einmal abgesehen, noch heute zwei Auffassungen gegenüber: Die eine besagt, ohne Hindenburg wäre die Weimarer Demokratie schon früher zu-

sammengebrochen⁸, die andere hält bereits die Wahl Hindenburghs 1925 für eine schwere Niederlage der Weimarer Demokratie und beurteilt sein Amtsverständnis, seine Amtsführung und seine Persönlichkeit äußerst kritisch⁹.

Mit der letzten im strengen Sinne parlamentarischen Regierung ließ die früheste Gesamtdarstellung, Arthur Rosenbergs in zwei Bänden 1928 und 1935 publizierte *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, den Weimarer Staat 1930 enden. Für die Auflösungsphase lieferte diese seit 1955 immer wieder neu aufgelegte, scharfsinnige Interpretation denn auch lediglich mittelfristig-strukturelle Gründe, aber keine konkrete Analyse mehr. Ihre stimulierende Wirkung auf die Revolutionsforschung ist unten noch kurz zu behandeln.

Außer den erwähnten Werken existieren kaum weitere Untersuchungen aus der Zeit vor 1945, die der Weimar-Forschung den Weg wiesen. Zeitgenössische Analysen von solchem Rang wie die Studie Sigmund Neumanns besitzen ohnehin Seltenheitswert, und während der NS-Diktatur war keine unvoreingenommene Erforschung der Weimarer Demokratie möglich.

Auch die Historiker unter den Emigranten bearbeiteten zunächst andere Themen. Zwar erschienen nach dem Krieg noch einige zeitgenössische Studien von großem Gewicht, doch im allgemeinen erst seit Beginn der sechziger Jahre: Die erste für die politische Sozialgeschichte der Mentalitäten grundlegende Untersuchung dieser Art, die 1933 nicht mehr erscheinen konnte, veröffentlichte 1963 das Institut für Zeitgeschichte: Rudolf Heberles *Landbevölkerung und Nationalsozialismus* analysiert die politische Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, die in der 1962 publizierten Kieler Habilitationsschrift von Gerhard Stoltenberg ebenfalls behandelt worden war. Erst sehr viel später folgten dann 1977 Hans Speiers *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus* und 1980 Erich Fromms sozialpsychologische Studie *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches*, die im Kontext der Untersuchungen über den „autoritären Charakter“ des Frankfurter und später New Yorker Instituts für Sozialforschung entstanden waren.

Diese Studien waren nicht nur mit einem für die Historiker ungewohnten Instrumentarium erarbeitet, sie blieben auch lange Zeit unbekannt. Anders als die spätere NS-Forschung besaß die Weimar-Forschung keine großen konzeptionellen Vorläufer innerhalb der zeitgenössischen Politikwissenschaft, wie sie zwei wegweisende, im amerikanischen Exil verfasste Strukturanalysen darstellen: Franz Neumanns zuerst 1942 publizierte Studie, *Bebemot. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944* (dt. 1977) sowie Ernst Fraenkels 1941 ebenfalls in den USA veröffentlichtes Buch *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im Dritten Reich* (dt. 1974).

Ein beide zeitgeschichtlichen Themenkomplexe verbindendes und der politischen Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes nach 1945 korrespondierendes Erklärungsmodell bildete indes die Totalitarismus-Theorie, in deren weiteren Rahmen auch Arnold Brechts, 1944 im amerikanischen Exil zuerst publizierte knappe, aber gehaltvolle

⁸ So zuletzt Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Berlin 1982).

⁹ So zuletzt Horst Möller, Weimar.

Analyse der Auflösungsphase der Weimarer Republik gehört. Sie gewann durch die Verbindung mittelfristiger struktureller Belastungsfaktoren der Demokratie, modellhafter Interpretationskategorien wie „Totalitarismus“ und „Faschismus“ sowie ereignisgeschichtlicher Nachzeichnung der letzten Jahre der Weimarer Republik fortwirkende wissenschaftliche Bedeutung. Bereits 1948 erschien in Wien eine deutschsprachige Ausgabe¹⁰.

Brecht ging wie die anderen Politikwissenschaftler, die mit dem Totalitarismus-Modell arbeiteten, von der klaren Gegensätzlichkeit von Demokratie und Diktatur aus, die durch keine Begriffsspielerei wegzudiskutieren ist, und für die sich Ansätze bereits in Friedrich Meineckes 1930 publiziertem Aufsatz *Nationalsozialismus und Bürgertum* finden¹¹. Meinecke bezeichnete damals Kommunismus und Nationalsozialismus als die beiden „Mühlsteine“, die „an Staat und Gesellschaft reiben“ und die „von einer letzten, tiefsten, gemeinsamen soziologischen Ursache getrieben“ seien. Meineckes zeitgenössische Erfahrung der zerstörerischen Wirkung von NSDAP und KPD gegenüber der Weimarer Demokratie präfigurierte den antitotalitären Grundkonsens der Demokraten in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. So gewann das vor allem von Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski Ende der Dreißiger Jahre in den USA definierte – und beispielsweise in Hannah Arendts weit ins 19. Jahrhundert zurückgreifendem, zuerst englisch 1955 und dann deutsch 1958 veröffentlichtem Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* konkretisierte – politikwissenschaftliche Totalitarismuskonzept große Überzeugungskraft für die historische Erfassung der deutschen und europäischen Geschichte seit 1917.

IV

Auf der Basis dieser Fragestellungen erarbeitete Karl Dietrich Bracher die erste fundamentale Strukturanalyse der Weimarer Republik, die bis heute nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt hat. Brachers immer wieder nachgedrucktes Buch *Die Auflösung der Weimarer Republik* ist heute ein international anerkanntes Standardwerk. Das war nicht immer so. Bei seinem Erscheinen löste es heftige Kritik aus – Kritik, die sowohl aus methodischen als auch politischen Motiven resultierte.

Die politische Auseinandersetzung entzündete sich an Brachers kritischer Interpretation des Reichskanzlers Brüning, aber auch an seiner Darstellung des Preußenschlags vom 20. Juli 1932, in der das Ausbleiben massiven Widerstandes der demokratischen Kräfte – vor allem auch von Seiten der SPD, der Preußenregierung und der Gewerkschaften – kritisch analysiert wurde. Hierdurch fühlten sich besonders mehr oder weniger beteiligte Zeitgenossen wie der ehemalige preußische Innenminister Carl Severing sowie der frühere Ministerialdirektor Arnold Brecht provoziert.

Die methodischen Einwände richteten sich gegen politikwissenschaftliche Fragestellungen Brachers, der eine funktionale Analyse des Machtverfalls der Demokratie

¹⁰ Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik (Wien 1948).

¹¹ In: Friedrich Meinecke, Werke, Bd. 2. Hrsg. v. Georg Kotowski (Darmstadt 1958) 444.

lieferte, nicht aber eine am traditionellen Historismus orientierte intentionale Interpretation: Dieser Methodenwechsel indizierte die grundsätzliche Richtung der historischen und politikwissenschaftlichen Weimar-Forschung und die enge Bindung der erkenntnisleitenden Interessen an Gründung und Entwicklung der Demokratie in Westdeutschland, die beispielsweise auch in Ernst Fraenkels wegweisenden vergleichenden Studien über die historischen Vorbefestigungen des deutschen Parlamentarismus seit Ende der 1950er Jahre zum Ausdruck kamen und dann seit Ende der 1960er Jahre in Fraenkels Kritik am „Rätemythos“ mit gegensätzlicher politischer Stoßrichtung komplementiert wurden¹².

Für anfänglich herbe Kritik wurde Bracher nach einigen Jahren entschädigt: So konnte er die 1970 erfolgte postume Publikation der Brüning-Memoiren, die ihm noch nicht zugänglich waren, als Bestätigung seiner Analysen empfinden – auch wenn ihre durchgängige Authentizität mit guten Gründen bezweifelt worden ist¹³. So konnte Bracher vor allem Genugtuung empfinden, daß einer seiner schärfsten Kritiker, Werner Conze, schon bald sein Urteil revidierte, zumindest aber stark modifizierte. 1957 behauptete Conze in einer Rezension in der *Historischen Zeitschrift* trotz Anerkennung seines erheblichen historischen Ertrags sei Brachers Werk „in seinen Grundlagen methodisch fragwürdig“. Zwei Jahre später bedauerte Conze in einer erneuten Besprechung der im wesentlichen unveränderten Neuauflage von Brachers Werk in der HZ, in der früheren Rezension seien ihm einige ungerechte überspitzte Formulierungen unterlaufen: „Die Besprechung der ersten Auflage war das Ergebnis einer Herausforderung durch die Grundlagenprobleme.“ Die Bedeutung des bisher einzigen umfassenden Werks über die Weimarer Republik, das wissenschaftlichen Rang besitze, sei durch die Notwendigkeit einer Neuauflage anerkannt worden¹⁴.

In der Tat traf Brachers Methode den Nerv zeitgeschichtlicher Forschung: Da er aber nicht nur Postulate aufstellte, wie Zeitgeschichte zu schreiben sei, sondern immer wieder seine methodischen Maximen realisierte, erlangten seine Werke die angemessene Wirkung. Schon 1960 veröffentlichte Karl Dietrich Bracher zusammen mit Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer ein weiteres grundlegendes Werk, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung*. 1969 folgte die erste umfassende Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus, *Die deutsche Diktatur*, 1976 schließlich eine groß angelegte Synthese, *Die Krise Europas 1917–1975*, die stärker als einige andere Arbeiten vom Totalitarismus-Modell ausging und deren Wille zu politischer Erziehung unverkennbar ist. Der Gegensatz von Demokratie und Diktatur bildet den Schlüssel der Interpretation, die Mahnung vor der totalitären Versuchung angesichts der seit Ende der 1960er Jahre

¹² Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien (Stuttgart 1973).

¹³ Karl Dietrich Bracher, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte 19 (1971) 113–123; Werner Conze, Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz, in: Historische Zeitschrift 214 (1972) 310–334; Rudolf Morsey, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918–1934“ (Opladen 1975).

¹⁴ Diese Rezensionen finden sich in der Historischen Zeitschrift 183 (1957) 378–382; sowie 187 (1959) 407f.

unverkennbaren Renaissance marxistischer Bewegungen ist unübersehbar. Allerdings ist das zeitgeschichtliche Werk Karl Dietrich Brachers mit dem Wort ‚Totalitarismus-Modell‘ nur sehr unvollkommen charakterisiert, hatte er doch bereits in seinem 1956 in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* veröffentlichten Aufsatz *Stufen totalitärer Gleichschaltung* auf das Herrschaftsprinzip *divide et impera*, die Existenz konkurrierender Machtgruppen und damit einer polyzentrischen Herrschaftsstruktur innerhalb der Führerdiktatur hingewiesen – mehr als zehn Jahre, bevor die Kennzeichnung der NS-Diktatur als „polykratisch“ zu einer breiten Interpretationsrichtung ausgebaut wurde.

Die Kontroverse über die Auflösung der Weimarer Republik war mit Werner Conzes Selbstrevision noch keineswegs abgeschlossen, begründete er doch in verschiedenen Aufsätzen seine Auffassung, das Präsidialkabinett Brüning sei keineswegs, wie Bracher meinte, die erste Stufe zur Auflösung der Weimarer Republik gewesen, sondern der letzte Versuch, den demokratischen Rechtsstaat zu retten¹⁵. Brünings Instrumentalisierung der Staats- und Verfassungskrise für die Lösung außenpolitischer Probleme, insbesondere der Reparationsfrage, ist dabei ebensowenig umstritten, wie die innenpolitische Zielsetzung, das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem von Weimar – bei Bewahrung seiner Rechtsstaatlichkeit – durch die faktisch bereits eingetretene verfassungsrechtliche Stärkung des Reichspräsidenten in Richtung auf einen Quasi-Konstitutionalismus oder gar eine konstitutionelle Monarchie zurückzubilden.

Bei dieser Frage geht es tatsächlich nicht um die zweifelsfreie Integrität Brünings, der von seinen Nachfolgern persönlich und politisch scharf zu unterscheiden ist. Auch geht es nicht um die unbelegbare Behauptung, Brüning habe die Krise bewußt herbeigeführt. Er hat sie für seine Zielsetzung auszunutzen versucht, aber erfunden hat er sie nicht. Die permanente Krisenhaftigkeit der Weimarer Republik und die von Anfang an bestehende Schwäche der Großen Koalition, die ja viele Monate brauchte, bevor sie sich überhaupt als Koalition verstand und zu einer alle Partner einbeziehenden formellen Absprache gelangte, die wirtschaftspolitische Krise, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die mangelnde gesellschaftliche und parlamentarische Integrationskraft und Bündnisfähigkeit der Parteien – dies alles waren keine Konsequenzen, sondern Voraussetzungen Brüningscher Politik¹⁶.

Die sachlich entscheidenden beiden Fragen dieser Kontroverse lauten also: Hatte sich das parteienstaatliche System von Weimar zur Lösung der massiven ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Probleme als so unfähig erwiesen, daß eine im strengen Sinn systemkonforme Lösungsmöglichkeit nicht mehr bestand und des-

¹⁵ Vgl. u.a. Werner Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1919–1933, in: ders./H. Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33 (Stuttgart 1967) 176–252.

¹⁶ Vgl. u.a. Anm. 8, 9; Rudolf Morsey, in: Deutschlands Weg in die Diktatur. Hrsg. von Martin Broszat, Ulrich Dübber, Walther Hofer, Horst Möller, Heinrich Oberreuter, Jürgen Schmädeke, Wolfgang Treue (Berlin 1983) 126 ff. *passim*; Horst Möller, Das Ende der Weimarer Demokratie und die nationalsozialistische Revolution von 1933, in: Martin Broszat/Horst Möller (Hrsg.), Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte (München 1986) 9–37.

wegen die Suche nach Alternativen notwendig war? Von der Beantwortung dieser Frage hängt in der Tat die grundsätzliche Einschätzung der Regierung Brüning ab, wenngleich sich die Bewertung einzelner schwerwiegender Fehler, wie der Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930, dadurch nicht ändert. An dieser verhängnisvollen Entscheidung war allerdings nicht allein Brünings Fehlbeurteilung des Wahlausgangs schuld, sondern auch die übrigen demokratischen Parteien bzw. das gesamte Kabinett, in dem sich keine Stimme gegen die vorzeitige Neuwahl erhob.

Zu dieser ersten Grundfrage tritt eine zweite: Hat Brünings Politik objektiv die Auflösung der Weimarer Verfassungsordnung durch sein Präsidialkabinett und die Politik der Notverordnungen begünstigt? Die Antwort kann auch dann bejahend ausfallen, wenn man Brünings Intentionen und seine Lagebeurteilung vom Frühjahr 1930 teilt. Denn die Wirkung des von ihm kurz vor dem Scheitern der Großen Koalition ausgearbeiteten Kompromißvorschlags zur Rettung des Kabinetts Hermann Müller beurteilte er selbst als kurzfristig: Für den Herbst 1930 rechnete er so oder so mit dem Ende der Großen Koalition. Lautet die Antwort, zwar sei im Frühjahr 1930 rechnerisch eine parlamentarische Regierung möglich gewesen, aber nicht mehr politisch, dann bekommt Brünings Regierung insgesamt den Charakter eines Rettungsversuchs in nahezu aussichtsloser Lage, der aber eben deswegen unternommen werden mußte. Argumentiert man von den Strukturmängeln des politischen Systems her, dann lautet die konsequente Schlußfolgerung: Der unausgewogene Kompromiß der Verfassung zwischen einem parlamentarischen und einem präsidentiellen Regierungssystem bot in Form der präsidialen Minderheitsregierung mit Notverordnungen – die unter anderen Konstellationen und Personen bereits 1922/1923 praktiziert wurde – einen Ausweg. Ein solcher, längere Zeit praktizierter Ausweg aber verließ den Boden des auf die Integrationsfähigkeit der Parteien angewiesenen konsequenten Parlamentarismus. Die bloße Möglichkeit nicht-parlamentarischer Lösungen aber bot den Parteien die Flucht aus der Verantwortung geradezu an, wie sich dann wieder bei der Auflösung des Reichstags im Juli 1930 zeigte: Die verhängnisvollen Nebenwege, die die Verfassung offen ließ, wurden je länger je mehr zwangsläufig zu Abwegen¹⁷.

Die Differenz der intentional-situationsbezogenen und der funktional-strukturellen Deutung bildet den methodologischen Kern dieser Kontroverse. Sie nahm einen alten Disput über die Unterschiede naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Methode, wie sie beispielsweise Heinrich Rickert beschrieben hatte, wieder auf, und verwies zugleich auf künftige Kontroversen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, bei denen es um die Frage ging, ob und in welchem Maß typologisierend-generalisierende sozialwissenschaftliche Methoden mit der individualisierend-historisierenden Methode der Geschichtswissenschaft vereinbar seien¹⁸.

¹⁷ Vgl. Möller, Weimar, 163, 202.

¹⁸ Vgl. statt vieler mit weiterer Lit. Theodor Schieder, Geschichte als Wissenschaft (München-Wien 1968) 195 ff.; Karl-Georg Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (München 1971 u.ö.); Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Geschichte und Soziologie (Köln 1972); Winfried Schulze, Soziologie und Geschichtswissenschaft (München 1974); Jürgen Kocka, Sozialgeschichte. Beispiel – Entwicklung – Probleme (Göttingen 1977).

Schon Conze wandte gegen Bracher ein: „Ist die Weimarer Republik wirklich ein ‚typisches Modell‘ für die Auflösung einer Demokratie? Sofern sich der Verfasser nicht wiederholt selbst verbessert, wird mit einem weitgehend unhistorischen Begriff der Demokratie gearbeitet“¹⁹. Und Waldemar Besson sekundierte 1959 in seinem Werk, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, das übrigens erstmals einen Perspektivenwechsel von der reichspolitischen zur föderativen Problemstellung brachte: „Gegen die Subsumierung der Ära Brüning unter ein ‚typisches Modell‘ einer Entwicklung von der parlamentarischen Demokratie zum totalen Staat wird der Historiker ihre Individualität zu betonen haben. Sie setzte in den Traditionen des deutschen Obrigkeitstaates einen spezifischen geschichtlichen Boden voraus. Dem politischen und institutionellen Ergebnis dieses Rückgriffs vermag deshalb eine Typisierung nur ungenügend gerecht zu werden.“²⁰ Und Besson unterzog im folgenden seinerseits die politische Prämisse Brünings, der in den Traditionen deutschen politischen Denkens stehend Staatsräson über Parteiräson gestellt habe, einer kritischen Betrachtung, wenngleich er die Politik der „Sachlichkeit“ aus württembergischer Perspektive als positiv beurteilt.

Diese Kritik zielte also nicht im vordergründigen Sinn auf eine politisch motivierte Rettung Brünings, sondern auf eine Grundfrage der zeitgeschichtlichen Methode.

Karl Dietrich Bracher selbst war sich der Neuartigkeit seines Ansatzes selbstverständlich bewußt. Im Vorwort betonte er 1955, es gehe nicht allein um die Rankesche Frage, wie es eigentlich gewesen sei, wie es dazu kommen konnte, die eine solche Untersuchung im Bereich der historischen Forschung legitimiere: „Darüber hinaus umschließt jene Epoche, die der Zeitgeschichte angehört und zugleich so überaus spürbar in unser politisches Dasein hineinwirkt, ein echtes Problem der *politischen Wissenschaft*, die in der Weimarer Republik ein in bestimmten Grenzen ‚typisches‘ Modell für die Probleme der Erringung und Erhaltung, des Abbaus und Verlusts politischer Macht erfaßt“²¹. Und auch in späteren Auflagen bekannte Bracher, die Kritik habe ihn nicht davon abbringen können, an der Verbindung historischer, soziologischer und politikwissenschaftlicher Fragestellungen festzuhalten und sie für einen fruchtbaren Zugang zu halten.

Auch Hans Herzfeld, der Brachers Werk eine Einleitung voranstellte, bekannte sich ausdrücklich zu diesem methodischen Weg. Herzfeld sah wohl das zeitweilige Unverständnis, wenn er 1955 betonte, der 1933 herbeigeführte Abbruch in der Entwicklung von Sozial- und Politikwissenschaft in Deutschland erschwere die Rezeption ihrer systematischen Methoden. Eine derartige Schlußfolgerung dränge sich dem Betrachter dieser Disziplinen in Frankreich, England und den USA mit „sehr empfindlicher Schärfe“ auf. Um so notwendiger sei eine, die verschiedenen Disziplinen zusammenfassende, systematische Fragestellung der Wissenschaft von der Politik, stelle doch die „Auflösung der Weimarer Demokratie, der Sieg des autoritären und totalen Staates

¹⁹ Werner Conze, in: HZ 183 (1957) 380. Allerdings konzidierte auch Conze damals, Brachers Werk sei das erste, das wissenschaftlich weiterführe und Neuland betrete.

²⁰ Besson, Württemberg, 359 f.

²¹ Karl Dietrich Bracher, Auflösung (¹971) XVIII (Vorwort 1955).

über die Idee der politischen Freiheit im Herzen Europas, die vielleicht erschütterndste und als Warnung lehrreichste Erfahrung in der politischen Geschichte dar, die der wissenschaftlichen Beobachtung heute zugänglich ist, solange das Gleiche für die östliche Welt noch nicht oder zumindesten nicht in gleichem Maße der Fall ist“²².

Inzwischen haben sich die prinzipiellen Bedenken gegen eine strukturanalytische Methode in der Geschichtswissenschaft weitestgehend zerstreut, Brachers Pioniertat innerhalb der Zeitgeschichtsschreibung ist auch von denjenigen anerkannt, die seiner Beurteilung Brünings nicht folgen.

V

Standen während der beiden ersten Jahrzehnte nach 1945 die Auflösung der Weimarer Republik und ihre Ursachen im Vordergrund der Analyse und wurden in den letzten Jahren einige der schon früher erörterten Probleme wieder aufgenommen, so richtete sich seit den frühen 1960er Jahren die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Strukturprobleme ihrer Gründung. Wenngleich auch sie nie aus dem Blickfeld verschwunden war, so erlangte die Erforschung der revolutionären Übergangsphase doch von den frühen 1960er Jahren bis weit in die Mitte der 1970er Jahre die größte Aufmerksamkeit. Auch dieses Forschungsinteresse war deutlich von den politischen Problemen und Auseinandersetzungen der eigenen Zeit stimuliert, zumindest erzielte es im Kontext der Parlamentarismus-Kritik der Neuen Linken und ihrer direktdemokratischen Theorien erhebliche Breitenwirkung.

Die politische Erfahrung, aus der heraus die Bonner Verfassungsväter die plebisziäre Komponente der Weimarer Verfassungsordnung ablehnten, da sie lediglich agitatorisch-destructive Bedeutung für das politische System von Weimar gewonnen hatte, fehlte der neuen Generation offensichtlich. Eine eindringendere Betrachtung zeigte überdies, wie sehr die neomarxistische Parlamentarismus-Kritik Ende der 1960er Jahre derjenigen ähnelte, die in den 1920er Jahren auf wirksam-verhängnisvolle Weise Carl Schmitt am parlamentarischen Regierungssystem geübt hatte²³. Beide kritischen Parlamentarismus-Theorien konvergierten im übrigen darin, daß sie die Realität des Parlamentarismus mit Kategorien attackierten, die aus der idealisierenden liberalen Theorie des 19. Jahrhunderts entwickelt waren, zum Beispiel mit dem Modell einer „diskutanten Öffentlichkeit“, und einem historisch nie existenten Modell rationaler Entscheidungsbildung²⁴. Die Alternative zum nur begrenzt funktionstüchtigen

²² Hans Herzfeld, Einleitung, ebd., XVf.

²³ Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (Berlin 1926, ND 1969).

²⁴ Adolf M. Birke, Die Souveränität des viktorianischen Parlaments und die moderne Parlamentarismuskritik, in: *Der Staat*, Beiheft 1 (Berlin 1975) 59–73; Horst Möller, Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik, in: Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmut Knüttner, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*. Festschrift Karl Dietrich Bracher (Düsseldorf 1987) 140–157.

Reichsparlamentarismus der Weimarer Republik suchte die Interpretation nun in „rätedemokratischen“ Modellen und nicht mehr in der Analyse der Strukturdefekte des Parlamentarismus mit der Konstruktion einer krisenfesteren Form des Parlamentarismus, wie sie mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes entwickelt wurde.

Bei aller inhaltlichen Gegensätzlichkeit beider Problemstellungen konvergierten sie letztlich doch in einer formal ähnlichen Frage: Wie hätten die Überlebenschancen der Weimarer Republik erhöht und damit der Aufstieg des Nationalsozialismus wirksamer verhindert werden können? Daraus leitete die Räteforschung die Frage ab: Gab es Wege zu einer breiteren gesellschaftlichen Fundierung des aus der Revolution hervorgegangenen Staates? Konsequent musste eine solche Betrachtung sich stärker auf die Begründung als auf die Auflösung der Republik richten, weil damals die Vorentscheidung für die politische Struktur des neuen Staates gefallen war.

Methodisch bildete eine wirkungsgeschichtlich-funktionale Interpretation wiederum den Angelpunkt. Noch stärker als bei der Analyse der Auflösung stellte sich die methodische Frage, in welchem Maße der nachlebende Historiker mit Alternativmodellen zur Erfassung der tatsächlichen historischen Entwicklung arbeiten kann. Die Aufbruchsstimmung von 1969 „Mehr Demokratie wagen!“ wurde gewissermaßen ins Jahr 1919 zurückprojiziert, und so manche der 50-Jahresbetrachtungen zur Revolution 1918/1919 legt davon bereit Zeugnis ab.

Allerdings besaß auch diese Forschungsrichtung methodische und empirische Vorfä�uer seit Mitte der 1950er Jahre und politische bereits in der zeitgenössischen Diskussion. Die gegensätzliche Deutung der Revolution von 1918/1919 wurde gewissermaßen handbuchartig kanonisiert durch die neben Brachers *Auflösung der Weimarer Republik* lange Zeit wohl einflußreichste Sicht der ersten deutschen Demokratie, Karl Dietrich Erdmanns Handbuchdarstellung von 1959 (eine wesentlich erweiterte und aktualisierte Neuauflage erschien 1973). Diese nachhaltige Wirkung für die Gesamtbeurteilung der Weimarer Demokratie resultierte zum einen aus der souveränen Verarbeitung einer großen Materialfülle, zum anderen aber auch aus der Abgewogenheit, mit der Erdmann verschiedene Kontroversen darstellte. Nicht zuletzt aber dürfte die Übereinstimmung mit der im politischen Selbstverständnis der 1950er und frühen 1960er Jahre kulminierenden klaren Unterscheidung von Demokratie und totalitären Diktaturen eine Rolle gespielt haben. Sie kam bereits in der Überschrift des 1. Kapitels zum Ausdruck: „Rätestaat oder parlamentarische Demokratie?“ Erdmann würdigte die Leistung des sozialdemokratischen Vorsitzenden der Regierung der Volksbeauftragten und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert und die wesentlich von ihm mitgestaltete mehrheitssozialdemokratische Politik in der revolutionären Übergangsphase: Zu seinen Verdiensten gehörte – wie Erdmann betonte – die Einheit des Reiches und Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet zu haben. Ohne für Fehlentwicklungen und politische Fehler der mehrheitssozialdemokratischen Führung blind zu sein, sah Erdmann doch keine prinzipielle Alternative zu ihrer Politik.

Über diese Frage kam es bereits 1955 zu einer wegweisenden und die Fronten klarenden Kontroverse, als Erdmann in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* seine Konzeption entwickelte und Erich Matthias ihm 1956 in der Zeitschrift *Die neue Gesellschaft* ebenfalls in einem kritischen Literaturbericht entgegnetrat²⁵.

Erdmann hatte nicht nur eine Übersicht über die vorliegende Literatur von frühen Darstellungen der Zeitgenossen, wie die Ferdinand Friedensburgs (1946) und Friedrich Stampfers (1947) bis hin zu den Memoiren gegeben, sondern auch die wissenschaftliche Literatur einer kritischen Prüfung unterzogen. Dabei lenkte Erdmann den Blick auf die These vom „Dritten Weg“ zwischen Parlamentarismus und Bolschewismus, die bereits in der frühesten Gesamtdarstellung der Weimarer Republik, derjenigen Arthur Rosenbergs, entwickelt wurde und in der 1954 veröffentlichten Studie von Walter Tormin erstmals wissenschaftlich untersucht worden war: *Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Deutschen Revolution 1918/19*. Bereits die Beiträge von Tormin, Erdmann und Matthias umrissen eben jenes Forschungsproblem, dessen kontroverse Diskussion erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre voll entbrannte.

Erdmann beurteilte den 2. Band von Rosenbergs auf die Jahre 1918 bis 1923 konzentrierter Darstellung von 1935 als Beginn der wissenschaftlichen Erforschung der Weimarer Republik²⁶. Und in der Tat hatte Rosenberg außer reflektierter Problemorientierung die differenzierte Nachzeichnung machtpolitischer Verschiebungen sowie die Auswertung eines damals unveröffentlichten Quellenbestandes zu bieten – der Sitzungsprotokolle der Regierung der Volksbeauftragten. Erdmann setzte sich mit Rosenbergs Kernthese auseinander, derzufolge die Weimarer Republik zum Untergang verurteilt gewesen sei, weil die Revolution steckengeblieben und das Ziel einer sozialen Revolution verfehlt habe. In Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Militär seien die alten Machtpositionen der Monarchie unangetastet geblieben und wirtschaftliche Schlüsselindustrien nicht verstaatlicht worden. Mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte sei eine soziale Revolution möglich gewesen; eine Kombination zwischen Räten und Parlament hätte bei größerem revolutionärem Engagement der mehrheitssozialdemokratischen Führung die Chance zur stabileren Verankerung der Demokratie in Deutschland geboten.

Demgegenüber betonte Erdmann die „entscheidende Tatsache, daß das aus dem Zusammenbruch am 9. November hervorgegangene Regime in seiner Geburtsstunde von links her, nicht von rechts, mit Gewalt in seiner Existenz bedroht wurde“²⁷. Schon 1955 hatte er die Situation pointiert beschrieben. Damals bestand „die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder: die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps. Die Weimarer Republik ist das Ergebnis eines sozialistisch-konservativen Zweckbündnisses. Rosenbergs These, daß sie deshalb zugrunde ging, weil sie nicht unterbaut wurde durch eine soziale Revolution, ist falsch, weil im Gegenteil der Fehlschlag der sozialen

²⁵ Karl Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VfZ 3 (1955) 1–19; Erich Matthias, Zur Geschichte der Weimarer Republik. Ein Literaturbericht, in: Die Neue Gesellschaft 3 (1956) 312–320.

²⁶ Rosenbergs immer wieder aufgelegte Geschichte der Weimarer Republik endet zwar erst mit dem Jahr 1930, doch widmet er den Jahren 1924 bis 1930 nur knapp 60 Seiten.

²⁷ In: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4 (Stuttgart 1973) 161.

Revolution überhaupt die Vorbedingung dafür war, daß sie als das bestimmte historische Phänomen ... ins Leben trat.“²⁸ Von dieser Position aus lehnte Erdmann die These ab, der Untergang der Republik sei zwangsläufig gewesen.

In seiner Antwort ging Erich Matthias davon aus, daß „trotz aller tiefgreifenden Unterschiede zwischen der Situation des gespaltenen Deutschlands von heute und der des Weimarer Staates die Kontinuität der Grundprobleme unserer staatlichen Existenz verblüffend“ sei. Matthias nahm Erdmanns Warnung vor einer fatalistischen Geschichtsbetrachtung ebenso auf wie dessen Mahnung, sich den Blick für die „Offenheit der Situation in Entscheidungsstunden“ nicht trüben zu lassen. Aber tatsächlich sei es Rosenberg, der diese Forderung beherzige, nicht Erdmann, der diesen gründlich mißverstehe. Erdmann reduziere eine ungeheuer komplizierte Situation auf eine viel zu einfache Alternative²⁹.

Der Gedanke, um den es Rosenberg gegangen sei, „daß die breite Mitte der gemäßigt sozialistisch-demokratischen deutschen Arbeiterschaft zugleich zum Kristallisierungskern und zum sozialen Träger eines nationalen demokratischen Integrationsprozesses hätte werden können, läßt sich nicht ohne weiteres als utopische Phantasie beiseite schieben“. Die Frage nach den realen Chancen eines „dritten Weges“ lasse sich gerade nach der Studie von Tormin keineswegs von vornherein negativ beantworten. Wenngleich heutige Verfechter dieser gegenüber Erdmann revisionistischen Interpretation im allgemeinen den Begriff „dritter Weg“ für ungeeignet halten, so geht es doch noch immer um die politische Alternative zur Politik Eberts³⁰.

Die Beurteilungsgrundlage hat sich seit der ersten Diskussion von 1954–1956 und der Kontroverse auf dem Berliner Historikertag 1964³¹ erheblich verbessert. So publizierte die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien den Anregungen von Matthias folgend – und zum Teil von ihm bearbeitet – eine ganze Reihe grundlegender Editionen, die sowohl die Quellenbasis erweiterten, als auch eine andere einflußreiche These, die von Theodor Eschenburg, Weimar sei eine improvisierte Demokratie gewesen³², zum Teil modifizierten: So bearbeiteten Mat-

²⁸ Karl Dietrich Erdmann, in: VfZ 3 (1955) 7, 16.

²⁹ Erich Matthias, in: Die Neue Gesellschaft 3 (1956) 312.

³⁰ Vgl. zur Position der Anhänger einer von Rosenberg ausgehenden Interpretation u.a.: Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19 (Wiesbaden 1968); ders., Demokratische Revolution und „dritter Weg“, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983) 278–301; Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik (München – Wien 1984) 153 ff. – Aus unterschiedlichen, in wesentlichen Punkten aber gegenteiligen Perspektiven u.a.: Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche Revolution 1918–1920, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978) 362–391; Heinrich August Winkler, Die Sozialdemokratie und die Revolution 1918/19 (Berlin–Bonn 1979); Eckehard Jesse/Henning Köhler, Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/78 v. 11. Nov. 1978, 3–23; Möller, Weimar, 35 ff.

³¹ Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin (Beiheft GWU), Stuttgart 1965.

³² Theodor Eschenburg, Die Republik von Weimar. Beiträge zur Geschichte einer improvisierten Demokratie (Überarb. Neuauflg. München 1984). Der Begriff – den Eschenburg zuerst 1951 aufnahm – wurde schon von Hugo Preuß im Oktober 1918 auf die Parlamentarisierung durch die Oktober-Reformen verwendet. Die Forschung hat seit der erwähnten Edition über den Interfrak-

thias und Morsey die 1959 veröffentlichte Edition *Der interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 1962 Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, und nach weiteren wichtigen Editionen erschienen 1969 in der Bearbeitung von Erich Matthias, Susanne Miller und Heinrich Potthoff die Akten der *Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*, nachdem bereits 1968 Eberhard Kolb und Reinhard Rürup gemeinsam mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und der erwähnten Bonner Kommission *Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik* publiziert hatten.

Auf der Basis neu erschlossener Quellenbestände veröffentlichte Eberhard Kolb schließlich 1962 die erste gründliche empirische Untersuchung, die zum Vorbild späterer Analysen dieser Art wurde: *Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*. Ihr folgten bereits nach einem Jahr, ebenfalls in der Bonner Kommission, Peter von Oertzens *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre setzte dann – stimuliert durch die genannten politischen Motive – eine intensive Diskussion ein. Erschien Friedrich Ebert bis zur Mitte der sechziger Jahre als ein Reichspräsident, auf den sich postum alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik hätten einigen können, so wurde er im Zuge der Kritik an der Großen Koalition seit 1966 von der politischen Linken zunehmend aus dem Sozialismus ausgebürgert und nahezu zum CDU-Mitglied – ebenso postum natürlich.

Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die Rätebewegung von 1918/19 keineswegs politisch homogen und die sozialdemokratischen Räte gegenüber den radikalsozialistischen oder gar den spartakistisch-bolschewistischen Gruppen in der Mehrheit gewesen sind; die Radikalisierung der Ratemehrheit setzte tatsächlich erst um die Jahreswende 1918/19 ein. In der Einzelanalyse sind also zahlreiche und wichtige neue Forschungsergebnisse auf der Basis der seit Mitte der fünfziger Jahre gegebenen Anstöße erzielt worden. Doch hat das, anders als dies manchen Räteforschern scheinen mag, keineswegs zwangsläufig die prinzipielle Beurteilung der Entscheidungsalternativen von 1918/19 oder ihre langfristige Wirkung verändert. In dieser Frage bleiben trotz vieler Modifikationen im einzelnen die Positionen weiterhin kontrovers, auch wenn die Auseinandersetzungen abgeflaut sind.

Trotz der insgesamt also zweifellos veränderten Beurteilung der Räte bleibt der Disens beispielsweise in folgenden Fragen bestehen: Ein politisches Rätesystem ist mit der parlamentarischen Demokratie unvereinbar; ob mit ihr ein wirtschaftliches Rätesystem vereinbar ist, bleibt umstritten. Ebenso bestreitbar ist, ob die Sozialisierung der Wirtschaft auch nur eine einzige der schweren Hypotheken der Weimarer Republik beseitigt und nicht vielmehr neue geschaffen hätte. Hier handelt es sich um ein politisches Credo, nicht eine geschichtswissenschaftlich fundierbare Aussage zu den Weichenstellungen von 1918/1919. Schließlich muß die Frage beantwortet werden, mit

tionellen Ausschuß 1917/18 immer stärker gezeigt, daß in den letzten Kriegsjahren wichtige Vorentscheidungen in Richtung auf die Parlamentarisierung fielen, zu denen vor allem auch die Neugruppierung des Parteiensystems mit der Präfiguration der späteren Weimarer Koalition zählte. Die Politik der Mehrheitssozialdemokratie im Winter 1918/19 muß auch unter diesem Aspekt gesehen werden, wodurch dann der Begriff Improvisation relativiert wird.

welchen Gruppierungen und welchen der meist ja nur diffusen – untereinander überdies konkurrierenden – Rätemodellen ein Kompromiß erreichbar und machtpolitisch durchsetzbar gewesen wäre, welches dieser Modelle schließlich auch nur auf der Linken mehrheitsfähig gewesen ist. Die Frage des Bündnispartners ist ganz entscheidend, und tatsächlich funktionierte bereits die Zusammenarbeit mit der USPD nicht: Das lag keineswegs allein an der SPD-Führung, sondern mindestens im gleichen Maße an der Heterogenität der USPD, in der die Priorität einer souveränen Nationalversammlung nicht akzeptiert wurde. Vielmehr sprach man dort offen von einer Diktatur auf Zeit: Zunächst sollten die sozialistischen Zielsetzungen erreicht und dann erst die Nationalversammlung einberufen werden, weil man deren abweichende Mehrheit fürchtete. Ein demokratisches Verfahren wäre dies jedenfalls nicht gewesen. Hier zeigt sich im übrigen der Pferdefuß einer Interpretation, die den Demokratiebegriff nicht formal verstehen, sondern mit bestimmten gesellschaftspolitischen und ideologischen Inhalten füllen will. Tatsächlich schließt ein erheblicher Teil solcher inhaltlich-politischer Wertungen die politischen – oder gesellschaftlichen! – Gegner aus der Demokratie aus, weil sie andere oder gegenteilige Inhalte vertreten. Der Grundsatz: „Was Demokratie ist, bestimme ich“, gefährdete tatsächlich 1918/19 – wie grundsätzlich – die Demokratie: Die Politik der USPD demonstrierte das zweifelsfrei – das Prinzip der Volkssouveränität, das sich nur in einer freien Wahl konkretisieren kann, sollte zeitweise suspendiert werden, weil man sich der Mehrheit nicht sicher war. Gerade weil zur Demokratie die Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit der Meinungen ebenso wie verfassungsrechtlich geregelte Konfliktaustragung und Entscheidungsbildung wesensnotwendig gehören, kann sie nur formal definiert werden, nur so sichert sie die Pluralität der politischen Richtungen. Daran ändert die schon 1919 zu hörende und von Hugo Preuß zu Recht zurückgewiesene Polemik gegen „bloß formale Demokratie“ nichts: Demokratie beinhaltet nicht eine bestimmte politische Richtung, sondern sichert die Möglichkeit aller politischen Richtungen, die sich an die Spielregeln halten. Friedrich Ebert und die Mehrheitssozialdemokratie hat dies 1918/1919 verstanden, große Teile der USPD und der radikalen Räte nicht – trotz der schönen Maxime von Rosa Luxemburg, Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden.

Schließlich ist in bezug auf dritte, vierte und fünfte Wege 1918/1919 zu bedenken: Die möglichen Alternativen sind vom Historiker nur als Hypothesen zu formulieren – sie haben den Vorzug, sich in der Realität nicht mehr bewähren zu können. Ihre möglichen Mängel sind also weniger offensichtlich als beim tatsächlich eingeschlagenen Kurs: Und über einige gravierende Fehler der mehrheitssozialdemokratischen Führung ist schnell Einigkeit zu erzielen, da wir, anders als die Akteure, die Folgen – das Scheitern der demokratischen Republik und die NS-Diktatur – kennen.

VI

Alles in allem bleiben also viele Fragen offen. Entscheidend sind aber auch hier die Anregungen, die von den Forschungen der fünfziger und sechziger Jahre ausgegangen sind und die ihren Wert behalten, selbst wenn in der Außenpolitik, der Wirtschafts-

und Sozialgeschichte, insbesondere der Inflationsforschung, der historischen Wahlforschung, der Analyse des Parlamentarismus und der Parteien, der Regional- und Lokalgeschichte neue Wege beschritten werden. Die erwähnte Konzentration auf die Auflösung und dann die Begründung der Weimarer Republik fand sogar im Erscheinungsjahr einschlägiger Sammelände wichtiger Aufsätze Ausdruck: Zuerst veröffentlichten Werner Conze und Hans Raupach das Sammelwerk, *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929–1933* (1967), dem schon 1968 der Sammelband von Gotthard Jasper, *Von Weimar zu Hitler*, an die Seite trat. Es folgte der von Eberhard Kolb herausgegebene Band *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (1972).

Neben weiteren Untersuchungen zur Auflösungsphase wie Thilo Vogelsangs *Reichswehr, Staat und NSDAP* (1962) traten schon früh Darstellungen zu einzelnen zentralen Problemen, ohne doch einen Forschungsschwerpunkt mit Beteiligung zahlreicher Forscher zu bilden. So legte Gerhard Schulz 1963 eine der ersten großen Untersuchungen zum Preußen-Problem und den Reichsreformbestrebungen vor, die die Jahre 1919 bis 1930 behandelte und damit wie Michael Stürmers Untersuchung *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928* (1967) zu den damals noch wenigen empirischen Studien über die mittleren Jahre zählte. Bei unterschiedlicher Thematik behandeln beide Bücher Problemzonen der Verfassungsstruktur bzw. -praxis. In bezug auf die Preußen-Thematik, aber auch die Entwicklung des Parlamentarismus, haben einige Autoren in den letzten Jahren eine andere Fragestellung und Perspektive gewählt, die, von der föderativen Struktur des Weimarer Staates ausgehend, einen konstruktiven Beitrag der Länder zur Geschichte des Parlamentarismus in den Blick nimmt und gewissermaßen komplementär zur Analyse der Strukturdefekte des Reichsparlamentarismus durch Karl Dietrich Bracher nach realisierten Alternativen auf Länderebene fragt. Neben den allerdings bisher nur zeitlich oder sachlich begrenzten Untersuchungen vor allem zur Parteigeschichte kleinerer Länder steht nun aufgrund seiner politischen Bedeutung und Größe das sich auf zwei Drittel des Reichsteritoriums erstreckende und drei Fünftel der Reichsbevölkerung beherbergende Preußen im Mittelpunkt. Dazu liegt inzwischen eine Gesamtanalyse des preußischen Parlamentarismus von 1918/19 bis 1932/33 vor, die Preußen nicht mehr in erster Linie als Belastungsfaktor des Weimarer Staates ansieht, sondern aufgrund verfassungsgeschichtlicher, sozialgeschichtlicher und politischer Befunde wegen seiner bis 1932 funktionierenden konsequenten Form der parlamentarischen Demokratie Preußen eher stabilisierende Wirkung attestiert. Die vergleichende Reich-Preußen-Perspektive könnte mithin für eine Gesamtbeurteilung der Weimarer Republik fruchtbar werden³³.

Zu denjenigen Sektoren, in denen ebenfalls ein erheblicher Wandel in Fragestellung, Ergebnissen und Bewertungen eingetreten ist, zählt zweifelsfrei die Außenpolitik des Weimarer Staates, auch hier war zeitweise das erkenntnisleitende Interesse der

³³ Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932 (Düsseldorf 1985). (Dort auch weitere Literatur). Mit biographischer Thematik: Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung (Frankfurt/M. 1977) – eine der wenigen herausragenden Biographien zur Gesch. der Weimarer Republik.

Zeit nach 1945, bzw. 1949 unverkennbar. Anfänglich stand die Erforschung der Weimarer Außenpolitik noch im Banne der Weimarer Tradition, die im Versailler Friedensvertrag eine der gravierendsten Belastungen der jungen deutschen Demokratie sah und derzufolge die Deutschlandpolitik der Alliierten für ihr Scheitern mitverantwortlich macht. Im Hinblick auf die Ausgangsfrage korrespondierte also die außenpolitische mit der innenpolitischen Thematik. Allerdings zeichnete sich angesichts der ungleich schwereren Konsequenzen, die der Zweite Weltkrieg für das Deutsche Reich brachte, bereits ein Wandel der Perspektive ab. So wies Gerhard Ritter bereits 1948 auf die außenpolitischen Chancen während der 1920er Jahre hin. Die Ungeduld gegenüber dem Versailler Vertrag sei verhängnisvoll gewesen, habe sie doch die Augen davor verschlossen, „daß die Weimarer Republik ohnedies, trotz aller Schwankungen und Nöte, langsame, aber stetige Fortschritte machte auf dem Wege zu einer Wiederaufnahme Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft und zu einer Befreiung von dem Druck der Reparationszahlungen, ja sogar zur Lockerung der Rüstungsbeschränkungen. Sehr viele, vielleicht die meisten Deutschen verkannten die überaus günstigen Chancen eines politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, die unsere europäische Mittellage gegen Ende der zwanziger Jahre einer geduldigen, stetigen und wahrhaft friedfertigen deutschen Politik bot.“³⁴

Tatsächlich wird heute der Versailler Vertrag, vor allem aufgrund der Untersuchungen französischer und amerikanischer Historiker – weniger als „Diktat“ denn als Kompromißfrieden der Alliierten beurteilt, der einerseits für Frankreich nur einen Teil der Ziele erfüllte, andererseits Deutschland nur kurzfristig in den Rang einer zweitrangigen Macht herabdrückte: Mittel- und langfristig ließ der Vertrag jedoch die deutsche Großmachtstellung unangetastet. Deutschlands wirtschaftliche Dominanz auf dem Kontinent beeinträchtigte er zwar zeitweise, beseitigte sie aber nicht dauerhaft. Infolge dieser Ergebnisse stehen die Erfolge der außenpolitischen Revisionspolitik stärker im Vordergrund der Betrachtung.

Diese Erfolge verdankte die Republik weitgehend der Außenpolitik Gustav Stresemanns. Die durch ihn erreichte Verminderung des Misstrauens der westlichen Nachbarstaaten und der USA spielte noch Jahre später eine Rolle, als die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die katastrophale ökonomische Situation des Reiches und die sie für eine Revision instrumentalisierende Politik Brünings die endgültige Streichung der alliierten Reparationsforderungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 erlaubte – auch wenn dieser Erfolg dann von der Regierung Papen für sich beansprucht wurde.

Stresemanns Persönlichkeit und politische Zielsetzung gab und gibt bis heute Rätsel auf³⁵: Trotz zahlreicher Einzeluntersuchungen und biographischer Studien steht eine umfassende und befriedigende Biographie noch immer aus, wie es überhaupt an

³⁴ Gerhard Ritter, *Europa und die deutsche Frage* (München 1948) 196/197.

³⁵ Aus der umfangreichen Stresemann-Literatur: Henry Ashby Turner, Stresemann – Republikaner aus Vernunft (Berlin–Frankfurt/M. 1968); Felix Hirsch, Stresemann. Ein Lebensbild (Göttingen 1978); Michael-Olaf Maxelon, Stresemann und Frankreich 1914–1929 (Düsseldorf 1972); Wolfgang Michalka/Marshall M. Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann (Darmstadt 1982).

wirklich großen Biographien der führenden Politiker der Weimarer Zeit bis heute mangelt. Da Stresemann während des Ersten Weltkrieges lange Zeit zu den Annexionisten zählte und die von ihm geführte DVP den Boden der demokratischen Republik nach 1919 nur zögernd betrat, galt er den einen nach wie vor als verkappter nationalistischer Monarchist, den anderen aber seit Mitte der 1920er Jahre als Europäer. Das eine dürfte so falsch sein wie das andere. Tatsächlich war Stresemann nicht allein ein Realpolitiker, der sich auf den Boden der Tatsachen stellte, vielmehr zählte er zu den nicht sehr zahlreichen bedeutenden deutschen Parlamentariern, der sich spätestens seit 1917 mit Vehemenz für eine Stärkung des Reichstags und schließlich ein parlamentarisches System einsetzte und seit 1923 zunehmend zu einem Aktivposten des Weimarer Staates entwickelte, auf den man nicht verzichten konnte. Seine Persönlichkeit und Politik dokumentieren aber auch, in welchem Maße während der Weimarer Republik Innen- und Außenpolitik in einem engen Wechselverhältnis standen. Kaum ein zentrales reichspolitisches Problem blieb ohne außenpolitischen Bedingungszusammenhang und umgekehrt. Fast jeder der zahlreichen Regierungsrücktritte resultierte auch oder völlig aus außenpolitischen Gründen. Der methodische Streit über ein Primat der Innen- oder Außenpolitik erweist sich in diesem Kontext als theoretisch.

Stresemanns außenpolitische Maximen blieben indes am nationalen Interesse orientiert, und das galt auch für die übrigen führenden Politiker dieser Jahre, Aristide Briand eingeschlossen. Und wie alle anderen deutschen Spitzenpolitiker wollte er wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands revidieren – allerdings auf der Basis der Verständigung mit Frankreich, des Gewaltverzichts und deutsch-amerikanischer sowie deutsch-französischer Wirtschaftsabkommen, schließlich auch mit Hilfe der Elemente einer europäischen Friedensordnung. Diese Ziele gingen angesichts der damaligen innenpolitischen Probleme und der Struktur der internationalen Beziehungen nach 1919 sehr weit, hatten aber doch wenig mit den europäischen Einigungsbemühungen zu tun, die in den 1950er Jahren die anachronistische Bewertung Stresemanns als eines ‚Europäers‘ stimulierten.

Nicht allein die Bewertung Stresemanns ist realistischer – und das heißt dem zeitgenössischen Kontext näher – geworden, auch die der zentralen außenpolitischen Probleme wie das Verhältnis der Weimarer Republik zu Sowjetrußland³⁶, vor allem aber die Bewertung der die Zeitgenossen erhitzenden Reparationsfrage³⁷.

Allerdings ändert dieser wichtige Befund nichts an der Tatsache, daß u. a. aufgrund der zeitgenössischen Überschätzung das Reparationsproblem psychologisch von größ-

³⁶ Theodor Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrages. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922–1926 (Köln–Opladen 1956); Karl Dietrich Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, in: VfZ 11 (1963) 105–165; Hermann Graml, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZ 18 (1970) 366–391; Klaus Hildebrand, Das Deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System, 1918–1932 (Wiesbaden 1977); Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Die Internationalen Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 (München 1980).

³⁷ Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen (Stuttgart 1973); ders., Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung, in: VfZ 29 (1981) 21–47; (dort weitere Lit.).

ter innenpolitischer Bedeutung gewesen ist: Es existiert kein zweites zentrales Ziel, über das sich fast alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte der Weimarer Republik so einig waren, wie das der Forderung nach Revision des Versailler Vertrags – und zu ihm gehörten auch die Reparationsforderungen. Michael Salewski sprach zutreffend von einem „Revisionssyndrom“. Trotz des heutigen Kenntnisstandes und des historiographischen Perspektivenwandels des letzten Jahrzehnts muß der Historiker die zeitgenössische Befangenheit ernstnehmen und auch sehen, daß in einem Bündel von Belastungsfaktoren jedes zusätzliche Problem, mag es auch für sich genommen begrenzt sein, große Bedeutung gewinnt.

Die Weimarer Außenpolitik hat zwar mit Ludwig Zimmermanns Buch *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik* (1958) schon früh eine Gesamtdarstellung erfahren, doch blieb diese noch stark in der nationalen Perspektive der Zwischenkriegszeit gefangen; ihre forschungsgeschichtliche Bedeutung erhellt indes auch daraus, daß es nahezu dreißig Jahre dauerte, bis eine neue Gesamtdarstellung erschien, die in erheblichem Ausmaß neues Aktenmaterial und die umfangreiche Einzelforschung verarbeiten konnte, Peter Krügers Buch *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (1985)³⁸.

Zu den umfangreicheren Forschungsschwerpunkten, die sowohl außen- wie innenpolitische Dimensionen besaßen, zählt neben den schon seit den fünfziger und sechziger Jahren kontinuierlich betriebenen Untersuchungen zur Reichswehr³⁹, die sich auf militärgeschichtliche Themen im engeren Sinn, das Verhältnis von Reichswehr und Politik, aber auch auf militärische und politische Kampfverbände konzentrierte⁴⁰, immer stärker die Erforschung der Wirtschaftsgeschichte und der Sozialpolitik.

Zwar hatte es auch auf diesem Feld neben Detailstudien früh Zusammenfassungen gegeben – beispielsweise Gustav Stolpers schon 1950 publizierten Überblick, der 1964 in neuer Bearbeitung durch Karl Häuser und Knut Borchardt unter dem Titel *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1870* wieder aufgelegt wurde. Wie bei Stolper handelte es sich bei den Verfassern anderer größerer Gesamtdarstellungen einzelner Sektoren oftmals noch um beteiligte Zeitgenossen und nicht Historiker im engeren Sinn. Dies gilt etwa für Willibald Apelt und seine zuerst 1964 publizierter *Geschichte der Weimarer Verfassung*, die bis zu Ernst Rudolf Hubers monumental verfassungsgeschichtliche, de-

³⁸ Vgl. zur Forschungsentwicklung zuletzt die Übersicht bei Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung (München 1986) 210ff. Den umfangreichen Akteneditionen kommt auch für diese Thematik große Bedeutung zu. Das gilt insbes. für die beiden umfangreichsten, die Akten der Reichskanzlei 1968 ff. sowie die Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1966 ff. (Vgl. Möller, Weimar, 237 ff.).

³⁹ Zusammenfassende Darstellung bei Rainer Wohlfeil/Edgar Graf von Matuschka, Reichswehr und Republik 1918–1933 (= Deutsche Militärgeschichte), hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. III,2 (Herrsching 1983); Hans Meier-Welker, Seeckt (Frankfurt/M. 1967); Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927 (München 1966); Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936 (Wiesbaden 1980).

⁴⁰ Stellvertretend Karl Robe, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Düsseldorf 1966); Volker R. Bergahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935 (Düsseldorf 1966).

ren Weimar betreffende Bände 1978 bis 1984 erschienen, die einzige umfassende Darstellung blieb. Und auch Ludwig Prellers *Sozialpolitik in der Weimarer Republik* (1949) war das Werk eines Zeitgenossen. So verdienstvoll und unverzichtbar diese Werke für Jahrzehnte blieben, so sehr wandelten sich seit den siebziger Jahren das Forschungsinteresse und die Methoden. Dies dokumentieren etwa neuere interdisziplinäre Untersuchungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik im allgemeinen sowie die Inflationsforschung im besonderen.

VII

Erste knappe Übersichtsdarstellungen von Hans Herzfeld, der die Weimarer Republik im übrigen schon in seinem weit ausholenden Werk *Die moderne Welt 1789–1945*, das zuerst 1951 erschien und danach immer wieder überarbeitet wurde, behandelt hatte, und Werner Conze (zuerst 1953) waren ebenso wie Helmut Heibers erstmals 1966 erschienene, nach Auflagenhöhe wohl erfolgreichste Weimar-Darstellung für einen breiteren Leserkreis bestimmt. Die umfangreicheren Handbuchdarstellungen von Albert Schwarz 1958 und Karl Dietrich Erdmann 1959 boten dann bereits eine Synthese der bis dahin erarbeiteten Einzelforschung, nachdem der nach England emigrierte Jurist und Historiker Erich Eyck, seine eingehende zweibändige *Geschichte der Weimarer Republik 1954/1956* in der Schweiz publiziert hatte.

Eyck schrieb sein Werk, wie oft betont worden ist, vom Standpunkt liberaler Kritik an der Weimarer Republik aus, es bildet in vielen Passagen den Bericht eines klugen zeitgenössischen Beobachters. Doch paßte Eycks Buch mit seiner Kritik am mangelnden Kampfeswillen der Weimarer Demokraten gegen den Extremismus von Rechts und Links durchaus in den vorhin erwähnten antitotalitären Konsens. Eycks flüssige Darstellung, die die innen- und außenpolitische Geschichte der Republik unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Probleme in klassischer Weise erzählt, ist noch immer lesenswert, in bezug auf die allgemeine politische Geschichte ist sie bis heute am ausführlichsten und blieb bis zu Hagen Schulzes Werk von 1982 die einzige umfassendere deutsche Gesamtdarstellung neben den Handbüchern.

Insgesamt legte also die seit Mitte der fünfziger Jahre einsetzende historische und politikwissenschaftliche Weimar-Forschung eine eindrucksvolle Bilanz vor, die zugleich ein differenziertes Bild dieser Zeit wie eine Gesamtbeurteilung bietet⁴¹. Trotzdem bedürfen zahlreiche Themen weiterer Untersuchungen. Die bei den großen Forschungsschwerpunkten und problemorientierten Analysen naturgemäß stärker als bei den tausenden von Detailstudien zutage tretende Stimulierung geschichtswissenschaftlichen Interesses durch die politische Entwicklung der Bundesrepublik ist für

⁴¹ Jüngste Abrisse z. T. mit Forschungsberichten von Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*; sowie Möller, *Weimar* (aufgrund der Reihenkonzeption liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung des politischen Systems bis 1930), schon früher Karlheinz Dederke, *Reich und Republik 1917–1933* (Stuttgart 1969 u.ö.); Heinz Hürtgen, *Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg* (Stuttgart 1981, Studienbuch Geschichte. Hrsg. von Reinhard Elze und Konrad Repgen, Heft 10).

die Erforschung der Weimarer Republik immer dann außerordentlich fruchtbar geworden, wenn sie zu neuen Problemstellungen angeregt, diese dann aber in wissenschaftlichen Verfahrensweisen am historischen Gegenstand selbst objektiviert hat. Geschichtswissenschaft kann und muß sich durch die Gegenwart und ihre politischen Probleme anregen lassen, darf aber nicht dabei stehen bleiben, wenn sie Wissenschaft sein will: Politisches Interesse darf den Ausgangspunkt, nicht aber Methode und Ziel einer wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte prägen.

Konrad Kwiet

Die NS-Zeit in der westdeutschen Forschung 1945–1961

Mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Herrschaft gehört der Nationalsozialismus zu einem der am intensivsten bearbeiteten Untersuchungsgegenstände der Zeitgeschichtswissenschaft, und zu einem Allgemeinplatz ist inzwischen die Redewendung geworden, daß die ständig steigende Flut der Literatur selbst für den Spezialisten kaum noch überschaubar ist. Ebenso unbestritten ist, daß die Erforschung des Nationalsozialismus stets mit der Auseinandersetzung über die „Bewältigung der Vergangenheit“ verknüpft war. Diese Verbindung scheint sich jetzt erst allmählich aufzulösen. Eine ganze Reihe von Literatur- und Forschungsberichten haben die historiographische Entwicklung nachgezeichnet¹, die sich meiner Meinung nach in 3 Phasen periodisieren läßt. Die erste Phase reicht von 1945 bis 1961, die zweite bis 1983, die dritte erstreckt sich auf die unmittelbare Gegenwart. Mein Beitrag beschränkt sich auf die Anfangsphase. Die Urteile über die Leistung der sich etablierenden westdeutschen Zeitgeschichtsforschung gehen weit auseinander. Auf der einen Seite steht die Kritik an den ideologisierenden und moralisierenden Betrachtungsweisen; an den Hitlerismus- und Totalitarismusvorstellungen; an der Glorifizierung des bürgerlich-konservativen Widerstandes und der Diskriminierung des kommunistischen Antifaschismus sowie an der „Verdrängung“ der Judenverfolgung und anderer Themen. Auf der anderen Seite stehen Verständnis und – in zunehmendem Maße – Lob. Ernst Schulin zieht den Vergleich mit der Situation nach dem Ersten Weltkrieg heran und kommt zu dem Urteil, daß die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung anders als 1918 die unmittelbare Vergangenheit „nicht nationalbewußt verteidigt oder beschwiegen, sondern

¹ Um nur einige wichtige zu nennen: *Hans Mommsen*, Nationalsozialismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd 4 (Freiburg 1971) Spalte 695–713; Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Bd. 3, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte (Stuttgart 1973); *Karl Dietrich Bracher*, Zeitgeschichtliche Kontroversen – Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie (München 1976); *Wolfgang Wippermann*, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“? Zur Interpretationsgeschichte des Dritten Reiches, in: Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen, hrsg. v. *Horst Denker/Karl Prümm* (Stuttgart 1976) 9–43; *Andreas Hillgruber*, Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung, in: HZ 226 (1978) 600–621; *Klaus Hildebrand*, Das Dritte Reich (München/Wien 1979) 117–194; *Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen*, Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz (Düsseldorf 1983) vor allem 687–798; *Christoph Cobet* (Hrsg.), Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland nach Hitler 1945–1950 (Frankfurt/M. 1986).

schnell, kritisch und ziemlich schonungslos erforscht hat... Im Vergleich zu den 20er Jahren und z. T. auch im Vergleich zur ausländischen Zeitgeschichtsforschung [stellt sie] ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichtswissenschaft“ dar². In einem anderen Kontext beurteilt Hermann Lübbe die Leistung der westdeutschen Nachkriegshistorie. Für ihn besitzt die gelingende „Rekonstruktion deutscher Staatlichkeit“ oberste Priorität³. Grundvoraussetzung dafür war, daß nach 1945 auf der normativen Ebene die politische und moralische Niederlage der nationalsozialistischen Herrschaft anerkannt wurde, als es darum ging, die Bevölkerung in den neuen demokratischen Staat zu integrieren. Dazu bedurfte es einer gewissen „Zurückhaltung in der öffentlichen Thermatisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten“⁴; verständlich wird, warum in der Etablierungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik „historische oder theoretische Bemühungen exemplatorischer und analytischer Bewältigung des Nationalsozialismus“ nur eine geringe Rolle spielten⁵. Lübbes zentrale These lautet: „Diese gewisse Stille war das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland.“⁶ Da dies erreicht wurde, gibt es keinen Anlaß mehr, die Frage nach der „Bewältigung der Vergangenheit“ zu stellen. Thomas Nipperdey hält sie ohnehin für ein historisch-sinnloses Unterfangen. So wie Lübbe vertritt er die Auffassung, daß die alte „Verdrängungsthese“ von Beginn an „falsch“ war und nunmehr der Zeitpunkt gekommen ist, ein Konzept zu zertrümmern, das von Alexander und Margarete Mitscherlich in den 60er Jahren vorgelegt wurde. Gemeint ist die vielzitierte „Trauerarbeit“, die nicht zuletzt auch darauf abzielte, die Fähigkeit zu entwickeln, die gesellschaftlichen Bedingungen und Verhaltensweisen aufzuarbeiten und zu verändern, die die Realität von Auschwitz ermöglicht haben. Gesellschaftskritik und Veränderung von Sozialverhalten werden von Nipperdey so verstanden⁷: „Die Kritik an der Unfähigkeit zu trauern hat ja bekanntlich nicht mehr Fähigkeit zu trauern erzeugt, was eigentlich das Reale gewesen wäre, sondern was sie erzeugt hat, ist die Fähigkeit zur Anklage.“

Den deutschen Historikern mußte es 1945 schwerfallen, sich und anderen zu erklären, wie es denn eigentlich gewesen war und wie es denn eigentlich weitergehen sollte. In der Regel erlebten und empfanden sie – wie die übergroße Mehrheit der Bevölkerung – den alliierten Sieg über den Nationalsozialismus nicht als Befreiung, sondern als Niederlage, als Katastrophe. Die Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems besiegelte den Untergang des Deutschen Reiches, dem man so lange

² Ernst Schulin, Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg – Ein Vergleich (MS Manuskript – Referat, Berlin Oktober 1985) 8f.

³ Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart. [Abschlußvortrag auf der Intern. Konferenz zur NS-Machtübernahme in Berlin 1983], in: Deutschlands Weg in die Diktatur, hrsg. v. Martin Broszat u. a., (Berlin 1983) 338.

⁴ Ebenda, 335.

⁵ Ebenda, 333.

⁶ Ebenda, 334.

⁷ Ebenda, 370 (Podiumsdiskussion).

gedient hatte⁸. Die katastrophalen Kriegsfolgen, der Verlust der staatlichen Souveränität, die Existenz „fremder“ Besatzungsmächte und die Konfrontation mit den monströsen Verbrechen des Nazi-Regimes lösten eine Identitätskrise und das Gefühl der historisch-politischen Desorientierung aus⁹. Die alliierten Siegermächte fällten ein Urteil über die diskreditierte Historie: der Lehrbetrieb an Universitäten und Höheren Schulen wurde zunächst untersagt, dann behindert. Enge Grenzen waren der privaten Forschungstätigkeit gesetzt: Verbote, Säuberungen und Zerstörungen verschlossen den Zugang zu Archiven und Bibliotheken. Hinzu kam die Zeichnung wissenschaftlicher Arbeit durch persönliche Nöte und Schicksale aller Art. In der Öffentlichkeit stieß die Historie auf Desinteresse und Verachtung. Das zeigte sich auch darin, daß es vorwiegend Literaten, Journalisten und Verleger waren, die die Debatten über die „Bewältigung der Vergangenheit“ führten.

Ratlosigkeit und Bestürzung spiegelten sich in den zeitgenössischen Äußerungen der Historiker wider. Ein Prozeß der Selbstbesinnung setzte ein. Er sollte nicht nur die Voraussetzung für eine weitere, sinnvolle Forschung schaffen, sondern auch dazu beitragen, jene historisch-politischen Traditionen und Wertvorstellungen zu erneuern, „die die Basis für die moralische und psychische Regeneration“ der Nation bilden konnten¹⁰. Eine wirkliche Neuorientierung unterblieb jedoch. Rasch erfolgte eine Restauration, die sich in den Etablierungs- und Konsolidierungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland einfügte.

Auf der personellen Ebene behielten die alten konservativen Repräsentanten das Heft in der Hand. Der greise, fast 85jährige Friedrich Meinecke übernahm die Rolle des Nestors. Der 65jährige Gerhard Ritter meldete bald seinen Führungsanspruch an. Beiden eilte der Ruf voraus, in Opposition zum Nationalsozialismus gestanden zu haben. Ihren Platz in der Historikerzunft nahmen die Geschichtsforscher wieder ein, die im Dritten Reich aus „rassischen“ Gründen ihre Stellungen verloren hatten: Ludwig Dehio und Hans Herzfeld gehörten dazu. Zu ihnen stieß Hans Rothfels, der 1950 aus dem amerikanischen Exil zurückkehrte und zur Legitimationsfigur der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung wurde¹¹. Fast alle anderen emigrierten Historiker lehnten die Rückkehr in das Nachkriegs-Deutschland ab; viele waren erst Jahre später bereit, Einladungen zur Übernahme von Gastprofessuren anzunehmen. Schnell in Vergessenheit gerieten die Mitglieder der NSDAP, die den ersten rigidien Entnazifizierungen zum Opfer fielen. Nur die Eifrigsten verschwanden: Mit ihnen verlor die deutsche Geschichtswissenschaft ihre „völkische“ Tradition¹². Den weniger Lautstarken wurde

⁸ Vgl. hierzu: *Immanuel Geiss*, Die westdeutsche Geschichtsschreibung seit 1945, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 3 (1974) 422ff.

⁹ *Hans Mommsen*, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, hrsg. von *Bernd Faulenbach* (München 1974) 112.

¹⁰ Ebenda, 113.

¹¹ Vgl. dazu *Hans Mommsen*, Geschichtsschreibung und Humanität – Zum Gedenken an Hans Rothfels, in: *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von *Wolfgang Benz* und *Hermann Graml* (Stuttgart 1976) 9–27.

¹² *Georg G. Iggers*, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (München 1971) 327.

bald wieder die Möglichkeit gegeben, an einigen westdeutschen Universitäten und vor allem an den Technischen Hochschulen die wissenschaftliche Karriere fortzusetzen. Das Gros der gemäßigten, parteilosen Historikerunft mußte sich nur wenige Wochen oder Monate gedulden, ehe es wieder an die „gesäuberten“ Universitäten gerufen wurde.

Auf der methodologischen Ebene hielten die Historiker an den tradierten Dogmen des Historismus fest. In seiner programmatischen Schrift über „Die deutsche Katastrophe“, die 1946 nicht ohne Schwierigkeiten die englische Zensur passierte, hob Friedrich Meinecke die Notwendigkeit hervor, das historische Denken und herkömmliche Geschichtsbild einer „gründlichen Revision“ zu unterziehen. Der Revisionsvorschlag beschränkte sich darauf, die „Werte“ und „Unwerte“ der deutschen Geschichte zu scheiden. An den Historiker appellierte er: „Liebe und Strenge zugleich für unsere Vergangenheit zu beweisen und voranzugehen in der Aufgabe, ihre wahren Werte zu erhalten, ihre Unwerte zu erkennen und, wenn es zum Handeln kommt, vor ihnen zu warnen.“¹³ Anders als früher wurde damit nach den Erfahrungen der NS-Zeit der Akzent stärker auf die moralische und politische Verantwortung des Historikers gelegt. Ernst Schulin hat für diese(n) Verschiebung/Wandel nach 1945 den Begriff des „politisch-moralisch gezähmten Historismus“ eingeführt¹⁴. Gerhard Ritter bestimmte dann 1949 Standort und Perspektive der Geschichtswissenschaft, als er mit einem Grundsatzreferat den ersten Historikertag der Nachkriegszeit eröffnete¹⁵. Er entwarf ein umfassendes Reformprogramm und ermahnte die Historiker, ihrer „ersten und eigentlichen Aufgabe“ nicht untreu zu werden – und das „Verstehen“ durch das „Kritisieren“ zu ersetzen. „Ich glaube nicht“, so erklärte er, „daß die Historie irgendwelchen Anlaß hat, diese ihre Haltung grundsätzlich zu verändern.“ Zugleich wies Ritter auf die Verpflichtung hin, sich mit der „jüngsten Vergangenheit“ auseinanderzusetzen. Dabei betonte er die Schwierigkeit, unter der auf uns eintrommelnden ausländischen Propaganda sich auf die Erforschung der „reinen Wahrheit“ zu konzentrieren, „Deutschland aber als das Land, von dem die zentrale Erschütterung unseres Erdteils ausging, hat das unmittelbarste und dringendste Interesse daran, durch Aufklärung der echten Wahrheit sich vom Alb seiner Vergangenheit zu befreien“. Damit war, wie Schulin angemerkt hat, „die allzu trostreiche und illusorische Vorstellung von der möglichst schnellen Bewältigung der jüngsten Vergangenheit ausgesprochen worden, die die Zeitgeschichtsforschung lange beherrschen sollte“¹⁶.

Die Hauptlast der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Zeit wurde nicht von der Universitätshistorie, sondern von einer außeruniversitären Forschungsinstitution getragen – dem Münchner Institut für Zeitgeschichte. Die lange und bewegte Gründungsgeschichte zeigt, welche Hindernisse überwunden werden mußten, um mit der

¹³ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (Wiesbaden 1946) 159.

¹⁴ Ernst Schulin, Rückblicke auf die Entwicklung der Geschichtswissenschaft, in: *Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit*, hrsg. von Eberhard Jäckel und Ernst Weymar (Stuttgart 1975) 15.

¹⁵ HZ 170 (1950) 1–22.

¹⁶ Ernst Schulin, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg* (Manuskript) 3.

Arbeit beginnen zu können¹⁷. Seit Ende 1945 im Gespräch und zunächst als ein „Amt für politische Dokumentation“ konzipiert, scheiterten bis 1950 alle Anläufe an administrativen Kompetenzstreitigkeiten, politischen und wissenschaftlichen Richtungskämpfen und vor allem an ungelösten Finanzproblemen. Noch 1949 suchte die Historikerschaft das Münchner Unternehmen als unwissenschaftlich zu diskreditieren und zu Fall zu bringen: Sie strebte die „schleunige Errichtung eines gut ausgestatteten deutschen Instituts zur zentralen Organisierung zeitgeschichtlicher Forschungen“ an¹⁸. Die Gründe dafür gab Gerhard Ritter auf dem Historikertag von 1949¹⁹: „Aber wie sorgsam, wie wohlüberlegt muß ein solches Institut organisiert werden, damit es nicht zur politischen Verleumdmungszentrale wird! Ohne die leitende Hand eines erfahrenen Fachhistorikers, der Wesentliches vom Nebensächlichen zu scheiden, alle Kraft auf die zentralen Probleme zu lenken versteht und den ein Kollegium ausgesuchter Fachleute unterstützt, geht es nicht. Was bisher von deutschen Länderregierungen zur Gründung eines solchen Forschungsinstituts unternommen wurde (leider ohne Mitwirkung irgendeines Fachhistorikers) blieb finanziell ungesichert. So bedarf es hier eines völligen Neuanfangs, und hinter diesem Verlangen steht die ganze deutsche Historikerschaft.“

Weitere Angriffe folgten; sie blieben ohne Erfolg. Die Konstituierung des Instituts für Zeitgeschichte markierte den „Neuanfang“. Die finanziellen Mittel, die zur materiellen und personellen Ausstattung zur Verfügung gestellt wurden, bewegten sich vorerst noch in engen Grenzen. 1953 – dem Erscheinungsjahr der „Vierteljahrshefte“ – wies der Stellenplan 5 wissenschaftliche Mitarbeiter aus. Erst ab 1955/1956 stabilisierte sich die bis dahin „latent krisenhafte bis katastrophale Haushaltsslage“ des Instituts²⁰, das sich unter der Leitung Helmut Krausnicks und dann Martin Broszats zum führenden Forschungs- und Publikationszentrum der westdeutschen wie ausländischen Zeitgeschichtswissenschaft entwickeln sollte²¹. Ein zweiter Versuch, die Aufarbeitung der NS-Zeit einer außeruniversitären Forschungsinstitution anzuvertrauen, wurde in Hamburg unternommen. Das Unternehmen schlug zunächst fehl. Erst 1960 (re)etablierte sich die kleine, aber effiziente „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus“, die sich mit dem Namen und Wirken ihres langjährigen Leiters Werner Jochmann verbindet²².

¹⁷ Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VJHZG 18 (1970) 529–554.

¹⁸ So in der Entschließung des Historikertages von 1949; in: HZ 169 (1949) 670.

¹⁹ HZ 170 (1950) 19.

²⁰ Wolfgang Benz, Quellen zur Zeitgeschichte, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 3, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte (Stuttgart 1973) 30.

²¹ Vgl. dazu: 25 Jahre Institut für Zeitgeschichte (München 1975).

An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Professor Helmut Krausnick bedanken, der mit einer scharfen und ausführlichen Kritik auf mein Thesenpapier reagierte und dann nach dem Symposium im Institut für Zeitgeschichte lange Gespräche mit mir geführt hat, die zur Klärung einiger Streitpunkte beitrugen.

²² Vgl. Ursula Büttner, Werner Jochmanns Wirken als Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, in: Das Unrechtsregime. Bd. I, hrsg. von Ursula Büttner unter Mitw. v. W. Jobe u. A. Voß. (Hamburg 1986) XV–XXIX.

Die Verspätung in der wissenschaftlichen Erforschung der NS-Zeit wurde von vielen Historikern nicht nur mit dem Hinweis auf den fehlenden Zeitabstand, sondern auch mit dem Hinweis auf die fehlenden Quellen zu erklären versucht. Die archivalischen Restriktionen²³, bedingt durch die enormen Aktenverluste, die zum einen während des Krieges durch Auslagerungen, Luftangriffe und Selbstzerstörungen und zum anderen nach 1945 durch die Konfiskationen der alliierten Siegermächte eingetreten waren, erwiesen sich in der Tat als ein großes Handikap. Schon früh verlangten westdeutsche Historiker und Archivare die schnelle Rückgabe des „verschleppten“ Archivgutes, mit der sie natürlich ein Stück staatlicher Souveränität zurückgewinnen wollten. Gerhard Ritter verband die Forderung auf dem Historikertag von 1949 mit dem Hinweis, daß die Historikerschaft – im Besitz der Akten – schon 1945 in der Lage gewesen wäre, die Arbeit aufzunehmen. Schrittweise wurden die „Beuteakten“ wieder freigegeben – zumindest von den westlichen Bündnispartnern; Anfang der 60er Jahre konnte man in westdeutschen Archiven mit der Sichtung und Auswertung umfassender Aktenbestände beginnen. Die Resultate schlügen sich in der einsetzenden Flut von empirisch abgesicherten Studien und Dokumentationen nieder.

In den ersten Nachkriegsjahren stand nur ein sehr begrenzter Quellenbestand zur Verfügung. Da gab es das publizierte nationalsozialistische Schrifttum – vor allem die Schriften, Reden und Tagebücher von NS-Funktionären sowie die Gesetze und Verordnungen der NS-Behörden. Weitere Zeugnisse fanden sich in den Dokumenten des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses, in ausländischen Publikationen sowie in den Erlebnisberichten und der florierenden Memoirenliteratur. Aus diesen Materialien wurden schnell einige Zeugnisse in den Rang von „historischen Schlüsseldokumenten“ erhoben, an denen sich die Beschreibungs- und Interpretationsmuster orientierten. Unter den Quellensammlungen ragte die Dokumentation des Schweizer Historikers Walther Hofer heraus²⁴. Sie erschien im August 1957 in einer Auflage von 50 000; im August 1961 erreichte sie eine Auflagenhöhe von über 300 000; 1975 waren es doppelt so viel. Die erste, knappe Überblicksdarstellung zur Geschichte des Dritten Reiches legten Hermann Mau und Helmut Krausnick 1953 vor. Auch sie fand eine starke Resonanz: die 5. Auflage von 1961 erreichte eine Höhe von 30 000²⁵. Das Interesse an zusammenfassenden Darstellungen nahm zu: Ende der 50er Jahre lagen die Publikationen von Hans Buchheim, Helga Grebing, Martin Broszat und Hermann Glaser²⁶ vor – sowie die Beiträge von Hans Herzfeld, Walther Hofer und Karl Dietrich Erdmann, die in historischen Handbüchern erschienen²⁷.

²³ Vgl. dazu: Josef Henke, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit, in: VJHZG 30 (1982) 557–620.

²⁴ Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, hrsg. von Walther Hofer (Frankfurt/M. 1957).

²⁵ Sie erschien zuerst als Bestandteil in dem von Peter Rassow herausgegebenen Handbuch „Deutsche Geschichte im Überblick“ (Stuttgart 1953), dann als selbständige Schrift: Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit. 1933–1945 (Tübingen 1956).

²⁶ Hans Buchheim, Das Dritte Reich (München 1958); Helga Grebing, Der Nationalsozialismus (München 1959); Martin Broszat, Der Nationalsozialismus (Stuttgart 1960); Hermann Glaser, Das Dritte Reich (Freiburg 1961).

²⁷ Hans Herzfeld, Die Moderne Welt 1789–1945, Bd. 2 (Braunschweig 1960); Walther Hofer,

Zu einzelnen Themenbereichen:

Am Anfang stand der Versuch nach einer Einordnung des Dritten Reiches in die Geschichte. Diese Standortbestimmung, die sich auch ohne Aktenstudien durchführen ließ, übernahm zwei Aufgaben. Zum einen ging es darum, nach dem Schock über die Katastrophe von 1945 das historische Selbstverständnis wiederzugewinnen. Das setzte die kritische Überprüfung der nationalen Traditionen voraus. Zum anderen kam es darauf an, die Anklagen und Urteile zu widerlegen, die über die deutsche Geschichte gefällt worden waren. Im Westen wie Osten²⁸ waren Thesen propagiert worden, die den Nationalsozialismus als zwangsläufiges Resultat der deutschen Geschichte hinstellten und als Beleg eine lange Kontinuitätslinie oder eine Ahnengalerie nationalsozialistischer „Vorläufer“ konstruierten, die von den mittelalterlichen Kaisern und Martin Luther bis zu Bismarck und Kaiser Wilhelm II. reichte. Gegen diese Ableitungsversuche setzte man sich zur Wehr.

Ein allgemeiner Konsensus bestand darin, die Diskontinuität herauszustellen und den Nationalsozialismus als Bruch der deutschen Geschichte, als Bruch mit ihren Traditionen aufzufassen. Das bedeutete, daß die Wurzeln des Nationalsozialismus weniger in der deutschen als vielmehr in der europäischen Geschichte zu suchen waren. Gerhard Ritter vertrat die These: „Im Kern seines Wesens ist der Nationalsozialismus gar kein originaldeutsches Gewächs, sondern die deutsche Form einer europäischen Erscheinung: des Einparteien- und Führerstaates. Dieser aber läßt sich nicht aus älteren Traditionen erklären, sondern nur aus einer spezifisch modernen Krise, aus der Krise der liberalen Gesellschaft und Staatsform.“²⁹

Diese Krise begann für Ritter mit der Französischen Revolution und ihrem demokratischen Jakobinismus und führte zum allgemeinen „Kulturverfall“. Nicht alle Historiker stimmten dem zu. Ludwig Dehio, der erste Nachkriegsherausgeber der Historischen Zeitschrift, wies auf Kontinuitäten und Zusammenhänge des preußischen und deutschen Machtstaates hin und sah das nationalsozialistische Herrschaftssystem als letzte Übersteigerung des modernen Hegemonialstaates an³⁰. Diese Auffassung stieß auf entschiedenen Widerspruch.

Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: *Brandt-Meyer-Just*, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4.2 (Konstanz 1965). Als Sonderdruck auch: Konstanz 1959/1961. *Karl Dietrich Erdmann*, Die Zeit der Weltkriege, in: *Gebhardt*, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, hrsg. von *Herbert Grundmann* (Stuttgart 1959), Teil C = Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Teil D = Der zweite Weltkrieg.

²⁸ Vgl. dazu *Wippermann*, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“?, 13.

²⁹ *Gerhard Ritter*, Europa und die deutsche Frage (München 1948). Eine überarbeitete Fassung erschien unter dem Titel: Das deutsche Problem (München 1962), in der das Zitat auf S. 23 wieder aufgenommen wurde. Ritter nahm diese Grundthese auch in seine Goerdelerbiographie und tradierte sie über alle Neuauflagen. Zitiert nach *Gerhard Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung (München 1964) 94.

³⁰ *Ludwig Dehio*, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der modernen Staaten geschichte (Krefeld 1948); *ders.*, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert (München 1955); *ders.*, Der Zusammenhang der preußisch-deutschen Geschichte 1640–1945, in: *Alain Clément u.a.*, Gibt es ein deutsches Geschichtsbild? (Würzburg 1961) 65–91.

Anfang der 60er Jahre brach die Diskussion um das Kontinuitätsproblem wieder auf. Sie führte zu einer erbitterten und langen Kontroverse, in der die herrschende Lehrmeinung aufgelöst wurde. Das Verdienst, den historiographischen Wandel eingeleitet zu haben, fällt Fritz Fischer zu.

Schon vor dem Ausbruch der Fischer-Kontroverse zeichnete sich in der Zeitgeschichtsforschung der Trend ab, das Dritte Reich nicht mehr aus der deutschen Geschichte auszugrenzen. Damit begann man auch eine Lehre zu revidieren, die aus der Bruch-Theorie abgeleitet worden war und die sich im Wissenschaftsbetrieb wie in der Öffentlichkeit festgesetzt hatte, nämlich die Auffassung, daß der Nationalsozialismus ein „Zufall“ oder „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte gewesen war. Martin Broszat schrieb 1960³¹: „Die jahrelange Anfälligkeit der deutschen bürgerlichen und geistigen Elite für den Nationalismus, der Grad ihrer geistigen Bestechlichkeit ist ein Indiz dafür, daß Hitler nicht einfach als fataler ‚Zufall‘ der deutschen Geschichte begriffen werden kann, sondern daß hierbei bestimmte, zum Teil weit zurückreichende geistesgeschichtliche Prädispositionen mitwirkten.“

Am 20. Juli 1961 nahm Helmut Krausnick auf dem Evangelischen Kirchentag in Berlin zum Thema „Unser Weg in die Katastrophe von 1945“ Stellung und betonte³²: „Ein weiterer Hauptgrund für die Überprüfung des geistigen und politischen Weges ins Dritte Reich aber liegt in der unabweisbaren Erkenntnis, daß es sich dabei *nicht* um einen bloßen Betriebsunfall der deutschen Geschichte handelt.“

Um Traditions- und Identitätsfragen ging es auch bei der Beschäftigung mit dem Widerstand, der schnell in das Zentrum der Zeitgeschichtsforschung rückte. Das Interesse konzentrierte sich auf die bürgerlich-konservative Opposition, die von hohen Offizieren, Beamten und Kirchenmännern getragen worden war. Die Würdigung dieses Widerstandes entsprang einem politisch-nationalen wie pädagogischen Legitimationsbedürfnis. Mit dem Bild eines „anderen Deutschlands“ suchte man nicht nur die alliierten Verdikte zurückzuweisen und den deutschen Namen wieder aufzuwerten, sondern vor allem auch eine Traditionslinie freizulegen, die dem demokratischen Neubeginn in der Bundesrepublik historische Legitimität und moralische Integrität verleihen sollte. Nicht anders – nur mit umgekehrten Vorzeichen – nahm die DDR die Geschichte des Widerstandes als Vorläufer in Anspruch³³; hier bemühte man sich um die Konstruktion einer ungebrochenen Tradition des kommunistischen Antifaschismus, die von allen Widersprüchen und Abweichungen gesäubert wurde. Das Problem in Westdeutschland lag darin, daß in den „Neuordnungs-Konzeptionen“ der bürgerlich-konservativen Opposition Zielvorstellungen verkündet worden waren, die vom demokratischen Parlamentarismus abwichen. Es wurde „gelöst“, indem man die sittlich-moralischen Antriebskräfte herausstellte. Das drückte sich in den Formeln

³¹ Broszat, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit (Hannover 1960) (Schriftenreihe der niedersächs. Landeszentrale f. polit. Bildung. Zeitgeschichte Heft 8).

³² Der Vortrag ist abgedruckt in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenschrift „Das Parlament“ Nr. 19 vom 9. Mai 1962, Zitat S. 229.

³³ Vgl. dazu Mommsen, Haupttendenzen nach 1945, 119.

vom „Aufstand des Gewissens“, „Vollmacht des Gewissens“ oder „Geist der Freiheit“ aus³⁴.

Richtungsweisend für die Widerstandsforschung waren zwei Werke: Hans Rothfels’ „Deutsche Opposition gegen Hitler“ und Gerhard Ritters „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“.

Rothfels’ Studie erschien 1949 erstmals in deutscher Sprache³⁵. Sie ging auf einen Vortrag zurück, der 1947 zum Gedächtnis des 20. Juli in Chicago gehalten und der ein Jahr später in erweiterter Form veröffentlicht worden war mit dem Ziel, im angelsächsischen Lager „Vorurteile aufzulösen, eine undogmatische Erörterung in Gang zu bringen, fern von aller ‚Mythologisierung‘, und so der historischen Gerechtigkeit Raum zu schaffen“³⁶. An diesem Ausgangspunkt hielt Rothfels in den deutschen Ausgaben fest – ebenso an seiner Absicht, keine Geschichte des Widerstands schreiben, sondern den Widerstand „in bestimmte Sach- und Wertzusammenhänge einordnen“ zu wollen³⁷. Keinen Zweifel ließ er daran, daß er sich bei dieser Aufgabe nicht an dem für ihn ohnehin fragwürdigen Ideal der Wertfreiheit der Geschichtswissenschaft, sondern an unverzichtbaren sittlich-moralischen Prinzipien orientieren würde. Rothfels interpretierte den Widerstand im Dritten Reich als eine „Offenbarung des Menschlichen inmitten aller Unmenschlichkeiten“³⁸, als den „Aufstand des Gewissens“, der „menschliche Freiheit, Verantwortung und Würde“ wiederherzustellen suchte³⁹. Diese Grundwerte sah der konservative Historiker in den staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien des Bismarckreiches verankert. Sein Rekonstruktionsversuch diente dazu, die Widerstandskämpfer, insbesondere die Mitglieder des Kreisauer Kreises, denen er sich besonders verbunden fühlte, als Repräsentanten der alten preußischen Humanität vorzustellen. Von hier aus konnte er den Bogen in die westdeutsche Nachkriegszeit spannen und an eine Tradition anknüpfen, von der er sich die Sicherung und Ausbreitung von Humanität wie die Wiederentdeckung und Rehabilitierung der preußischen Staatsidee erhoffte. Hermann Graml bemerkte dazu⁴⁰: „Wahrlich ein faszinierender Vorgang: Just in dem historischen Augenblick, da der deutsche Osten und Preußen selbst aus der politischen Realität verschwanden, machte sich ein Historiker daran, Potsdam in Westdeutschland neu zu gründen... Hans Rothfels

³⁴ Annedore Leber (Hrsg.), *Das Gewissen entscheidet* (Berlin 1960); *dies.*, *Das Gewissen steht auf* (Berlin 1954); Europäische Publikationen (Hrsg.), *Die Vollmacht des Gewissens*, 2 Bde. (Berlin 1956); Eberhard Zeller, *Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli* (München 1952).

³⁵ Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler* (Krefeld 1949).

³⁶ Zitiert nach Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, eingeleitet v. Hermann Graml (Frankfurt/M. 1986) (Vorwort zur erweiterten Ausgabe von 1969) 16.

³⁷ Ebenda, 15.

³⁸ Hans Rothfels, *Sinn und Aufgabe der Zeitgeschichte*, in: *ders.*, *Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze* (Göttingen 1959) 15f. Vgl. dazu im einzelnen den grundlegenden Aufsatz von Hans Mommsen, *Geschichtsschreibung und Humanität – Zum Gedenken an Hans Rothfels*, in: *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml (Stuttgart 1976) 22f.

³⁹ Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, 20.

⁴⁰ Einleitende Bemerkungen zur Herausgabe von 1986, 10f.

selbst war sich sehr wohl bewußt, daß seine Neugründung mit zahlreichen und einigen schier übermächtigen Rivalen konkurrieren mußte. Es war ihm klar, daß Bonn weder Weimar noch Potsdam sein kann, daß auch Frankfurt, Hamburg oder München der Verpfanzung altpreußischer Traditionen keinen günstigen Boden boten. Meist hat er diese Begrenzung seiner Erfolgssichten mit Gelassenheit hingenommen. Sein letztes und eigentliches Ziel war ja auch nicht die Verpfanzung von Potsdam... Die Repräsentanten der deutschen Opposition als Hüter und Wiederhersteller der Humanität zu verstehen und dieses Verständnis den Lesern so zwingend zu machen, daß sie sich aufgerufen fühlen, dem Beispiel zu folgen, schien ihm in einer Welt, in der auch nach dem Ende der NS-Herrschaft Unmenschlichkeiten aller Art die Nationen zu überwältigen drohen, die wichtigste Aufgabe eines Historikers des Widerstands zu sein.“

So wie Rothfels deutete auch Ritter in seiner Goerdeler-Biographie, die Ende 1954 abgeschlossen wurde, den Widerstand als einen „Aufstand des Gewissens“. Unterschiedlich fiel jedoch die Akzentuierung der Werte aus. Als Repräsentant der national-liberalen Tradition hob Ritter die nationalen Werte hervor und plädierte für ein neues, „gesundes nationales Selbstbewußtsein“. Er erklärte⁴¹: „Wenn wir heute auf den Trümmern des Hitlerreiches uns bemühen, eine neue politische Volksgemeinschaft aufzubauen, so kommt alles darauf an, daß sie nicht wieder eine Gemeinschaft des brutalen nationalen Egoismus, des hemmungslosen, nackten Machtinteresses wird, sondern daß sie den Charakter einer sittlichen Gemeinschaft gewinnt, die sich im Innern aufbaut auf der Achtung vor der Würde und den Freiheitsrechten der menschlichen Persönlichkeit und die im Verkehr mit fremden Nationen auch das Lebensrecht der anderen zu respektieren weiß. Von dieser Einsicht wird auch die historische Be trachtung der deutschen Widerstandsbewegung heute auszugehen haben.“

Noch etwas anderes hob Ritter nachdrücklich hervor, nämlich die Machtlosigkeit der deutschen Opposition, deren „tragisches“ Scheitern gleichsam vorprogrammiert war. Die Gründe lagen für Ritter in den geringen Erfolgssichten, von innen das NS-Regime zum Einsturz zu bringen – selbst ein Tyrannenmord am 20. Juli 1944 wäre keine „wirksame Patentlösung“ gewesen – und in der Unmöglichkeit, gegen die „revolutionäre“ Hitlerbewegung eine „revolutionäre“ Volksbewegung“ in Gang zu setzen⁴². Ritter zog den Schluß, daß die „historische Mission“ der nationalen Opposition nicht darin gelegen habe, eine „Revolution“ zu machen, sondern eine „bürgerliche Ordnung an die Stelle von mörderischer Willkür und ewig gärendem Chaos zu setzen ... Die Träger des Widerstandes durften also nicht Ehrgeizige sein, denen es primär auf die Erringung der Macht ankam, sondern Patrioten, in denen das sittliche Gewissen alle anderen Stimmen übertönte: gewissenhafte, rechtlich gesinnte Idealisten, die bewußt ihr Leben für Freiheit und Ordnung aufs Spiel setzten.“⁴³ Diese Bewertungsmaßstäbe galten nicht für alle Widerstandskämpfer. Als „Landesverräte“ wurden die Mitglieder der „Roten Kapelle“ eingestuft: Sie hatten „mit deutschem Widerstand ...“

⁴¹ Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung (München 1964) 15.

⁴² Ebenda, 14.

⁴³ Ebenda, 13.

nichts zu tun“. Ritter war überzeugt, daß ihr Prozeß vor dem Reichskriegsgericht einwandfrei durchgeführt wurde und „nicht anders als mit einer Massenhinrichtung enden“ konnte⁴⁴. Keinen Platz im nationalen Widerstand konnte es auch für die anderen kommunistischen Widerstandsgruppen geben. Ritter verwies auf die „innere Verwandtschaft“ der beiden totalitären nationalsozialistischen und bolschewistischen Systeme⁴⁵, als er die scharfe Trennungslinie zwischen der bürgerlich-nationalen Opposition und dem kommunistischen Antifaschismus zog.

Die Vergleiche zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus im Sinne der Totalitarismustheorie wurden von westdeutschen Historikern schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit gezogen⁴⁶. Sie ließen sich nahtlos in die Hitlerismus-Vorstellungen integrieren: Beide Konzepte prägten das Bild, das vom NS-Herrschaftssystem entworfen wurde. Das NS-Regime erschien als ein monolithischer Block: hierarchisch strukturiert, rational durchorganisiert und einzige und allein durch die Omnipotenz des „Führers“ zusammengehalten. Politik und Verbrechen des Dritten Reiches resultierten aus dem machiavellistischen Machtstreben und der Dämonie Hitlers. Terror und Indoktrination erzwangen die Unterwerfung der Bevölkerung. Die starke Hervorhebung der monolithisch-totalitären Züge des NS-Regimes⁴⁷ versperrte den Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Mechanismen, die zur Durchsetzung des Nationalsozialismus geführt hatten. Sie erleichterte es, den Nationalsozialismus mit dem Kommunismus gleichzusetzen. Die Identifizierung diente dazu, den sich in der Phase des Kalten Krieges ausbreitenden Antikommunismus „wissenschaftlich“ abzusichern. Dieses Bedürfnis nahm ab, als sich das Ost-West-Verhältnis entspannte. Die Studien Karl Dietrich Brachers und das Sammelwerk mit Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz zur nationalsozialistischen Machtergreifung signalisierten die Modifizierung der Totalitarismustheorie⁴⁸. Sie führten zugleich politologische, strukturgeschichtliche Betrachtungsweisen ein und leiteten damit einen Forschungstrend ein, der von Martin Broszat und anderen weiter vorangetrieben wurde. Die neuen, empirisch abgesicherten Untersuchungen zertrümmerten die monolithische Interpretation. Sie zeichneten das Bild eines Herrschaftsgefüges nach, das von mehreren „Machtsäulen“ getragen wurde, die, ineinander verzahnt, sich nicht selten bekämpften und blockierten. Als Bestandteile dieser dynamischen und komplizierten „Polykratie“⁴⁹ erschienen Hitler, NS-Führungsspitze, SS und Massenpartei sowie Staatsbürokratie, Wirtschaft, Militär, Kirchen und Wissenschaft. Herausgestellt wurde das „Bündnis“ zwischen Nationalsozialismus

⁴⁴ Ebenda, 108.

⁴⁵ Ebenda, 111.

⁴⁶ Vgl. Wippermann, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“?, 14 f. und 23 ff.

⁴⁷ Vgl. Mommsen, Haupttendenzen nach 1945, 119 f.

⁴⁸ Karl Dietrich Bracher, Stufen totalitärer Gleichstellung. Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/1934, in: VJHZG 4 (1956) 30–42; Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (Köln 1960).

⁴⁹ Vgl. dazu Martin Broszat, Der Staat Hitlers (München 1969); Peter Hüttnerberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976) 417–442; sowie Hildebrand, Das Dritte Reich, 162 f.

und alten sozial-konservativen Eliten, das dem System Funktionsfähigkeit, Effizienz und Dynamik sicherte.

Bei aller Dominanz, die dem Hitlerismus eingeräumt wurde, überrascht das Fehlen einer großen Hitler-Biographie. Für den „Ersatz“ sorgte die klassische Studie Alan Bullocks⁵⁰, 1960 legte Helmut Heiber die erste kleinere, wissenschaftliche Biographie vor⁵¹. Auf die Notwendigkeit und Bedeutung einer Hitler-Biographie wies ein Jahr später Waldemar Besson hin, als er sie zur wichtigsten „Aufgabe einer Geschichte des Nationalsozialismus“ deklarierte⁵². Die Erfüllung dieses Auftrages ließ noch etwas auf sich warten. In den folgenden Jahren erschienen zwar eine ganze Reihe biographischer Arbeiten, die vor dem Hintergrund der sog. „Hitlerwelle“ die Nachfrage deckten, aber erst mit dem Werk von Joachim Fest verfügte die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung über eine umfassende Hitler-Biographie⁵³.

Wenig wurde über die NSDAP geschrieben. Die erste, kleine Überblicksdarstellung von W. Schäfer lag 1956 vor⁵⁴. 1960 erschienen die Beiträge von Werner Jochmann und Martin Broszat, die sich mit der „Kampfzeit“ der Partei befaßten⁵⁵. Die Literatur über die SS hielt sich ebenso in engen Grenzen. K. O. Paetel und vor allem H. Buchheim wandten sich diesem Themenkomplex zu⁵⁶. Die erste, knappe Überblicksdarstellung von E. Neuß-Hunkel kam 1956 heraus⁵⁷. Wenig wurde auch über andere Themen nationalsozialistischer Innenpolitik geforscht. Verlauf und Hintergründe des „Röhmputschs“ wurden aufgedeckt⁵⁸. Ende der 50er Jahre lenkten Martin Broszat und Hubert Schorn den Blick auf die Rolle der Justiz⁵⁹; A. Klönne schrieb eine Geschichte der Hitlerjugend⁶⁰; für die Publizistik lag die frühe Untersuchung von Walter Hagemann aus dem Jahre 1948 vor⁶¹.

⁵⁰ Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannie (Englische Erstausgabe London 1952, Königstein 1977).

⁵¹ Helmut Heiber, Adolf Hitler. Eine Biographie (Berlin 1960).

⁵² Waldemar Besson, Neuere Literatur zur Geschichte des Nationalsozialismus, in: VJHZG 9 (1961) 329.

⁵³ Joachim Fest, Hitler. Eine Biographie (Berlin/Frankfurt/M. 1973).

⁵⁴ Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches (Hannover 1956).

⁵⁵ Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919 (Frankfurt/1960); Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926–1927, in: VJHZG 8 (1960) 85–118.

⁵⁶ Karl Otto Paetel, Die SS. Ein Beitrag zur Soziologie des Nationalsozialismus, in: VJHZG 2 (1954) 1–32; Hans Buchheim, Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches, in: VJHZG 3 (1955) 127–157. Ferner erschienen u.a.: Hans-Joachim Neufeldt u.a., Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936–1945 (Koblenz 1957); Hans-Günther Seraphim, SS-Verfügungstruppe und Wehrmacht, in: Wehrwiss. Rundschau 5 (1955) 569–585.

⁵⁷ Ermenbild Neuß-Hunkel, Die SS (Hannover 1956).

⁵⁸ Hermann Mau, Die zweite Revolution – Der 30. Juni 1934; in: VJHZG 1 (1953) 119–137; Helmut Krausnick, Der 30. Juni 1934, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“ v. 30.6.1954. B25, 4 Bl.

⁵⁹ Martin Broszat, Zur Perversion der Strafjustiz im Dritten Reich, in: VJHZG 6 (1958) 390–443; Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich (Frankfurt/M. 1959).

⁶⁰ Arno Klönne, Hitlerjugend (Frankfurt/M. 1955).

⁶¹ Walter Hagemann, Publizistik im Dritten Reich (Hamburg 1948).

Wenig Neigung bestand, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Nationalsozialismus aufzuhellen. Das änderte sich erst, als diese Frage in das Zentrum der Faschismustheorie-Debatte rückte. Bis dahin stützte man sich auf Rechtfertigungsschriften nationalsozialistischer Kronzeugen – wie Hjalmar Schacht –, zog Untersuchungen zu Rate, die im Ausland entstanden waren, oder griff auf ein paar westdeutsche Beiträge zurück, die sich vorwiegend auf die Rolle Hitlers konzentrierten⁶².

Schon früh wandte man sich der Diplomatie- und Kriegsgeschichte zu, Gebieten, die von jeher zu den bevorzugten Themen der Geschichtswissenschaft gehörten – und sich mit den traditionellen Methoden bearbeiten ließen. Vornehmstes Ziel der historischen Aufklärungsarbeit war, den Weg in die Katastrophe aufzuhellen und sicherzustellen, daß es an der Kriegsschuld Deutschlands nichts zu rütteln und keinen Anlaß gab, eine neue Dolchstoßlegende in die Welt zu setzen. Damit wurde eine Grundposition bezogen, die sich deutlich von der nach 1918 unterschied. Der Hitlerismus legte sich über die Beschreibungs- und Interpretationsmuster. Die Fixierung auf Hitler – die Herausstellung seines machiavellistischen Machtstrebens und die Kritik an seinen politischen und militärischen Fehlentscheidungen – erlaubten es, Rolle und Verantwortlichkeit der politischen und militärischen Leitinstanzen des NS-Regimes auszugrenzen oder herunterzuspielen.

Auf Nürnberger Prozeßakten beruhte die Aufklärungsschrift, die der Diplomat Heinz Holldack – ein Schüler von Erich Marcks und Friedrich Meinecke – unter dem Titel „Was wirklich geschah“ 1949 herausgab⁶³. Drei Jahre später kamen „Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42“ heraus⁶⁴. 1950 begann die Edition der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“, an der Hans Rothfels führend beteiligt war⁶⁵. Mit der diplomatischen Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs befaßten sich vor allem S. A. Kaehler und Rudolf Stadelmann⁶⁶. Angeregt durch Percy Ernst Schramm machten sich Hans Adolf Jacobsen, Andreas Hillgruber und andere an die Beschreibung und Dokumentation der außenpolitischen und militärischen Ereignisse⁶⁷.

⁶² Beispielhaft hierfür: *Wilhelm Treue*, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: VJHZG 3 (1955) 184–210; *Paul Kluge*, Hitler und das Volkswagenprojekt, in: VJHZG 8 (1960) 341–383; *Gerhard Meinck*, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933–1937 (Wiesbaden 1957).

⁶³ München.

⁶⁴ Hrsg. v. *Gerhard Ritter* (Bonn 1951).

⁶⁵ Serie D 1937–1941.

⁶⁶ *Siegfried August Kaehler*, Zur diplomatischen Vorgeschichte des Kriegsausbruchs vom 1. IX. 1939, in: Nachr. d. Akad. d. Wiss. in Göttingen, Phil. Hist. Klasse 1949, Nr. 1; *ders.*, Zwei deutsche Bündnisangebote an England 1889 und 1939, ebenda 1949; *Rudolf Stadelmann*, Deutschland und England am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, in: Festschrift für Gerhard Ritter (Tübingen 1950).

⁶⁷ *Andreas Hillgruber*, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu (Wiesbaden 1954); *Hans-Adolf Jacobsen*, Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940 (Göttingen 1956); *ders.*, Der Fall Gelb (Wiesbaden 1957); *ders.*, 1939–1945 Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten (Darmstadt 1959); *Walther Hofer*, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939 (Stuttgart 1954).

Vorstöße zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Besatzungspolitik wurden unternommen. In Tübingen bemühte sich ein „Institut für Besetzungsfragen“ um die Sammlung und Edierung von Materialien. Siegfried A. Kaehler skizzierte „Geschichtsbild und Europapolitik des Nationalsozialismus“⁶⁸; Paul Kluge behandelte die „Nationalsozialistische Europapolitik“⁶⁹, Hans-Dietrich Lüök untersuchte die „Großgermanische Politik im Dritten Reich“ und lenkte den Blick auf die Geschehnisse in Norwegen und in den Niederlanden⁷⁰. Dokumentationen in den „Vierteljahrsschriften“ legten Zeugnis über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in den besetzten Ostgebieten ab. 1961 erschien Martin Broszats richtungsweisende Studie zur nationalsozialistischen Polenpolitik⁷¹.

Gleichwohl blieben noch historische Legenden am Leben, die hohe Offiziere, Diplomaten und andere in ihren „Memoiren“ oder vor den alliierten Gerichtstribunalen verbreitet hatten. Gelegentlich tauchten in historischen Kreisen Thesen auf, die im Dritten Reich verkündet und von Neonazis weiter tradiert worden waren. So rechtfertigte Walther Hubatsch nicht nur die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, sondern auch die militärische Besetzung Dänemarks und Norwegens⁷². Hellmuth Rössler schob den Engländern und Polen die Hauptschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu⁷³. Für Furore sorgten für kurze Zeit Apologien ausländischer Autoren. Scharf wurden die Geschichtsfälschungen des Amerikaners David Hoggan zurückgewiesen. Auf Kritik und Ablehnung stießen die Thesen des renommierten englischen Historikers A. J. P. Taylor, der die Kontinuität in der „Revisionspolitik“ Stresemanns und Hitlers entdeckte und darüber hinaus die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges allen am Geschehen beteiligten Staaten in die Schuhe schob⁷⁴. Eine zweite – und für den Gang der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung entscheidende Debatte – entzündete sich an der These Hugh R. Trevor-Ropers, der 1960 auf die Kontinuität und Konsistenz von „Hitlers Kriegszielen“ hinwies und mit besonderem Nachdruck das Fernziel der hegemonialen Lebensraum-Politik im Osten herausstellte⁷⁵. Der Ansatz wurde aufgenommen; er schlug sich schnell in den Darstellungen und Diskussionen über das „Programm“ und den „Stufenplan“ nationalsozialistischer Außen- und Expansionspolitik nieder.

Keinen Anlaß sah man, sich mit der Wissenschaft – und speziell mit der Rolle der Geschichtswissenschaft im Dritten Reich – auseinanderzusetzen. Unmittelbar nach Kriegsende war die Bereitschaft zur kritischen Selbstüberprüfung noch vorhanden ge-

⁶⁸ In: Die Sammlung, 9. Jg. 7/8 Heft 1954.

⁶⁹ In: VJHZG 3 (1955) 240–279.

⁷⁰ In: VJHZG 8 (1960) 37–63.

⁷¹ Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945 (Stuttgart 1961).

⁷² Walther Hubatsch, „Weserübung“. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen (Göttingen 1960). Vgl. dazu auch Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, 447 ff.

⁷³ Hellmuth Rössler, Deutsche Geschichte (Gütersloh 1961).

⁷⁴ Vgl. dazu Gotthard Jasper, Über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs; Zu den Büchern von Alan John Percival Taylor und David L. Hoggan, in: VJHZG 10 (1962) 311–340.

⁷⁵ Hugh Redwald Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, in: VJHZG 8 (1960) 121–133.

wesen. Auf dem Historikertag von 1949 verlangte Gerhard Ritter, sich nicht mehr mit überflüssigen „Versuchen nachträglicher Selbstanklage oder Selbstrechtfertigung“ aufzuhalten⁷⁶. Er hatte schon Ende 1945 die Leitlinie abgesteckt, als er der Professorenschaft attestierte, daß sie sich – von unrühmlichen Ausnahmen abgesehen – dem Einfluß der Nationalsozialisten weitgehend entzogen und sich in ihrer Arbeit an den Maßstäben der wissenschaftlichen Objektivität orientiert hätte⁷⁷. Hans Rothfels und Theodor Schieder bestätigten diese Auffassung⁷⁸. Erst das monumentale Werk Helmut Heibers über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“, 1958 begonnen und 1966 veröffentlicht, sowie Karl Ferdinand Werners Studie „Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft“⁷⁹ markierten die Wende zu einer kritischen Aufarbeitung. Für Manfred Funke waren die Antworten nach 1945 deshalb so unbefriedigend und zaghaft, „weil sich bei der Wahrheitssuche dem Wissenschaftler eine tiefe Scham entgegenstellte: Nämlich die Erkenntnis, daß man sich in Allianzen mit Hitler von diesem zumindest zeitweilig das überkommene Kultur-, Lebens- und Wissenschaftsverständnis gewährleisten ließ. Und dies im doch sich rasch aufzwingenden Wissen, daß das NS-System antibürgerlich, antiwissenschaftlich, bildungsfeindlich und in seinem Rassismus zutiefst inhuman war.“⁸⁰

Es konnte dann wohl auch nicht von den Nachkriegshistorikern erwartet werden, daß sie sich an die schnelle Erforschung eines Themenbereiches heranwagten, der zu den Grundzielen und zentralen Verbrechenskomplexen des NS-Systems gehörte, nämlich der Verfolgung und Vernichtung der Juden. Dafür gab es Gründe⁸¹. Für den kleinen Kreis derer, die sich im Dritten Reich als NS-Apologeten oder Autoren jüdenfeindlicher Traktate ausgezeichnet hatten, verbot sich nach Auschwitz jede öffentliche Stellungnahme von selbst. Der großen Mehrheit, die den Rassenfanatismus abgelehnt hatte, mußte es schwerfallen, ein Thema aufzugreifen, das sich jeder historischen Erfahrung entzog. Hinzu kam: Die deutschen Historiker waren von jeher weder in der

⁷⁶ Vgl. Anm. 19.

⁷⁷ Gerhard Ritter, Der deutsche Professor im Dritten Reich, in: *Die Gegenwart* 1, No. 1, 24 (Dezember 1945) 23–26; ders., Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: *GWU* 1 (1950) 81–86, 129–137; ders., Die Fälschung des deutschen Geschichtsbildes im Hitlerreich, in: *Deutsche Rundschau* 70 (1947).

⁷⁸ Rothfels, Die deutsche Opposition, 50; ders., Deutsche Geschichtswissenschaft in den 30er Jahren, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, hrsg. von Andreas Flitner (Tübingen 1965) 90–107; Theodor Schieder, Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der Historischen Zeitschrift, in: *HZ* 189 (1959) 1–104. Vgl. dazu Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, 318 ff.

⁷⁹ Stuttgart 1967.

⁸⁰ Manfred Funke, Universität und Zeitgeist im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenschrift „Das Parlament“ B12/86, 22.3.1986, 14.

⁸¹ Vgl. dazu im einzelnen Konrad Kwiet, Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: *MGM* 27 (1980) 144–192, sowie O. D. Kulka, Major Trends and Tendencies in German Historiography on National Socialism and the „Jewish Question“ (1924–1984), in: *Year Book of the Leo Baeck Institute XXX* (1985) 215–242.

Lage noch willens gewesen, Bereiche der Judenverfolgung, des Antisemitismus und der deutsch-jüdischen Geschichte in den Kanon der erforschungswürdigen Gegenstände zu erheben. Und schließlich: Die Auseinandersetzung mit der „Judenfrage“ implizierte die Frage nach den eigenen Einstellungen und Verhaltensweisen. Die meisten Historiker hatten – so wie große Teile der nationalkonservativen Führungselen – die Existenz einer „Judenfrage“ in Deutschland nicht bestritten und die Auffassung vertreten, daß sie einer „Lösung“ bedürfe⁸². Spontane und offene Proteste waren ausgeblieben, als Fachkollegen aus „rassischen“ und/oder politischen Gründen aus Gesellschaft und Wissenschaft vertrieben wurden⁸³. Nur in der privaten Sphäre hatten sich vereinzelt Äußerungen des Unmuts und der Empörung niedergeschlagen. Stillschweigend waren dann soziale Ausgrenzung und – ab Herbst 1941 – Abtransport der Juden hingenommen worden. Nach 1945 zeigten sich die Historiker betroffen und über den Judenmord entsetzt. Gleichwohl läßt sich die These aufstellen, daß es ihnen angesichts der vielbeklagten „deutschen Katastrophe“ ratsamer erschien, die Erforschung der „jüdischen Katastrophe“ den unmittelbar Betroffenen, den Juden selbst, zu überlassen.

Hinter dem Schutzschild einer offensichtlich nur als mittelbar empfundenen Betroffenheit glaubten sie der Verantwortung enthoben zu sein, selbst Rechenschaft über eine Gesellschaft zu geben, die die „Judenfrage“ gestellt – und in Auschwitz gelöst hatte. Mit wenigen Sätzen ging Friedrich Meinecke 1946 in seiner Schrift über die „Deutsche Katastrophe“ auf die „Judenfrage“ ein. Die Betrachtungen erschöpften sich in der Verwerfung des nationalsozialistischen Antisemitismus und in der Klage, daß „in den Gaskammern der Konzentrationslager … der letzte Hauch christlich-abendländischer Gesittung und Menschlichkeit“⁸⁴ erstarb sowie in Rückblicken, die noch immer von altvertrauten Ressentiments gegenüber den Juden durchzogen waren⁸⁵.

Auskunft über die Verfolgung gaben die alliierten Kriegsverbrecherprozesse und die Flut der Zeitzeugenberichte. Nach der Befreiung aus dem KZ Buchenwald schrieb Eugen Kogon seinen Bericht „Der SS-Staat“ nieder, in dem er den Versuch unternahm, die Erfahrung der Lagerhaft mit einer wissenschaftlichen Analyse über „das System der Konzentrationslager“ zu verbinden. Die Publikation – 1946 erschienen – erreichte hohe Auflagenziffern und gilt noch heute als ein unübertroffenes Standardwerk. 1949 legten Alexander Mitscherlich und Friedrich Mielke die Dokumentation „Wissenschaft ohne Menschlichkeit“ vor, die ebenso eine starke Resonanz fand und 1960 unter dem Titel „Medizin ohne Menschlichkeit“ neu herausgegeben wurde.

Erste Impulse zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung gingen vom Institut für Zeitgeschichte aus. Auch hier dominierten zunächst dokumentarische Nachweise. Hans Rothfels edierte 1953 – in der ersten Num-

⁸² Vgl. Reinhard Rürup, Das Ende der Emmanzipation, in: Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, hrsg. von Arnold Paucker (Tübingen 1986) 100.

⁸³ Iggers, Die deutschen Historiker in der Emigration, in: Geschichtswissenschaft in Deutschland, 97–111.

⁸⁴ Meinecke, Die deutsche Katastrophe, 125.

⁸⁵ Ebenda, 29, 53.

mer der „Vierteljahrshefte“ – den Augenzeugenbericht des SS-Offiziers Kurt Gerstein über die Massenvergasungen⁸⁶; 1959 folgte seine Dokumentation „Zur Umsiedlung der Juden im Generalgouvernement“⁸⁷. Helmut Heiber edierte Akten über den Gauleiter Kube und die SS-Einsatzgruppen im besetzten Rußland⁸⁸. 1959 erschienen die von Martin Broszat herausgegebenen autobiographischen Aufzeichnungen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höss⁸⁹. Zwei Jahre später folgten die Aufzeichnungen des Dr. Lösener, des „Judenreferenten“ des Reichsinnenministeriums⁹⁰. Aus der Feder Hermann Gramls stammte die kleine Studie, die Licht auf das Judenpogrom vom November 1938 warf⁹¹. Spät kam die erste, knappe Überblickdarstellung eines westdeutschen Historikers zur Geschichte der Judenverfolgung im Dritten Reich heraus: Wolfgang Scheffler legte sie 1960 vor⁹².

Zu diesen westdeutschen Publikationen gesellten sich die Beiträge jüdischer Autoren: nur eine Handvoll wurde in der Bundesrepublik verfaßt. Hans Lamm promovierte 1951 in Erlangen mit einer Arbeit „Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich“ zum Doktor der Philosophie; Leon Poliakov und Josef Wulf brachten 1955 ihre Quellensammlung „Das Dritte Reich und die Juden“ heraus⁹³; im gleichen Jahr erschien H. G. Adlers Werk über Theresienstadt. Der Dokumentenband folgte 1958⁹⁴. Dokumentations- und Forschungszentren wurden im Ausland aufgebaut. Die Erfahrungen der Leidenszeit bestimmten die Rückschau, im Mittelpunkt standen Dokumentation und Beschreibung des Verfolgungs- und Vernichtungsprozesses. Sie schlügen sich in einer Flut von Erlebnisberichten und Einzel darstellungen sowie in einigen Überblickswerken nieder: Gerald Reitlingers „Final Solution“ lag 1956 in deutscher Übersetzung vor⁹⁵. Im Ausland – und fast ausschließlich von Emigranten – wurden die Arbeiten geschrieben, die sich mit der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland befaßten⁹⁶. Das Hauptaugenmerk richtete sich zunächst nur auf den Zeitraum vor 1933: kein Emigrant nahm in den Nachkriegsjahren das Thema der Judenvernichtung auf.

Antisemitismus und Judenverfolgung rückten Anfang der 60er Jahre in das Blickfeld der westdeutschen Öffentlichkeit. Das geschah vor dem Hintergrund der Juden-

⁸⁶ Augenzeugenberichte zu den Massenvergasungen, in: VJHZG 1 (1953) 177–194.

⁸⁷ Zur „Umsiedlung“ der Juden im GG, in: VJHZG 7 (1959) 333–336.

⁸⁸ Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: VJHZG 4 (1956) 184–210.

⁸⁹ R. Höss, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Eingel. und kommentiert von Martin Broszat (Stuttgart 1959).

⁹⁰ Walter Strauß, Das Reichsministerium des Inneren und die Judengesetzgebung. Aufzeichnungen von Dr. Bernhard Lösener, in: VJHZG 9 (1961) 262–313.

⁹¹ Hermann Graml, Der 9. November 1938 (Bonn 1958).

⁹² Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich. 1933 bis 1945 (Berlin 1960).

⁹³ Berlin 1955.

⁹⁴ Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft (Tübingen 1955); Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente (Tübingen 1958).

⁹⁵ Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945 (Frankfurt 1956, 4. Auflage 1961. Englische Erstausgabe London 1953).

⁹⁶ Vgl. dazu Kulka, German Historiography, 223 f.

mordprozesse, antisemitischer Ausschreitungen und des Jerusalemer Eichmann-Tribunals. Eine Aufklärungskampagne setzte ein, die aber nicht nur positive Wirkungen hatte, sondern allzuschnell auch eine gewisse Immunisierung der Bevölkerung erzeugte. Ausstellungen und Kirchentagsdiskussionen wurden organisiert, Mahn- und Gedenkbücher veröffentlicht. Man begann, Schulbücher und Geschichtsunterricht zu revidieren und an einigen Universitäten Vorkehrungen zu treffen, die bis dahin fast völlig ausgeklammerten Themenbereiche in das Lehr- und Forschungsprogramm mit aufzunehmen. Gleichzeitig vollzog sich an den Universitäten eine personelle Wachablösung, eine jüngere Historikergeneration etablierte sich und leitete die Emanzipation von den traditionellen Themen und Methoden der Geschichtsschreibung ein. Seit Anfang der 60er Jahre stieg die Zahl westdeutscher Historiker, die sich mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung befaßten. Trotz aller Bemühungen blieben empirische Detailaufhellung und Theoriebildung fragmentarisch und unbefriedigend. Dies galt nicht nur für die Aufdeckung des konkret-historischen Entscheidungsprozesses oder die Absicherung einer überzeugenden Interpretation der Judenvernichtung, sondern vor allem auch für die Fragen nach der Verantwortung der Gesellschaft und den Verhaltensweisen der Juden. Erst in jüngster Zeit wandte man sich diesen zentralen Fragestellungen zu.

In der Öffentlichkeit hat die historische Aufklärungsarbeit der Zeitgeschichtsforschung wenig Anerkennung und Resonanz gefunden. Sie vermochte weder das allgemeine Defizit an historischem Wissen über das Dritte Reich und die Judenverfolgung abzubauen, noch den vielfältigen apologetischen Spekulationen und historischen Legenden, geschweige denn den antisemitischen Bewußtseinshaltungen und Vorfällen einen Riegel vorzuschieben. Es bedurfte offensichtlich erst der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, um im Januar 1979 die Verfolgung und Vernichtung der Juden zum „Thema der Nation“ zu erheben und emotionale Reaktionen freizusetzen, mit denen man schon den großen Durchbruch zu beweisen suchte. Nach „Holocaust“ folgte „Shoah“. Zweifel sind angebracht, ob diese Medieneignisse langfristige Bewußtseinsveränderungen ausgelöst haben. Die etablierte Geschichtswissenschaft geriet unversehens in das Schußfeld der Kritik, „jahrelang an den Interessen und Bedürfnissen der Öffentlichkeit vorbeigelebt zu haben“⁹⁷. Der Vorwurf übersah, daß die westdeutsche Gesellschaft selbst über Jahre hinweg Interessen und Bedürfnisse entwickelt und artikuliert hat, die die Aufnahme solcher Forschungsergebnisse ausschlossen. Gespannt darf man auf den Ausgang des „Historikerstreits“ sein, der gegenwärtig in der Bundesrepublik ausgetragen wird und der zeigt, wie schwer den Historikern noch immer der „Umgang“ mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und speziell mit dem deutschen Judenmord fällt.

⁹⁷ So Heinz Höhne, Schwarzer Freitag für die Historiker, in: Der Spiegel, Nr. 5, 33. Jg., 29.1.1979, 22. Vgl. dazu Martin Broszat, „Holocaust“ und die Geschichtswissenschaft, in: VJHZG 27 (1979) 285–298.

Gerhard Lozek

Die deutsche Geschichte 1917/18 bis 1945 in der Forschung der DDR (1945 bis Ende der sechziger Jahre)

Der Geschichtsabschnitt von 1917/18 bis 1945 fand in der Geschichtswissenschaft der DDR von Anfang an besondere Aufmerksamkeit aufgrund seiner höchst aktuellen, unmittelbar in das Gegenwartsgeschehen hineinwirkenden historischen Erfahrungen vor allem zweier von Deutschland aus gegangener Weltkriege. Die spezifischen Probleme der Forschung, Lehre und Publikation zu dieser historischen Periode sind jedoch – wie zu anderen partiellen Entwicklungen auch – nur im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft und ihrer unmittelbaren Vorgeschichte zu verstehen. Das war bekanntlich ein Aufbruch zu neuen Ufern, ein Aufbruch, dessen geistige Voraussetzungen allerdings schon vor 1945 vor allem im antifaschistischen Wirken der KPD und anderer demokratischer Kräfte geschaffen worden waren¹.

Die Geschichtswissenschaft der DDR durchlief bis Ende der 60er Jahre drei Entwicklungsphasen: von 1945 bis zu Beginn der 50er Jahre die Phase ihrer Grundleitung; in den 50er Jahren die Phase ihrer eigentlichen Konstituierung; in den 60er Jahren die Phase ihrer Konsolidierung, in der sich ihre normalen „Reproduktionsmechanismen“ entfalten und schließlich dauerhaft wirksam werden konnten². Dies gilt im wesentlichen auch für den hier interessierenden geschichtswissenschaftlichen Teilbereich. Daraus resultiert aber auch, daß das im Generalthema des Kolloquiums als Zäsur gesetzte Jahr 1965 für die Forschungen zur deutschen Geschichte von 1917/18 bis 1945 in der Historiographiegeschichte der DDR keinen Entwicklungseinschnitt darstellt; dieser Einschnitt liegt Ende der 60er Jahre.

Die historiographiegeschichtliche Forschung der DDR hat die genannten Etappen bislang noch unterschiedlich aufgearbeitet. Für die erste Etappe beschränken sich die bisherigen Untersuchungen auf den Neubeginn 1945/46 sowie auf einige Studien zur

¹ Vgl. Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution (Berlin 1970) 27–155; im folgenden zitiert: Berthold, Marxistisches Geschichtsbild.

² Vgl. Werner Berthold, Zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft zu einer voll entfalteten wissenschaftlichen Spezialdisziplin, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im folgenden: BzG) 26 (1984) 13–24; Walter Schmidt, Zur Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart, in: BzG 27 (1985) 614–633.

Universitätsgeschichte³. Am gründlichsten erforscht sind die 50er Jahre⁴. Noch im Anfangsstadium stehen die Studien zu den 60er Jahren. Eine allgemeine Orientierungsgrundlage bieten die anlässlich der Welthistorikerkongresse in Stockholm (1960), Moskau (1970) und Bukarest (1980) veröffentlichten Sonderbände der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, die thematisch gegliederte Übersichten zu den historischen Forschungen in der DDR im jeweils vorangegangenen Jahrzehnt enthalten.

Im Zeitraum von 1945 bis Anfang der 50er Jahre, der Grundlegungsphase der marxistischen Geschichtswissenschaft, gab es noch keine systematischen Forschungen zur deutschen Geschichte nach 1918. Nach der Entfernung aller aktiven Träger der faschistischen Ideologie aus dem Schul- und Hochschulwesen sowie anderen wissenschaftlichen Einrichtungen lag das Schwergewicht auf der Erarbeitung und Einführung neuer Lehrprogramme⁵, die sich konsequent mit den Wurzeln und dem Wesen des deutschen Faschismus auseinandersetzen, die Schwächen der Weimarer Republik verdeutlichten und sich auf das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes hin orientierten.

Dies geschah im engen Zusammenwirken von Marxisten und Nichtmarxisten. Im akademischen Wissenschaftsbetrieb dominierten in jenen Jahren die nichtmarxistischen Historiker. Die meisten von ihnen vertraten einen von bürgerlich-humanistischen Überzeugungen geprägten antifaschistischen Standpunkt. Einige waren in der Folgezeit nicht bereit, den neuen gesellschaftlichen Weg mitzugehen, sie verließen zu meist die sowjetische Besatzungszone. Viele aber blieben und nahmen tatkräftig an der Neugestaltung des Bildungswesens und des Wissenschaftsbetriebes teil; sie leisteten Bedeutendes beim Aufbau geschichtswissenschaftlicher Institute, Archive und Bi-

³ Vgl. Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, 156–205; Werner Mädgefau, Zum Kampf um eine neue Geschichtswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: WZ der FSU Jena 15 (1966) 63–77; Günter Katsch, Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaft an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: WZ der KMU Leipzig 31 (1982) 544–558; Christian Christ-Thilo, Die Etablierung der Wirtschaftsgeschichte als eine marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität durch Jürgen Kuczynski (1946–1956), in: Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 10 (1984) 9–56.

⁴ Die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft im angegebenen Zeitraum ist Gegenstand von fünf Dissertations- und zwei Habilitationsschriften: Helmut Heinz über die Phase von Mitte 1950 bis Mitte 1952 (Berlin 1977), im folgenden zitiert: Heinz, DDR-Geschichtswissenschaft 1950/52; Horst Haun über die Phase von Mitte 1952 bis Anfang 1954 (Berlin 1978); Uwe Fischer zur Rolle des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes. 1952 bis Mitte 1955 (Berlin 1981), im folgenden zitiert: Fischer, Autorenkollektiv 1952/55; Horst Helas zur Rolle dieses Autorenkollektivs von Mitte 1955 bis Mitte 1958 (Berlin 1985), im folgenden zitiert: Helas, Autorenkollektiv 1955/58; Carola Seiler zur Herausbildung der Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständige Teildisziplin in der zweiten Hälfte der 50er Jahre (Berlin 1986), im folgenden zitiert: Seiler, Geschichte der Arbeiterbewegung; Horst Haun zur Entstehung und Gründung der Deutschen Historiker-Gesellschaft (Berlin 1984); Helmut Heinz zu den Lehrbriefen „Geschichte“ des ersten Fernstudiums für Geschichtslehrer von 1952 bis 1954 (Berlin 1985). Eine Studie zur Genesis der zeitgeschichtlichen Forschung vermittelt Heinz Heitzer, „Zeitgeschichte“ 1945 bis 1958, in: ZfG 35 (1987) 99–115.

⁵ Vgl. Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, 206–258.

bliotheken, wirkten bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit und waren auch zur wissenschaftlichen Kooperation mit den anfangs wenigen marxistischen Fachkollegen bereit. Stellvertretend seien hier genannt: Otto Hoetzsch (1876–1946) und Fritz Rörig (1882–1953) in Berlin, Heinrich Sproemberg (1889–1966) zuerst in Rostock und später in Leipzig, Eduard Winter (1896–1982) in Halle, Karl Griewank (1900–1953) zunächst in Berlin, dann wie Friedrich Schneider (1887–1962) und Hugo Preller (1887–1968) in Jena.

Für die späteren Forschungen zur deutschen Geschichte zwischen 1917/18 und 1945 hatten die zum Teil schon in der Emigration entstandenen Publikationen von namhaften Zeitzeugen hohen Wert, so von Albert Norden⁶, Wilhelm Pieck⁷ und Otto Buchwitz⁸. Eine breite Wirkung erzielte die unmittelbar nach dem Kriegsende veröffentlichte Schrift Walter Ulbrichts „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘“⁹, die das Wesen des Faschismus enthüllte.

Das herausragende Werk zur deutschen Geschichte seit dem 16. Jahrhundert, das in zwei Kapiteln auf die Zeit nach 1918 einging, war in jenen Jahren zweifellos Alexander Abuschs „Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte“¹⁰. Dieses Buch übte eine außerordentlich positive Rolle bei der Herausbildung eines antifaschistisch-demokratischen Bewußtseins aus. Seine Wirkung erklärte sich nicht schlechthin aus der besonders akzentuierten Kennzeichnung der reaktionären Kräfte in der deutschen Geschichte, sondern zugleich aus der engagierten Darstellung ihrer Gegenkräfte, auch des antifaschistischen Widerstandes, den Abusch in seiner ganzen Breite faßte als „eine moralische Kampfgemeinschaft von den Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu katholischen Pfarrern und konservativen Demokraten“¹¹.

In dem Bestreben, die Ursachen für negative Seiten der deutschen Geschichte bewußt zu machen, was in der gegebenen Situation besonders notwendig war, kam es mitunter zu einer Überhöhung dieser Entwicklungen. Zugleich wandte sich Abusch aber unmißverständlich gegen eine fatalistische Sicht der Vergangenheit mit der programmatischen Feststellung: „Mögen einst alle Wege nach Rom geführt haben, nicht alle deutschen Wege mußten unvermeidlich zu Hitler führen.“¹²

Langfristig wirkende Forschungsimpulse für die Geschichte der Weimarer Republik gingen von dem geschichtsträchtigen Jahr 1948 aus, dem 100. Jahrestag der Revolution von 1848/49 sowie dem 30. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution von 1918. Stimulierenden Einfluß auf die konzeptionellen Debatten zu beiden Ereignissen hatten thematische Stellungnahmen des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheits-

⁶ Albert Norden, Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker (Berlin 1947).

⁷ Wilhelm Pieck, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (Berlin 1949).

⁸ Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1949).

⁹ (Berlin 1945).

¹⁰ (Mexiko 1945, Berlin 1946).

¹¹ Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation (Berlin 1947) 263.

¹² Ebenda, 204.

partei Deutschlands¹³. Daraus entstand die erste nach 1945 veröffentlichte marxistische Darstellung über die Novemberrevolution¹⁴.

Einen weiteren Schwerpunkt der hier interessierenden Periode bildete die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Weimarer Verfassung. Ungeachtet ihrer Mängel, vor allem des verhängnisvollen Artikels 48, wurde betont, daß diese Verfassung wesentliche Ansätze für die Schaffung eines demokratischen Staatswesens enthalten habe¹⁵. Eine herausragende Forschungsleistung in der unmittelbaren Nachkriegsphase waren die sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten Jürgen Kuczynskis¹⁶.

Der Durchbruch zur Neugestaltung der Geschichtswissenschaft erfolgte in den 50er Jahren, der eigentlichen Konstituierungsphase als marxistische Wissenschaftsdisziplin. Diese Entwicklung verlief widersprüchsvoll und konfliktreich, dominierend war jedoch stets ein Geist des schöpferischen Suchens und Vorwärtsdrängens. Eine Reihe von Grundproblemen der deutschen Geschichte, die neue Antworten erheischten, wurden im produktiven Meinungsstreit und oft auch in echter Gemeinschaftsarbeit geklärt. Ein hervorstechendes Merkmal des Jahrzehnts waren theoretisch-methodologische und konzeptionelle Debatten, die letztlich von der allgemeinen Zielsetzung geprägt waren, in absehbarer Zeit marxistische Gesamtdarstellungen zur deutschen Geschichte sowie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auszuarbeiten.

Diese Zielvorgabe war nach eingehenden Beratungen mit Historikern vom Zentralkomitee der SED im Oktober 1951 beschlossen worden¹⁷. Mit Festlegungen zum beschleunigten Aufbau des Museums für Deutsche Geschichte und der Einrichtung von Instituten zur Geschichte des deutschen Volkes an den Universitäten Berlin, Leipzig und Halle sowie eines Instituts für deutsche Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin wurden zugleich die institutionellen, materiellen und personellen Voraussetzungen für die Lösung der gestellten Aufgaben geschaffen.

Der erwähnte Beschuß regte zugleich an, ein mehrbändiges „Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes“ auszuarbeiten¹⁸. Im Juni 1952 fand eine erste zentrale Historikerkonferenz der DDR mit über 200 Teilnehmern statt, auf der seine Gestaltung beraten wurde¹⁹. Bald darauf konstituierte sich ein Autorenkollektiv von zehn namhaften Historikern, das sich auf die anlaufenden Forschungen und Zuarbeiten vieler geschichtswissenschaftlicher Institutionen stützen konnte. Die Periode von 1918

¹³ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II (Berlin 1952) 100–116; im folgenden zitiert: Dokumente.

¹⁴ Otto Grotewohl, Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1948).

¹⁵ Vgl. Karl Polak, Die Weimarer Verfassung, ihre Errungenschaften und Mängel (Berlin 1948).

¹⁶ Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800–1946 (Berlin 1946); ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. 1: 1800–1932 (Berlin 1947); ders., Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. I und II (Berlin 1948, 1950).

¹⁷ Dokumente, Bd. III (Berlin 1952) 581–583.

¹⁸ Die publizierte Fassung lautete: Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge) 1–12 (Berlin 1959–1969).

¹⁹ Vgl. Helmut Heinz, Die erste zentrale Tagung der Historiker der DDR 1952, in: ZfG 26 (1978) 387–399.

bis 1945²⁰ hatten zunächst Albert Schreiner (1892–1979) und Erich Paterna (1897–1982) übernommen.

Es ging um eine neue Art, Geschichte zu schreiben, nämlich auf der Grundlage des historischen Materialismus. Von den vielfältigen inhaltlichen Problemen, die zu klären waren, soll hier nur auf die zu Beginn der 50er Jahre geführte Auseinandersetzung um die sogenannten Misere-Auffassungen zur deutschen Geschichte verwiesen werden²¹. Im Grunde genommen handelte es sich bei diesen Auffassungen um eine Variante des „deutschen Sonderweges“. Die Führung der KPD hatte bereits in der zweiten Hälfte der 30er Jahre dieses Problem gründlich behandelt und so beantwortet, daß die deutsche Geschichte trotz ihrer negativen Seiten, die – wie zuletzt 1933 – durch die Handlungen reaktionärer Kräfte geprägt waren, keinesfalls eine Misere-Entwicklung darstelle, sondern – wie die Geschichte anderer Völker auch – ihre positiven Seiten und progressiven Traditionen enthalte²². Anton Ackermann, führender Funktionär der KPD, erklärte in diesem Zusammenhang 1937 zur Geschichte der Weimarer Republik: „Die Ursache der Mängel und Fehler der Weimarer Republik ist nicht in ... einer speziellen ‚deutschen Eigenart‘ zu suchen.“²³

Eine wichtige Ausgangsposition für eine marxistische Gesamtsicht der deutschen Geschichte wurde mit der Eröffnung des Museums für deutsche Geschichte im Sommer 1952 und seiner ersten Ausstellung erreicht, die auch eine Abteilung 1918–1945 enthielt. Dem Museum war ein Wissenschaftlicher Rat beigeordnet, in den zahlreiche nichtmarxistische Historiker berufen worden waren. Gerhard Ritter nahm das zum Anlaß, um sich anmaßend einzumischen und brieflich die DDR-Mitglieder des Verbandes der Historiker Deutschlands aufzufordern, die Zusammenarbeit mit Marxisten aufzukündigen²⁴. Leider befolgte dies ein Teil jener Historiker.

Mitte der 50er Jahre wurde in der seit 1953 erscheinenden „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ eine öffentliche Diskussion der Lehrbuchdisposition zur Periode von 1917/18 bis 1945 begonnen, die die ganze zweite Hälfte der 50er Jahre anhielt. Dazu wurden Gutachten mit kontroversen Meinungen veröffentlicht²⁵. Inhaltliche Schwerpunkte der Diskussion, die in der Folgezeit maßgeblich die geschichtswissenschaftlichen Forschungen initiierten und beeinflußten, waren:

²⁰ Albert Schreiner, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945), in: ZfG 2 (1954) 701–758.

²¹ Vgl. Heinz Kammlitzer, Keine „Geschichte der deutschen Misere“, in: Forum 1 (1952); Dokumente, Bd. III, 570–588; Lothar Berthold, Zur Geschichte der nationalen Konzeption der deutschen Arbeiterklasse, in: ZfG 11 (1963) 5–28.

²² Vgl. Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, 32–64.

²³ Zitiert nach Berthold, Marxistisches Geschichtsbild, 59.

²⁴ Rundschreiben von Gerhard Ritter an die Ausschußmitglieder des VDH vom 1.4.1952 und Protokoll der Ausschußsitzung des VDH vom 24.9.1952, in: Nachlaß Karl Griewank (Universitätsbibliothek der Friedrich-Schiller-Universität Jena) Karton 4.

²⁵ Vgl. Gutachten von W. J. Brjunin, Walter Schmid und anderen in: ZfG 3 (1955) 243–275; die Stellungnahme dazu von Albert Schreiner, Zu einigen Fragen der neuesten deutschen Geschichte, in: Ebenda, 374–430.

Erstens – Periodisierungsfragen. Ein Hauptproblem betraf die Epochenzäsur. Zunehmend wurde nach dem Zusammenhang zwischen der Oktoberrevolution 1917 in Rußland und der Novemberrevolution 1918 in Deutschland gefragt. Obgleich der epochale Einschnitt 1917 für die allgemeine Geschichte umstritten war, galt für die deutsche Geschichte noch geraume Zeit der Einschnitt November 1918²⁶. Erst 1958 einigten sich die Autoren des Lehrbuches, die Zäsur 1917 als den Beginn einer neuen Epoche in der deutschen Geschichte anzusehen²⁷.

Klärende Debatten gab es weiterhin vornehmlich über den Beginn und das Ende der Novemberrevolution, über den Beginn und die Etappen des Faschisierungsprozesses am Ende der Weimarer Republik sowie über die Tiefe der Einschnitte 1933, 1939 und 1945. Die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 wurde als eine tiefgreifende qualitative Veränderung des Geschehens gewertet, ohne dabei deren Epochenzusammenhang zu übersehen. Ab 1958 setzte sich schließlich in der Geschichtswissenschaft der DDR die folgende Periodisierung des Zeitraumes von 1917 bis 1945 in sieben Teilabschnitten durch: Oktober 1917 bis Oktober 1918; Oktober 1918 bis Januar 1919 (dieser Einschnitt verschob sich später auf Mai 1919); Januar 1919 bis Ende 1923; Anfang 1924 bis Mitte 1929; Mitte 1929 bis Januar 1933; Januar 1933 bis August 1939; September 1939 bis Mai 1945²⁸.

Zweitens – Probleme der Novemberrevolution sowie die Rolle der Räte in der Revolution. Das Kernproblem betraf die historische Einordnung der Novemberrevolution, was die Frage nach dem Charakter der Revolution aufwarf. Es galt zu klären, ob die Novemberrevolution als eine bürgerliche, bürgerlich-demokratische oder als eine niedergeschlagene proletarische Revolution zu charakterisieren war. Diese Fragestellung war nicht neu, sie wurde bereits in den 20er und 30er Jahren in der KPD und auch in der Kommunistischen Internationale diskutiert und 1938/39 in dem Sinne beantwortet, die Novemberrevolution als eine bürgerlich-demokratische Revolution zu bewerten²⁹. Diese Einschätzung korrespondierte mit der von der Berner Konferenz der KPD nach dem Sturz Hitlers angestrebten „neuen demokratischen Republik“, die den negativen Erfahrungen der Weimarer Republik entgegengesetzt sein und die bürgerlich-demokratische Revolution unter antifaschistischen Vorzeichen zu Ende führen sollte³⁰. Mit dem Versuch, die Novemberrevolution als eine gescheiterte proletarische Revolution zu charakterisieren, gingen einige DDR-Historiker hinter den Erkenntnisstand von 1939 zurück³¹.

²⁶ Vgl. Ebenda; *Walter Schmidt, Wilhelm Webling*, Bemerkungen zur Disposition für das Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945), in: *ZfG* 3 (1955) 256–265.

²⁷ Vgl. *Helas*, Autorenkollektiv 1955/58, 121–141. Zunächst vehement abgelehnt, fand diese Periodisierung ein Vierteljahrhundert später auch in der Bundesrepublik Verbreitung; zum Beispiel *Hagen Schulze*, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Die Deutschen und ihre Nation 4, Berlin/West 1982).

²⁸ Vgl. *Helas*, Autorenkollektiv 1955/58, 120–123.

²⁹ Vgl. *Berthold*, Marxistisches Geschichtsbild, 86–93.

³⁰ Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme (Berlin 1965) 162–190.

³¹ Vgl. *Robert Leibbrand*, Zur Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution, in: Einheit 12 (1957) 102–108; *Roland Bauer*, Die Einschätzung des Charakters der deutschen Novemberrevolution (Berlin 1958) 10–11.

Nach längerem Meinungsstreit und gestützt auf vorliegende Forschungsergebnisse setzte sich jedoch im Vorfeld des 40. Jahrestages der Revolution die Auffassung durch, wonach die Novemberrevolution eine bürgerlich-demokratische Revolution war, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde³². Dieser Wertung lagen Überlegungen über die Wechselbeziehung der objektiven und subjektiven Faktoren in der Revolution und die daraus resultierende Erkenntnis zu grunde, daß zwar die objektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution gegeben waren, der entscheidende subjektive Faktor jedoch für eine sozialistische Revolution – die Existenz einer politisch reifen und massenwirksamen revolutionären marxistischen Partei – zu jener Zeit in Deutschland nicht vorhanden war.

Hinsichtlich der Rolle der Räte bestand das Problem darin zu klären, ob und in welchem Maße die Räte im Interesse der Revolution oder der Konterrevolution wirksam geworden sind³³. Forschungsorientierend wirkten die Forderungen nach konkret-historischer Untersuchung der Funktion und Tätigkeit der Räte vor und während der Novemberrevolution in den einzelnen Orten und Gebieten Deutschlands sowie eine dementsprechende, differenzierte Wertung der Räte. Die erste, auf neuen Forschungen beruhende Monographie von Hans Beyer „Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München“³⁴ und weitere Einzeluntersuchungen³⁵ erwiesen die Tragfähigkeit dieses Konzepts.

Drittens – Das Verhältnis von deutscher Geschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Nach Grundsatzdiskussionen in der ersten Hälfte der 50er Jahre über den Stellenwert der Geschichte der Arbeiterbewegung in der allgemeinen und deutschen Geschichte kam es in der DDR-Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts zu einer verstärkten Hinwendung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, als deren Ergebnis sich dieser in der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung bis dahin weitgehend ignorierte oder arg vernachlässigte Bereich als eigenständige Teildisziplin herausbildete³⁶. Lag das Schwergewicht der Forschungen zunächst bei Themen des 19. Jahrhunderts³⁷, so wurden nun auch zunehmend die Perioden des

berrevolution von 1918 bis 1919, in: ZfG 6 (1958) 134–142; *Albert Schreiner*, Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution, in: Ebenda, 29–37.

³² Vgl. *Walter Ulbricht*, Über den Charakter der Novemberrevolution, in: ZfG 6 (1958) 717–729; *Walter Nimtz*, Über den Charakter der Novemberrevolution von 1918/1919 in Deutschland, in: Ebenda, 687–715.

³³ Vgl. *Karl Fugger*, Zur Lehrbuch-Disposition (1918–1945), in: ZfG 3 (1955) 271–275; Beiträge von *Walter Kleen*, *Marion Einhorn* und *Wolfgang Schumann* in: ZfG 4 (1956) 326–331, 738–750, 964–989; sowie von *S. K. Eggert*, *Rudolf Lindau* und *Werner Raase* in: Die Oktoberrevolution und Deutschland (Berlin 1958) 123–138, 210–214.

³⁴ (Berlin 1957).

³⁵ Vgl. *Lothar Berthold*, *Helmut Neef*, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution (Berlin 1958); *Hermann Kolbe*, Sturmtage (Leipzig–Jena 1958); Zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution, Sonderheft der ZfG 6 (1958), im folgenden zitiert: Novemberrevolution.

³⁶ Vgl. *Seiler*, Geschichte der Arbeiterbewegung.

³⁷ Vgl. *Walter Schmidt*, *Carola Seiler*, Die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: BzG 26 (1984) 750–760.

20.Jahrhunderts einbezogen, wobei für die Zeit nach 1918 die Geschichte der KPD im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand. Dabei konnten frühere Tendenzen einer eingegangenen Sicht auf das innerparteiliche Geschehen überwunden werden; die Entwicklung der KPD wurde im gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu erfassen versucht und die gemeinsamen Traditionen mit den nichtrevolutionären Teilen der Arbeiterbewegung wurden deutlicher markiert³⁸.

Zum Verhältnis von deutscher Geschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatte Alfred Meusel schon auf der erwähnten Historikertagung 1952 betont, daß die Arbeiterbewegung einen integralen Bestandteil der deutschen Geschichte bilde und vieles ohne diese gar nicht erklärt werden könne. Zugleich warnte er vor der Tendenz, „das Pendel gar zu weit nach der anderen Seite ausschlagen zu lassen und die deutsche Geschichte gewissermaßen als eine Beilage zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu behandeln. Das ist selbstverständlich auch verfehlt. Eine Geschichte Deutschlands ohne die Geschichte der Arbeiterbewegung ist ebenso wenig bzw. ebenso viel wert wie eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ohne die Geschichte Deutschlands.“³⁹

Zwei Gegebenheiten begünstigten, das Verhältnis von deutscher Geschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gründlicher zu erfassen: Zum einen die im Laufe der 50er Jahre entwickelte und in den 60er Jahren weiterwirkende „nationale Grundkonzeption der Arbeiterklasse“. Sie enthielt die Leitlinien der DDR-Politik zur nationalen Problematik, die auf die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschland zielten⁴⁰. Den Grundtenor dieser Konzeption bildete jedoch nicht das „Gesamtdutsche“ schlechthin, sondern der soziale Inhalt der nationalen Frage, was bedeutete, daß ein einheitlicher deutscher Nationalstaat nur auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage unter dem maßgeblichen politischen Einfluß der werktätigen Klassen und Schichten denkbar war. In der historiographischen Umsetzung folgte daraus, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht schlechthin als ein Teilbereich, sondern als Kernstück der deutschen Geschichte des 19. und 20.Jahrhunderts zu behandeln war. Das stellte neue theoretisch-methodologische und praktische Anforderungen an alle Bereiche der Geschichtswissenschaft⁴¹.

³⁸ Vgl. Die Märzkämpfe 1921 (Berlin 1956); *Wilhelm Ersil*, Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse gegen die Regierung Cuno (Phil. Diss., Berlin 1956); *Lothar Berthold*, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930 (Berlin 1956); *Wolfgang Jonas*, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924–1945 (Berlin 1957); *Raimund Wagner*, Die Arbeiterbewegung in Sachsen im Jahre 1923 (Phil. Diss., Berlin 1958); *Heinz Karl*, Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die Enteignung der Fürsten (1925/26) (Berlin 1957).

³⁹ Alfred Meusel, Die wissenschaftliche Auffassung der deutschen Geschichte, in: Nachlaß Meusel, Bd. 1/1, 1 (zitiert bei *Heinz*, DDR-Geschichtswissenschaft 1950/52, 256).

⁴⁰ Vgl. *Leo Stern*, Zur Nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um die Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation (Berlin 1961); Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands, in: ZfG 10 (1962) 758–786.

⁴¹ Vgl. *Rolf Rudolph*, Die nationale Verantwortung der Historiker in der DDR, in: ZfG 10 (1962) 253–285; *Lothar Berthold*, Zur Geschichte der nationalen Konzeption der deutschen Arbeiter-

Zum anderen wurde die Bewältigung dieser Anforderungen wesentlich forciert durch das Vorhaben einer Gesamtdarstellung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Dazu wurde im September 1958 eine vom Zentralkomitee der SED berufene Arbeitsgruppe gebildet, der führende Repräsentanten der revolutionären Arbeiterbewegung und Historiker angehörten⁴². Gestützt auf die bis dahin erzielten Forschungsergebnisse⁴³, legte sie 1963 im Ergebnis ihrer mehrjährigen Tätigkeit einen „Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ vor⁴⁴. Als förderlich erwies sich das Erscheinen der 1959 gegründeten fachspezifischen Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (ab 1969 „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“).

Der „Grundriß“ bildete den konzeptionellen Leitfaden für die unmittelbar nach seinem Erscheinen in Angriff genommene und 1966 veröffentlichte achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, mit der erstmals eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung dieser Bewegung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart vorgelegt wurde. Von der großen Bedeutung, die dem Zeitraum von 1917 bis 1945 beigemessen wurde, zeugte die Tatsache, daß dieser Periode allein drei Bände gewidmet waren⁴⁵. Mit diesem Werk wurde die beim Entstehen des mehrbändigen „Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes“ begründete Tradition wissenschaftlicher Gemeinschaftsarbeit in der DDR-Historiographie in einer noch intensiveren und auch produktiveren Weise fortgesetzt⁴⁶.

Viertens – Zum Stellenwert der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945. Ein klares Bild vom Faschismus, insbesondere über seine sozialen Wurzeln und sein Wesen zu vermitteln, aber zugleich auch seine Gegenkräfte deutlich hervortreten zu lassen, hatte für die politische Identität der DDR und für die Bewältigung der von ihr in Angriff genommenen revolutionären Umgestaltungen konstitutive Bedeutung. Die Grundlage für eine leistungsfähige marxistische Faschismusforschung wurde in der DDR im Laufe der 50er Jahre gelegt, und zwar von Historikern, die selbst aktiv gegen den Faschismus gekämpft hatten: Walter Bartel, Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski, Rudolf Lindau, Alfred Meusel, Erich Paterna, Albert Schreiner und Leo Stern. Die breiteste Ausstrahlung erlangte dabei Bartels Monographie „Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933–1945“⁴⁷ als erste Gesamtdarstellung in der DDR zu diesem Thema. Sie war als Lehrbrief für das Fernstudium der Geschichtslehrer entstanden. Hierin zeigte sich die stimulierende Wirkung von Lehr- und Ausbildungsbedürfnissen für die Forschung.

klasse, in: Ebenda, 1005–1016; *Ernst Engelberg*, Probleme des nationalen Geschichtsbildes der deutschen Arbeiterklasse, in: Ebenda, Sonderheft (1962) 7–49.

⁴² Vgl. Dokumente, Bd. VII (Berlin 1961) 353; Novemberrevolution, 54.

⁴³ Vgl. Historische Forschungen in der DDR, in: Sonderheft der ZfG 8 (1960) 201–457, Sonderband der ZfG 18 (1970) 380–650.

⁴⁴ (Berlin 1963).

⁴⁵ Bd. 3 von 1917 bis 1923; Bd. 4 von 1924 bis Januar 1933; Bd. 5 von Januar 1933 bis Mai 1945.

⁴⁶ An der Ausarbeitung der Bände 3–5 waren als Autoren beteiligt: Lothar Berthold, Ernst Diehl, Günter Hortzschansky, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer.

⁴⁷ (Berlin 1956).

Eine neue Qualität erlangten die Forschungen über den Zeitraum von 1917/18 bis 1945 in der DDR im Übergang zu den 60er Jahren. Zu den bereits ausgewiesenen Historikern kamen nunmehr Nachwuchskräfte hinzu, darunter Karl Drechsler, Klaus Drobisch, Dietrich Eichholtz, Gerhard Förster, Kurt Gossweiler, Gerhard Hass, Günter Hortzschansky, Heinz Kühnrich, Klaus Mammach, Kurt Petzold, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer und andere. Als besonders forschungsstimulierend erwiesen sich die internationalen Konferenzen zu den Themen „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ (1959)⁴⁸ sowie „Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland“ (1961)⁴⁹.

Von Beginn an verfolgte die Forschung zwei Grundlinien: Zum einen die ökonomische und politische Rolle der Monopolbourgeoisie am Vorabend und während der faschistischen Diktatur, insbesondere bei der Vorbereitung, Auslösung und Führung des Krieges sowie zum anderen der antifaschistische Widerstand, vor allem das Wirken der KPD.

Als übergreifend tragfähiges Untersuchungskonzept hinsichtlich der Rolle der Monopolbourgeoisie in der Gesamtperiode von 1917 bis 1945 erwies sich die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die zu Beginn der 60er Jahre in interdisziplinärer Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher Fächer weiterentwickelt worden war⁵⁰. Verbunden mit der von Georgi Dimitroff herkommenden klassischen Wesensbestimmung des Faschismus an der Macht, konnte mit Hilfe dieser Theorie vor allem die gesellschaftliche Spezifik des Faschismus wie auch sein historischer Platz im Geschichtsprozeß des 20. Jahrhunderts genauer bestimmt werden.

Das Hauptaugenmerk galt der Beziehung von Ökonomie und Politik, von Monopolen und Staat im Faschismus. Gleichwohl wurde dabei der relativen Eigenständigkeit des faschistischen Staates und seiner Machtorgane wie auch der faschistischen Parteien und Bewegungen noch nicht genügend Rechnung getragen. Als hemmender Faktor erwies sich weiterhin das Fehlen von vergleichenden Forschungen zur Faschismusproblematik in anderen Ländern. (Trotz wesentlicher Fortschritte auf diesem Gebiet konnte dieser Mangel bis heute noch nicht gänzlich behoben werden.) Repräsentativ für den damaligen Erkenntnisstand war der Protokollband „Monopole und Staat in Deutschland 1917–1945“⁵¹, der die bis dahin erzielten Forschungsergebnisse zusammenfaßte.

Von den Einzelforschungen aus der ersten Hälfte der 60er Jahre sind weiterhin Themen hervorzuheben wie die Röhm-Affäre⁵², die Rolle und Entwicklung der fa-

⁴⁸ Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bde. 1–5 (Berlin 1960–1962), im folgenden zitiert: Imperialismus.

⁴⁹ Beitrag von Jürgen Kuczynski und Konferenzbericht in: ZfG 9 (1961) 1494–1509, 1632–1638.

⁵⁰ Vgl. Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945 (Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus 16, Berlin 1963); Imperialismus heute (Berlin 1965) 11–72.

⁵¹ Protokoll der 2. Tagung der Fachgruppe Geschichte der neuesten Zeit 1917–1945 (Berlin 1966).

⁵² Kurt Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre (30. Juni 1934) (Phil. Diss., Berlin 1963); Nachdruck der Diss.: (Köln 1983).

schistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945⁵³, Probleme der Kriegswirtschaft im faschistischen Deutschland⁵⁴ sowie der Weg der deutschen Sozialdemokratie von 1933 bis 1946⁵⁵. Es erschien auch die erste von DDR-Historikern verfaßte Überblicksdarstellung zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs⁵⁶.

Die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes entfaltete sich als Pendant der Faschismusforschung zeitlich und personell ähnlich wie diese (bis Mitte der 50er Jahre vorwiegend Arbeiten von Teilnehmern des Widerstandes, ab Mitte der 50er Jahre Wirksamwerden der neuausgebildeten Historikergeneration). Aus naheliegenden Gründen konzentrierten sich die Untersuchungen bis in die 60er Jahre hinein auf den antifaschistischen Kampf der KPD⁵⁷. Das bedeutete jedoch zu keinem Zeitpunkt, daß die Widerstandsproblematik darauf reduziert worden wäre. Es ging stets um zwei Fragenkomplexe: Um die dominierende Kraft im Widerstand zum einen, aber zugleich um die Breite dieses Kampfes, um die Frage nach den Gleichgesinnten, zum anderen; die Aufmerksamkeit galt letztlich – und das im aktuellen DDR-Interesse – der Bündnisproblematik.

Eine andere Seite der Angelegenheit betrifft die konkrethistorische Umsetzung dieser grundlegenden Erkenntnisse in den einzelnen Entwicklungsabschnitten der DDR-Geschichtswissenschaft. Aus heutiger Sicht sind hierbei in den 50er und 60er Jahren einige Unvollkommenheiten festzustellen. Dazu zählen vor allem die unzureichende Berücksichtigung des Widerstandes außerhalb der Arbeiterbewegung und insbesondere die undifferenzierte, vorwiegend negative Bewertung der Kräfte des 20. Juli 1944. Allerdings gab es hierzu in den konzeptionellen Debatten schon in den 50er Jahren mahnende Stimmen, die auf positive Tendenzen innerhalb dieser Kräfte hinwiesen

⁵³ Heinz Kühnrich, *Der KZ-Staat* (Berlin 1960).

⁵⁴ Horst Hemberger, Einige Fragen der Kriegswirtschaft des faschistischen deutschen Imperialismus (Phil. Diss., Berlin 1960); Wolfgang Hahn, Lothar Kruss, Elektrokonzerne – Rüstungskonzerne (Berlin 1961); Wolfgang Schumann, Das Kriegsprogramm des Zeiss-Konzerns, in: ZfG 11 (1963) 704–724; Dietrich Eichholz, Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Berlin 1963).

⁵⁵ Heinz Niemann, Otto Findeisen, Dieter Lange, SPD und Hitlerfaschismus. Der Weg der deutschen Sozialdemokratie vom 23. Januar 1933 bis zum 21. April 1946 (Phil. Diss., Berlin 1965); Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Forschung und Lehre (Berlin 1965).

⁵⁶ Gerhard Förster, Heinz Helmert, Helmut Schnitter, *Der zweite Weltkrieg* (Leipzig 1962).

⁵⁷ Charakteristische Beispiele sind: Otto Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg (Berlin 1955); Walter Bartel, Probleme des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland, in: ZfG 6 (1958) 999–1016; Wilhelm Webling, Das Konzept der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur des deutschen Imperialismus in den Jahren von 1933–1935 (Phil. Diss., Berlin 1960); Helene Roggenbuck, Der Widerstandskampf der illegalen KPD während des zweiten Weltkrieges in den wichtigsten Zügen und an den Schwerpunkten der inneren Front (Phil. Diss., Berlin 1961); Manfred Weißbecker, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Kampf gegen die faschistische Diktatur in Thüringen 1933–1935 (Phil. Diss., Jena 1962); Hans-Jürgen Friderici, Die Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD und der antifaschistische Widerstandskampf in Oberschlesien (1933–1939) (Phil. Habil., Leipzig 1965); Karl Heinz Biernat, Das Ringen der KPD um die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront 1933 bis 1945, in: *Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde* 8 (1966) 335–345.

und eine differenziertere Betrachtungsweise forderten⁵⁸. Wenn diese kritischen Einwände erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zu den angestrebten Korrekturen führten⁵⁹, dann hat das sehr unterschiedliche Gründe; vor allem lag das am unzureichenden Forschungsstand, aber auch an einigen Begleiterscheinungen der konfrontativen Auseinandersetzung mit restaurativen Auffassungen in der Bundesrepublik. Dort versuchten die tonangebenden Historiker einerseits den Widerstand der Arbeiterbewegung, insbesondere den der Kommunisten, abzuwerten oder gar als antinational hinzustellen und andererseits die konservativen Kräfte des 20. Juli 1944 – auch unendifferenziert – zu verklären und zur einzigen ernstzunehmenden Widerstandskraft gegen den Faschismus zu erheben⁶⁰. Die kritische Auseinandersetzung mit diesen Tendenzen und darüber hinaus generell mit den Darstellungen der bürgerlichen Historiographie zur deutschen Geschichte, insbesondere über den Zeitraum von 1917/18 bis 1945 spielte eine bedeutende Rolle im Selbstverständigungsprozeß der marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR⁶¹.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre erreichte die Geschichtswissenschaft der DDR ihre Kulmination im Entwicklungsprozeß nach 1945. Davon zeugten für jedermann sichtbar der Abschluß der beiden Gesamtdarstellungen. Nachdem jene zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden“ bereits 1966 veröffentlicht werden konnte, erschienen bis 1969 die restlichen drei Bände des „Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge)“ zur Periode von 1917/18 bis 1945⁶². Damit konnten die Historiker der DDR zum ersten Mal eine alle geschichtlichen Perioden umfassende Darstellung der deutschen Geschichte auf der Grundlage des historischen Materialismus vorlegen. War dieses Werk hauptsächlich für Lehrende und Studierende an Universitäten und Hochschulen gedacht, so wandte sich die von Joachim Streisand

⁵⁸ Fischer, Autorenkollektiv 1952/55, 148; Hans Dress, Fortschrittliche und reaktionäre Tendenzen in den Reformplänen des Kreisauer Kreises, in: Imperialismus, Bd. 4.

⁵⁹ Kurt Finken, Stauffenberg und der 20. Juli 1944 (Berlin 1967).

⁶⁰ Richtungsweisend dafür waren: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung (Stuttgart 1954); Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler (Krefeld 1949). Einen Einblick in die bundesdeutsche historiographische Widerstandsliteratur bis Mitte der 60er Jahre vermitteln: Tbilo Vogelsang, Die Widerstandsbewegung und ihre Problematik in der zeitgeschichtlichen Darstellung, in: Das Parlament, Beilage 28/65 vom 14. Juli 1965; Friedrich Zipfel, Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung, in: Ebenda.

⁶¹ Vgl. Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges, Bd. II (Berlin 1958); Werner Berthold, „... großhungern und gehorchen.“ Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke (Berlin 1960); Gerhard Lozek, Horst Syrbe, Geschichtsschreibung contra Geschichte (Berlin 1964).

⁶² Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933 (Berlin 1967); Erich Paterna, Werner Fischer, Kurt Gossweiler, Gertraud Markus, Kurt Pätzold, Deutschland von 1933 bis 1939 (Berlin 1969); Wolfgang Bleyer, Karl Drechsler, Gerhard Förster, Gerhart Hass, Deutschland von 1939 bis 1945 (Berlin 1969). Die Hauptergebnisse dieser Bände waren in den Bd. 3 einer repräsentativen „Deutschen Geschichte in drei Bänden“ eingegangen (Berlin 1968).

verfaßte „Deutsche Geschichte in einem Band“⁶³, an einen breiteren Leserkreis. Der Band berücksichtigte bereits über das Lehrbuch hinausgehende Erkenntnisse.

Parallel zu den Gesamtdarstellungen erschienen zahlreiche Monographien zur deutschen Geschichte von 1917/18 bis 1945, die wesentliche Bausteine für das marxistische Geschichtsverständnis darstellten⁶⁴. Langfristige Wirkungen in diese Richtung gingen nicht zuletzt von Handbüchern und Nachschlagewerken aus, die zumeist die ganze deutsche Geschichte umfaßten, aber auch vielfältige Erkenntnisse zu dem hier interessierenden Geschichtsabschnitt vermittelten⁶⁵.

Die marxistische Geschichtswissenschaft der DDR hatte bis Ende der 60er Jahre ein breites und solides Forschungsfundament geschaffen, von dem aus neue Aufgaben in Angriff genommen werden konnten. Unmittelbar an die erzielten Ergebnisse und gewonnenen Erfahrungen kritisch anknüpfend, kam es in der Folgezeit vor allem zu einem weiteren Klärungsprozeß hinsichtlich der Wechselbeziehung von National- und Weltgeschichte⁶⁶, was zu einer beachtlichen Ausweitung der Forschungsfelder und -themen führte.

⁶³ (Berlin 1968). Eine bearbeitete Fassung des Buches erschien in der Bundesrepublik unter dem Titel: Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart (Köln 1972).

⁶⁴ Vgl. Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus 6, Berlin 1964); ders., Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33 (Ebenda 5, Berlin 1966); Siegfried Vietzke, Heinz Wohlgemuth, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik (Berlin 1966); Wolfgang Ruge, Weimar – Republik auf Zeit (Berlin 1969); Dietrich Eichholz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. I: 1939–1941 (Berlin 1969).

⁶⁵ Vgl. Kleine Enzyklopädie. Deutsche Geschichte von den Anfängen bis 1945 (Leipzig 1965); Deutsche Geschichte in Daten (Berlin 1967); Die bürgerlichen Parteien in Deutschland (Leipzig 1968); Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1969); Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte (Berlin 1971); Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, 2 Bde. (Berlin 1969, 1970).

⁶⁶ Wesentliche Impulse gingen vom V. Historikerkongreß der DDR aus, der im Dezember 1972 in Dresden stattfand und dem Thema „Die Geschichte des deutschen Volkes im welthistorischen Prozeß“ gewidmet war. Referate und Berichte des Kongresses sind veröffentlicht in: ZfG 20 (1972) 1228–1284 und 21 (1973) 441–454.

IV. Das Problem der deutschen Nationalgeschichte

Fritz Fellner

Nationales und europäisch-atlantisches Geschichtsbild in der Bundesrepublik und im Westen in den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges

„Mir rückt die Erinnerung an den eigenen Weg seit 1945 immer mehr Fragezeichen in den Blick. Wie war es möglich, daß ein Studierender, den ein intensives Interesse zu unzähligen Gesprächen antrieb, in Hunderte von Vorträgen führte und zu einem breit angelegten Studium stimulierte, so viel von der Vergangenheit und so wenig für die Zukunft gelernt hatte?“ Es liegt wohl in der Gleichaltrigkeit begründet, daß diese Verwunderung, mit der Hans-Günter Zmarzlik vor etwa anderthalb Jahrzehnten seinen Weg in die Geschichtswissenschaft reflektierte¹, für mich gewissermaßen zum Refrain wurde, der nach jeder neuen Strophe, nach jedem neuen Ansatz zur Untersuchung der Geschichte der Geschichtswissenschaft seit 1945 sich immer wieder erneut als Frage stellt.

Doch noch eine andere Beobachtung, die sich immer wieder zur Frage formuliert, drängt sich auf, die Überlegung eines jener großen deutschen Historiker der älteren Generation, die uns in jenem Suchen nach festem Grund in den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Weltkrieges aus ihrer eigenen weltanschaulichen Sicherheit Vorbild wurden, auch wenn wir ihren Glauben nicht teilen konnten: Franz Schnabel, der süddeutsch-katholische Historiker, der 1947 Antwort suchte auf die Frage: „Was bedeutet uns heute Freiherr vom Stein?“ „Durch das Sieb der Zeit sind“, so sagte er, „so viele historische Personen samt ihren Biographen und Geschichtsschreibern hindurchgefallen, und es wird Mühe kosten, ihnen im Gesamtverlauf der deutschen Geschichte jetzt nachträglich doch wieder den richtigen Platz anzuweisen.“² Franz Schnabel bezog sich auf den Freiherrn vom Stein und die Art, wie die Treitschke-

¹ Hans-Günter Zmarzlik, Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit? Aufsätze und Überlegungen eines Historikers vom Jahrgang 1922 (München 1970) 30.

² Franz Schnabel, Abhandlungen und Vorträge 1914–1965. Hrsg. u. eingeleitet von Heinrich Lutz (Freiburg, Basel, Wien 1970) 184.

Schule das deutsche Geschichtsbild zu beherrschen und ihr nicht Passendes zu verdrängen vermocht hatte. Für mich ist es eine – oft bedrückende – Überlegung, wenn ich heute nachforschend Schichten von wissenschaftlichen Leistungen, Einsichten, Anregungen bloßlegen und in ihr ursprüngliches Licht zurechtzurücken suche, die ich als Zeitgenosse erlebt, die mich in meinem wissenschaftlichen Suchen geleitet haben und die von späteren Neubauprojekten oder Vermurungen zugeschüttet oder verschoben, verlagert worden sind.

„Daß die deutsche Geschichte neu geschrieben werden muß, ist unser aller dringendes Anliegen. In dem allgemeinen Ruin sind auch die alten Geschichtsbilder niedergebrannt ... Wir halten Umschau auf dem Trümmerfelde ...“³. Auch für Franz Schnabel gilt, was Hans-Günter Zmarzlik in seiner zu Unrecht gescholtenen und dann vergessenen Würdigung Gerhard Ritters auf dem Freiburger Historikertag von Gerhard Ritter gesagt hat: „Er hat versucht, im Gestern das Morgen zu erreichen...“⁴. Schnabel, Ritter, Rothfels, Herzfeld, Heimpel, Kaehler, Gerhard, wen immer man von den Historikern nennen mag, die nach 1945 bemüht waren, den Platz der Geschichtswissenschaft in der veränderten Welt zu suchen, für jeden trifft zu, was Waldemar Besson klar ausgesprochen hat, als er in der Festschrift zu Hans Rothfels' 70. Geburtstag das Verhältnis von nationalstaatlichem und historischem Denken zu analysieren versuchte: „Einmal mehr erweist es sich gerade bei solchen Neuansätzen geschichtlicher Betrachtung in unserer Zeit, daß, wenn auch die naive Bindung des Historikers an den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts aufgegeben werden mußte, der konservative Grundzug seines Wesens geblieben ist...“⁵. Besson betonte, daß „die deutsche Historie so zur Wissenschaft vom Nationalstaat geworden war“. Wer seine Geschichte erforschte, beteiligte sich zugleich aktiv an seiner Herstellung, nicht zuletzt dadurch, daß er ihn als Ziel des geschichtlichen Prozesses auffaßte und lehrte⁶. Als 1949 sich die deutschen Historiker zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in München wieder zu einem Historikertag trafen, verkündete Gerhard Ritter im Eröffnungsvortrag mit unverändertem Pathos, daß „der eigentliche Träger der weltgeschichtlichen Bewegung [...] die Nationen [sind], nicht die Menschheit als Ganzes, auch nicht die ‚Kulturkreise‘ einer späteren, von der Biologie mitbestimmten Geschichtsphilosophie“⁷. Und wenn er auch die nationalistischen Verirrungen der deutschen Geschichtswissenschaft beklagte und Selbstkritik übte, so sah er als eigentliche Aufgabe der deutschen Geschichtswissenschaft in der Zukunft doch wieder nur ein nationales Anliegen: es gälte die eigene Vergangenheit neu zu sehen, die Kritik an der deutschen Vergangenheit nicht nur den Fremden zu überlassen; Geschichte als natio-

³ Ebda.

⁴ Zmarzlik, 162.

⁵ Waldemar Besson, Geschichte als politische Wissenschaft. Zum Verhältnis von nationalstaatlichem und historischem Denken, in: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag (Göttingen 1963) 84.

⁶ Ebda, 70.

⁷ Manfred Asendorf (Hrsg.), Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland (Hamburg 1974) 353.

nalpolitisches Anliegen ist der Tenor seiner Ausführungen und nur mit einem Wort, mit einem Seitenblick, fast ist man heute im Wiederlesen versucht, von einer Alibiformulierung zu sprechen, fügt er der „Nationalitätsidee“ die „Idee der europäischen Föderation“ hinzu⁸.

So steht am Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft die unveränderte Gleichsetzung von Geschichtsbewußtsein mit Nationalbewußtsein – so wie Hermann Oncken in seinem Aufsatz über die „Wandlungen des Geschichtsbildes in revolutionärer Epoche“ den „Kampf um das nationale Geschichtsbild“ vor Augen hatte, so konnte Theodor Schieder noch in seinem Rückblick auf die hundertjährige Geschichte der „Historischen Zeitschrift“ die „tiefe Geschichtsmüdigkeit, die die meisten ergriffen hat“, in Beziehung setzen zu dem Faktum, daß „das Band zwischen Nationalpolitik und Geschichte“ zerrissen war, seitdem „die hohen Begriffe der klassischen Historie: Nation, Staat und Vaterland ausgeplündert und ausgebrannt auf dem Trümmerfeld des Krieges lagen“¹⁰.

„Geschichte als Quelle nationaler Selbstvergewisserung und Selbtkritik: dies ambivalente, offene Verhältnis zur Vergangenheit kennzeichnet mit wechselnden Akzenten Ritters Position“¹¹ – nicht nur Gerhard Ritters Position müßte man in Berichtigung von Zmarzliks Wertung festhalten, es trifft auf die Gesamtheit jener Historiker-generation zu, die aus dem politisch-ideologischen Trümmerfeld des Nationalsozialismus die Steine für einen Neuaufbau herauszusuchen begann – und seltsamerweise (ich spreche hier von der älteren Generation) nur die nationalen Trümmer aufhob und die sozialen zur Seite schob und liegen ließ.

Es will und soll diese Feststellung kein Vorwurf und keine Verurteilung sein, gerade der Band des Briefwechsels Gerhard Ritters, den Schwabe veröffentlicht hat¹², zeigt, wie schwer es die Generation Gerhard Ritters hatte, sich aus der Verankerung ihres Geschichtsbildes im Dienst an Nation und Staat zu lösen. Aufgewachsen und ausgebildet in der Tradition der Geschichte der Großen Mächte, mußte Machtpolitik im Mittelpunkt des historischen Denkens für jene verbleiben, die im Chaos des Zusammenbruchs sich in erster Linie als Opfer einer ins Hybride übersteigerten nationalen Machtpolitik erkennen mußten. Ludwig Dehio in seiner kühlen, abwägenden Art der Formulierung, mit der er Deutschland im System des europäischen Gleichgewichts einzuordnen sucht, die Geschichte als eine Abfolge von Hegemonialkämpfen interpretiert, macht dieses Beharren in den traditionellen Konzepten der großen Politik noch deutlicher als Ritters leidenschaftliches Engagement. Die Nationen und Staaten als automatisch, d. h. geopolitisch determinierte Faktoren internationaler Beziehungen – es wirkt wie die Suche nach der Erklärung, wie es zum Mißbrauch eines an sich rich-

⁸ Ebda, 363.

⁹ Hundert Jahre Historische Zeitschrift 1859–1959. Beiträge zur Geschichte der Historiographie in den deutschsprachigen Ländern. Hrsg. v. Theodor Schieder (München 1959) 124.

¹⁰ Ebda, 71.

¹¹ Zmarzlik, 149.

¹² Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen. Hrsg. v. Klaus Schwabe und Rolf Reichardt (Schriften des Bundesarchivs 33, Boppard 1984).

tigen Konzeptes gekommen war, es bleibt die Gültigkeit des auf Nation und Staat orientierten Geschichtsbildes.

Dehio war seit 1946 Professor an der Universität Marburg – im gleichen Jahr war ein aus Wien stammender Außenseiter der Geschichtswissenschaft an die gleiche Universität berufen worden, Franz Borkenau, der aus einer frühen Bindung an den Kommunismus sich während des Spanischen Bürgerkrieges zum scharfen Kritiker des Sowjetkommunismus gewandelt hatte und auf verschiedenen Umwegen im Exil in Großbritannien und Australien, auf dem Umweg über den Aufbau der Deutschen Nachrichtenagentur zum außerplanmäßigen Professor für mittlere und neuere Geschichte im Marburg bestellt worden war. Im gleichen Jahr, in dem Dehio sein Buch über „Gleichgewicht und Hegemonie“ als Versuch der historischen Erklärung deutscher Machtpolitik veröffentlichte, 1948, publizierte Franz Borkenau „Drei Abhandlungen zur deutschen Geschichte“, in denen er in einer geistes- und religionsgeschichtlichen Interpretation die Problematik der deutschen Geschichte in einen gesamteuropäischen Zusammenhang zu stellen versuchte¹³. „Luther: Ost oder West“ ist das Thema der mittleren der drei Abhandlungen, und Borkenau glaubt, den Gegensatz zwischen Wittenberg und Genf, zwischen Luther und Calvin als eindeutig historisch bedeutsamer werten zu müssen als den Kampf zwischen Rom und der Reformation. Was den religionsgeschichtlichen Überlegungen Borkenaus, der Katholizismus und Calvinismus dem Luthertum gegenüberstellt, eine aktuelle politische Bedeutung als Hilfestellung eines sich langsam entwickelnden westeuropäischen Geschichtsbildes gab, war Borkenaus These, daß der „Gegensatz zwischen Ost und West ... , ursprünglich eine Angelegenheit der Mittelmeerwelt [war] ... Rom gegen Konstantinopel, Papsttum gegen griechisches Patriarchat ... sich nun nach dem Norden verpflanzt ... Gleichzeitig vollzieht sich ein jahrhundertlanger Prozeß der Verschiebung des Schwergewichts zwischen Ost und West“. Nach Borkenaus Auffassung war „die geistige Befreiung ... im Luthertum mit weltlicher Knechtschaft erkauft“. Er sieht es als ein Unglück für Deutschland, daß sich lutherische Haltungen überwiegend in der deutschen Politik durchgesetzt haben, daß der lutherische Osten den katholischen und calvinistisch reformierten Westen politisch überwand. „Als Leistung der politischen Technik war Bismarcks Werk ein Meisterstück. Aber es unterwarf die Nation ihrem politisch zur Führung am wenigsten geeigneten Gebietsbestandteil. Und wir tragen die Folgen.“ Doch nicht in seiner Auswirkung auf die Deutsche Geschichte schien Borkenau dieser Sieg des Luthertums von Bedeutung – es wäre übrigens reizvoll, Borkenaus essayistische Interpretation in den Zusammenhang der Bismarck-Kontroversen jener Jahre zu stellen, die zwischen Gerhard Ritter, Eyck, Schnabel, Srbik und manchen anderen damals publizistisch ausgetragen worden sind – für Borkenau ist das „Problem des Luthertums, das Problem der deutschen geistigen Struktur, das Problem der deutschen Politik nicht einfach ein deutsches Problem ... , sondern ein wichtiges Teilstück des großen, die Menschheit seit Jahrtausenden in Atem haltenden Problems der Auseinandersetzung zwischen Ost und West“¹⁴.

¹³ Franz Borkenau, Drei Abhandlungen zur deutschen Geschichte (Frankfurt 1947).

¹⁴ Ebda, 64, 74, 75.

Auf jenen Gegensatz von Ost und West und Deutschlands Stellung zwischen Ost und West ist auch die anschließende Abhandlung über „Die Krise des Historismus – ein Deutsches Problem“ ausgerichtet: Für Borkenau ist Deutschland „ein Übergangsgebiet zwischen West und Ost, zwischen nordwestlicher Seewandererkultur und der nordöstlichen Landwandererkultur“. Vielfältiges Siedlungsgebiet, wechselndes Zentrum, Veränderung der führenden Stände, Uneinheitlichkeit der Kulturwerte, all das sind Grundzüge der deutschen Entwicklung, die es bisher verhindert haben, „einen Gesamtgesichtspunkt für die deutsche Geschichte zu finden“ ... Es gibt nur „die Darstellung der deutschen Geschichte unter preußischen und auch österreichischen, unter lutherischen und katholischen, unter altgermanischen, mittelalterlichen, bürgerlich-liberalen, proletarischen Gesichtspunkten“. Noch viel schwerwiegender aber erscheint Borkenau die „paradoxe Einwirkung“, daß „ein Großteil des deutschen Geschichtsverlaufs im 19. Jahrhundert... sich geradezu als schlechte Auswirkung des mißverstandenen Vorbilds des Geschichtsablaufs im Westen [erklärt]. Wir wollten auch einen einheitlichen Nationalstaat haben ... Diese Idee, die, wie Ranke immer wieder betonte, den Realitäten der deutschen Geschichte nicht entsprach, wurde rein ideologisch aus dem Westen übertragen. Das wirkte besonders paradox bei solchen, die sich vom Westen bewußt abkehrten, wenn es sich um den westlichen Freiheitsbegriff handelte, dafür aber den Westen sklavisch kopierten, wo es sich um den westlichen Begriff der Nation handelte.“

Borkenaus Überlegungen führten zur Überzeugung, daß „wir uns auch noch das Bild unserer reichen und vielfältigen Geschichte verdorben [haben], indem wir versuchten, sie – in eitler und unfruchtbare Nachahmung der englischen und französischen Geschichte – als einheitliche Geschichte eines einheitlichen deutschen Geistes- und Staatslebens zu schreiben“. Eine Gesamtkonzeption der deutschen Geschichte ist nur möglich, meint Borkenau, wenn die Uneinheitlichkeit der deutschen Entwicklung als ihr Grundprinzip verstanden und wenn dieses Grundprinzip auf die Grundspaltung in der deutschen Struktur zurückgeführt wird. „Diese Grundspaltung erschien zunächst, und auch noch im 19. Jahrhundert, als Gegensatz von Süd und Nord. Aber hinter dem nord-südlichen Gegensatz verbirgt sich ein tieferer: der ost-westliche.“ Und Borkenau fordert: „Eine deutsche Gesamtgeschichte, geschrieben unter diesem Aspekt, nicht vom Standpunkt des Westens oder des Ostens, nicht vom Standpunkt ihrer notwendigen Vereinigung oder ihrer notwendigen Trennung, sondern kurzweg im Namen des echten Verständnisses unserer Geschichte, eine Gesamtgeschichte, die diese fundamentale Ost-West-Spannung des deutschen Wesens in all ihren Phasen und Abwandlungen darstellt und zu verstehen versucht – das wäre eine naturgemäße Aufgabe für diese unsere dies irae, das wäre ein Stück in die Zukunft weisender Besinnung.“¹⁵

Immer wieder kehrt Borkenau zu der These zurück: „Wir sind nicht in demselben Sinne eine Einheit, wie die Nationen, die Nationalstaaten des Westens es sind. Wir gehören mit unserer einen Hälfte der südeuropäischen, mit unserer anderen der nordeu-

¹⁵ Ebda, 85–90, 107.

ropäischen Welt an; daher vor allem unsere konfessionelle Spaltung. Schlimmer ist, daß sich hinter dem nord-südlichen Gegensatz in unserer Geschichte auch noch ein viel tieferer ost-westlicher verbirgt ... daß zwar Westdeutschland ein echter und eindeutiger Bestandteil des Abendlandes war, Ostdeutschland aber nicht im selben Sinne Bestandteil des Ostens ist.“¹⁶

Borkenau formulierte diese Auffassungen Ende 1947, noch ohne Kenntnis der politischen Sonderentwicklungen, die für uns historische Realität geworden sind. Er schrieb im Deutschland der vier Besatzungszonen, in einer Atmosphäre, in der die Zunft der politischen Historiker den deutschen Nationalstaat noch als ein niedergeworfenes, aber im Kern unzerstörtes Element der deutschen Geschichte festhielten. Da mußte es wie Häresie klingen, wenn Borkenau postulierte: „Wir schufen niemals einen echten deutschen Nationalstaat. Erst schufen wir an seiner Stelle ein Großpreußen. Als das zerfiel, versuchten wir, an Stelle eines Nationalstaats, zur Überwindung unserer Zerrissenheit, ein Weltreich zu schaffen. Hier schlug, nach langer Inkubationszeit, unsere innere Krankheit nach außen ... – als Folge ist der deutsche Staat, ist unser Ansatz zum Nationalstaat endgültig zerschlagen.“¹⁶

Der Ost-West-Konflikt – Westintegration und Bedrohung aus dem Osten: – zur Kontinuität der personellen Zusammensetzung und der institutionellen Struktur der deutschen Geschichtswissenschaft über den Zusammenbruch von 1945 hinaus läßt sich auch noch eine Kontinuität in der Überzeugung feststellen, daß nämlich die ererbten Traditionen eines abendländischen christlich-freiheitlichen Denkens gefährdet, ja bedroht seien von den uniformen, östlichen kollektivistischen Haltungen.

„Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß wir von ‚unserer ererbten geistigen Tradition‘, ‚den typischen Werten der abendländischen Kultur‘, oder, einfacher, von ‚unserer abendländischen Tradition‘, ‚unseren abendländischen Werten‘, ‚unserer abendländischen Kultur‘ lesen oder hören. Seit dem Ende des Krieges ist kein Gedankengang mehr Gemeinplatz geworden, keiner ist uns mit größerer Ausdauer in die Ohren trumpetet worden“, schrieb Geoffrey Barraclough schon 1947 und fügte seine Bedenken gegen die Art an, wie aus dieser Betonung der abendländischen Werte gefolgt wird, „daß die bleibenden Werte und Traditionen der Kultur in einer einmaligen Art an das Abendland gekettet sind. Diese Anschauung unterschätzt nicht nur die Bedeutung der unabhängigen Kulturen des Orients, sondern sie führt auch eine unheilvolle Trennung zwischen den östlichen und den westlichen Ländern in Europa ein mit Deutschland als einer Art ‚Niemandsland‘ in der Mitte.“¹⁷ Die „Kontinuität in der europäischen Tradition“ hieß der Aufsatz, dem dieses Zitat entnommen ist, und „History in a changing world“ war der Titel des Sammelbandes, in dem dieser Aufsatz veröffentlicht worden war. Barraclough glaubte, ein paar Jahre später einen „Wandel in der Orientierung“ der Geschichtswissenschaft orten zu können, von der „kurzsichtigen Konzentration auf Europa und auf europäische Mächte“ abzurücken¹⁸. Doch für

¹⁶ Ebda.

¹⁷ Geoffrey Barraclough, Geschichte in einer sich wandelnden Welt (Göttingen 1957) 39.

¹⁸ Ebda, 162.

die deutschen Historiker wie Publizisten jener Jahre war das Bewußtsein des Wandels überlagert vom Trauma des Zusammenbruchs – und nicht nur für die Deutschen: Während Meinecke von der „deutschen Katastrophe“ sprach und andere Historiker vom „Trümmerfeld der Geschichte“, so publizierte Sir Lewis Namier über die „Vanished Supremacies“ und Hajo Holborn über den „Zusammenbruch des europäischen Staatensystems“, man sprach vom „Abschied von der Geschichte“, und für viele meiner Generation war das faszinierendste Buch jener Zeit Karl Jaspers’ Suchen nach „Ursprung und Ziel der Geschichte“, – nicht zuletzt vielleicht deshalb, weil es den Blick hinauslenkte aus der nationalen Enge, in der die Zukunft der deutschen Geschichtswissenschaft weiterhin befangen blieb (während die österreichische Geschichtswissenschaft sich noch stärker zu verengen begann). Gerhard Ritter hatte 1949 auf dem Münchener Historikertag die „Erhebung über die Enge einer rein nationalen Geschichtsbetrachtung“ gefordert¹⁹, Hermann Heimpel glaubte auf dem Marburger Historikertag 1951 bekunden zu können, daß die deutsche Geschichtswissenschaft sich neuen Strömungen und Tendenzen öffnet, daß als Zeitgeschichte „die Historie als politische Wissenschaft das Ohr an der Gegenwart hat“ und in der „Sektion ‚Soziologie‘ echte Begegnung mit der westlichen wie östlichen Außenwelt erstrebt“ wird, ja noch mehr, „die deutsche Historie strebt aus nationaler und europäischer Enge, so weit sie darin befangen war, in die zeitgemäße Weite der Welt“²⁰. Es war in diesem Klima der aus dem nationalen Denken hinausstrebenden Bemühung um eine neue Sinndeutung der Welt, daß Jaspers’ Interpretation der „Achsenzeiten“ und seine Ausweitung des Geschichtsbildes so anregend wirkte. „Es gab bisher noch keine Weltgeschichte, sondern nur ein Aggregat von Lokalgeschichten“, meinte Jaspers²¹. Und in der Ausweitung des Bildes durch Einbeziehung von China, Indien, all der außereuropäischen Kulturen in ihrer Eigenständigkeit und ihrem Eigenwert, gab seine Deutung der historischen Stellung des Abendlandes ein Selbstwertgefühl zurück, das in dem Trauma der Niederlage, in der geistigen Verunsicherung der Jahre um 1945 verloren gegangen war: „die Wissenschaft mit ihren Folgen in der Technik“ – das ist die welthistorische Leistung des „Abendlandes“ … „Das Abendland gibt der Ausnahme Raum“²² – mit diesem Kernsatz schien Jaspers uns damals einen Schlüssel zu geben für die historische Forschung: die Rückbesinnung auf das, was Europa in der Neuzeit alle anderen Kulturen hat überflügeln lassen, schien Aufgabe des Historikers, wenn er den Weg aus der „deutschen Katastrophe“ weisen sollte. Und warnend formulierte Jaspers das Problem der Gegenwart: „Die Welt ist europäisch geworden durch Aufnahme europäischer Technik und europäischer nationaler Forderungen, und wendet

¹⁹ Gerhard Ritter, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag am 20. Deutschen Historikertag in München am 13. September 1949, abgedruckt bei: Manfred Asendorf, Aus der Aufklärung in die permanente Restaurierung. Geschichtswissenschaft in Deutschland (Hamburg 1974) 350–372.

²⁰ Bericht über die 21. Versammlung deutscher Historiker in Marburg/Lahn. 13.–16. September 1951 (Beiheft zur Zeitschrift Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Stuttgart o. J.) 5.

²¹ Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte (Ungek. Neuausgabe, München 1963) 45.

²² Ebda, 90.

beides mit Erfolg gegen Europa. Europa ist, als das alte Europa, nicht mehr beherrschender Weltfaktor. Es ist abgetreten, überflügelt durch Amerika und Rußland, von deren Politik das europäische Schicksal abhängt, – wenn Europa nicht im letzten Augenblick sich zusammenfindet und stark genug wird, sich in Neutralität zu halten, wenn ein neuer Weltkrieg den Planeten in die vernichtenden Stürme bringt.“²³

„Abschied von der bisherigen Geschichte“ hat damals nicht nur Alfred Weber gefordert, dieser allgemeinen Stimmung gab auch der britische Historiker Barraclough in einem Aufsatz im „Listener“ (übersetzt im „Merkur“), 1954 erschienen²⁴, Ausdruck, einer Betrachtung, die für unsere Fragestellung deshalb von Bedeutung ist, weil Barraclough die deutsche Wurzel des bis zum Zweiten Weltkrieg gültigen europäischen Geschichtsbildes bloßlegte: „Die Anschauung von der europäischen Geschichte, die in England und Deutschland (weniger vielleicht in Frankreich) allen wesentlichen historischen Werken zugrunde liegt, geht auf den großen deutschen Historiker Leopold von Ranke zurück“, heißt es da, und „die europäischen Historiker hatten so lange in europäischen Begriffen gedacht, daß ihnen der Gedanke an ein Ende des europäischen Zeitalters unfaßbar war. Sie sprachen und sprechen noch ... von den Jahren zwischen 1870 und 1890 als von dem ‚Zeitalter Bismarcks‘.“ Barraclough ging in seiner Kritik am „europäischen Geschichtsbild“ von der Überzeugung aus, daß „der russische Sieg von Stalingrad 1943 eine totale Revision des europäischen Geschichtsbildes unerlässlich gemacht hat“²⁵.

1943 – nicht nur das Jahr der Entscheidung für den Zweiten Weltkrieg, sondern auch das des Wendepunktes für eine Neuorientierung des Geschichtsbildes? Nun ist es auffallend, daß tatsächlich in der Mitte des Zweiten Weltkrieges, im Augenblick der größten Machtentfaltung des nationalsozialistischen Imperialismus sich eine Hinwendung zu einer übernationalen Interpretation der Geschichte feststellen läßt. Wenn der nationalsozialistische Historiker Karl Richard Ganzer in einem Buch 1941 „Das Reich als europäische Ordnungsmacht“ zu deuten versucht, so ist die propagandistische Zielsetzung des Dienstes des Historikers in politischer Mission offenkundig. Aber es klingen in Ganzers Überspitzung doch Überlegungen an, deren Echo in dem europäisch-atlantischen Geschichtsbild der Nachkriegszeit dem feinfühlig Hörenden immer wieder in Erinnerung kommen, wie etwa, wenn Ganzer davon spricht, daß „die charismatische Bereitschaft zu europäischer Verantwortung... als eine der stärksten bewegenden Kräfte schon am Anfang der deutschen Geschichte“ steht²⁶. Oder wenn er auf die selbstgestellte Frage, was denn das „gestalterische Prinzip dieses besonderen deutschen Typus ‚Reich‘“ sei, die Antwort gibt: „Der deutsche Kern organisiert kraft seiner höheren politischen Potenz um sich als bestimmende Mitte eine Gruppe andersgearteter Räume, die völkisch durchaus eigenständig sein können, zu einer politischen Gemeinschaft“, wodurch seiner Meinung nach „die natürliche Gliederung Europas er-

²³ Ebda, 104.

²⁴ Barraclough, 198–216.

²⁵ Ebda, 199, 210, 213.

²⁶ Karl Richard Ganzer, Das Reich als europäische Ordnungsmacht (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland, Hamburg 1941) 106.

reicht“ wird. Sie findet ihren klarsten Ausdruck darin, daß, im großen gesehen, das Reich den europäischen Westen als eine außerhalb seiner aktiven Rauminteressen liegende Zone betrachtet, hingegen den europäischen Osten, der kein eigenes staatliches Gebilde von überzeugender Sicherheit hervorgebracht hat, seiner Gestaltung unterstellt; „das südliche Mitteleuropa, Italien, erscheint in den großen Zeiten der Reichsgeschichte dem Reich koordiniert“²⁷. Und natürlich war diesem so organisierten Reich die historische Aufgabe des Schutzes Europas vor den Barbaren, die aus dem Ostenandrängen, zugeschlagen.

Auf die „Nähe zu Ganzers Vorstellungen“ hat schon Hermann Graml hingewiesen, als er 1966 die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes untersuchte und aufzeigte, wie sehr die Vorstellung der „deutschen Führung“ Europas, eines „Auftrags zum Reich der Ordnung und der Völkerbefriedung im europäischen Raum“, vom „Abendland unter deutscher Führung“ und von der besonderen Stellung eines gesunden, lebenskräftigen Deutschland gegenüber dem bolschewistischen Russland in den ersten Kriegsjahren die Denkschriften der konservativen Widerstandsgruppen kennzeichneten²⁸. Daß die Forderung nach deutscher Führung Europas seit der Jahreswende 1941/42 zurücktritt und, wie es Graml formulierte, „die Vorstellung eines europäischen Bundes“ stärker in die Diskussion eingeführt wird, mag ebenso auf die Rückwirkungen der militärischen Lage wie auf die Verbindung der konservativ-preußischen Widerstandsgruppen mit den Kreisauer Denkern zurückzuführen sein. Doch der Europagedanke des deutschen Widerstandes blieb auf die Funktion eines deutschen Reiches zentriert, und er hat sich nie von seiner Bindung an die Aufgabe der Abwehr östlicher Gefahren zu lösen vermocht. Der Aufsatz, den Ulrich von Hassel im Dezember 1943 in den „Monatsheften für Auswärtige Politik“ veröffentlichte, wäre es wert, über die kurze Darlegung von Hermann Graml hinaus in seiner eigentümlichen Mittlerfunktion zwischen nationalsozialistischen Europavorstellungen, Konzeptionen des konservativen Widerstandes und westeuropäisch-angelsächsischer Europadiskussion analysiert zu werden, die in seltsamer Weise die verschiedensten ideologischen und machtpolitischen Interpretationen durch das Bindemittel eines militäritanten Antibolschewismus zu vereinen vermögen²⁹.

„Die Meldungen aus aller Welt lassen erkennen, daß ein Aufbruch Gesamteuropas gegen den Bolschewismus zu verzeichnen ist, ... Europa marschiert gegen den gemeinsamen Feind in einer einzigartigen Solidarität und steht gewissermaßen gegen den Unterdrücker jeder menschlichen Kultur und Zivilisation auf. Diese Geburtsstunde des neuen Europa vollzieht sich ohne Forderung und Zwang deutscherseits“ – heißt es in einer vertraulichen Information des Propagandaministeriums für die Presse von 1941, die Paul Kluge in seinem Aufsatz über die „Nationalsozialistische Europa-

²⁷ Ebda, 86.

²⁸ Hermann Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, hrsg. v. Walter Schmitthenner und Hans Buchheim (Köln 1966) 15–72.

²⁹ Ulrich von Hassel, Ein neues europäisches Gleichgewicht?, in: Monatshefte für Auswärtige Politik Nov./Dez. (1943) 697 ff. Vgl. Graml, 63–65.

ideologie“ veröffentlicht hat³⁰. Heinz Gollwitzer hat in seinem Werk über „Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts“ darauf aufmerksam gemacht, wie in „einem bestimmten Stadium der Entfaltung“ die faschistischen Parteien „mit dem Anspruch nicht bloß nationaler, sondern auch europäischer Erneuerung“ hervorgetreten sind. Schon 1932 veranstaltete Mussolini in Rom einen Europakongress, und der Gedanke der europäischen Neuordnung wurde unstreitig vom Nationalsozialismus für seine imperialistischen Ziele missbraucht. Und doch ist Gollwitzer zuzustimmen, wenn er in seinem Buch zur Differenzierung mahnt und sagt: „Nicht richtig wäre es indessen, deswegen alles, was sich zwischen 1933 und 1945 in Deutschland an wissenschaftlichen und literarischen Bemühungen um den Europabegriff feststellen läßt, von vornehmerein als tendenziös abzutun. Wie in den Heeren der Achsenmächte nicht wenige gutgläubige junge Männer für Europa zu kämpfen vermienten, so erschien auch manchem Angehörigen der Intelligenz der Begriff ‚Europa‘ als eine Hoffnung inmitten des Kriegsgeschehens.“³¹ Gollwitzer selbst ist Zeuge für diese Haltung, hat er doch die Arbeit an seinem Buch im Jahre 1944 begonnen und 1949 abgeschlossen (unter den widrigen äußeren und wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen, an die zu erinnern in einem Kolloquium, das sich mit dem Problem der Geschichtswissenschaft in der Nachkriegszeit befaßt, nicht vergessen werden sollte).

Gollwitzer wandte sich 1944 der Erforschung des Europagedankens zu, in Italien hat Federico Chabod 1943–44 an der Universität Mailand Vorlesungen über die Geschichte des Europagedankens gelesen, die er in den Jahren 1947 und 1948 in erweiterter Form wiederholte³². Machiavelli, Montesquieu und Voltaire stehen im Vordergrund seiner Untersuchungen, und die Begriffe „Freiheit“ und „Dynamismus“ erscheinen als die charakteristischen Wesenszüge Europas, zu denen seit der Romantik noch der Nationsbegriff als konstituierendes Element tritt: „Die europäische Kultur kann nur insofern existieren, als es viele Nationalkulturen gegeben hat und noch gibt... das Zusammenwirken von Besonderem und Allgemeinem, von Nation und Europa ist also glücklich erreicht worden.“³³ – „Auf der Vereinigung dieser drei Elemente – des demokratischen, des liberalen und des nationalen – beruht die politische Kultur der atlantischen Völker“, hat Franz Schnabel fast zur gleichen Zeit in einem Vortrag über die „Revolution von 1848 und die deutsche Geschichte“ gesagt³⁴. Und was bei Schnabel selbstverständlich ist, daß die christliche Religion die Basis des Europagedankens ist, das hat Chabod unter Berufung auf Benedetto Croce ebenso betont: „Wir können nichts anderes sein, auch wenn wir nicht praktizierende Gläubige sind; das Christentum hat auf unauslöschliche Weise unser aller Denken und Fühlen geformt... Auch

³⁰ Paul Kluge; Nationalsozialistische Europaideologie, in: *Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955) 259; Anm. 90.

³¹ Heinz Gollwitzer, *Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts* (München 1964) 6, 7.

³² Federico Chabod, *Der Europagedanke. Von Alexander dem Großen bis Zar Alexander I.* (Urban-Bücher 71, Stuttgart 1963).

³³ Ebda, 115.

³⁴ Schnabel, 192.

den sogenannten ‚Freidenkern‘, auch den ‚Antiklerikalen‘ ist es nicht möglich, diesem gemeinsamen Schicksal des europäischen Geistes zu entfliehen.“³⁵

Christopher Dawson hat in seiner Interpretation von „Europa: Idee und Wirklichkeit“ diese religiöse Basis des Europagedankens zum Kernpunkt seiner Betrachtung erhoben: „Europa ist nicht eine politische Schöpfung; es ist eine Gesellschaft von Völkern, die den gleichen Glauben und die gleiche sittliche Wertordnung besaßen.“³⁶

In der Vielfalt seiner kulturellen und politischen Gliederung sieht Dawson den Grundcharakter Westeuropas, an deren Stelle in Osteuropa die Gleichförmigkeit tritt, „die Masse übernimmt die Rolle des Individuums“³⁷. Und doch sieht er in der „kulturellen Abtrennung Osteuropas vom Abendland [...] die verhängnisvollste Erscheinung der Nachkriegszeit. Die neue interkontinentale Mächtegruppierung schneidet wie ein Messer durch Europa – und nicht allein durch Europa, sondern der Schnitt geht mitten durch Deutschland und Österreich. So kommt es, daß Ostdeutschland zu demselben politischen Block wie China gehört, während Westdeutschland den Weg Nordamerikas, Australiens und Japans geht.“³⁸ Christopher Dawson, der Westeuropäer, hat wenige Jahre später das Vorwort zu einer kleinen, aber umso gewichtigeren Studie geschrieben, die ein Osteuropäer zum Thema „Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte“ verfaßt hat – soferne man Oscar Halecki mit dem simplifizierenden Etikett „Osteuropäer“ versehen darf, jenen aus Polen stammenden Weltbürger, der seine katholische Erziehung in Wien erhalten hatte und sein Buch über Europa aus Gedanken zusammenstellte, die er über 25 Jahre hinweg in Brüssel, Oslo, Wien, Warschau und zuletzt als Professor an der Catholic University in Washington im Rahmen der American Historical Association in Vorträgen präsentierte. Was Dawson für die politische Entwicklung befürchtete, die Teilung Europas in West und Ost, dem wirkte Halecki als Historiker entgegen, indem er den europäischen Osten als integralen Bestandteil der europäischen Tradition zu erklären versuchte. Der Gedanke einer Periodisierung der europäischen Geschichte in die Abfolge von ozeanischen und kontinentalen Perioden, die auf die Mittelmeerperiode nach Abstoßung der afrikanischen Küsten die Eingliederung des kontinentalen Ostens brachte, welcher seit den Entdeckungen des 15. Jahrhunderts die Einbeziehung der jenseits des atlantischen Ozeans liegenden Küsten folgte, ist sicherlich vom Lebensweg des Autors her mitgestaltet und sollte doch noch über diesen persönlichen Hintergrund hinaus in seiner historischen Gültigkeit beachtet werden: „eine lange, ununterbrochene Flut von Einwanderungen aus praktisch allen Ländern der Alten Welt, ... hatte in Amerika ein neues Europa geschaffen, bevor noch das alte dahin ging. Es ist keine Übertreibung, wenn man die westliche Hemisphäre im Ganzen Neu-Europa nennt, gerade so wie ein kleiner Teil der ursprünglich englischen Kolonien heute noch Neu-England heißt und viele amerikanische Städte einen alten europäischen Namen mit der Beifügung ‚Neu-‘ erhielten. Denn das gesamte Erbe der europäischen Kultur, die ihrerseits das wohlbewahrte Erbe der mediterranen, griechisch-römischen Zivilisation und die gesamte

³⁵ Chabod, 135.

³⁶ Christopher Dawson, Idee und Wirklichkeit (München 1953) 25.

³⁷ Ebda, 52.

³⁸ Ebda, 83.

christliche Tradition in Form all der verschiedenen Bekenntnisse in sich schloß, wurde auf die andere Seite des Atlantischen Ozeans gebracht. ...“ Für Halecki „[beschränkt] sich die Zugehörigkeit zur atlantischen Gemeinschaft nicht auf Länder an der Atlantikküste ...: der Atlantische Ozean ist lediglich die geographische Mitte eines viel weiteren Raumes... Obwohl das Atlantische Zeitalter erst begonnen hat, ist es bereits klar, daß es mehr mit dem Europäischen Zeitalter gemein haben wird, als dies letztere mit dem Mediterranen gemein hatte.“³⁹

Günther Stökl konnte es sich, als er Haleckis Buch 1951 in der Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ – einem von den Historikern viel zu wenig beachteten Spiegel der intellektuellen Gärung der Nachkriegszeit – rezensierte, nicht versagen, auf den fast pathologischen Zug hinzuweisen, den die Beschäftigung mit dem Thema „Europa“ genommen hatte: „Erst dem Kranken wird der eigene Körper zum Problem. Kaum je ist mit solchem Ernst Begriff und Wesen ‚Europa‘ in allen seinen Bedeutungsnuancen durchdacht worden, wie in unseren Tagen von Christopher Dawson, Arnold J. Toynbee, Gonzague de Reynold bis zu Friedrich Heer.“⁴⁰

Stökl hätte eigentlich auch noch den Namen Otto Brunner hinzufügen müssen, der im gleichen Jahrgang von „Wort und Wahrheit“, wenn auch erst gegen Ende des Jahres, das Problem einer „europäischen Sozialgeschichte“ untersuchte und abweichend von der Europaeuphorie westlicher Historiker weit mehr die Grenzen der Europäischen Geschichte als ihre Gliederung aufzeigte: „Es ist uns heute nicht mehr möglich, Geschichte Europas als ‚Weltgeschichte‘ im alten Sinn zu schreiben. Denn heute ist Europa weder wie einst mit der Christenheit identisch, noch mit der ‚zivilisierten‘ Welt... Dieser Zustand macht notwendigerweise einem Denken ein Ende, dem europäische Geschichte Geschichte schlechthin war und erlaubt nicht mehr, alle außereuropäische Geschichte an jener zu messen. Er zerstört eine einlinige Konstruktion der Weltgeschichte etwa als eines kontinuierlichen Fortschrittsprozesses... Damit kann aber die europäische Geschichte ... nicht mehr als das allein gültige und vorbildliche Normalschema angesehen werden.“⁴¹

In einer Neufassung dieses Aufsatzes, die Brunner dann auf dem Bremer Historikertag 1953 vorgetragen hat, hat Brunner eingeschränkt, daß er den Begriff „Europa“ „als Bezeichnung der westlichen Christenheit, des Abendlandes, also in einem historischen, nicht im geographischen Sinn“ verstehe⁴², seinen Europabegriff als „Abendland“ von der historischen Entwicklung des Ostens abgegrenzt hat. Stökl hatte in seiner Halecki-Besprechung schon recht, wenn er darauf hinwies, daß das ganze „Gespräch mehr oder minder im europäischen Westen geführt wird“, und daran die Frage anschloß, ob „so nicht wiederum die europäische Einheit gefährdet wird, deren rechter

³⁹ Oskar Halecki, *Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte* (Darmstadt 1957) 47, 48, 50.

⁴⁰ Günther Stökl, Rezension von O. Halecki, *Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte*, in: *Wort und Wahrheit* 6 (1951) 69.

⁴¹ Otto Brunner, Probleme der europäischen Sozialgeschichte, in: *Wort und Wahrheit* 6 (1951) 744.

⁴² Otto Brunner, *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte* (Göttingen 1980) 84.

Inhalt ja zur Diskussion stünde“⁴³. Die „Ausschaltung des Ostens“ wurde noch deutlicher auf dem Internationalen Gelehrtenkongreß, der im März 1955 am Institut für Europäische Geschichte in Mainz zum Thema „Europa – Erbe und Aufgabe“ veranstaltet wurde: zu dem Kongreß waren Gelehrte und Publizisten aus allen westeuropäischen Ländern, aus den USA und aus Kanada eingeladen, aber kein einziger Osteuropäer, nur Vertreter des Faches „Osteuropäische Geschichte“. Und Martin Göhring machte in der Einleitung zu dem Sammelband, in dem die Referate veröffentlicht wurden, deutlich, daß das Anliegen des Kongresses weit mehr ein politisches als ein historiographisches war: Europa wurde von ihm – er zitierte A. Bergsträsser – als „geistig-kultureller Begriff mit kaum absteckbarer Spannweite“ definiert; „Er ist überall dort, wo die von ihm geprägten Normen des Denkens und Handelns, wo seine geistige Welt als verbindlich anerkannt wird, wo kirchliche Denk- und Lebensform, interkonfessionelle Kulturgesinnung und Humanität klassischer Art zusammenwirken ... Dieser Bereich ist geographisch nicht mehr zu erfassen“⁴⁴, Amerika gehörte zu dieser Gemeinschaft, doch „im Bolschewismus ist die absolute Antithese zum echt Europäischen gegeben“. Immerhin stellte Göhring fest, daß die bolschewistische Ideologie „diese Pseudoreligion, letzte, radikale, bindungslose Folgerung aus geistigen und sozialen Erscheinungsformen der neuzeitlichen europäischen Entwicklung ist“. Es läßt sich nicht erkennen, daß diese Tagung von einer seltsamen Widersprüchlichkeit geprägt ist; wenn Göhring den Bolschewismus als ein Ergebnis einer europäischen Geistesentwicklung sieht, so nennt Rüstow durchaus folgerichtig den Marxismus und Bolschewismus eine „Bedrohung von innen“, denn er sei „ein Produkt der abendländischen Geistesentwicklung selber“⁴⁵. Doch daß man konsequenterweise dann die Auseinandersetzung mit dem Marxismus in die Diskussion von Erbe und Aufgabe Europas einbeziehen müßte, davor scheute man zurück. Zur Tagung waren keine Marxisten eingeladen, und so war es ein leichtes, die „Bedrohung von innen“ zu einer „Bedrohung von außen“ umzudeuten: die östlichen Staaten wurden auch in der historischen Betrachtung und nicht nur aus dem neuen Europa ausgeschlossen.

Abendländisches Denken als Antithese zum Kommunismus – Christopher Dawson hat es in die Formel geprägt: „Western Democracy and Eastern Soviet Communism are both European in origin, but neither of them has its centre in Europe: one is Eurasien and the other Euroamerican.“⁴⁶ Werner Berthold hat recht, wenn er die Eingliederung Westeuropas in das politische System der USA mit dem „nebulosen“ Begriff „christliches Abendland“ verklärt sieht⁴⁷, aber interessanterweise wird in der historisch-ideologischen Rechtfertigung des Abendland-Mythos, den Berthold in seiner sozioökonomischen Bindung an das kapitalistische System richtig erkannt hat, nie ökonomisch, nicht einmal politisch, sondern immer nur idealistisch, geistesgeschichtlich von den Historikern argumentiert. Selbst als auf der Berliner Vortragsreihe 1958/59 über die Frage „Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Ge-

⁴³ Wort und Wahrheit 6 (1951) 69.

⁴⁴ Europa. Erbe und Auftrag. Internat. Gelehrtenkongreß, hrsg. v. M. Göhring (Mainz 1956).

⁴⁵ Ebda, 12.

⁴⁶ Christopher Dawson, The Making of Europe (1934) 31.

⁴⁷ Werner Berthold, ... grosshungern und gehorchen... (Berlin 1960) 12.

schichte“ diskutiert und die Wiederherstellung der deutschen Einheit gewissermaßen als europäische Verpflichtung postuliert wurde, waren ausschließlich traditionell geistes- und politikgeschichtliche Argumente, waren Macht- und Herrschaftsgeschichte Basis der historischen Argumentation⁴⁸. Doch ein Aspekt der Betrachtung der deutschen Geschichte hatte sich zwischen den ersten deutschen Historikertagen und der Berliner Vortragsserie von 1958/59 verändert: in Marburg war das Problem der deutschen Geschichte noch die Überwindung des Kriegstraumas gewesen, damals wurde von Dehio deutsche Geschichte und nationale Geschichte als Hegemonialgeschichte gesehen – je mehr die Bundesrepublik sich in den Hegemonialbereich der USA integrierte, desto zwingender wurde dieser Aspekt des Geschichtsbildes aufgegeben.

Die Wendung vom nationalen – wenn auch kritischen, bis zur nationalen Selbstzerfleischung reichenden – Geschichtsbild zum europäisch-atlantischen Geschichtsbild ist ohne Schwierigkeit in Parallele zu setzen zur politischen Integration der Bundesrepublik in das atlantische Bündnissystem. Die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1948 muß im Kontext der Ost-West-Beziehungen gesehen werden. Wenn Josef Becker auf einer Tagung über die Deutsche Frage das Problem der Ost-West-Orientierung der Bundesrepublik als außenpolitisches Problem untersucht, so sollte diese seine Argumentation auch auf das Feld der deutschen Geschichtswissenschaft übertragen werden, die sich in der Bundesrepublik nach 1945 ohne zu zögern in dreifacher Weise in eine westeuropäische atlantische Gemeinschaft integriert: 1) in persönlichen Kontakten, 2) in der Themenstellung und 3) in der ideologischen Grundhaltung. Es ist – heute im wissenschaftlichen Rückblick wertend gesehen – auffallend, mit welcher Leichtigkeit sich die deutsche Geschichtswissenschaft, kaum daß sie sich aus einer ideologischen Bindung hatte lösen können und müssen, sofort wieder in den Dienst einer – bzw. zweier – Ideologien stellt. Mit der gleichen Bereitschaft, mit der sie die nationale Einigung aus der Vergangenheit heraus zu legitimieren versucht hatte, wird nun mit Hilfe des europäisch-atlantischen Geschichtsbildes die neue politische Machtkonstellation aus der Vergangenheit erläutert, ja noch mehr: eine neue Kampfstellung gegen den Osten bezogen. Die Intensität, mit der die „abendländischen“ Traditionen der Vielfalt und des Christentums als Grundelemente einer atlantischen Gemeinsamkeit interpretiert wurden und dem uniformen, orthodoxen, d. h. jetzt kommunistischen Osten gegenübergestellt wurden, führte zu einer Art „eiserinem Vorhang des Geschichtsbildes“, der die Tradition des Ostens herausdestillierte aus dem europäischen und nun atlantischen Geschichtsbild und es isolierte in den Sonderbereich der „osteuropäischen Geschichtsinstitute“. Die deutsche Geschichtswissenschaft öffnete sich – die Historikertage in München, Marburg, Bremen, Ulm demonstrierten das – dem Westen gegenüber, man übernahm die von mir skizzierten europäisch-abendländischen Interpretationen, man diskutierte, wenn auch kritisch, die westlichen Einflüsse sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Art, wie etwa die Linien der „Annales“, aber man klammerte Marxismus und marxistische Geschichtsauffassung aus der fachwissenschaftlichen Diskussion aus, man rezipierte sie bestenfalls als Feindbild.

⁴⁸ Die deutsche Einheit als historisches Problem. Hrsg. v. Carl Hinrichs und Wilhelm Berges 1960 (Beiheft zu „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, Stuttgart 1960).

Jaroslav Kudrna

Zum nationalen und europäisch-atlantischen Geschichtsbild in der deutschen und westlichen bürgerlichen Historiographie

Es ist nicht zu bestreiten, daß das nationale und das atlantische Geschichtsbild in der deutschen bürgerlichen Historiographie mit der Niederlage des deutschen Faschismus zusammenhängt. Die Niederlage hat nämlich auch für manche Historiker die Unmöglichkeit offenbart, sich weiterhin an das Paradigma der Rankeschen Geschichtsschreibung zu halten. Es handelte sich nicht nur darum, daß sich diese Historiographie durch den deutschen Imperialismus und Faschismus kompromittiert hatte – hier ist nicht zu untersuchen, in welchem Ausmaß –, sondern daß die Rankeschen Kategorien nicht imstande zu sein schienen, neue grundlegende gesellschaftliche Umwandelungen zu erfassen. Außerdem wurde nun als Mangel dieser Geschichtsschreibung hervorgehoben, daß sie sich von den europäischen Zusammenhängen isoliert habe¹.

Dabei gab es zuerst keine Möglichkeit, neue Vorbilder in der deutschen bürgerlichen Historiographie unmittelbar vor 1945 zu finden. Das stand im schroffen Gegensatz zu der italienischen Historiographie nach 1945, die sich nicht nur auf oppositionelle Strömungen aus der faschistischen Ära zu berufen vermochte (Croce, Russo, Omodeo), sondern die auch einige Stützen im Marxismus finden konnte. Ich werde deshalb im folgenden auf vergleichbare Aspekte beider Historiographien aufmerksam machen.

Wie bekannt, gab es nach 1945 in der deutschen bürgerlichen Historiographie den Versuch einer Revision des Geschichtsbildes, der sich unter anderem methodologisch und weltanschaulich auf Burckhardt berief. Von bürgerlicher Seite (H. Heimpel²) wurde das später so motiviert, daß damit die Historiker der Tatsache entrinnen wollten, zur Zeit des deutschen Faschismus in der Rankeschen Tradition auch bewußt oder unbewußt den nationalsozialistischen Mythos übernommen zu haben.

¹ Von der umfangreichen Literatur zitiere ich *Gerhard Lozek, Werner Berthold, Heinz Heitzer, Helmut Meier, Walther Schmidt, Unbewältigte Vergangenheit* (Berlin 1977); *Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart* (München 1971). Ich berufe mich hier hauptsächlich auf die Ergebnisse, zu denen ich in meiner Arbeit, *Historie, Philosophie, Politika v NSR* (Prag 1964) gelangt bin.

² *Hermann Heimpel, Geschichte und Geschichtswissenschaft*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitschichte* 3 (1957).

Faktisch gab es an diesem neuen Ausgangspunkt gewisse Möglichkeiten nicht nur für die Verallgemeinerung des herrschenden Krisenbewußtseins, sondern auch für eine Revision des Geschichtsbildes, die zu dieser Zeit mit einem Staat nicht rechnen konnte. So sollte zuerst der Weg vom eklatanten Nationalismus zum christlich-europäischen Geschichtsbild führen. Dies ist aber nur eine Seite des Problems. Die Kehrseite davon ist, daß man auch den Faschismus als gesamteuropäisches Problem interpretierte und daß man die Verantwortung für das Entstehen von Gewalt in der Welt des 20. Jahrhunderts auf die industrielle westeuropäische Revolution und auf die Französische Revolution zu verschieben suchte.

Erst an dritter Stelle hat man die liberalen Vorstellungen des west-europäischen Geschichtsbildes aufgenommen, mit denen man auch Kritik an einigen Traditionen der preußischen und deutschen Geschichte übte. Unter diesem Aspekt wurde z. B. Friedrich II. kritisiert; er habe das freiheitliche bürgerliche Leben unterdrückt und das preußische militärische Prinzip verstärkt. Auf der anderen Seite wurde aber bei der Revision auch der Versuch unternommen, aus Bismarck einen Europäer zu machen.

Methodologisch sollte diese Revision etwa folgende Auswirkungen haben: Statt auf dem Prinzip der Kontinuität zu beharren, das in der Rankeschen Historiographie vor 1945 dominierend war, wurden die Kategorien der Diskontinuität und des Zufalls eingeführt. Damit sollte – dies ist sicherlich nur einer der Aspekte – an der Verantwortlichkeit der herrschenden Klasse für die vorhergehende Politik gezweifelt werden. Es sollte dabei aber auch ein anderes Hauptprinzip der rankeanischen und neurankeanischen Historiographie, die Lehre vom Primat der Außenpolitik über die Innenpolitik, in Frage gestellt werden³.

Ideologisch sind folgende Grenzen dieser Konzeption zu sehen. Von den europäischen Revolutionen wird höchstens die englische Revolution als positiv anerkannt, da in ihr die Wurzeln des Liberalismus zu suchen seien. Im übrigen wird die Abwehrstellung gegen die Einflüsse der Französischen Revolution bejaht, und es wird – vielleicht nicht in voller Kenntnis des Zusammenhangs – auf Hegels These zurückgegriffen, daß in Deutschland und besonders in Preußen die Probleme, die in Frankreich auf revolutionäre Weise gelöst wurden, wegen der Reformation und des aufgeklärten rationalistischen Absolutismus auf andere Weise, das heißt auf dem Wege der Reformen, zur Sprache kamen. Dabei wird auch mit einem abschätzigen Unterton auf die klassenmäßige Verankerung der bürgerlich demokratischen Regierungsformen hingewiesen (R. Stadelmann⁴).

Die zweite Etappe dieses Umwertungsprozesses beginnt nach 1949, also kurz nach der Gründung der Bundesrepublik. Interessant ist dabei, daß es für einige Zeit zu dem Versuch kommt, die Rankesche Historiographie zu rehabilitieren, indem man auch in ihr die Möglichkeit erblickt, deutsche Geschichte in über nationale europäische Zu-

³ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (Wiesbaden 1946); Gerhard Ritter, *Geschichte als Bildungsmacht* (Stuttgart 1946).

⁴ Rudolf Stadelmann, *Deutschland und die westeuropäischen Revolutionen*, in: *Deutschland und Westeuropa, Aufsätze, Schloß Laupheim* (Württemberg 1948) 11–34.

sammenhänge einzugliedern. In seiner Geschichtsschreibung wird deshalb besonders der Gedanke des Gleichgewichts der europäischen Mächte hervorgehoben. Es werden an ihr nur jene Elemente kritisiert, die der Integration Deutschlands mit Europa entgegengesetzt waren, d. h. die Verabsolutierung der nationalen Idee, Ethisierung des Krieges und Idealisierung der Staatsmacht (W. Hofer). Praktisch bedeutet dies, daß von der Meineckeschen Revision, wie sie in seiner Schrift „Die deutsche Katastrophe“ zu Wort kam, nur Teilespekte aufrechterhalten blieben. Dies spiegelt sich besonders in G. Ritters Eröffnungsvortrag auf dem deutschen Historikertag 1949⁵. Ritter behauptete da, es sei die Aufgabe der deutschen Historiker, zum Universalismus zurückzukehren, einem Universalismus, der breiter sein sollte als der Universalismus von Ranke, und er ging sogar so weit, einige Elemente der Aufklärung zuzulassen, d. h. vor allem die Vertragstheorie des Staates, die Konzeption der einheitlichen Entwicklung des Menschengeschlechts und die aufklärerische Kritik, die zum Prinzip des einfachen Verstehens hinzutreten müsse.

Es handelt sich aber da zunächst um die kritische Seite und nicht um die Formulierung neuer Prinzipien. Es sollte nur bewiesen werden (L. Dehio)⁶, daß die alten Prinzipien der neurankeanischen Historiographie nur abgeschwächt, aber nicht abgebaut werden müssen. Es war, wie L. Dehio feststellte, nach dem Ersten Weltkrieg der Fehler der deutschen Historiker, daß sie die veränderte Lage nach 1918 nicht begriffen und mit alten Rankeschen Analogien arbeiteten. Auf der anderen Seite begnügt sich aber L. Dehio mit den Rankeschen Prinzipien, mit denen er z. B. die Deutung von zwei Weltkriegen geben wollte⁷.

Versuchen wir nun anzudeuten, wie sich die Anpassung der deutschen bürgerlichen Historiographie an das europäisch-atlantische Geschichtsbild in der Methodologie auswirkte. Es ist bekannt, daß Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre die neurankeanische Historiographie viele Zugeständnisse an die political science machen mußte. Bezeichnenderweise widersetzte sich nun auch G. Ritter dem älteren Grundsatz, daß sich die Geschichtsschreibung nicht mit der Gegenwart zu befassen habe, stellte sich aber auch gegen die politische Wissenschaft, die nur die Gegenwartsanalyse erstrebt; die Rankesche Historiographie könnte selbst dieser Aufgabe völlig genügen⁸. Dabei stellt sich Ritter gegen große Umwälzungen in der Methodologie und besonders gegen die Aufnahme des westeuropäischen Positivismus vom Typus der Annales-Schule, obwohl er auf der anderen Seite für die Verbreiterung der methodologischen Basis der Rankeschen Geschichtsschreibung plädiert, indem er betonte, es sollten in ihr andere Faktoren als nur diplomatische zugelassen werden, d. h. die Geschichtsschreibung sollte sich z. B. stark mit den Beziehungen zwischen Politik und Kultur befassen.

⁵ Gerhard Ritter, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft, Eröffnungsvortrag des 20. deutschen Historikertages in München, in: HZ (1949) 2 ff.

⁶ Ludwig Dehio, Ranke und der deutsche Imperialismus, in: HZ (1950) 308 ff.

⁷ Ders., Deutschland und Weltpolitik im 20. Jahrhundert (Wien 1955).

⁸ Gerhard Ritter, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft, in: HZ (1950) 1 ff.

Als Reaktion auf den westeuropäischen Positivismus erscheint schon teilweise bei Hofer, aber hauptsächlich bei Schieder die historische Typenlehre⁹. Es geht hier um eine Reaktion, die eigentlich schon seit Dilthey zu verfolgen wäre. Insbesondere bei Schieder ist die neue, andere historische Begründung der Notwendigkeit der Typenlehre in der Geschichtswissenschaft von Interesse. Die Einführung der Typen in die Geschichtswissenschaft sei aus dem Grunde nötig, weil sich die nationalen Individualitäten in Europa integrierten. Außerdem wird die Typenlehre vom Gesichtspunkt der Katastrophe – so wird die Niederlage des deutschen Faschismus 1945 bezeichnet – interpretiert. So wird nun schrittweise das Prinzip der Individualität durch sogenannte typische Vorläufer und Wirkungszusammenhänge ersetzt und es wird bezeichnenderweise in diesem Zusammenhang auf die Beschränktheit der Rankeschen Geschichtsschreibung hingewiesen. Es wird nun zugegeben, daß die Rankesche Geschichtsschreibung einseitig klassenmäßig bedingt war: es handele sich bei ihr um Geschichtsschreibung der adelspatrizischen Schicht und um eine negative Reaktion auf die Französische Revolution¹⁰.

Die weitere Abkehr von der Rankeschen Geschichtsschreibung sollte dann durch die Anwendung der Schemata von Toynbee (O. F. Anderle¹¹ und andere Historiker) – sicherlich eine klare Übergangsscheinung –, die aber mit dem Europabegriff und dem Weltbegriff der sogenannten atlantischen Zivilisation zusammenhing – und vor allem durch die Soziologisierung der Geschichtsschreibung bewirkt werden. Das Rankesche Prinzip der Kontinuität sollte nun durch das Prinzip der Diskontinuität, diesmal in der Form der industriellen Gesellschaft, ersetzt werden. Den weltanschaulichen Hintergrund dieser Tendenz kann man klar erkennen. Die soziologisierenden und generalisierenden Methoden sollten deshalb notwendig sein, weil man in der Gegenwart den Rahmen der nationalen Geschichte verlasse. Das Bestreben der Historiker sollte auf die Herauspräparierung der Konstanten einzelner Perioden, z. B. der strukturellen Elemente der japanischen, chinesischen und arabischen Geschichte hinzielen, was das Verständnis des europäisch-amerikanischen technisch-industriellen Zeitalters ermöglichen sollte. Die Geschichte hört dann auf, nur Schilderung dessen zu sein, was geschehen ist.

Es ist auffallend, daß dabei Conze viel schärfer vorgeht als z. B. Schieder, der seine Aufmerksamkeit vor allem auf die Beziehung des Staates zur industriellen Gesellschaft konzentriert. Dabei wird auch die Funktion des Staates neu gefaßt. Der moderne Staat wird neu dem industriellen Unternehmen angeglichen, in dem sich unterschiedliche Gruppen zu Wort melden.

⁹ Walther Hofer, *Geschichte zwischen Philosophie und Politik, Weltanschauung und Geschichtsbild in Deutschland* (Basel 1956); Theodor Schieder, *Der Typus in der Geschichtswissenschaft*, in: *Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit* (München 1960).

¹⁰ Werner Conze, *Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht* (Köln 1957).

¹¹ Othmar F. Anderle, *Theoretische Geschichtsbetrachtungen zur Grundlagenkrise der Geschichtswissenschaft*, in: *HZ* 185 (1958) 11ff.

Bevor wir einige Schlüsse aus dieser Entwicklung der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung ziehen, sei uns noch der Vergleich mit der Entwicklung der italienischen bürgerlichen Geschichtsschreibung nach 1945 erlaubt.

Mehr als in der deutschen konnte in der italienischen bürgerlichen Historiographie das Prinzip der Kontinuität mit der Geschichtsschreibung der Vorkriegszeit akzentuiert werden, da man diese Historiographie, vielleicht mit Ausnahme von Volpe, als antifaschistisch hinstellte, was selbstverständlich problematisch ist. Außerdem konnten sich italienische Historiker auf Croce berufen, der von einem europäischen Geschichtsbild ausging und durch seine liberal-konservative Einstellung Auswüchse des bürgerlichen Nationalismus zu bremsen vermochte. In der Entwicklung der italienischen Historiographie nach 1945 sollte es sich also nicht um Diskontinuität, sondern um Akzentverschiebung besonders in Richtung Sozialgeschichte handeln. Interessanterweise wurde dieser Übergang anfangs nicht durch die italienische Wirtschaftsgeschichtsschreibung der Vorkriegszeit, sondern durch den Marxismus von Gramsci vermittelt. Der Einfluß des Marxismus machte sich auch in der philosophierenden Kulturgeschichte bemerkbar. Aus diesem Grunde kann man erklären, warum z. B. bei Chabod das Europabild schon 1947 andere Züge gewann als zur gleichen Zeit bei Meinecke und Ritter. Es wird bei ihm in akzentuierter Form die Rolle der Aufklärung hervorgehoben, Amerika wird sogar als Verkörperung der Aufklärung hingestellt. Chabod wußte auch unter dem Einfluß des Marxismus die klassenmäßige Geschichtsauffassung der französischen Historiker der Restauration (Thierry, Guizot) zu schätzen. Früher als westdeutsche neurankeanische Historiker, hebt Chabod schon 1947 die Notwendigkeit der Verbindung der diplomatischen Geschichtsschreibung (Außenpolitik) mit der inneren Politik hervor. An Meinecke und Ritter erinnert Chabods Auffassung des Faschismus als einer bloßen Zufallserscheinung in der italienischen Geschichte.

Früher als die deutsche begann sich die italienische Historiographie (Cantimori) 1946 mit jenen deutschen Denkern zu beschäftigen, die auf den Marxismus reagierten und einige seiner Elemente in ihre eigene Konzeption aufnahmen (Troeltsch, Max Weber). Dies soll aber nicht besagen, daß bis zu den sechziger Jahren der Horizont der neuidealistischen Historiographie überschritten wäre. Die Elemente des Marxismus, mit denen die italienische Geschichtsschreibung operierte, wurden in diesen idealistischen Rahmen eher hineingezwängt.

Die Einflüsse der Annales-Schule halfen dann in der Nachkriegszeit höchstens zum Abbau der philosophischen Elemente, die von Croce stammten. Erst in den sechziger Jahren setzten in der italienischen Historiographie neue Strömungen ein, aber es handelte sich dabei eher um die Reaktivierung anderer Spielarten der früheren italienischen Historiographie, die mehr zum Positivismus tendierten (Cattaneo, Salvemini, Luzzatto, Barbagallo) und die die herrschende neuidealistische Historiographie der Nachkriegszeit (Chabod, Omodeo, Cantimori) an den Rand drängten.

Aus diesem Grunde, daß der eigentliche methodologische Rahmen der italienischen Historiographie breiter war als der der deutschen bürgerlichen Historiographie Rankeanischer Prägung, läßt sich erklären, warum die italienische den neuen Strömungen der Geschichtsschreibung weniger zugänglich war als die bürgerliche deut-

sche. Erst die siebziger Jahre brachten da eine gewisse, aber auch für diese Zeit noch beschränkte Wende¹².

Was die westdeutsche Historiographie nach 1945 betrifft, so hat sich erwiesen, daß hier politische Zielsetzungen mit den methodologischen Fragen einhergingen, was zu einer gewissen Umwertung der älteren Positionen der deutschen Historiographie führte. Die politischen Ziele gipfelten im Beitritt der BRD zur NATO, die methodologische Reaktion erfolgte – auch dank der zurückgekehrten Emigranten – als breitere Öffnung für die Problematik, die in der amerikanischen, englischen und teilweise französischen bürgerlichen Historiographie erarbeitet worden war. Dabei wurden die Grundbegriffe dieser Historiographie umfunktioniert, was in gewisser Weise auch in der deutschen bürgerlichen Historiographie die Fragestellung jener Denker reaktivierte, die bisher für Randerscheinungen historischen Denkens gehalten worden waren. Im Gegensatz dazu war das Verhältnis zum Marxismus und der marxistischen Geschichtsschreibung polemisch und feindlich, was sicherlich nicht der Vertiefung der Problematik und ihrer wissenschaftlichen Lösung dienen konnte.

¹² Vgl. Jaroslav Kudrna, Zu einigen charakteristischen Zügen der italienischen bürgerlichen Historiographie, *Sborník prací Filozofické fakulty Brněnské univerzity C* 25–26 (1978) 7–40.

Peter Stadler

Die „Deutsche Frage“ in der deutschschweizerischen Geschichtswissenschaft nach 1945

Als der Zweite Weltkrieg entbrannte, beendete er eine Ära, in welcher deutsche und deutschschweizerische Historiker seit rund einem Jahrhundert in regem geistigen Austausch standen. Die meisten Lehrstuhlinhaber in Basel, Zürich, Bern oder Fribourg hatten – sofern sie nicht Deutsche waren – in Deutschland oder doch bei deutschen Lehrern studiert, angefangen beim jungen Jacob Burckhardt. Zwar minderte stets das Bewußtsein einer gewissen Distanz oder der politischen Verschiedenheit dasjenige der Übereinstimmung. Aber noch im Ersten Weltkrieg waren die Sympathien vieler dieser Universitätslehrer pro-deutsch bis zur Einseitigkeit gewesen. In den Jahren nach 1933 dagegen verlor diese Zuneigung immer mehr an Grund. Statt dessen traten Abwehrreflexe hervor, im Zeichen und unter den Impulsen der „Geistigen Landesverteidigung“. Sie nahmen teilweise extreme Formen an – so etwa, wenn der Zürcher Mediävist Karl Meyer in seinen Publikationen der Kriegsjahre über die Anfänge der schweizerischen Eidgenossenschaft den „Freiheitskampf der eidgenössischen Bundesgründer“ gegen das werdende habsburgische Großreich um 1300 in Parallele setzte zum Abwehrwillen der Schweiz von 1940 gegenüber dem Dritten Reich, dies zuletzt in scharfer Konfrontation mit dem damaligen MGH-Präsidenten Theodor Mayer¹.

Der große Zusammenbruch von 1945 brachte Erleichterung und auch eine gewisse Ratlosigkeit. Erleichterung, weil man sich – anders als 1918 – mit den westlichen Siegermächten in ideologischer Übereinstimmung wußte und ihnen dafür dankbar war und blieb, daß sie die Schweiz vor den Gefahren hitlerischer wie stalinistischer Diktatur bewahrten. Dankbar auch dafür, daß die Eidgenossenschaft erstmals wieder seit langem nicht mehr direkt dem Kräftefeld rivalisierender Großmächte ausgesetzt war. Aber auch eine gewisse Ratlosigkeit. Was sollte aus dem Deutschland werden, in dessen geistiger Nachbarschaft sich die eigene Identität eben doch entwickelt hatte? Gab es überhaupt irgendwelche Richtlinien? Das waren Fragen, denen sich die damalige Professoren generation – durchweg um die Jahrhundertwende geboren – stellen mußte. Da ich selber in jenem Herbst 1945 zu studieren anfing, mag ich mich der damaligen Situation recht gut entsinnen. Man darf, ohne grob zu vereinfachen, zwei Formen der Ausrichtung unterscheiden. Die eine predigte eine Rückkehr Deutschlands

¹ Peter Stadler, Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft. Politische Ideologien im schweizerischen Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit, in: HZ 219 (1974) 290–358.

zur Demokratie, was man mit einer Anknüpfung an die nach den freiheitlichen Aufbrüchen von 1848 und 1918/19 wieder verschütteten Traditionen der Selbstverwaltung und sogar der Gemeindefreiheit umschreiben kann. Adolf Gasser (1903–1985), Schüler Karl Meyers, als Privatdozent in Basel keiner der großen Lehrstuhlinhaber, aber als Kolumnist der „National-Zeitung“ und Verfasser eines Buches „Gemeindefreiheit als Rettung Europas“ (Aarau 1943) von nicht zu unterschätzender publizistischer Wirkung, vertrat solche Thesen². Differenzierter und ohne Gassers doktrinären Anflug wirkten aber auch die Basler Historiker Werner Kaegi (1901–1979) und Edgar Bonjour (geb. 1898) – beide Schüler deutscher Universitäten – in dieser Richtung. Kaegi schrieb damals an seiner großangelegten Biographie Jacob Burckhardts, deren eine erkennbare Tendenz darin bestand, sichtbar zu machen, daß der Basler erst in der Emanzipation von seinen deutschen Lehrern und Studienfreunden wirklich zu sich selber und zum Geiste seiner Vaterstadt zurückfand – ein Gedanke, den er erstmals in seinem 1943 erschienenen Essay, betitelt „Geschichtswissenschaft und Staat in der Zeit Rankes“ (Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte, Bd. 1, 1943, S. 168–205), umriß. Edgar Bonjour wiederum legte in seiner 1946 erstmals erschienenen (später fundamental erweiterten) „Geschichte der schweizerischen Neutralität“ dar, daß die Bedrohung dieser Neutralität in den letzten Jahrzehnten vor allem von Deutschland ausgegangen war. Schon der Titel war für jeden, der sich in schweizerischer Historiographie auskannte, ein Programm: 1895 war Paul Schweizers gleichbetiteltes Werk erschienen, als Reaktion auf die Herausforderung und – wie es damals schien – Gefährdung dieser Neutralität durch Bismarck im Zeichen des Wohlgerüth-Handels. Bonjour hat diese Thematik in seiner Basler Rektoratsrede von 1946 „Europäisches Gleichgewicht und schweizerische Neutralität“ konzentriert und variiert. Anders als Frankreich oder England sah Deutschland „das Gleichgewicht in einer europäischen Rechtsorganisation, deren starke, bestimmende Mitte es selber ausfülle, und von wo aus es die Führungsaufgabe für den ganzen Erdkreis übernehme“ – darin aber wirke „ein unvertilgbares Gedenken an das Heldenalter des mittelalterlichen Kaiserthums nach“³. Sehr anders die Stellungnahme seines – ihm menschlich übrigens eng verbundenen – Zürcher Kollegen, meines Lehrers Leonhard von Muralt (1900–1970). Er las im Winter 1945 wohl nicht ganz zufällig über Bismarck, und dieses Kolleg war eine einzige, höchst emotionale Auseinandersetzung mit der kurz zuvor in der Schweiz herausgekommenen dreibändigen Bismarck-Biographie des deutschen Demokraten und Emigranten Erich Eyck, die auch von Bonjour wohlwollend bespro-

² Adolf Gasser, Gemeindefreiheit als Rettung Europas (Basel 1947) 131. Hier betont der Autor, die Unselbstständigkeit der preußischen und deutschen Landgemeinden sei nichts anderes als „eine abgewandelte Form der mittelalterlichen Bauernunfreiheit“. In seiner „Geschichte der Volksfreiheit und Demokratie“ (Aarau 1949) 250 erhebt er – lange vor Wehler – die Forderung nach einem „Primat der Innenpolitik“ und verlangt „strikt dezentralisierte, von dem menschlichen Gewissen getragene echt volkserzieherische Staatsordnungen“. Später wurde Gasser bekanntlich zu einem der entschiedensten Mitstreiter Fritz Fischers im Disput um den Ursprung des Ersten Weltkrieges.

³ Wiederabgedruckt in: Edgar Bonjour, Die Schweiz und Europa (Basel 1958) 30.

chen worden war⁴. Leonhard von Muralt dagegen lehnte sie scharf ab; überhaupt ließ er nicht zu, den Kanzler in irgendeinem, auch indirekten Zusammenhang mit dem Dritten Reich zu sehen. Er betonte, „daß es keinen schärferen Maßstab gegen das nationalsozialistische Deutschland geben konnte als gerade Bismarck“. Für ihn wuchs vielmehr diese Figur zur Verkörperung einer protestantisch verstandenen „Europäischen Mitte“ empor, einer richtigen Staatskunst des Maßes, des wahren Ausgleichs und der in christlicher Ethik wurzelnden „Verantwortlichkeit“⁵. Das war kaum bestreitbar. Allerdings: Probleme und Diffizilitäten einer allfälligen Kontinuität vom bismarckischen (oder gar lutherischen) zum hitlerischen Obrigkeitstaat wies er, der kein Historiker der Gesellschaft, der Mentalitäten oder der Strukturen war, sondern vor allem personalistisch dachte, entschieden von sich. Sein historiographisches Vorbild war Bismarcks Zeitgenosse Ranke, den er weit höher schätzte als Burckhardt, gerade weil er ihm das Positive einer richtigen Konstellation der „Großen Mächte“ – auch sie unter protestantischen Vorzeichen – entnahm. Seine Ranke-Anthologie „Völker und Staaten“ (1945) legt davon ebenso Zeugnis ab wie die vielen Ranke und Bismarck gewidmeten Seminarübungen, die er während Jahren regelmäßig abhielt – nicht immer zur ungeteilten Freude aller Geschichtsstudierenden. Leonhard von Murals Auffassungen fanden – was mit der restaurativen Ära der jungen Bundesrepublik zusammenhängt – in Deutschland dankbaren Widerhall. Dankbar deshalb, weil sie eine zwar ausländische, aber eben doch von genuinem Verständnis für eine traditionale Sicht der deutschen Vergangenheit zeugende Stimme war. Davon zeugen Kontakte zu Vertretern der älteren wie der jüngeren Bismarckforschung (Wilhelm Schüssler, Gerhard Ritter, Otto Becker, Walter Bussmann).

Einer seiner Schüler, der damals (und in gewissem Sinne auch heute noch bzw. wieder) prominenteste von ihnen, Walther Hofer (geb. 1920), hat sich des Themas eines aktiv verstandenen Wiederaufbaus der deutschen Geschichtswissenschaft angenommen. Er orientierte sich nun allerdings nicht an Ranke, sondern am greisen Friedrich Meinecke. Seine zu einem gewichtigen Buch herangewachsene Dissertation „Geschichtsschreibung und Weltanschauung. Betrachtungen zum Werk F. Meineckes“ (1950) trug ihm nicht nur das Zutrauen des Altmeisters, sondern auch eine Dozentur an der kurz zuvor gegründeten Freien Universität Berlin ein. Mit einer scharfen Kritik an Srbiks Alterswerk über deutsche Geschichtsschreibung⁶ und seinem zweiten Buch über die „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ (1954) leitete Hofer seine zeitgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem NS-Regime ein, die für ihn fortan ein Leitthema seines geschichtswissenschaftlichen Engagements bildete und ihm großen, breiten Widerhall verschaffte.

⁴ Zeitschrift für schweizerische Geschichte 24 (1944) 608–10.

⁵ Vgl. seine Aufsatzsammlung: Bismarcks Verantwortlichkeit (Göttingen 1955). Hier (auf 218–234) der sich mit Eyck und anderen Autoren kritisch auseinandersetzende Beitrag „Bismarck-Forschung und Bismarck-Problem“. Die zitierte Stelle 220. Eine 2. Auflage des Buches erschien in erweiterter Fassung 1970.

⁶ Walther Hofer, H. von Srbiks letztes Werk, in: HZ 175 (1953) 55–66.

Jean Rodolphe von Salis (geb. 1901) wiederum, irenischer veranlagt als Hofer, einer der wenigen an der Sorbonne promovierten deutschschweizerischen Historiker und international bekannt durch seine weltpolitischen Überblicke im Radio, hat im kriegsversehrten Wien 1947 in Vorlesungen seine Sicht der Geschichte entwickelt, die dann in die dreibändige „Weltgeschichte der neuesten Zeit“ (Zürich 1951–1960) eingegangen ist⁷.

Wir haben damit einige der wichtigsten Positionen abgegrenzt und müssen doch abschließend noch eine Persönlichkeit erwähnen, die eine Kontinuität der Beschäftigung mit deutscher Geschichte über Jahrzehnte markiert: Werner Naf (1894–1959). Dieser in Bern als Ordinarius wirkende St. Galler Historiker war Doktorand von Erich Marcks gewesen und früh mit den Problemen deutscher Geschichte und deutschschweizerischer Wechselwirkungen vertraut geworden, wobei ihm die Perspektiven von 1848 ebenso nahe standen wie die der Bismarckzeit. Schon 1938 hatte er seinem langjährigen Bekannten und Briefpartner Heinrich Ritter von Srbik, der über den Anschluß jubelte, seine Bedenken kundgetan, bei allem Verständnis. „Ich habe auch menschlich genug unter dem Eindruck des Kriegsabschlusses von 1919 gestanden, um die materielle und geistige Not Ihres Vaterlandes mitfühlen zu können“, schrieb er damals dem Wiener Historiker, um fortzufahren: „Aber wird das Resultat des großdeutschen nationalen Staates nicht mit teuersten menschlichen und menschheitlichen Werten erkauft?“⁸ Zwei einhalb Jahre später, im Herbst 1940, führte er in einer Studie „Die Eidgenossenschaft und das Reich“ (SA aus der „Neuen Schweizer Rundschau“, Oktober 1940, S. 15) programmatisch aus: „Die Tatsache des Lebens im Kleinstaat – im kleinstaatlichen Raum und in kleinstaatlicher Mentalität – führt zurück zum Unterschied deutscher und schweizerischer Staatsgestaltung, der im ausgehenden Mittelalter angelegt wurde und bis heute nicht verwischt worden ist, – so wenig er zu allen Zeiten ein absoluter oder ein gegensätzlicher Unterschied war. Der genossenschaftlich gefügte Staat verhält sich zum Menschen anders als der herrschaftlich errichtete. Er wird innerhalb des ewigen Problems: Mensch und Gemeinschaft, andere Lösungen finden.“ Das ist wohl eines der markantesten Bekenntnisse jener Zeit und auch eines der gültigsten, weil es von geschichtlich gewordenen Unterschieden ausgeht und sich freihält von apodiktischer Überheblichkeit. Seine 1945/46 erschienenen und seither vielbenutzten zweibändigen „Epochen der neueren Geschichte“ sind rankeanischer dem Titel als der Gedankenführung nach, die weniger der Außenpolitik als dem typologisch erfaßten inneren Aufbau der Staaten und Staatengemeinschaften gilt. Noch während des Krieges, als die deutschen Zeitschriften ausfielen, hatte Naf die damals jährlich erscheinenden „Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte“ ins Le-

⁷ Jean Rodolphe von Salis, Im Lauf der Jahre (Zürich 1962) 229–262; Wiener Sommer 1947.

⁸ Zitiert bei Peter Stadler, Das schweizerische Geschichtsbild und Österreich, in: Friedrich Koja/Gerald Stourzh, Schweiz–Österreich. Ähnlichkeiten und Kontraste (Graz 1986) 45. Eine Edition der Briefe Srbiks bereitet die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München vor. Einen sehr gerechten und abgewogenen Nachruf auf Srbik publizierte Werner Naf in: HZ 173 (1952) 95–101.

ben gerufen und damit die Fortdauer deutschsprachiger Geschichtsforschung über die schwierigen Jahre hindurch sicherzustellen geholfen. Als diese Beiträge nach seinem 1959 erfolgten Tode eingingen, hatten sie gewissermaßen ihre Mission erfüllt.

Man sieht: aus der Abhängigkeit der schweizerischen Geschichtsforschung von Deutschland, wie sie das 19. Jahrhundert im wesentlichen bestimmte, war um 1950 eine echte Zwiesprache geworden, eine Dialektik aus Anregung und Widerspruch, freilich auch – das darf am Ende noch hinzugefügt werden – eine ganz westlich bzw. mitteleuropäisch geprägte Diskussion. Für marxistische Anregungen irgendwelcher Art war die Stunde noch nicht gekommen, wie auch die Sozialgeschichte zu warten hatte, bis die ihre kam. Die zweite große Herausforderung, die der späten 1960er Jahre, fand dann eine neue Generation mit neuen Horizonten.

Volker Bergahn

Deutschlandbilder 1945–1965. Angloamerikanische Historiker und moderne deutsche Geschichte

Die Internationalisierung der natur- und humanwissenschaftlichen Forschung hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Stufe erreicht und sich seither weiter beschleunigt. Nie zuvor ist der Transfer von Wissen über nationale Grenzen hinweg umfangreicher gewesen als in den letzten Jahrzehnten. Für die Geschichtswissenschaft hat sich damit ein faszinierendes Feld eröffnet: Die Analyse der internationalen Wanderung von Ideen und Untersuchungsmethoden sowie deren Aufnahme und Adaption durch andere akademische Kulturen mit oft ganz anderen Traditionen und Operationsweisen. Gilt dies im Prinzip für alle Länder, so bietet der deutsche Fall einige Besonderheiten, die mit der Erbschaft des „Dritten Reiches“ zusammenhängen. Was immer die Hitler-Zeit sonst an unheilvollen Entwicklungen mit sich gebracht haben mag, sie führte bekanntlich auch zu einem enormen Aderlaß an wissenschaftlichem und kulturellem Talent. Für die historische Forschung erhob sich daraus zum einen die Frage, wie und wieweit vor allem die britischen und amerikanischen Natur- und Humanwissenschaften durch deutsche Emigranten beeinflußt worden sind; zum anderen stellte sich das Problem, in welcher Weise und in welchem Ausmaß Emigranten und Remigranten auf den Wiederaufbau der westdeutschen Wissenschaften nach dem Ende der Hitler-Diktatur Einfluß genommen haben.

Zum ersten Problemkomplex sind inzwischen eine ganze Reihe von Studien erschienen¹; weitere, detailliertere Untersuchungen sind im Gange². Das zweite Pro-

¹ Siehe z. B. Marion Bergahn, German-Jewish Refugees in England (London 1984); Lewis Coser, Refugee Scholars in America (New Haven 1984); Maurice Davie, Refugees in America (New York 1947); Stephen Duggan und Betty Drury, The Rescue of Science and Learning (New York 1948); Laura Fermi, Illustrious Immigrants (Chicago 1968); D. Fleming und B. Bailyn (Hrsg.), The Intellectual Migration (Cambridge, Mass. 1969); John H. Herz, Vom Überleben, Wie ein Weltbild entstand (Düsseldorf 1984); Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Exile in Britain (Leamington Spa 1984); H. Stuart Hughes, The Sea Change, The migration of social thought, 1930–1965 (New York 1975); Martin Jay, The Dialectical Imagination (Boston 1973); Donald P. Kent, The Refugee Intellectual (New York 1953); Horst Möller, Exodus der Kultur (München 1984); Franz Neumann u.a., The Cultural Migration (Philadelphia 1953); Helge Pross, Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten, 1933–1941 (Berlin 1955); International Biographical Dictionary of Central European Émigrés 1933–1945, Vol. II: The Arts, Sciences, and Literature (München etc. 1983); The Legacy of the German Refugee Intellectuals, als Buch hrsg. v. R. Boyers (New York 1972), Salmagundi (Sondernummer), Herbst 1969/Winter 1970.

² So z. B. G. Hirschfeld (über emigrierte Wissenschaftler in England); P. Hoch (über Physiker); F. Mecklenburg (über Juristen in Amerika); M. R. Lepsius (über Sozialwissenschaftler in Amerika).

blem der Rückwanderung von Ideen und Methodologien und deren Einfluß auf die wiedererstehende deutsche Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ist bisher vor allem für die Sozialwissenschaften erörtert worden. Dabei kamen mehrere Studien unabhängig zu dem Ergebnis, daß das Abhängigkeitsverhältnis der Westdeutschen vor allem von den Angloamerikanern groß gewesen sei und einer *centre-periphery*-Beziehung geähnelt habe. So schrieb M. Rainer Lepsius, daß die Remigration „im engeren Sinne des wissenschaftlichen Einflusses ... von größter Bedeutung“ gewesen sei³. Und noch 1983 kam Horst Möller zu dem Schluß, daß Exilpolitologen die westdeutsche Politikwissenschaft in ihren Frage- und Themenstellungen über Jahre hinweg beeinflußt hätten⁴.

Hinter solche Urteile hat Gerhard Göhler neuerdings ein Fragezeichen gesetzt und zugleich eine strengere Formulierung der analytischen Maßstäbe gefordert, die über „allgemeine, vornehmlich auf Plausibilitätsgründen beruhende Trendvermutungen“ hinausgeht⁵. Generalisierungen und „die bloße Auflistung von Namen und Werken“, so meinte er, führen nicht weiter. Göhlers skeptisches Resümee wäre noch durch das Ergebnis einer Analyse Arno Mohrs zu ergänzen, wonach „die Zahl der nach Amerika emigrierten Sozialwissenschaftler, die nach dem Kriege nach Deutschland zurückkehrten und als Vertreter des neuen Faches an den Hochschulen zu lehren begannen, ... relativ gering“ gewesen sei⁶: „Der größte Teil der mit dem Aufbau und der Entwicklung der Politikwissenschaft in Verbindung stehenden Persönlichkeiten ist der sogen. ‚inneren Emigration‘ zuzurechnen.“ Doch selbst wenn von außen kommende Einflüsse höher anzusetzen sind, als Göhler und Mohr es tun würden, schließlich erhebt sich noch die Frage, wie weit die Politologie im Vergleich zu anderen Disziplinen einen Sonderfall darstellt. Hatte es ihr doch schon vor 1933 an Eigenständigkeit gefehlt. Zudem bestand nach dem Zweiten Weltkrieg in dieser Disziplin ein besonderes Bedürfnis, sie wissenschaftlich neu zu fundieren, als es den Besatzungsmächten und vor allem den Amerikanern darum ging, „die Deutschen mit den Prinzipien der westlichen Demokratie vertraut zu machen“⁷.

Alle diese Faktoren stellten sich bei der Historie anders dar. Denn zum einen war sie als Fach seit langem fest etabliert und wurde weder durch die Ereignisse von 1933 noch von 1945 personell oder institutionell zerstört. Ja, es ist schon bemerkenswert, wie sicher die deutsche Historikerschaft ihre Lehrstühle über beide Umbrüche hin-

³ M. Rainer Lepsius, Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 23 (1981) 478.

⁴ Horst Möller, From Weimar to Bonn. The Arts and the Humanities in Exile and Return, 1933–1980, in: (s.o.), International Biographical Dictionary of Central European Émigrés, 1933–1945, Bd. 2 (München 1983) LIX. Siehe auch das seit 1983 laufende, von Herbert Strauss geleitete Projekt an der TU Berlin: „Die intellektuelle Emigration seit 1933: Transfer und Rücktransfer wissenschaftlicher Inhalte und Methoden.“

⁵ Gerhard Göhler, Vom Sozialismus zum Pluralismus, in: PVS 1 (1986) 6–27, hier: 8.

⁶ Arno Mohr, Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer Disziplin auf dem Wege zu ihrer Eigenständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1965 (Phil. Diss. Heidelberg 1985) 431, 433.

⁷ So Göhler (Anm. 5), 7.

wegretten konnte. Diese personelle Kontinuität hatte, zum zweiten, tiefgreifende Folgen sowohl für die Themenwahl und die ideologischen Grundpositionen als auch für die Methodologie der Nachkriegshistoriographie. Die häufig konstatierte Fortsetzung und Wiederbelebung nationaler Traditionen in den vierziger und fünfziger Jahren ist für unser Thema insofern wichtig, als es die Disziplin für „Neuanfänge“ und vor allem von außen kommende Anstöße unempfänglicher machte als die Politologie, in der es nach 1945 um einen personellen, institutionellen und theoretisch-methodologischen Aufbau ging⁸.

Zwar versuchten die britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden Meinungsaustausche zu fördern und westdeutschen Historikern Gelegenheit zu geben, sich über die zwischenzeitlich erfolgte westliche Forschung zu informieren. So unternahmen z. B. Francis Carsten und einige andere britische Historiker nach dem Kriege eine als Good-will-Tour gedachte Vortragsreise, auf der sie z. T. offene Ohren fanden, aber auch mancherlei Feindseligkeit. Kritik rief vor allem Carstens Preußen-Bild her vor, das er später in seinem Buch über *The Origins of Prussia* veröffentlichte und das in der Bundesrepublik zunächst weitgehend mit Schweigen übergangen wurde⁹.

Etwa zur gleichen Zeit wie Carsten reiste auch der junge, aus Berlin stammende Werner Mosse in die Bizone, um mit westdeutschen Kollegen Kontakt aufzunehmen. In Göttingen hatte er einen so unangenehmen Zusammenstoß mit Siegfried Kaeler über die Beurteilung Bismarcks, daß er nach England zurückfuhr, um seine eigene Position im Detail in einem Buch niederzulegen. Das Ergebnis seiner Forschungen ist in Mosses 1958 veröffentlichter Arbeit über *The European Powers and the German Question, 1848–1878* nachzulesen¹⁰. Welcher Art die damaligen Differenzen nicht nur mit Emigranten, sondern auch mit anderen angloamerikanischen Historikern waren, läßt sich neuerdings in groben Umrissen auch anhand der veröffentlichten Korrespondenz Gerhard Ritters abschätzen¹¹. Zwar wird man über die Beziehungen verschiedener deutscher Historiker untereinander mancherlei Differenzierungen vornehmen müssen, die auch in den Ritter-Papieren etwa in seinen Reibungen mit „klerikalen“ Kollegen oder den Auseinandersetzungen um den Aufbau des Münchener Instituts für Zeitgeschichte zum Ausdruck kommen; aber Ritter nahm nicht nur innerhalb des westdeutschen Lagers eine starke Stellung ein, sondern er stieg auch zu einem der wichtigsten Sprecher gegenüber dem Ausland auf. Seine Bücher wurden dort zur Kenntnis genommen und später auch übersetzt. Schon 1949 wurde er von der *German Educational Reconstruction* zu einer Vortragsreise nach England eingeladen. Zudem korrespondierte er mit einer Reihe von angloamerikanischen Kollegen.

⁸ Siehe hierzu z. B. Hans Mommsen, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland (München 1974) 112–120; Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft (München 1972) 328 ff.

⁹ Siehe dazu die Analyse von Henry Cohn in: Volker Berghahn und Martin Kitchen (Hrsg.), Germany in the Age of Total War (Fs. für Francis Carsten) (London 1981) 11f.

¹⁰ Werner E. Mosse, The European Powers and the German Question, 1848–1878 (Cambridge 1958).

¹¹ K. Schwabe und R. Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter (Boppard 1984).

An Ritters Fall wird nun recht deutlich, wie stark die westdeutsche Position durch eine defensive Mentalität geleitet wurde, die ausländische Interpretationen der deutschen Geschichte nur in erheblich gefilterter und modifizierter Form rezipierte. Wie immer man Ritters Position heute einstufen mag und wie sehr sie auch mit der Grundstimmung unter seinen Kollegen übereinstimmte, bei westlichen Historikern fanden diese Perspektiven wenig Verständnis. In einem „Erguß meines Herzens“ an George P. Gooch, einem alten Bewunderer deutscher Kultur und Geisteswissenschaft, bekannte Ritter im Februar 1948, daß er seine Kritik an A. J. P. Taylors „antideutschem“ Traktat *The Course of German History* „nicht aus hartnäckig nationalistischer Haltung heraus“ vorgebracht habe, „sondern gerade umgekehrt, weil mir so sehr viel daran liegt, mit der englischen Wissenschaft zu wirklichem, gegenseitigem Verständnis zu kommen und alte gegenseitige Vorurteile überwinden zu helfen“¹². So schön dieses Eingeständnis auch klingt, es bedarf gleichwohl der kritischen Überprüfung. Denn nur wenige Monate zuvor hatte er eine Rechtfertigung seiner 1936 erschienenen Biographie Friedrichs II. verfaßt, die in einer von Gooch 1947 veröffentlichten Studie des Preußenkönigs als „eine Art von Rückfall in die traditionelle Auffassung und eine Art patriotische[r] Verherrlichung“ bezeichnet worden war¹³. Jetzt gab Ritter dazu folgende Erläuterungen: „Mein Buch ist geschrieben als Protest gegen den berüchtigten Tag von Potsdam, März 1933, den ich in der Einleitung auch erwähne. Jeder Satz dieser Einleitung und der Vorbemerkung ist genau überlegt als Appell an jene ‚unsichtbare Gemeinschaft von Trägern des echten Frontgeistes im Reiche deutscher Wissenschaft‘, denen das Widmungsblatt gilt. Diese Formulierung der Widmung ist aufs genaueste mit meinen nächsten Freunden überlegt. Ich dachte dabei an diejenigen Kollegen, die wie ich Teilnehmer des Ersten Weltkrieges gewesen waren, dort noch in der Tradition der alten Preußenarmee steckten und von daher verzweifelt waren über die Verseuchung der neuen Reichswehr durch den Hitlergeist. Es waren Männer wie Kaehler, Hartung, Baethgen, Schramm, mit denen ich damals auch in diesem Sinn korrespondiert habe. Wir standen zusammen in der Überzeugung, daß eine weitere Auflösung ‚des echten Frontgeistes‘ zum Verderb Deutschlands führen müßte.“

Kein Wunder, daß Ritters Verständigungsbemühungen nur wenig Erfolg beschieden war, solange sie auf solchen Interpretationen der deutschen Vergangenheit beruhten. Waren es in der Sicht der Engländer und noch stärker der Amerikaner (siehe unten S. 250 ff.) doch gerade diese geistigen Positionen, die sie für den Verfall liberalen Gedankenguts und der Weimarer parlamentarischen Demokratie nicht weniger verantwortlich machten als die Dogmen der Nationalsozialisten. Letztere waren inzwischen verschwunden; aber die Vertreter der ersteren saßen noch auf ihren Lehrstühlen und rechtfertigten die Fortführung ihrer alten thematischen und methodischen Interessen mit derartigen Argumenten. Die Distanz zwischen den westdeutschen und den angloamerikanischen Historikern kam auch in einem Disput zum Ausdruck, den Rit-

¹² Ebd., 446.

¹³ Ebd., 444 f.

ter im Frühjahr 1950 mit Geoffrey Barraclough führte¹⁴. Letzterer hatte sich in einem Leserbrief im *Times Literary Supplement* (TLS) gegen eine seines Erachtens zu günstige Besprechung einer Reihe von Ritters Büchern sowie die darin anklingenden antiwestlichen Untertöne gewandt. Ritter schrieb ihm daraufhin: „Es ist für mich ein nicht nur betrübender, sondern geradezu beängstigender Eindruck, daß Sie hinter allem, was ich als kritische Besinnung auf das Wesen amerikanisch-westeuropäischer Freiheitsideale ausführe, nichts anderes wittern als nationalistische Selbstüberhebung und Selbstverstockung. ... Halten Sie das für den richtigen Weg, um zu einem europäischen Gespräch zu kommen? ... Herrscht denn zwischen uns noch immer Krieg?“ Voraussetzung für eine echte Diskussion, so fuhr Ritter fort, sei „ein Mindestmaß von gegenseitigem Vertrauen – Vertrauen in die Ehrlichkeit des reinen Wahrheitswillens und ruhiger politischer Vernunft.“ Zwar wisse er, daß das Vertrauen nach den Ereignissen der NS-Zeit „in England tief erschüttert“ sei. Hingegen habe er sich „auf Grund der eingehenden Unterhaltungen, die ich auf meiner Englandreise im Oktober 1949 mit über 50 englischen Kollegen führen durfte, eingebildet, wenigstens für meine Person, ein wenig von dem allgemeinen Mißtrauen zerstört zu haben. Leider muß ich nun aus Ihren Ausführungen, wie es scheint, entnehmen, daß diese Hoffnung eine bloße Illusion gewesen ist. Wie tief diese Einsicht einen Mann erschüttern muß, den die deutsche Historikerkenschaft mit ihrem besonderen Vertrauen beeindruckt hat und der seit 1945 mit äußerstem Einsatz seiner Kräfte sich bemüht, in Wissenschaft und Publizistik zur Selbstbesinnung, zur Ernüchterung, zur Revision veralteter Anschauungen aufzurufen (mehr als irgend ein zweiter in der heute tätigen Generation), das brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen.“

Barraclough blieb unbeeindruckt. In seiner Antwort wandte er sich nicht nur gegen die apologetische Geschichtsschreibung der älteren Generation, sondern griff auch Ritter persönlich an. Er zielte ihn des Illiberalismus und stellte ihn gar in die Nähe faschistischer Denker, die aus der Vergangenheit nicht genügend lernen wollten oder könnten. Barraclough schoß mit letzterem Vorwurf vielleicht etwas über das Ziel hinaus; hier interessiert weniger eine Ideologiekritik Ritters als die Frage, wie der damals dominante Nationalkonservatismus auf von außen kommende wissenschaftliche Einflüsse reagierte. Allgemein wird man sagen können, daß die westdeutsche Historikerkenschaft nach 1945 institutionell und auch von ihren Themenstellungen und Interpretationen der Vergangenheit her viel zu gefestigt blieb, um für konkrete sachliche und methodische Einflüsse aus Amerika oder Westeuropa offen zu sein. Die Gruppen um Werner Conze und Karl Dietrich Bracher bildeten eine Minorität und gehörten zudem einer jüngeren Generation an¹⁵. Bei den tonangebenden Älteren blieb daher auch der Appell des namhaften französischen Historikers Jacques Droz unerhört, die Kollegen jenseits des Rheins möchten doch endlich das Ghetto nationaler Apologetik verlassen und sich zugleich den Sozialwissenschaften öffnen.

¹⁴ Ebd., 462 ff., auch für das Folgende.

¹⁵ Siehe dazu z. B. Jürgen Kocka, Sozialgeschichte (Göttingen 1986) 70 ff.

Mochte Ritter auch glauben, für eine Verständigung mit dem Westen zu wirken, und obendrein meinen, diese sogar erreicht zu haben, wenn ihm höfliche britische Kollegen bei seinen Vorträgen freundlich zulächelten und unkontroverse Informationsfragen stellten, in Wirklichkeit hatte er sich gegen die Einflüsse, auf die Droz anspielte, abgeschottet; in Wirklichkeit setzten die westdeutschen Historiker der älteren Generation in ihrer Mehrheit ihre sehr traditionelle Politikgeschichte fort. Die Anwendung sozialhistorischer Werkzeuge und neuer Fragestellungen lehnten sie nicht nur verbal ab, sondern auch durch die Blockierung entsprechender Veröffentlichungen. Otto Büsch mußte bis 1962 warten, ehe Ritters Widerstand gegen eine Veröffentlichung seiner Dissertation über *Militärsystem und Sozialeben im alten Preußen, 1713–1807* endlich überwunden wurde. Eine deutsche Übersetzung von Hans Rosenberg's *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy, 1660–1815*, das 1958 bei Harvard erschien, konnte Ritter „durch sein schroff ablehnendes Gutachten beim Verlag“ gar vollends torpedieren¹⁶.

Die Betonung solcher Macht- und Einflußverhältnisse ist nicht zuletzt deswegen interessant, weil Rosenberg seinerzeit sowohl in Berlin als auch in Tübingen Gastprofessuren wahrnahm und häufiger als Paradebeispiel transatlantischen Wissens- und Forschungstransfers angeführt worden ist. Georg Iggers hat berichtet, daß bei seinem ersten Besuch 1949/50 Karl Dietrich Bracher und Gerhard A. Ritter zu seinen Studenten zählten¹⁷. Doch dies dürfte allenfalls die These bestätigen, daß sich Rosenbergs Ideen erst in der nächsten Generation auswirkten. Gleichermaßen gilt für Dietrich Gerhard, der häufig in Köln und später in Göttingen zu Gast war, „wo er eine stark an Otto Hintze orientierte vergleichende Untersuchung der Beziehungen zwischen ständischen Institutionen und absoluter Monarchie im Europa des Ancien Régime förderte“. Insgesamt bleibt daher Iggers' Urteil unverändert gültig, der 1974 meinte, „der Einfluß der Emigranten auf die bundesdeutsche Geschichtsschreibung der 50er Jahre“ sei gering geblieben¹⁸. Dies gilt in noch stärkerem Maße für etwaige Einflüsse aus England. Dort kam erschwerend hinzu, daß die meisten deutschen Emigranten im Gegensatz zu ihren amerikanischen Kollegen englische Themen aufgriffen und sich der deutschen Geschichte entweder nie oder sehr viel später zuwandten. Auch auf der Insel geborene Historiker wie Hugh Trevor-Roper, Alan Bullock oder James Joll verfolgten ihre Deutschlandinteressen nicht als eigentlichen Forschungsschwerpunkt. Deutsche Geschichte wurde in den fünfziger Jahren als solche kaum gelehrt. Jüngeren Dozenten wie Carsten wurde von ihren Abteilungsleitern nahegelegt, lieber über das englische Mittelalter als über rein deutsche Themen zu lesen. Für die damaligen Verhältnisse ist es wohl symptomatisch, daß Carsten 1961 schließlich der Masaryk-Lehrstuhl an der Londoner *School of Slavonic and East European Studies* angeboten wurde. Von dort aus entwickelte er dann allerdings die deutsche Geschichte in der Gradui-

¹⁶ Hans-Ulrich Wehler, Geschichtswissenschaft heute, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, Bd. 2 (Frankfurt 1979) 721.

¹⁷ Georg G. Iggers, Die deutschen Historiker in der Emigration, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland (München 1974) 109.

¹⁸ Ebd.

tenförderung, so daß zusammen mit den Doktorarbeiten, die am Oxford St. Anthony's College entstanden, in der Überwindung der geringen Popularität der deutschen Geschichte in England wenigstens ein Anfang gemacht wurde. Wie schon erwähnt, blieb die Wirkung nach Deutschland hinein freilich gering. Das dürfte auch für Erich Eyck gelten, dessen Geschichte der Weimarer Republik immerhin zuerst auf Deutsch erschien¹⁹. Eine Gastprofessur hat er aber, soweit bekannt, nicht innegehabt, und es ist auch nicht ganz klar, inwiefern seine „radikal-liberale Bismarckkritik“ in der Bundesrepublik, wie Wolfgang Mommsen gemeint hat, partiell rezipiert worden sein könnte²⁰. Wichtiger waren in dieser Beziehung in der Tat wohl eher die „damals äußerst einflußreichen Arbeiten von Hans Rothfels“, der „Bismarcks Werk als grundsätzlich von den nationalistischen Massentendenzen unterschiedene Politik des Augenmaßes und der staatsmännischen Selbstbegrenzung“ interpretierte, „die nicht so sehr die Belange der deutschen Nation, als vielmehr die Interessen der europäischen Staatenordnung in ihrer Gesamtheit im Auge gehabt habe“²¹.

Diese Beurteilung ist für unseren Zusammenhang zunächst deshalb bedeutsam, weil Rothfels einer der wenigen Emigranten unter den Historikern war, die sich für die dauernde Rückkehr in die Bundesrepublik entschieden. Sein Bismarckbild weist aber zugleich darauf hin, daß ihm eine Reintegration in die deutsche Historikerschaft seiner Generation keine übergroßen beruflichen oder seelischen Schwierigkeiten bereitete. Schon vor 1933 hatte er ideologische Positionen eingenommen, die es ihm wahrscheinlich ermöglicht hätten, nach 1933 in Königsberg zu bleiben, wäre er nicht jüdischer Abstammung gewesen. Wie weit seine amerikanischen Erfahrungen ihn zu einer Uminterpretation seines nationalkonservativen Bildes von deutscher Geschichte veranlaßten, wäre angesichts der Tatsache, daß seine damaligen Mitflüchtlinge von Amerika stark geprägt worden sind, sicherlich einer näheren Überprüfung wert. Dem ersten Anschein nach ist ihm aber die Verwurzelung in der neuen Gesellschaft nicht wie anderen gelungen, während er nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik im Kreise seiner Kollegen schnell akzeptiert wurde. Zwar vermochte ihm ein Mann wie Gerhard Ritter bei seiner Deutung der Bismarckschen Politik nicht immer zu folgen, und auch über die Bewertung der „Roten Kapelle“ und des „Kreisauer Kreises“ gelangten die beiden zu unterschiedlichen Auffassungen. Doch, wie Ritter im Februar 1958 in einem Brief an Rothfels bemerkte, solche Meinungsverschiedenheiten verhinderten nicht, „daß uns gleichwohl sehr vieles sowohl in der historischen wie in der politischen Anschauung verbindet, und das ist mir zuletzt wichtiger“²².

Wie Ritter bewahrte daher gerade auch Rothfels das politische Erbe des militärischen Widerstandes gegen Hitler einschließlich des nationalkonservativen Geschichtsverständnisses, das er verkörperte. Diese Aufgabe nahm er nicht zuletzt als Herausgeber der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sehr ernst, über deren Programm er sich von

¹⁹ Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik (Zürich – Stuttgart 1954–56).

²⁰ Wolfgang J. Mommsen, Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 7, H. 2 (1981) 154.

²¹ Ebd., 154f.

²² Zit. in: Schwabe und Reichardt (Hrsg.), (Anm. 11), 527.

München aus persönlich von Helmut Krausnick informieren ließ. Ebenso achtete er darauf, daß bei seiner Edition der Briefe von Helmut Stieff, des Reichswehröffiziers und Widerstandskämpfers, kompromittierende Passagen, in denen Stieff Anfang der dreißiger Jahre gegen die verräterischen „Schufte“ im republikanischen *Reichsbanner* zu Felde zog, ohne entsprechenden Fußnotenhinweis durch Pünktchen ersetzt wurden²³. Ein jüngerer Historiker, der einen Aufsatz zur Selbstnazifizierung der Wehrmacht bei der Redaktion der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* eingereicht und damit gegen herrschende Meinungen über das konservative deutsche Offizierkorps verstoßen hatte, wurde von Tübingen aus um eine Entschärfung seiner allzu unverblümten Schlußbetrachtungen gebeten.

Was immer man daher über Rothfels' Einfluß denken mag, der Remigrant Rothfels wirkte kaum als Vermittler zwischen den Angloamerikanern und den Deutschen. Mochten letztere sich mit Ritter auch als Protagonisten einer Versöhnung mit dem Westen sehen, tatsächlich hatten sie gegen ihre eigene Aufnahmefähigkeit erhebliche psychologische Barrieren aufgerichtet, die dazu führten, daß „die Revision des deutschen Geschichtsbildes, die sich in Amerika und England durchgesetzt hatte, ... weitgehend unbeachtet“ blieb²⁴. Welcher Art aber war diese Revision sowohl thematisch als auch methodologisch? Dieser Frage werden wir uns nunmehr zuwenden müssen.

Bei deren Beantwortung sollte als erstes vermieden werden, Lobeshymnen auf die Innovationsfreudigkeit der angloamerikanischen Historikerschaft im allgemeinen anzustimmen. Auch in den Geschichtsabteilungen britischer und amerikanischer Universitäten ging es nach dem Zweiten Weltkrieg noch recht orthodox zu: politische Ereignisgeschichte, Diplomatiegeschichte und Verfassungsgeschichte bildeten dort den *mainstream*. Der wichtigste Unterschied lag darin, daß andere Ansätze, voran in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, weder, wie in Deutschland durch das Dritte Reich, eine Unterbrechung erfahren hatten noch durch die Karrierestruktur behindert wurden. Dadurch ergaben sich, zumindest an einer ganzen Reihe von Institutionen auch gewisse „Abfarbeffekte“ auf die dominante Politikhistorie. Das gilt auch für das Fähnlein von Historikern – in Amerika erheblich größer als in England –, die sich auf die deutsche Geschichte spezialisierten. Die Mischung, die daraus entstand, stellte sowohl gegenüber der Zwischenkriegszeit als auch gegenüber der emotionsgeladenen Atmosphäre der Jahre 1945/46 gewiß eine Revision dar. Sie soll uns in diesem zweiten Abschnitt im Hinblick auf die verfolgten Themen und Schwerpunkte sowie auf die dabei entwickelte Methodologie beschäftigen. Allerdings werden wir uns hierbei nicht auf einige Monographien stützen, die dann schlicht als repräsentativ bezeichnet werden. Es schien für eine Rekonstruktion des damaligen Deutschlandbildes verlässlicher, eine Analyse von sog. College Textbooks vorzunehmen, wie sie an angloamerikanischen Universitäten im Lehrbetrieb benutzt werden. Sind solche Textbooks doch am ehesten Synthesen und Konzentrate nicht nur des bis zu einem bestimmten Zeitpunkt

²³ Diese Entdeckung machte Francis Carsten bei seinen Forschungen zu seinem Reichswehrbuch. Siehe *Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik, 1918–1933* (Köln 1964) 294, Anm. 48.

²⁴ Iggers, Die deutschen Historiker in der Emigration (Anm. 17), 109.

erreichten Forschungsstandes, sondern sie spiegeln auch die dominante Methodik und die vorherrschenden allgemeinen Perzeptionen der deutschen Gesellschaft und Geschichte. Aus diesem Grunde scheinen sich solche Bücher besonders gut für eine Untersuchung angloamerikanischer Deutschlandbilder zu eignen, wie sie hier vorgenommen werden soll.

Eine der ersten einflußreichen Analysen der modernen deutschen Geschichte war Taylors *The Course of German History*, die im Juli 1945 erschien. Die Perspektive, die durchgehend in dem Buch eingenommen wird, geht bereits aus den ersten Sätzen des 1. Kapitels hervor²⁵: „The history of the Germans is a history of extremes. It contains everything, except moderation, and in the course of a thousand years the Germans have experienced everything except normality. ... Geographically the people of the centre, the Germans have never found a middle way of life, either in their thought or least of all in their politics. One looks in vain in their history for a *juste milieu*, for common sense – the two qualities which have distinguished France and England. Nothing is normal in German history except violent oscillations.“ Dieser Vorstellung entsprechend entwickelte sich die deutsche Geschichte Taylor zufolge denn auch „logisch“ vom 16. Jahrhundert bis zum Zerfall des Dritten Reiches: „In July 1945 the leaders of the three Great victorious Powers met at Potsdam to plan the future of Germany. The ‚many great nations‘, whom Bismarck had dismissed with scorn, now sat in the seats of Frederick the Great, of Hitler, and of Bismarck himself. German history had run its course.“

Das Vorwort der Neuausgabe des Buches aus dem Jahre 1961 beleuchtet Taylors Grundeinstellung zur deutschen Geschichte noch deutlicher²⁶. Er habe, so meint er zunächst, nicht die geringste Veranlassung, seine Meinung im Lichte der zwischenzeitlichen Entwicklungen zu ändern. Es sei, so schreibt er, „no more a mistake for the German people to end up with Hitler than it is an accident when a river flows into the sea“. Er fügte hinzu: „There was a great pother after the war about how we should educate the Germans in democracy. I never understood how this should be done. Democracy is learned by practice, not by sitting on forms at a political finishing school. Our only contribution should have been to ensure that the Germans did not ‚solve‘ their problem at the expense of others.“

Obwohl, wie alle Arbeiten Taylors, methodisch sehr traditionellen Zuschnitts, ist es die politische Ausrichtung des Buches und seine Sicht „der Deutschen“, die für unseren Zusammenhang das eigentlich Relevante sind. Jedenfalls war Gerhard Ritter nach der Lektüre des Buches, das Kaehler ihm zugeschickt hatte, so „tief niedergeschlagen“, daß er sogleich einen Klagebrief an Gooch schrieb²⁷: „Wenn dieses Buch etwa die Durchschnittsansicht der heutigen englischen öffentlichen Meinung wiedergibt, dann müssen wir ja wohl alle Hoffnungen auf eine Besserung unserer Zukunft aufgeben.“

²⁵ A. J. P. Taylor, *The Course of German History* (London 1945, hier zitiert nach der Taschenbuch-Ausgabe von 1961) 1, 263.

²⁶ Ebd., VII, X.

²⁷ Schwabe und Reichardt (Hrsg.), (Anm. 11), 445.

Wenn ein Oxford Gelehrter von Namen und Ansehen, der sich mit deutscher Geschichte immerhin ausführlich beschäftigt hat, solche Urteile fällt, was soll man dann von dem Mann auf der Straße erwarten und von dem Politiker, der keine Zeit hat, so ausführlich über das deutsche Problem nachzudenken wie dieser Historiker? Wir Deutsche sind also ein bösartiges, ausschließlich auf Eroberung und auf Vernichtung unserer slawischen Nachbarn bedachtes Geschlecht, nur dadurch zu zähmen, daß wir dauernd unter strengste Überwachung der vereinigten westeuropäischen und slawischen Nationen gestellt werden und dadurch, daß unser Staatswesen in viele kleine Stücke zerhackt wird. ... Wie haben wir deutschen Gelehrten uns geschämt und wie haben wir innerlich gekocht über den blutrünstigen Unsinn, der in der Hitlerzeit über England geschrieben wurde, aber wenigstens war an dieser Literatur kein akademischer Historiker – soviel mir bekannt – beteiligt. Um so tiefer bin ich bestürzt und erschreckt darüber, daß selbst in Oxford die verstehende Historie in so hohem Maße durch politische Tendenz-Historie verdrängt werden kann.“

Gooch plädierte in seiner Antwort dafür, Taylor nicht zu ernst zu nehmen. Er sei der „einige“ britische Historiker, der derart heftige antideutsche Meinungen vertrete. Damit mag Gooch insofern recht gehabt haben, als auch Taylor zu Beginn seiner provokanten Schrift über deren Entstehung sowie über die Schwierigkeiten berichtete, die ihm daraus in Whitehall erwachsen seien²⁸. Denn ursprünglich sei das Kapitel über die Weimarer Republik als Auftragsarbeit verfaßt worden, um in eines der Handbücher eingefügt zu werden, die im Zweiten Weltkrieg für die zukünftigen alliierten Besatzungstruppen zusammengestellt wurden. Er fügte sarkastisch hinzu: „My piece proved unacceptable; it was, I learnt, too depressing. The Germans were enthusiastic for a demagogic dictator and engaged on a war for the domination of Europe. But I ought to have shown that this was a bit of bad luck, and that all Germans, other than a few wicked men, were bubbling over with enthusiasm for democracy or for Christianity or for some other noble cause which would turn them into acceptable allies once we had liberated them from their tyrants.“ Doch selbst wenn sich Taylors Thesen unter seinen Kollegen und im Foreign Office nur geringer Beliebtheit erfreuten, die allgemeine öffentliche Ausstrahlung seines Buches war enorm und dauerte lange an. Bis 1961 erlebte der Band sechs Auflagen, ehe er in die *University Paperbacks*-Reihe von Methuen übernommen wurde. Taylor bildete die Grundlage vieler Unterrichtsstunden in Schulen und Universitäten und ist auch heute noch in zahlreichen Leihbüchereien und Schulbibliotheken zu finden. Auch in Amerika dürfte das Buch ein Erfolg gewesen sein, da es auch dort auf eine Grundstimmung in der gebildeten öffentlichen Meinung stieß, die mit Taylors Sicht „der Deutschen“ weitgehend in Einklang stand. Nur so ist der amerikanische Erfolg eines weiteren Bandes zu erklären, der 15 Jahre später erschien und schnell ein Bestseller wurde: William S. Shirers 1400-Seiten Opus über *The Rise and Fall of the Third Reich*, dessen zeitlicher Rahmen weit über die Jahre 1933–1945 hinausging und mit Taylors Gesamtschau der deutschen Geschichte harmonierte²⁹. Shirers Wirkung wurde seinerzeit in den USA noch dadurch verstärkt, daß

²⁸ Taylor, (Anm. 25), VII.

²⁹ William L. Shirer, *The Rise and Fall of the Third Reich* (London 1960).

die Bundesrepublik Anfang der sechziger Jahre von einer neonazistischen Welle erfaßt wurde und die Israelis Adolf Eichmann aus Südamerika nach Israel entführt hatten. Die deutsche Vergangenheit machte daher einmal mehr die Schlagzeilen, und viele Angloamerikaner fragten sich, ob sich „die Deutschen“ überhaupt geändert hätten.

Es ist wichtig, sich dieses allgemeinen Klimas zu erinnern, da Teile der westdeutschen akademischen und politischen Eliten, voran einige prominente Historiker, auch später – ob in Bitburg oder anderswo – immer wieder gröblich unterschätzt haben, wie wenig die NS-Zeit mit ihren Brutalitäten in angloamerikanischen Ländern vergessen ist. Wieviel stärker waren diese Gefühle in den fünfziger Jahren, als das Kriegsende erst zehn oder fünfzehn Jahre zurücklag. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hatte noch direkte Erinnerungen an den Krieg. In dieser Zeit erschienen nun in Nordamerika die ersten Textbücher, die im Stile Taylors den Gang der modernen deutschen Geschichte zu analysieren versuchten. Will man die thematischen und methodologischen Prioritäten dieser Bücher verstehen, so ist das von Taylor u.a. verbreitete Deutschlandbild im Auge zu behalten. War es den Autoren dieser Textbücher doch gerade darum zu tun, dieses ältere Bild zu überwinden und eine differenziertere Interpretation anzubieten.

Als erstes und frühestes Beispiel sei hier Ralph Flenleys *Modern German History* erwähnt, die 1953 erschien³⁰. Der kanadische Historiker sah sein Buch ausdrücklich als Gegenstück zu jenen Autoren, die den Nationalsozialismus als den logischen Endpunkt und authentischen Ausdruck der preußisch-deutschen Geschichte bezeichneten hatten. Jedenfalls hielt er es für „quite wrong to declare that *all* German history led to Hitler and Nazism. It could, and did, lead also to Lessing, ... to Goethe and Kant, to William von Humboldt, enemy of the *Machtstaat*, to rebels against autocracy, intolerance, militarism, even nationalism, yet good Germans all, whether Protestant, Catholic or Jewish.“³¹ Unter Hinweis auf Goethes These, daß die menschliche Seele auch eine dämonische Seite habe, und auf Friedrich Meineckes Argument von der Doppelgesichtigkeit des preußischen Staates, betonte Flenley die Widersprüche und Dualismen der deutschen Geschichte. Zweck seiner Untersuchung, so schreibt er einleitend, sei es zu eruieren, warum Deutschland weniger erfolgreich gewesen sei, wenn es darum ging, Differenzen durch Kompromisse zu überbrücken. In diesem Zusammenhang hält er das Überleben des Obrigkeitstaats und von Klassenunterschieden für einen wichtigen Faktor in einer Zeit, zu der das Land sich nicht nur mit liberal-demokratischen Ideen konfrontiert sah, sondern auch mit sozialrevolutionären Theorien, die mit dem Beginn der Industriellen Revolution entstanden.

Diesen Thesen entsprechend werden dem Leser viele Details über intellektuelle und kulturelle Strömungen im 19. Jahrhundert vorgeführt, während bei ihm über ökonomischen Wandel und Sozialstruktur zwar einiges, aber doch erheblich weniger geboten wird. Flenley beendete seine vornehmlich kulturgeschichtlich orientierte Studie mit einem Lob auf Thomas Mann, jenem Emigranten, der als Schriftsteller und Ver-

³⁰ Ralph Flenley, *Modern German History* (London 1953).

³¹ Ebd., 386.

treter des „anderen Deutschland“ schon in den dreißiger und vierziger Jahren auf die Amerikaner eine eigenartige Faszination ausgeübt hatte. Mann, so meint er, habe seinem Lande gut gedient, da er nicht nur mitgeholfen habe, das echte deutsche kulturelle Erbe zu retten und zu stärken, sondern auch weil er die Verbindung zwischen diesem Erbe und der westlichen Kultur aufrechterhalten habe.

Aber auch methodisch betrachtete Flenley sein Buch als eine Abkehr vom „Taylorismus“. Andere Kollegen, so schrieb er, betonten das Politische und den „Primat der Außenpolitik“ zu sehr³². Er wolle dagegen soziale und wirtschaftliche, aber gerade auch geistige und kulturelle Aspekte hervorkehren, die seiner Meinung nach für die deutsche Geschichte von großer Bedeutung seien. Auch wenn Flenley die Gewichtsverlagerung auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte weniger gut gelang, die Akzentverschiebung zu Taylor war deutlich genug. Als Kategorie kamen „die Deutschen“ nicht mehr vor, und auch die Herausarbeitung deutscher Kulturtraditionen war bedeutsam vor dem Hintergrund einer Zeit der NS-Barbarei, nach der viele Angloamerikaner sich weigerten, Deutschland überhaupt als Kulturnation zu bezeichnen. Darüber hinaus lohnt es sich, Flenleys Ansatz mit dem zu vergleichen, der zur gleichen Zeit von Ritter u.a. in der Bundesrepublik vertreten wurde.

Den Dualismus in der deutschen Geschichte machte auch Marshall Dill zum Thema seines Textbuchs, das 1961 in der Reihe „University of Michigan History of the Modern World“ erschien³³. Er sah die Deutschen, anders als Taylor, als „a talented and complex people; they have produced men with the lofty grandeur of Johann Sebastian Bach, Immanuel Kant and Johann Wolfgang von Goethe; they have also produced men with the diabolic venom of Paul Joseph Goebbels and Heinrich Himmler. When divided they have sought unity, but when united they have tended to split into their constituent parts. Although an integral part of Western culture, they have at times forsaken and challenged that culture; the challenge has been supported with such power that the West had been hard-pressed to subdue it.“ Dills methodischer Ansatz ist dem Flenleys durchaus ähnlich: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Fragen werden gesehen, aber nicht detaillierter verfolgt. Der Schwerpunkt liegt neben der politischen Ereignisgeschichte deutlich auf jener *intellectual history*, die sich inzwischen vor allem in Amerika zu einem eigenständigen Genre entwickelt hatte und die einige ihrer Wurzeln in der deutschen Geistesgeschichte besaß³⁴. Wenn es zu einer solchen Verbindung dieser Tradition mit angloamerikanischen sozialgeschichtlichen Elemen-

³² Ebd., VII.

³³ Marshall Dill, *Germany. A Modern History* (Ann Arbor 1961) VII.

³⁴ Eine ähnliche Perspektive bot schließlich auch Koppel S. Pinsons *Modern Germany. Its History and Civilization* (New York 1954), ein weit verbreitetes Textbuch, das Carlton J. B. Hayes gewidmet war. Pinson betonte zudem besonders offen seine ideologische Position: „This work is written frankly from the standpoint of one who finds liberal democracy, humanitarianism and the ethical ideals of the Judeo-Christian tradition most congenial to his own frame of mind. ... If there is a unifying theme to this work, it is that of the tragic efforts made by liberalism and democracy to assert themselves in modern German history, of how they have been inundated time and again by the opposing forces, especially those of militarism and nationalism, and of how, nevertheless, these efforts recur to start the struggle anew.“ (IX).

ten kam, so ist dies nicht zuletzt dem Einfluß emigrierter deutscher Historiker zuzuschreiben, voran Hajo Holborn. Im Jahre 1959 veröffentlichte Holborn den ersten Band einer Textbuch-Trilogie, die schon deshalb in Amerika besonders einflußreich werden sollte, weil er auch sonst als einer der Hauptförderer des Studiums der deutschen Geschichte in den USA gelten muß. Während dieses Fach an britischen Universitäten in den fünfziger Jahren kaum existierte, erlebte es in den USA damals eine beachtliche Blüte, und zwar gerade auch aufgrund des Wirkens Holborns, der 1933 emigriert war und seit 1934 an der Yale University lehrte. Zwischen 1941 und 1968 wurden bei ihm nicht weniger als 55 Doktorarbeiten zu meist deutschen Themen angefertigt.

Solche Zahlen sind deshalb bedeutsam, weil auf diese Weise in Yale wie auch z.B. in Chicago und Columbia eine Nachwuchsgeneration entstand, die in England bis auf weiteres fehlte und unter der sich auch viele angehende Historiker befanden, die Deutschland als Kinder oder Jugendliche verlassen mußten. Um die Arbeiten dieser jüngeren Generation zu verstehen, müssen wir uns als nächstes der großen Interpretation der deutschen Geschichte zuwenden, die Holborn nach dem Zweiten Weltkrieg in Angriff nahm³⁵. Da der Gesamtentwurf in den fünfziger Jahren entstand, soll hier auch der dritte Band über die Jahre 1840–1945 abgehandelt werden, obwohl er erst 1969 erschien. Für unseren Zusammenhang ist zunächst das Vorwort zum ersten Band von Interesse, in dem Holborn auf seine eigene intellektuelle Entwicklung zu sprechen kommt³⁶. Hier erwähnt er den Einfluß seines Lehrers Meinecke, der sein Interesse für die Geistesgeschichte geweckt, aber ihn zugleich an den verfassungsgeschichtlichen Ansatz von Otto Hintze herangeführt habe. Doch, so fährt er fort, obwohl er sich dieser formativen Einflüsse bewußt geblieben sei und sich immer noch als in der Tradition Rankes stehend sehe, seine späteren Reflexionen über die Entwicklungen der dreißiger Jahre hätten ihn auch zu Änderungen seiner Perspektive veranlaßt. Vor allem habe ihm seine Transformation in einen Amerikaner einen breiteren Horizont vermittelt, vor dem er heute alles Deutsche und Europäische betrachte. Noch entscheidender, so fügte er hinzu, sei seine wachsende Neigung gewesen, historische Vergleiche zu ziehen und dadurch die deutsche Geschichte in anderen Proportionen zu sehen. Nicht zuletzt hätten die Ereignisse im Dritten Reich ihn zu einer Revision vieler Ansichten gebracht, auch wenn er die Behauptung scharf zurückwies, daß alle Deutschen aufgrund ihrer Charakterstruktur böse seien. Ebenso sei es falsch anzunehmen, die deutsche Geistestradition sei früh durch ein überzogenes Machtdenken vergiftet worden.

Über seine Methodologie schreibt Holborn, daß der Rankeanismus mit seiner einseitigen Präferenz für die Große Politik kein ausreichendes Verständnis für historische Entwicklungen vermitteln könne. Auch der geistesgeschichtliche Ansatz sei zu begrenzt. Vielmehr komme es darauf an, den Menschen in allen seinen Existenzkampflagen zu analysieren, d.h. in seinen materiellen Lebensumständen, in seiner Auseinan-

³⁵ Hajo Holborn, *A History of Modern Germany*, 3 Bde. (New York 1959–69).

³⁶ Ebd., Bd. 1, Xff.

dersetzung mit der bestehenden sozialen und politischen Ordnung wie auch in seinen Versuchen, seine begrenzte Welt geistig zu transzendifzieren. Deshalb komme es darauf an, über die Politik- und Verfassungsgeschichte hinauszustossen einerseits zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und andererseits zur Geschichte der Religionen und geistigen Bewegungen.

Diesem Programm entsprechend beginnt auch der dritte Band Holborns mit einer Abhandlung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte der 1840er Jahre, bevor er sich den politischen und geistigen Bewegungen zuwendet, die von diesen „Kräften“ damals hervorgebracht wurden³⁷. Nicht weniger bezeichnend für Holborns Ansatz ist es aber, daß alle diese Themen unter der Generalüberschrift „Liberalismus und Nationalismus, 1840–1871“ erscheinen. Noch deutlicher wird die Grundperspektive im zweiten Teil des Buches, das den Titel „Das Zeitalter des Imperialismus, 1871–1945“ trägt. Hier beginnt der Autor mit einem Überblick der internationalen Konstellation der 1870er Jahre, dem eine Analyse der Bismarckschen Innenpolitik folgt. Daran wieder schließt sich ein Abschnitt über die wilhelminische Außenpolitik an, und erst hier nach stößt Holborn zu einer Untersuchung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Kaiserreich vor, in dem Bevölkerungsentwicklung, Landwirtschaft und Industrie in ihren verschiedenen „Stufen ökonomischen Wachstums“ diskutiert werden. Doch selbst in diesem Teil achtet der Autor darauf, wirtschaftliche Strukturfaktoren nicht die Überhand gegenüber den geistigen gewinnen zu lassen. Das Kapitel enthält zugleich viel Material über Bildung, Kultur und Geistesleben. Einer Reihe von Künstlern und Gelehrten ist sogar ein eigener biographischer Unterabschnitt gewidmet. Insgesamt zeichnete Holborn ein außerordentlich differenziertes Bild der deutschen Entwicklung, das sich von Taylors Verallgemeinerungen über „die Deutschen“ bewußt entfernt.

Darüber hinaus sieht er die moderne deutsche Geschichte in einem Rahmen, der seinerzeit die amerikanische Geschichtsschreibung über Deutschland zu dominieren begann: Das Versagen des Bürgertums, das den Liberalismus „verriet“ und sich dem Chauvinismus und Illiberalismus hingab. Obwohl gegenüber dem „Pseudokonstitutionalismus“ Bismarcks grundsätzlich kritisch eingestellt, gilt Holborns eigentliche Verachtung dem deutschen Bürgertum, das dieses politische System nicht zerbrochen habe, als es 1890 in die Hände von Nachfolgern fiel, die seiner Meinung nach weitaus schwächer waren als der Eiserne Kanzler. Wandel sei auf zwei Wegen denkbar gewesen, nämlich entweder durch eine Allianz größerer bürgerlicher Gruppen mit der Sozialdemokratie oder durch eine militärische Niederlage der preußisch-deutschen Armee als der Bastion des Status quo. Die erste Lösung wurde nie erreicht; die zweite verwirklichte sich 1918, freilich mit gefährlichen und schließlich katastrophalen Rückwirkungen. Holborn nimmt das Liberalismus-Thema mehrmals auf, so auch am Ende seines Buches, wo er schreibt³⁸: „Bismarck is always accused of having stymied the liberal development of Germany. This is true, but it should not be forgotten that Ger-

³⁷ Ebd., Bd. 3, *passim*.

³⁸ Ebd., 812.

man liberalism was a relatively willing victim. ... Nationalism became the common denominator between the old ruling classes and the new domineering elements of German industrialization, with the latter proving to be the more dynamic force in transforming German nationalism into an aggressive imperialism.“ Dieser Nationalismus der Ober- und Mittelklassen habe dann 1914–1918 einen ersten Höhepunkt erreicht. Niederlage, Revolution und Hoffnungen auf einen Wilson-Frieden hätten danach das Bürgertum zeitweilig für die Demokratie gewonnen und es in Teilen bereit gemacht, eine Verständigung mit der Arbeiterbewegung zu suchen. Doch sei dies nur ein kurzes Zwischenspiel geblieben. Bald sei der Nationalismus erneut und in einer Form hochgekommen, die noch explosiver war als zuvor, weil innere und äußere Feinde noch mehr als im Ersten Weltkrieg in eine gemeinsame Front gestellt wurden. Die Große Depression der dreißiger Jahre habe diese nationalistischen Leidenschaften weiter angefacht. Wahrscheinlich, so schließt Holborn, hätten die traditionellen Führungsschichten am liebsten die Errichtung eines autoritären Regimes durch Armee und Bürokratie gesehen. Doch dann sei 1931/32 immer klarer geworden, daß die parlamentarische Republik nur mit Hilfe einer Massenbewegung zu zerstören gewesen sei. Das auf deren Trümmern zu schaffende Regime mußte sich als Repräsentant aller Schichten darstellen können. Dies, so folgert Holborn schließlich, sei dann der Hauptgrund dafür gewesen, daß das Hitler-Regime 1933 von den Deutschen akzeptiert worden sei.

Es lohnt sich, die bisher zitierten Thesen Holborns kurz zu überdenken und mit seiner Biographie in Beziehung zu setzen. Schon 1926, als er in Heidelberg einer der jüngsten Privatdozenten Deutschlands wurde, sah er sich als Liberaler, der die Weimarer Republik offen unterstützte, und in der Krise nach 1930 tat er dies sogar so uneingeschränkt, daß er nunmehr für ein Bündnis mit der SPD eintrat. Zugleich kämpfte Holborn aktiv gegen den nationalsozialistischen Irrationalismus und Totalitätsanspruch. Als dieser Kampf Anfang 1933 auch für ihn verloren ging, wanderte er sofort aus. Die Hoffnungen, die er in den zwanziger Jahren für sein Land gehegt hatte, verkehrten sich jetzt zu Enttäuschungen, die von ihm nach rückwärts in die Vergangenheit projiziert wurden und ihn zu seiner These eines bis ins späte 19. Jahrhundert zurückgehenden politischen Versagens des deutschen Bürgertums gelangen ließen. Schon damals, so glaubte er jetzt, habe sich das Bürgertum gegenüber den ökonomisch absteigenden Agrariern als politisch schwach erwiesen, während die SPD noch unreif gewesen sei. Diese Sicht der modernen deutschen Geschichte erleichterte es Holborn, sich um so vorbehaltloser angloamerikanischen Postulaten von Liberalismus und Demokratie zu öffnen, schien hier doch ein Bürgertum entstanden zu sein, das nicht versagt hatte. Vielmehr hatte es sich inzwischen nicht nur im Innern durchgesetzt, sondern bot anschließend auch dem Dritten Reich die Stirn, wo der Illiberalismus zur Barbarei degeneriert war. Mochten in Holborns neuer Heimat und sogar an seiner renommierten Alma Mater mancherlei illiberale Tendenzen festzustellen sein, entscheidend war für ihn, daß die Waage zur liberalen Seite hin geneigt blieb, während sich in Deutschland inzwischen die Gegenkräfte durchgesetzt hatten.

Hatten, wie Holborn im Vorwort zum ersten Band seiner Trilogie hervorgehoben hatte, seine amerikanischen Erfahrungen seinen Horizont und seine wissenschaftli-

chen Interessen erheblich erweitert, so galten auch für sein Verständnis von Demokratie und Liberalismus sehr deutlich angloamerikanische Maßstäbe. Ebenso war er in seinen methodischen Auffassungen über Meinecke und Hintze hinausgegangen, ohne freilich seine geistigen Wurzeln völlig gekappt zu haben. Sowohl seine diversen anderen Bücher als auch die Organisation des dritten Bandes seiner Geschichte Deutschlands weisen auf bestimmte Präferenzen hin. Und schließlich ist auch seine Analyse des aufsteigenden Nationalsozialismus nicht eigentlich die eines Sozialhistorikers und Soziologen, der sich in erster Linie für gesellschaftliche Konflikte und Machtbalancen interessiert. Statt dessen spricht er von den Beziehungen zwischen dem Nationalsozialismus und „den Deutschen“ – einer soziologisch kaum präzisen Kategorie, die der heutigen Forschung nicht genügen würde. Zudem glaubt Holborn, daß der Niedergang der Bildung in Deutschland als Erklärung fruchtbar sei, warum Hitler so viele Stimmen angezogen habe und warum so viele Deutsche bereit gewesen seien, vor den späteren Verbrechen die Augen zu schließen. Doch bei aller Ablehnung demokratischer Institutionen und trotz ihres Nationalismus wollten, so setzte er hinzu, viele und vielleicht sogar die meisten Hitler-Wähler von 1933 den Rechtsstaat nicht abgeschafft sehen. Andererseits sei es beschämend gewesen, wie schnell selbst diejenigen, die das System durchschauten, bereit gewesen seien, ihr Gewissen zu betäuben. Erst im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 bemüht sich Holborn wieder um eine konkrete Differenzierung, die bezeichnenderweise aber nicht soziologischer, sondern moralischer Art ist und einer Quantifizierung weiterhin unzugänglich bleibt³⁹: „The men who participated in it were desirous of saving their country not only from further destruction through the war but also from annihilation of its moral fiber by a heinous regime. Many of them did not even fully care whether they would succeed in their action. They felt the point had been reached where it was necessary that some Germans should demonstrate by the sacrifice of their lives before the world and history that the sense of obligation to humane values had not perished in Germany. With their deed they laid a foundation stone for a new beginning of German history in a world totally changed by the events which Hitler had brought on.“

Später, nachdem wir auf die Arbeiten einer jüngeren Emigrantengeneration eingegangen sind, werden wir die Sicht der modernen deutschen Geschichte, die solchen Sätzen zugrunde lag, noch um eine tiefer liegende Interpretationsebene erweitern müssen. Hier ist zusammenfassend festzuhalten, daß die in diesem Teil des Aufsatzes analysierten Textbücher im Vergleich zu Taylor und Shirer deutlich andere Akzente setzten. Deutschland wird nicht mehr als eine monolithische Gesellschaft behandelt, sondern als eine „Zwei-Seelen“-Kultur betrachtet. Bei den amerikanischen Sozialwissenschaftlern bestanden ähnliche Tendenzen. Wie die Studien Hans Kohns über „*The Mind of Germany*“ oder die Untersuchungen, die Hans Speier, Gabriel Almond, Daniel Lerner und Lewis Edinger seinerzeit im Auftrage der kalifornischen RAND-Corporation begannen, zeigen, herrschte in den USA ein großes Interesse an den Dingen, die vor oder nach 1945 in den Köpfen diverser Kategorien von Deutschen vor sich

³⁹ Ebd., 818.

gingen⁴⁰. Ideologiefragen waren Trumpf und stellten auch die Basis der *intellectual history* dar. Zuerst war noch die Vorstellung von einer „dämonischen“ Seite des deutschen Charakters verbreitet, die das „bessere“ Deutschland langsam verdrängte, bis ihr durch die Alliierten, voran durch die Amerikaner, 1945 der Garaus gemacht wurde. Das gute kulturelle Erbe Zentraleuropas kam damit erneut zum Durchbruch. Später wurden solche Thesen dann weniger mystisch und gruppenspezifischer formuliert, sind aber selbst bei Gordon Craig noch aufzufinden, dessen Geschichte Deutschlands, wenn auch erst 1978 erschienen, bereits in den fünfziger Jahren konzipiert war⁴¹: „Adolf Hitler was nothing if not thorough. He destroyed the basis of the traditional resistance to modernity and liberalism just as completely as he had destroyed the structure of the *Rechtsstaat* and democracy. Because his work of demolition was so complete, he left the German people nothing that could be repaired or built upon. They had to begin all over again, a hard task perhaps, but a challenging one, in the facing of which they were not entirely bereft of guidance. For Hitler had not only restored to them the options that they had had a century earlier [in 1848 and 1866 V.B.], but had also bequeathed to them the memory of horror to help them with their choice.“

Mochten die Ideen Taylors auch weiterhin Einfluß ausüben, es kann kein Zweifel bestehen, daß die neuen Textbücher der fünfziger und sechziger Jahre im Rahmen von Kursen zur deutschen Geschichte an angloamerikanischen Universitäten und Colleges auf die zukünftigen Eliten der Länder zu wirken begannen. Für diese Studenten, nicht aber für deutsche Kollegen und deren Studenten waren diese Bücher geschrieben. Dies scheint mir ein entscheidender Aspekt zu sein, der auch in der Einflußgeschichte über andere Disziplinen bisher kaum durchdacht worden ist. Wer damals in Freiburg oder in Göttingen in den Vorlesungen und Seminaren saß, bekam ein Bild der deutschen Geschichte vermittelt, das von G. Iggers u.a. näher untersucht worden ist und selbst mit dem revidierten angloamerikanischen Bild allenfalls an einigen Punkten in Einklang zu bringen war.

Englischsprachigen Lesern war auch eine dritte Kategorie von Studien zur deutschen Geschichte gewidmet, die nun im letzten Teil dieser Untersuchung über angloamerikanische Deutschlandbilder analysiert werden soll. Diese Studien waren vor allem durch drei Merkmale gekennzeichnet, deren Bedeutung dann abschließend herausgearbeitet werden soll. Vom Genre her handelte es sich weder um historische Spezialmonographien noch um Textbücher der bisher vorgestellten Art. Vielmehr waren es Bücher, die breiter angelegt und mit schärferer Thesenführung auf die Beziehung von „Massen“ und „Eliten“ seit dem 18. Jahrhundert eingingen. Diese Beziehung wird, zweitens, nicht im ökonomischen oder sozialen Bereich untersucht, sondern im ideologisch-politischen und „kulturellen“. Die Autoren dieser Studien sind, drittens, Emigranten, die als Jugendliche Deutschland verlassen mußten. Sie erhielten ihre akade-

⁴⁰ Hans Kohn, *The Mind of Germany* (London 1962); Hans Speier und William P. Davison (Hrsg.), *West German Leadership and Foreign Policy* (Evanston 1957); Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten (Köln 1967).

⁴¹ Gordon A. Craig, *Germany, 1866–1945* (Oxford 1978) 764.

mische Ausbildung in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren in Amerika und standen dabei direkt oder indirekt häufig unter dem Einfluß einer älteren Emigrantengeneration.

Aus dieser Gruppe, die in Amerika schließlich in die akademische Historiographie nachrückte, werden hier nur zwei Autoren ausgewählt: George Mosse und Fritz Stern. Beide schrieben nicht nur einflußreiche Bücher, die von vielen angloamerikanischen Studenten gelesen wurden, sondern sie sind auch besonders prononcierte Vertreter eines *cultural history* Ansatzes. Bei genauerem Hinsehen handelt es sich freilich nicht um eine Perspektive, die im Vergleich zu Holborn neu gewesen wäre und sich von den Sozialwissenschaften und speziell von der Sozial- und Kulturanthropologie hätte inspirieren lassen. Allenfalls Mosse interessierte sich für diese Disziplinen, und auch dies nur später. Eher handelte es sich um eine Fortentwicklung jener „*intellectual history*“, die von Holborn u.a. inzwischen in Amerika aus einer durch die Analyse sozialer Bewegungen erweiterten Geistesgeschichte geschaffen worden war.

Mosse, der bekannten Berliner jüdischen Verlegerfamilie entstammend, war 1939 als Kind in die USA gekommen⁴². Seine Studien hatte er zuerst als *undergraduate* am Haverford College aufgenommen, ehe er seine Doktorarbeit an der Harvard Universität begann. Er wählte ein frühneuzeitliches Thema der englischen Geschichte, das 1950 unter dem Titel *The Struggle for Sovereignty in England: From the Reign of Queen Elizabeth to the Petition of Right* erschien. Im Jahre 1955 zog er dann von der University of Iowa, seiner ersten Dozentenstelle, nach Madison/Wisconsin um. Dadurch ergab sich für ihn die Gelegenheit, seine Forschungsinteressen in die Neuzeit zu verlagern. Allerdings blieb sein Ansatz seinen früheren Studien deutlich verpflichtet. Nachdem er 1957 *The Holy Pretence: A Study in Christianity and Reason of State from William Perkins to John Winthrop* veröffentlicht hatte, kam vier Jahre danach sein Buch *The Culture of Western Europe* heraus. Später gab er erläuternd dazu an: „I really knew very little of the period after 1700. I wrote an article which went into the eighteenth century, but it was on puritanism, which was part of my interest, and casuistry and the Reformation, all matters which occupied me. ... The theology I worked on was above all concerned with popular piety, and popular piety and modern ideology are not so far removed from each other. Finally, my really passionate interest during the late fifties ... – the baroque – is directly relevant to modern mass movements, their theatricality and all that goes with it. So I wouldn't say there is a major break. I would say that there is a continuity of interest. Moreover, if I look at the work of my students (and I have had students in all these periods) it comes out very clearly that their concern is with the problem of myth and reality, if you like, between aesthetics and politics, or theology and politics. The books of my students reflect very clearly an interest in the myths people live by, their political relevance, and the penetration of these myths by reality.“ Anders formuliert, glaubte Mosse, sich mit Problemen zu beschäftigen, die zeitlos waren und sich über die Jahrhunderte hinweg nicht stark veränderten. Hatte er

⁴² Hierzu und zum Folgenden: George L. Mosse, Nazism. A Historical and Comparative Analysis of National Socialism (Interview mit Michael A. Ledeen) (Oxford 1978) 21 ff., Zitat 27 f.

es bis dahin unmöglich gefunden, sich aus psychologischen Gründen der deutschen Geschichte zuzuwenden, die von ihm formulierten, „immer gültigen“ Fragen erleichterten ihm den nun erfolgenden Übergang. Hinzu kam freilich eine Faszination für Meinecke und dessen Idee des Machtstaats, den er später zusammen mit Benedetto Croce (mit seinem Konzept von der Totalität der Geschichte), Johan Huizinga (mit seinem Konzept des Mythos) und George Lichtheim (mit seinem hegelianischen Ansatz) als seinen geistigen Vater nannte.

Auf dieser intellektuellen Basis und unter Zurückweisung der Position Taylors und Shirers entwickelte Mosse in seinen ersten Büchern über Deutschland Fragestellungen, die letztlich – wie bei so gut wie allen seinen Kollegen auch – um das Phänomen des Nationalsozialismus kreisten. Er meinte, die Wurzeln für Hitlers Erfolge in der Sozial- und Kulturgeschichte Deutschlands suchen zu müssen. Dabei interessierte ihn nicht so sehr eine kleine, kulturelle Elite als vielmehr die Wirkung von Ideen auf eine Öffentlichkeit, die lesekundig, aber nicht notwendigerweise gebildet war. *Cultural history*, so plädierte Mosse, müsse sich mit Fragen der breiten und politisch durchschlagenden Massenkultur beschäftigen. Auch der Nationalsozialismus ist für ihn ein derartiges kulturelles Massenphänomen. Bedeutsam für Mosses Ansatz ist des Weiteren seine „Dialektik“, gerade wegen ihrer so besonderen Art. Denn zum einen verfolgt er die Wechselbeziehung von Mythos und Wirklichkeit weiter. Aber es gibt für ihn auch eine gewissermaßen diachronische „Dialektik“ zwischen gegensätzlichen Zeitströmungen, die durch Kontinuität und Diskontinuität oder genauer durch Kontinuitäten und deren Aktivierung bzw. Verschüttung charakterisiert ist. Wechselseitig aktiviert bzw. verschüttet wurden Mosses Auffassung zufolge besonders in Deutschland Rationalismus und Irrationalismus, Liberalismus und Nationalismus, Individualismus und Kollektivismus. Vor diesem Hintergrund werden nun die Titel der Bücher verständlich, die Mosse seither zur deutschen Geschichte veröffentlicht hat: *The Crisis of German Ideology: Intellectual Origins of the Third Reich* (1964); *The Nationalization of the Masses. Political Symbolism and Mass Movements in Germany from the Napoleonic Wars Through the Third Reich* (1975) und die Dokumentenedition *Nazi Culture. Intellectual, Cultural and Social Life in the Third Reich* (1966). Insgesamt wird der Nationalsozialismus hier als eine Bewegung gesehen, der es gelang, die sich seit dem 19. Jahrhundert anbahnende Verbindung von Massen und Nationalismus zu vollenden und zusammen mit einem dritten Traditionsstrang, der „Mittelklassenmoral“, in seinen Dienst zu nehmen. Das 1975 erschienene Buch *The Nationalization of the Masses* stellt eine Fortentwicklung seines früheren Ansatzes dar und liegt außerhalb unseres Untersuchungszeitraums. Hier sollen daher nur seine Bücher aus den frühen sechziger Jahren analysiert werden.

Mosse *The Crisis of German Ideology* dreht sich um die Inhalte der NS-Ideologie sowie um die Frage, warum so viele an sich ganz normale Erwachsene von ihr eingefangen wurden⁴³. Insgesamt sieht er zwar auch den Nationalsozialismus im Zusam-

⁴³ George L. Mosse, *The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich* (London 1964) *passim*.

menhang mit dem Aufstieg faschistischen Ideenguts in anderen europäischen Ländern. Alle diese Bewegungen hätten eine Unzufriedenheit des Bürgertums mit der ökonomischen und politischen Wirklichkeit in einem neuen „positiven“ Revolutionismus zu mobilisieren versucht. Dennoch habe die NS-„Revolution“ etwas spezifisch Deutsches an sich gehabt. Sie sei tief in einer engen „mystischen“ Ideologie gefangen gewesen. Vor allem war es in Deutschland eine Revolution, die Ideen von Volk, Natur und Rasse eine immer stärkere Schlüsselstellung eingeräumt und die es Hitler schließlich ermöglicht habe, diese Revolution in eine „anti-jüdische“ zu transformieren.

Die Krise, durch die diese spezielle „deutsche Revolution“ ausgelöst worden sei, setzt Mosse auf die 1870er Jahre an. Damals sei das moderne industrielle Deutschland geboren worden, wogegen sich bald eine antimodernistische Bewegung erhob. Diese Bewegung rebellierte gegen die entstehende Zivilisation und propagierte eine Rückkehr zu einer „deutschen Kultur“. Nicht weniger bedeutsam sei es, daß die Bewegung nicht von den Unterschichten ausging, sondern von Leuten, die Besitz und Status gegenüber den „arbeitenden Klassen“ hätten erhalten wollen. Dementsprechend ist das Buch nicht allein eine genauere Analyse der „deutsch-revolutionären“ völkischen Ideologie; vielmehr geht es auch der Frage nach der sozialen Basis dieser Ideologie nach. Mosse zufolge erhielten die Nationalsozialisten ihren größten Zulauf von den Gebildeten, während Millionen von Deutschen, die meist links standen, von der völkischen Ideologie niemals eingefangen worden seien. Doch gab es noch weitere Millionen, und das waren diejenigen, die über die Millionen auf der Linken am Ende obsiegten oder zumindest durch ihre Zustimmung den Nationalsozialisten den Triumph erleichterten.

Mosse bemüht sich also durchaus, soziologische Differenzierungen vorzunehmen und untersucht dementsprechend alle jene Gruppen und Organisationen, die nach und nach völkisches Gedankengut in sich aufgenommen haben sollen. Letztlich schliddert er aber dennoch in eine reichlich unscharfe Interpretation, die von Sorel und Le Bon inspiriert ist. Ganz deutlich ist dieser Prozeß anhand seiner Edition von Dokumenten über *Nazi Culture* zu erkennen⁴⁴. Dort bezieht sich Mosse zum einen ausdrücklich auf Sorels Argument, daß alle großen Bewegungen durch Mythen vorwärts getrieben würden. Diesen Gedanken verbindet er sodann mit Le Bons These vom Konservatismus der Massen, die stark traditionsorientiert seien. Hitler habe schließlich den traditionellen deutschen Nationalismus und die Sehnsucht nach den festen Beziehungen der alten Zeit genommen und sie als Bindemittel seiner Massenbewegung benutzt. Mit seiner Verbreitung des „Mythos“ habe Hitler die Vorhersage Le Bons bestätigt, daß es magischer Kräfte bedürfe, um die Massen zu kontrollieren. Hitler selbst, so fügt Mosse hinzu, habe über die massensuggestiven und „lithurgischen“ Aspekte seiner Bewegung gesprochen und habe sich durch seine Erfolge in seinen Ansichten bestätigt gefühlt.

Dabei, so fuhr Mosse fort, sei es nicht notwendig nachzuweisen, daß Hitler Sorels oder Le Bons Bücher gelesen hat: „The point is that all of them were expressing the

⁴⁴ George L. Mosse (Hrsg.), *Nazi Culture. Intellectual, Cultural and Social Life in the Third Reich* (London 1966) XXIII ff.

problems of the mass society which the Industrial Revolution had produced and the doubts about the rationality of human nature which came with what Le Bon called the ‚era of crowds‘. ... The irrational behavior characteristic of a mass society had been clearly formulated by the end of the nineteenth century, and the actual behavior of the crowds during the Dreyfusard struggles in France and during the first big anti-Semitic wave in Germany bore out the theories. In the world that industrialism had produced, the individual was alienated not only from his society but also from his rational nature. This was the all-encompassing problem, and Sorel as well as Le Bon envisioned the specter of a wild irrationality which had to be directed by a leader into positive, constructive channels. ... Hitler's understanding of this approach enabled him to take the road to power in a nation ravaged by crises and defeat. The use of basically irrational prejudices and predilections helped to bring about the acceptance of the Germanic world view which was Hitler's solution for ending the modern alienation of man. For example, Hitler believed the mass meeting necessary because it enabled man to step ‚out of his workshop‘, in which he feels small, and to become part of a body of ‚thousands and thousands of people with a like conviction‘. Thus he succumbs to mass suggestion. Alienation was to be exorcised, but the irrationality of human nature was basic to Hitler's own view of the world. The meetings were liturgical rites, staged with close attention to detail and purpose.“

Allerdings, so schrieb Mosse weiter, erfolge die Kanalisierung der Massenbewegung nicht nur auf Großveranstaltungen, sondern auch auf allen anderen Gebieten einer neuen Massenkultur. Eine solche „Totalkultur“ ziele sodann darauf, die nationalistischen Instinkte des Volkes anzuregen, ihnen zu einer Überwindung ihres Einsamkeitsgefühls zu verhelfen und ihre schöpferischen Energien auf die Probleme von Rasse und Boden hinzuorientieren. Gerade an Mosses *Nazi Culture* wird deutlich, wie sehr ihm jegliche soziologische Präzision zwischen den Fingern zerrinnt. Im übrigen wird in seinen Schriften immer wieder folgendes evident: So sehr ihn Ideen und Ideologien sowie deren Schöpfer und Manipulatoren interessieren, der Schwerpunkt seiner Studien liegt in der Analyse der Wirkung solcher Ideologien auf die „Massen“. Daher auch sein Interesse an Volksmythen und -ritualen, an Anthropologie und am Ende gar an C. G. Jungs Theorien.

Im Gegensatz zu Mosse stehen bei Stern mehr die Erfinder und Verbreiter von Ideologien im Mittelpunkt. Ihm ging es darüber hinaus um eine Erklärung der Divergenz Deutschlands vom Westen, als er 1961 seine Arbeit über *The Politics of Cultural Despair. A Study in the Rise of the Germanic Ideology* veröffentlichte⁴⁵. Stern stand zunächst unter dem Einfluß Jacques Barzuns, der 1937 seine Untersuchung über *Race. A Study in Modern Superstition* abgeschlossen hatte⁴⁶, sowie Lionel Trillings, der 1946 seine kulturkritische Methode als „die dunkle und blutige Kreuzung“ bezeichnet hatte, „an der sich Literatur und Politik treffen“⁴⁷. Auch Stern bewegte sich mit seiner

⁴⁵ Berkeley 1961.

⁴⁶ New York 1937.

⁴⁷ Zu Trilling siehe: *Mark Krupnick, Lionel Trilling and the Fate of Cultural Criticism* (Northwestern University Press 1986).

Arbeit an dieser Kreuzung und bemühte sich, angeregt durch Peter Gay und Richard Hofstadter, zugleich die psychologische Dimension einzubringen. Allerdings arbeitete er nicht, wie Mosse, mit massenpsychologischen und anthropologischen Kategorien. Obwohl auch an der Breitenwirkung von Ideen und den Wurzeln des Nationalsozialismus interessiert, bildeten die kulturkritischen Schriften von drei deutschen Publizisten – Lagarde, Langbehn und Moeller van den Bruck – den Ausgangspunkt seiner Analyse. Soweit es den Einfluß der drei betraf, stellte er die These auf⁴⁸: „A thousand teachers in republican Germany who in their youth had read and worshipped Lagarde or Langbehn were just as important to the triumph of National Socialism as all the putative millions of marks that Hitler collected from German tycoons.“ Dennoch sah Stern sein Buch in erster Linie als eine Studie zur „Pathologie von Kulturkritik“. Ziel seiner Abhandlung Langbehns, Lagardes und Moellers war es, die Dilemmata und Gefahren einer bestimmten Art von Kulturkritik offen zu legen. Alle drei waren seiner Meinung nach nämlich nicht nur Diagnostiker einer kulturellen Krise, sondern auch Propheten, die für eine nationale Wiedergeburt arbeiteten und dabei in einen nationalistischen Utopismus verfielen. Ihre Attacke, so fährt Stern fort, richtete sich vor allem gegen den Liberalismus, aus dessen Ablehnung heraus sie sodann ihr antimodernistisches Gedankengebäude mit seinen völkischen und antisemitischen Elementen errichteten. Es entspricht seinem Interesse an Eliten, daß er dem biographischen Aspekt erheblichen Raum gibt. Alle drei Kritiker, schreibt Stern, hätten ihre Schriften aus eigenen Leiden und Erfahrungen heraus verfaßt. Daher auch sein Rückgriff auf die Psychologie in der Absicht, auf die Bedeutung eines neuen Typus von Kulturkritiker hinzuweisen, der das Eindringen unpolitischen Gedankenguts in die Politik gefördert habe. Doch was immer die Pathologie seiner drei Autoren auch gewesen sein mag, für ihn waren sie zugleich (kranke) Analytiker einer partiell kranken Gesellschaft. Insofern waren ihre Arbeiten ein Ausdruck einer Kulturkrise, die schließlich ins Dritte Reich führte. Hitler sei es am Ende gelungen, Millionen von Unzufriedenen hinter sich zu sammeln, von deren Existenz Langbehn, Lagarde und Moeller lange gesprochen hatten und für deren Erlösung sie gefährliche und vergängliche Ideale entwickelt hatten.

Es ist nicht möglich, den ganzen Facettenreichtum der Arbeiten von Mosse und Stern im einzelnen vorzuführen. Die Grundlinien ihrer Argumentation sowie ihre analytischen Werkzeuge dürften aber hinreichend vorgestellt worden sein. Wir haben damit den Punkt erreicht, an dem die Analyse auf jene tiefer liegende Ebene verlagert werden kann, auf die weiter oben bereits kurz hingewiesen wurde. Den Zugang zu dieser Ebene eröffnet die ebenfalls schon hervorgehobene Tatsache, daß die hier aufgeführten angloamerikanischen Historiker nicht für ihre deutschen Kollegen schrieben. Vielmehr wandten sie sich in oft schwer fließendem Englisch an eine Leserschaft in ihrer neuen Heimat, die sie nicht wieder verlassen wollten. Damit entsteht die Frage, ob sie für ihre Landsleute irgendeine „Botschaft“ hatten, die aus ihrer intensiven Beschäftigung mit der deutschen Geschichte, aber auch aus ihrem Emigranten-schicksal gewonnen war. Folgt man den Aussagen, die Mosse 1978 machte, so bestand

⁴⁸ Fritz Stern, *The Politics of Cultural Despair* (Berkeley 1961) 291.

kein Bezug zwischen seinen Faschismusstudien und der Situation in Amerika⁴⁹. Auf die Gefahr eines amerikanischen Faschismus direkt angesprochen, wies er diese Möglichkeit weit von sich. Es gebe in Amerika keine Tradition, an die eine faschistische Bewegung anknüpfen könne. Zudem, so erklärte Mosse weiter, fehle es in den Vereinigten Staaten an ethnischer Einheitlichkeit und einem integralen Nationalismus.

Dagegen stelle Europa einen etwas anderen Fall dar. Zwar glaubte er nicht, daß der Nationalsozialismus noch lebendig sei; aber sein „dialektisches“ Modell von ideologischer Verschüttung und potentieller Reaktivierung ließ die Zukunftsentwicklung gleichwohl offen. So war es nur konsequent, wenn auch analytisch zweifelhaft, wenn Mosse in der Studentenbewegung der sechziger Jahre wieder eine Betonung von Mythen, Prozessionen und Symbolen zu entdecken meinte. Diese Bewegung, so fügte er hinzu, sei antiliberal, antiparlamentarisch und bis zu einem gewissen Grade auch anti-rational. Auch vorhandenes rassistisches Gedankengut hielt er nicht für tot. Zwar habe es nach Auschwitz hinsichtlich des Antisemitismus eine Ruhepause gegeben; aber dieses Moratorium habe nie für Schwarze gegolten und sei neuerdings auch bezüglich der Juden, zumindest in Frankreich, wieder aufgehoben worden. Obwohl Mosse in Deutschland nur sehr geringe rassistische Strömungen zu entdecken vermochte, lebte der europäische Antisemitismus seiner Meinung nach fort. Damit zog er 1978 zugleich einen Trennungsstrich zwischen Europa und Amerika, soweit es die historischen Potentiale und die Möglichkeit einer Wiederholung der Geschichte betraf.

Was immer ihn zu dieser optimistischen Einschätzung der Situation in den USA veranlaßt haben mag, hätte er vor seinem Interview mit Michael Ledeen seine ersten Bücher über Deutschland noch einmal durchgeblättert, dann wäre ihm klar geworden, daß er früher anderer Meinung war. Zwar spricht er in *Nazi Culture* davon, daß die Welt Hitlers für immer versunken sei, meint zugleich aber, daß die Grundvorstellungen und Vorurteile, die in diese Welt Eingang fanden, weiterhin lebten⁵⁰. Mehr noch: sie warteten darauf, gewissermaßen „dialektisch“ aktiviert und in das Bewußtsein der Massen hineingelenkt zu werden. Denn für viele sei eine „geistige Revolution“ nach wie vor attraktiver als konstanter sozioökonomischer Wandel, der das Chaos mit sich bringen könnte. Der Nationalsozialismus, so fährt Mosse fort, illustriere die Gefahren, die hinter der Fassade eines Konservatismus lauerten. Denn der moderne Konservatismus sei für extremistisches Gedankengut sehr anfällig. Dies zeige sich nicht nur bei den französischen Gaullisten; auch ein großer Teil des amerikanischen Konservatismus sei von bedenklichen Einstellungen durchzogen und wolle die alten, durch die Moderne aufgelösten Werte wiederbeleben. Noch deutlicher formulierte Mosse seine damaligen Sorgen für die Gegenwart in seinem Buch *The Crisis of German Ideology*. Völkische Ideen, so schreibt er dort, seien unter der Oberfläche weiterhin vorhanden und für jene Krisenzeiten anwendungsbereit, die die Menschheit fortwährend hervorrufe⁵¹. In den USA, zum Beispiel, vertraten weiße Segregationisten völkische Ideen und versuchten die gegen Schwarze bestehenden Vorurteile mit antisemitischen zu

⁴⁹ Mosse, Nazism (Anm. 42), 127f.

⁵⁰ Mosse, Nazi Culture (Anm. 44), XLI, XXVII.

⁵¹ Mosse, Crisis (Anm. 43), 9f.

verschmelzen. Weiterhin hofften diese Gruppen, die amerikanische Rechte in derselben Weise zu durchdringen, wie die Völkischen es einst mit der politischen Rechten in Deutschland getan hätten. Zwar, so fügte Mosse hinzu, heiße es immer, die Geschichte wiederhole sich nicht; aber man dürfe nie vergessen, wie völkische Splittergruppen vor 1933 die Institutionen Deutschlands infiziert und eine bestimmte Stimmung verbreitet hätten, bis die Zeit zum großen Durchbruch schließlich reif war. Mögen die Flammen im Augenblick auch klein sein, das Feuer könne dennoch wieder auflodern. Es sei nur zu hoffen, aber nicht mit Sicherheit vorherzusagen, daß die völkische Ideologie nirgends in der Welt während einer geistigen oder politischen Krise erneut als Lösung dienen werde.

Auch bei Stern wird bei näherem Hinsehen klar, daß seine Analyse der *Politics of Cultural Despair* und des *Rise of the Germanic Ideology* nur vordergründig eine Untersuchung zur modernen deutschen Geschichte ist. Wie für Mosse der Faschismus, so ist für Stern der Kulturpessimismus und die Konservative Revolution ein allgemein-europäisches historisches Phänomen. Seien nationalistische Ideologen doch in allen europäischen Ländern fast gleichzeitig aufgetaucht, wenngleich die Konservative Revolution nur in Deutschland zu einer durchschlagenden politischen und geistigen Kraft geworden sei⁵². Selbst die Vereinigten Staaten, so meint Stern, seien gegen die Gefahr nicht immun gewesen. Jedenfalls ist er bereit, bestimmte Formen des amerikanischen Populismus als Teil der ideologischen Ressentimentsbewegungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu begreifen. Noch weniger sei die „Krankheit“ aber 1945 plötzlich verschwunden. Vielmehr sei die Rebellion gegen die Moderne und den Liberalismus in den westlichen Gesellschaften nach wie vor latent⁵³. Ihr wirres utopisches Programm, ihre irrationale Rhetorik sei nicht weniger echt als die Aspirationen liberaler Reformbewegungen. In Frankreich habe es nach dem Zweiten Weltkrieg den Poujardismus gegeben; Amerika habe die Welle des McCarthyismus erlebt. Auch Ende der fünfziger Jahre, so schreibt Stern, besitze der Kulturpessimismus in Amerika noch eine erhebliche Anziehungskraft. Vor der Gefahr solchen Gedankenguts zu warnen, ist daher das tiefer liegende Motiv dieser historischen Studien über Deutschland. Sind es die Warnungen von Liberalen, die Rationalität, Kosmopolitismus, Offenheit und Pluralismus, Industrialisierung, Urbanisierung und Säkularisierung befürworten, d.h. alle jene Axiome, die die von ihnen analysierten Kulturpessimisten von Lagarde bis heute zurückgewiesen haben? In einem recht allgemeinen Sinne ist dies gewiß zutreffend. Die Frage ist jedoch, ob man darüber hinaus zu einer differenzierteren Interpretation gelangen kann, wenn man die Tatsache einkalkuliert, daß diese Studien von Historikern geschrieben wurden, die vor dem Durchbruch des Irrationalismus und Faschismus in Europa während der dreißiger Jahre in Amerika Zuflucht suchen mußten.

Wie die Zeit vor 1945 und auch die Nachkriegswelt von diesen Emigranten damals gesehen wurde, müßte im Detail (und gerade auch soweit es die Historiker unter ihnen betrifft) aus ihren Privatpapieren, Aufsätzen und Vorlesungsnotizen rekonstruiert

⁵² Stern, Politics (Anm. 48), 268 f.

⁵³ Ebd., XXI f.

werden. An dieser Stelle können nur mögliche Ansatzpunkte identifiziert werden. Diese, so scheint es, lassen sich mit Hilfe von einflußreichen Büchern erfassen – Bücher von aus Europa kommenden Akademikern und Intellektuellen, die mit ihrer Begrifflichkeit eine bestimmte Zeitatmosphäre in Amerika ebenso widerspiegeln wie formten und dabei nicht zuletzt einen großen Einfluß auf die nächste Generation ausübten. Wie wir sahen, tauchten sowohl bei Mosse als auch bei Stern bestimmte Konzepte auf. Sie beschäftigen sich mit den Problemen der „Masse“, der geistigen Eliten, der Ideologie und der totalitären Bewegungen. Ihre Studien entstanden aber nicht in einem Vakuum. Sie benutzten eine Begrifflichkeit, die damals in Amerika auch von anderen Autoren benutzt wurde.

Als vielversprechender Einstieg in diese Materie sei hier Hannah Arendts Buch *The Origins of Totalitarianism* ausgewählt, das 1951 veröffentlicht wurde⁵⁴. Ihre einflußreiche Studie griff ein Konzept – Totalitarismus – auf, das nach dem Zweiten Weltkrieg das Wort „Faschismus“ als Interpretationsansatz für die damalige Epoche verdrängte. Wie Stuart Hughes beobachtet hat, diente dieser Begriff in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren dazu, den Anpassungsschock zu mildern, den viele Angloamerikaner und Emigranten seinerzeit davontrugen, als sie sich nach dem Sieg über den Faschismus mit dem Stalinismus als neuem Feind konfrontiert sahen⁵⁵: „If it could be proved that Nazism and Communism were very much the same thing, then the cold war against the late ally could be justified by the rhetoric that had proved so effective against the late enemy. And by the same token Fascist Italy ceased to be of much interest: if it was the comparison between Nazi Germany and the Soviet Union that had now become crucial, Mussolini's looser rule could logically be dismissed as nothing graver than a dramatic manifestation of the already familiar phenomenon of pretotalitarian tyranny.“ Die amerikanische Politikwissenschaft griff das Konzept auf und verfeinerte es in der Folgezeit zu einer Regimelehre. Die klassische Definition des Totalitarismus fand sich schließlich in dem Buch *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, das 1956 von dem Harvard-Verfassungstheoretiker Carl Joachim Friedrich und dem Sowjetologen Zbigniew Brzezinski veröffentlicht wurde⁵⁶. Beide hielten totalitäre Diktaturen für einen Regimetyp *sui generis*, der neu und ohne historische Vorbilder war. Vor allem aber glaubten auch sie, „that fascist and communist totalitarian dictatorships are basically alike, or at any rate more nearly like each other than like any other system of government, including earlier forms of autocracy. ... They are [basically alike] in terms of organization and procedures – that is to say in terms of structures, institutions and processes of rule – ...“⁵⁷. Im weiteren identifizierten Friedrich und Brzezinski sechs Merkmale, an denen sie meinten, totalitäre Regime messen zu können.

Während Arendts Totalitarismus-Begriff mit dieser Definition generell übereinstimmte, ist für die Beurteilung ihres Einflusses vorweg zu betonen, daß viele andere

⁵⁴ New York 1951.

⁵⁵ H. Stuart Hughes, *The Sea Change* (New York 1975) 120.

⁵⁶ Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy* (Cambridge, Mass. 1956; hier zitiert nach der Paperback-Ausgabe '1969).

⁵⁷ Ebd., 19.

Emigranten gegenüber einer ausdrücklichen Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus skeptisch blieben. Diese Skepsis mündete später in eine ausgedehnte wissenschaftliche Kritik an Friedrich und Brzezinski, die ihre Regimelehre entweder für gänzlich unbrauchbar erklärte oder sie nur auf den Nationalsozialismus anwenden wollte⁵⁸. Im letzteren Sinne wurde er auch von Mosse verstanden, wenn er von einem totalitären nationalsozialistischen Staat sprach, der einer in der Mitte ihres Netzes sitzenden Spinne gleich das gesamte Leben eines Landes kontrolliere.

Arendts Buch kann aber als repräsentative Artikulation von zwei anderen Themen gelten, die gerade auch die deutsch-jüdischen Emigranten in der amerikanischen Historikerschaft bewegten: 1) Der Antisemitismus mit seiner „Endlösungs“-Konsequenz; 2) Das Problem der „Masse“ und ihrer Beziehung zu den Eliten eines Landes im Zeitalter extremer Ideologisierung. Soweit es das erstere Thema betrifft, ist es kaum ein Zufall, daß Arendt unter den drei Massenbewegungen, die ihrer Meinung nach das Zeitalter des Totalitarismus vorbereiteten, den Antisemitismus an erster Stelle diskutiert. Wie sie 1950 in ihrem Vorwort schrieb, wollte sie der himmelschreienden Tatsache des Holocaust ins Gesicht sehen und verstehen, warum ein im Vergleich zu anderen Fragen der Weltgeschichte geringfügiges Problem wie der Antisemitismus als Katalysator dienen konnte erst für die NS-Bewegung, später für einen Weltkrieg und schließlich für die Vernichtungslager⁵⁹.

Besonders für die Deutschen ist es von jeher nicht leicht gewesen zu begreifen, welch ein Trauma die fabrikmäßige Ermordung von sechs Millionen Juden für die Überlebenden des Holocaust bedeutete; warum z. B. auch Hannah Arendts Mann von einer tiefen Melancholie befallen wurde, als er von den Gaskammern erfuhr⁶⁰. Möchten die Überlebenden anfangs auch ein sprach- und hilfloses Entsetzen verspüren, früher oder später wandten sich viele von ihnen wie auch Arendt gerade diesem Problem zu. Wenn sie es nicht – wie Mosse oder Stern – direkt erforschten, so verfolgten sie wenigstens die einschlägige Literatur, die nach 1945 zu diesem deprimierenden Thema erschien. Die allgemeine Lektion aus dieser Beschäftigung mit dem Antisemitismus war, daß die Ereignisse der dreißiger und vierziger Jahre sich auf keinen Fall wiederholen durften. Ein zukünftiges Verhindern erforderte aber vorweg ein Begreifen der Kausalkette, die zur „Endlösung“ geführt hatte, und an diesem Punkte kam nun der erste Teil der großen Totalitarismus-Studie Arendts zum Zuge, die den Aufstieg des Antisemitismus mit der Entwicklung der Nationalstaaten in Zusammenhang brachte und ihn sodann bis zur Dreyfus-Affäre verfolgte.

⁵⁸ Siehe z. B. Klaus Hildebrand, Stufen der Totalitarismus-Forschung, in: PVS X (1968) 397–422.

⁵⁹ Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism* (London 1951, hier zitiert nach der 3. Aufl., 1967) VII f.

⁶⁰ Ausführliche Diskussion der Reaktionen auf den Holocaust bei Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt. *For the Love of the World* (New Haven 1982) 184 ff. Dort auch über die Ursprünge ihres Totalitarismus-Buchs. Für die deutsche Seite bezeichnend etwa die Äußerungen Bundeskanzler Helmut Kohls in Israel oder die von Ernst Nolte ausgelöste Kontroverse über die „Endlösungs“-Problematik.

Doch so zentral die „Endlösungs“-Problematik auch für Arendts Ansatz war, der anwachsende Antisemitismus war für sie nicht gleichbedeutend mit Totalitarismus. Totalitarismus ist für sie auch nicht eine politologisch-systematische Regimelehre im Stile Friedrich/Brzezinskis. Vielmehr verbindet sie ihn mit jenem anderen Phänomen, das Intellektuelle wie sie damals tief beunruhigte: dem der „Masse“. Diese Beunruhigung lässt sich vor allem unter denen ausmachen, die die Gewalt und die Gewaltsamkeit dieses Phänomens in Europa persönlich miterlebt hatten und vor ihm nach Amerika geflüchtet waren. Was sie mit Schrecken erfüllte, war die Rebellion der Massen gegen Rationalität und Realismus, die sich mit der Macht der Ideologie verbunden hatte. Dementsprechend beginnt Arendts dritter Teil über den Totalitarismus mit einer Analyse der europäischen Massen sowie der Entwicklung zu Gesellschaften, die klassenlos geworden seien⁶¹.

Gleich eingangs hebt sie zwei Schlüsselmerkmale der modernen „Masse“ und Massengesellschaft hervor, die sie vom *Mob* des 19. Jahrhunderts scharf unterscheidet: ihre Strukturlosigkeit und ihre Wankelmüttigkeit. Schwankend und vergeßlich, so meint sie, ließen die Massen das eine Mal hinter diesem Führer und seinen utopischen Versprechungen her, das andere Mal hinter einem anderen. Wie aber war es zur Strukturlosigkeit der Massen gekommen, die Arendt als ein Konglomerat von atomisierten und sich überflüssig vorkommenden Menschen definiert? Sie glaubt diesen Zustand auf etwas zurückführen zu können, was sie den Zusammenbruch der alten Klassengesellschaften nennt. Denn Massen werden ihr zufolge nicht mehr durch das Bewußtsein gemeinsamer Interessen zusammengehalten; es fehlt ihnen eine klassenspezifische Interessenartikulation, die auf klare, begrenzte und erreichbare Ziele hin orientiert sei. Massen ließen sich nicht, so fügt Arendt hinzu, in Organisationen wie politische Parteien, Berufsverbände oder Gewerkschaften integrieren. Erst der Zusammenbruch des Klassensystems also, nach dem die Staaten Europas politisch und sozial geschichtet gewesen seien, hätte den totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts dann die Chance gegeben, die Massen ihrerseits zu organisieren. Denn diese Bewegungen mobilisierten im Gegensatz zu den alten Interessenparteien jene strukturmöglichlosen Massen ressentimentgeladener Individuen, die miteinander lediglich durch das dumpfe Gefühl verbunden waren, daß die alten Mächte korrupt und zum Untergang verdammt seien.

Dies war Arendt zufolge der Hintergrund für den Aufstieg totalitärer Bewegungen zu Massenorganisationen verwirrter, atomisierter und einsamer Einzelmenschen. Freilich geschah dieser Aufstieg nicht ohne Führer. Zwar war auch der Führer von der Masse abhängig und konnte leicht ein Opfer ihrer Wankelmüttigkeit werden, aber die Massen hingen umgekehrt auch von ihm ab. Ohne einen Führer fehlte ihnen die Vertretung nach außen und sie blieben eine gestaltlose Horde. Auf diesem Wege stößt Arendt im folgenden zu einem Problem vor, das für die deutschen Emigranten noch beunruhigender war: die Faszination, die die Massenbewegungen auf gesell-

⁶¹ Arendt, The Origins (Anm. 59), 305 ff., auch für das Folgende.

schaftliche Eliten ausübten. Diese Anziehungskraft zu begreifen, stellt für sie einen wichtigen Schlüssel für das Verständnis totalitärer Bewegungen dar.

Ihr Interesse an dem sie so beunruhigenden Bündnis zwischen der Masse und der Elite führt sie unter Bezugnahme auf Julien Benda⁶² nun zu einer Analyse jenes „Verrats“, den sie im weiteren den europäischen Intellektuellen der Zwischenkriegszeit vorrechnet. Zwar kann sie – mit europäischem Geistesleben und der intellektuellen Kritik an der doppelbödigen Moral des Bürgertums persönlich vertraut – die Wurzeln dieser Entwicklung durchaus erklären; ein „Verrat“ bleibt es für sie dennoch, denn sie selbst ist in eine andere Richtung gegangen. Ihre Kritik veranlaßte sie zu einem verstärkten Eintreten für eine Verwirklichung der Werte des bürgerlichen Liberalismus. Die Intellektuellen der Konservativen Revolution hingegen hätten diese Werte zurückgewiesen. Erst dadurch, so fährt sie fort, habe sich der Weg zur Allianz dieser Intellektuellen mit der Masse und das Abrutschen in den Nihilismus, in die Inhumanität und in die Zerstörung eröffnet. Und am Ende seien die Eliten gar selbst verschlungen worden⁶³: „Totalitarianism in power invariably replaces all first-rate talents, regardless of their sympathies, with those crackpots and fools whose lack of intelligence and creativity is still the best guarantee of their loyalty.“

Daß Arendts Abhandlung der Wurzeln des Antisemitismus und des Massenphänomens nicht lediglich als kühle wissenschaftliche Analyse einer 1945 abgebrochenen Entwicklung gedacht war, wird an mehreren Stellen des Buches deutlich. Ebenso war ihre Gleichsetzung von Faschismus und Bolschewismus nicht allein eine Warnung vor dem Stalinismus der Nachkriegszeit. Die Gefahren, die sie sah, betrafen auch den Westen und gar die Menschheit insgesamt. Da der Totalitarismus für Arendt als der zerstörerische Ausweg aus der Sackgasse moderner Gesellschaften erschien und die Dilemmata und Widersprüche dieser Gesellschaften ihrer Meinung nach fortbestanden, drohte auch eine Wiederkehr des totalitären Zeitalters. Zwar wisse man jetzt, nachdem man den Nationalsozialismus bis zum bitteren Ende erlebt habe, welche Gestalt das absolut Böse habe und wie extrem radikal es sei. Auch hätten Antisemitismus, Imperialismus und Totalitarismus bewiesen, daß die menschliche Würde einer erneuten Garantie bedürfe. Diese Garantie könne, so meinte Arendt abschließend, nur in einer neuen Kodifizierung gefunden werden, die diesmal für die ganze Menschheit gültig sein müsse – streng begrenzt in ihrer Macht und unter der Kontrolle neu zu bestimmender Territorialeinheiten⁶⁴.

Einen solchen Neuanfang hielt sie gerade deshalb für nötig, weil in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts die bis dahin unterirdisch gebliebenen Strömungen der westlichen Zivilisation an die Oberfläche gekommen seien. Es genüge daher nicht, das Schlechte der Vergangenheit abzuwerfen und zu vergessen und einfach auf das Gute der Überlieferung zurückzugreifen. Wer sich damit zufrieden gebe, warnte Arendt, beschwöre die Vernichtung der Menschheit herauf.

⁶² Julien Benda, *La trahison des clercs* (Paris 1927).

⁶³ Arendt, *The Origins* (Anm. 59), 339.

⁶⁴ Ebd., XXXI.

Es kann hiernach kein Zweifel bestehen, daß Arendt ihre Analyse auch als Warnung vor einem *westlichen* Nachkriegstotalitarismus sah. Er drohte nicht nur in Europa, wo sie wie etwa in Frankreich das Klassensystem teilweise erst nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenbrechen sah. Vielmehr betraf das Problem auch ihre Wahlheimat Amerika, und zwar gerade auch deshalb, weil die Amerikaner weniger als die Europäer über die Psychologie der Massen wüßten⁶⁵. Zudem beweise das deutsche Beispiel, daß eine hochzivilisierte Nation für Massenbewegungen sogar besonders empfänglich sein könne und daß, allgemein gesprochen, ein differenzierter Individualismus eine Hingabe an die Masse nicht nur nicht verhindere, sondern im Gegenteil sogar fördern könne. Daß amerikanische Sozialwissenschaftler und Historiker bei ihrer Analyse moderner Massengesellschaften Anfang der fünfziger Jahre nicht nur Europa im Visier hatten, sondern auch Amerika, zeigt nicht nur die damalige soziologische Diskussion über die Klassenlosigkeit der amerikanischen Gesellschaft, sondern vor allem auch David Riesmans Studie über *The Lonely Crowd*, die – wie Hughes schreibt – den Drang, das Gewissen der Gesellschaft zu durchforschen, spiegelte und antrieb⁶⁶. Und im Hintergrund dieses Fragens stand die Sorge, ob diese „einsame Masse“ ohne ein „schützendes“ Klassensystem sich nicht durchaus auch einer demagogischen und nihilistischen Elite hingeben könnte. War nicht vielleicht schon der McCarthyismus mit seiner Massenunterstützung der Beginn eines amerikanischen Totalitarismus? Herrschte in Amerika nicht bereits die antikommunistische *Grande Peur*, wie David Caute seine Studie über den McCarthyismus betitelte⁶⁷? Es war nicht zuletzt diese Sorge, die eine Reihe von Emigranten veranlaßte, Amerika den Rücken zu kehren. Andere blieben, und zwar nicht allein, weil sie und ihre Kinder jenseits des Atlantik Wurzeln geschlagen hatten und „amerikanisiert“ worden waren. Vielmehr sahen sie sich auch als Vermittler von Erfahrungen, die Europa vor 1945 gemacht hatte. Sie engagierten sich, wie Arendt, gegen den McCarthyismus. Später schlossen sie sich der *civil rights*-Bewegung gegen die Rassentrennung im amerikanischen Süden an – wie Hannah Arendt, die 1959 ihren Aufsatz „Reflections on Little Rock“ veröffentlichte⁶⁸.

Hughes hat auf seine Art beschrieben, auf welche Weise die Emigranten das intellektuelle Leben der USA bereichert haben und wie ihr Einfluß infolge bestimmter „Wahlverwandtschaften“ gefördert wurde⁶⁹. Wir haben die Frage des großen *Sea Change* nicht so sehr, wie Hughes, aus der Perspektive der Philosophie, der Psychologie und Soziologie verfolgt, sondern uns auf die Historiker konzentriert. Denn eine Reihe von ihnen boten eine konkretere Lösung für die Probleme der Nachkriegswelt

⁶⁵ Ebd., 316.

⁶⁶ David Riesman, *The Lonely Crowd. A Study of the Changing American Character* (New Haven 1950); Hughes, *The Sea Change* (Anm. 55), 134. Weitere Beiträge zu der Debatte von Daniel Bell, William Kornhauser, Kingley Davis, Wilbert E. Moore u.a.

⁶⁷ David Caute, *The Great Fear. The anti-communist Purge under Truman and Eisenhower* (London 1978).

⁶⁸ Hannah Arendt, *Reflections on Little Rock*, in: *Dissent* 6/1 (Winter 1959) 45–56.

⁶⁹ Hughes, *The Sea Change* (Anm. 55), 27f.

an als die, die sich in Arendts Forderung nach einem neuen Recht findet⁷⁰. Es war eine Lösung, die am treffendsten in einem 1967 veröffentlichten Essayband eingefangen worden ist: *The Responsibility of Power*⁷¹. Die Sammlung war von Krieger und Stern herausgegeben und als Festschrift Hajo Holborn gewidmet – jenem Manne also, der deutsche Nationalgeschichte im europäischen Zusammenhang studiert und sie im Lichte des westlichen Wertesystems neu eingeschätzt habe und der, wie Krieger und Stern hinzufügten, sowohl das Beste als auch das Zerbrechliche der europäischen Kultur verkörpere. Und zur Wahl des Buchtitels schrieben die Herausgeber⁷²: „We have chosen ‚the responsibility of power‘ as the theme of such a book not because we deem it *the central thread* of Hajo Holborn’s historical concern – his respect for the spontaneity and multiformity of the human experience has been far too great for obsession with any single theme – but because it is *a central thread* with the comparative advantage of epitomizing more definitely than any other the fruitful reciprocity through which he brings the varied forms of historical experience to bear upon a fundamental human dilemma and brings the ubiquity of the dilemma to bear, as a persistent and unifying motif, upon the multifarious interests of men. Because the responsibility of power is a universal theme, it crystallizes the problematic relations of actualities and ideals, as Hajo Holborn has taught us, it aligns acts and ideas, includes both the European and American experience, joins remote and modern history, and embeds the stream of history in the human condition.“

Allerdings, so fügten die beiden Herausgeber hinzu, konzentriere sich der Band vor allem auf die Ausübung der Macht, d.h. auf die Frage, „how have men settled the conflicting claims of the purpose for which power over men is supposed to exist and of the power without whose preservation the purpose supposedly cannot be realized“⁷³. Zu denen, die ihre Antworten zu diesen Fragen anhand konkreter Beispiele vorlegten, gehörten Dietrich Gerhard, Gordon Craig, Theodore Hamerow, Otto Pflanze, Peter Gay, William Simon, Carl Schorske, Arno Mayer, Henry Meyer, Felix Gilbert, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse. In einem Epilog gaben Krieger und Stern noch einmal eine Zusammenschau der Ergebnisse, die für unseren Zusammenhang besonders interessant ist. Seit dem 16. Jahrhundert, so meinten sie, habe es zwei verschiedene Ansichten von Macht und Verantwortung gegeben, die sich als zwei Typen greifen ließen und in bestimmten festen Kombinationen aufgetaucht seien⁷⁴: „One type of power, the politicized version of the original ethical conception of power, postulates the necessity of an implicit, realizable end for power to exist at all. The concomitant type of political responsibility specifies the primary obligation of agents and patients

⁷⁰ Zu den Historikern jetzt auch: *Fritz Stern*, German History in America, 1884–1984, in: Central European History 2 (June 1986) 131–63. Siehe auch *Theodore S. Hamerow*, Guilt, Redemption and the Writing of German History, in: American Historical Review (1983) 53–72.

⁷¹ Leonard Krieger und Fritz Stern (Hrsg.), *The Responsibility of Power*, Historical Essays in Honor of Hajo Holborn (New York 1967, hier zitiert nach der englischen Ausgabe, London 1968).

⁷² Ebd., XIII f.

⁷³ Ebd., XIV.

⁷⁴ Ebd., 445.

alike to act for the preservation of power, which is a worthy object of obligation by virtue of its inherent ends. The second type of power, the moralized version of the original political conception of power, postulates the separate existence of power as a means distinct from ends, and predicates, by virtue of this detachment, the ethically invalid tendency of power to become its own end. The second type of responsibility, correspondingly, specifies the primary obligation, incumbent particularly upon the agent of power, to direct the instruments of power exclusively toward an end that lies beyond their own preservation and extension.“

Im weiteren spielten Krieger und Stern die verschiedenen Varianten ihrer Typologie durch, und es war dabei wohl unvermeidlich, daß auch der Diktator Hitler zur Diskussion kam⁷⁵: „Hitler's demoniacal use of power apparently without end is psychologically and historically unthinkable without reference to the lost order that his petty-bourgeois soul vainly and paradoxically sought to restore through total revolution. Totalitarian power, then, may be viewed as the infinite striving after goals that are deemed unrealizable now by power and unrealizable ever by means other than power.“ Indessen könnte ein Verständnis des Phänomens totalitärer Macht uns nicht nur Einsichten in die verantwortliche Ausübung von Macht vermitteln. Totalitäre Macht war für die beiden Herausgeber zugleich der Extremfall einer allgemeineren Strömung, die Kontrolle des öffentlichen Lebens, nicht aber dessen Orientierung zur Hauptfunktion von Macht zu erklären. Mehr noch: der Totalitarismus habe die Unterscheidung zwischen dem politischen und dem nicht-politischen Bereich abgeschafft, indem er die politischen Machtinstrumente in alle menschlichen Bereiche ausdehnte. Dagegen aber habe sich ein erfolgreicher Widerstand erhoben, und dieser wiederum habe die wachsende Macht erwiesen, die dem Menschen bei der Verfolgung nicht-politischer Ziele durch Wissen und Bildung zuwachse⁷⁶: „Totalitarianism thus conveyed the shock of recognition to what had been rising slowly to the consciousness of our age – that men's intellectual and social ends, and the activities they undertake to realize those ends, are not simple non-political values to be abetted by or defended from political power, but rather structures with powers of their own. ... The net effect of this post-totalitarianism is to limit the scope of power by homogenizing it, and thus to resolve the historical problem of the responsibility of power by restricting political power to possible political ends and by securing appropriate non-political instruments of power for non-political ends.“

Mögen diese Überlegungen auch erst durch sehr genaues Lesen verständlich werden, ihre Stoßrichtung war deutlich genug: das post-totalitäre Zeitalter würde eine Vorstellung von Macht und Verantwortung verwirklichen, die aus dem westlichen Nachkriegsliberalismus entwickelt worden war, auch wenn es eine interessante zusätzliche Frage zu sein scheint, wie weit sich hier auch Spuren aus dem Werk Friedrich Meineckes festmachen ließen. Und wie es Angehörige der europäischen Eliten gewesen waren, die mit ihrem Gedankengut das Zeitalter des Totalitarismus gefördert hat-

⁷⁵ Ebd., 447.

⁷⁶ Ebd., 449.

ten, so war es im post-totalitären Zeitalter die Aufgabe der Eliten, eine Wiederholung der Geschichte unmöglich zu machen und im Massenzeitalter für die Begrenzungen der politischen und die Sicherung der nichtpolitischen Macht zu sorgen. Hatte der Flirt mit der „Masse“ und mit der Maßlosigkeit in der Zwischenkriegszeit schließlich in die Katastrophe geführt, so war eine Wiederholung eines faschistischen Totalitarismus nur zu vermeiden, wenn sich die Eliten der Verantwortung ihrer Macht bewußt blieben und sie maßvoll für den sozialen Wandel und die Festigung liberaler Verfassungsprinzipien einsetzten. Das, so schien es, war die große Lehre, die aus dem europäischen und speziell dem deutschen Fall und aus dem „Versagen“ des Bürgertums und der Gebildeten in Zentraleuropa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu ziehen war. Sie den Amerikanern und speziell der jungen Generation an den Elite-Universitäten zu vermitteln, war die Aufgabe, die Holborn mit seinen Schülern und Freunden, mit ihren Büchern und Vorlesungen zu erfüllen versuchten.

Wo aber ist Hans Rosenberg nun in dieser Landschaft amerikanischer Geschichtswissenschaft und -pädagogik, die Deutschland zum Exempel wählte, zu plazieren? Nun, es war nicht so, daß er sich völlig außerhalb des Rahmens bewegte, in dem dieser akademische Diskurs in den fünfziger Jahren stattfand. Auch ihn bewegten die aus dem Dritten Reich zu ziehenden Erkenntnisse, und er bediente sich des Totalitarismus-Begriffs. Gleichwohl ging er an die zentraleuropäische Erfahrung mit anderen analytischen Werkzeugen heran als Holborn, Mosse und viele der in der Holborn-Festschrift vertretenen Emigranten. Er benutzte nicht das Instrumentarium der *intellectual* und *cultural history*, die damals den Hauptstrom bildete, sondern operierte mit Kategorien der modernen Wirtschaftsgeschichte und Konjunkturforschung sowie der Weberschen Bürokratietheorie. Seine große Studie über die preußische Verwaltungselite leitete er ganz anders als die bisher vorgestellten Autoren mit folgenden Worten ein⁷⁷: „For good or evil, an essential part of the present structure of governance consists of its far-flung system of professionalized administration and its hierarchy of appointed officials upon whom society is thoroughly dependent. Whether we live under the most totalitarian despotism or in the most liberal democracy, we are governed to a considerable extent by a bureaucracy of some kind. ... Thus, in principle, nothing is left to chance and personal caprice. Everybody in the hierarchy has his allotted place, no one is irreplaceable. In the past two centuries, this impersonal method of minutely calculated government management by a standing army of accountable salaried employees has acquired world-wide significance. In the free societies of our time, non-bureaucratic forms of administration remain important. Even the totalitarian dictatorships make substantial use of nonprofessional agents for policy enforcement, although here bureaucracy is the intolerant and vindictive master of the government. Under fully developed totalitarianism all social activity, including the private life of the individual itself, is the object of public administration.“ Im Prinzip aber, so meinte Rosenberg, habe die Bürokratie alle modernen Gesellschaften durchdrungen. Dementspre-

⁷⁷ Hans Rosenberg, *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience, 1660–1815* (Boston 1966) 1 f.

chend befaßt sich auch seine Studie über Preußen mit dem Aufstieg des modernen bürokratischen Staatsapparats und mit dessen Wirkungen auf die Sozialstruktur und die politische Machtverteilung unter dem *ancien régime*. Zugleich verfolgte Rosenberg seine früheren Arbeiten über die ostelbische Landwirtschaft und die alte preußische Gutsbesitzerklasse im Zeitalter wachsenden Demokratisierungsdrucks weiter, die zu einer Reihe von grundlegenden Aufsätzen und schließlich zur Veröffentlichung seines Buches *Große Depression und Bismarckzeit* führten⁷⁸.

Diese Hinweise auf sein Œuvre dürfen deutlich machen, welcher Art Rosenbergs historische Interessen waren. Sie galten nicht geistigen Bewegungen und dem Einfluß von Ideen und Mythen auf die Geschichte. Die Kategorie der „Masse“ erschien ihm zu grob, und die Eliten, mit denen er sich beschäftigte, waren nicht am Schreibtisch sitzende Ideologieproduzenten, sondern sie übten greifbare sozioökonomische und politische Macht aus. Als Sozial- und Wirtschaftshistoriker scheute er vor Sorel und Le Bon, vor Massenpsychologie und Kulturanthropologie zurück und hielt es für falsch, mit Thesen vom Zusammenbruch der alten Klassengesellschaften und dem Aufstieg irrationaler Massenmenschen vor den gesellschaftlichen Entwicklungen des 20.Jahrhunderts einfach zu kapitulieren. Ließen sich die „Millionen“, die für Hitler stimmten, denn tatsächlich soziologisch nicht mehr sezieren? War ihnen das Bewußtsein spezifischer Interessen tatsächlich abhanden gekommen? War nicht am Ende hinter dem Irrationalismus des Zeitalters, den andere postulierten und als gegeben hinnahmen, kühle Kalkulation und Rationalität auszumachen? Gab es hinter den Ideologien und der demagogischen Mobilisierung nicht Handlungsspielräume und Zwangslagen für Individuen wie für klar erfassbare Sozialgruppen, die mit einem rational-wissenschaftlichen Instrumentarium auch für jene Epoche noch zu erfassen waren, in der das Irationale, das Dämonische, das absolut Böse seine Triumphe gefeiert zu haben schien?

Das war ein Unterschied in der Methodik und der Perspektive, auf den hinzuweisen Rosenberg sich zurückgehalten hat. Er überließ dies einerseits den Skeptikern seines Ansatzes, wie z.B. Stern, der sich im Vorwort zur Taschenbuchausgabe seiner Studie über den Kulturpessimismus 1974 gegen sozioökonomische Interpretationen wandte und hinzusetzte⁷⁹: „Specific studies ... have shown that cultural, spiritual and psychic factors must be taken into account if we are to understand the triumphs of irrationality that marked fascism.“ Sein Buch verfolge den Zweck, Politik als Psychodrama, als Projektion zu analysieren. Es gehe darum, die irrationalen Elemente jeglicher Politik zu erforschen. Gordon Craig formulierte die Diskrepanz einige Jahre später etwas sarkastischer⁸⁰: „So much is written these days, and so insistently, about the primary importance of economic and social forces in history that one runs the risk of being considered old-fashioned if one gives too much prominence to personality.“

⁷⁸ Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa* (Berlin 1967).

⁷⁹ Stern, *Politics* (Anm. 48, aber Paperback Edition, 1974), X.

⁸⁰ Craig, *Germany* (Anm. 41), 1.

In der Tat war nicht nur die Politikgeschichte alten Stils, sondern auch die amerikanische *intellectual history* der fünfziger Jahre inzwischen ein wenig aus der Mode gekommen. Langfristig wirkten Rosenbergs Arbeiten stärker in die nächste Generation hinein als die von Holborn, Stern und Mosse⁸¹. Die Fragestellungen und Perspektiven, die er für die moderne deutsche Geschichte anbot, inspirierten, zusammen mit den wiederentdeckten Schriften von Eckart Kehr u.a., zahlreiche jüngere Historiker sowohl in Amerika als auch in der Bundesrepublik, ehe auch diese wieder ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten. Doch liegt diese Entwicklung, so faszinierend sie auch sein mag, außerhalb unseres Untersuchungszeitraums⁸². Hier kam es darauf an, bestimmte Prozesse in der angloamerikanischen Geschichtsschreibung über Deutschland in den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herauszuarbeiten und unterschiedliche Interpretationen vorzustellen, die vor allem in Amerika von Emigranten entwickelt wurden, die aber in der Frühzeit der Bundesrepublik auf die damalige Historikerschaft kaum eine Wirkung hatten. Doch so verschieden die Ansätze der *intellectual historians* im Vergleich zu denen der Rosenbergianer auch waren, sie alle gingen vom Dritten Reich als einem totalitären System aus, dessen Ursprünge sie erklären wollten. Keiner der vorstehend analysierten Historiker betrachtete diese Erklärungen indessen als losgelöst von jedem Gegenwartsbezug. Tief geprägt durch das persönliche Miterleben einer Zeit, in der Europa beinahe auf den Kopf gestellt worden wäre, wollten sie vor allem ihren eigenen Mitbürgern Einsichten in die Gefahren vermitteln, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts drohend an die Oberfläche der westlichen Gesellschaft gekommen waren, und zugleich mithelfen zu verhindern, daß jener Weg noch ein zweites Mal beschritten wurde. Erst bei der Präzisierung der alternativen Marschrouten kam es wieder zu Divergenzen, die mit den unterschiedlichen Methoden und Ansätzen zur Analyse der Vergangenheit in einer direkten Beziehung standen.

⁸¹ Siehe die interessante Analyse von Konrad H. Jarausch, German Social History – American Style, in: Journal of Social History (Winter 1985) 349–59. Allerdings wäre auch nach den teilweisen Überlappungen zwischen der *cultural* und der *social history* zu fragen.

⁸² Als neueste Versuche, eine vorläufige Bilanz zu ziehen, siehe die beiden Aufsätze von James N. Retallack und Roger Fletcher in: German Studies Review 3 (October 1984), sowie Volker Berghahn, Geschichtswissenschaft und Große Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 311/87 (14. März 1987).

V. Schlußbetrachtungen: Zur Veränderung der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren

Statements

Ernst Schulin

Die Fragestellung ist hier beschränkt auf die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik. Große geschichtswissenschaftliche Veränderungen hat es vor allem nach 1945 und nach 1960 gegeben, beidemal sehr vorherrschend auf dem Forschungsgebiet der neueren und neuesten Zeit (19./20. Jahrhundert). Nach 1945 war die Veränderung größer hinsichtlich der politischen und nationalgeschichtlichen Anschauungen, nach 1960 größer hinsichtlich der Methoden (außerdem auch personell).

Die Veränderungen nach 1960 sind in mehreren Beziehungen durch die früheren vorbereitet. Als die beiden wichtigsten früheren (also nach 1945) erscheinen mir

1) die Zeitgeschichtsforschung, d. h. die kritische Erforschung der NS-Zeit und der Weimarer Zeit, unter veränderten politischen und nationalgeschichtlichen Aspekten. Das war eine im Vergleich zur früheren deutschen und zur internationalen Geschichtswissenschaft sehr schnelle und relativ schonungslose Erforschung eines unmittelbar zurückliegenden verhängnisvollen Zeitschnitts eigener Geschichte. Sie geschah in Zusammenarbeit mit der neuen Politischen Wissenschaft und ihrer Begrifflichkeit und war weniger ausgerichtet auf Verständnis innerhalb der nationalgeschichtlichen Kontinuität als auf historisch-politische Aufklärung über eine menschenvernichtende Ideologie und Herrschaftsform der modernen Zeit. In diesem Sinne erklärte Hans Buchheim 1961: „Zeitgeschichte muß, wenn sie weiter sinnvoll betrieben werden soll, allmählich aus der historischen Disziplin in die Disziplin der politischen Wissenschaft rücken; sie muß die nationalsozialistische Zeit immer mehr verstehen als ein Paradigma der typischen Gefahren des 20. Jahrhunderts überhaupt, als ein Beispiel totalitärer Herrschaft.“

2) Die methodischen Ansätze zur sozial- und strukturgeschichtlichen Betrachtungsweise, am deutlichsten und einflußreichsten entwickelt für die spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Epoche, und zwar von Otto Brunner, programmatisch aber auch für

die moderne Zeit (für das Industriezeitalter) vertreten von Werner Conze; innerhalb der Zeitgeschichte in der politologischen Variante bei Bracher zu finden.

Als Veränderungen der sechziger Jahre erscheinen mir am auffallendsten die folgenden drei:

1) die kritische Umdeutung und Erforschung der deutschen Geschichte *vor* der Zeitgeschichte, also des Ersten Weltkrieges und des wilhelminischen Kaiserreiches, in ihrem Vorgeschichtscharakter für die NS-Zeit. Das beginnt 1961 mit Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“. Es ist zunächst eine Neubewertung der nationalgeschichtlichen Kontinuität und eine Veränderung der Maßstäbe zur Einschätzung politisch verantwortlichen und wirksamen Planens und Handelns; die bewegenden Faktoren der außenpolitischen Geschichte erscheinen außerordentlich vermehrt, und gleichzeitig wird die bisher so hochgeschätzte Bedeutung der direkten außenpolitischen Handlungsträger und Handlungen abgewertet.

2) die methodische Veränderung durch die sog. moderne Sozialgeschichte, die sich bis zur programmatischen Ersetzung der bisherigen politikgeschichtlichen Ausrichtung der Geschichtswissenschaft zur sozialwissenschaftlichen steigert. Sie unterstützt sehr bald die erstgenannte Veränderung in der Form der „politischen Sozialgeschichte“, d.h. der Erklärung politischer Handlungen und ideologischer Erscheinungen aus ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen und die Erklärung dieser Interessen aus ökonomischen Gegebenheiten und (meist krisenhaften) Entwicklungen. Hans Rosenbergs „Große Depression und Bismarckzeit“ (1967) und Hans-Ulrich Wehlers „Bismarck und der Imperialismus“ (1968) sind die bahnbrechenden Werke. Die methodische Veränderung ist aber von dieser Erklärungsfunktion zur deutschen politischen Geschichte unabhängig und wird dann gern (von Kocka) „Gesellschaftsgeschichte“ genannt.

3) Die Veränderung des öffentlichen Ansehens der Geschichtswissenschaft, des nun als reaktionär und ideologiegebunden verurteilten „Historismus“. Das zeigt sich besonders in den damaligen Schulplänen und in der Studentenbewegung. Die proklamierte Umwandlung der Geschichtswissenschaft von einer Geistes- zu einer Sozialwissenschaft hängt damit zusammen.

Diese dritte Veränderung hat sich als die kurzlebigste erwiesen. Sie ist seit den späteren siebziger Jahren durch ein neues öffentliches, später auch offizielles Geschichtsinteresse verdrängt worden.

Die zweite, die methodische Veränderung befriedigte einen wichtigen Nachholbedarf der deutschen Geschichtswissenschaft auf dem Gebiet der neueren und neuesten Geschichte. Sie hat damit den Anschluß an moderne Forschungsrichtungen Westeuropas und Amerikas erreicht. Vor dieser Rezeption vor allem der modernen französischen Richtung war nach 1945 vor allem von Gerhard Ritter gewarnt worden, wegen ihrer desinteressierten Einstellung zu Politik- und Ideengeschichte und ihrer materialistischen Betrachtungsweise. Es war eine wenig gerechtfertigte Warnung, da die Franzosen in erster Linie über die Frühe Neuzeit arbeiteten, über die es ja auch in Deutschland strukturgeschichtliche Forschungen (wenn auch andere) gab. Berechtigt war sie also höchstens als Warnung, sich vor verantwortlicher zeitgeschichtlicher Forschung zu drücken. Von heute her, habe ich den Eindruck, wird man die Auswirkung

dieser Warnung, dieser Verzögerung von Rezeption, weniger stark finden und andere Maßstäbe anlegen. Die strukturgeschichtliche Richtung in Frankreich war bis Ende der sechziger Jahre zwar lautstark, aber nicht sehr verbreitet, und danach, als sie sich ausbreitete, hatte sie sich in Richtung auf die Mentalitätsforschung, dann auch auf die Alltagsgeschichte, verändert. In dieser veränderten Richtung hat sie ziemlich schnell auch in Deutschland Fuß gefaßt. Das hat vor allem zu neuem Interesse an der mittelalterlichen Geschichte geführt, die in den sechziger Jahren (übrigens im Gegensatz zu der offenbar theoriefreudigeren Althistorie) sehr zurückgetreten war.

Wir haben nun also die historische Sozialwissenschaft, die Gesellschaftsgeschichte, nicht in der beherrschenden, totalen Form wie ursprünglich proklamiert, aber als sehr wichtigen neuen Teilbereich neben herkömmlichen und neueren. Nur kurzfristig ist in Deutschland die politische Ideengeschichte und die Geschichte der außenpolitischen Beziehungen in den siebziger Jahren zurückgetreten, hat sozusagen eine Zeitlang bei der Politologie Asyl gefunden. Auch kulturgeschichtliche Richtungen sind nun in ihrer Selbständigkeit anerkannt. Das Ergebnis der methodischen Veränderung der sechziger Jahre ist also eine Pluralität an Richtungen. Die Gesellschaftsgeschichte, die besonders in der „Bielefelder Schule“ konzentriert ist, hat ihre Hauptbedeutung in der Forschung und der wissenschaftlichen Diskussion. Im öffentlichen Interesse, beim Lesepublikum und seinen nostalgischen Bedürfnissen herrscht die politische Biographie, die Mentalitäts- und Alltagsgeschichte. Die offiziell erwünschte und entsprechend geförderte Geschichtsschreibung der Bundesrepublik ist die neue Politikgeschichte.

Wie steht es nun mit der erstgenannten Veränderung der sechziger Jahre, der Erforschung der deutschen Geschichte der letzten 100 oder 150 Jahre zur Erklärung ihrer Katastrophe in der NS-Zeit? Sie wurde und wird viel kritisiert, zusammen mit der Zeitgeschichtsforschung über die NS-Zeit selber. Sie gilt als zu deterministisch, als zu sehr fixiert auf Vorgeschichte und Geschichte zweier schrecklicher Jahrzehnte. Man will öffentlich wieder mehr von besserer deutscher Vergangenheit hören, und offiziell jetzt auch; das wird als „Renaissance des Geschichtsbewußtseins“ bezeichnet, begriffsverdrehenderweise, denn tatsächlich ist es eine Renaissance nationaler Sinnstiftung; als verantwortungsvolles Geschichtsbewußtsein kann die genaue und kritische Beschäftigung mit der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre gar nicht übertroffen werden. Ich kann also nur der Meinung sein, daß sie sehr hochzuschätzen ist und weiterentwickelt werden muß, durchaus unter weiterer wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Kritik und mit einer Vielfalt von Methoden und Betrachtungsweisen. Was in der DDR durch schnelle, ideologisch vereinfachte kritische Aburteilung der bürgerlichen, imperialistischen und faschistischen Phase deutscher Geschichte geschehen ist, wurde in der Bundesrepublik durch langsame, detaillierte Erforschung der NS-Zeit, der Weimarer Republik, dann der wilhelminischen und Bismarckzeit geschafft, bis zur Revision der Gesamtvorstellung eines ganzen Jahrhunderts deutscher Geschichte. Mir ist kein anderes Beispiel bekannt, daß eine Geschichtswissenschaft so ernsthaft und langanhaltend versucht hätte, die schwer zu tragende Wahrheit über die jüngste Geschichte ihres Landes aufzudecken. Insofern hat diese Bemühung Bedeutung über das eigene Land hinaus, sie ist damit ein wichtiger Teil der internationalen

Geschichtswissenschaft, der Teil, der die bedrohlichen Probleme und die schweren negativen Erfahrungen dieses Jahrhunderts notgedrungen schärfer ins Auge faßt, als es andere können oder wollen. Ich betone das, weil sich in den neuen, in diesem Jahr vor allem in der Presse geführten Diskussionen Tendenzen zeigen, die m. E. zu einer Abkehr von der genannten Ausrichtung und den Leistungen der deutschen Geschichtswissenschaft führen könnten. Hinsichtlich der Methoden besteht größere gegenseitige Anerkennung als früher; um so gravierender ist der politisch bedingte Streit um die Anschauungen.

Fritz Fellner

Der Übergang von einer statisch-konservativen zu einer dynamisch-progressiven Phase der Geschichtswissenschaft in Deutschland, wie er etwa um die Mitte der 1960er Jahre erkennbar ist, scheint mir, wenn man das vielschichtige Phänomen in vereinfachender Kondensierung für eine Diskussion thesenartig zusammenzufassen versucht, auf folgenden sechs Faktoren begründet zu sein:

I. Generationsschub:

1. Die in Normalzeiten sowohl an der Organisation eines Wissenschaftsbetriebes wie auch in der Hinwendung zu innovativen Methoden im Zentrum des Geschehens stehende mittlere Generation der etwa 35- bis 45jährigen war in dem Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend von gestaltenden und führenden Positionen im wissenschaftlichen Betrieb und Getriebe ausgeschlossen.

Maßgebend für diesen Ausfall der Mittelgeneration (der etwa zwischen 1910 und 1918 geborenen Historiker) bzw. der Verzögerung von ihrer Wirksamwerdung waren folgende Gründe:

a) Diese Jahrgänge waren in besonderem Maße Opfer des Krieges und der NS-Herrschaft geworden, Emigration wie Kriegsverluste haben diese Generation zahlenmäßig stark getroffen.

b) Diese Generation sowie die unmittelbar nachfolgende der etwa bis 1927 Geborenen hat durch die Kriegsverluste besondere Zeiteinbußen in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung erfahren, Kriegsdienst und Gefangenschaft bzw. politische Verfolgung oder Emigration haben für die Angehörigen der Jahrgänge 1910 bis 1927 eine Zeitverzögerung in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung und Laufbahn von mindestens sechs bis zu zehn Jahren gebracht.

c) Die existenziellen Probleme, die die ökonomischen Krisen der Nachkriegszeit mit sich brachten, führten viele gerade der aufgeschlossenen Kräfte aus dem Universitätsleben weg, da es keine Stipendienmöglichkeiten zur Überbrückung der stellenlosen Zeit und wenig Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Karriere gab.

d) Eine nicht geringe Zahl der Angehörigen dieser Jahrgänge, in Österreich in einem wesentlich größeren Ausmaß, war in den Nationalsozialismus verstrickt gewesen und daher für einige Zeit von wissenschaftlicher Wirksamkeit ausgeschlossen.

2. Der Ausfall der mittleren Generation brachte es mit sich, daß der Wiederaufbau der Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg von den Gelehrten getragen wurde, die bereits in den 1930er Jahren in führenden Positionen gewesen waren, und deren Ziel daher weit mehr auf Wiederherstellung traditionell bewährter Methoden bzw. Befreiung dieser Methoden vom ideologischen Mißbrauch durch den Nationalsozialismus als auf Einführung neuer Methoden und Gesichtspunkte gerichtet war.

3. Diese Dominanz der Generation von 1900 und davor wurde gefestigt durch das Faktum, daß Historiker vom Range Rothfels', Meineckes, Ritters, Herzfelds ihre ideo-logisch wie methodisch und auch thematisch rigide konservative Grundhaltung durch ihren Widerstand gegen das NS-Regime bzw. durch ihre Vertreibung aus den Universitätspositionen durch den Nationalsozialismus moralisch rechtfertigen konnten.

Mit dem Ausscheiden dieser, die deutsche Geschichtswissenschaft bis Ende der 1950er Jahre beherrschenden Generation wurde der Weg frei für die Mittelgeneration, der inzwischen durch die Pionierzvorarbeiten von Conze und Schieder eine Ausgangsbasis für die methodisch-theoretische Diskussion geschaffen worden war.

II. Institutionelle Ausweitung

1. Zunahme der Zahl der Studierenden
2. Verbesserung der Dotierung der Universitäten seit der Mitte der 1950er Jahre
 - a) materiell, durch Aufstockung des Bücheretats
 - b) personell durch Schaffung von Assistentenstellen – eine Position, die in dieser Form vor dem Zweiten Weltkrieg fast unbekannt war
3. Neugründung von Universitäten und damit Schaffung zusätzlicher Lehrstühle.

Die für die 1960er Jahre kennzeichnende institutionelle Ausweitung des Faches Geschichte im Rahmen der Neugründung von Universitäten, anderen Hochschulen und Etablierung von Forschungszentren ist in Zusammenhang mit der durch das Anwachsen der Zahl der Studierenden eintretenden Verschiebung der sozialen Basis zu sehen. Die seit den 1960er Jahren in die universitäre Ausbildung drängenden, bisher von der akademischen Welt ausgeschlossenen Menschen brachten zur Legitimierung ihrer eigenen Stellung neue Fragestellungen in die Geschichtswissenschaft ein, während gleichzeitig durch die Aufstiegsmöglichkeiten, die sich im akademischen Bereich boten, auch in die Forschungspositionen eine jüngere Generation mit neuen thematischen Fragestellungen und der Offenheit für neue Methoden einbezogen wurde.

All diese Elemente wirkten zusammen, um gerade in der Geschichtswissenschaft – hier scheint sich meiner Meinung nach die soziale Umschichtung der Studierenden vor allem in der Themenstellung besonders fühlbar zu machen – einen gewissen Linksruck, vielleicht sollte man von Linkswendung sprechen, auszulösen.

III. Wechsel von „Verpolitisierung“ und „Entpolitisierung“

1. „Verpolitisierung“: Die bis Ende der 1950er Jahre dominierenden konservativ-nationalen Geschichtsbilder werden in revisionistischen Ansätzen in Frage gestellt, wie dies im besonderen Maße geschieht in

Fischer-Kontroverse

Überleitung zur Imperialismus-Debatte

Diskussion der Hochschulreform und im besonderen des Geschichtsunterrichts
Ideologie-Debatte und Geschichte der Arbeiterbewegung

2. „Entpolitisierung“: In der Mitte der 1960er Jahre beginnt die Abkehr von der politischen Geschichte, zunächst in der Abwendung von der Kabinettsgeschichte und durch Forcierung ökonomischer Gesichtspunkte in der Erforschung der internationalen Beziehungen, später in der Hinwendung zur Kulturgeschichte und im Übergang zu den 1970er Jahren in der Zuwendung zur Alltags- und Frauengeschichte.

Bedenkenswert ist das Faktum, daß sich sowohl die Verpolitisierung wie auch die Entpolitisierung im wesentlichen, sofern es sich um die Geschichte der Neuzeit handelt, im Rahmen des 19. und 20. Jahrhunderts thematisch bewegt, es bleibt auch weiterhin die sog. Bewältigung der Vergangenheit ein Hauptanliegen der deutschen Geschichtswissenschaft.

IV. Verstärkung der Spezialisierung

Die institutionellen und personellen Erweiterungen der frühen 60er Jahre führten zu einer quantitativen Steigerung der Zahl von Publikationen, die begleitet war von einer Hebung der qualitativen Ansprüche. Dabei scheint zunächst diese Spezialisierung, die Hinwendung zu immer enger werdender Themenstellung in jenen Bereichen wirksam geworden zu sein, die von methodischen Innovationen oder theoretischen Überlegungen unberührt geblieben waren. Die Spezialisierung führt zu einer quantitativen Ausweitung der traditionellen Geschichtsforschung, vor allem im Bereich der Zeitschriftenaufsätze und der Dissertationen und leitet schließlich nach einer Übersättigung im Detail zu neuen Fragestellungen und Erprobung neuer Methoden über.

V. Internationalisierung

Die Öffnung der Geschichtswissenschaft in den 1960er Jahren scheint mir ganz entscheidend davon beeinflußt zu sein, daß die in die Lehr- und Führungspositionen eintretende Generation von Historikern in einem früher nicht möglichen Maße Auslandserfahrung gesammelt hatte. Diese Auslandserfahrung wurde in vier Bereichen gewonnen:

1. während des Studiums als Stipendiaten an ausländischen Universitäten;
2. als junge Forscher (Fulbright-Stipendien, deutsche Auslandsstipendien, die Forschungsmöglichkeiten an den Deutschen Historischen Instituten in Rom und Paris, sowie regelmäßige Auslandsaufenthalte zu Archivarbeiten brachten Kontakte mit jüngeren ausländischen Forschern und die Möglichkeiten methodischer Vergleiche);
3. im Rahmen von Gastprofessuren, wobei wieder in besonderem Maße das Fulbright-Programm mit den daraus sich ergebenden Austauschmöglichkeiten in die USA zu erwähnen ist;
4. durch die Intensivierung der Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen: von 1960 an haben jüngere deutsche Historiker an den Internationalen Historikertagen in zahlreichen Vorträgen und als einfache Teilnehmer Kontakte mit ausländischen Forschern hergestellt. Seit Mitte der 1960er Jahre aber beginnen Konferenzen zu beson-

deren Themen die Experten bestimmter Teilbereiche der Geschichtswissenschaft zum Gedankenaustausch auf übernationaler Basis zusammenzuführen.

VI. Wiederaufnahme der theoretischen Reflexionen

(Dieser Gesichtspunkt ist von anderer Seite genügend präsentiert worden.)

Abschließende grundsätzliche Beobachtung

Wir laufen Gefahr, in unserer Beurteilung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 das Augenmerk zu einseitig auf die durch die politische Aktualität in den Mittelpunkt publizistischer Diskussion gestellte Problematik auszurichten. Im allgemeinen – meine eigenen Überlegungen sind davon nicht ausgeschlossen – konzentrieren wir uns in der Diskussion sowohl der restaurativen Tendenzen nach 1945 wie auch der innovativen Ansätze der 1960er Jahre in nicht gerechtfertigter Weise auf die Problematik des 19. und 20. Jahrhunderts und der an diesen Themen sich entzündenden thematischen, ideologischen und methodischen Streitfragen. Wir beziehen unsere Betrachtung zu sehr auf den Disput der Machtpolitik (etwa die Fischer-Kontroverse) oder nationalsozialistischer Kriegsverbrechen (etwa die Arbeiten des Instituts für Zeitgeschichte).

Die methodische Erneuerung der Geschichtswissenschaft vollzog sich aber auch in den 1960er Jahren in Westdeutschland zuallererst im Bereich der Geschichte des 18. Jahrhunderts. Von dort her kamen die Anstöße zu den neuen Wegen der Sozialgeschichte, etwa mit den Forschungen Gerhard Oestreichs und seinem Konzept der Sozialdisziplinierung, mit der Diskussion der Geschichtstheorien des 18. Jahrhunderts, mit der Otto-Hintze-Rezeption, mit den Arbeiten von Otto Brunner.

Die methodische Neuorientierung, die in den 1960er Jahren in der deutschen Geschichtswissenschaft festzustellen ist, hat in jenem Bereich der Frühneuzeit begonnen, auf dem Gebiet der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts brachten die 1960er Jahre zuerst nur eine Revision des politischen Geschichtsbildes, erst in den 1970er Jahren ist auch in der Erforschung des 19. und 20. Jahrhunderts der Durchbruch zur methodischen Innovation erfolgt.

Jaroslav Kudrna

Es ist fast zu einem „bon mot“ geworden, daß die deutsche bürgerliche Geschichtswissenschaft vor und unmittelbar nach 1945 atheoretisch war und daß in ihr eben aus diesem Grunde ein gewisser Nachholbedarf gegenüber der Geschichtswissenschaft anderer westeuropäischer Länder bestand¹. Diese These ist aber sicherlich im vollen Sinne des Wortes nicht wahr. So läßt sich z.B. in der „Revue de synthèse historique“

¹ In diesem Diskussionsbeitrag stütze ich mich fast ausschließlich auf ein Kapitel meiner Arbeit Historie, filosofie a politika v NSR (Prag 1964), Zteoretičení historiografie v současné západoněmecké historiografii, Die theoretischen Ansätze in der zeitgenössischen westdeutschen Historiographie, 142–168.

ein Ansatz zur Integration verschiedener Gesellschaftswissenschaften finden, aber die realen Resultate dieser Richtung sind dennoch nicht sehr überzeugend. Viel ernster ist in dieser Hinsicht die Annalesschule zu nehmen, die einige Ideen der „*Revue de synthèse historique*“ weiterentwickelte, die politische Geschichtsschreibung an den Rand drängte und gemeinsam mit der französischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung in der Art von Labrousse die Erforschung der gesellschaftlichen und ökonomischen Massenvorgänge ermöglichte². Dazu war auch ein neues theoretisches Begriffsrepertorium notwendig. Aber die herrschende französische Geschichtsschreibung wurde von diesen theoretischen Ansätzen nicht miterfaßt und bewegte sich im flachen Empirismus. Im großen und ganzen kann man sagen, daß dies auch bei der bürgerlichen Geschichtsschreibung in anderen westeuropäischen Ländern der Fall war; die theoretischen Ansätze sind da nur am Rande zu finden. In Italien gilt es z. B. von der *Nuova rivista storica*, wo wir einigen Versuchen begegnen, Verbindungslinien zur Psychologie und Soziologie herzustellen³.

Im allgemeinen kann man höchstens sagen, daß wir mit Ansätzen zu einer theoretischen Geschichtsschreibung vor allem in der Wirtschaftsgeschichte zu tun hatten, also dort, wo es sich nicht um die Beschreibung von Individualitäten, sondern um die Analyse der gesellschaftlichen Massenprozesse handelt. Dies gilt in großem Maße von der deutschen Wirtschaftsgeschichte und in gewissem Ausmaß auch von der deutschen Rechtsgeschichte; – es wäre gut, einmal zu überprüfen, in welchem Maße die typologisierenden und theoretischen Arbeitsweisen dieser Disziplinen auch z. B. die theoretischen Aspekte des Werkes von Max Weber beeinflußt haben. Außerdem sind die Anlässe zum theoretischen Umdenken in der Reaktion der deutschen Geisteswissenschaften auf den westlichen Positivismus zu suchen (K. Lamprecht).

Es war dann sicherlich kein Zufall, daß z. B. die Grundkategorien der Diltheyschen Methodologie aus der Auseinandersetzung des Positivismus mit dem deutschen Historismus entstanden; besonders in der Arbeit „Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften“ kann man Dilthey als Vorläufer des modernen Strukturalismus erkennen. Dasselbe gilt auch für die Ergebnisse der Auseinandersetzung des deutschen Historismus mit Hegel und Marx. Ohne diese Auseinandersetzung ist z. B. die Arbeit von Ernst Troeltsch über den Historismus nicht zu erklären.

Ohne auf diese Problematik näher einzugehen, werfen wir nun einen Blick auf die Entstehung der theoretischen Aspekte in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung nach 1945 und in den fünfziger Jahren. Sicherlich war einer der Hauptgründe dieses neuen Weges der Zusammenbruch des deutschen Faschismus, mit dem die Rankesche Geschichtsschreibung in gewissem Maße verbunden war; man konnte sich unmittelbar nach 1945 nicht so leicht direkt zu dem Vermächtnis der Ranke-Schule bekennen und suchte zunächst eine Ersatzlösung zu finden. Wie ich schon im Korreferat zu Fellner ausgeführt habe, geschah es durch die Rezeption von Burckhardt. Methodologisch bedeutete es, daß in die Geschichte drei Grundelemente einge-

² Vgl. Jaroslav Kudrna, Ke kritice pozitivismu v současné burzoazní nemecké, francouzské a italské historiografii (Brünn 1983) 19. a 20. stol. 29 ff.

³ Ebda., 34 ff.

führt wurden: Der Gedanke der Diskontinuität, die Lehre von den konstanten Elementen und stabilen Größen in der Geschichte und die Typenlehre. Dies war ungefähr die Situation bis 1949, wo wiederum der Versuch unternommen wurde, die Ranckesche Methodologie, wenn auch in mehr reflektierender Form, neu zu beleben⁴.

Die Notwendigkeit des Übergangs zu der mehr theoretischen Geschichtsschreibung ergab sich in den fünfziger Jahren vor allem aus folgenden Gründen: aus der Distanzierung vom engen Nationalbild und, wie man heute in der westdeutschen Historiographie manchmal zu sagen pflegt, aus der Abkehr vom deutschen „Sonderweg“, aus der Einfügung der deutschen Geschichte in das europäisch-atlantische Geschichtsbild und aus der Notwendigkeit, die Industriegesellschaft in die Geschichtsanalysen einzubeziehen. Hinzu traten auch schon die Reaktionen auf den westeuropäischen Positivismus und in viel geringerem Ausmaß auch auf den Marxismus. Dabei ist aber sicherlich nicht ohne Interesse, daß viele Kategorien, mit denen man auf die neue Wirklichkeit reagierte, besonders in den fünfziger Jahren von Nichthistorikern entwickelt wurden. Erinnern wir bei dieser Gelegenheit an Erich Rothacker oder Hans Freyer, der nur *cum grano salis* für einen Historiker gehalten werden kann. In deren früheren Schriften kommen schon die Kategorien, die jetzt als „neue“ gelten, vor⁵. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Freyers „Theorie des objektiven Geistes“ von 1923 erwähnen.

Von den eigentlichen Historikern haben in dieser Hinsicht Theodor Schieder, Werner Conze und Reinhard Wittram besondere Bedeutung. Eine spezielle Rolle spielte am Ende der fünfziger Jahre der Toynbee-forscher Othmar F. Anderle, der aber keine weiteren Nachfolger fand. Auch bei den Historikern kann man aber Verbindungslien zur Philosophie finden – neben Dilthey kommt auch Heidegger in Betracht. Bei Rothacker, der zwar kein echter Historiker war, der sich aber mit den methodologischen Fragen der Geschichte intensiv beschäftigte, ist z. B. die ganze Problematik des „Vorhandenen“ und „Zuhanden“ aus Heideggers „Sein und Zeit“ entstanden. Eine größere Rolle begann dann in den fünfziger Jahren auch Karl Mannheim zu spielen, und zwar mit seiner Auffassung vom Relativismus, der nur empirisch korrigiert werden mußte. Von den Geschichtsphilosophen begann auch Toynbee eine gewisse Rolle zu spielen, mit dem man versuchte, die Typenlehre zu begründen. In dieser Hinsicht ist aber besonders Othmar F. Anderle⁶ zu erwähnen. Er hat Ende der fünfziger Jahre die beschreibende Geschichtsschreibung der Unwissenschaftlichkeit und Rückständigkeit bezichtigt. In manchen seiner Ansichten näherte er sich dann dem Neopositivismus; so gab es für ihn keinen Hiatus zwischen den Geisteswissenschaften und den Naturwissenschaften; die Unterschiede zwischen ihnen seien nur stufenweise gestaltet.

⁴ So besonders bei Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (Wiesbaden 1946), in abgeschwächter Form auch bei Gerhard Ritter, *Geschichte als Bildungsmacht* (Stuttgart 1946).

⁵ Erich Rothacker, *Die dogmatische Denkform in den Geisteswissenschaften und das Problem des Historismus* (Mainz 1954).

⁶ Othmar F. Anderle, *Theoretische Geschichtsbetrachtungen zur Grundlagenkrise der Geschichtswissenschaft*, in: HZ 185 (1958) 11–13 u. ff.

Sowohl die Geschichte als auch die Natur könne mit generalisierenden und individualisierenden Methoden angegangen werden.

Es war sicherlich kein Zufall, daß Anderle ein gewisses Vorbild für die Geschichtswissenschaft bei G. B. Vico suchte, was aber nicht sehr überzeugend ist. Sonst sind manche Gedanken Anderles noch heute bemerkenswert, so z. B., daß die theoretische Geschichte die Kritik der historischen Vernunft durchführen solle und daß sie die Fragen der empirisch verifizierbaren Philosophie beachte. Dazu gesellen sich die Fragen des Zusammenhangs der historischen Phänomene und ihres Sinns. Sicherlich sind bei Anderle schon Gedanken enthalten, die in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik eigentlich erst in den siebziger Jahren eine Rolle spielten.

Was die eigentlichen Historiker wie Theodor Schieder, Werner Conze und Otto Brunner anbelangt, so ist Folgendes zu sagen. Schieder⁷, der mit der neurankeanischen Historiographie eng verbunden war, war schon in den fünfziger Jahren überzeugt, daß man mit dem puren Individualitätsprinzip nicht auskomme und daß man generalisierende Methoden anwenden müsse. Bezeichnenderweise hat Schieder bei dieser Gelegenheit auch Hintzes und Webers Typenlehre entdeckt. Dabei hält er bezeichnenderweise z. B. den Staat, die Verfassung und die Revolution für solche Typen und gelangt auch zur Kritik des Kontinuitätsprinzips. Auch bei Schieder wird nun das neue Prinzip der Diskontinuität mit der industriellen Revolution verbunden.

Noch prägnanter werden diese Gedanken bei Conze formuliert⁸. Conze reagierte als einer der ersten auf die Methodologie der Annalesschule, hat aber dabei immer die Bedeutung der Politik für die Sozialgeschichte akzentuiert. Damit hing auch die Anwendung der generalisierenden Methode und vor allem der Typenlehre zusammen. Die Anwendung dieser Methoden ist für Conze aus dem Grunde nötig, weil der Historiker mit übernationalen Zusammenhängen arbeiten müsse. Die generalisierende Methode und die Typenlehre sollen dann durch die Strukturgeschichte ergänzt werden. Der Strukturgeschichte fällt auch die Aufgabe zu, die wissenschaftliche Interdisziplinarität anzubahnen.

Otto Brunner wurde stark von Max Weber beeinflußt⁹; die soziale Geschichte wird bei ihm zur Geschichte des europäischen Rationalismus. Brunner will dann in die Geschichte die kategorialle Apparatur anderer Wissenschaften, besonders der theoretischen Nationalökonomie, einbauen.

Zum Schluß möchte ich einige Parallelen zwischen diesen Bemühungen um das theoretische Geschichtsbild und dem Positivismus erwähnen. Die positivistische und neupositivistische Historiographie trat mit der Kritik an der traditionellen Historiographie auf, wollte in der Geschichte die vergleichende Methode anwenden, plädierte für die Interdisziplinarität einzelner Sozialwissenschaften und sprach letzten Endes von den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte. Auch die deutsche bürgerliche Geschichtswissenschaft, die in die Geschichte die Theorie einführen wollte, hat von die-

⁷ Theodor Schieder, *Der Typus in der Geschichtswissenschaft, Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit* (München 1960) 172 ff.

⁸ Jaroslav Kudrna, *Historie, filosofie a politika v NSR*, 161.

⁹ Otto Brunner, *Das Problem der europäischen Sozialgeschichte*, in: HZ (1954) 469 ff.

sen Grundsätzen Gebrauch gemacht, modifizierte sie aber im folgenden Sinne. Die Gesetze sollten durch die Typenlehre und durch Sinnzusammenhänge ersetzt werden, den notwendigen Bestandteil der Sozialgeschichte sollte das politische Moment ausmachen, die politische Geschichte sollte sich zur theoretischen Machtgeschichte, die mit Ökonomie und Soziologie zusammenhängt, entwickeln. Dies hat sicherlich nicht die alte Methodologie der Rankschen Historiographie völlig überwunden, sondern nur im Hegelschen Sinne des Wortes aufgehoben.

Hermann von der Dunk

Für eine Bewertung und Analyse der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 ist der Vergleich mit den Entwicklungen im Ausland aufschlußreich. Bei der Ausklammerung dieses Vergleichs kommt es leicht zu Schlußfolgerungen, die auf komparativer Ebene relativiert werden müssen. Es handelt sich hier um ein Feld, das in Zukunft als unentbehrliches Komplement bei der Beschreibung der Nachkriegsentwicklungen in der Bundesrepublik stärker hinzugezogen zu werden verdient. Wenn sich z. B. für die deutsche Geschichtswissenschaft, als sehr grobe Einteilung, zwei deutliche Wendepunkte ergeben, nämlich Mitte der sechziger Jahre die Verschiebung von der individualisierenden Geistes- und Staatengeschichte zur strukturalistischen Sozialgeschichte und Ende der siebziger Jahre wieder eine Wende zu einer Neubewertung der hermeneutischen und historistischen Tradition und der Kulturgeschichte, so entspricht das den Verschiebungen und dem ‚Paradigmawechsel‘ in der ausländischen Geschichtsforschung; auch wenn natürlich die Thematik und die konkreten Felder, auf die sich die Historiker konzentrieren, stark variieren. Ebenso wie in der (bundes-)deutschen Forschung fand auch in der ausländischen Forschung eine Umwertung der Bedeutung des Schicksalsjahres 1945 statt. Ebenso wie hier wird auch dort neuerdings die Frage nach der Kontinuität gestellt und diese Kontinuität bei den Methoden, Fragestellungen und Grundmustern der fünfziger Jahre betont; das Wiederanknüpfen an oder Fortsetzen von Linien der Vorkriegszeit. In beiden Fällen bildet die personale Kontinuität in der Besetzung der meisten Lehrstühle eine wesentliche Erklärung: Es war *überall* die Vorkriegsgeneration, die sich in einer radikal veränderten Welt zurechtfinden mußte. Das führte auch überall zu einer Neuorientierung *innerhalb* gewisser, von der Tradition bestimmter Rahmenbedingungen und mit tradierten Methoden. Im Unterschied zu der ausländischen Forschung stand die deutsche Geschichtswissenschaft dann allerdings vor der turmhohen Aufgabe einer drastischen Revision im Schatten der nationalsozialistischen Verbrecherherrschaft. Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit nach 1945 ‚von innen heraus‘ unterschied sich wesentlich von der Bewertung und Kritik der ausländischen Forschung und der Sicht ‚von außen her‘. In beiden Fällen ging man nämlich von national bestimmten Voraussetzungen und Konzeptionen aus; auch wo diese wie in der Bundesrepublik gerade in Frage gestellt wurden. Die Europa-Ideologie der fünfziger Jahre hat die eigentliche Geschichtsforschung also nur sehr am Rande berührt.

Es kam nicht zu einer Revision im übernationalen europäischen Sinne, weder in der Bundesrepublik noch im Ausland. Aus späterer Perspektive konnten die fünfziger Jahre allgemein als eine verhältnismäßig konservative Periode in der Historiographie charakterisiert werden. Die nationale Distanz zeigte sich beispielsweise darin, daß auch in Ländern, wo Publikationen in deutscher Sprache zugänglich sind wie in den Niederlanden, deutsche Geschichte vorwiegend an Hand englischer Literatur konzipiert wurde. Nicht Ritter, Rothfels, Heimpel, Aubin und andere der damals führenden deutschen Historiker bestimmten das Deutschlandbild, sondern Taylor, Trevor Roper, Bullock oder die emigrierten Historiker, auch wenn man deutsche Historiker zur Kenntnis nahm.

Der mit dem Buch von Fritz Fischer und der anschließenden Kontroverse einsetzende Umschwung und namentlich der Durchbruch der Strukturgeschichte, die Abwendung vom Historismus, führte in den sechziger Jahren dann zu einer Annäherung, sowohl weil im Ausland ein ähnlicher Durchbruch stattfand als auch weil die viel fundamentalere Revision der deutschen Geschichte durch eine neue Generation (Bracher, Wehler, die Fischerschüler u.a.) mit der ausländischen Konzeption korrespondierte.

Deutsche Geschichte wird seitdem in den Niederlanden z.B. vornehmlich an Hand deutscher Historiker studiert und konzipiert. Einerseits verblaßte die Europa-Euphorie, andererseits kam es zu einer Annäherung nicht nur der Methoden und Fragestellungen, sondern auch der Bewertung der jüngsten Vergangenheit, wo die nationalen Divergenzen sich selbstverständlich am schärfsten bemerkbar gemacht hatten. Es kam zu Ansätzen einer übernationalen gemeinsamen Sicht auf die deutsche Geschichte. Das ist insofern bemerkenswert, als es sich bei den meisten Vertretern der Sozial- und Strukturgeschichte überall um progressiv-demokratisch, wenn nicht ausgesprochen links gerichtete Historiker handelte, während andererseits die politische Europa-Ideologie von den Zentrum- und rechtsorientierten oder mehr konservativen Politikern und Parteien vertreten war. Politische Europa-Ideologie und überationale Geschichtsperspektive korrespondierten also keineswegs. Auch die jüngste Neubewertung des Historismus, der narrativen Geschichte, das erwachte Interesse am Faktor des Individuellen und Persönlichen in der Geschichte ist ein übernationales Phänomen in der Historiographie. Daß dabei die Reaktion auf eine Überbewertung der Sozial- und Strukturgeschichte und das Bedürfnis nach neuen Wegen, wobei auch der Generationsfaktor wieder hineinwirkt, eine große Rolle spielen, bedarf keiner Betonung.

Die große Frage ist, ob diese neue Tendenz wieder zu einem Auseinanderklaffen der verschiedenen nationalen Geschichtsbilder, zu einer Aufweichung der übernationalen Perspektive führen wird. Die neu entfachte Diskussion in der Bundesrepublik über die Einzigartigkeit und den Stellenwert von Auschwitz und die Nazi-Verbrechen und die Frage nach dem Verhältnis von Erkenntnis und Sinnstiftung in der Arbeit des Historikers müssen in diesem weiteren Zusammenhang gesehen werden. Fördern neohistoristische und individualistische Tendenzen auch notgedrungen wieder eine stärker national orientierte Geschichtsschreibung? Läßt sich einer möglichen Ver fremdung der Geschichte durch die Auflösung des personalen Faktors in überpersönliche Strukturen und abstrakte Bezüge nur durch eine konservativ-apologetische Sinnstiftung begegnen? Ist eine überationale Perspektive nur bei einer ausgesprochen struk-

turgeschichtlichen Ausrichtung möglich? Fragen, die nicht nur die deutsche Geschichtsforschung angehen. Oder vielmehr diese in ganz besonderem Maße, eben weil sie wiederum alle angeht.

Reinhold Bichler

Die Hochschulkrise der ausgehenden 60er Jahre bot einer durchaus kulturrevolutionären Bewegung Raum; einer Bewegung, die sich gegen etablierte Traditionen und Gewalten wandte. Verständlicherweise sah sich die Historie besonders hart umfochten, diente und dient sie doch – auch – als Legitimationsinstanz und als Vermittler von Identitätsgefühl. Wie viele Hiebe speziell den Althistorikern als einer repressiv-faschistoiden Elite galten, die ein Fach vertraten, das konservative Strukturen fördert und festigt, das läßt sich nur mühsam im konkreten eruieren, doch im allgemeinen recht gut erahnen.

Institutionell überdauerte die also angefochtene Althistorie die Stürme auf dem Universitätsterrain freilich recht gut. Doch mußte sie schmerzliche Einbußen erleiden, was die Pflege ihres Objekts im Schulunterricht angeht. Die Selbstverständlichkeit klassisch-humanistischer Bildung war längst erschüttert. Und der reformistische Elan zur Neugestaltung der schulischen Curricula drängte althistorische Gehalte aus so manchem Lehrplan rüde hinaus. Es ist kein Wunder, daß sich seitdem immer wieder auch professionelle Althistoriker dazu verstanden, die Diskussion über Geschichte in Schulbuch und Unterricht zum Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit zu machen. Doch bleiben sie wohl eine klare Minderheit unter den Angehörigen unserer Zunft.

Im Bewußtsein, ihr Fach einem stärkeren Legitimationsdruck der Öffentlichkeit ausgesetzt zu sehen, griffen auch einige Gelehrte von Rang und Namen zur Feder, um ganz allgemein die Relevanz ihrer Profession in dieser Öffentlichkeit zu erläutern und zu erhärten. Doch darf auch die Intensität dieses apologetischen Schrifttums in summa nicht zu hoch veranschlagt werden.

Dasselbe gilt – anders als es bei der allgemeinen Geschichte der Fall ist – auch für das durch die Krise der ausgehenden 60er Jahre stimulierte Interesse an einer kritischen Revision der methodisch-theoretischen Grundlagen des eigenen Forschens und Arbeitens. Wissenschaftstheorie der Geschichtswissenschaft, das Ringen um eine erneuerte ‚Historik‘, die Diskussion über die Relevanz der theoretischen Sozialwissenschaften für unser Fach, Streit um die erkenntnisleitenden Interessen und die Wertimplikationen historischer Forschung und Darstellung ... alle diese für die allgemeine Historie nun so charakteristischen Themen fanden auf dem spezifischen Sektor der Althistorie eine in meinen Augen doch recht geringe Resonanz. Nicht, daß nicht vereinzelt sehr wertvolle Impulse von dieser nun schon historisch gewordenen Grundsatzdebatte der späten 60er und der 70er Jahre für die althistorische Praxis ausgegangen wären, aber diese Impulse wurden doch nur von einer Minderheit unserer Zunft aufgenommen. Der hohe Standard an fachspezifischer Grundlagenwissenschaft und Quellenarbeit schien es zu rechtfertigen, die Forderung nach grundsätzlicher methodischer Besinnung von sich abzuschieben. In ähnlicher Weise schien der traditionell

hohe Stellenwert exakter Dokumentation antiker Institutionen des Rechtslebens und der Verwaltung, von Kult und Kultur genügend Grund zu bieten, dem in der allgemeinen Historie nun so typischen Ruf nach forciertener Strukturgeschichte kein besonders intensives Gehör zu schenken. Dadurch geriet die Althistorie – zumindest in meinen Augen – in die Gefahr, sich stärker von der allgemeinen Geschichte abzukoppeln und weiterhin eine theorieabstinent Sachlichkeit zu kultivieren. Diejenigen Fachkollegen, die sich diesem Trend bewußt entgegenstellen, riskieren durchaus Außenseiterpositionen, wie denn auch nach wie vor althistorische Ambitionen auf universalhistorische Zusammenschau und interdisziplinär komparatistische Studien mit dem Stigma des Dilettantentums rechnen müssen.

In einem Punkt aber hat die Identitätskrise, in die die Historie zu Ende der 60er Jahre geraten war, für mein Dafürhalten recht segens- und erfolgreich auf unser Fach gewirkt. Die Bereitschaft, sich über Genese, Standards, Schattenseiten und Verdienste des eigenen Fachs durch wissenschaftsgeschichtliche Rückschau größere Klarheit zu verschaffen und so ein besseres Urteil über die aktuelle Position unserer Disziplin zu gewinnen, hat eine Serie recht eindrucksvoller und gewinnbringender wissenschaftshistorischer Studien motiviert, mit denen sich unsere Althistorie im Verhältnis zur allgemeinen Geschichte durchaus sehen lassen kann, zumal auch die viel zitierte Vergangenheitsbewältigung in ihnen enttabuisiert wird. Mit dieser Erklärung, die auch Sinn und Wert der gegenständlichen Tagung unterstreichen soll, möchte ich das Statement beschließen.

Wolfgang J. Mommsen

In gewissem Betracht beginnt die Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg mit Friedrich Meineckes Alterswerk „Die deutsche Katastrophe“ vom Jahre 1946. Darin bekannte sich Meinecke zu der Verpflichtung, alle seine ihm verbliebenen Kräfte „für die Rettung des uns verbliebenen Restes deutscher Volk- und Kultursubstanz“ einzusetzen. Meinecke wandte sich ausdrücklich dagegen, angesichts der Erfahrung der deutschen Katastrophe die deutschen geschichtlichen Traditionen in Bausch und Bogen zu verwerfen. „Aber“, so meinte er, „unser herkömmliches Geschichtsbild, mit dem wir groß geworden sind, bedarf jetzt allerdings einer gründlichen Revision, um die Werte und Unwerte unserer Geschichte klar voneinander zu unterscheiden“¹. Im Prinzip fand Meinecke mit dieser Forderung, von wenigen Außenseitern auf der Rechten, die bald jeden Einfluß verloren, abgesehen, damals in der historischen Wissenschaft allgemeine Zustimmung. Gerhard Ritter begann seine große Rede auf dem ersten Deutschen Historikertag nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in München 1949 über „Die gegenwärtige Lage und die Zukunftsaufgaben der Geschichtswissenschaft“ mit dem programmatischen Bekenntnis „zu rückhaltlos kritischer Überprüfung unserer Traditionen“². In der Sache ist es dann

¹ Die deutsche Katastrophe (Wiesbaden 1946) 8 und 156f.

² Historische Zeitschrift 170 (1950) 2.

freilich nur sehr langsam und zögernd zu einer wirklich tiefgreifenden Revision des herkömmlichen deutschen Geschichtsbildes gekommen.

Das erste Jahrzehnt nach 1945 war eher gekennzeichnet von dem Bemühen der professionellen Historikerschaft, unter denen die Generation derer, die noch vor 1933 zu Amt und Würden gekommen waren, einstweilen weiterhin den Ton angab, so viel wie möglich aus dem Scherbenhaufen deutscher geschichtlicher Traditionen zu retten. Dieser Sachverhalt läßt sich gut an den großen Forschungskontroversen der 50er Jahre ablesen, die von Seiten der großen Mehrzahl der Historiker aus einer Abwehrhaltung gegenüber der westlichen Geschichtsschreibung und mehr noch der Publizistik geführt wurden, die teilweise eine überaus scharfe Kritik an den überkommenen Interpretationen der deutschen Geschichte übten. Dies gilt beispielsweise auch für die Auseinandersetzung über das Problem des Militarismus in der deutschen Geschichte, die durch Ludwig Dehios leidenschaftliche Kritik an Ritters allzu engem Militarismusbegriff ausgelöst wurde, oder für die zeitlich etwas spätere Debatte über Bismarck, in der nahezu alle Historiker der älteren Generation das Wort ergriffen. Dabei überwogen jene Stimmen, die eher auf eine Verteidigung hergebrachter Deutungen gegenüber der in der Öffentlichkeit verbreiteten Kritik am deutschen Militarismus im Kaiserreich hinausließen. Auch die Bismarckdebatte war, trotz bemerkenswerter Stellungnahmen wie jener Franz Schnabels, überwiegend auf die Abwehr der radikal liberalen Bismarckinterpretation Erich Eycks ausgerichtet, die erst jetzt in größerem Maße aufgenommen wurde.

Es waren freilich nicht nur die Inhalte des überkommenen wissenschaftlichen Geschichtsbilds, die nunmehr auf den Prüfstand kamen und einer zunächst eher vorsichtigen Revision unterzogen wurden, sondern auch die bislang unbestritten herrschende Methodologie des Historismus. Für Friedrich Meinecke hatte der Historismus noch 1936 „trotz aller seiner Schwächen und Krankheiten unser Lebensglück bedeutet“. Nach 1945 jedoch schien offenkundig zutage zu liegen, daß die historistische Methodenlehre gegenüber solch extremen Phänomenen wie dem aggressiven Nationalismus der Wilhelminischen Ära und insbesondere dem Nationalsozialismus versagt hatte, weil sie die Historiker zu einer allzu harmonisierenden und das jeweils Bestehende verklärenden Sichtweise verführt habe, die auch jene Ereignisse als objektives Resultat eines in sich sinnhaften Geschichtsprozesses deutete. Eben das, was Historiker vergangener Generationen, unter ihnen Meinecke selbst, am Historismus gerühmt hatten, nämlich die Überwindung des einseitig rationalistischen Weltbildes der Aufklärung, wurde nun, und man wird sagen dürfen, mit einem Recht, als ein Aspekt der Entfernung des deutschen Denkens von den Ideen der europäischen Aufklärung erkannt. Selbst Gerhard Ritter räumte in seinem bereits erwähnten Vortrag vom Jahre 1949 ein, daß der Historismus, insoweit als sich dieser gegen das rationalistische Weltbild der Aufklärung gerichtet habe, heute revisionsbedürftig sei, fügte aber hinzu, „die deutsche Historie könnte diesen Teil ihres Erbes nicht fahren lassen, ohne sich selbst, d.h. den letzten und höchsten Sinn ihrer Arbeit zu verraten“³. Gleichzeitig wandte

³ Ebenda, 5.

sich Ritter freilich dagegen, die bewährte individualisierende Methode des Historismus zugunsten von soziologischen und materialistischen Geschichtsdeutungen aufzugeben; auch typologisierende Verfahren wollte er weiterhin nur als „heuristische Hilfsmittel“ zugelassen sehen⁴.

Diese von Ritter aufgebaute Verteidigungsposition gegenüber der verbreiteten Kritik an der historistischen Methodologie der Geschichtswissenschaft erwies sich in der Folge als wenig standfest. In den 50er Jahren erschien der Historismus, in seiner spezifischen deutschen Spielart, welche die kritische Bewertung politischer und gesellschaftlicher Probleme unter normativen Gesichtspunkten weitgehend ausgeblendet und sich damit vielfach unbewußt zum Instrument der jeweils Herrschenden gemacht hatte, als Inbegriff des Versagens der deutschen Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert⁵. Er galt mit einem Recht als Gralshüter der irrationalistischen, antiwestlichen Traditionen des deutschen politischen Denkens, die dem Aufstieg des Nationalsozialismus zumindest indirekt den Boden bereitet hatten. Die den jeweils herrschenden Gewalten überwiegend applaudierende Tradition der deutschen nationalliberalen und insbesondere der neorankeanischen Historiographie, deren Vertreter wortgewaltig die politischen Ideale des Kaiserreichs gegen die demokratische Republik von Weimar ins Feld geführt hatten, unter ausdrücklicher Berufung auf die Gewißheit gewährleistende Methodenlehre des Historismus, war gründlich diskreditiert. Wie sollten überhaupt Historiker Ereignissen wie der Ermordung des europäischen Judentums mit dem klassischen Instrumentarium des individualisierenden „Verstehens“ geistig gegenüberstehen?

Die Kritik am Historismus richtete sich nicht in erster Linie gegen dessen herme-neutisches Instrumentarium, sondern vor allem gegen das damit verbundene, gleichsam unreflektiert mittransportierte ideologische Substrat, nämlich eines optimistischen Vertrauens in den objektiven Prozeß der Geschichte selbst, das das jeweils Bestehende und die jeweils herrschenden Mächte als zumindest relativ gerechtfertigt erscheinen ließ. Im Grundsatz wurde Rudolf Stadelmanns Diagnose der geistigen Situation der deutschen Geschichtswissenschaft weithin geteilt, daß ein Rückgang bis auf die Stufe des im 18. Jahrhundert Erreichten, hinter die deutsche Sonderentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts, notwendig geworden sei, um den geistigen und politischen Anschluß an Westeuropa wiederzugewinnen: „Es bleibt wohl nur übrig, daß wir geistig auf den Punkt zurückgehen, wo die revolutionäre Entwicklung in Westeuropa und die deutsche Sonderentwicklung sich gegabelt haben. Das, was der abendländischen Welt zwischen 1770 und 1800 gemeinsam war, muß auch für die Gegenwart wieder die Basis eines gemeinsamen europäischen Denkens ergeben.“⁶

In der Tat waren die Postulate des klassischen Historismus deutscher Observanz mit der Renaissance naturrechtlicher Denkweisen ebensowenig verträglich wie mit

⁴ Ebenda, 7 ff.

⁵ Vgl. M. C. Brands, Historisme als Ideologie. Het „anti-normatieve“ en „onpolitieke“ element in de Duitse geschiedwetenschap (Assen 1965); ferner Georg G. Iggers, The German Conception of History (Middletown, Conn. 1968; dt. Deutsche Geschichtswissenschaft, München 1971).

⁶ Deutschland und Westeuropa (Schloß Laupheim 1948) 33.

den Ideen des Neoliberalismus, der in der Nachkriegsära dominierenden politischen Ideologie. Der Vorwurf, daß die historistische Denkweise zur Untergrabung aller moralischen und politischen Normen geführt habe, war als solcher nicht neu, schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte Ernst Troeltsch dies als den Kern der „Krise des Historismus“ diagnostiziert; jetzt stellte sich dieses Problem erneut in aller Schärfe. Entscheidend war freilich, daß der Historismus, zumindest in seiner deutschen Spielart, allzu bereit gewesen war, die jeweils bestehenden Verhältnisse historisch zu legitimieren, unter Hintansetzung moralischer Kategorien gleichviel welcher Art. Die Autoritätsgläubigkeit der Deutschen in der Vergangenheit schien hier eine ihrer Wurzeln zu haben. Alles dies trug zur Diskreditierung des Historismus als Weltanschauung und indirekt auch als einer historischen Methodenlehre bei. Alain Clément brachte diesen Sachverhalt 1961 in einer Abhandlung über das geschichtliche Denken in der Bundesrepublik in schonungsloser Deutlichkeit auf den Begriff: „Der sich totgelaufene Historismus geistert matten Flügels in der Gestalt einer ebenso beliebigen und unverbindlichen Recht- und Redefertigkeit herum.“⁷

Das harmonistische, zur Idealisierung der jeweils siegreichen Entwicklungen unter weitgehender Ausblendung von möglichen alternativen Entwicklungen neigende Geschichtsbild des Historismus war, nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte, ohnehin einer kritisch-nüchternen Sichtweise gewichen. Schon seit Anfang der 50er Jahre hatte Karl Löwith, im Rückgriff auf das antike Geschichtsdenken, die optimistische Grundstruktur des traditionellen historistischen Geschichtsmodells, als einer säkularisierten Variante der alten christlichen Geschichtstheologie, einer scharfen Kritik unterzogen. Auch für die Historiker war die idealistische Grundauffassung des Geschichtlichen, wie sie noch in Friedrich Meineckes großem Werk über die „Entstehung des Historismus“ in grandioser Weise zum Ausdruck gekommen war, nun nicht mehr nachvollziehbar. Von der einen Geschichte, die letzten Endes aus Gottes Hand fließe, konnte, nach dem Mißbrauch, der in der Vergangenheit mit jenem Theorem betrieben worden war, nicht mehr die Rede sein. Eine „Entmythologisierung“ des Historismus (Nipperdey) war das mindeste, was notwendig schien, um das heuristische Instrumentarium der Geschichtswissenschaft in die zweite Hälfte des 20.Jahrhunderts hinüberzutragen.

Auch in methodischer Hinsicht wurde der Historismus als revisionsbedürftig angesehen. Vor allem wurde eingewandt, daß er einer im Grunde elitären Konzeption geschichtlichen Geschehens das Wort geredet habe, die den „großen Männern“, den „Geschäftsführern des Weltgeistes“, den Staatsmännern auf der politischen Bühne ein unangemessenes Gewicht gegeben habe. Darüber hinaus habe der Historismus die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen zugunsten des allein „verstehbaren“ Handelns der in der Regel großen Individuen vernachlässigt und den strukturellen Bedingtheiten politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen so gut wie keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt. Das klassische methodische Instrumentarium des Historis-

⁷ Das deutsche Geschichtsbewußtsein in der Sicht des ausländischen Beobachters, in: *Karl Forster* (Hrsg.), *Gibt es ein deutsches Geschichtsbild?* (Würzburg 1961) 32.

mus hatte diese Phänomene gleichsam gar nicht erst in das Blickfeld des forschenden Historikers treten lassen.

Erwägungen dieser Art gewannen für die nachfolgende Generation deutscher Historiker, die in den 50er und insbesondere in den 60er Jahren zunehmenden Einfluß auf die weitere Entwicklung der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik nahm, große Bedeutung. Das mindeste, was an der Zeit schien, war eine Ausweitung des methodischen Horizontes der Geschichtswissenschaft, unter Abkehr von einer einseitig nur das Individuelle betonenden Methode, und ihre Öffnung gegenüber den Sozialwissenschaften. Vor allem Theodor Schieder hat sich konsequent darum bemüht, das klassische Instrumentarium des Historismus zu erweitern, unter Rückgriff insbesondere auf Jacob Burckhardt, auf das Spätwerk Otto Hintzes und insbesondere auf Max Weber. Er fühlte sich dabei durchaus in der Tradition der Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts. Denn es sei keineswegs der Fall, daß „das historistische Geschichtskonzept fast ein Jahrhundert für Geschichtsschreibung und Geschichtskonzept in Deutschland unbestrittene Geltung besessen“ habe⁸. Institutionengeschichtliche und sozialgeschichtliche Fragestellungen traten flankierend zu dem historistischen Methodenarsenal hinzu, an dem Schieder im Grundsatz weiterhin festhielt. Gleichzeitig wurden die Erkenntnisziele der Historie neu definiert; es ging nunmehr nicht bloß um die Erfassung „individueller Totalitäten“ (Troeltsch), sondern vor allem darum, die Strukturphänomene geschichtlicher Wirklichkeit mit Hilfe typologischer Methoden und des historischen Vergleichs vor universalhistorischem Hintergrund herauszuarbeiten. Demgemäß wurde die komparative Methode nunmehr nicht mehr in erster Linie als Mittel zu besserer Erfassung individueller Phänomene, sondern zur Entwicklung einer generalisierenden typologischen Begrifflichkeit verstanden⁹. Gleichzeitig bemühten sich Werner Conze und auf dem Felde der Mediävistik Otto Brunner um die Entwicklung einer europäischen Sozialgeschichte, die die vor aller Herrschaft bestehenden Sozialstrukturen aufzudecken bemüht war. Dabei stand nicht zuletzt auch Alexis de Tocqueville Pate, der so großes Gewicht auf die intermediären Institutionen in sich demokratisierenden Gesellschaften gelegt hatte. Der Intention nach wollte Conze die Geschichte der Ereignisse und Entwicklungen im vorstaatlichen Raum zur Anschauung bringen und damit der traditionellen, vorwiegend am Staatshandeln orientierten Geschichtsschreibung eine neue Dimension hinzufügen. Ein wenig mag dabei freilich auch die Tendenz mitgespielt haben, der politischen Geschichte im engeren Sinne, mit ihren kontroversen tagespolitischen Bezügen, ein wenig aus dem Wege zu gehen. Diese von dem Heidelberger Arbeitskreis für Sozialgeschichte wirkungsvoll vertretene neue Variante der Sozialgeschichte verblieb zwar in methodischer Hinsicht noch im

⁸ Dies sei höchstens in einem ganz trivialen Sinne der Fall gewesen. Siehe *Theodor Schieder*, Einleitung zu: Theorieprobleme der Geschichtswissenschaft, hrsg. von Th. Schieder und K. Gräubig, (Darmstadt 1977) VIII.

⁹ Für eine Analyse der Position Theodor Schieders vgl. Wolfgang J. Mommsen, Vom Beruf des Historikers in einer Zeit beschleunigten Wandels. Theodor Schieders historiographisches Werk, in: Vom Beruf des Historikers in einer Zeit beschleunigten Wandels. Gedenkschrift für Theodor Schieder, hrsg. von Andreas Hillgruber (München 1985) 41–45.

Bannkreis des Historismus, insofern als sie sich in erster Linie der Methoden der Begriffsgeschichte bediente, aber sie eröffnete doch eine neue Perspektive, nämlich die Entwicklung einer sozialen Strukturgeschichte, die zumindest prinzipiell über die Bewußtseinslage der jeweils Handelnden hinauswies, an der sich der klassische Historismus weitgehend orientiert hatte.

Für eine jüngere Generation von Historikern, die ihre geistige Prägung in den ersten Nachkriegsjahren erhalten hatte, war dies alles freilich nicht genug. Seit der Mitte der 50er Jahre formierte sich, teilweise unter dem Einfluß der westeuropäischen und amerikanischen Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft, in der Historiographie der Bundesrepublik schrittweise eine revisionistische Richtung, die sich explizit an den demokratischen Grundprinzipien orientierte, die der Begründung der Bundesrepublik zugrunde lagen. Eine neo-naturrechtliche Grundeinstellung verband sich mit der Bereitschaft, das methodologische Angebot der Sozialwissenschaften für die Erforschung der neueren und neuesten Geschichte, wie es in bedeutenden angelsächsischen Vorbildern vorlag – genannt seien etwa Ernst Fraenkel, Karl Löwenstein, Carl Joachim Friedrich –, positiv aufzugeben. Sie bewegte vor allem die Frage, wie es in einem alten Kulturland wie Deutschland zur Machtergreifung des Nationalsozialismus, als der aggressivsten und brutalsten Variante der totalitären Bewegungen, hatte kommen können, und sie suchten die Antwort darauf in erster Linie darin, die Dominanz autoritärer und antiliberaler Traditionen in der jüngeren deutschen Vergangenheit, daneben aber in den Besonderheiten totalitärer Herrschaftssysteme, aufzuspüren. Karl Dietrich Brachers „Die Auflösung der Weimarer Republik“, Kurt Sontheimers Studie über das anti-demokratische Denken in der Weimarer Republik, und die Kollektivstudie von Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz über „Die nationalsozialistische Machtergreifung“, in mancher Hinsicht auch mein Buch über „Max Weber und die deutsche Politik“, können als typisch, wenn nicht gar repräsentativ für diese Tendenzen gelten.

Der entscheidende Durchbruch zu einer wirklich kritischen Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte wurde freilich erst im Zuge der sog. Fischer-Kontroverse erzielt, beginnend mit Fritz Fischers erstem Aufsatz in der Historischen Zeitschrift aus dem Jahre 1959 über „Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918“¹⁰. Die Fischer-Kontroverse kann in mancher Hinsicht als der Schwanengesang der älteren nationalpolitischen Geschichtsschreibung nationalliberaler bzw. nationalkonservativer Observanz angesehen werden. Der ursprünglich noch ganz konventionelle diplomatiegeschichtliche Ansatz Fritz Fischers wurde im Laufe der Auseinandersetzungen zunehmend als unzureichend erkannt. Bereits das zweite große Buch Fritz Fischers, „Krieg der Illusionen“, enthielt wichtige Ansätze für eine sozialgeschichtliche und institutionengeschichtliche Analyse der politischen Prozesse im Kaiserreich, die dann von den Schülern Fritz Fischers, aber auch vielen anderen bereitwillig aufgegriffen wurden, da nur so wirkliche Erkenntnisfortschritte zu erzielen waren. Daneben standen neue institutionengeschichtliche Arbeiten, wie sie sich im

¹⁰ Historische Zeitschrift 188 (1959) 249 –310.

Umkreis Ernst Fraenkels entwickelt hatten. Dabei war allen Richtungen die Bereitschaft zur Öffnung der Geschichtswissenschaft gegenüber den Sozialwissenschaften und einer mit theoretischen Modellen arbeitenden Politikwissenschaft gemeinsam, weit über die zögernden und mit vielerlei Kautelen versehenen Bestrebungen von Theodor Schieder und Werner Conze hinausgehend. Dies verhalf einer neuen Form politischer Sozialgeschichte, die sich in Anfängen auch in anderen wissenschaftlichen Kontexten entwickelt hatte, auf bemerkenswert breiter Front zum Durchbruch. Am konsequentesten in dieser Richtung sind Hans-Ulrich Wehler, zunächst mit seinem Buch „Bismarck und der Imperialismus“¹¹, und Jürgen Kocka, vornehmlich mit seinem Buch „Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918“¹² vorangegangen. Mit der Begründung der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft“ im Jahre 1975 schuf sich diese neue Richtung dann eine publizistische Plattform. In einem programmatischen Aufsatz Jürgen Kockas in der ersten Nummer der neuen Zeitschrift über „Theorien in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ wurde die Zielsetzung weit über die in den Arbeiten Theodor Schieders oder des Heidelberger Arbeitskreises erreichte Stufe der Kooperation von Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften hinausgeschoben. Allerdings bestand auch im Lager der Bielefelder, die die Kerngruppe dieser neuen Gruppierung bildeten, keineswegs völlige Klarheit darüber, ob der Weg in Richtung auf eine theoretisch angeleitete Sozialgeschichte stark empirisch-positivistischen Einschlags oder vielmehr in Richtung einer sozioökonomischen Geschichtsschreibung unter expliziter Anlehnung an Marx und insbesondere Max Weber gehen solle. Allerdings ist dieses neue Programm bisher nur in sehr unterschiedlichem Maße konkret eingelöst worden, und man darf füglich sagen, daß es zu Teilen mehr Programm blieb als Praxis wurde.

In einer Hinsicht war sich diese neue Gruppe jedoch völlig einig, nämlich der Notwendigkeit, mit zentralen Postulaten des klassischen Historismus zu brechen und demgegenüber aufklärerischem Denken in der deutschen Geschichtswissenschaft wieder eine feste Heimstatt zu verschaffen. Dies verband sich mit der Überzeugung, daß die Geschichtswissenschaft eine politische Aufgabe besitze und sich ihrer politischen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt sein müsse. Dabei war eigentlich selbstverständlich, daß der eigene Standort nur ein demokratischer, auf emanzipatorische Politik gerichteter sein könne. Dies war mit Objektivität im Sinne des Historismus, also einer unreflektierten Identifikation des Historikers mit seinem Gegenstand, nicht vereinbar. Vielmehr war umstritten, daß man Geschichte von einem bestimmten politisch-moralischen Standort aus zu schreiben verpflichtet sei, den freilich jeweils explizit zu deklarieren ein unbedingtes Gebot wissenschaftlicher Redlichkeit darstelle. Dementsprechend gilt für diese – deutsche – Spielart der Sozialgeschichte bis heute, daß sie ungeachtet des intensiven Bemühens um interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Sozialwissenschaften, einschließlich solchen von eindeutig empiristisch ausgerichteter Spielart, wesentlich politische Sozialgeschichte ist und sein

¹¹ In erster Aufl. Köln 1968.

¹² Göttingen 1973.

will. Aus der Perspektive dieser Gruppe von Historikern war und ist es kein Widerspruch, wenn Sozialgeschichte einerseits die empirische Analyse sozialer Strukturen und der mit diesen wechselseitig verflochtenen Herrschaftsstrukturen als ihre vornehmliche Aufgabe betrachtet, andererseits aber mit der Verpflichtung zu „politischer Pädagogik“ im Sinne einer demokratischen Ordnung verbindet.

Diese Position stellte in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung an die traditionell verstandene historistische Geschichtsschreibung dar. Zum ersten wurde der „falsche“ Objektivitätsanspruch des Historismus zurückgewiesen, wonach individualisierendes Verstehen und die Übernahme der Sprache und Begrifflichkeit der Quellen eine explizite Bewertung aus normativer Perspektive heraus entbehrlich machen. Demgegenüber wurde der Standpunkt der Aufklärung, daß Geschichtsschreibung stets, und legitimerweise, von bestimmten normativen Positionen ihren Ausgang nimmt und auf diese zurückverweist, wieder in sein Recht eingesetzt, freilich mit der an Max Weber orientierten Modifikation, daß die eingebrochenen Wertstandpunkte als solche metawissenschaftlichen Charakters sind und daher stets explizit deklariert werden müssen. Im gleichen Zusammenhang wurde die klassische Lehre des „Verstehens“ als unzureichend erkannt und demgegenüber die Verwendung expliziter Theorien auch in der Geschichtswissenschaft als unverzichtbar gefordert. Dies ist in der westdeutschen Geschichtsschreibung zwar theoretisch weiterhin umstritten, aber in der Praxis inzwischen weitgehend akzeptiert, wenngleich je nach Gegenstandsbereich und persönlichen Neigungen des jeweiligen Forschers, in unterschiedlichem Maße eingelöst.

Viele Historiker der damals jüngeren Generation verstanden sich in ihrem Methodenbewußtsein als post-historistisch. Insbesondere vermochten sie die mit dem historistischen Methodenkanon verbundene Einengung des Untersuchungsfelds des Historikers auf sinnorientiertes soziales Handeln nicht nachzuvollziehen. Für sie war die bewußte Aufnahme sozialgeschichtlicher, strukturell-funktionaler und nationalökonomischer Methoden für eine moderne Geschichtswissenschaft unverzichtbar. Modelle, Idealtypen und Theorien sollten einen festen Platz im Methodenkanon einer sich auf das ganze Feld gesellschaftlichen Geschehens ausweitenden historischen Forschung erhalten. Vor allem aber erschien ihnen der Objektivitätsanspruch der historistischen Methode nicht nur theoretisch unhaltbar, sondern auch politisch als nicht länger akzeptabel. Aus ihrer Sicht war die konsequente Abkehr vom Historismus und die Entwicklung einer neuen Form theoretisch angeleiteter, methodisch reflektierter Geschichtsschreibung ein Gebot der Stunde. Die Abhandlung des Verfassers, „Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus“, die aus einer im Februar 1970 an der Universität Düsseldorf gehaltenen Antrittsvorlesung hervorgegangen ist, war darum bemüht, diesen Tendenzen eine theoretische Begründung zu geben¹³. Sie artikulierte eine in der damals jüngeren Generation verbreitete Stimmung und suchte dem Unbehagen über die unentschiedene Haltung der Großen der Zunft in dieser Grundsatzfrage des Selbstverständnisses der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Ausdruck zu verleihen. Geschichte als historische Sozialwissenschaft habe die Aufgabe,

¹³ Düsseldorf 1971, 2. Aufl. Düsseldorf 1972.

der jeweils gegenwärtigen Gesellschaft ihren historischen Ort in dem größeren Zusammenhang universalgeschichtlicher Entwicklungen anzugeben, und es ihr damit zu ermöglichen, „über sich selbst hinauszuwachsen, statt, befangen in einem rein systemimmanenten Denken, ihre Vergangenheit zu vergessen und sich beständig in alter Gestalt zu reproduzieren“¹⁴.

Darüber, daß die weltanschaulichen Grundlagen des Historismus erschüttert waren und sich demgemäß auch jeglicher unreflektierte Rückgriff auf das methodische Arsenal des Historismus verbiete, bestand eigentlich weithin Einigkeit. Die Wege, die man einzuschlagen suchte, um der Geschichtswissenschaft zu einem neuen, mit der Entwicklung der modernen Wissenschaftstheorie im Einklang befindlichen Selbstverständnis zu verhelfen, waren freilich sehr unterschiedlich. Reinhart Koselleck brachte das Bestreben nach einer Neubestimmung des geistigen und erkenntnistheoretischen Orts der Geschichtswissenschaft im Rahmen der modernen Wissenschaften auf die bekannte Formel von der „Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft“. Nur „eine Theorie der geschichtlichen Zeiten“ könne die Geschichtswissenschaft aus der Beliebigkeit historistischen Fragens wieder hinausführen, und nur die Anerkennung der perspektivischen Natur geschichtlicher Erkenntnis als einer stets hypothetischen vermöge den Historiker vor einer sich als objektiv ausgebenden Parteilichkeit zu bewahren¹⁵. Analog bemerkte Karl Georg Faber in seiner „Theorie der Geschichtswissenschaft“, daß die allgemein konstatierte „zunehmende Beschäftigung mit theoretischen Problemen der Historie (...) wesentliche Antriebe und die Intensität des Fragens aus der durch das Erleben der Zeitgeschichte bedingten Erschütterung des Glaubens an die Kontinuität und den Sinn der Geschichte“ bezogen habe¹⁶. Allen diesen Bemühungen war eines gemeinsam, nämlich die Suche nach einem neuen Paradigma der Geschichtsschreibung, das die methodischen Mängel des klassischen Historismus hinter sich ließ, vor allem aber sich von dem ihm innenwohnenden Moment einer optimistischen Verklärung der einen Geschichte, als eines an und für sich sinnhaften Prozesses, freimachte und die historistische Tendenz zur unkritischen Ineinsetzung von Subjekt und Objekt überwand. Die Heterogenität der Wertsphäre gegenüber der Sphäre geschichtlichen Seins wurde nunmehr, nicht zuletzt auch unter dem Einfluß der Methodologie Max Webers, gutenteils aber auch unter aktuellen politischen Aspekten, wieder voll anerkannt.

Seit einigen Jahren zeichnet sich, wie es scheint, freilich eine neue Entwicklung ab, die in gewissem Sinn als eine Rückwendung zu zentralen Postulaten des Historismus gelten kann. Dies wird besonders deutlich angesichts der universalen Aufwertung, die jüngsthin die erzählende Darstellung gegenüber untersuchenden und analytischen Präsentationsmethoden erfahren hat. Damit einher geht freilich die Tendenz, im Zuge der Kritik an der revisionistischen Historiographie der 60er und 70er Jahre, die mit

¹⁴ Ebenda, 35.

¹⁵ Über die Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft, in: Schieder, Theorieprobleme, 41 und 49–53.

¹⁶ (München 1974) 13.

den überkommenen autoritären Traditionen streckenweise ein wenig zu radikal ins Gericht gegangen war, wieder explizit an das Objektivitätspostulat des Historismus anzuknüpfen. Einfühlendes Verstehen, welches es ermögliche, gegenüber vergangenen historischen Formationen und insbesondere ihren Handlungsträgern „Gerechtigkeit“ zu üben, sollte, so wird gefordert, dem kritischen Diskurs zur Seite treten. Freilich hat sich im Zusammenhang mit dem sog. „Historikerstreit“ erneut die Hilflosigkeit des Historismus gezeigt, wenn es um die Darstellung und Beurteilung von Gegenstandsbereichen geht, die eine ausgeprägt heterogene Wertstruktur aufweisen, wie etwa die Epoche des Nationalsozialismus. Aus unserer Sicht wäre es bedauerlich, wenn die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik wieder hinter den in den 60er Jahren erreichten Stand methodischen Bewußtseins zurückfallen und sich einem neo-historistischen Paradigma verschreiben würde, welches sich gegenüber den großen Wertfragen unkritisch und infolgedessen nicht selten dogmatisch verhält und zudem die Geschichtswissenschaft wieder gegenüber den Sozialwissenschaften abzugrenzen bestrebt ist.

Personenregister

bearbeitet von Eva Schrott

- Abusch, Alexander 5, 44, 158, 201
Ackermann, Anton 203
Adenauer, Konrad 110, 158
Adler, Hans Günther 197
Aengeneyndt, Gerhard 60, 61
Ahlers-Hestermann, Friedrich 57
Albertin, Lothar 159
Alexander d. Gr. 78
Alföldi, Andreas 75, 86
Alföldy, Géza 72
Allermann, Fritz René 157
Almond, Gabriel 254
Altheim, Franz 66, 67, 72, 78
Altheim-Stiehl, Ruth 72
Anderle, Othmar F. 230, 281, 282
Andics, Helmut 155
Andreas, Willy 18
Apelt, Willibald 178
Arendt, Hannah 164, 263–267
Aubin, Hermann 23, 24, 31, 34, 47, 284

Bach, Johann Sebastian 250
Bader, Karl Siegfried 5, 117
Baethgen, Friedrich 24, 242
Barbagallo, Corrado 231
Barracough, Geoffrey 25, 26, 218, 220, 243
Bartel, Walter 207
Bartmuss, Hans-Joachim 113
Barzun, Jacques 259
Bauer, Karl 57
Bebel, August 44
Becker, Josef 226
Becker, Otto 235
Beckhoff (brit. Offizier) 21, 22
Beloch, Karl Julius 83
Below, Georg von 46
Benda, Julien 266
Benecke, Otto 57
Bengtson, Hermann 66, 67, 71–73, 81
Berges, Wilhelm 101
Bergsträsser, Arnold 225
Bergsträsser, Ludwig 161
Berthold, Werner 225
Berve, Helmut 66, 67, 69–71, 79, 84, 85
Besson, Waldemar 168, 192, 214
Betz, Artur 66, 71

Beyer, Hans 205
Bickermann, Elias 64
Birtsch, Günter 2
Bismarck, Otto von 7, 187, 216, 220, 228, 234, 235, 241, 245, 247, 252, 287
Bleicken, Jochen 72
Bloch, Marc 26, 50
Bolzano, Bernhard 50
Bonjour, Edgar 234
Bonwetsch, Gerhard 60
Borchardt, Knut 178
Borkenau, Franz 216–218
Borst, Arno 110, 111
Bosch, Clemens 64
Bosl, Karl 108, 109, 130–134
Bracher, Karl Dietrich 161, 162, 164–166, 168–170, 175, 191, 243, 244, 274, 284, 291
Brandenburg, Erich 13
Brandi, Karl 13, 16, 97
Braubach, Max 16
Braunert, Horst 72
Brecht, Arnold 163, 164
Briand, Aristide 177
Broszat, Martin 185, 186, 188, 191, 192, 194, 197
Brüning, Heinrich 159, 164–169, 176
Brunner, Otto 34–36, 101, 118, 119, 121, 136–144, 151, 224, 273, 279, 282, 290
Brzezinski, Zbigniew 164, 263–265
Buchheim, Hans 186, 192, 273
Buchheim, Karl 29
Buchwitz, Otto 201
Büscher, Gustav 5
Büttner, Heinrich 30
Büttner, Theodora 114
Bullock, Alan 192, 244, 284
Burckhardt, Jacob 17, 18, 30, 33, 48, 83, 227, 233–235, 280, 290
Burr, Viktor 66, 67, 71, 73, 85
Bussmann, Walter 235

Calvin, Johannes 216
Cantimori, Delio 231
Caron, Paul 23
Carsten, Francis 241, 244

- Catteano, Carlo 231
 Cauet, David 267
 Chabod, Federico 222, 231
 Chantraine, Heinrich 72
 Christ, Karl 72
 Classen, Peter 115, 120
 Clay, Lucius D. 18
 Clément, Alain 289
 Conze, Werner 2, 16, 31, 33–36, 60, 62, 97,
 143, 165, 166, 168, 175, 179, 230, 243, 274,
 277, 281, 282, 290, 292
 Craig, Gordon 255, 268, 271
 Croce, Benedetto 222, 227, 231, 257
- Dahrendorf, Ralf 36
 Dawson, Christopher 223–225
 Dehio, Ludwig 14, 183, 187, 215, 216, 226,
 229, 287
 Deininger, Jürgen 72
 Delbrück, Hans 43
 Deuerlein, Ernst 26
 Deutsch, Robert 46
 Dill, Marshall 250
 Dilthey, Wilhelm 32, 35, 230, 280, 281
 Dimitroff, Georgi 41, 208
 Dopsch, Alfons 116
 Dorn, Walter L. 18
 Drechsler, Karl 208
 Drobisch, Klaus 208
 Droysen, Johann Gustav 17, 30, 33, 83
 Droz, Jacques 33, 243, 244
- Ebert, Friedrich 159, 170, 173, 174
 Edinger, Lewis 254
 Egger, Rudolf 66
 Ehrenberg, Victor 64, 65
 Eichholz, Dietrich 208
 Eichmann, Adolf 249
 Eitel, Anton 57
 Engelberg, Ernst 43, 44, 51, 104, 106, 107, 207
 Engels, Friedrich 40, 44, 103, 106, 113, 114
 Ensslin, Wilhelm 66, 70–72, 85
 Epperlein, Siegfried 112
 Erbstößer, Martin 112, 114
 Erdmann, Carl 101
 Erdmann, Karl Dietrich 33, 61, 170, 171, 172,
 179, 186
 Ernst, Fritz 91, 93
 Eschenburg, Theodor 172
 Eyck, Erich 179, 216, 234, 245, 287
- Faber, Karl-Georg 294
 Faulenbach, Bernd 2
 Fawtier, Robert 25
- Fellner, Fritz 46
 Ferber, Walter 57
 Fest, Joachim 192
 Fichtenau, Heinrich 98
 Fischer, Fritz 188, 274, 284, 291
 Flenley, Ralph 249, 250
 Förster, Gerhard 208
 Fontane, Theodor 7
 Fraenkel, Ernst D. 20, 163, 165, 291, 292
 Francastel, Pierre 34
 Frank, Walter 195
 Franke, Herbert 61
 Franke, Peter Robert 72, 85
 Fratzscher, Arnold 58, 59
 Freyer, Hans 7, 31–33, 35, 281
 Friedensburg, Ferdinand 171
 Friedrich I., Barbarossa 89
 Friedrich II., Kaiser 88, 89
 Friedrich II., d. Gr., preuß. König 228, 242,
 247
 Friedrich III., dt. Kaiser 150
 Friedrich Wilhelm I. 7
 Friedrich, Carl Joachim 164, 263, 264, 265,
 291
 Fromm, Erich 163
 Fromme, Friedrich Karl 157
 Fuchs, Alois 57
 Funke, Manfred 195
- Gablentz, Otto Heinrich von der 5
 Ganzer, Karl Richard 220, 221
 Gasser, Adolf 234
 Gay, Peter 260, 268
 Geiss, Imanuel 2
 Gelzer, Matthias 59, 66, 70, 71, 72, 75, 79, 86
 Gerhard, Dietrich 20, 214, 244, 268
 Gerstein, Kurt 197
 Gierke, Otto von 139, 141
 Gilbert, Felix 268
 Glaser, Hermann 186
 Goebbels, Joseph 250
 Göhler, Gerhard 240
 Göhring, Martin 60, 225
 Goerdeler, Carl 47, 189, 190
 Görlinger, Robert 21
 Goethe, Johann Wolfgang von 249, 250
 Goetz, Walter 32, 100
 Gollwitzer, Heinz 30, 222
 Gooch, George P. 242, 247, 248
 Gossweiler, Kurt 208
 Graml, Hermann 189, 197, 221
 Gramsci, Antonio 41, 231
 Graus, František 126
 Grebing, Helga 186

- Griewank, Karl 49, 201
Groag, Edmund 64
Groener, Wilhelm 7
Grundmann, Herbert 23, 24, 46, 47, 95, 100, 102, 114, 119, 120, 121, 126
Gschnitzer, Fritz 72, 85
Günther, Hans 42
Guizot, François 231
Gundel, Hans Georg 72
Gurjewitsch, Aaron J. 110
- Habicht, Christian 72
Häuser, Karl 178
Hagemann, Walter 192
Halecki, Oscar 223, 224
Hallmann, Hans 4, 16
Hamerow, Theodore 268
Hampl, Franz 66, 70, 71, 84, 85
Hartenstein, Wolfgang 159
Hartung, Fritz 24, 49, 50, 51, 242
Harzendorf, Fritz 5
Hasebroek, Johannes 64, 65
Hass, Gerhard 208
Hassel, Ulrich von 221
Heberle, Rudolf 163
Heer, Friedrich 224
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 50, 80, 228, 280
Heiber, Helmut 179, 192, 195, 197
Heichelheim, Fritz 64, 65
Heidegger, Martin 281
Heiden, Konrad 160
Heimpel, Hermann 16, 23, 24, 59, 61, 96, 97, 118, 214, 219, 227, 284
Hein, Dieter 2, 3
Heine, Heinrich 44
Helling, Fritz 5
Herder, Johann Gottfried 44
Hermens, Ferdinand A. 162
Herrmann, Peter 72
Herzfeld, Hans 21, 46, 168, 179, 183, 186, 214, 277
Heuß, Alfred 65, 66, 70–73, 79, 80, 84
Hilberg, Raoul 60
Hillgruber, Andreas 193
Himmler, Heinrich 250
Hindenburg, Paul von 162, 163
Hinrichs, Carl 21
Hintze, Otto 33, 35, 244, 251, 254, 279, 282, 290
Hitler, Adolf 6–8, 13, 47, 158, 188, 191–195, 201, 204, 247, 249, 255, 257–261, 269, 271
Hoernle, Edwin 47
Höss, Rudolf 197
- Hoetzsch, Otto 49, 50, 201
Hofer, Walther 186, 229, 230, 235, 236
Hoffmann, Wilhelm 66, 70–73
Hofstadter, Richard 260
Hoggan, David 194
Hohl, Ernst 66, 67
Holborn, Hajo 20, 22, 219, 251–254, 256, 268, 270, 272
Holldack, Heinz 193
Holtzmann, Robert 114
Holtzmann, Walther 16, 88
Holzamer, Karl 30
Hortzschansky, Günther 208
Hubatsch, Walther 194
Huber, Alfons 148–150
Huber, Ernst Rudolf 144, 178
Hübinger, Paul Egon 16
Hüttl, Willy 65, 66
Hughes, Stuart 263, 267
Huizinga, Johan 257
Humboldt, Wilhelm von 80, 249
- Iggers, Georg G. 2, 3, 117, 244, 255
Instinsky, Hans Ulrich 70–72
Ipsen, Gunter 35
- Jacobsen, Hans Adolf 193
Jasper, Gotthard 175
Jaspers, Karl 5, 91, 92, 219
Joachim von Fiore 102, 114
Jochmann, Werner 185, 192
Joll, James 244
Jung, Carl Gustav 259
Just, Leo 16
- Kaegi, Werner 234
Kaeler, Siegfried A. 5, 14, 16, 45, 97, 193, 194, 214, 241, 242, 247
Kahrstedt, Ulrich 66, 70, 72, 77
Kant, Hermann 45
Kant, Immanuel 249, 250
Karl d. Gr. 151
Karlmann II. 151
Kautsky, Karl 44
Kehr, Eckart 46, 50, 272
Kehr, Paul Fridolin 88, 89
Keil, Josef 66, 85
Kern, Fritz 16
Keyser, Erich 34
Kiechle, Franz 72
Kienast, Dietmar 72
Kienast, Walter 26
Kirchheimer, Otto 268
Kirsten, Ernst 71, 73, 85

- Kjellén, Rudolf 50
 Klebel, Ernst 30
 Klemperer, Klemens von 160
 Klett, Ernst 60
 Klewitz, Hans Walter 101
 Klönne, Arno 192
 Kluge, Paul 194, 221
 Kocka, Jürgen 274, 292
 Körner, Hermann 61
 Kötzschke, Rudolph 116
 Kogon, Eugen 6, 196
 Kohn, Hans 254
 Kolb, Eberhard 173, 175
 Korfes, Otto 49
 Koselleck, Reinhart 294
 Kraft, Konrad 72, 75, 81
 Krausnick, Helmut 185, 186, 188, 246
 Kretzschmar, Hellmut 49
 Krieger, Leonard 268, 269
 Kroll, Gerhard 29
 Krüger, Karl 62
 Krüger, Peter 178
 Kube, Wilhelm 197
 Kuczynski, Jürgen 44, 51, 202, 207
 Kühnrich, Heinz 208
 Kwiet, Konrad 46
- Labrousse, Ernest 280
 Lafargue, Paul 45
 Lagarde, Paul de 260, 262
 Lamm, Hans 197
 Lamprecht, Karl 32, 46, 50, 100, 116, 117,
 141, 147, 280
 Landshut, Siegfried 32
 Langbehn, Julius 260
 Laqueur, Richard 64, 65
 Lauffer, Siegfried 72
 Le Bon, Gustave 258, 259, 271
 Ledeen, Michael 261
 Lehmann, Max 43
 Lehmann-Haupt, Carl Friedrich 85
 Lenin, Wladimir Iljitsch 41, 44, 48, 114
 Lepsius, M. Rainer 240
 Lerner, Daniel 254
 Lessing, Gotthold Ephraim 44, 249
 Leuschner, Joachim 58
 Lhotsky, Alphons 148, 149, 151
 Lichtheim, George 257
 Liebe, Werner 159
 Lindau, Rudolf 207
 Lintzel, Martin 49
 Lippold, Adolf 72
 Litt, Theodor 35
 Lösener, Bernhard 197
- Löwe, Heinz 98
 Löwenstein, Karl 291
 Löwith, Karl 289
 Look, Hans-Dietrich 194
 Lortz, Joseph 60
 Lübbe, Hermann 182
 Lukacs, Georg 44
 Luther, Martin 187, 216
 Luxemburg, Rosa 174
 Luzzatto, Gino 231
- Machiavelli, Niccolò 222
 Maier, Franz Georg 72, 86
 Mammach, Klaus 208
 Mann, Golo 20
 Mann, Thomas 249, 250
 Mannheim, Karl 281
 Marcks, Erich 193, 236
 Marcuse, Herbert 268
 Maria Theresia 149
 Markov, Walter 44, 51
 Martin, Alfred von 5, 27, 29
 Marx, Karl 32, 40, 44, 50, 103, 106, 110, 113,
 114, 141, 280, 292
 Maschke, Erich 110, 134, 135
 Matthias, Erich 160, 170–173
 Mau, Hermann 186
 Mayer, Arno 268
 Mayer, Theodor 92, 101, 122, 125, 126, 233
 Mehring, Franz 40
 Meier, Christian 72, 84, 86
 Meinecke, Friedrich 3–8, 10, 11, 20–22, 24,
 27, 37, 45, 48, 50, 51, 158, 164, 183, 184,
 193, 196, 219, 229, 231, 235, 249, 251, 254,
 257, 269, 277, 286, 287, 289
 Messerschmid, Felix 61
 Meusel, Alfred 44, 51, 206, 207
 Meyer, Eduard 83
 Meyer, Ernst 86
 Meyer, Hans D. 72
 Meyer, Henry, 268
 Meyer, Karl 233, 234
 Meyers, Peter 43
 Michels, Robert 161
 Mielke, Friedrich 196
 Mierendorff, Carlo 162
 Miller, Susanne 159, 173
 Miltner, Franz 66
 Mitscherlich, Alexander 182, 196
 Mitscherlich, Margarete 182
 Mitteis, Heinrich 101, 114
 Möller, Horst 240
 Moeller van den Bruck, Artur 260
 Mohler, Armin 160

- Mohr, Arno 240
 Mohr, Walter 20
 Mommsen, Hans 2, 3, 46
 Mommsen, Wolfgang J. 3, 245
 Montesquieu, Charles-Louis de Secondat de 222
 Montgelas, Maximilian Joseph Graf von 151
 Morse, Rudolf 159, 160, 173
 Mosse, George 241, 256–264, 270, 272
 Müller, Adam 127
 Müller, Hermann 167
 Müller-Mertens, Eckhardt 114
 Münzer, Friedrich 64
 Muralt, Leonhard von 234, 235
 Mussolini, Benito 222, 263

 Näf, Werner 236
 Namier, Lewis 219
 Naumann, Friedrich 7, 162
 Nesselhauf, Herbert 66, 70, 71, 72, 86
 Neumann, Franz 163
 Neumann, Sigmund 161–163
 Neusüß-Hunkel, Ermehild 192
 Niemöller, Martin 14
 Nipperdey, Thomas 162, 182, 289
 Noack, Ulrich 5, 17
 Nohl, Herman 13
 Nolte, Ernst 160
 Norden, Albert 201

 Oertel, Friedrich 66, 70, 71, 72 85
 Oertzen, Peter von 173
 Oestreich, Gerhard 117, 142, 279
 Oxle, Otto Gerhard 35
 Omodeo, Adolfo 227, 231
 Oncken, Hermann 13, 50, 215
 Otto, Walter 69

 Paetel, Karl Otto 192
 Papen, Franz von 176
 Patent, Grigori J. 44
 Paterna, Erich 203, 207
 Patze, Hans 147
 Peek, Werner 66, 67
 Pertz, Georg Heinrich 89
 Petry, Ludwig 30
 Petzold, Karl Ernst 72
 Petzold, Kurt 208
 Pflanze, Otto 268
 Pflaum, H. G. 64
 Pieck, Wilhelm 201
 Pinnow, Hermann 61
 Pirenne, Henri 50
 Pius XII. 50

 Platzhoff, Walter 18
 Pöhlmann, Robert von 83
 Pokrovskij, Michail Nikolaevič 49, 50
 Poliakov, Leon 197
 Potthoff, Heinrich 173
 Preller, Hugo 201
 Preller, Ludwig 179
 Preuß, Hugo 157, 174
 Pündter, Hermann 21

 Radbruch, Gustav 161
 Ranke, Leopold von 17, 18, 26, 27, 28, 30, 33, 48, 50, 128, 132, 217, 220, 227, 228, 234, 235, 251, 281
 Rantzau, Johannes Albrecht von 21, 25
 Rassow, Peter 20, 24, 61
 Raupach, Hans 175
 Redlich, Oswald 149
 Redslob, Robert 157
 Reitlinger, Gerald 197
 Reynold, Gonzague de 224
 Richter, Hans Werner 13
 Rickert, Heinrich 167
 Riehl, Wilhelm Heinrich 30, 32
 Riesman, David 267
 Ritter, Gerhard 3–5, 8–11, 14, 23–29, 31–34, 37, 45–48, 51, 158, 176, 183–187, 189–191, 195, 203, 214–216, 219, 229, 231, 235, 241–247, 250, 274, 277, 284, 286–288
 Ritter, Gerhard A. 159, 244
 Rörig, Fritz 5, 49, 100, 117, 201
 Rössler, Hellmuth 194
 Rosenberg, Alfred 7
 Rosenberg, Arthur 64, 65, 163, 171, 172
 Rosenberg, Hans 20–22, 244, 270–272, 274
 Rothacker, Erich 47, 281
 Rothfels, Hans 20, 46, 47, 183, 189, 190, 193, 195, 196, 214, 245, 246, 277, 284
 Rouche, Michel 152
 Rousseau, Jean-Jacques 11
 Rudolph, Hans 66, 70–72
 Rürup, Reinhard 173
 Rüstow, Alexander 225
 Russo, Luigi 227

 Salewski, Michael 178
 Salis, Jean Rodolphe von 236
 Salvemini, Gaetano 231
 Saria, Balduin 66
 Sauer, Wolfgang 165, 191, 291
 Schachermeyr, Fritz 66, 71, 78, 85
 Schacht, Hjalmar 193
 Schäfer, Dietrich 49, 50, 89

- Schaefer, Hans 66, 70–72, 79, 85
 Schäfer, Wolfgang 192
 Schalk, Fritz 21
 Schauff, Johannes 161, 162
 Schauff, Karin 162
 Scheffler, Wolfgang 197
 Schehl, Franz 64, 85
 Schieder, Theodor 21, 22, 32, 33, 61, 195, 215,
 230, 277, 281, 282, 290, 292
 Schieffer, Theodor 30
 Schildhauer, Johannes 112
 Schlesinger, Walter 34, 101, 110, 114,
 121–123, 132, 147
 Schlosser, Johann Georg 44
 Schmid, Karl 152
 Schmidt, Martin 59
 Schmitt, Carl 137–139, 144, 169
 Schmitt, Hatto H. 72
 Schmitthennner, Walter 72
 Schmückle, Karl 42
 Schnabel, Franz 213, 214, 216, 222, 287
 Schneider, Friedrich 49, 201
 Schoenbaum, David 36
 Schoeps, Hans Joachim 20
 Schorn, Hubert 192
 Schorske, Carl 268
 Schramm, Percy Ernst 61, 101, 111–114, 193,
 242
 Schreiner, Albert 203, 207
 Schubart, Wilhelm 66, 67
 Schüddekopf, Otto-Ernst 160
 Schüssler, Wilhelm 235
 Schulin, Ernst 2, 3, 60, 181, 184
 Schulz, Gerhard 165, 175, 191, 291
 Schulz, Otto Theodor 66, 67
 Schulze, Hagen 179
 Schumacher, Kurt 158
 Schumann, Peter 2, 46, 50
 Schumann, Wolfgang 208
 Schwabe, Klaus 27, 215
 Schwarz, Albert 179
 Schweizer, Paul 234
 Severing, Carl 164
 Shirer, William S. 248, 254, 257
 Siewert, Peter 85
 Simon, William 268
 Sinovečev, SMAD-Mitarbeiter 48
 Sontheimer, Kurt 160
 Sorel, Georges 258, 259, 271
 Speier, Hans 163, 254
 Spengler, Oswald 80
 Sproemberg, Heinrich 44, 49, 50, 103, 201
 Srbik, Heinrich Ritter von 216, 235, 236
 Stade, Kurt 65, 66, 71–73
 Stadelmann, Rudolf 17, 193, 228, 288
 Stadtmüller, Georg 30
 Stalin, Josef 44
 Stampfer, Friedrich 171
 Stauffenberg, Alexander Schenk Graf von 66,
 70–72
 Stein, Arthur 64
 Stein, Ernst 64, 65
 Stein, Karl Freiherr vom 87, 213
 Stein, Lorenz von 32
 Steinbach, Franz 16, 34
 Steiner, Claus 60
 Steiner, Franz 59
 Stern, Fritz 256, 259, 260, 262, 263, 268, 269,
 271, 272
 Stern, Leo 47, 51, 96, 103, 104, 112, 207
 Stieff, Helmut 246
 Stier, Hans Erich 66, 70–72, 78
 Stökl, Günther 224
 Stolper, Gustav 178
 Stoltenberg, Gerhard 163
 Strack, Paul L. 66, 70
 Strasburger, Hermann 72, 75
 Straub, Johannes 66, 70–72, 81
 Streisand, Joachim 210
 Stresemann, Gustav 176, 177, 194
 Stroheker, Karl Friedrich 70–73
 Stürmer, Michael 175
 Swoboda, Erich 66, 71, 85
 Taeger, Fritz 66, 69–72, 77, 79
 Taeubler, Eugen 64, 65
 Tassilo III., Herzog v. Bayern 151
 Taylor, Alan John Percivale 194, 242,
 247–250, 252, 254, 255, 257, 284
 Tellenbach, Gerd 5, 93, 101
 Textor, Fritz 62
 Theoderich d. Gr. 152
 Thierfelder, Andreas 66
 Thierry, Augustin 231
 Tille, Armin 147
 Timm, Helga 162
 Timpe, Dieter 72
 Tocqueville, Alexis de 290
 Töpfer, Bernhard 114
 Tormin, Walter 171, 172
 Toynbee, Arnold J. 80, 83, 224, 230, 281
 Treitschke, Heinrich von 10, 33, 213
 Treue, Wilhelm 14, 27
 Trevor-Roper, Hugh R. 194, 244, 284
 Trillings, Lionel 259
 Troeltsch, Ernst 231, 280, 289, 290
 Trott zu Solz, Adam von 8

- Ulbricht, Walter 104, 201
Ungern-Sternberg, Jürgen von 86
- Valentin, Veit 22, 43
Vancsa, Max 147
Vansittart, Robert Gilbert Lord 9
Vico, Giambattista 282
Vittinghoff, Friedrich 66, 72, 73, 81, 84
Vogelsang, Thilo 175
Vogt, Joseph 66, 70–72, 80, 81, 84, 86
Volkmann, Hans 66, 67, 71, 72, 73
Volpe, Gioacchino 231
Voltaire 222
Vossler, Otto 25
- Wagner, Fritz 100
Wagner, Hans 149
Waitz, Georg 116, 143
Walser, Gerold 86
Walther von der Vogelweide 154
Wandel, Paul 51
Weber, Alfred 220
Weber, Max 31, 32, 83, 84, 119, 120, 126,
 132–134, 157, 231, 270, 280, 282, 290–294
- Weber, Otto 90
Weber, Wilhelm 66, 69, 70
Wehler, Hans-Ulrich 274, 284, 292
Weizsäcker, Carl Friedrich von 58
Weniger, Erich 62
Wenskus, Reinhard 153
Werner, Ernst 111–115
Werner, Karl Ferdinand 42, 92, 195
Werner, Robert 72
Wickert, Lothar 66, 70–72
Wiesflecker, Hermann 149
Wilhelm II. 88, 89, 187
Wimmer, Walter 208
Winter, Eduard 49, 50, 201
Wittram, Reinhard 14, 281
Wühr, Wilhelm 30
Wulf, Josef 197
- Ziekursch, Johannes 20, 21
Zimmermann, Johann Georg 44
Zimmermann, Ludwig 178
Zmarzlik, Hans-Günter 3, 213–215
Zöllner, Erich 152, 154
Zorn, Wolfgang 30

Schriften des Historischen Kollegs

- Kolloquien*
- 1 Heinrich Lutz (Herausgeber)
Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V.
(mit Beiträgen von H. Angermeier, M. Csáky, J. M. Headley,
H. Kellenbenz, H. G. Koenigsberger, A. Kohler, A. Luttenberger,
V. Press, H. Rabe, H. Weber), 1982, XIV, 290 S.
ISBN 3-486-51371-0
 - 2 Otto Pflanze (Herausgeber)
Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches
(mit Beiträgen von K. J. Bade, W. Becker, D. Blackbourn, W. Conze,
E. Engelberg, W. P. Fuchs, W. J. Mommsen, O. Pflanze, W. Pöls,
K. E. Pollmann, J. J. Sheehan, M. Stürmer), 1983, XII, 304 S.
ISBN 3-486-51481-4
 - 3 Hans Conrad Peyer (Herausgeber)
Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter
(mit Beiträgen von J. Chartres, N. Coulet, F. Glauser,
O. Hiltbrunner, J. A. van Houtte, H. Hundsbichler, H. Kellenbenz,
W. H. Kerntke, I. Rabecka-Brykczyńska, L. Schmugge, Th. Schuler,
Th. Szabó), 1983, XIV, 275 S.
ISBN 3-486-51661-2
 - 4 Eberhard Weis (Herausgeber)
Reformen im rheinbündischen Deutschland
(mit Beiträgen von H. Berding, W. K. Blessing, W. Demel,
Ch. Dipper, R. Dufraisse, E. Fehrenbach, P. Fried, W. v. Hippel,
A. Kube, K. Möckl, M. Müller, Ch. Probst, D. Stutzer, J. Tulard,
H.-P. Ullmann, R. Vierhaus, W. Volkert, B. Wunder),
1984, XVI, 310 S.
ISBN 3-486-51671-X
 - 5 Heinz Angermeier (Herausgeber)
Säkulare Aspekte der Reformationszeit
(mit Beiträgen von H. Angermeier, B. Diestelkamp, W. Heinemeyer,
E. Meuthen, P. Schmid, W. Schulze, W. Sellert, P. Stadler),
1983, XII, 278 S.
ISBN 3-486-51841-0
 - 6 Gerald D. Feldman (Herausgeber)
Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte
1924–1933
(mit Beiträgen von Th. Balderston, K. Borchardt, Th. Childers,
G. D. Feldman, C.-L. Holtfrerich, H. Homburg, H. James,
L. E. Jones, P. Krüger, J. Reulecke, St. A. Schuker, G. Schulz,
P.-Ch. Witt, C. A. Wurm), 1985, XII, 407 S.
ISBN 3-486-52221-3

Schriften des Historischen Kollegs

- Kolloquien** 7 Jürgen Kocka (Herausgeber)
Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert.
Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich
(mit Beiträgen von J. Breuilly, P. Fridenson, H.-G. Haupt, V. Lüdtke,
J. Mooser, H. Reif, J. Reulecke, R. Vierhaus, H.-U. Wehler,
A. Żarnowska), 1986, XVI, 342 S.
ISBN 3-486-52871-8
- 8 Konrad Repgen (Herausgeber)
Krieg und Politik 1618–1648.
Europäische Probleme und Perspektiven
(mit Beiträgen von D. Albrecht, R. Bireley, F. Bosbach, J. H. Elliott,
H. Ernst, M. Heckel, M. Hroch, K. Krüger, S. Lundkvist,
R. Mousnier, G. Parker, K. Repgen, H. Weber), 1988, XII, 454 S.
ISBN 3-486-53761-X
- 9 Antoni Mączak (Herausgeber)
Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit
(mit Beiträgen von K. O. Frhr. v. Aretin, W. Barberis, W. Blockmans,
G. Chittolini, H. G. Koenigsberger, G. Lemeunier, A. Lepre,
A. Mączak, A. Molho, P. Moraw, V. Morgan, M.-T. Pérez-Picazo,
V. Press, D. L. Ransel, W. Reinhard, D. Richet, G. Schramm,
W. Tygielski, J. Wormald, Z. Zielińska), 1988, X, 386 S.
ISBN 3-486-54021-1
- 10 Eberhard Kolb (Herausgeber)
Europa vor dem Krieg von 1870.
Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch
(mit Beiträgen von P. Alter, D. Beyrau, L. Gall,
B. Gödde-Baumanns, P. Graf Kielmansegg, H.-O. Kleinmann,
E. Kolb, J. Kfen, H. Lademacher, R. Lill, H. Lutz, W. Radewahn,
P. Stadler, J. Stengers), 1987, XII, 220 S.
ISBN 3-486-54121-8
- 11 Helmut Georg Koenigsberger (Herausgeber)
Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit
(mit Beiträgen von S. Bertelli, P. Bickle, W. Blockmans, H. W. Blom,
G. Cipriani, G. Cozzi, T. Fröschl, N. Mout, W. Nippel, R. Oresko,
I. Roy, N. Runeby, H. Schilling, G. Wells), 1988, XII, 323 S.
ISBN 3-486-54341-5

Schriften des Historischen Kollegs

- Kolloquien 12 Winfried Schulze (Herausgeber)
Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität
(mit Beiträgen von R. Blickle, N. Conrads, R. Endres,
G. Frühsorge, H. R. Guggisberg, G. Huppert, S. Jahns,
A. Jouanna, P. Münch, O. G. Oexle, V. Press, W. Reinhard,
E. Schubert, W. Schulze, R. u. T. Wohlfeil, K. Wrightson),
1988, X, 416 S.
ISBN 3-486-54351-2
- 13 Johanne Autenrieth (Herausgeber)
Renaissance- und Humanistenhandschriften
(mit Beiträgen von J. J. G. Alexander, A. Derolez, M. Ferrari,
F.-R. Hausmann, J. P. Gumbert, U. Jaitner-Hahner, R. Kottje,
G. Ouy, A. Petrucci, H. Spilling, P. Spunar, M. Steinmann),
1988, ca. 270 S.
ISBN 3-486-54511-6
- 14 Ernst Schulin (Herausgeber)
Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg
(mit Beiträgen von V. Berghahn, W. Berthold, R. Bichler,
A. Dieckmann, F. Fellner, K. Kwiet, J. Kudrna, G. Lozek,
H. Möller, K. Schreiner, W. Schulze, P. Stadler, H. Wolfram),
1989, ca. 330 S.
ISBN 3-486-54831-X

Schriften des Historischen Kollegs

- Vorträge**
- 1 Heinrich Lutz
Die deutsche Nation zu Beginn der Neuzeit. Fragen nach dem Gelingen und Scheitern deutscher Einheit im 16. Jahrhundert, 1982, IV, 31 S.
 - 2 Otto Pflanze
Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, 1982, IV, 39 S.
 - 3 Hans Conrad Peyer
Gastfreundschaft und kommerzielle Gastlichkeit im Mittelalter, 1983, IV, 24 S.
 - 4 Eberhard Weis
Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire (1799–1815), 1984, 41 S.
 - 5 Heinz Angermeier
Reichsreform und Reformation, 1983, IV, 76 S.
 - 6 Gerald D. Feldman
Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, 1984, IV, 41 S.
 - 7 Erich Angermann
Abraham Lincoln und die Erneuerung der nationalen Identität der Vereinigten Staaten von Amerika, 1984, IV, 33 S.
 - 8 Jürgen Kocka
Traditionsbindung und Klassenbildung.
Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 1987, 48 S.
 - 9 Konrad Repgen
Kriegslegitimationen in Alteuropa.
Entwurf einer historischen Typologie, 1985, 27 S.
 - 10 Antoni Maczak
Der Staat als Unternehmen.
Adel und Amtsträger in Polen und Europa in der Frühen Neuzeit
(in Vorbereitung)
 - 11 Eberhard Kolb
Der schwierige Weg zum Frieden.
Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71, 1985, 33 S.
 - 12 Helmut Georg Koenigsberger
Fürst und Generalstände. Maximilian I. in den Niederlanden (1477–1493), 1987, 27 S.
 - 13 Winfried Schulze
Vom Gemeinnutz zum Eigennutz.
Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, 1987, 40 S.

Schriften des Historischen Kollegs

- Vorläufe*
- 14 Johanne Autenrieth
„Litterae Virgilianae“.
Vom Fortleben einer römischen Schrift, 1988, 51 S.
 - 15 Tilemann Grimm
Blickpunkte auf Südostasien.
Historische und kulturanthropologische Fragen zur Politik,
1988, 37 S.
 - 16 Ernst Schulin
Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und
Umrisse einer Geschichte der Historie, 1988, 34 S.
 - 17 Hartmut Boockmann
Geschäfte und Geschäftigkeit auf dem Reichstag im späten
Mittelalter, 1988, 33 S.

Dokumentationen

- 1 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die
Deutsche Wissenschaft
Erste Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1984, VI,
70 S., mit Abbildungen
- 2 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Horst Fuhrmann: Das Interesse am Mittelalter in heutiger
Zeit. Beobachtungen und Vermutungen
Lothar Gall: Theodor Schieder 1908 bis 1984, 1987, 68 S.
- 3 Leopold von Ranke
Vorläufe anlässlich seines 100. Todestages. Gedenkfeier der
Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der
Wissenschaften und der Stiftung Historisches Kolleg im
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 12. Mai 1986,
1987, 48 S.
- 4 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die
Deutsche Wissenschaft
Zweite Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1987,
100 S., mit Abbildungen
- 5 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Thomas Nipperdey: Religion und Gesellschaft:
Deutschland um 1900, 1988, 29 S.

Die Vorträge und Dokumentationen erscheinen nicht im Buchhandel; sie können über die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs (Kaulbachstraße 15, 8000 München 22) bezogen werden.